

Yfaat Weiss  
Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust

Schriftenreihe  
der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte  
Band 81

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Jürgen Zarusky

R. Oldenbourg Verlag München 2000

# Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust

Jüdische Identität zwischen Staatsbürgerschaft  
und Ethnizität  
1933–1940

Von Yfaat Weiss

Aus dem Hebräischen übersetzt  
von Matthias Schmidt

R. Oldenbourg Verlag München 2000

**Die Übersetzung aus dem Hebräischen wurde durch das  
Richard-Koebner-Zentrum für Deutsche Geschichte  
an der Hebräischen Universität Jerusalem ermöglicht.**

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

**Weiss, Yfaat:**

Deutsche und polnische Juden vor dem Holocaust : jüdische Identität  
zwischen Staatsbürgerschaft und Ethnizität 1933 – 1940 / von  
Yfaat Weiss. Aus dem Hebr. übers. von Matthias Schmidt. – München :  
Oldenbourg, 2000

(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Bd. 81)

Zugl.: Tel Aviv, Univ., Diss., 1997 ISBN 3-486-64581-1

© 2000 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-64581-1

ISSN 0506-9408



# Inhaltsverzeichnis

|                                                                                                                                                |     |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Vorwort. . . . .                                                                                                                               | 7   |
| Einleitung . . . . .                                                                                                                           | 9   |
| I. Polnische Juden in Deutschland – eine Randgruppe innerhalb einer Minderheit . . . . .                                                       | 21  |
| 1. Polnische Juden: Sündenböcke oder ausländische Schutzbürger . . .                                                                           | 24  |
| 2. Deutsche Juden am Scheideweg: Zwischen Religion und Rasse . . .                                                                             | 34  |
| II. Private Kultur oder öffentlicher Kultus – Jüdische Religion im nationalsozialistischen Deutschland und im autoritären Polen. . . . .       | 47  |
| 1. Zwischen den Traditionen . . . . .                                                                                                          | 47  |
| Gemeinden und Gemeindemitglieder . . . . .                                                                                                     | 47  |
| Zwischen „Rabbiner“ und „Rebbe“ . . . . .                                                                                                      | 52  |
| 2. Die Auseinandersetzungen um das koschere Schlachten . . . . .                                                                               | 56  |
| Deutschland: Die Suche nach einem Hetter . . . . .                                                                                             | 56  |
| Polen: Polnische Verfassung und Minderheitenrecht . . . . .                                                                                    | 65  |
| III. Unterstützung oder Konkurrenz? – Die Auseinandersetzung um die Wohlfahrtsmittel. . . . .                                                  | 79  |
| 1. „Die Armen deiner Stadt“ – Osteuropäische Juden und das Wohlfahrtssystem der jüdischen Gemeinden in Deutschland. . . . .                    | 79  |
| 2. Eine Frage der Prioritäten: Die internationalen jüdischen Wohltätigkeitsorganisationen . . . . .                                            | 84  |
| 3. Das <i>American Jewish Joint Distribution Committee</i> . . . . .                                                                           | 87  |
| 4. „Aus höchsten Höhen in die Tiefe“. . . . .                                                                                                  | 102 |
| IV. „Von der Not der Juden und der Not des Judentums“ – Antisemitismus in Deutschland und Polen in den dreißiger Jahren . . . . .              | 105 |
| 1. Eine „ansteckende Krankheit“: Der NS-Antisemitismus und Osteuropa . . . . .                                                                 | 105 |
| 2. Antisemitismus im Spiegel der jüdischen Öffentlichkeit in Polen und Deutschland: Zur Perzeption des Antisemitismus im Nachbarland . . . . . | 116 |

|      |                                                                                                                         |     |
|------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| V.   | Emigration ohne Immigration . . . . .                                                                                   | 131 |
| 1.   | Die Emigration deutscher und polnischer Juden in den<br>dreißiger Jahren. . . . .                                       | 131 |
| 2.   | „Rückwanderer“ in Polen – Flüchtlinge im eigenen Land . . . . .                                                         | 140 |
| 3.   | „Von gegenüber wirst du das Land sehen“ – Die Zertifikatspolitik<br>der zionistischen Bewegung . . . . .                | 150 |
| 4.   | „Chronische“ und „akute“ Krise: Die Evian-Konferenz . . . . .                                                           | 159 |
| VI.  | Zwischen Transfer-Abkommen und Boykott-Bewegung:<br>Ein jüdisches Dilemma am Vorabend des Holocaust . . . . .           | 169 |
| 1.   | Polnischer Aktivismus versus deutschen Rationalismus . . . . .                                                          | 169 |
| 2.   | „Boykottismus“ versus „Verwirklichung des Zionismus“ . . . . .                                                          | 182 |
| 3.   | Reflexionen zur jüdischen Geschichte: NS-Deutschland und das<br>bolschewistische Rußland . . . . .                      | 190 |
| VII. | Zwischen NS-Brutalität, polnischer Diplomatie und deutsch-<br>jüdischem Establishment . . . . .                         | 195 |
| 1.   | Die Ausweisung nach Zbanszyn: Eine Generalprobe . . . . .                                                               | 195 |
| 2.   | Die Ausgewiesenen in Polen: Ein Fehlschlag polnischer Diplomatie . . . . .                                              | 204 |
| 3.   | In Deutschland „zurückgeblieben“: Von Mitgliedern jüdischer<br>Gemeinden zu Bürgern eines feindlichen Staates . . . . . | 211 |
|      | Epilog: Zwischen ethnischer und nationaler Identität . . . . .                                                          | 219 |
|      | Quellen und Literatur . . . . .                                                                                         | 231 |
|      | Abkürzungsverzeichnis . . . . .                                                                                         | 247 |
|      | Glossar . . . . .                                                                                                       | 249 |
|      | Personenregister . . . . .                                                                                              | 251 |

## Vorwort

Die vorliegende Darstellung beruht auf meiner 1997 an der School of History der Universität Tel Aviv angenommenen Dissertation. Erste Gedanken zum Thema konnte ich mit Prof. Dr. Shulamit Volkov, die dort lehrt, während ihres Aufenthalts am Historischen Kolleg in München im Winter 1990 austauschen. Mein verehrter Lehrer Prof. Dr. Klaus Saul, Universität Hamburg, begleitete in den ersten zwei Jahren die Sammlung des Archivmaterials. Dann war es wieder Prof. Dr. Shulamit Volkov, die mich bei der Aufarbeitung des gesammelten Materials beriet und bereit war, meine Dissertation zu betreuen. Ihr gilt mein ganz besonderer Dank für die inhaltlichen und stilistischen Anregungen sowie für ihre sorgfältige Anleitung. Des weiteren danke ich Prof. Dr. Ezra Mendelsohn vom Institute for Contemporary Jewry der Hebräischen Universität Jerusalem für die Durchsicht der Kapitel über die jüdisch-polnische Geschichte. Prof. Dr. Dan Diner, Ben-Gurion-Universität des Negev und Direktor des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig, gewährte mir umfangreichen Einblick in sein tiefes historisches Wissen und trug damit wesentlich zur Konzeptualisierung des Buches bei. Ich bin ihm zu großem Dank verpflichtet.

Zahlreiche Stipendien ermöglichten die Sammlung der Dokumente. Folgenden Stiftungen sei daher für ihre großzügige Förderung gedankt: der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Ermöglichung des Forschungsaufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1990–1992, der Esther-Schloßberg-Stiftung, München, und der Hamburger Stiftung, Hamburg, für die Förderung der Forschungsreisen in Deutschland und Polen, der Historischen Kommission, Berlin, die meine Reise nach Moskau ermöglichte, dem Leo Baeck Institute in New York für die Gewährung eines Fritz Halbers Fellowship, durch das die Sammlung der Dokumente in New York ermöglicht wurde. Die Abfassung der Arbeit wurde durch Stipendien der Universität Tel-Aviv unterstützt: Prof. Josef und Ilse Neuberger Memorials Scholarship Fund of the Institute for German History; Blond Doctoral Fellowship Fund in Holocaust Research, School of History, The Yoran Sznycer Price for Jewish Studies Research, Institute for Diaspora-Research, sowie Deans Grant for Outstanding Doctoral Students in the Humanities. Ebenso dankbar bin ich für folgende Stipendien: Max Grünwald Research Grant of the Leo Baeck Institute, Jerusalem, Abram Cytryn Fund, Yad Vashem, Jerusalem, sowie Bodenheimer Grant, Bodenheimer Trust, Jerusalem. Die Erstellung der Buchfassung auf der Grundlage der Dissertation wurde ermöglicht durch ein Hanadiv Fellowship, Yad Hanadiv, Jerusalem.

Die vorliegende Darstellung ist ursprünglich in hebräischer Sprache verfaßt worden. Für die Anregung, eine deutsche Fassung zu publizieren, danke ich Prof. Dr. Moshe Zimmermann, Direktor des Richard-Koebner-Zentrums für Deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, und Prof. Dr. Norbert Frei von der Universität Bochum. Mein Dank für die Übersetzung aus dem Hebräischen

geht an Matthias Schmidt. Des weiteren danke ich Bea Schröttner, Veronika Stroh und insbesondere Dr. Jürgen Zarusky für die sorgfältige Redaktion.

Haifa, April 2000

Yfaat Weiss

# Einleitung

Noch im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts standen deutsches und polnisches Judentum beispielhaft für zwei zentrale, aber völlig gegensätzliche Modelle der jüdischen Existenz. Infolge des Massenmordes an den europäischen Juden sind nur Erinnerungen und Klischees zurückgeblieben. Nach dem Holocaust spielen in den jüdischen Lebenswelten die Differenzen und Differenzierungen zwischen deutschem und polnischem Judentum keine Rolle mehr. Andere Trennlinien wurden gezogen, neue Auseinandersetzungen nahmen den Platz der alten ein, so etwa Kontroversen zwischen dem Staat Israel und der Diaspora, zwischen den großen Zentren des Judentums oder zwischen Juden westlicher Herkunft und Juden aus orientalischen Ländern im Staat Israel selbst. Die hier vorgelegte Untersuchung konzentriert sich auf die letzte Phase einer komplexen, widerspruchsvollen politischen Lebenswirklichkeit von Juden am Vorabend des Holocaust. Sie betrachtet und analysiert die Beziehungen zwischen den jüdischen Gemeinschaften Deutschlands und Polens im Kontext des für die dreißiger Jahre charakteristischen politischen Klimas und vor dem Hintergrund der vollkommen unterschiedlichen politischen Kulturen Deutschlands und Polens im allgemeinen und der jüdischen Gemeinschaften dieser Länder im besonderen.

Der hohe symbolische Stellenwert des deutsch-jüdischen Modells als Archetyp des westeuropäischen Judentums sowie die repräsentative Bedeutung des polnisch-jüdischen Modells für das osteuropäisch-jüdische Lebenskonzept haben zahlreiche Forschungsarbeiten über das Aufeinandertreffen dieser Lebenswelten angeregt, die sich in erster Linie mit der Interaktion zwischen osteuropäisch-jüdischen Emigranten und der altansässigen jüdischen Bevölkerung in Deutschland befassen<sup>1</sup>.

Das historische Kapitel des deutschen und polnischen Judentums erstreckt sich jedoch über die Geschichte der Begegnung hinaus: Die Mehrzahl der polnischen Juden kam weder als Emigranten noch als Besucher jemals nach Deutschland, und nur wenige deutsche Juden kamen jemals im Laufe ihres Lebens nach Polen. Deutsche und polnische Juden lebten vielmehr nebeneinander in zwei benachbarten Ländern, und um dieses Nebeneinander richtig zu verstehen, ist ein historischer Vergleich notwendig. In der modernen Geschichtsschreibung gibt es jedoch nur wenige Forschungsarbeiten, die einen systematischen Vergleich zwischen verschiedenen jüdischen Gemeinschaften durchführen. Die meisten Untersuchungen beschränken sich

<sup>1</sup> Zum Teil konzentrierten sich die Arbeiten auf die politischen, juristischen und sozioökonomischen Aspekte dieser Begegnung; so bei Salomon Adler-Rudel, Jack Wertheimer, Trude Maurer und Ludger Heid: Adler-Rudel, Ostjuden; Wertheimer, Unwelcome Strangers; Maurer, Ostjuden; Heid, Ostjüdische Arbeiter. – Andere decken mit Hilfe der Begegnung zwischen Emigranten und altansässiger deutsch-jüdischer Bevölkerung die umfassenden politisch-kulturellen Verhältnisse auf, die ihren Ausdruck in der Begegnung von West und Ost fanden. Hier wären insbesondere Arbeiten von Steven Aschheim, Shulamit Volkov und Sander Gilman zu nennen: Aschheim, Brothers and Strangers; Volkov, Dynamik der Dissimilation; Gilman, Sexualität.

auf einen eng abgesteckten räumlichen und zeitlichen Rahmen oder sie neigen im anderen Extrem zu breit angelegten Erörterungen, die die Spezifika vernachlässigen, um verschiedene jüdische Erfahrungswelten in einen umfassend einheitlichen Interpretationsrahmen zu zwängen<sup>2</sup>. Nicht alle institutionellen und inhaltlichen Faktoren, die eine komparative jüdische Historiographie bisher eingeschränkt oder verhindert haben, können hier angeführt werden. Vielmehr soll der Blick auf forschungsgeschichtliche Paradigmen gelenkt werden, die die Regeln des historischen Vergleichs zwischen Juden in West- und Osteuropa maßgeblich bestimmt haben. Sie wiederum sind direkt mit der Beziehung der jüdischen Historiographie zur Frage der Assimilation verknüpft.

In einem zentralen Aufsatz verfolgt der Historiker Jonathan Frankel die Entwicklung der jüdischen Historiographie und des von ihr entworfenen jüdischen Geschichtsbildes<sup>3</sup>. Nach Frankels Meinung war es die seit den dreißiger bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein dominierende und durch eine grundsätzlich nationale Perspektive geprägte Schule der nationalen russisch-jüdischen Historiographie, die den Verzicht auf die national-jüdische Dimension kritisierte und den destruktiven und assimilatorischen Einfluß des Emanzipationsprozesses und der religiösen Reformbewegung hervorhob. Diese Schulrichtung tendierte zum Entwurf eines dichotomischen Bildes von Juden in West- und Osteuropa im Spannungsfeld zwischen zentrifugalen und zentripetalen Kräften. Unter dem Einfluß von Forschungsansätzen aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften und Vorbildern empirischer Regionalforschungen sowie angesichts der Tatsache, daß der umfassende Diskurs zwischen nationalen und „assimilierten“ Juden ein Ende gefunden hat<sup>4</sup>, wurde diese Position zum Teil von differenzierteren Ansätzen verdrängt, die zwischen Phänomenen kultureller Anpassung und der Assimilation als solcher unterschieden und die Grundannahme aufgaben, daß die Modernisierung unweigerlich zum Zerfall des ethnischen Zugehörigkeitsgefühls geführt habe. Man stellte fest, daß der Verlust sprachlicher, religiöser und kultureller Besonderheiten nicht notwendigerweise zum Verlust der ethnischen Identität führt. Die Modernisierung bot Juden alternative Formen des festen Zusammenhalts, die in einer Revision der gesellschaftlichen Verhältnisse, philanthropischer Aktivität und jüdisch-institutionellen Handlungsmustern zur Geltung kamen<sup>5</sup>.

Angesichts dieser forschungsgeschichtlichen Entwicklungen können heute die differenzierten religiösen und politisch-kulturellen Ausdrucksformen des deutschen Judentums angemessener beurteilt werden. Verständlich werden nun auch die Unterschiede zwischen deutschen und polnischen Juden, und zwar nicht im Spannungsfeld zwischen Assimilation und authentischer Identität, sondern als Resultat unterschiedlicher kultureller und institutioneller Hintergründe der Juden in diesen Ländern. Eine besonders wichtige Rolle spielt hierbei die Frage des staatsbürgerlichen Status der jüdischen Bevölkerung sowie der Beziehung zwischen Juden und Staat<sup>6</sup>. Interessanterweise wurde die Frage der Staatsbürgerschaft in den letzten

<sup>2</sup> Volkov, *Jews among the Nations*, S. 95 ff.; Endelman, *Jewish Societies*, S. 2.

<sup>3</sup> Frankel, *New Historiography*.

<sup>4</sup> Volkov, *Jews among Nations*, S. 94 f.

<sup>5</sup> Eine ähnliche Auffassung bei: Birnbaum/Katznelson, *Emancipation*, S. 19.

<sup>6</sup> So Birnbaum/Katznelson, *Emancipation*, S. 22: „In each instance, we have tried to highlight the distinctive character of transaction between the state and civil society, the domain of

Jahrzehnten in verschiedenen Bereichen der Forschung an den Rand gedrängt, und zwar trotz des Umstandes, daß die Staatsbürgerschaft nicht nur ein juristisch genau definierter Begriff, sondern durchaus ein gesellschaftlich-kultureller Faktor ist<sup>7</sup>. Die vorliegende Darstellung geht davon aus, daß dem Selbstverständnis deutscher Juden die deutsche Staatsbürgerschaft zugrunde lag, während das jüdische Selbstverständnis in Polen auf der jüdisch-nationalen Zugehörigkeit beruhte.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland wurden deutsche Juden jedoch plötzlich zu Staatsangehörigen zweiter Klasse. Die Veränderung des staatsbürgerlichen Status deutscher Juden akzentuierte die grundsätzlich verschiedenen Auffassungen der Staatsbürgerschaft bei deutschen und polnischen Juden. Die Diskrepanz zwischen den Lebensformen der deutschen und der polnischen Juden zeigte sich im Laufe der dreißiger Jahre in hohem Maße in ihrem Verhältnis zu ihrer staatsbürgerlichen Stellung. Die Integration deutscher Juden in die deutsche Gesellschaft hatte sich auf der Basis der Aufklärung und ihrer Ideen vollzogen; die staatsbürgerliche Gleichstellung aber, die sie letztlich erhielten, hatte ihnen die Möglichkeit der Eingliederung in die christliche Gesellschaft eröffnet. Doch der formale Aspekt der Einbürgerung löste nicht den Gesamtkomplex der Fragen jüdischen Lebens in Deutschland, denn die Auffassung der deutschen Nationalität war im Grunde ethnisch-kulturell<sup>8</sup>. In gewissem Sinne erzeugten die Auffassung der deutschen Staatsbürgerschaft und ihre Konfrontation mit Osteuropa<sup>9</sup> dann auch die distanzierten Positionen der deutschen Juden gegenüber den osteuropäischen Einwanderern.

Anders als in Osteuropa basierte bei den deutschen Juden das Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Staat auf der Gleichberechtigung als Bürger eines Rechtsstaates, was zum Eckstein ihres Selbstbewußtseins und ihrer Identität wurde<sup>10</sup>. Im Integrationsprozeß in den deutschen Staat durchlief das Judentum der deutschen Juden einen Konfessionalisierungsprozeß und verlor viel von seinen nationalen Bedeutungsnuancen. Bei vielen deutschen Juden zeichnete sich die Erkenntnis ab, daß es weder Religion noch nationale bzw. staatsbürgerliche Zugehörigkeit waren, die sie von ihrer Umwelt trennten, sondern ihre historische Herkunft, d.h. ihre ethnische Zugehörigkeit<sup>11</sup>.

citizenship. We do not wish to understate other sources of variation, such as the character of the economy or levels and forms of urbanisation, but we do insist on making the qualities of stateness the central axis of our approach.“

<sup>7</sup> Brubaker, Staats-Bürger, S. 47.

<sup>8</sup> Brubaker, Staats-Bürger, S. 24. Gosewinkel, Citizenship; Fahrmeier vertritt einen anderen Ansatz als Brubaker, bemerkt jedoch ebenfalls, daß die religiöse Zugehörigkeit z. B. zum Judentum im 19. Jahrhundert ein Hindernis für die Verleihung der Bürgerrechte in Deutschland darstellte: Fahrmeier, German Citizenship, S. 742.

<sup>9</sup> Brubaker, Staats-Bürger, S. 29 f.

<sup>10</sup> Zum Prozeß der Verleihung der Bürgerrechte an deutsche Juden siehe: Toury, Lokal-Emanzipation; Mosse, Schutzjuden; Pulzer, Gleichstellung.

<sup>11</sup> Interessant ist der Gebrauch des Begriffs „situative Ethnizität“ durch van Rahden, siehe: van Rahden, Weder Milieu noch Konfession, S. 409 ff. – Deutsche Juden benutzten nicht den Begriff „Ethnizität“, sondern sprachen mehrheitlich vom „Stamm“, ein Terminus, der sich im wesentlichen mit dem heute gebräuchlichen Begriff „Ethnie“ deckt. Siehe: Brenner, Jewish Culture, S. 37 ff.; Weiss, Wir Westjuden, S. 158 ff. – Auch in einem späteren Aufsatz von van Rahden: van Rahden, Situative Ethnizität.

Die Geschichte der Juden in den mitteleuropäischen Regionen, die zur polnischen Republik gehörten, war dagegen völlig anders verlaufen. Obwohl es während des 19. Jahrhunderts zu bestimmten Reformen im Hinblick auf die rechtliche Stellung der jüdischen Bevölkerung gekommen war, konnte diese zunächst keine volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung erlangen. Der untergeordnete rechtlich-staatsbürgerliche Status von Juden wirkte sich auf die Möglichkeiten ihrer Berufswahl und somit auch auf ihre sozioökonomischen Merkmale aus. Der Kinderreichtum und der daraus resultierte Bevölkerungszuwachs bei den osteuropäischen Juden in jener Zeit erschwerten die ohnehin bereits schwierige Situation zusätzlich. Angesichts des Mangels an nennenswerten Modernisierungsprozessen darf es nicht verwundern, daß die Integration der Juden in den staatlichen Rahmen und die Gesellschaften der Umwelt in Osteuropa eng begrenzt blieb: Abgesehen von einer äußerst kleinen Schicht führten Juden ihr Leben in einem geschlossenen traditionell jüdischen Milieu.

Auch der Prozeß der Erlangung staatsbürgerlicher Gleichstellung der polnischen Juden unterschied sich wesentlich von dem entsprechenden Prozeß in Deutschland. Polnische Juden erhielten zum ersten Mal volle bürgerliche Gleichberechtigung nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags im Rahmen des neuen polnischen Staates, der als Folge des Ersten Weltkrieges 1918 gegründet wurde. Dank der Teilnahme jüdischer Interessengruppen aus dem Westen an der Friedenskonferenz in Versailles wurden Juden in Polen als nationale Minderheit anerkannt, deren Rechte im Kontext internationaler Verpflichtungen des polnischen Staates verankert waren. In Parenthese muß angemerkt werden, daß westeuropäische Juden diesen Status für sich selbst nicht einforderten, da dies ihrer Auffassung einer individuellen Staatsbürgerschaft widersprochen hätte<sup>12</sup>. Wie andere Minderheiten genossen Juden in Polen also fortan Minderheitenrecht und -schutz und bewegten sich damit in einem rechtlichen Rahmen, der ihren partikularen Interessen und ihrer ausdrücklich jüdisch-nationalen Identität konstitutionellen Ausdruck verlieh.

Doch trotz der prinzipiellen Verpflichtungen Polens kam es im Verlauf der dreißiger Jahre zu einem drastischen Niedergang der Stellung der jüdischen Bevölkerung. Grund dafür waren einerseits die zunehmende Schwäche der Zentralregierung und ihre Erosion durch die nationalistisch-antisemitische Opposition, andererseits aber der Einfluß des nationalsozialistischen Deutschlands auf den Status von Juden in osteuropäischen Ländern im allgemeinen, ganz besonders jedoch in Polen. Die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der deutschen Juden infolge des Siegeszuges der Nationalsozialisten und der damit einhergehenden antijüdischen Gesetzgebung in Deutschland traf die jüdische Existenz in Deutschland in ihrem Wesenskern. Die deutschen Juden wurden zu einer diskriminierten, rechtlosen Minderheitengruppe. Die Gesetze, die die Separation von Juden und Deutschen zur Folge hatten, beseitigten die kulturelle, wirtschaftliche und politische Beteiligung von Juden am öffentlichen Leben und führten zum Rückzug der jüdischen Bevölkerung in einen eigenen separaten Sektor. Die beruflichen Einschränkungen, die Verfolgungen und die wirtschaftliche Diskriminierung führten zu einer raschen Verarmung breiter jüdischer Bevölkerungsschichten in Deutsch-

<sup>12</sup> Zur Relation zwischen dem Einsatz westeuropäischer Juden zugunsten der Juden in Osteuropa und ihrem Selbstverständnis siehe: Diner, *Diplomatie*; Gutwein, *Jewish Diplomacy*.



land und änderten die sozioökonomische Zusammensetzung der jüdischen Gemeinden.

Somit waren die dreißiger Jahre durch eine Verringerung der prinzipiellen Diskrepanz zwischen dem jeweiligen Status der deutschen und der polnischen Juden charakterisiert. Beide Gruppen führten fortan ihr Leben innerhalb der Grenzen eines kollektiven Status unter dem Joch diskriminierender antisemitischer Politik. Die hier vorgelegte Untersuchung widmet sich der Frage, wie sich die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Juden angesichts dieser neuen Realität gestalteten. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die osteuropäischen Juden in den Augen vieler deutscher Juden mit einem negativen Image belastet waren und die osteuropäisch-jüdische Gesellschaft insgesamt als unterentwickelt galt. Mehr noch: Das Selbstverständnis, die Gemeindeorganisationen und die kollektiven Verhaltensmuster der Juden in Deutschland hatten sich unter den Bedingungen des Wohlstands und der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung herausgebildet. Auf der Grundlage des neuen deutsch-jüdischen Handlungsrahmens, der nach 1933 als Lösung neuartiger Problemsituationen entstand, mußte es zu einer völlig neuen Einschätzung und zu einer Revision der Auffassungen über die osteuropäischen und insbesondere die polnischen Juden kommen. Die jüdische Öffentlichkeit in Deutschland war gezwungen, sich mit der Veränderung ihres Status auseinanderzusetzen. Sie war außerdem zunehmend auf internationale jüdische Unterstützung angewiesen, während sich gleichzeitig auch in Osteuropa eine Verschlechterung der ohnehin schwierigen Situation der jüdischen Bevölkerung abzeichnete. Polnische Juden zeigten in den dreißiger Jahren großes Interesse an dem Schicksal der deutschen Juden. Diese tiefe Anteilnahme wurzelte sowohl in dem für das polnische Judentum charakteristischen jüdisch-nationalen Bewußtsein als auch darin, daß die polnischen Juden indirekt durch den deutschen Antisemitismus betroffen waren<sup>13</sup>.

Im Unterschied zum Begriff des „deutschen Judentums“, der relativ eindeutig zu definieren ist, ist die Unterscheidung zwischen polnischen und osteuropäischen Juden nicht einfach. Die Existenz Polens als unabhängige staatliche Einheit war kurz, der polnische Staat in der Neuzeit mehrfach geteilt. Die 1918 gegründete polnische Republik besaß keine Souveränität über die Gebiete des historischen Polens und umfaßte in ihrer Gesamtheit nur „Kongreßpolen“. So lebten z.B. im gegründeten Staat Litauen Juden, bei denen es sich eigentlich um polnische Juden handelte. Andererseits lebten in den Grenzen des polnischen Staates nach 1922 Juden der Region Posen, die zum Teil deutsche Juden waren. Mehr noch: Von den osteuropäischen Juden, die 1933 in Deutschland lebten, waren 70% polnischer Herkunft. Ihr Schicksal unterschied sich nicht wesentlich von dem anderer osteuropäischer Juden in

<sup>13</sup> Üblicherweise wird der Begriff „Solidarität“ zur Bezeichnung der gegenseitigen jüdischen Hilfe und Unterstützung benutzt; siehe z.B.: Pinkus/Troen, *Jewish Solidarity*; Troen, *Organizing Rescue*. – Ich habe diesen Begriff weitgehend gemieden, da seine Aspekte für den Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft nicht eindeutig sind und er darüber hinaus nicht klar von anderen Begriffen wie „Zugehörigkeitsgefühl“ abgegrenzt werden kann. Auch kann der Stellenwert des Eigeninteresses im Begriff „Solidarität“ nicht bestimmt werden. Zum Begriff „Solidarität“ allgemein siehe die Aufsatzsammlung: Bayertz, *Solidarität*, und darin besonders die Beiträge: ders., *Begriff und Problem*, S. 11–53, insbesondere 12 und 30f.; sowie Metz, *Solidarität*, S. 177, 189ff.; Wildt, *Solidarität*; Thome, *Soziologie und Solidarität*, S. 217 ff.

Deutschland. Sie separat von den osteuropäischen Juden in einer Untersuchung betrachten zu wollen, mag unter Umständen willkürlich erscheinen, zumal auch der Status von Juden in vielen osteuropäischen Staaten während der dreißiger Jahre ungefähr dem der polnischen Juden entsprach. Und wie in Polen gab es auch in Ungarn, Rumänien und den baltischen Staaten eine tiefe Affinität zum deutschen Antisemitismus. So könnten auch in dieser Hinsicht Zweifel angemeldet werden, ob eine separate Betrachtung gerade der polnisch-deutschen Beziehungen gerechtfertigt ist. Doch die Beziehungen zwischen Juden in Deutschland und Polen erhalten durch verschiedene Faktoren eine besondere Qualität, als da wären: die unmittelbare Nachbarschaft von Deutschland und Polen, die intensiven politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in jenen Jahren, die zahlenmäßige und organisatorische Stärke des polnischen Judentums in den dreißiger Jahren und die große Zahl polnischer Juden in Deutschland.

Die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Juden werden in der vorliegenden Darstellung auf zwei Ebenen betrachtet: in Deutschland selbst – also im Bereich der Beziehungen zwischen deutschen Juden und der in ihren Reihen lebenden polnisch-jüdischen Minderheit – sowie auf der übergeordneten Ebene der Gesamtbeziehungen zwischen deutschen und polnischen Juden innerhalb und außerhalb Polens.

Das erste Kapitel der vorliegenden Studie konzentriert sich auf die Beziehungen zwischen dem deutschen Staat, der deutsch-jüdischen Minderheit und der Randgruppe der polnisch-jüdischen Emigranten in Deutschland. Diese Perspektive akzentuiert die Kontinuität des Verhältnisses deutscher Juden zu osteuropäisch-jüdischen Emigranten in Deutschland. Die Anfänge der Migration osteuropäischer Juden nach Westen liegen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Doch erst Ende des 19. Jahrhunderts und insbesondere infolge des Ersten Weltkrieges wurde diese Migration zu einer Massenemigration. Im allgemeinen nahmen jüdische Gemeinden und Organisationen in Deutschland stets eine institutionelle Verpflichtung für die Emigranten wahr, ihre Grundhaltung blieb jedoch eher distanziert und paternalistisch. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland leitete eine Wende im Kräfteverhältnis zwischen altansässigen Juden und osteuropäischen Emigranten ein: Während deutsche Juden ihre Rechte infolge der antijüdischen NS-Gesetzgebung weitgehend verloren, hatten Juden mit ausländischer Staatsbürgerschaft zunächst eine zumindest in formal-juristischer Hinsicht sicherere Position inne. Im Alltagsleben jedoch blieben viele osteuropäische Juden in Deutschland Angriffen und Nachstellungen ausgesetzt, weil sie aufgrund äußerer Erkennungsmerkmale leicht als Juden auszumachen waren oder in Gegenden mit hoher jüdischer Bevölkerungskonzentration lebten. Auf jeden Fall mußten jüdische Gemeinden und Organisationen in Deutschland angesichts der veränderten politischen Lage ihre Position zu osteuropäischen Juden neu überdenken.

Die folgenden Kapitel der Darstellung beschäftigen sich mit den wechselseitigen Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Juden im Kontext zentraler Aspekte jener Zeit. Im Gegensatz zum Thema des ersten Kapitels handelt es sich hierbei nicht um weitere Elemente einer längeren Beziehungstradition zwischen Altansässigen und Emigranten, sondern um ein völlig neues, innerjüdisches Beziehungsgeflecht. Das deutsche Judentum hatte im 19. Jahrhundert einen Säkularisierungsprozeß durchlaufen. Zu ähnlichen Phänomenen war es zwar auch innerhalb

des polnischen Judentums gekommen, doch waren diese stets Randerscheinungen geblieben, so daß der jüdischen Religion in Polen auch im 20. Jahrhundert weiterhin eine zentrale Bedeutung zukam.

Das zweite Kapitel der Darstellung beschäftigt sich daher mit der Diskrepanz des religiösen Selbstverständnisses deutscher und polnischer Juden vor dem Hintergrund der Veränderungen der dreißiger Jahre. Zwei Rezeptionsprozesse stehen im Mittelpunkt der Erörterungen: die Rezeption des Status osteuropäischer Rabbiner und Synagogen in Deutschland sowie die beiderseitige Rezeption antireligiöser Gesetzgebungen – in erster Linie des Verbots des koscheren Schlachtens, der *Schechita*, – in Deutschland und Polen.

Parallel zu den individuellen Statusveränderungen von Juden in Deutschland sah sich die jüdische Gemeinde vollkommen neuen Problemen ausgesetzt. Der drastische Niedergang der wirtschaftlichen Lage vieler Gemeindemitglieder wirkte sich auf die Haushaltslage der jüdischen Gemeinden negativ aus. Die finanziellen Mittel verringerten sich, während die zu bewältigenden Aufgaben angesichts der wachsenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen Diskriminierung zunahmen. Jüdische Gemeinden in Osteuropa hatten dagegen seit Generationen gelernt, sich mit entsprechenden Schwierigkeiten auseinanderzusetzen. So kam es in jüdischen Gemeinden in Deutschland fortan zum Aufbau von Gemeindestrukturen, wie sie für osteuropäische Gemeinden seit langem charakteristisch waren. Das dritte Kapitel untersucht den Einfluß der Strukturen des Sozialfürsorgesystems der jüdischen Gemeinden in Polen auf die Wohlfahrtsarbeit, die die jüdischen Gemeinden in Deutschland in den dreißiger Jahren entwickelten.

Der politische und wirtschaftliche Status deutscher Juden hatte es ihnen vor der Zeit des Nationalsozialismus ermöglicht, Juden in anderen Ländern, insbesondere in Osteuropa, finanziell und moralisch zu unterstützen. Bis 1933 waren deutsche Juden selbst in keiner Form – weder finanziell noch politisch-moralisch – auf Unterstützung angewiesen. Nach 1933 jedoch beanspruchten sie die finanzielle Hilfe und die organisatorischen Infrastrukturen, die in der Vergangenheit ausschließlich osteuropäischen Juden zur Verfügung gestanden hatten. Im Laufe der Jahre bedurften deutsche Juden finanzieller Hilfe internationaler jüdischer Organisationen zur Aufrechterhaltung ihres Wohlfahrtssystems, zur Finanzierung von Umschulungen, zur Unterstützung der Arbeitslosen und derjenigen, die ihre Erwerbsgrundlagen verloren hatten, sowie zur Fürsorgearbeit bei der infolge der erzwungenen Emigration stark überalterten Bevölkerung. Doch auch die Situation der polnischen Juden hatte sich insbesondere nach dem Tod des polnischen Präsidenten Jozef Pilsudski und angesichts des zunehmenden polnischen Antisemitismus in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre sehr verschlechtert. Infolge der begrenzten finanziellen Mittel erfolgte die wachsende Unterstützung deutscher Juden auf Kosten der polnischen. Der Konkurrenzkampf um die limitierten Wohlfahrtsmittel wird somit im dritten Abschnitt dieser Studie besonders behandelt.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland wurden die Rechte der jüdischen Bevölkerung Schritt für Schritt abgebaut. Nur infolge internationaler Interventionen konnte die Willkür der NS-Behörden zunächst ansatzweise eingeschränkt werden, wobei deutsche Juden sich von dem international ausgeübten Druck distanzierten und bisweilen meinten, derartige Interventionen könnten sich nur negativ auf die deutsch-jüdischen Angelegenheiten auswirken. Vor allem

waren es polnische Juden, die sich weltweit für die Mobilisierung der jüdischen Öffentlichkeit zugunsten deutscher Juden einsetzten, und zwar aufgrund ihrer langen Tradition aktiver politischer Arbeit, aber auch infolge des Umstandes, daß ihnen zu jener Zeit noch nahezu völlige politische Freiheit gewährt wurde. Außerdem wußten sie um die schicksalhaften Auswirkungen der politischen Entwicklungen in Deutschland auf ihre eigene Situation. Daher setzten sie sich intensiv für die Wahrung der Rechte deutscher Juden in Deutschland ein. Es kam zu einer neuen und in der jüdischen Geschichte präzedenzlosen Rollenverteilung. Das vierte Kapitel widmet sich daher der jüdischen Rezeption antijüdischer Politik in Deutschland und Polen und untersucht den Effekt der gegenseitigen Wahrnehmung: Deutsche Juden nahmen den polnischen Antisemitismus, polnische Juden den deutschen Antisemitismus nicht als abstrakte Phänomene wahr, sondern als Indikatoren, mit denen sie entscheidende Einsichten in ihre eigene Situation erlangen konnten.

Das fünfte Kapitel widmet sich der Emigration, die häufig als einziger Ausweg aus der verzweifelten Situation der Juden in Deutschland und Polen angesehen wurde. In Anbetracht der begrenzten Emigrationsziele und der restriktiven Immigrationspolitik der britischen Mandatsbehörden in Palästina schränkte die erzwungene Auswanderung deutscher Juden die Möglichkeiten der Auswanderung für polnische Juden erheblich ein. Ebenso wie im Bereich der internationalen finanziellen Unterstützung fanden sich polnische Juden auch unter diesem Gesichtspunkt im Spannungsfeld zwischen moralisch-politischer Unterstützung für deutsche Juden und hartem, entschiedenem Konkurrenzkampf.

Die vorliegende Studie geht insgesamt nicht von der Existenz eines jüdischen Kollektivs als einheitlicher Körperschaft mit gemeinsamen Zielen und Handlungsweisen aus. Auf deklaratorisch-moralischer Ebene bestanden zwar ebenso wie bisweilen in der politischen Agitation Ansätze zur Bildung eines gegen den Nationalsozialismus gerichteten einheitlichen jüdischen Vorgehens. Zugleich zeigten sich jedoch Spannungen zwischen den allgemeinen Interessen des deutschen Judentums, dessen Führung an Maßnahmen interessiert war, die sich für deutsche Juden vorteilhaft auswirkten, und der Führung des polnischen Judentums, für die die globale Resonanz von Aktionen, die die Legitimität des Nationalsozialismus beeinträchtigen und sein Ansehen bei den osteuropäischen Regimen mindern konnten, ausschlaggebend war. Der polnisch-jüdische Aktivismus beeinträchtigte in manchen Fällen die bescheidenen Erfolge deutscher Juden, während die Regelungen, die in gegenseitigem Einverständnis zwischen deutschen Behörden und deutsch-jüdischem Establishment mit Blick auf die Auswanderung und Verdrängung getroffen wurden, als nachahmenswertes Modell für osteuropäische Regime gesehen werden und die Zukunft der Juden in Osteuropa generell bedrohen konnten. Das sechste Kapitel, das sich dem Konflikt zwischen dem von der *Jewish Agency* und Deutschland zur Überführung von Vermögenswerten deutscher Juden nach Palästina erzielten Transfer-Abkommen und der weltweiten Boykottbewegung gegen das nationalsozialistische Deutschland und insbesondere den Boykott-Aktivitäten in Polen widmet, geht auf diese Aspekte ein.

Das siebte Kapitel untersucht die Ausweisung polnischer Juden aus Deutschland nach Polen im Herbst 1938 und verfolgt das weitere Schicksal polnischer Juden in Deutschland vor und unmittelbar nach Kriegsausbruch. In dieser Phase brachten alle Beteiligten ihre jeweiligen Positionen zu einer abschließenden Formation: das

deutsche Regime und die deutsche Gesellschaft, die deutschen Juden und die polnischen Juden in Deutschland, die polnische Regierung und die polnische Gesellschaft, die polnischen Juden sowie die internationalen jüdischen Organisationen und die zionistische Bewegung. Das Kapitel stellt die tragische Situation dar, in der die Grenzen des politischen Handelns von Juden vor dem Holocaust nur allzu deutlich werden.

Das Beziehungsgeflecht zwischen deutschen und polnischen Juden war äußerst komplex und von Kontinuität geprägt. Sein sensibler Charakter führte dazu, daß ihm ein nahezu mythologisches Gewicht im kollektiven jüdischen Gedächtnis zugewiesen wurde. Im Bewußtsein der dominierenden Ansicht von der Haltung deutscher Juden gegenüber osteuropäischen Juden wird es hier vermieden, allgemein verbreitete Positionen zu rekonstruieren oder individuell-persönliche Erinnerungen in den Mittelpunkt der Darstellung zu rücken. Vielmehr geht die vorliegende Studie von einer allgemeinen gesellschaftspolitischen Perspektive aus. Sie basiert auf zeitgenössischen Dokumenten, also auf Materialien, die während, nicht nach den Ereignissen abgefaßt wurden, und konzentriert sich nur dann auf Äußerungen einzelner Beteiligter, wenn sie als Sprachrohr umfassenderer Strukturen wie z.B. Gemeinden, Organisationen oder Parteien agierten. Dabei wird der Bereich der Reflexion über die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Juden auf die internationale Ebene – die deutsche, die polnische und die global-jüdische – ausgedehnt, um so die Perspektive insgesamt zu erweitern. Mehr noch: Etliche der in den dreißiger Jahren getroffenen Entscheidungen bestimmten das spätere Schicksal jüdischer Einzelpersonen oder Gruppen auf Gnade und Ungnade. Viele der Beteiligten haben den Holocaust nicht überlebt. Als Zeitgenossen wußten sie zwar um die drohende Gefahr, konnten aber deren wirkliche Dimension nicht erkennen. Die Darstellung folgt daher den damals zugänglichen Informationen und bestehenden Überlegungen und vermeidet es, die Positionen und Handlungen der führenden jüdischen Persönlichkeiten aufgrund eines späteren Wissens um die Ereignisse zu betrachten und zu beurteilen. Unweigerlich wird die Darstellung infolge der behandelten Fragen eine moralische sein, ohne jedoch dabei zu moralisieren.

Viele wichtige Forschungsarbeiten liegen heute zu den Beziehungen zwischen deutschen und osteuropäischen Juden in der Weimarer Republik vor. Zur Frage der osteuropäischen Juden in Deutschland nach 1933 existieren allerdings nur einige wenige Aufsätze, die sich in der Regel auf demographische, diplomatische oder rechtliche Fragen beschränken<sup>14</sup>. Die vorhandene Literatur geht nicht auf die Frage ein, ob die Machtübernahme der Nationalsozialisten die Spannungen zwischen deutschen und polnischen Juden verminderte. Während sich die Belletristik sehr wohl mit dem gespannten Verhältnis zwischen deutschen Juden und osteuropäischen Emigranten in jenen Jahren befaßt – so zum Beispiel Lion Feuchtwangers Roman „Die Geschwister Oppermann“ oder Israel Joshua Singers „Mischpocha Karnowski“ –, hat die historische Forschung diesen Bereich bisher eher vernachlässigt.

Etliche Forschungsarbeiten widmen sich den internen Verhältnissen des deutschen Judentums in der Zeit zwischen 1933 und dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Die Frage der politischen Identität des deutschen Judentums und die Diffe-

<sup>14</sup> Adelson, Jewish Polish Citizens; Maurer, Ausländische Juden; Tomaszewski, Civil Rights; ders., Polish Diplomats, S. 184 ff.; Fox, Reichskristallnacht.

renzen zwischen den unterschiedlichen Weltanschauungen der Zionisten, der Liberalen und der Orthodoxen werden ebenfalls häufig behandelt<sup>15</sup>. Hinzu kommt eine weitverzweigte Memoirenliteratur, die teilweise von zentralen Verantwortungsträgern des deutschen Judentums jener Jahre verfaßt wurde. Auch die Geschichte des polnischen Judentums in den zwanziger und dreißiger Jahren ist Thema vieler Forschungsbeiträge. Die Arbeiten Ezra Mendelsohns<sup>16</sup> und Emanuel Melzers<sup>17</sup> bilden die wesentliche Grundlage der in die vorliegende Darstellung eingegangenen Informationen über die behandelte Zeit. Melzer konzentriert sich in seinen Untersuchungen in erster Linie auf die Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Staat<sup>18</sup>. Josef Teenis Dissertation und die Aufsätze von Pawel Korzec und Karol Grünberg behandeln den Einfluß des nationalsozialistischen Antisemitismus auf die polnischen Antisemiten<sup>19</sup>. William Hagens Beitrag zählt zu den ersten Versuchen eines Vergleichs zwischen deutschem und polnischem Antisemitismus in den dreißiger Jahren<sup>20</sup>. Einige Historiker widmeten sich in ihren Darstellungen der Ausweisung polnischer Juden aus Deutschland im Herbst 1938<sup>21</sup>. Yehuda Bauer erörtert in seinen Büchern über die jüdischen Organisationen und ihre Reaktionen auf den Nationalsozialismus ebenso die Unterschiede zwischen der Situation deutscher Juden und der Lage polnischer Juden wie das Verhältnis der jeweiligen Hilfsaktionen für die Juden beider Länder<sup>22</sup>.

Die genannten Darstellungen liefern den Hintergrund der vorliegenden Arbeit, deren Kern jedoch in der detaillierten Rekonstruktion des innerjüdischen Beziehungskomplexes und der Erwägungen und Motive besteht, die alle Beteiligten in ihren Handlungen geleitet haben. Daher beruht die Studie im wesentlichen auf primärem Quellenmaterial und Dokumenten, die sich in verschiedenen Archiven in Israel, Deutschland, in Polen (Warschau), Rußland (Moskau) und den Vereinigten Staaten (New York) befinden. In aller Kürze sollen an dieser Stelle die Hauptmerkmale der relevanten, zentralen Archive angeführt werden:

Die wesentlichen Dokumente für die Analyse des gesetzlichen Status polnischer Juden in Deutschland und der behördlichen Haltung ihnen gegenüber finden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (PAAA), in den Dependancen des Bundesarchivs in Koblenz (BAK) und Potsdam (BAP)<sup>23</sup> sowie in den Staatsarchiven in Dresden (StA Dresden) und Leipzig (StA Leipzig). Zur Haltung des polnischen Staates zu den in Deutschland lebenden polnischen Juden und ihren Organisationen findet sich etliches Material in den Dokumentensammlungen der polnischen Konsulate in Deutschland, die heute gesammelt im polnischen Staatsarchiv in Warschau (AAN) aufbewahrt werden. Zeugnisse, aus denen Rückschlüsse über die internen Beziehungen zwischen altansässigen Gemeinden und Emigranten

<sup>15</sup> Zwei zentrale Arbeiten zu diesem Thema sind: Margaliot, *Political Reaction*; sowie Fraenkel, *Zionist Policy*.

<sup>16</sup> Mendelsohn, *Dilemma of Jewish Politics*; ders., *East Central Europe*; ders., *Minorities*.

<sup>17</sup> Melzer, *No Way out*.

<sup>18</sup> Melzer, *Polish Diplomacy*; ders., *Relations*; ders., *Racism*; ders., *Minorities*, S. 71 ff.

<sup>19</sup> Teeni, *Hitler's Rise*; Korzec, *Antisemitism*; Grünberg, *National-Democratic Press*.

<sup>20</sup> Hagen, *Anti-Semitism in Interwar*.

<sup>21</sup> Adler, *Der verwaltete Mensch*; Maurer, *Abschiebung*; Milton, *Expulsion*; dies., *Grenzen*.

<sup>22</sup> Bauer, *Brother's Keeper*; ders., *Jews for Sale*.

<sup>23</sup> Zum Zeitpunkt der Quellenrecherchen – inzwischen ist diese Abteilung des Bundesarchivs nach Berlin umgezogen.

gezogen werden können, liegen in einzelnen Gemeindearchiven, die heute im Zentralarchiv für die Geschichte des jüdischen Volkes in Jerusalem (Central Archives for the History of the Jewish People) und im Staatsarchiv Hamburg (StA Hamburg) aufbewahrt werden oder über verschiedene Archive verstreut sind. Einzelne Dokumente enthalten auch die Nachlaß-Sammlungen des Leo-Baeck-Instituts in New York (LBI-N.Y.). Wichtige Dokumente zur Beziehung der zentralen jüdischen Organisationen in Deutschland zu polnischen Juden finden sich im Zionistischen Zentralarchiv in Jerusalem (Central Zionist Archives) sowie im Archiv des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (heute befindlich im Moskauer „Sonderarchiv“). Das Archiv der zentralen Organisation des deutschen Judentums unter der NS-Diktatur, der *Reichsvertretung*, ist verschollen. Dank der intensiven Bemühungen Professor Otto Dov Kulka und Dr. Esriel Hildesheimers konnte es jedoch zum Teil rekonstruiert werden. Es wird heute als „Rekonstruiertes Archiv“ am Fachbereich für die Geschichte des jüdischen Volkes der Hebräischen Universität Jerusalem aufbewahrt. Dies sind die wichtigsten Archivquellen für die Rekonstruktion wesentlicher Aspekte des Lebens osteuropäischer Juden in Deutschland in der vorliegenden Darstellung.

Um die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Juden in ihrer Gesamtheit zu erfassen, war der Zugang zu internen Dokumenten der internationalen jüdischen Organisationen notwendig. Hier erwiesen sich insbesondere das Archiv des *American Jewish Joint Distribution Committees* in New York (JDC), das Zionistische Zentralarchiv in Jerusalem, das Archiv der Arbeiterbewegung im Lavon-Institut zur Erforschung der Arbeiterbewegung in Tel Aviv, das Archiv der *Hechalutz*-Bewegung im Beit Lochamei Ha-Ghettaot und des Rav-Kook-Instituts in Jerusalem als hilfreich. Darüber hinaus konnte auf einzelne Dokumente in verschiedenen Archiven zurückgegriffen werden, die in der Literaturliste gesondert genannt werden.

Dokumentensammlungen, Jahresberichte, Broschüren und hauptsächlich die zeitgenössische – regionale und überregionale – jüdische Presse aus den dreißiger Jahren fanden sich in der Wiener-Bibliothek (Wiener Library) der Universität Tel Aviv, der Deutschen Bücherei in Leipzig und der Jüdischen National- und Universitätsbibliothek in Jerusalem. Interviews wurden zur Abfassung dieser Studie nicht durchgeführt, allerdings wurde bereits bestehendes Interviewmaterial aus der Sammlung des Yad-Vashem-Archivs in Jerusalem benutzt sowie Interviews, die vom Centre for Oral History am Institut für Zeitgenössisches Judentum (Institute for Contemporary Jewry) der Hebräischen Universität Jerusalem durchgeführt wurden.

Aus dem bisher Gesagten wird deutlich, daß das hier zugrunde gelegte Material äußerst vielfältig und umfangreich ist. Ein Teil der Dokumente sind persönlicher Natur – hier wären Briefe, Tagebücher und Abschnitte der Erinnerungsliteratur zu nennen –, viele Dokumente aber tragen offiziellen Charakter, stammen also aus staatlichen und anderen institutionellen Provenienzen. Zu dieser Kategorie gehören Berichte, Protokolle, Verträge, Anordnungen, Gesetzestexte und Korrespondenzen zwischen verschiedenen offiziellen Körperschaften. Glücklicherweise waren zahlreiche Protokolle geschlossener Sitzungen der im Buch erwähnten Organisationen und Körperschaften zugänglich. Diese Protokolle erwiesen sich als besonders interessant, gewährten sie doch Einblick in die intern ausgetragenen Meinungsverschie-

denheiten der beteiligten Zeitgenossen. Bewußt wurde eine große Vielfalt von Quellenmaterial herangezogen, denn nur aufgrund umfangreicher Einzelinformationen kann mit maximaler Genauigkeit die historische Begegnung zwischen deutschen und polnischen Juden in den letzten Jahren vor dem Holocaust rekonstruiert werden – der Katastrophe, der die meisten der Beteiligten zum Opfer fielen und die im jüdischen Geschichtsbewußtsein nur eine unklare Erinnerung an Nähe und Distanz, an Konkurrenz und Kooperation, an Gleichstellung und Diskriminierung zurückließ.



# I. Polnische Juden in Deutschland – eine Randgruppe innerhalb einer Minderheit

Die Zahl der zwischen 1933 und 1939 in Deutschland lebenden polnischen Juden kann nicht mit Sicherheit angegeben werden. Entsprechende statistische Angaben stützen sich im wesentlichen auf die Volkszählungen vom Juni 1925 und Juni 1933. Folgt man den Zahlen von 1925, so lebten zum Zeitpunkt dieser Erhebung 499682 Juden in Deutschland, darunter 98747 ausländische Juden (19,8%), also Juden ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Unter den ausländischen Juden wiederum wurden 56480 polnische Juden gezählt. Dies entsprach einem Anteil von 57,2% an der Gruppe der ausländischen Juden<sup>1</sup>. Zum Zeitpunkt der zweiten Volkszählung im Juni 1933 – also fünf Monate nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten – hatten bereits einige Tausend polnischer Juden Deutschland verlassen, so daß die Zahl der zu Beginn des Jahres in Deutschland lebenden polnischen Juden nicht angegeben werden kann. Außerdem wurden von der Volkszählung im Juni 1933 nur diejenigen Juden erfaßt, die sich legal in Deutschland aufhielten, nicht jedoch alle tatsächlich in Deutschland lebenden. Insbesondere im Hinblick auf polnische Juden ist die Differenz zwischen beiden Angaben von außerordentlicher Bedeutung: Die geographische Nähe Deutschlands zu Polen sowie die zahlreichen Schwierigkeiten, die Deutschland einer legalen Emigration in den Weg legte, veranlaßten viele Juden dazu, die Grenze illegal zu überschreiten. Jozef Adelson stellte in einer detaillierten Untersuchung die auf deutscher Seite vorhandenen statistischen Angaben den von polnischen Konsulaten in Deutschland geführten Listen polnischer Juden gegenüber. Demnach lebten im Jahre 1932 170000 polnische Juden in Deutschland<sup>2</sup>.

Die Differenzen und Unstimmigkeiten zwischen offiziellen deutschen und polnischen Angaben einerseits und den von verschiedenen jüdischen Organisationen vorgenommenen Schätzungen andererseits machen es nahezu unmöglich, auch für die folgenden Jahre die Zahl der in Deutschland lebenden polnischen Juden festzulegen. So schätzten jüdische Organisationen die Zahl der 1936 in Deutschland lebenden polnischen Juden auf 57000, während die polnischen Vertretungen für dieses Jahr von 70000 polnischen Juden in Deutschland ausgingen<sup>3</sup>. Diese Differenz beruht zweifellos auf dem unterschiedlichen Charakter der Angaben über die Zahl polnischer Juden in Deutschland nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, sicherlich jedoch auch auf der Schwierigkeit, die Zahl der polnischen Juden zu ermitteln, die Deutschland nach dem Januar 1933 den Rücken kehrten. Viele Juden

<sup>1</sup> Adler-Rudel, Ostjuden, S. 165 f.

<sup>2</sup> Adelson, Jewish Polish Citizens, S. 97–108. In der zeitgenössischen jüdischen Presse wurde die Zahl der tatsächlich in Deutschland lebenden fremden Juden niedriger angesetzt als in den offiziellen Angaben: C. V.Z., Die Ostjudenfrage, Nr. 14, S. 4. 1934.

<sup>3</sup> Diese Angabe stützt sich auf einen Bericht des polnischen Konsuls Alfred Wysocki vom 25. 2. 1936 bei: Jonca, Niemiecko Polski, S. 106.

verließen Deutschland mit Hilfe jüdischer Wohlfahrtsorganisationen, viele andere jedoch wurden von den deutschen Behörden ausgewiesen – ohne jegliche Registrierung und ohne Möglichkeit der Korrektur statistischer Angaben durch offizielle Stellen. Mitte 1938 erhobenen Angaben zufolge lag die Zahl polnischer Juden in Deutschland zu diesem Zeitpunkt zwischen 60 000 und 72 000 Personen<sup>4</sup>. Nach der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich und der Ausweisung polnischer Juden im Oktober 1938 zählte man in Deutschland Anfang 1939 nur noch wenige Tausend polnischer Juden. Die Statistik spricht von 291 426 deutschen Juden, die insgesamt 88,1% aller in Deutschland lebenden Juden ausmachten. Die Zahl der Juden mit ausländischer Staatsbürgerschaft lag bei 22 454 Personen, von denen 15 000 polnische Juden waren (38,3%)<sup>5</sup>. Berücksichtigt man, daß sich auch unter den Juden ohne Staatsbürgerschaft polnische Juden befanden, steigt die Zahl auf ungefähr 20 000 Menschen. Aus diesen Angaben wird deutlich, daß die freiwillige oder erzwungene Emigration sowie die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland zu einer beträchtlichen Verminderung dieser Gruppe noch vor dem Kriege geführt hatten, wodurch der relative Anteil polnischer Juden an der jüdischen Bevölkerung in Deutschland ebenfalls abnahm.

Das Problem, die Zahl der polnischen Juden in Deutschland mit Gewißheit zu bestimmen, ergibt sich jedoch nicht nur aus den Differenzen zwischen den Angaben des polnischen Außenministeriums, der deutschen Behörden und der jüdischen Organisationen, sondern auch durch die Schwierigkeiten, die die Frage aufwirft, wer eigentlich polnischer Jude ist. Nach internationalem Recht galt derjenige als polnischer Jude, der die polnische Staatsbürgerschaft besaß, dessen Herkunft also in jenen österreichisch-ungarischen Gebieten lag, die am Ende des Ersten Weltkrieges zum Gebiet des polnischen Staates erklärt wurden, oder dessen Herkunft in jenen polnischen Gebieten lag, die vor dem Ersten Weltkrieg unter russischer Herrschaft standen, und der sein Anrecht auf polnische Staatsbürgerschaft entsprechend einer Vereinbarung zwischen Rußland und Polen bis zum April 1922 angemeldet hatte<sup>6</sup>. Juden, die ihre Option auf polnische Staatsbürgerschaft nicht verwirklicht hatten oder die im Laufe der zwanziger Jahre die polnische Staatsbürgerschaft gegen die deutsche eingetauscht und diese nach 1933 wiederum verloren hatten, erschienen in der Statistik nicht als polnische Staatsangehörige, sondern als staatenlos.

Polnische Juden in Deutschland zeichneten sich durch einige charakteristische Merkmale aus. Zwischen den Weltkriegen konzentrierte sich die polnisch-jüdische Bevölkerung in Deutschland vornehmlich in den Großstädten<sup>7</sup>. Weniger als 15% aller polnischen Juden lebten in Städten mit weniger als 100 000 Einwohnern. In Berlin allein lebten zirka 50% aller polnischen Juden, viele auch in einigen Städten Sachsens, insbesondere in Leipzig<sup>8</sup>. Diese Konzentration auf urbane Zentren ent-

<sup>4</sup> Adelson, *Jewish Polish Citizens*, S. 104; Jonca, *Niemiecko Polski*, S. 106.

<sup>5</sup> CAHJP, Inv. 4631, Die Juden und jüdische Mischlinge in Großdeutschland, 17. 7. 1939, Maschinenschrift.

<sup>6</sup> Tomaszewski, *Polish Diplomats*.

<sup>7</sup> Adelson, *Jewish Polish Citizens*, S. 91.

<sup>8</sup> Die Angaben über ausländische Juden insgesamt zeigen, daß 74% sich in Preußen konzentrierten, davon 41,6% in Berlin; 13% in Sachsen und 4,7% in Bayern, wobei sie in diesen Ländern jeweils in den Großstädten lebten; vgl. Maurer, *Ausländische Juden*, S. 189.

sprach der Berufsstruktur dieser Gruppe<sup>9</sup>: Die Mehrheit der polnischen Juden war im Bereich des Handels und Straßenhandels tätig, andere waren in der Kleinindustrie des Textil-, Tabak- oder Kürschnersektors beschäftigt<sup>10</sup>. Die freien Berufe, oft in den Bereichen von Kunst und Unterhaltung, fehlten ebenfalls nicht. Nur wenige polnische Juden arbeiteten in der Schwerindustrie. Diese Industriearbeiter waren vornehmlich in den Kohlenzechen des Ruhrgebiets beschäftigt<sup>11</sup>. Abgesehen von wenigen, die infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland Mitte der zwanziger Jahre zu Wohlstand oder gar Reichtum gelangt waren oder im Rohstoffhandel zwischen Deutschland und den Ländern Osteuropas wirtschaftlichen Erfolg gehabt hatten, gehörten polnische Juden mehrheitlich dem Mittelstand und dem unteren Mittelstand an. Die Abhängigkeit des Einkommens der zahlreichen Händler, Straßenhändler und Künstler in den Reihen der polnisch-jüdischen Bevölkerung von Schwankungen des allgemeinen Lebensstandards und allgemeinen Konsumbedürfnissen in der Weimarer Republik führte zu einer erheblichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation dieser Gruppe nach dem Ausbruch der Wirtschaftskrise in Deutschland Ende der zwanziger Jahre. Die Wohlfahrtsorganisationen der jüdischen Gemeinden, die im Zuge der Masseneinwanderung aus Osteuropa nach Deutschland während des Ersten Weltkrieges ausgebaut worden waren, unterstützten viele der ausländischen Juden, darunter natürlich auch polnische Juden. Folgt man offiziellen Angaben, sieht es so aus, als ob der Anteil polnischer Juden an der Zahl der Wohlfahrtsempfänger ihren Anteil an den Mitgliedern der jüdischen Gemeinden nicht wesentlich überstieg. Die städtische Wohlfahrtsstelle in Berlin unterstützte 1934 insgesamt 8791 deutsche und 2250 ausländische Juden<sup>12</sup>. Doch diese Daten müssen mit Skepsis betrachtet werden. Viele der ausländischen und polnischen Juden hielten sich, wie bereits erwähnt, illegal in Deutschland auf und waren nicht berechtigt, von den deutschen Behörden eine staatliche Unterstützung zu erhalten. Auch unter den legal in Deutschland lebenden Juden wandten sich zudem viele aus Furcht vor einer möglichen Ausweisung nicht an die Wohlfahrtsämter. Auf diesen Umstand weisen auch ähnliche statistische Angaben der jüdischen Wohlfahrtsstellen hin, so etwa des *Hilfsvereins*. Der relative Anteil polnischer Juden, die im Jahre 1937 Unterstützung erhielten, bewegte sich demnach zwischen 12% und 14% gegenüber 76% Unterstützungsempfängern mit deutscher Staatsbürgerschaft. Dieser Anteil war nicht wesentlich höher als der relative Anteil polnischer Juden an der jüdischen Gesamtbevölkerung in Deutschland<sup>13</sup>.

<sup>9</sup> Yahil, Holocaust, S. 27f. Dieser Eindruck entsteht auch aufgrund der zahlreichen Anfragen polnischer Juden in den polnischen Konsulaten in Deutschland seit 1933. Diese Anfragen finden sich im PAAA, Bonn, sowie im AAN in Warschau.

<sup>10</sup> Von den ausländischen Juden waren 61% im Handel und Straßenhandel erwerbstätig. Dieser Prozentsatz entsprach dem Satz der in jenem Sektor beschäftigten deutschen Juden. In Industrie und Handwerk waren 28,1% aller ausländischen Juden beschäftigt im Vergleich zu 21,7% der deutschen Juden; siehe Maurer, Ausländische Juden, S. 189. Zum landwirtschaftlichen Sektor siehe: Adelson, Jewish Polish Citizens, S. 99.

<sup>11</sup> 13,8% aller ausländischen Juden waren Arbeiter. Dieser Anteil war fast doppelt so hoch wie der Anteil jüdischer Arbeiter unter den deutschen Juden (7,2%); ebenda.

<sup>12</sup> YVA, JM/2866, Auswärtiges Amt an alle diplomatischen und konsularischen Auslandsvertretungen, 4. 11. 1934.

<sup>13</sup> SoA, 1325/1/74, Die Zahl der vom Hilfsverein der Juden in Deutschland unterstützten Personen, 1937.

Im Laufe der zwanziger Jahre blieb die demographische Entwicklung der Juden aus Osteuropa insgesamt und damit auch die der polnischen Juden positiv. 1925 zählten zu der Altersgruppe der bis zu 20jährigen 32% aller ausländischen Juden in Preußen, gegenüber 23,7% der preußischen Juden insgesamt; zu der Altersgruppe der über 50jährigen zählten 27,8% preußische Juden gegenüber 12,9% ausländischer Juden in Preußen<sup>14</sup>. Die schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschland Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre führte zur Emigration zahlreicher junger Menschen, oft auch ganzer junger Familien. Dies trug erheblich zu einer Anhebung des Durchschnittsalters polnischer Juden in Deutschland bei. Die im Sommer 1933 in Deutschland durchgeführte Volkszählung ergab, daß nur mehr 23,3% aller Juden mit ausländischer Staatsbürgerschaft jünger als 18 Jahre waren<sup>15</sup>.

## 1. Polnische Juden: Sündenböcke oder ausländische Schutzbürger

Im Laufe der Generationen waren Juden aus Osteuropa immer wieder offener Ablehnung oder tätlichem Haß ausgesetzt<sup>16</sup>. Die Wurzeln dieses Hasses sind zahlreich und vielfältig. Sie werden in der Regel mit der ökonomischen Rolle verknüpft, die osteuropäische Juden als Vermittler zwischen Bauern und Städtern in vorangehenden Jahrhunderten gespielt hatten, aber auch mit dem niedrigen wirtschaftlichen Status dieser Juden sowie mit ihrem Image als Bettler und Kriminelle, das ihnen in Deutschland zugelegt wurde<sup>17</sup>. Im Übergang vom traditionellen zum sogenannten modernen Antisemitismus änderte der Haß gegen osteuropäische Juden sein Gesicht, verschwand jedoch nicht. So standen osteuropäische Juden in Deutschland seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis 1933 unverändert im Mittelpunkt antisemitischer Propaganda<sup>18</sup>. Die Massenmigration aus Osteuropa Richtung Westen und die Ankunft von Zehntausenden jüdischer Immigranten in Deutschland vollzog sich gleichzeitig mit der Entwicklung des modernen Antisemitismus, der infolgedessen im Bewußtsein vieler Deutscher und deutscher Juden mit den jüdischen Einwanderern assoziiert wurde. Im „Berliner Antisemitismusstreit“ von 1878/79 – dem zentralen Ereignis bei der Ausbreitung des Antisemitismus in den Kreisen deutscher Intellektueller – warnte der Historiker Heinrich von Treitschke, Professor an der Berliner Universität und Reichstagsabgeordneter, in dem für ihn typischen polemischen Stil, vor der „Schaar (*sic!*) strebsamer hosenverkaufender Jünglinge (...), deren Kinder und Kindeskindern dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen“<sup>19</sup>. Es blieb nicht bei den Worten einer einzelnen, wenn auch zentralen Persönlichkeit. 1881 unterzeichneten mehr als 250 000 Deutsche die „Antisemiten-Petition“, in der die Reichsregierung u. a. aufgefordert wurde, die Einwanderung von Juden aus Osteuropa nach Deutschland zu verhin-

<sup>14</sup> Yahil, Holocaust, Bd. 1, S. 28.

<sup>15</sup> Adelson, Jewish Polish Citizens, S. 99.

<sup>16</sup> Zum folgenden vgl. passim: Weiss, Ostjuden.

<sup>17</sup> Bernstein, Bettler, S. 53–57.

<sup>18</sup> Zur Haltung der Antisemiten gegenüber osteuropäischen Juden siehe: Aschheim, Brothers and Strangers, S. 59–78; ders., Caftan and Cravat.

<sup>19</sup> von Treitschke, Unsere Aussichten, zitiert nach: Boehlich, Berliner Antisemitismusstreit, S. 9.

dern. Zu ersten Ausweisungen polnischer Juden in polnisches Gebiet kam es bereits in den Jahren 1884–1885. Derartige Maßnahmen sollten bis zum Ersten Weltkrieg und auch in der Zeit danach immer wieder zur Anwendung gelangen. Ausweisungen waren das nachdrücklichste Mittel der deutschen Behörden, um die Zahl polnischer Juden auf deutschem Gebiet einzuschränken, und stellten darüber hinaus gern angewandte Strafmaßnahmen und später auch eine Möglichkeit der Machtdemonstration gegenüber dem benachbarten Polen dar. Der Erste Weltkrieg verstärkte in Deutschland allgemein antisemitische Tendenzen, die sich jedoch insbesondere gegen osteuropäische Juden richteten. Die Verhältnisse, mit denen deutsche Soldaten in Osteuropa konfrontiert wurden, erweckten zunächst vielleicht Mitleid und Sympathie, intensivierten letztlich jedoch unter den Soldaten nur Gefühle des Abscheus und der Ablehnung, insbesondere aber das Gefühl des Andersseins gegenüber der jüdischen Bevölkerung Osteuropas. Die gewaltige Furcht vor einer Masseneinwanderung infolge des Weltkriegs und der ausdrückliche Wunsch, jene osteuropäischen Juden, die im Laufe des Krieges als Fremdarbeiter nach Deutschland gebracht worden waren, wieder „loszuwerden“, verstärkten zusätzlich die unter den verschiedenen politischen Körperschaften und innerhalb der deutschen Öffentlichkeit ohnehin herrschende ablehnend-feindliche Haltung gegenüber osteuropäischen Juden. Die in Deutschland gegen Kriegsende und Anfang der zwanziger Jahre herrschende katastrophale wirtschaftliche Lage löste überdies wirtschaftliche Konkurrenzängste aus und öffnete Tor und Tür für die verschiedenartigsten Anschuldigungen: So wurden Juden aus Osteuropa der Schieberei und Wucherei beschuldigt, für arbeitsscheu gehalten und für die Verbreitung von Epidemien verantwortlich gemacht. Die russische Revolution vertiefte die generelle Identifikation Osteuropas mit dem Kommunismus in weiten Kreisen, in denen Juden aus dem Osten nachgesagt wurde, sie unterstützten revolutionäre Tendenzen in Deutschland. Dies war übrigens eine Anschuldigung, die osteuropäische Juden bis in die dreißiger Jahre hinein verfolgte<sup>20</sup>. Die zwanziger Jahre waren insgesamt aber durch eine ambivalente Haltung und Politik gegenüber osteuropäischen Juden gekennzeichnet: einerseits ging man gegen sie mit Verhaftungen und Ausweisungen vor, andererseits gewährte man vielen die deutsche Staatsbürgerschaft.

Rechte Parteien und Organisationen waren es, die in ihrer Propaganda ausländische Juden angriffen und zu einer Gesetzgebung aufriefen, mit der ihre Einwanderung eingeschränkt, ihr Recht auf Freizügigkeit und Berufswahl aufgehoben und ihr Anrecht auf Einbürgerung in Deutschland begrenzt werden sollten. Schon in ihrem Programm von 1920 hatte die NSDAP gefordert, die weitere Einwanderung Nichtdeutscher zu verhindern und diejenigen, die nach dem 2. August 1914 (also nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges) nach Deutschland gekommen waren, zum „Verlassen des Deutschen Reiches“ zu zwingen<sup>21</sup>. Infolge der Schwäche der Republik und der Zunahme rechter Kräfte konnten sich Parteien des rechten Spektrums 1932 erneut mit der Frage der Einbürgerung von Juden aus Osteuropa beschäfti-

<sup>20</sup> Fox sieht in der Furcht vor dem Kommunismus ein zentrales Motiv der anti-jüdischen Politik und der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. Aus diesem Grunde hält er die Juden aus Osteuropa für einen zentralen Faktor im deutschen Antisemitismus: Fox, Reichskristallnacht.

<sup>21</sup> Hilberg, Vernichtung, S. 36 f.

gen<sup>22</sup>. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnot dienten ihnen als Vorwand, eine weitgehende prinzipielle Ablehnung der Einbürgerungsanträge ausländischer Juden zu fordern. Der preußische Minister des Inneren gab dem Druck nach und leitete den Entwurf eines Gesetzes ein, das eine Einbürgerung von ausländischen Juden nur nach zwanzigjährigem Aufenthalt in Deutschland ermöglichen sollte<sup>23</sup>. Außerdem versuchten rechte Parteien, osteuropäischen Juden in Deutschland die Berufsausübung zu erschweren: Die Tätigkeit jüdischer Ärzte osteuropäischer Herkunft<sup>24</sup> sollte ebenso eingeschränkt werden wie die Beschäftigung ausländischer jüdischer Schauspieler und Künstler auf staatlichen Bühnen und im Rundfunk. Trotz einer Mehrheit im Reichstag standen derartige Gesetzentwürfe im Widerspruch zur Weimarer Verfassung und konnten keine Gesetzeskraft erlangen<sup>25</sup>. Dieses in den Augen der Rechten bedauerliche Hindernis wurde mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten augenblicklich beseitigt.

Schon vor 1933 hatten osteuropäische Juden eine zentrale Rolle in der nationalsozialistischen Propaganda gespielt. Vorrangige Motive waren dabei die Massenimmigration osteuropäischer Juden nach Deutschland infolge des Ersten Weltkriegs, die bolschewistische Revolution und die Entstehung neuer Staaten in Mittel- und Osteuropa. Die Einwanderer wurden für alle Schwächen und Krisen in der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft verantwortlich gemacht. Um den unterschiedlichen Forderungen „wissenschaftliche“ Gültigkeit zu verleihen, machten Antisemiten reichlich Gebrauch von statistischen Angaben. Die Zunahme der jüdischen Gesamtbevölkerung – trotz Assimilation und negativer Bevölkerungsentwicklung der deutschen Juden – lenkte die Aufmerksamkeit auf die Einwanderer, insbesondere die osteuropäischen, als Ursache dieses Bevölkerungswachstums<sup>26</sup>. Antisemiten behaupteten dann auch, die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in Deutschland stamme ursprünglich aus Osteuropa. Hätte man zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches die Ostgrenzen für Einwanderer geschlossen, dann wäre Deutschland, so die Antisemiten, so gut wie „judenfrei“. Neben der demographischen Frage widmete sich die Propaganda weiterhin den Gefahren, die der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft durch die Präsenz osteuropäischer Juden drohten. Ihnen wurden Geldgier und Gewinnsucht, illegale Wirtschaftsaktivitäten,

<sup>22</sup> GStA Merseburg, Rep. 169 D II CF Nr. 4 Bd. 2, Kleine Anfrage Nr. 83 der Deutschnationalen Volkspartei vor dem Preußischen Landtag am 22. 6. 1932. Ebenso die Anfrage der NSDAP über die „Infiltration osteuropäischer Juden“ – GStA Merseburg, Anfrage (Nr. 467) vor dem Preußischen Landtag, 22. 11. 1932.

<sup>23</sup> Antwort des preußischen Innenministers Severing auf eine Anfrage im preußischen Landtag vom 30. 6. 1932, ebenda, sowie: Hilberg, Vernichtung, S. 38. Hilberg erwähnt darüber hinaus Initiativen von Beamten des preußischen Innenministeriums, Juden eine Namensänderung zu verbieten, wenn diese Namensänderung dazu diene, eine jüdische Herkunft zu verschleiern; ebenda. – Zum propagandistischen Gebrauch jüdischer Namen unter deutschen Antisemiten siehe: Bering, Kampf um Namen, S. 241 ff.

<sup>24</sup> GStA Merseburg, Kleine Anfrage Nr. 257, Nr. 290, Nr. 592, Nr. 623.

<sup>25</sup> Yahil, Holocaust, S. 44; *Jüdische Telegraphen Agentur*, No. 16, 20. 1. 1933. Dies galt auch für eine Initiative rechter Parteien, den Besitz osteuropäischer Juden, die nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges nach Deutschland gekommen waren, zu beschlagnahmen. Tomaszewski, Polish Diplomats, S. 187.

<sup>26</sup> Zahlreiche nationalsozialistische Publikationen beschäftigten sich mit diesen Fragen, darunter: Juden in Deutschland; Seraphim, Wanderungsbewegung; Hartenstein, Geschichte Leipzigs; Frecks, Das rassische Erwachen, S. 23; Seifert, Der Osten Europas, S. 32–39.

Ausbeutung und Zynismus vorgeworfen. Gleichzeitig bezichtigte man sie kommunistischer Tendenzen und der Verbreitung und Förderung revolutionärer Ideen sowie der Untergrabung des Systems<sup>27</sup>. Diese Anschuldigungen standen zwar zueinander im Widerspruch. Die antisemitische Propaganda griff jedoch seit langem zu derartig widersprüchlichen Argumenten, ohne daß dies ihren Einfluß verringert hätte. Die Polemik gegen ausländische Juden sollte zunächst eine antisemitische Politik rechtfertigen, diente aber zugleich als Angriff auf einen alten Gegner – die Sozialdemokratie<sup>28</sup>. Die nationalsozialistische Propaganda machte die liberale Einwanderungspolitik der Sozialdemokraten nach dem Ersten Weltkrieg für die Erschütterung der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands Ende der zwanziger Jahre verantwortlich. Nach Ansicht der Nationalsozialisten hatten die Sozialdemokraten die geopolitischen Veränderungen in Europa nach dem Weltkrieg falsch eingeschätzt. Sie hätten die Einwanderung nicht begrenzt oder aufgehalten, da sie an Immigranten aus Osteuropa infolge der politischen Orientierung dieser Personen ein besonderes Interesse gehabt hätten. Die Nationalsozialisten setzten ihre beständigen widersprüchlichen Vorwürfe gegen ausländische Juden ebenso wie die damit verbundenen Schuldzuweisungen an die Adresse der Sozialdemokratie nach 1918 bruchlos fort.

Da die Nationalsozialisten in ihrer Propaganda kontinuierlich in erster Linie osteuropäische Juden angriffen, neigten viele Kreise zu dem Trugschluß, der nationalsozialistische Antisemitismus richte sich überhaupt nur gegen osteuropäische Juden, gegen jüdische Immigranten, nicht aber gegen altansässige deutsche Juden<sup>29</sup>. Cyrus Adler aus dem Führungsgremium des *American Jewish Joint Distribution Committee (Joint)* meinte drei Tage nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, es sei wohl unmöglich, in Deutschland geborene Personen auszubürgern. Adler ging allerdings davon aus, daß Deutschland zu diesem Zeitpunkt noch immer ein Rechtsstaat war. Doch auch er hatte erkannt, daß jene Juden in Deutschland, die seit dem Krieg aus Rußland, Polen, Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern eingewandert und möglicherweise keine deutschen Staatsbürger geworden waren, einer gewissen Gefahr ausgesetzt waren<sup>30</sup>. Auch Bernard Kahn, Koordinator der *Joint*-Arbeit in Europa und gut mit der deutschen Realität vertraut, war der Ansicht, die Nationalsozialisten könnten die deutschen Juden nicht antasten, wohl aber werde es zu Ausweisungen ausländischer Juden kommen<sup>31</sup>.

<sup>27</sup> Friedländer, *Nazi-Germany*, Bd. 1, S. 41 ff.

<sup>28</sup> Juden in Deutschland, S. 149 ff.; sowie z. B. der Kommentar im *Völkischen Beobachter* über die Entlassung des Leiters der Ausländerbehörde in Berlin, der nach Ansicht der Nationalsozialisten die Einwanderung vieler ausländischer Juden nach Deutschland gefördert und sie unter den Schutz seiner Behörde gestellt hatte. – *Jüdische Telegraphen Agentur*, Nr. 43, 21. 2. 1933.

<sup>29</sup> Jacob Katz weist darauf hin, daß Jitzchak Breuer aus dem Vorsitz der *Agudat Yisrael* in Deutschland meinte, nur Juden aus dem Osten, deren juristischer Status unsicher war, könnten von dem nationalsozialistischen Regime angetastet werden. Eine Verletzung der Rechte deutscher Bürger habe er sich nicht vorstellen können. – Katz, *Autobiographie*, S. 90 f.

<sup>30</sup> YIVO, American Jewish Committee, Collection Waldmann, RG 347.1, Box 4, Folder 89, Cyrus Adler, Präsident, an Alfred Cohen, Präsident von B'nai B'rith, Cincinnati, 3. 2. 1933.

<sup>31</sup> Bauer, *Brother's Keeper*. Kahn war überzeugt, daß selbst ausländische Juden infolge der antideutschen Interessen ihrer jeweiligen Regierungen in der einen oder anderen Form geschützt seien.

In den ersten Jahren nach 1933 war das neue Regime stark auf die Konsolidierung seiner internationalen Position angewiesen. Immer wieder jedoch standen die außenpolitischen Bemühungen des Reiches im Widerspruch zu der extrem gewalttätigen Politik, mit der innerhalb des Reiches die neue Ordnung durchgesetzt und konsolidiert werden sollte. Die Behandlung des Problems ausländischer Juden ist ein deutliches Beispiel für diese Diskrepanz. Um der antisemitischen Politik des neuen Regimes eine breite Unterstützung zu garantieren, instrumentalisierte man konsequent die osteuropäisch-jüdische Bevölkerung. Die nationalsozialistische Propaganda erinnerte ohne Unterlaß an die Problematik der Präsenz von ausländischen Juden in Deutschland. Dabei ging man von einem internationalen Konsens darüber aus, daß die zahlreichen Immigranten für die Notsituation in Deutschland verantwortlich seien<sup>32</sup>. Bei deutschen Regierungsstellen glaubte man, daß selbst innerhalb jüdischer Kreise in anderen Ländern Polemik und Angriffe gegen osteuropäische Juden auf ein gewisses Verständnis stoßen würden<sup>33</sup>. Doch das Auswärtige Amt war sich darüber hinaus sehr wohl bewußt, daß zwischen der Hetze gegen osteuropäische Juden, wie das Regime sie für innenpolitische Zwecke betrieb, und der „sachlichen, neutralen Form“ unterschieden werden müsse, in der diese Propaganda außerhalb der Reichsgrenzen eingesetzt werde<sup>34</sup>. Sieben Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten schloß das Regime in die allgemeinen antijüdischen, diskriminierenden Gesetze auch die ausländischen Juden mit ein<sup>35</sup>. Zunächst ging es nur um die Verhinderung einer weiteren Zuwanderung von Juden aus dem Osten. Doch relativ schnell wandte sich die Diskussion dem Status der bereits in Deutschland lebenden osteuropäischen Juden zu. Ein Versuch, diese Juden sofort auszuweisen, konnte nicht in die Tat umgesetzt werden. Allerdings führten die Debatten zu einer Neudefinition des Status vieler Angehöriger dieser Gruppe in Deutschland. Auf einer Sitzung des Reichsministeriums des Inneren am 14. Juli 1933 wurde beschlossen, alle nach 1918 erfolgten Einbürgerungen von Ausländern zu überprüfen. Es sollte geprüft werden, ob diese Einbürgerungen mit den nationalen Interessen Deutschlands vereinbar seien, wie sie nach dem Regierungswechsel von 1933 neu definiert worden waren. Tausende von Personenakten in den Archiven der deutschen Länder dokumentieren, daß in den meisten Fällen osteuropäi-

<sup>32</sup> Anweisungen des deutschen Auswärtigen Amtes an die diplomatischen Auslandsvertretungen Deutschlands, wie die antijüdische Politik Deutschlands im Ausland darzustellen sei, liefen darauf hinaus, daß man sich in der Erläuterung auf den negativen Einfluß der osteuropäischen Juden auf das Leben in Deutschland zu konzentrieren habe. BAK, R 43II/600, Rundschreiben vom 30. 4. 1933. Ähnlich auch ein Gutachten verschiedener offizieller deutscher Stellen zum Erfolg dieser Propagandalinie: PAAA, R 99400, Deutsches Konsulat Saigon an das Auswärtige Amt, 14. 9. 1933; BAP, 15.01 Reichsministerium des Inneren, 25673/28, Nachrichten des Geheimen Staatspolizeiamtes am 14. 11. 1933.

<sup>33</sup> Ein deutscher Industrieller berichtete nach seiner Rückkehr aus England, daß „die intelligenten Juden Verständnis für die Ausschaltung der polnischen Juden haben“. – LBI-N.Y., Max Kreutzberger Collection, AR 7183, Box 19, Folder 2, Ludwig Krumm A.-G. an MinRat Willuhn, Reichskanzlei, Berlin, 17. 9. 1934.

<sup>34</sup> So z. B. die Broschüre „Ist das Verlangen des deutschen Volkes nach Entjudung berechtigt?“, die ursprünglich für innenpolitische Zwecke verfaßt, dann aber für ausreichend sachlich befunden wurde, um von den deutschen Auslandsvertretungen eingesetzt zu werden: PAAA, R 84333, Auswärtiges Amt an alle diplomatischen und konsularischen Auslandsvertretungen, 26. 7. 1933.

<sup>35</sup> Hilberg, Vernichtung, S. 38.



schen Juden, die nach dem Ersten Weltkrieg die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hatten, diese nun infolge der Überprüfung aberkannt wurde. In der erwähnten Sitzung äußerte Hitler, daß im Unterschied zu den Reaktionen auf das Vorgehen gegen einheimische Juden die gegen ausländische Juden ergriffenen Maßnahmen auf allgemeines Verständnis stießen<sup>36</sup>.

Derartige Tendenzen schufen eine günstige Atmosphäre für Übergriffe gegen ausländische Juden. In den ersten Monaten des Jahres 1933 nahmen infolgedessen die Angriffe gegen Leib und Leben von Juden osteuropäischer Herkunft erheblich zu, wie die zahlreichen Beschwerden der Betroffenen bei den ausländischen Konsulaten belegen<sup>37</sup>. Viele dieser Anschläge wurden von Privatpersonen ausgeführt: Passanten, Nachbarn und Geschäftskonkurrenten. Doch auch SS und SA initiierten Angriffe. In vielen Fällen wurden ausländische Juden von Maßnahmen betroffen, die eigentlich Juden insgesamt galten, wie z. B. den Boykottmaßnahmen am 1. April 1933. Es fehlten jedoch keineswegs Aktionen, die gezielt gegen polnische Juden gerichtet waren – vielleicht weil sie leichter als Juden identifiziert werden konnten. Die traditionelle äußere Erscheinung vieler polnischer Juden, die äußeren religiösen Merkmale (Bart oder Gebetsmäntel und Schaufäden) sowie die Tendenz, sich – anders als deutsche Juden, deren Religionspraxis sich in der Privatsphäre abspielte – mit anderen Juden zu Gebet und Unterhaltung an öffentlichen Stätten zu versammeln, waren Faktoren, die die Aufmerksamkeit erregten und gezielte Angriffe erleichterten. In extremen Fällen wurden Juden auf der Straße oder in den Kellern der SA Bärte und Schläfenlocken abgeschnitten oder die Gebetsmäntel zerrissen<sup>38</sup>. Polnische Juden, die sich bei den polnischen Konsulaten beschwerten, gaben an, sie hätten auf ihre ausländische Staatsbürgerschaft hingewiesen, in der Hoffnung, dies werde sie vor Gewalt bewahren. Derartige Hinweise seien jedoch von den Tätern mit Spott aufgenommen worden, und in vielen Fällen hätten solche Äußerungen nur zu weiterer Brutalität geführt<sup>39</sup>. Die Polizei, die im Unterschied zu parteiischen Gruppierungen wie SS und SA unter normalen Umständen offiziell als „Hüterin des Gesetzes“ und Repräsentantin des Staates fungiert hätte, war von Antisemitismus und feindseligen Vorurteilen osteuropäischen Juden gegenüber nicht frei und betrachtete polnische Juden keineswegs mit Wohlgefallen<sup>40</sup>. In vielen Fällen be-

<sup>36</sup> BAK, R 43II/134, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Reichsministeriums, 14. Juli 1933.

<sup>37</sup> Tausende derartiger Beschwerden finden sich in den Akten der polnischen Konsulate in Deutschland (heute im AAN in Warschau aufbewahrt) sowie in der Korrespondenz zwischen dem deutschen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und den ausländischen Konsulaten und Botschaften im PAAA in Bonn.

<sup>38</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 864, Dr. T. Brzezinski, Konsul der Republik Polen, an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Dresden, 28. 3. 1933; sowie im Falle Herrn Wiedens: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 864, Konsul Dr. A. Kruczkiewicz an den Polizeipräsidenten, IV.1933.

<sup>39</sup> Unter den zahlreichen Beschwerden in den Akten der polnischen Konsulate in Deutschland und dem AAN in Warschau finden sich unzählige Beispiele für derartige Vorfälle, so z. B.: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 898, Beschwerden Abram Knop, Julius Kalinowski, Kalman Steiner-Ball; Akt Nr. 899, Beschwerden Karl Katzenell, Adolf Kessler.

<sup>40</sup> So hieß es in dem Polizeibericht gegen den polnisch-jüdischen Händler Julius Lieber: „Lieber ist ein typischer Vertreter der ostjüdischen Rasse. Er ist einer jener Schädlinge, der durch Betrügereien und undurchsichtige Geldgeschäfte eine größere Anzahl deutscher Kaufleute und Kunden empfindlich schädigte.“ – AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt. Nr. 902, Polizeidi-

mühte sich die Polizei daher nicht, die vom Pöbel oder SS- und SA-Angehörigen angegriffenen Juden zu schützen<sup>41</sup>.

Wiederholte Vorfälle dieser Art führten zu Interventionen offizieller polnischer Stellen. Im wesentlichen bestanden die polnischen Konsulate auf ihrem legitimen Recht, in Deutschland lebende polnische Staatsbürger zu schützen. Deutsche Behauptungen, nur die Betroffenen selbst könnten Beschwerde gegen derartige Vorfälle einlegen, wurden von den polnischen Konsulaten zurückgewiesen<sup>42</sup>. Darüber hinaus weigerten sich die polnischen Vertretungen, das Argument deutscher Stellen zu akzeptieren, es handele sich um persönliche Angelegenheiten und keineswegs um Vorgänge im öffentlichen Interesse. Die polnischen Vertretungen betonten vielmehr den politischen Hintergrund der tätlichen Angriffe gegen Juden mit polnischer Staatsbürgerschaft und hoben ihren rassistischen Aspekt hervor<sup>43</sup>. In ihren Versuchen, die deutschen Behörden zum Schutz polnischer Staatsbürger zu veranlassen, wiesen die polnischen Stellen auf den negativen Eindruck hin, den derartige Ereignisse in der polnischen Öffentlichkeit hinterließen<sup>44</sup>. Um die Bearbeitung der zahlreichen, in den ersten Monaten des Jahres 1933 eingehenden Beschwerden zu beschleunigen, versuchten die polnischen Konsulate diese Beschwerden direkt an die lokalen Behörden weiterzuleiten und so das übliche Verfahren, jede einzelne Beschwerde dem Außenministerium zur zentralen Bearbeitung vorzulegen, zu umgehen<sup>45</sup>.

Sich bei den polnischen diplomatischen Vertretungen zu beschweren, war für die Betroffenen ein Weg, Druck auf die verschiedenen Instanzen des NS-Regimes auszuüben, und bisweilen konnte so der den polnischen Juden zugefügte Schaden tatsächlich begrenzt werden. Dennoch standen die Beschwerdeführer vor zahlreichen Schwierigkeiten. Die NSDAP versuchte, mit massivem Druck und bisweilen mit Gewalt, Juden von Beschwerden bei den Konsulaten abzuhalten<sup>46</sup>. Nach Einschätzung des polnischen Konsuls in München wurden die meisten Betroffenen entsprechend drangsalier<sup>47</sup>. Derartiger Terror war dann auch so erfolgreich, daß selbst viele jüdische Gemeinden und Organisationen ihre Beschwerden zurückzogen und in einigen Fällen sogar behaupteten, ihre Lebensumstände seien unter der NS-Herr-

reaktion Kaiserslautern an das Präsidium der Regierung der Pfalz Speyer/Rhein, 4. 5. 1933; StA Leipzig, PP-V 4406, 4407, Polizeipräsidium Leipzig, Abt. IV, 2. 12. 1934.

<sup>41</sup> Eines von vielen Beispielen: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 906, Der polnische Vizekonsul Rosmanski an den Regierungspräsidenten in Münster, 13. 9. 1933.

<sup>42</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 910, p. 153, Konsul der Republik Polen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, 24. 3. 1933.

<sup>43</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 893, M. Czudowski, Konsul der Republik Polen in Leipzig, an den Oberstaatsanwalt bei dem Landesgerichte in Leipzig, 31. 1. 1936.

<sup>44</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 864, Der Leiter des Generalkonsulats Bohdan Samborski an den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien in Oppeln, 7. 4. 1933.

<sup>45</sup> Vgl. AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 864, Dr. T. Brzezinski, Konsul der Republik Polen, an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Dresden, 5. 4. 1933.

<sup>46</sup> PAAA, R 100209, Aide-memoire der Polnischen Gesandtschaft in Berlin, 2. 5. 1933. – Mozes Weinreb zog seine Beschwerde beim Konsulat mit dem diskreten Hinweis zurück, man hätte ihm entsprechende Drohungen zukommen lassen: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 867, p. 299, Mozes Weinreb an das Polnische Konsulat in Frankfurt a.M., 2. 6. 1933.

<sup>47</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt. Nr. 893, Dr. Adam Lisiewicz an die bayerische Staatskanzlei am 14. 4. 1933.

schaft unverändert geblieben<sup>48</sup>. Die polnischen Konsulate behandelten die Beschwerdeanträge der in Deutschland lebenden polnischen Juden im wesentlichen sachlich und korrekt. Dennoch stießen die Antragsteller auch hier auf manche Verzögerung. So wurde die Korrespondenz zwischen den Konsulaten und den Beschwerdeführern ausschließlich in polnischer Sprache geführt, ein Umstand, der für diejenigen polnische Juden, die nur Jiddisch sprachen, eine große Schwierigkeit darstellte<sup>49</sup>. Darüber hinaus legten die deutschen Behörden den diplomatischen Vertretungen etliche Schwierigkeiten in den Weg. Oft wurden internationale Abkommen über den Umgang mit Bürgern befreundeter Staaten nicht beachtet: So versuchten deutsche Behörden den Besuch polnischer Konsularvertreter bei verhafteten polnischen Juden zu verhindern<sup>50</sup>.

Die zahlreichen Beschwerden ausländischer diplomatischer Vertretungen über Verletzungen der Rechte ihrer jüdischen Staatsangehörigen in Deutschland veranlaßten die deutschen Behörden zu einer grundsätzlichen Erörterung der Politik gegenüber Ausländern, insbesondere aber ausländischen Juden in Deutschland. Die deutsche Politik war unter Druck geraten: Die Angriffe gegen Staatsangehörige fremder Staaten erzeugten bei der Weltöffentlichkeit ein negatives Deutschlandbild. Schon Anfang April 1933 hatte der deutsche Außenminister Konstantin Freiherr von Neurath in einem Brief an Reichsinnenminister Wilhelm Frick gewarnt, man müsse derartige Vorfälle und Angriffe auf ausländische Staatsangehörige in Zukunft unbedingt verhindern, denn sie schädigten den Ruf der Regierung und des deutschen Volkes<sup>51</sup>. Darüber hinaus war Deutschland natürlich an internationale Abkommen, insbesondere an Handelsabkommen, gebunden, deren Verletzung die Lage deutscher Minderheiten in anderen Ländern hätte beeinträchtigen können. Auch wenn die Zahl der im Ausland lebenden Deutschen letztlich niedriger sei als die Zahl der Bürger jener Staaten in Deutschland, so die Argumentation im Auswärtigen Amt, sollte Deutschland doch ein größeres Interesse am Schutz der Deutschen im Ausland haben als an einer Verletzung der Ausländer in Deutschland<sup>52</sup>.

Eine zusätzliche entscheidende Frage betraf die Behandlung ausländischer Juden im Vergleich zur Behandlung deutscher Juden. Eine uneingeschränkte Achtung der Rechte von Juden mit ausländischer Staatsbürgerschaft hätte ihnen eine den deutschen Juden gegenüber bevorzugte Stellung verliehen. So begnügte sich die Propaganda zunächst nicht mit der Verunglimpfung osteuropäischer Juden, sondern versuchte, die verhaßten ausländischen Juden mit den von Teilen der Gesellschaft durchaus als „ehrenwert“ betrachteten einheimischen Juden zu assoziieren und so

<sup>48</sup> So z.B. die Gemeinde Waldenburg in Schlesien: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt. Nr. 864, die Synagogengemeinde Waldenburg in Schlesien an die polnische Botschaft, Berlin, 31. 3. 1933, oder: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 864, das Komitee der in München lebenden Juden polnischer Staatsangehörigkeit an das polnische Generalkonsulat München, 31. 3. 1933.

<sup>49</sup> In einem Brief eines polnischen Konsularangestellten in Leipzig heißt es, das polnische Konsulat würde nur ausnahmsweise auf Deutsch antworten. – AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 907, J. Witkowski, 22. 12. 1933.

<sup>50</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 908, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Sachsen an das Konsulat der Republik Polen in Leipzig, 10. 4. 1933.

<sup>51</sup> BAK, R 43II/134, Von Neurath an Frick, 6. 4. 1933.

<sup>52</sup> PAAA, R 100211, Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt über die Behandlung von Ausländern, insbesondere ausländischen Juden, 25. 8. 1933.

die antisemitische Politik insgesamt zu rechtfertigen<sup>53</sup>. Trotzdem blieben osteuropäische Juden allein schon infolge ihrer „Andersartigkeit“ zentrales Ziel antisemitischer Propaganda. In einem Schreiben des Auswärtigen Amtes an das preußische Innenministerium wurde wie selbstverständlich davon ausgegangen, „daß es durchaus unerwünscht wäre, wenn ausländischen Juden in irgendeiner Hinsicht Rechte eingeräumt werden müßten, die den inländischen Juden nicht gewährt werden“. Der einzige Gesichtspunkt, bei dem von diesem Grundsatz „abgewichen werden mußte“, sei „das Entgegenstehen völkerrechtlicher Bindungen“<sup>54</sup>.

Um den Spielraum abzustecken, der dem NS-Regime bei den Maßnahmen gegen ausländische Juden zur Verfügung stand, kam es am 25. August 1933 zu einer koordinierenden Ressortbesprechung von Vertretern des deutschen Auswärtigen Amtes, des Reichsinnen- und des Reichsjustizministeriums<sup>55</sup>. Eine derartige Besprechung war infolge der zunehmenden Entschädigungsforderungen, die von ausländischen diplomatischen Vertretungen in Deutschland wegen der permanenten Verletzungen von Rechten ihrer Staatsangehörigen gestellt wurden, notwendig geworden.

Um dem Widerspruch zwischen dem Unwillen der deutschen Behörden, ausländische Opfer der antisemitischen Politik zu entschädigen, und der Verpflichtung Deutschlands zur Einhaltung internationaler Verträge und internationalen Rechts zu entgehen, sollten Richtlinien für die Behandlung von ausländischen Juden in Deutschland aufgestellt werden. Die Teilnehmer der erwähnten Ressortbesprechung waren sich einig, daß zunächst Forderungen gegen Deutschland vor internationalen Körperschaften verhindert werden mußten. Weiterhin verlangten sie, die Bearbeitung der Entschädigungsanträge innerhalb Deutschlands zu vereinheitlichen und die Wiederholung von unerwünschten Tätlichkeiten und Ereignissen einzuschränken. Die beschlossenen Richtlinien sahen vor, daß in Fällen, in denen ausländische Juden ihren Arbeitsplatz verloren hatten, der private Charakter dieser Entlassungen betont sowie die Tatsache hervorgehoben werden sollte, die Entlassung eines osteuropäischen Juden sei keineswegs eine Diskriminierungsmaßnahme gegen ausländische Juden, weil eine entsprechende Politik auch gegenüber deutschen Juden betrieben werde. Außerdem wurden die Behörden angewiesen, die Antragsteller auf eine infolge sorgfältiger Prüfung jedes einzelnen Antrags entstehende lange Wartezeit aufmerksam zu machen und am Ende der Bearbeitung Entschädigungsansprüche zurückzuweisen. Ein positiver Entscheid über Entschädigungen in Fällen, in denen es keinen anderen Ausweg gebe, könne nur von den zentralen Spitzenbehörden getroffen werden. Allgemein, so das Sitzungsprotokoll, sollten die Ämter grundsätzlich anerkennen, daß verschiedene Vorfälle nicht mit dem Gesetz vereinbar seien. Stets sollte jedoch darauf hingewiesen werden, daß dies auf den zur Prüfung vorgelegten Einzelfall nun allerdings gerade nicht zutreffe.

Trotz der Versuche, sich auf eine einheitliche Linie zu einigen, blieb es bei verworrenen, allgemeinen Hinweisen, die in der Realität erneut zu Widersprüchen führten. Beharrlich erging von verschiedenen Stellen wie der Polizei oder den Lokalbehörden die Aufforderung, keine ausländischen Staatsangehörigen anzugreifen.

<sup>53</sup> BAK, R 43II/600, Auswärtiges Amt, 30. 4. 1933, wie in Anmerkung 32.

<sup>54</sup> PAAA, R 100211, Auswärtiges Amt an den preußischen Minister des Innern, 31. 3. 1934.

<sup>55</sup> PAAA, R 100211, Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt über die Behandlung von Ausländern, insbesondere ausländischen Juden, 25. 8. 1933.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen z.B. meinte, daß lokale SA-Mitglieder einen polnischen Juden nicht angegriffen hätten, wenn ihnen dessen polnische Staatsbürgerschaft bekannt gewesen wäre<sup>56</sup>. Die Polizei in Recklinghausen ging sogar noch weiter und verkündete, daß derjenige, der eine „Sonderaktion“ gegen ausländische Bürger durchführe, ein Feind des nationalsozialistischen Staates sei und mit einer besonders schweren Strafe zu rechnen habe<sup>57</sup>. Gleichzeitig setzten verschiedene Regierungsstellen ihre gezielten Angriffe gegen ausländische Juden oder Angriffe im Rahmen der allgemeinen Maßnahmen gegen Juden überhaupt fort. Die Beamten auf lokaler Ebene konnten nur schwer akzeptieren, daß ausländischen Juden mehr Rechte zugestanden werden sollten als einheimischen. Ein polnischer Jude auf dem Markt im württembergischen Schramberg wurde daher aufgefordert, seinen Marktstand zu schließen und den Ort zu verlassen, während deutsch-jüdische Händler auf dem Markt verbleiben durften<sup>58</sup>. In der Pfalz wurde der Antrag eines polnischen Juden auf Wohlfahrtsmarken mit dem Argument abgelehnt, die Gewährung dieser Wohlfahrtsunterstützung würde ihm einen privilegierten Status gegenüber einheimischen Juden einräumen und einen Präzedenzfall für weitere derartige Forderungen schaffen<sup>59</sup>. Auch die Öffentlichkeit in Deutschland wollte nur schwer einsehen, daß gerade die ungeliebten osteuropäischen Juden einen besonderen gesetzlichen Schutz erhielten. Nach dem Verständnis der Straße hätten sich antisemitische Aktionen und Maßnahmen gerade gegen ausländische, nicht aber gegen einheimische Juden richten müssen!

Die Widersprüche lösten sich jedoch im Laufe der dreißiger Jahre auf. Die Konsolidierung des NS-Regimes in Deutschland und die politische Ausschaltung der SA 1934 bereiteten den „spontanen“ Ausbrüchen antisemitischer Gewalt ein Ende und führten zur Herausbildung einer konzentrierten und kontrollierten antijüdischen Politik. Gleichzeitig konnte das nationalsozialistische Deutschland seine Position auf internationaler Ebene sichern. Es fühlte sich fortan unabhängiger von der öffentlichen Meinung in anderen Staaten. Auch im Hinblick auf die Erfüllung internationaler Abkommen konnte das Regime sich ungebundener verhalten. Der Nichtangriffspakt zwischen Polen und Deutschland von 1934 klammerte das Problem der Minderheiten aus und erleichterte dem NS-Regime die Entwicklung normaler Beziehungen zum benachbarten Polen, wobei allerdings die in Deutschland lebende polnische Minderheit ebenso wie polnische Juden in Polen weiterhin Schikanen ausgesetzt blieben<sup>60</sup>. Die Bearbeitung der Beschwerden polnischer Juden er-

<sup>56</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 899, Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen an das polnische Konsulat, 24. 6. 1933.

<sup>57</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 870, *Recklinghauser Volkszeitung*, 27. 8. 1935.

<sup>58</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 901, der Attache W. Mieczystawski an das Württembergische Innenministerium in Stuttgart, 1. 8. 1933.

<sup>59</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 900, Regierung der Pfalz, Kammer des Innern, an das polnische Generalkonsulat in Frankfurt a. Main, Speyer, 23. 2. 1934.

<sup>60</sup> Die atmosphärische Bedeutung dieses Abkommens mag folgender Vorfall veranschaulichen: In Warschau erhielt der jüdische Händler Halberstadt einen Brief von einer deutschen Firma. Halberstadt schickte den Brief zurück, wie er gekommen war, und fügte auf der Rückseite beleidigende Äußerungen gegen den „Führer“ hinzu. Gegen Halberstadt wurde von polnischer Seite ein Verfahren wegen Verunglimpfung einer führenden Persönlichkeit eines fremden Staates eingeleitet. Er erhielt eine Haftstrafe von acht Monaten. StA Dresden,

folgte fortan nur auf geheimen diplomatischen Wegen<sup>61</sup>. Wie wir sehen werden, kam es im Laufe der dreißiger Jahre und insbesondere nach dem Tode des polnischen Präsidenten Pilsudski 1935 zu einer zunehmenden Verschlechterung der Situation von Juden in Polen selbst. Der wachsende Antisemitismus im eigenen Lande schwächte die Position der polnischen Konsulate bei der Betreuung der polnischen Juden in Deutschland. Im polnischen Außenministerium ging man 1936 davon aus, daß Juden innerhalb weniger Jahre aus der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft ohnehin völlig verdrängt sein würden. Polnische Juden schützen zu können, war daher für die polnischen Konsulate eine zweitrangige Frage. Nicht auf ihren Schutz sollten sich die Konsulate konzentrieren, sondern auf die Verhinderung einer Migration mittelloser polnischer Juden von Deutschland nach Polen<sup>62</sup>. In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre kam es tatsächlich zu einem Rückgang der Eingaben bei den polnischen Konsulaten, und zwar in erster Linie wohl infolge der Einschränkungen „spontaner“ Aktionen gegen Juden, sicherlich aber auch infolge des allgemein sich verbreitenden Gefühls, die Konsulate hätten immer weniger Möglichkeiten, den Beschwerdeführern wirklich Hilfe zu leisten. Darüber hinaus nahm die Furcht auf polnischer Seite vor einer möglichen Migration mittelloser polnischer Juden aus Deutschland nach Polen zu. Der polnische Sejm schuf im März 1938 die gesetzliche Grundlage für die Ausbürgerung in Deutschland lebender polnischer Juden. Als Reaktion darauf wies Deutschland im Oktober 1938 die Mehrheit der in deutschem Gebiet lebenden polnischen Juden nach Polen aus und ließ so die Befürchtungen der polnischen Regierung Wirklichkeit werden. Diese Ereignisse werden im weiteren Verlauf unserer Darstellung ausführlicher erörtert werden.

## 2. Deutsche Juden am Scheideweg: Zwischen Religion und Rasse

Die Einstellung den Einwanderern aus Osteuropa gegenüber war von hoher Signifikanz für die verschiedenen politischen Lager des deutschen Judentums. Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland* identifizierte sich seit ihrer Gründung 1897 mit den osteuropäischen Juden und setzte sich in den jüdischen Gemeinden und gegenüber dem deutschen Staat für deren Interessen ein. Diese Haltung wurde durch einen Generationswechsel in der Führungsspitze der *Zionistischen Vereinigung* noch verstärkt<sup>63</sup>. Demgegenüber verstand sich der 1893 gegründete *Central Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (künftig: *Central Verein*) allein als Repräsentant der deutschen Juden, also der Juden mit deutscher Staatsbürgerschaft, und fühlte sich für die Belange ausländischer Juden in Deutschland nicht zuständig. Im Laufe der zwanziger Jahre, auch hier vor allem infolge des Generationswechsels in der Führung des *Central Vereins* Ende der zwanziger Jahre, änderte sich die Haltung des Vereins gegenüber der Zionistischen Bewegung und zur Besiedlung Palä-

Zeitungsausschnittsammlung Nr. 583, Nachrichtenstelle der Staatskanzlei, *Chemnitzer Tageblatt*, 26. 9. 1935.

<sup>61</sup> Tomaszewski, *Polish Diplomats*, S. 191.

<sup>62</sup> Bericht Stefan Odrowaza-Wysocki, Konsularabteilung des polnischen Auswärtigen Amtes, in: Jonca, *Niemiecko Polski*, S. 106.

<sup>63</sup> Lavski, *German Zionism*, S. 25 ff.

stinas. Diese Veränderungen strahlten auch auf die Einstellung des Vereins zu den osteuropäischen Juden aus und verringerte die vorhandene Distanz. Dennoch konnte der *Central Verein* sein in Deutschland bekanntes Image, er lehne osteuropäische Juden im Prinzip ab, nicht ablegen.

Die Konfrontation zwischen *Zionistischer Vereinigung* und *Central Verein* und die Ablehnung der osteuropäischen Juden durch den *Central Verein* machte sich die nationalsozialistischen Propaganda zu Nutzen. Die Gestapo hatte die Affinität zwischen osteuropäischen Juden und *Zionistischer Vereinigung* in Deutschland sowie die demonstrative Distanz der Mitglieder des *Central Vereins* zu osteuropäischen Juden aufmerksam verzeichnet<sup>64</sup>. Die Ablehnung osteuropäischer Juden durch deutsche Juden kam den Antisemiten sehr gelegen. Die deutsche Gesellschaft, so wurde argumentiert, sei nicht verpflichtet, osteuropäische Juden mit Sympathie zu betrachten, wenn sie selbst unter den Angehörigen ihres eigenen Volkes keinerlei Wohlwollen genössen. Außerdem wurde der Mangel an innerjüdischer Solidarität deutlich. Dies wiederum konnte als allgemeine jüdische Charakterschwäche ausgelegt und in der Propaganda gegen Juden instrumentalisiert werden. Es verwundert daher keineswegs, wenn die NS-Propaganda Worte Albert Einsteins von 1930 zitierte, in denen er gegen die Ablehnung der osteuropäischen Juden durch den *Central Verein* polemisierte<sup>65</sup>:

„Wenn ich die Redensart höre ‚Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘, so muß ich lachen. Diese Staatsbürger wollen erstens nichts mit meinen armen ostjüdischen Brüdern zu tun haben; zweitens nicht Söhne meines (des jüdischen) Volkes sein, sondern nur Mitglieder der jüdischen Kulturgemeinschaft. Ist das ehrenhaft? Kann ein Nichtjude Leute, die sich so verstehen, achten? Ich bin kein deutscher Staatsbürger. Ich bin Jude und froh, dem jüdischen Volke anzugehören.“

Nach 1933 verringerten sich in der Presse des *Central Vereins* allmählich die Anzeichen der Distanzierung gegenüber osteuropäischen Juden, wie Einstein sie beschrieben hatte. Auch wenn im *Central Verein* bisweilen Vorwürfe gegen Juden osteuropäischer Herkunft erhoben wurden, so klang dabei doch häufig ein versöhnlicher und in gewissem Maße auch apologetischer Ton an<sup>66</sup>. Führende Kräfte des *Central Vereins* wählten ihre Worte mit großem Bedacht, wenn sie sich zu den negativen Auswirkungen der Masseneinwanderung äußerten. Ludwig Holländer, der Vorsitzende des *Central Vereins*, meinte Ende 1933, dem negativen Image der osteuropäischen Juden liege der Umstand zugrunde, daß man sie mit der Masseneinwanderung identifiziere<sup>67</sup>. „Die Brotlosen unter uns,“ schrieb Holländer, „gut deutschgesinnt, die sich eine neue Grundlage ihres wirtschaftlichen Daseins suchen mußten, werden in den Ländern des Westens vielfach als Ostjuden bezeichnet. Man suche sich darüber klar zu werden, daß es überall in der Welt eine Menge von aus dem Osten stammenden jüdischen Menschen gibt, die sich an Sittlichkeit und Ar-

<sup>64</sup> BAP, 15.01, Reichsministerium des Innern, Nr. 26060, Staatspolizeistelle Stettin an das Geheime Staatspolizeiamt, 5. 2. 1934; Nr. 26059, Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Arnsberg. Berichterstatter Reg. Ass. Dr. Blume: Das jüdische Problem in seiner neuesten Entwicklung, 5. 3. 1934.

<sup>65</sup> Einstein, *Zionism*, S. 23 f., zitiert in: Rose, *Juden richten sich*, S. 30 f.; sowie in: Frecks, *Das rassische Erwachen*, S. 24.

<sup>66</sup> C. V.Z., *Zur Braunschweiger Tagung des Handelsstandes*, Nr. 45, 23. 11. 1933.

<sup>67</sup> C. V.Z., *Ludwig Holländer, Grundbegriffe der jüdischen Gegenwart*, Nr. 50, 29. 12. 1933.

beitsamkeit mit jedem, aber auch mit jedem messen können. Aber bei großen Wanderungen werden sehr oft auch faule Elemente abgestoßen.“

In der ersten Zeit nach Hitlers Machtübernahme verstand sich ein großer Teil der jüdischen Gesellschaft in Deutschland weiterhin als Teil des deutschen Staates, und zwar weit über eine bloß durch die Staatsbürgerschaft gewährte Zugehörigkeit hinausgehend im Sinne einer deutsch-jüdischen Schicksalsgemeinschaft. Im Unterschied zu den Zionisten, die von der Existenz einer separaten jüdischen Nation ausgingen und für die die Bindung an die jüdische Nation stärker war als die staatsbürgerliche Verpflichtung, verstanden liberale Juden und ihre verschiedenen Organisationen die Zugehörigkeit zu einer jüdischen Nation als ausschließliche Angelegenheit osteuropäischer Juden<sup>68</sup>. Die kompromißlose Loyalität, die jüdisch-liberale Kreise der deutschen Gesellschaft gegenüber an den Tag legten, war eine ergiebige Quelle zionistischer Kritik. Mit bitterer Ironie bedauerte ein zionistischer Aktivist aus Mainz Ende 1933, daß „gewisse ‚westeuropäische‘ Kreise auch heute noch nichts gelernt haben und bewußt allen Veranstaltungen fernbleiben, die irgendwie mit Zionismus zusammenhängen, und [...] nur darauf warteten, bis in der NSDAP eine Abteilung für ‚germanische Nichtarier‘ gegründet wird“<sup>69</sup>.

Die Mitglieder des *Central Vereins*, der die zahlenmäßig stärkste politische jüdische Organisation jener Jahre war, begannen keineswegs über Nacht, sich für den Zionismus zu interessieren. Zwar hatte sich der *Central Verein* seit seiner Gründung dem Kampf gegen den Antisemitismus verschrieben und diesen Kampf auch infolge der Zunahme antisemitischer Tendenzen in Deutschland Ende der zwanziger Jahre deutlich verstärkt. Die Mitglieder des *Central Vereins* leugneten ihre jüdische Identität nicht, wollten diese Identität jedoch als gleichwertig und gleichrangig mit ihrer deutschen Identität verstanden wissen. Nur die rechte Peripherie der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, allen voran der *Verband Nationaldeutscher Juden*, betonte auch nach der politischen Wende von 1933 weiterhin ihre absolute und unerschütterliche Bindung an den deutschen Staat. Die Ursachen für die Entstehung des *Verbandes Nationaldeutscher Juden* um Max Naumann innerhalb des *Central Vereins* und seiner Abspaltung im Jahr 1920 lagen in seinem kompromißlosen Kampf gegen die jüdische Einwanderung aus Osteuropa<sup>70</sup>. Die Hochburg der Naumann-Gruppe war Berlin, wo sie bei den Gemeindewahlen 1930 knapp 2% aller abgegebenen Stimmen erhielt.

Auch 1933 setzte sie ihre hartnäckigen Kampagnen gegen ausländische Juden in Deutschland fort. Naumann forderte eine strikte Unterscheidung zwischen „Deutschjuden“ und „Fremdjuden“. Nach seiner Definition traf der Begriff „Deutschjuden“ ausschließlich auf die Mitglieder seiner Organisation zu, während andere Juden in Deutschland, also osteuropäische Juden, Zionisten und auch liberale Juden, unter die Kategorie der „Fremdjuden“ fielen<sup>71</sup>. Entscheidend für diese Zuordnung, so Naumann, sei die Frage der Solidarität. Naumann griff die Massen-

<sup>68</sup> C.V.Z., Karl Löwenstein, Ordnung und Einordnung, Nr. 2, 11. 1. 1934. – Weiss, Wir Westjuden.

<sup>69</sup> CZA, A 142/57/2, Julius Schottländer an Alfred Klee, 28. 11. 1933.

<sup>70</sup> Zur Naumann-Gruppe siehe: Rheins, Verband nationaldeutscher Juden; Niewyk, Weimar Germany, S. 165 ff.

<sup>71</sup> *Der Nationaldeutsche Jude*, Max Naumann, Der einzige Weg: die Ungleichschaltung!, 12. Jg., Nr. 4; Max Naumann, Deutschjuden und Fremdjuden, 12. Jg., Nr. 5, Dezember 1933.



einwanderung an und meinte, „für die Juden, die aus dem Osten kamen, bestand die Besonderheit, daß inländische Juden ihnen behilflich waren, ihnen Schutz gewährten, ihre Sünden gegen das deutsche Wesen vertuschten und beschönigten und bei jeder Gelegenheit *ihre* Solidarität mit den ‚Brüdern aus dem Osten‘ hervorhoben“. Wer jüdische Solidarität in irgendeiner Form zeige, sagte Naumann, sei ein „Fremdjude“. Ein „Deutschjude“ dagegen war Naumanns Definition zufolge derjenige, dessen Loyalität allein deutsch sei und der keinerlei Überlegungen anstelle, die den deutschen Interessen fremd seien<sup>72</sup>. Aus diesen Gründen lehnte er die *Reichsvertretung der deutschen Juden*, die als repräsentative Körperschaft des deutschen Judentums im September 1933 gegründet worden war, schlankweg ab. In einem offenen Brief im Oktober 1933 bezeichnete Naumann Leo Baeck, den Vorsitzenden der *Reichsvertretung*, und andere führende Persönlichkeit der deutschen Juden als Zionisten. Die Gründung der *Reichsvertretung* aber, so Naumann, zeige, daß „das Fremdjudentum endlich die Maske (hat) fallen lassen“<sup>73</sup>.

Naumann scheute kein Mittel, sich dem neuen Regime in Deutschland anzubiedern. Im März 1933 wandte er sich an Reichspräsident Paul von Hindenburg mit der Klage, ausländische Juden würden gegenüber deutschen Juden, die an der Front gedient hätten, bevorzugt behandelt<sup>74</sup>:

„Als Frontsoldat werde ich stündlich mit Zuschriften und telefonischen sowie persönlichen Anfragen bestürmt, in denen zum Ausdruck kommt, daß gerade die deutschen Frontsoldaten jüdischer Abstammung es unbegreiflich und ungeheuerlich finden, wenn sie, die 12000 Tote für Deutschlands Ehre auf den Schlachtfeldern gelassen haben und von denen ein großer Teil als Schwerkriegsbeschädigte in das Vaterland zurückgekehrt ist, jetzt in diesem selben Vaterlande nicht nur als Bürger zweiter Klasse, sondern geradezu als lästige Ausländer behandelt werden sollen, während die wirklich lästigen Ausländer, gegen die wir nationaldeutschen Juden seit vielen Jahren in schärfstem Kampfe gestanden haben, unbehelligt umhergehen dürfen, weil über sie das Ausland seine schützende Hand hält, dasselbe Ausland, auf dessen Greulhetze sich diejenigen Herren, von denen der Boykott in Aussicht genommen wird, stützen.“

Zwar wandten sich auch andere jüdische Organisationen in der Hoffnung an Hindenburg, ihren Status unter dem neuen Regime zu sichern. Der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* betonte z. B. die Rechtsansprüche jüdischer Veteranen, ließ sich aber auf keinen direkten Vergleich zwischen ihnen und den Einwanderern ein<sup>75</sup>. Naumanns Vorwürfe gegen den bevorzugten Status ausländischer Juden stellten einen außergewöhnlichen Schritt dar, der geradezu den Charakter einer Denunziation hatte. Im gleichen Geiste wandte sich Naumann im April und Mai 1933 mit der Bitte an die Reichskanzlei, die Gleichberechtigung deutscher Juden anzuerkennen, diese Rechte den Zionisten und aus Osteuropa eingewanderten Juden jedoch abzusprechen<sup>76</sup>. Naumann trat für eine absolute Trennung zwischen „Deutschjuden“ – gemäß seiner Definition – und den übrigen, in der *Reichsvertretung* organisierten Juden ein. Unter dem Motto „Ungleichschaltung!“ forderte er für seine Organisation und jene deutschen Juden, die seinen Weg für richtig hielten und sich ihm an-

<sup>72</sup> So nach einem Interview, das Naumann 1933 dem niederländischen Rundfunk gab; SoA, 721/1/1993, Ein nationaldeutscher Jude am Wort.

<sup>73</sup> RV, Deutschjuden! Erklärung des Verbandes nationaldeutscher Juden, Oktober 1933.

<sup>74</sup> BAK, R 43II/600, Naumann an Hindenburg, 31. 3. 1933.

<sup>75</sup> BAK, R 43II/600, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten an Hitler, 4. 4. 1933.

<sup>76</sup> C. V.Z., 7. 9. 1933.

schlossen, eine Sonderstellung gegenüber anderen Juden, denen er den Status von Ausländern zugewiesen wissen wollte<sup>77</sup>. In der Hoffnung auf Anerkennung durch das NS-Regime suchte er Kontakt zu Regierungsstellen<sup>78</sup>. So lud er einen Staatssekretär zu einem Vortrag mit dem bezeichnenden Titel „Deutsche Juden und internationale Juden“ ein<sup>79</sup>.

Der *Verband Nationaldeutscher Juden* war eine Splittergruppe des *Central Vereins*. Die Beziehungen zwischen beiden Organisationen waren daher von Anfang an gespannt. Zielgruppe beider Organisationen war die liberal-jüdische Wählerschaft. Jedoch hatten sie völlig konträre Vorstellungen vom Abwehrkampf gegen den Antisemitismus, was natürlich für eine Fülle von Streitpunkten sorgte. Die große Aufmerksamkeit, die Naumanns Gruppe bei den Mitgliedern des *Central Vereins* erhielt, war angesichts des erheblichen Größenunterschieds beider Organisationen erstaunlich: Der *Central Verein* war die größte Körperschaft des deutschen Judentums, während Naumanns Organisation letztlich nur eine Randgruppe repräsentierte. Möglicherweise wurzelte die Aufmerksamkeit, die Naumanns Gruppe erhielt, in dessen ursprünglicher Absicht, die „Zwischenschichtler“ auf seine Seite zu ziehen. Dadurch brachte er den *Central Verein* in eine Abwehrstellung<sup>80</sup>. Naumann stellte aufgrund seines Klassifikationsschemas von „Deutschjuden“ und „Fremdjuden“ den *Central Verein*, die *Zionistische Vereinigung* und die osteuropäischen Juden als deutschfeindliche Gruppierungen in eine Reihe. Entsprechende Argumente, die auf den Versammlungen des Verbandes vorgetragen wurden, hatten den Charakter von Verleumdungskampagnen<sup>81</sup>, so daß sich der *Central Verein* zur Verteidigung gezwungen sah.

Die Auseinandersetzungen zwischen dem *Central Verein* und der Naumann-Gruppe – so peripher diese auch gewesen sein mag – waren Ausdruck für die Suche nach einem neuen Selbstverständnis des deutschen Judentums angesichts der Ereignisse ab 1933. Die wesentlichen Streitpunkte zwischen beiden Gruppen wurden in einer Debatte deutlich, die durch eine Versammlung der Naumann-Gruppe in Hannau ausgelöst wurde. Im Zentrum der Konfrontation stand das dort von Otto Mautner gehaltene Referat zu der Frage, wie sich Juden im neuen Staate zu verhalten hätten. Dabei schrieb er in einem historischen Überblick den osteuropäischen Juden eine negative Rolle bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen Juden und

<sup>77</sup> Naumann, Der einzige Weg: die Ungleichschaltung! – Der Begriff „Ungleichschaltung“ ist natürlich ein Wortspiel mit dem Begriff der Gleichschaltung, mit dem die Schritte zur Einschränkung der Opposition gegen das nationalsozialistische Regime bezeichnet wurden, während Naumann sich an die Regierungsstellen mit der Forderung wandte, die Mitglieder seiner Organisation von anderen Juden in Deutschland zu unterscheiden, nicht um für alle einen gleichen Status zu erwirken.

<sup>78</sup> YVA, JM/2866, Naumann an den Herrn Reichsminister Frhr. v. Neurath, 13. 10. 1934.

<sup>79</sup> YVA, JM/2866, Verband Nationaldeutscher Juden (Naumann) an den Staatssekretär, 19. 10. 1934.

<sup>80</sup> Niewyk, Weimar Germany, S. 166, 168.

<sup>81</sup> So z.B. in einer Rede in Frankfurt, in der die Mitglieder des *Central Vereins* beschuldigt wurden, zusammen mit den Zionisten und den Weimarer Regierungsbeamten Bardt und Goslar die Immigration von Juden aus Osteuropa nach Deutschland gefördert und damit das deutsche Nationalkapital gefährdet zu haben. SoA, 721/1/1993, Bericht über eine Versammlung des Verbandes Nationaldeutscher Juden in Frankfurt a.M., 4. 12. 1933. Ähnliche Äußerungen fielen in Hamburg: SoA, 721/1/1993, C.V. Hamburg an C.V. Berlin, 3. 10. 1933.

Deutschen zu<sup>82</sup>. Jahrhundertlang seien Juden in Deutschland in das deutsche Volk integriert gewesen – im Hinblick auf ihre Lebensweise und ihr Zugehörigkeitsgefühl. Den Begriff „Alljudentum“ hätten erst die Juden aus Osteuropa verbreitet. Außerdem habe die Masseneinwanderung aus Osteuropa und die Beteiligung von osteuropäischen Juden an der Revolution in Deutschland 1918 die korrekten Beziehungen zwischen Juden und Deutschen negativ beeinflusst. Mautner stritt die Existenz eines allgemeinen innerjüdischen Zusammengehörigkeitsgefühls in all seinen Formen ab und wandte sich gegen die jüdische Boykottbewegung gegen Deutschland als Ausdruck jüdischer Solidarität. Hinter dieser Bewegung, so betonte er, stünden allein osteuropäische Juden.

Der *Central Verein* verfolgte mit Spannung die Aktivitäten der Naumann-Gruppe. Aus dem Bericht eines C.V.-Mitglieds über die Versammlung in Hanau sprechen Entrüstung und Entsetzen über Tenor und Wortwahl von Mautners Rede. Neben anderen Gehässigkeiten gibt der Berichterstatte Mautners Behauptungen wieder, osteuropäische Juden vergifteten das deutsche Judentum und steckten es mit ihrer Überheblichkeit an<sup>83</sup>. Das Referat Mautners sei von antisemitischen Ausdrücken wie „polnische Halunken“, „ostjüdische Allüren“ und „unkultivierte Art“ durchsetzt gewesen. Außerdem habe Mautner die Bedeutung antijüdischer Vorfälle in Deutschland heruntergespielt und behauptet, osteuropäische Juden verleumdeten „unsere tapfere SA“ ohne jede sachliche Grundlage, denn ihnen sei nichts Böses widerfahren, oder, in Mautners Worten: „Keinem Juden ist ein Haar gekrümmt worden.“<sup>84</sup>

Während des Referats waren, dem Bericht zufolge, eine stattliche Anzahl von SA-Männern in Uniform und Zivilkleidung sowie einige Mitglieder der NSDAP im Versammlungssaal anwesend, bei denen sich der Redner zur großen Entrüstung der C.V.-Mitglieder angebiedert hätte<sup>85</sup>. Stärker als der Wunsch des *Central Vereins*, sich schützend vor die osteuropäischen Juden zu stellen, war die Entrüstung unter den Mitgliedern und führenden Persönlichkeiten über den Versuch, den Status deutscher Juden unter dem neuen Regime durch Verunglimpfung der osteuropäischen Juden zu verbessern. Man war im *Central Verein* der Meinung, es ergebe sich „nicht bloß aus der rassenmäßigen Begründung der Behandlung der Judenfrage in Deutschland, sondern aus der Bewertung der entsprechenden Haltung durch die nationalsozialistische Presse“, wie wenig Zweck es habe, „sich von den Ostjuden zu distanzieren, auch wenn tausend Mal an sich Grund dafür vorläge“<sup>86</sup>. Die Nationalsozialisten verachteten sowohl den *Central Verein* als auch jede Körperschaft, die nicht erkannt habe, daß das jüdisch-deutsche Idyll beendet sei, und die sich weiterhin der deutschen Öffentlichkeit anbiedere und sie zufriedenstellen wolle.

Der *Central Verein* war stets darauf bedacht, Distanz zur Naumann-Gruppe zu wahren. Folgender Vorfall zeigt, daß es im wesentlichen das unterschiedliche Ver-

<sup>82</sup> SoA, 721/1/1993, *Hanauer Anzeiger*, 17. 11. 1933.

<sup>83</sup> SoA, 721/1/1993, Bericht über die Kundgebung der Nationaldeutschen Juden in Hanau, 16. 11. 1933.

<sup>84</sup> SoA, 721/1/1993, An Rechtsanwalt Dr. Robert Rosenburg, Frankfurt a.M., 30. 11. 1933.

<sup>85</sup> In den Berichten der C.V.-Mitglieder war es üblich, auf die Anwesenheit von Nationalsozialisten im Publikum hinzuweisen.

<sup>86</sup> SoA, 721/1/1993, An Rechtsanwalt Dr. Robert Rosenburg, Frankfurt a.M., 30. 11. 1933.

ständnis jüdischer Solidarität war, was den *Central Verein* von der Naumann-Gruppe trennte<sup>87</sup>:

Das C.V.-Mitglied Norbert Deutsch stand in geschäftlichen Beziehungen zu einem nichtjüdischen Deutschen namens Schulz. Nachdem Schulz von der jüdischen Identität Norbert Deutschs erfahren hatte, verlor er das Interesse an diesen geschäftlichen Kontakten. Um Schulz zu einer Wiederaufnahme der Beziehungen zu überreden, verfaßte Deutsch einen Brief, in dem er sein „Deutschtum beteuerte“ und darauf hinwies, daß sein Vater als Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg verwundet worden war. Er bat Schulz, doch zwischen den „schlechten verbrecherischen Menschen“, die nach der Niederlage Deutschlands aus dem Osten gekommen seien, und denjenigen zu unterscheiden, die jederzeit ihre Pflicht dem Vaterland gegenüber erfüllt hätten. Schulz antwortete ablehnend und drohte, Deutschs jüdische Identität überall dort aufzudecken, wo Deutsch Geschäfte aufnehmen wolle. Als C.V.-Mitglied wandte Deutsch sich an den *Central Verein* mit der Bitte um Rat und Hilfe. Doch zu seiner großen Verwunderung wurde er abgewiesen und erhielt zudem eine Rüge. Der zuständige Referat des *Central Vereins* teilte ihm offen mit, daß ihn der übersandte Briefwechsel „nicht gerade angenehm berührt“ habe. Vielmehr halte man es im Verein für selbstverständlich, daß er – Deutsch – die Ansicht, die er in diesen Bemerkungen zum Ausdruck bringe, bei nochmaliger Überlegung nicht aufrechterhalte. Der Verein halte es nicht für eine geeignete Methode, „sich selbst in ein günstiges Licht zu stellen dadurch, daß man andere herabsetzt“. So verschaffe man sich weder Achtung noch Ansehen.

Aus derartigen Dokumenten wird deutlich, daß der *Central Verein* sich von allen Versuchen distanzierte, den Status deutscher Juden durch Verunglimpfung osteuropäischer Juden zu verbessern. Man hielt diese Strategie im *Central Verein* nicht nur für uneffektiv, sondern schätzte ein derartiges Verhalten auch als moralisch falsch ein.

Andererseits nun hielt der *Central Verein* an seiner Unterscheidung zwischen deutschen und nicht-deutschen Juden fest, welche auch in der Zeit vor dem Dritten Reich üblich gewesen war<sup>88</sup>; sie wurzelte tief in der Grundauffassung des *Central Vereins* und war letztlich stärker als die politischen Entwicklungen seit 1933. Trotz seiner moralischen Unterstützung osteuropäischer Juden in Deutschland bearbeitete der *Central Verein* praktisch ausschließlich Anfragen und Eingaben von Juden mit deutscher Staatsbürgerschaft. So konnte der *Central Verein* z.B. jüdische Händler unterstützen, die infolge des Boykotts jüdischer Geschäfte von den deutschen Märkten und Messen verdrängt worden waren, und erfolgreich eine Aufhebung der diskriminierenden Maßnahmen erreichen. Ebenso aktiv setzte er sich für den Schutz wandernder jüdischer Händler ein, die aus dem deutschen Landesverband der Händler und Reisenden ausgeschlossen worden waren<sup>89</sup>. Obwohl die Mehrheit der in diesen Wirtschaftssektoren erwerbstätigen Juden und damit die von

<sup>87</sup> SoA, 721/1, 3422, Korrespondenz zwischen Norbert Deutsch und Dr. Weinberg vom *Central Verein* im Mai 1935.

<sup>88</sup> So kümmerte sich der *Central Verein* 1925 um aus Polen geflohene Juden unter dem Hinweis, es handle sich um Juden deutscher Herkunft, nicht um polnische Juden. SoA, 721/1/2093, Herr Hirschberg an Herrn Prediger Goldmann, 9. 9. 1925.

<sup>89</sup> Verschiedene Ausgaben: SoA, 721/1/20, *Informationsblatt des Mitteldeutschen Landesverbandes*, Leipzig 1934.

der nationalsozialistischen Diskriminierungspolitik in diesen Sektoren am stärksten Betroffenen osteuropäischer Herkunft waren, fühlte sich der *Central Verein* allein für Juden mit deutscher Staatsbürgerschaft zuständig<sup>90</sup>. Auch in der Behandlung von Staatenlosen unterschied er zwischen denjenigen, die in der Vergangenheit die deutsche Staatsbürgerschaft besessen hatten, und anderen Juden. Er beriet also nur jene Juden, denen die deutsche Staatsbürgerschaft abgesprochen worden war. In vielen Fällen waren dies Juden osteuropäischer Herkunft, denen ihre deutsche Staatsbürgerschaft infolge des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen vom 14. Juli 1933 aberkannt worden war. Staatenlose Juden, die niemals die deutsche Staatsbürgerschaft besessen hatten, wurden vom *Central Verein* nicht beraten<sup>91</sup>. Er hielt also an der deutschen Staatsbürgerschaft als leitendem Kriterium für seine Arbeit fest, getreu seiner ursprünglichen Definition als *Central Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*. Hierbei übersah er, daß sich aufgrund der nationalsozialistischen Gesetzgebung die Grenzen zwischen deutschen und fremden Juden bereits auflösten.

Eine ähnliche Haltung legte der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* an den Tag. Es handelte sich hierbei um eine Organisation, die nach Ende des Ersten Weltkriegs mit der Zielsetzung gegründet worden war, die Kriegstradition und die Kameradschaft unter den jüdischen Kriegsveteranen in Deutschland zu pflegen<sup>92</sup>. Der *Reichsbund* glaubte, Kriegsdienst und Frontaufenthalt sicherten Gleichberechtigung und staatsbürgerliche Rechte. Diese Auffassung wurde ganz allgemein vertreten und auch auf Juden anderer Länder, darunter auch diejenigen Osteuropas, bezogen. In der Zeitschrift des *Reichsbundes*, *Der Schild*, konnte man Informationen über den Status jüdischer Frontsoldaten in der jüdischen Gesellschaft finden<sup>93</sup>, aber auch über die gesellschaftliche Anerkennung, die jüdischen Frontsoldaten in den Nachbarländern zuteil wurde<sup>94</sup>. Eine besondere Ehrung wurde den jüdischen Frontkämpfern Osteuropas auf ihrer Weltkonferenz 1935 zuteil, als in Anwesenheit des französischen Außenministers ein Denkmal für die im Kriege gefallenen Juden errichtet wurde<sup>95</sup>. Zur selben Zeit konzentrierte sich der *Reichsbund* eindeutig auf die Angelegenheiten deutscher Juden: Man widmete sich zwar der Betreuung von jüdischen Frontkämpfern, beschränkte sich dabei allerdings ausschließlich auf deutsche Staatsangehörige<sup>96</sup>.

Trotz eindeutiger Unterschiede gab es eine gemeinsame Linie zwischen der Nauemann-Gruppe, dem *Central Verein* und dem *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*: Alle drei Organisationen weigerten sich, Grundprinzipien aufzugeben, die ihre je-

<sup>90</sup> SoA, 721/1/35.

<sup>91</sup> So zum Beispiel die Antwort des *Central Vereins* in Berlin auf eine Anfrage in bezug auf Staatenlose: SoA, 721/1/2098, Friedländer (C.V. Berlin) an Landgerichtsrat a.D. Kurt Cohn, Chemnitz, 16. 1. 1934.

<sup>92</sup> Zum *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* siehe: Dunker, Reichsbund.

<sup>93</sup> Jüdische Frontkämpfer in Polen wiesen sich selbst eine zentrale Rolle im öffentlichen Leben und der jüdischen Erziehung in Polen zu, obwohl ihre Zahl relativ gering war: nur 6000. *Der Schild*, Die Haltung der jüdischen Frontkämpfer Polens, 14. Jg., Nr. 28, 12. 7. 1935.

<sup>94</sup> *Der Schild*, Ein Denkmal für lettisch-jüdische Freiheitskämpfer, Der ungarische Freiheitskampf 1848/49 und die jüdischen Kämpfer, 14. Jg., Nr. 23, 7. 6. 1935.

<sup>95</sup> *Der Schild*, Die Weltkonferenz jüdischer Frontsoldaten, 14. Jg., Nr. 25, 21. 6. 1935.

<sup>96</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 907, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Kriegsgesellschaft, Dr. Rosenthal an die polnische Gesandtschaft in Berlin am 10. 4. 1934.

weilige Arbeit seit ihrer Gründung angeleitet hatten, und eine veränderte Grundhaltung einzunehmen, die den neuen politischen Verhältnissen entsprochen hätte: Der *Verband Nationaldeutscher Juden* hielt an seiner rassistischen Position fest, verunglimpfte osteuropäische Juden und betonte die Zugehörigkeit deutscher Juden zum deutschen Volke; der *Central Verein* gab den Begriff der Staatsbürgerschaft als Leitlinie und wesentliches Element der Zugehörigkeit nicht auf und beschränkte seine Arbeit ausschließlich auf Juden mit deutscher Staatsbürgerschaft; auch der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* blieb seiner in der Zeit vor dem Nationalsozialismus verwurzelten Begrifflichkeit treu und dachte weiterhin, die Beteiligung an Krieg und Frontkampf auf deutscher Seite oder auf Seiten der deutschen Verbündeten im Ersten Weltkrieg erwirkten das Recht auf staatsbürgerliche Anerkennung, Status und Sicherheit in Deutschland. Der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* hielt nach 1933 zudem weiterhin daran fest, daß dem gemeinsamen Frontkampf eine wichtige Rolle als verbindendes deutsch-jüdisches Identitätsmerkmal zukomme. Unter Hinweisen auf die „Blutopfer und Dienste für das Vaterland“ wandte sich der *Reichsbund* an deutsche Behörden mit der Bitte, die Rechte der deutsch-jüdischen Veteranenfamilien zu achten<sup>97</sup>. *Reichsbund* und *Central Verein* teilten den naiven Glauben, der Hinweis auf den Kriegsdienst in den Reihen der deutschen Armee könne langfristig einen Schutz vor den diskriminierenden Gesetzen der Nationalsozialisten gewähren. Der Dienst für Deutschland „im Krieg und im Frieden“ wurde vom *Central Verein* auch in seinem Bemühen betont, eine Aufhebung der deutschen Staatsbürgerschaft von Juden mit osteuropäischem Herkunftshintergrund zu verhindern<sup>98</sup>.

Das Festhalten an früheren Loyalitäten kam auch in der Haltung zum Ausdruck, die jüdische Organisationen im Hinblick auf die Stellung Deutschlands in der internationalen Öffentlichkeit einnahmen. Wie der *Verband Nationaldeutscher Juden*, zog der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten*, wenn auch mit gemäßigeren Worten, die deutsch-jüdische Solidarität einer innerjüdischen Solidarität vor. Infolge nationaldeutscher Loyalität wies der *Reichsbund* jeglichen Kommentar von Juden in aller Welt zu den Ereignissen in Deutschland ebenso zurück wie den Versuch, die jüdische Öffentlichkeit weltweit zugunsten der Juden in Deutschland und gegen den deutschen Staat zu mobilisieren. Daher widersetzte man sich in den Reihen des *Reichsbunds* auch der jüdischen Boykottbewegung<sup>99</sup>. Daß polnische Juden innerhalb dieser Bewegung eine aktive Rolle spielten, werden wir im weiteren Verlauf der Darstellung sehen.

Die Einstellung jüdischer Organisationen auf Reichsebene zu den Fragen der osteuropäischen Juden in Deutschland spiegelte in hohem Maße den Zeitgeist innerhalb der jüdischen Öffentlichkeit wider. Im Hinblick auf den Alltag der Juden in Deutschland war und blieb die jüdische Gemeinde der wesentliche Rahmen. Die Kräfteverhältnisse innerhalb der Gemeinden wirkten sich nun direkt auf die Lebensqualität osteuropäischer Juden in Deutschland aus. Die weitreichende Integration in die Gesellschaft der jeweiligen Umwelt, die für das Leben der Juden in Deutschland seit der Aufklärung so typisch gewesen war, hatte zwar, im Vergleich

<sup>97</sup> BAK, R 43II600, Dr. Löwenstein an Hitler, 4. 4. 1933.

<sup>98</sup> *Gemeindeblatt Leipzig*, Nr. 44, 2. 11. 1934.

<sup>99</sup> *Der Schild*, Zur 3. jüdischen Weltkonferenz, Nr. 33, 13. Jg., 31. 8. 1934.

zu Gemeinden in den Ländern Osteuropas, die zentrale Position der jüdischen Gemeinden geschwächt. Doch hatten andere Faktoren den Status der Gemeinden auch angesichts von Integration und Assimilation gewahrt. Das deutsche Recht, das die Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde mit der Zugehörigkeit zum Judentum gleichsetzte, hat ohne Zweifel zur Statusbildung jüdischer Gemeinden in Deutschland beigetragen.

Schon in der Weimarer Republik waren Status und Stärke der jüdischen Organisationen auf Gemeindeebene nicht mit den Verhältnissen auf Reichsebene deckungsgleich. So leiteten z.B. die Zionisten zwischen 1927 und 1931 in einer Koalition die Berliner Gemeinde, also in einem Zeitraum, in dem eine derartige zionistische Repräsentation auf Reichsebene nicht denkbar gewesen wäre. Unterschiede zwischen den jüdischen Landesorganisationen und den regionalen Vertretungen existierten auch in Hinblick auf ideologische Auffassungen und Akzente der Arbeit. Während die *Zionistische Vereinigung für Deutschland* sich in erster Linie den zentralen Fragen zionistischer Politik und der Siedlung in Eretz Israel widmete und die „Gegenwartsarbeit“ in den Gemeinden vernachlässigte, arbeiteten zionistische Aktivisten in den Gemeinden im Rahmen der *Jüdischen Volkspartei* an gesellschaftspolitischen Fragen und Problemen des Erziehungswesens sowie an der Stärkung der Position osteuropäischer Juden in Deutschland<sup>100</sup>. Auch im *Central Verein* gab es unterschiedliche Akzentsetzungen zwischen der Reichsorganisation, die sich zunehmend der zionistischen Bewegung öffnete und deren Mitglieder sich bisweilen den Reihen des Keren Hayessod, des Fonds zur jüdischen Besiedlung Palästinas, anschlossen, und den Aktivisten in den Gemeinden, die weiterhin im Zwist mit den Zionisten lagen<sup>101</sup>.

Traditionell traten zionistische Aktivisten in den Gemeinden für die Gleichberechtigung osteuropäischer Juden ein. Diese Unterstützung wurzelte in der prinzipiellen zionistischen Auffassung, das gemeinsame jüdische Schicksal fordere als obersten Wert die innerjüdische Solidarität. Auch die unter den Zionisten verbreiteten sozialistischen Auffassungen bedingten eine Hinwendung zu den sozial schwächeren Schichten und somit zu den osteuropäischen Juden. Diese war jedoch nicht frei von zweckgerichteten und pragmatischen Überlegungen. Die preußische Gesetzgebung von 1847 nämlich machte das Wahlrecht von der finanziellen Situation der Wähler und von der Dauer ihres Aufenthaltes in Deutschland abhängig. Auf dieses Gesetz berief sich die altansässige Judenheit, um den Einfluß osteuropäischer Juden in den Gemeinden einzuschränken. Die Zionisten wiederum, die ein großes Interesse an den osteuropäischen Juden als zukünftiges zionistisches Wählerpotential hatten, führten einen heftigen Kampf um die Verleihung des Wahlrechts an diese.

Ein von der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland* Anfang 1936 verfaßter Bericht gibt Aufschluß über die Beziehungen zwischen Altansässigen und Zuge-

<sup>100</sup> Brenner, Jüdische Volkspartei.

<sup>101</sup> Zum Generationswechsel im *Central Verein* und dessen Haltung zum Zionismus in der ausgehenden Weimarer Republik siehe: Paucker, Der jüdische Abwehrkampf, S. 28ff. – Zur Haltung der Mitglieder des *Central Vereins* zu Zionismus und Zionisten nach 1933 siehe: Margalio, Political Reaction, S. 313–316.

wanderten in den jüdischen Gemeinden<sup>102</sup>. In ganz Deutschland bestand demnach eine eindeutige Identifikation der altansässigen, etablierten Juden mit der liberalen Auffassung einerseits sowie der osteuropäischen Juden mit der zionistischen Bewegung andererseits. So konnte die *Zionistische Vereinigung* in Regionen und Gemeinden, in denen das etablierte Judentum dominierte – wie in der Pfalz, in Hannover und in kleinen Gemeinden in Sachsen, in Norddeutschland und im Rheinland –, nur sehr schwach Fuß fassen. Darüber hinaus stellt der Bericht fest, daß in den Regionen Deutschlands mit überwiegend altansässigen etablierten Juden nicht nur eine ablehnende Haltung dem Zionismus gegenüber zu verzeichnen war, sondern auch gegenüber osteuropäischen Juden als solchen. Diese ablehnende Haltung äußerte sich unter anderem in der Weigerung, osteuropäischen Juden gleiches Wahlrecht in den Gemeinden zu gewähren. So waren im Jahre 1936 in Hannover nur 2500 der insgesamt 4200 Juden auch wahlberechtigte Gemeindemitglieder. Noch schwieriger war die Situation in verschiedenen Gemeinden Sachsens, in denen die osteuropäischen Juden in der Überzahl waren, jedoch keine adäquate elektorale Vertretung erreichen konnten, da osteuropäische Juden kein Wahlrecht besaßen. In Leipzig, wo 75% der jüdischen Bevölkerung aus Osteuropa kamen, wurde der Kampf um die Wahlberechtigung noch in den dreißiger Jahren mit allerdings begrenztem Erfolg geführt. Ausländische Juden errangen zwar das passive Wahlrecht, doch das Wahlgesetz legte fest, daß mindestens 25 der insgesamt 33 Gemeinderatsmitglieder die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen mußten<sup>103</sup>. Dieses Verfahren galt schon den Zeitgenossen als ungerecht. Noch viele Jahre später wurde diese Ungerechtigkeit in den Erinnerungen Leipziger Gemeindemitglieder erwähnt<sup>104</sup>.

Angesichts dieser Umstände darf es nicht verwundern, daß der Kampf um das Wahlrecht, dessen Anfänge in die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichen und der während der gesamten Weimarer Zeit andauerte, auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht eingestellt werden konnte. Für einen Teil jener Juden, die die massive Präsenz von osteuropäischen Juden in Deutschland fürchteten, wurden durch die Ereignisse der frühen dreißiger Jahre quasi ihre Vorahnungen wahr. Viele von ihnen assoziierten den gegen Ende des Ersten Weltkriegs erneut ausbrechenden Antisemitismus mit der „lästigen Anwesenheit“ osteuropäischer Juden in Deutschland. Daher durfte man wohl kaum annehmen, daß ausgerechnet infolge der politischen Entwicklungen in Deutschland, die das jüdische Leben beispiellos veränderten, jene Kreise plötzlich bereit sein würden, osteuropäische Juden in stärkerem Maße zu integrieren. Der Verzicht auf ein begrenztes, gestaffeltes Wahlrecht zugunsten eines allgemeinen gleichen Wahlrechts hätte zudem einen Machtzuwachs der Zionisten gegenüber den liberalen jüdischen Organisationen bedeutet.

Im Grunde fehlte es innerhalb der liberalen jüdischen Organisationen, insbesondere in den Reihen des *Central Vereins*, an einer Vermittlung zwischen der grundsätzlichen Haltung auf Reichsebene und den Positionen der Aktivisten auf lokaler

<sup>102</sup> CZA, Bericht der Zionistischen Vereinigung für Deutschland an den XXV. Delegiertentag in Berlin, 2.–4. Februar 1936.

<sup>103</sup> Zur Situation der Leipziger Gemeinde existiert umfangreiches Material. Siehe zum Beispiel die von Nationalsozialisten durchgeführte Untersuchung: Arlt, Volksbiologische Untersuchungen; sowie die jüdischen Quellen: Aus Geschichte.

<sup>104</sup> CAHJP, Sammlung Wolf 6607/d.



Ebene. In der Führung des *Central Vereins* kam es nicht selten zur Kooperation mit der *Zionistischen Vereinigung*. Auf Reichsebene verhandelten der *Central Verein* und die Zionisten im Rahmen ihrer Debatten in der *Reichsvertretung der deutschen Juden* über eine paritätische Repräsentation für Zionisten und Liberale. Der Kampf gegen das Wahlrecht von ausländischen Juden stand jedoch absolut im Gegensatz zum Paritätsprinzip und sollte die Machtposition der Zionisten schwächen. Er stand auch im Widerspruch zu der sich allmählich im *Central Verein* durchsetzenden Erkenntnis, daß die Diskriminierung osteuropäischer Juden der Situation der deutschen Juden im neuen Deutschland nicht zuträglich sein könne, ja daß vielmehr eine unsolidarische Haltung innerhalb des Judentums letztlich auf eine Verschlechterung der Lebensumstände aller Juden in Deutschland hinauslaufen werde. So blieb die hartnäckige Verweigerung gleichen Wahlrechtes für osteuropäische Juden in vielen Gemeinden der deutlichste und stärkste Ausdruck für diskriminierende Auffassungen und verwies auf tief verwurzelte Identitätsmerkmale vieler deutscher Juden, auf die im weiteren Verlauf ausführlicher eingegangen werden soll.

## II. Private Kultur oder öffentlicher Kultus – Jüdische Religion im nationalsozialistischen Deutschland und im autoritären Polen

### 1. Zwischen den Traditionen

#### *Gemeinden und Gemeindemitglieder*

Jüdische Immigranten, die im Laufe des Ersten Weltkrieges aus Osteuropa nach Deutschland gekommen waren, hatten in der Regel einen religiös-orthodoxen Hintergrund. Die Immigration führte im allgemeinen zu Veränderungen des Lebenswandels. Um sich dem Lebensstil in Deutschland anzupassen, gaben viele osteuropäische Einwanderer im Laufe der Zeit die strikt orthodoxe Lebensführung auf<sup>1</sup>. An einem traditionell-jüdischen Leben, das rituelle, individuelle und gemeindebezogene Aspekte des religiösen Glaubens miteinander verknüpfte, hielten sie jedoch zumeist weiterhin fest. Diese Formen religiöser Praxis unterschieden sich grundsätzlich von dem privaten, häuslich zurückgezogenen Charakter religiösen Lebens deutscher Juden, und so konnten ausländische Juden eben an ihrer Lebensführung leicht als Juden erkannt werden.

Die deutsche Gesellschaft fühlte sich durch fremdartige Sitten und Gebräuche osteuropäischer Juden oft provoziert. Zu Spannungen kam es unter anderem wegen der vielen kleinen Gebetshäuser, die bisweilen in Privatwohnungen großer Miethäuser untergebracht waren. Beispielsweise wandten sich Nachbarn in Leipzig mit der Forderung an die Polizei, eine Betstube in ihrem Wohngebäude zu schließen. In der Argumentation hieß es, eine Organisation, und noch dazu eine jüdische, bei deren Mitgliedern es sich vorwiegend um Polen handele, könne ohne Registrierung wohl kein Gastrecht in Leipzig beanspruchen<sup>2</sup>. In Hamburg schwankte die Leitung der jüdischen Gemeinde, ob sie ein in ihrem Besitz befindliches Gebäude der osteuropäischen Organisation *Adass Jeshurun* zur Verfügung stellen solle oder nicht. Die Vertreter der Gemeinde befürchteten eine „judenfeindliche“ Haltung der Nachbarn und forderten Rechenschaft, welche Schritte *Adass Jeshurun* zu unternehmen gedanke, um eine Störung der Nachbarn zu vermeiden<sup>3</sup>.

Derartig versteckte Zeichen der Ablehnung nahmen infolge der Machtzunahme der Nationalsozialisten offene, gewalttätige Formen an. In der Weimarer Republik war es die Polizei gewesen, die die religiösen Organisationen unter ihren Schutz stellen und ihre Aktivitäten ermöglichen mußte, sofern es sich um gesetzlich aner-

<sup>1</sup> Breuer, Jüdische Orthodoxie, S. 58; Heid, Ostjüdische Arbeiter, S. 517 ff.

<sup>2</sup> StA Leipzig, PP-V 3070, RA Rudolf Jesch an das Polizeipräsidium Leipzig, 17. 6. 1925.

<sup>3</sup> StA Hamburg, Deutsch-israelitische Gemeinde in Hamburg, Sitzungsprotokolle des Gemeindevorstandes am 4. 8. 1929, 5. 8. 1930.

kannte Gruppierungen handelte<sup>4</sup>. Ob die deutschen Polizisten allerdings Verständnis für die Menschen hatten, zu deren Schutz sie angefordert wurden, ist zu bezweifeln<sup>5</sup>. Die Machtübernahme der NSDAP ließ das Gefühl der Fremdartigkeit in offene Feindschaft umschlagen und ebnete den Weg für gewaltsame Angriffe auf jüdisch-religiöse Symbole und ihre Träger. So riß die Polizei in Dresden bei einer Leibesvisitation einem Juden den als Untergewand getragenen kleinen Gebetsmantel vom Körper<sup>6</sup>. Mitglieder der NSDAP in Dresden schlossen einen polnischen Juden in einen Keller ein, rissen ihm die Schnurrbarthaare aus, schnitten ihm den Kinnbart ab und rasierten sein Haar in der Form eines Hakenkreuzes<sup>7</sup>. In Mannheim stürmten NSDAP-Mitglieder die Synagoge „Shomrei Shabbat“ und zerstörten oder entwendeten Kultgegenstände. Nachdem die Parteiangehörigen verschwunden waren, erschienen weitere Nationalsozialisten in Uniform, die die auf dem Boden zerstreuten Heiligen Schriften mit Füßen traten<sup>8</sup>. Dieses Verhalten der Uniformierten regte Nachahmer an. So versammelten sich Straßenverteiler des *Stürmers* am Freitagabend vor Synagogen polnischer Juden, belästigten die Gottesdienstbesucher und überfielen sie auf dem Heimweg<sup>9</sup>. Derartige Zwischenfälle weckten bei manchen die Erwartung, man könne sich angesichts der politischen Veränderungen der polnischen Synagogen entledigen. So beschwerte sich eine Anwohnerin in einem Leserbrief an den *Stürmer* über eine Synagoge, die an Feiertagen und am Schabbat im Waschkeller ihres Wohnblocks eingerichtet werde, wodurch die Hausfrauen an der Benutzung der Waschräume während dieser Tage gehindert würden. Ein jeder, so hieß es in dem Brief, „könne Zeuge dieses jüdischen Gemauschels sein, wenn die jüdischen Familien ... mit Kind und Kegel dorthin strömen. Was sagst Du dazu, lieber Stürmer, und was würde der Führer Adolf Hitler dazu sagen, wenn er diese Zustände mit ansehen müßte.“<sup>10</sup> Das religiöse Leben osteuropäischer Juden stellte für die nationalsozialistischen Behörden, aber ohne Frage auch für breite Teile der Bevölkerung, eine Provokation dar.

Angesichts dieser feindseligen Haltung sahen sich die altansässigen jüdischen Gemeinden gezwungen, ihre Politik gegenüber den separaten religiösen Institutionen osteuropäischer Juden neu zu formulieren. Die Kreise der deutschen Orthodoxie, deren Mitgliederzahlen im Schwinden waren, hatten durch die Emigranten aus Osteuropa in den zwanziger Jahren neuen Zuwachs erhalten<sup>11</sup>. Diese neuen Mitglieder

<sup>4</sup> So wandte sich der *Verein jüdischer Händler und Reisender in Leipzig* an die Polizei mit der Bitte, eine Veranstaltung des Vereins unter Polizeischutz zu stellen, da „noch heute die Atmosphäre der Andersdenkenden ziemlich gespannt ist“. – StA Leipzig, PP-V 4455, Bestand Verein jüdischer Händler und Reisender an das Polizei-Präsidium, 25. 11. 1931.

<sup>5</sup> Wie tief Unverständnis und Spott reichten, geht aus dem Bericht eines deutschen Polizisten über eine Sitzung des Vereins *Ahavat Thora* in Leipzig hervor: StA Leipzig, PP-V 4407, Polizeipräsidium Leipzig Abt. IV, Bericht, 2. 12. 1934.

<sup>6</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 864, Dr. Brzezinski, Konsul der Republik Polen, an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Dresden, 28. 3. 1933.

<sup>7</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 864, Dr. A. Kruczkiewicz, Konsul der Republik Polen, an den Polizeipräsidenten, April 1933.

<sup>8</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 865, Dr. Adam Lisiewicz, Konsul der Republik Polen, an das Badische Staatsministerium in Karlsruhe, 21. 4. 1933.

<sup>9</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 870, Das polnische Konsulat in Essen an den Polizeipräsidenten in Köln, 31. 7. 1935.

<sup>10</sup> StA Leipzig, PP-V 4437, Anny Hoffmann an den *Stürmer*, 30. 10. 1936.

<sup>11</sup> Ben-Avner, Vom orthodoxen Judentum, S. 10f.

beanspruchten zwar in hohem Maße die bestehenden religiösen Dienstleistungen der Orthodoxie, hatten parallel jedoch auch eigene Institutionen errichtet<sup>12</sup>. So blieben also die Beziehungen zwischen der alten deutschen Orthodoxie und den osteuropäischen Juden, insbesondere aus Polen, distanziert<sup>13</sup>. Dies war auch eine Folge des verbreiteten Gefühls der Fremdartigkeit, das die alteingesessene Orthodoxie in Deutschland gegenüber dem religiösen Leben der Juden in Polen bereits vor der Emanzipation gehegt hatte und das nach der Emanzipation natürlich keineswegs geringer geworden war. Das Aufeinandertreffen der deutschen Orthodoxie und der Einwanderer aus Polen weckte Befürchtungen, die polnischen Einwanderer könnten kein Verständnis für den „goldenen Mittelweg“ der modernen Orthodoxie zeigen und würden die religiöse Lebensweise ganz ablegen in der Annahme, diese sei mit den durch die Immigration hervorgerufenen wirtschaftlichen Zwängen nicht vereinbar. Bewahrten die Einwanderer jedoch die religiösen Sitten und Gebräuche ihrer Herkunftsländer, so wurde dies von der deutschen Orthodoxie ebenso negativ beurteilt<sup>14</sup>.

Dennoch war die deutsche Orthodoxie den Einwanderern gegenüber im Prinzip positiv eingestellt – und zwar, weil sie auf neue Mitglieder hoffte bzw. fürchtete, osteuropäische Juden könnten die bestehenden Gemeinden verlassen und separate Gemeinden gründen<sup>15</sup>. In der Frankfurter Austrittsgemeinde war z. B. in den zwanziger Jahren ein Rabbiner ungarischer Herkunft in das Rabbineramt berufen worden, nachdem über die Nominierung Rabbiner Raphael Breuers keine Übereinstimmung hatte erzielt werden können<sup>16</sup>. In der Frankfurter Jeschiwa war die Mehrheit der Schüler osteuropäischer Herkunft. Deutsche Schüler waren dagegen in der Minderheit. Ihre Studiendauer war im allgemeinen nur kurz<sup>17</sup>. Darin zeigte sich eine gewisse Abhängigkeit der deutschen Orthodoxie und ihrer Institutionen von Juden aus Osteuropa.

Das Verhältnis osteuropäischer Einwanderer zum nicht-orthodoxen, deutsch-jüdischen Milieu war seit den zwanziger Jahren durch konstante Spannungen geprägt, zu denen es infolge einiger Grundsatzfragen gekommen war: Gegenstand der Debatte waren die Entwicklung eines religiösen Ritus, der sowohl den Bedürfnissen deutscher Juden als auch denen der Einwanderer entsprach, die Gründung separater osteuropäisch-religiöser Institutionen und deren Beziehungen zu den Gemeinden sowie allgemeine Fragen der Finanzierung und Legitimierung<sup>18</sup>. Praktisch kam es in den dreißiger Jahren zu keinen wesentlichen Veränderungen in der Dynamik, die für die religiösen Beziehungen zwischen den nicht-orthodoxen deutschen Juden und den Einwanderern schon in den zwanziger Jahren typisch gewesen war. Dies geht eindeutig aus der relativ geringen überlieferten Dokumentation hervor. Infolge

<sup>12</sup> Munk, Austrittsbewegung, S. 143 ff.

<sup>13</sup> Breuer, Jüdische Orthodoxie, S. 57 ff.

<sup>14</sup> Beispiele dazu bei: Maurer, Ostjuden, S. 602 f.

<sup>15</sup> Maurer, Ostjuden, S. 593 f.; Breuer, Jüdische Orthodoxie, S. 58 f.

<sup>16</sup> Jakob Katz, der in jenen Jahren in der Jeschiwa in Frankfurt studierte, beschrieb, wie schwierig es war, einen Kandidaten zu finden, dessen Allgemeinbildung den hohen Ansprüchen und Normen innerhalb der deutschen Orthodoxie entsprach. Die erfolgte Wahl stellte sich dann als Irrtum heraus, siehe: Katz, Autobiographie, S. 73 ff.

<sup>17</sup> Katz, Autobiographie, S. 64; IfCJ 11 (32), Wolf Bodenheimer, 23. 9. 1963, S. 3–4.

<sup>18</sup> Maurer, Ostjuden, S. 587 ff.

der allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation jüdischer Gemeinden im nationalsozialistischen Deutschland wurde auch das Budget der osteuropäisch-religiösen Institutionen von Jahr zu Jahr geringer. Doch schon gegen Ende der zwanziger Jahre waren die Finanzen dieser Gemeinden knapp gewesen, und bereits zu diesem Zeitpunkt war es zu etlichen Einsparungsmaßnahmen gekommen<sup>19</sup>. In den dreißiger Jahren übte z.B. die Hamburger Gemeinde wachsenden Druck auf die osteuropäischen Synagogen aus, um diese von einer notwendigen Kürzung ihrer Ausgaben zu überzeugen<sup>20</sup>, und zeigte großes Interesse an der zahlenmäßigen Reduzierung dieser Synagogen<sup>21</sup>. Doch von den finanziellen Schwierigkeiten waren eben nicht nur osteuropäische Gemeindeinstitutionen betroffen; vielmehr wurde darüber hinaus auch die Zusammenlegung angesehener, traditionsreicher religiöser Einrichtungen des deutschen Judentums wie z.B. der Rabbinerseminare in Berlin und Breslau erwogen<sup>22</sup>.

Der besondere Charakter der Beziehungen zwischen deutschen Behörden, jüdischen Gemeinden und osteuropäischen Juden nach 1933 läßt sich durch die Ereignisse in der Leipziger Gemeinde anschaulich illustrieren. Dieser Gemeinde gehörten verhältnismäßige viele ausländische Juden an. Nach statistischen Angaben, die 1938 von Fritz Arlt<sup>23</sup> im Auftrag der Nationalsozialisten und in deren Interesse erhoben wurden, ergibt sich folgendes Bild: der Anteil deutscher (männlicher) Juden in Leipzig an der Zahl jüdischer Männer insgesamt lag bei 38,6% gegenüber einem prozentualen Anteil von 61,4% ausländischer jüdischer Männer<sup>24</sup>. Der prozentuale Anteil deutsch-jüdischer Männer entsprach dem der polnisch-jüdischen (38,8%). Von ungefähr 11 000 Juden, die zum Zeitpunkt der Erhebung in Leipzig wohnten, waren 4019 außerhalb der deutschen Länder, hauptsächlich in Polen (3084), geboren worden. Die Zahl der Personen ohne Staatsbürgerschaft oder mit ungeklärter Staatsbürgerschaft lag bei 1 500, wobei anzunehmen ist, daß auch diese Gruppe sich überwiegend aus Juden polnischer Herkunft zusammengesetzt haben dürfte. Der Geburtsort der übrigen jüdischen Einwohner Leipzigs, die nicht aus Deutschland oder Polen stammten, lag im allgemeinen ebenfalls in Osteuropa.

Unter den in Leipzig herrschenden besonderen Bedingungen war es nur natürlich, daß die Führung in allen Fragen des religiösen Charakters der Gemeindeinstitutionen bei den osteuropäischen Juden lag. Im Erziehungssektor reichte die Zahl der liberalen deutschen Juden nicht aus, um eine eigene Schule aufrechtzuerhalten, so daß Kinder liberaler Familien auf orthodoxe Schulen geschickt wurden<sup>25</sup>. Auf-

<sup>19</sup> StA Hamburg, Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg, Sitzungsprotokolle des Repräsentantenkollegiums nebst Tagesordnung 12. 2. 1929–22. 12. 1932, 360a.

<sup>20</sup> So wurde der „Talmud-Thora“ die Neubesetzung der Rabbinatsstelle verweigert, nachdem der Amtsinhaber verstorben war: StA Hamburg, Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg, Sitzungsprotokolle des Repräsentantenkollegiums, Etatberatungen für 1936; Sitzungsprotokolle des Gemeindevorstandes, 2. 2. 1937.

<sup>21</sup> Vgl. z. B. StA Hamburg, Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg, Sitzungsprotokolle des Repräsentantenkollegiums, Etatberatungen für 1936.

<sup>22</sup> CZA, A 142 90/4a, Brief des Kuratoriums der Kommerzienrat Fränckel'schen Stiftungen an Alfred Klee, 28. 10. 1936.

<sup>23</sup> Zu Arlts „wissenschaftlicher Karriere“ siehe: Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung, S. 168.

<sup>24</sup> Arlt, Volksbiologische Untersuchungen, S. 38.

<sup>25</sup> StA Leipzig, PP-V 4437, Polizeipräsidium Leipzig, Überwachungsbericht – Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig, 22. 4. 1936.

grund der Zahlenverhältnisse gab es in Leipzig unzählige Synagogen und Gebethäuser, die den Bedürfnissen kleiner Gruppen osteuropäischer Gläubiger nach Herkunftsland oder Wohngegend entsprachen. Die nationalsozialistischen Behörden betrachteten diese Verhältnisse mit Unwillen. Vor den jüdischen Feiertagen im Jahre 1936 informierte die Leipziger Polizei die jüdische Gemeinde, sie könne keinen ausreichenden Schutz vor allen in der Stadt zerstreuten Synagogen aufstellen. Die Gemeinde wurde aufgefordert, sich um die zahlenmäßige Reduzierung der Gebetsstätten zu kümmern<sup>26</sup>. Dieses Verhalten der Polizeibehörden war typisch für etliche Widersprüche in der nationalsozialistischen Politik: 1936 wurden Juden durch eine diskriminierende Gesetzgebung in allen Bereichen hart getroffen, gleichzeitig aber sahen sich die Behörden verpflichtet, die Stätten, an denen sich Juden während der Feiertage trafen, zu schützen. Die Gemeindevertreter erklärten zwar, auch sie hätten ein grundsätzliches Interesse an der quantitativen Reduzierung der Synagogen, bezweifelten jedoch, ob dies praktisch durchführbar sei. Die osteuropäischen Juden, so betonten sie, mieden die große Synagoge, die ihnen unattraktiv erscheine, und seien außerdem auf die Gebethäuser in ihrer Wohngegend angewiesen, da sie an Schabbat und Feiertagen keine Verkehrsmittel benutzten. Die Gemeinderepräsentanten verwiesen darauf, daß es schließlich auch in der Grenadierstraße des Berliner Scheunenviertels zahlreiche kleine Gebethäuser gebe. Die Polizei begnügte sich 1936 noch mit derartigen Erklärungen und ging nicht gegen die Synagogen vor. Allerdings forderte sie von der Gemeindeleitung, die Synagogenzahl bis zum nächsten Jahr zu reduzieren.

In der Zwischenzeit wandte sich die Leipziger Polizei an die Preußische Geheime Staatspolizei in Berlin und erfuhr dort, daß den 153 000 Mitgliedern der dortigen jüdischen Gemeinde 67 Synagogen zur Verfügung stünden: 17 unterstanden der jüdischen Gemeinde, bei den restlichen 50 handelte es sich um private Synagogen<sup>27</sup>. Zu den Feiertagen kämen weitere 20 private Gebethäuser in verschiedenen Sälen und Räumlichkeiten hinzu. In Leipzig gab es dagegen polizeilichen Quellen zufolge für 11 500 Menschen 13 große und kleine Synagogen sowie vier weitere Gebetsstuben in Privatwohnungen und -zimmern<sup>28</sup>. Diese Informationen führten die Behörden offensichtlich zu dem Schluß, die Zahl der Synagogen in Leipzig sei zu hoch. In der Folge forderte die sächsische Landesregierung die Geheime Staatspolizei auf, die Tätigkeit so vieler Synagogen in Leipzig zu verbieten. Die Polizei bestand darauf, daß alle Synagogen, die sich in einem unwürdigen Zustand befanden, zu verschwinden hätten<sup>29</sup>.

Der jüdische Gemeindevorstand in Leipzig hatte sich, wie erwähnt, 1936 verpflichtet, für eine Reduzierung der Synagogenzahl zu sorgen. Dabei hatte er betont, dies liege im eigenen Interesse der jüdischen Gemeinde. Vermutlich hatte der Gemeindevorstand hier auf diesem Wege den Behörden zuvorkommen und den Anschein einer gegen die osteuropäischen Juden gerichteten Zusammenarbeit erwecken wollen. Doch im Sommer 1937 sah sich der Vorstand erneut mit der polizeili-

<sup>26</sup> StA Leipzig, PP-V 4437, Polizeipräsidium Leipzig, Abt. 17, 1. 6. 1936.

<sup>27</sup> StA Leipzig, PP-V 4437, Preußische GeStaPo an den Polizeipräsidenten in Leipzig, Überwachungsbericht – Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig, 30. 9. 1936.

<sup>28</sup> StA Leipzig, PP-V 4437, Polizeilicher Bericht an den Polizeipräsidenten, 8. 9. 1936.

<sup>29</sup> StA Leipzig, PP-V 4437, Regierungsassessor an die GeStaPo, 8. 4. 1937.

chen Forderung konfrontiert, seiner Verpflichtung nachzukommen. Nun aber verteidigte er nachdrücklich die Existenzberechtigung der Synagogen. Nach einer Besichtigung aller Synagogen teilte der Gemeindevorstand mit, alle Bethäuser seien in einem durchaus würdigen und vollständig sauberen Zustand befunden worden. Keines der Bethäuser liege unmittelbar an der Straße. Alle seien als Bethäuser deutlich erkennbar, so daß jegliche Mißdeutung der Gebetsversammlungen durch Nachbarn ausgeschlossen sei<sup>30</sup>. Alle Gebetshäuser seien zu den Feiertagen gut besucht. Es könne daher zu einer Überfüllung der kleinen Synagogen kommen, wenn die Polizei ihre Ankündigung wahr mache und zwei der größeren Synagogen der Gemeinde schließen lasse. Außerdem sah sich der Vorstand nicht in der Lage, die verschiedenen Liturgien der Gläubigen ganz unterschiedlicher Herkunft zu einem Gebetsritus zu vereinheitlichen. Auch mit einem Appell an das Traditionsempfinden versuchte der Gemeindevorstand, ein Einlenken der Behörden zu erreichen:

„Zu alldem haben die Beter einer Synagoge eine Einstellung selbstverständlicher Pietät gegenüber ihrer ihnen seit Jahren und Jahrzehnten ... ans Herz gewachsenen Gebetsstätte. Sie hängen natürlicherweise an den alten geheiligten Gebetsstätten, an denen sie und schon ihre Väter und Mütter ihre Gebete verrichtet haben.“

Leider liegen keine internen Dokumente der jüdischen Gemeinde zu Leipzig vor, aus denen die Motive für diese eindeutige Position hervorgehen. Doch die Korrespondenz zwischen dem jüdischen Gemeindevorstand und der Leipziger Polizei zeigt deutlich, daß der Vorstand dieser Gemeinde mit absoluter osteuropäischer Mitglieder Mehrheit sich mit allen Kräften für den Fortbestand der unabhängigen osteuropäischen Synagogen einsetzte ungeachtet der Tatsache, daß der Vorstand selbst mehrheitlich aus deutschen Juden bestand. Die Leipziger Polizei verfolgte weiterhin aufmerksam die Tätigkeit der kleinen Synagogen und schränkte deren Bewegungsspielraum nach und nach ein<sup>31</sup>. Langfristig, und dies war wohl schon von Anfang an abzusehen, hatte die Gemeinde bei dieser Auseinandersetzung keine wirklichen Erfolgchancen. Der letzte Bericht der Leipziger Gemeinde an die Gestapo erfolgte zwei Monate nach Kriegsausbruch, also Ende 1939. Er meldete die Schließung der letzten dieser Synagogen<sup>32</sup>.

### *Zwischen „Rabbiner“ und „Rebbe“*

Seit den Tagen der Aufklärung, ja eigentlich auch schon vorher, war es deutsch-jüdischen Gemeinden schwergefallen, die religiösen Ämter mit einheimischen Juden zu besetzen. Dies hatte in erster Linie an der unzureichenden jüdisch-religiösen Bildung und Ausbildung in Deutschland gelegen, aber auch an den niedrigen, für einheimische Juden wenig attraktiven Gehältern, die den Amtsträgern in der Regel gezahlt wurden. Viele Inhaber eines religiösen Amtes in deutsch-jüdischen Gemeinden kamen daher aus Osteuropa, wo sie ihre religiöse Ausbildung im Geiste der ost-

<sup>30</sup> StA Leipzig, PP-V 4437, der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig an die Polizeistelle in Leipzig, 2. 7. 1936.

<sup>31</sup> StA Leipzig, PP-V 4453, GeStaPo am 13. 12. 1938; Bethaus Mischnais an die Polizei, 13. 12. 1938.

<sup>32</sup> StA Leipzig, PP-V 4453, Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig an die GeStaPo, 25. 10. 1939.

europäischen Orthodoxie genossen hatten. Diese Amtsträger gehörten also stets einerseits zu den osteuropäisch-jüdischen Einwanderern in Deutschland, bildeten andererseits aber einen integralen Bestandteil des religiösen Lebens der deutschen Juden<sup>33</sup>. Obwohl das Synagogenleben deutscher Juden also ohne die Anstellung von Rabbinern, Kantoren und Religionslehrern aus Osteuropa im Grunde nicht möglich gewesen wäre, wurde ihre Präsenz insbesondere nach der Aufklärung stets kritisch beurteilt<sup>34</sup>. Negative Darstellungen wurden zu einem charakteristischen Topos der späteren deutsch-jüdischen Forschungsliteratur, so daß wir nur mit Schwierigkeiten den Wahrheitsgehalt derartiger Kritik von den Vorurteilen der Zeitgenossen trennen können<sup>35</sup>.

Auch während der Weimarer Republik waren osteuropäische Juden in den Reihen der religiösen Amtsträger stark vertreten. Teilweise handelte es sich wie in der Vergangenheit um eingewanderte Rabbiner aus Osteuropa. Doch auch in den Rabbinerausbildungsstätten in Deutschland war der Anteil osteuropäischer Juden höher als der deutscher Juden<sup>36</sup>. In manchen Gemeinden stießen die osteuropäischen Amtsträger allerdings auf heftige Ablehnung. So widersetzten sich z.B. liberale Juden und später auch die lokale Orthodoxie in Danzig der Ernennung und Amtsführung des in Wilna geborenen Rabbiners Sagalovich. Sie lehnten seine Predigten in Jiddisch ebenso ab wie seine Verachtung der staatlichen Gesetze. Auf Widerspruch stießen auch die Zahlungen, die er für besondere Dienstleistungen beanspruchen zu können glaubte, seine Großzügigkeit gegenüber Hausierern und Armen und vieles andere an Sitten und Gebräuchen die dem religiösen Leben deutscher Juden völlig fremd waren<sup>37</sup>.

Neben den Anpassungsschwierigkeiten und der bisweilen ablehnenden Haltung der jüdischen Gemeinden mußten sich religiöse Amtsträger aus Osteuropa mit ihrem unklaren rechtlichen Status gegenüber den deutschen Behörden auseinandersetzen, die in der Regel keine eindeutigen Aussagen über den Status des Einwanderers und seines Arbeitsverhältnisses machten. Bis 1926 mußten jüdische Gemeinden in Preußen eine offizielle Arbeitsgenehmigung für die Beschäftigung osteuropäischer Juden in religiösen Ämtern einholen, denn das Beschäftigungsverhältnis war die Grundlage ihrer Einbürgerung, die die Behörden verhindern wollten. Nach 1926 bestand diese Pflicht zur Arbeitsgenehmigung nicht mehr, obwohl die Behörden weiterhin betonten, es bestünde kein Interesse an der Beschäftigung ausländischer Juden. In Sachsen war es bereits 1925 zu einer Verschärfung der Politik hinsichtlich der Beschäftigung von Ausländern gekommen. Da jedoch die juristische Definition der religiösen Ämter nicht eindeutig war, konnte das Gesetz unterschiedlich interpretiert werden: gegen eine Einstellung ausländischer Juden in die-

<sup>33</sup> Gierowski, *Juden in Polen*, S. 15 ff.

<sup>34</sup> Gotzmann, *Rabbiner*.

<sup>35</sup> Gotzmann führt einige Beispiele an, vgl. u. a. Brann, *Geschichte der Juden*, S. 69; Freimark, *Die Entwicklung des Rabbinats*, S. 12; Katz, *Rabbi Raffael Cohen*, insbesondere S. 248. Gotzmann weist nach, daß bestimmte Sitten und Gebräuche, die dem rabbinischen Einfluß aus Osteuropa zugeschrieben wurden, also z. B. das Bartragen, in gleichem Maße auch unter deutschen Rabbinern üblich und verbreitet waren.

<sup>36</sup> Maurer, *Ostjuden*, S. 607.

<sup>37</sup> Stern, *Rabbi Sagalovich*.



sen Ämtern – von liberalen Juden – oder aber zugunsten ihrer Beschäftigung – von der *jüdischen Volkspartei*<sup>38</sup>.

In den ersten Monaten des Jahres 1933 kam es zu keinen wesentlichen Veränderungen bei der Besetzung von Rabbinatsstellen und anderer religiöser Ämter in den Gemeinden<sup>39</sup>. Anfang Juli 1933 wurde das Gesetz von 1926, das die jüdischen Gemeinden von der Beschaffung einer Arbeitsgenehmigung freigestellt hatte, aufgehoben. Fortan war eine Genehmigung vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volkskultur notwendig, um religiöse Ämter mit ausländischen Juden zu besetzen<sup>40</sup>. Bereits längerfristig Beschäftigte benötigten keine Sondergenehmigung, ihre Anstellung fiel in den Rahmen des Gesetzes zur Beschäftigung von Ausländern vom 23. Januar 1933. Unklarheiten über die neuen Gesetzesverschärfungen brachten die jüdischen Gemeinden und religiösen Körperschaften in Verlegenheit, wie aus den internen Beratungen zwischen jüdischen Organisationen und Gemeinden hervorgeht. So wies der *Verband jüdischer Gemeinden* die Einstellung eines Rabbiners mit Schweizer Staatsbürgerschaft eilig zurück, da er die Konsequenzen scheute, die mit der notwendigen Erklärung eines Mangels an einheimischen Kandidaten verbunden gewesen wären<sup>41</sup>.

Im Vorstand der Hamburger Gemeinde kam es zu einer heftigen Debatte, nachdem bekannt geworden war, daß der Synagogen-Verband das Amt des Oberrabbiners mit einem ausländischen Kandidaten besetzen wollte<sup>42</sup>. Obwohl diese Angelegenheit nicht in den Zuständigkeitsbereich des Gemeindevorstandes fiel, wurde sie von ihm eingehend erörtert. Ein Teil der Sitzungsteilnehmer trat mit dem scheinbar neutralen Argument für die Wahl eines deutschen Rabbiners ein, dieser könne die Gemeinde besser repräsentieren. Max Warburg meinte im Namen des gesamten Vorstandes, die Ernennung eines nicht-deutschen Rabbiners sei eine fragliche, „sehr gefährliche“ Angelegenheit. Die Debatte drehte sich vornehmlich um die Frage, ob ein ausländischer Rabbiner die Gemeinde vor den Behörden vertreten könne. Dr. Isak Unna wandte sich auf der Vorstandssitzung gegen eine derartige Argumentation. Er sei erstaunt über die Art und Weise, mit der der Vorstand die Angelegenheit handhabe. Offenbar herrsche die Ansicht, es müsse ein Unterschied zwischen deutsch und nicht-deutsch gemacht werden. Man müsse darunter einen Strich zie-

<sup>38</sup> Maurer, Ostjuden, S. 609f.

<sup>39</sup> In einem Einzelfall entschied das preußische Innenministerium im Mai 1933, den Vorsänger der Breslauer Gemeinde nach 13jähriger Tätigkeit nach Polen auszuweisen. Diese Ausweisung erfolgte jedoch nicht aufgrund der nationalsozialistischen Ideologie, sondern stand in der Kontinuität der preußischen Beamtenroutine: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 913, Der Regierungspräsident an das Konsulat der Republik Polen in Breslau am 12. 5. 1933.

<sup>40</sup> *Informationsblätter* (Hilfe und Aufbau), Ausländische Rabbiner, Nr. 8, 1. 8. 1933.

<sup>41</sup> CZA, A 142 88/2, Preußischer Landesverband jüdischer Gemeinden an Klee, 14. 12. 1934. – Die Frankfurter Gemeinde wandte sich an die Gemeinde zu Breslau, um sich über deren Erfahrungen mit der Beschäftigung von Ausländern informieren zu lassen. Aus Breslau erhielt man die Antwort, daß von den zahlreichen Anfragen der Breslauer Gemeinde an die Behörden nur ein Antrag zurückgewiesen worden sei, jedoch aus Gründen, die mit der Persönlichkeit des Antragstellers zusammenhingen, während man in den meisten Fällen eine positive Antwort oder noch keine Antwort erhalten hätte: ZIH, Synagogengemeinde zu Breslau, Akt Nr. 128, Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde Breslau an den Vorstand der Israelitischen Gemeinde Frankfurt a. M., 3. 9. 1934.

<sup>42</sup> StA Hamburg, Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg, Sitzungsprotokolle des Repräsentantenkollegiums, Akt 360e 56, Sitzung Juni/Juli 1935.

hen. Vor Behörden habe der Gemeindevorstand oder der Vorstand des Synagogen-Verbandes als Vertreter aufzutreten, ein religiöses Gutachten könne aber auch von einem Ausländer abgegeben werden, wenn er nur ein Kenner der jüdischen Lehre sei. Die Gemeinde brauche einen jüdischen Rabbiner.

Was Warburg und andere veranlaßt haben mag, sich gegen die Ernennung nicht-deutscher Rabbiner auszusprechen, ist nicht zu klären. Es sieht jedoch so aus, als ob einige Gemeinden befürchteten, die Ernennung eines nicht-deutschen Rabbiners könne irgendwelche negativen Folgen haben. So wandte sich die Gemeinde in Oldenburg z.B. mit der Frage an Dr. Rabin, den Leiter des Breslauer Rabbinerseminars, ob er nicht einen konservativen, jüngeren deutschen Kandidaten habe, den er nach Oldenburg empfehlen könne, denn die Bestätigung eines Ausländers erscheine dort ausgeschlossen<sup>43</sup>. Viele Gemeinden dürften sich also aus Furcht vor möglichen Komplikationen gegen die Einstellung eines nicht-deutschen Rabbiners gewandt haben. Es überrascht daher nicht, wenn ein Rabbinatskandidat in seinem Lebenslauf darauf hinwies, er sei seit seiner Geburt im Besitz der preußischen Staatsangehörigkeit<sup>44</sup>.

Die Möglichkeiten osteuropäischer Rabbiner, sich ihren Lebensunterhalt in Deutschland zu verdienen, verringerten sich im Laufe der dreißiger Jahre erheblich. Zum Teil arbeiteten sie ja in kleinen Gemeinden, deren Mitgliederzahlen in diesen Jahren infolge der Binnen- und Auswanderung stark sanken. Darüber hinaus führte auch die Beschäftigungspolitik der Gemeinden zu erheblicher Not unter jenen Rabbinern, die damals mit der Suche nach einem Arbeitsplatz begannen, was nicht wenige ins Ausland führte<sup>45</sup>. Auch dort stießen sie auf unerwartete Schwierigkeiten. Etliche dieser Rabbiner hatten ihre Ausbildung in einem der deutschen Rabbinerseminare erworben, so daß sie nun zwischen alle Kategorien fielen: Sie stammten zwar aus Osteuropa, ihre religiöse Ausbildung war jedoch auf die Richtlinien des deutschen Judentums abgestellt gewesen. So empfahl Dr. Alfred Klee im Jahre 1935 einen Absolventen des Berliner Rabbinerseminars für die Rabbinatsstelle in Czerowitz. In dem Empfehlungsschreiben heißt es u. a.:

„Es handelt sich bei Dr. Berkovitz in charakterlicher Beziehung um einen außerordentlich zu empfehlenden jungen Mann, der gut spricht, tiefe Kenntnisse unseres Schrifttums hat und von den Dozenten des Seminars warm empfohlen wird. (...) Es dürfte auch in weiten Kreisen in Berlin der Wunsch bestehen, ihn dieser Arbeit hier zu erhalten, wenn nicht mit Rücksicht auf seine Ausländereigenschaft eine Anstellung ausgeschlossen erschiene. Seine Dissertation über ‚Hume und der Deismus‘, mit der er an der Berliner Universität doktoriert hat, ist eine gedie-

<sup>43</sup> CZA, A 142 90/4a, Brief an Seminardirektor Dr. J. Rabin am 24. 5. 1935. Die Gemeinde wählte im Oktober 1935 Rabbiner Herbst in das Amt des Rabbiners der Stadt. Einige Monate später sah sich Herbst jedoch bereits vor der Entlassung mit der Begründung, er sei inzwischen durch Ausbürgerung staatenlos geworden und führe zudem den Dokortitel, obwohl er infolge der Verhältnisse sein Promotionsexamen nicht hatte ablegen können. Seine abgeschlossene Universitätsbildung allein berechtige ihn nicht zum Führen des Dokortitels. – CZA, A 142 55/2, Rabbiner Hoffmann (Frankfurt) an Alfred Klee, 13. 5. 1936.

<sup>44</sup> CZA, A 142 88/2, Bernhard Brilling.

<sup>45</sup> CZA, A 142 87/11d, Cantor Leo Halbern (Görlitz) an Klee, 27. 1. 1938; A 142 58/3, Klee an Prof. Heinemann, 3. 2. 1938; A 142 87/11a, Ein Brief von Klee an Edinburgh Hebrew Congregation Synagogue, 9. 8. 1938.

gene Arbeit, wie er auf allen Gebieten, auf profanem Gebiet, wie auch auf dem Gebiet der jüdischen Wissenschaft gute Kenntnisse hat.“<sup>46</sup>

Klee wollte sich ohne Zweifel nützlich erweisen, doch gerade die Betonung der Allgemeinbildung des Kandidaten erwies sich als Hindernis. Die jüdische Gemeinde in Czernowitz hatte keinerlei Interesse an einem Rabbiner deutschen Stils. So erhielt Klee die Antwort, es gebe in Czernowitz bereits einen Prediger in der Person des Oberrabbiners Dr. Mark. Zu besetzen sei die Stelle eines orthodoxen Rabbiners ost-jüdischer Prägung, mit „einen Raw mit Bart und Pejes. Bildung schadet nichts, aber der Doktor ist von Übel“<sup>47</sup>.

Die liberalen Institutionen der Rabbinerausbildung schienen die Zeichen der Zeit nicht verstanden zu haben. Das Breslauer Rabbinerseminar legte Wert darauf, daß unter allen Umständen die Allgemeinbildung deutscher Rabbiner aufrechterhalten blieb. Ein Niedergang des wissenschaftlichen Niveaus des Seminars sei ebenso zu verhindern wie der Gefahr, daß die ihre Studien in Deutschland absolvierenden Rabbiner innerhalb und außerhalb Deutschlands gar als Halbakademiker dargestellt werden könnten<sup>48</sup>. Allerdings darf bezweifelt werden, ob tatsächlich die umfangreiche Allgemeinbildung das Hauptproblem der deutschen Rabbinerseminarabsolventen in den dreißiger Jahren war. Die Führung der Orthodoxie in Deutschland mußte bald einsehen, daß die wirklichen Probleme in einem völlig anderen Bereich lagen. Die wenigen Rabbiner, die letztlich außerhalb Deutschlands eine Anstellung gefunden hatten, mußten nicht ihre Allgemeinbildung unter Beweis stellen. Vielmehr wurde von ihnen verlangt, daß sie die Sprache ihrer neuen Gemeinden beherrschten und sich geistig auf die Mitglieder der jeweiligen Gemeinden einstellten, die ja eigentlich einen „Rebbe“ erwarteten<sup>49</sup>.

## 2. Die Auseinandersetzungen um das koschere Schlachten

### *Deutschland: Die Suche nach einem Hetter*

Im religiösen Bereich waren Juden in Deutschland und Polen nicht nur durch den direkten Kontakt der osteuropäischen Rabbiner mit den deutsch-jüdischen Gemeinden oder den Aufenthalt als Schüler deutsch-jüdischer Herkunft an osteuropäischen Talmudschulen verbunden. Vielmehr verbanden auch die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland und Polen gleichermaßen zunehmenden antisemitischen Angriffe das religiöse Leben der Juden in beiden Ländern. Ein eindrückliches Beispiel in diesem Bereich ist die Auseinandersetzung, die um das Schächten (*Schechita*), also das koschere Schlachten, in beiden Ländern geführt wurde. In dieser Frage beeinflussten sich das nationalsozialistische Deutschland und Polen gegen-

<sup>46</sup> CZA, A 142 87/11a, Klee an Dr. Meier Ebner, Cernauti (Czernowitz), 1. 7. 1935.

<sup>47</sup> CZA, A 142 87/11a, Dr. Meier Ebner aus Cernauti an Klee, 2. 8. 1935.

<sup>48</sup> CZA, A 142 86/13, Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Rabbinerfragen, 18. 1. 1937.

<sup>49</sup> So z. B. in Amerika: „Ein Bedürfnis nach geistlichen Führern, die weder Jiddisch noch Englisch sprechen, wird in Amerika natürlich nicht empfunden, und die deutschen Kreise, die wohl in steigendem Umfang drüben entstehen werden, haben für die ersten Jahre gewiß noch nicht die Kraft sich geistige Führer zu berufen.“ – CAHJP, Ansbach N1/48, Jakob Rosenheim an Rabbiner Dr. Pinchas Kohn, 25. 7. 1938.

seitig. In Deutschland war das koschere Schlachten bereits im April 1933 verboten worden. In Polen erging am 1. Januar 1937 ein teilweises Schächtverbot, doch die öffentliche Diskussion um ein absolutes Schächtverbot verstummte endgültig erst infolge des Kriegsausbruchs. Der Kampf gegen die gesetzlichen Maßnahmen zum Verbot des Schächtens führte zu einer internen Debatte über das Wesen der jüdischen Religion und Lebensweise in Deutschland und Polen.

Schon im 19. Jahrhundert war das koschere Schlachten nach dem jüdischen Religionsgesetz in vielen Ländern Europas angegriffen worden. Die Schweiz hatte bereits 1893 eine Volksbefragung durchgeführt, infolge derer das Schächten für ungesetzlich erklärt worden war. In Rußland war in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine scharfe Kampagne gegen das Schächten geführt worden; in Norwegen wurde das koschere Schlachten 1930 verboten<sup>50</sup>. In Deutschland reichte die Bewegung gegen das koschere Schlachten bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, und seit 1894 betrieben die deutsche Tierschutzvereine eine Kampagne, mit der die Öffentlichkeit gegen das Schächten ohne Betäubung mobilisiert werden sollte. Auch wenn es jüdischen Organisationen gelang, daß das Thema von der Tagesordnung des Reichstags abgesetzt wurde, so diskutierte die deutsche Öffentlichkeit doch weiterhin diese Frage<sup>51</sup>.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre waren Rabbiner in Deutschland gezwungen, sich fortwährend mit den gemeinsamen Angriffen der Tierschutzvereine und der Nationalsozialisten auf das Schächten auseinanderzusetzen<sup>52</sup>. Die Gegner des Schächtens behaupteten, das koschere Schlachten sei nicht „human“, also nicht tierfreundlich. Die Rabbiner wandten dagegen ein, gerade diese Art des Schlachtens sei äußerst tierfreundlich. Die Rabbiner ließen sich auf das Argument der Humanität im wesentlichen aus taktischen Gründen ein, sie kämpften letztlich um das Recht, ein religiöses Gebot, eine *Mitzwa*, zu praktizieren.

Einen ersten Erfolg gegen das Schächten erzielten Tierschutzvereine und Nationalsozialisten in den Jahren 1930/31 in Bayern und Braunschweig, als die Landtage dieser Länder Gesetze verabschiedeten, die das Schächten ohne vorherige Betäubung des Schlachtviehs verboten. Nach dem Januar 1933 wurde die Gesetzgebung in diesem Bereich eilig vorangetrieben: Am 22. März 1933 wurde das koschere Schlachten in Sachsen verboten, am 6. April 1933 in Baden und einigen anderen Ländern. Am 21. April 1933 kam es zum Verbot des Schächtens im gesamten Reich. Gefordert wurde eine vorherige Betäubung des Viehs sowie ein völliges Köpfen des Geflügels beim Schächten<sup>53</sup>.

Der Anteil der religiösen Bevölkerung in den deutsch-jüdischen Gemeinden war mit zehn Prozent im Vergleich zum Anteil der orthodoxen Juden in den polnischen Gemeinden relativ gering. Diese religiösen, gesetzestreuen Juden beachteten die religiösen Gebote und insbesondere die *Kaschrut*-[Speise-]Vorschriften mit größter Genauigkeit und wurden daher durch die Gesetzgebung gegen das Schächten besonders hart getroffen. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die nicht-orthodoxe deutsch-jüdische Bevölkerung sich nicht streng an die *Kaschrut*-Vorschriften hielt,

<sup>50</sup> Art. „*Shechita*“ (hebr.), Ha-Enzyklopaedia ha-ivrit, S. 696–699.

<sup>51</sup> Thor, Intellektuelle Bewältigung, S. 75.

<sup>52</sup> Ben-Avner, Arbeit gesetzestreu Rabbiner, S. 149.

<sup>53</sup> Walk, Sonderrecht, S. 5, 11, 15.

so war die Auseinandersetzung um das Schächten schon in der Weimarer Republik ein grundsätzlicher Kampf um die Bewahrung der Rechte der jüdischen Bevölkerung in Deutschland gewesen. Die liberalen jüdischen Gemeinden traten daher der Orthodoxie in dieser Frage zur Seite<sup>54</sup>. Allerdings dürfen Zweifel angemeldet werden, ob liberale Juden ihre Unterstützung des koscheren Schlachtens langfristig aufrechterhalten und sich bereit erklärt hätten, nach dem Verbot des Schächtens auf den Fleischgenuß gänzlich zu verzichten. In den ersten Monaten glaubten deutsche Juden, den Mangel an koscherem Fleisch durch den Import gefrorenen Fleisches aus Dänemark ausgleichen zu können. Da jedoch dieses Fleisch ungleich teurer war, boten derartige Importe langfristig keine Lösung für den Fleischkonsum der jüdischen Bevölkerung in Deutschland<sup>55</sup>.

Die Reaktion liberal-jüdischer Kreise auf das Schächtverbot blieb insgesamt zurückhaltend. Einen Tag nach dem Verbotserlaß in Sachsen brachte die Zeitung des *Central Vereins* die Hoffnung zum Ausdruck, es könne zu einem Ausgleich kommen, der auf den vermeintlichen Tierschutz ebenso Rücksicht nehme wie auf den unausweichlichen Gewissenszwang, also die religiöse *Kaschrut*-Pflicht<sup>56</sup>. Zwei Wochen später meldete die Zeitung dann sogar, nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft sei es richtig, die vom jüdischen Religionsgesetz gebotene Schlachtform zu verbieten<sup>57</sup>. Möglicherweise war diese lakonische Meldung Ergebnis einer taktischen Entscheidung, sich aus einer Auseinandersetzung herauszuhalten, auf die der *Central Verein* ohnehin keinen Einfluß zu haben glaubte. Die fehlende Stellungnahmen und das völlige Schweigen, das die Zeitung des *Central Vereins* sich selbst auch nach der Ausdehnung des Schächtverbots auf das gesamte Reich auferlegt hatte, lassen vermuten, daß der *Central Verein* die Frage des koscheren Schlachtens in jenen Tagen nicht für vorrangig hielt.

Auch die *Jüdische Rundschau*, das Presseorgan der deutschen Zionisten, äußerte sich nicht zur Frage des Schächtverbots. In den ersten Monaten des Jahres 1933 hielt es die Zeitung für falsch, sich zu der entsprechenden Gesetzgebung zu äußern oder deren Auswirkungen zu erörtern. Anfang April 1933 kam die Zeitung ein einziges Mal der Bitte der *Vereinigung der traditionell-gesetzestreuen und orthodoxen Rabbiner Deutschlands* nach und veröffentlichte einen Aufruf, in dem sich die Rabbiner unter anderem über die Gleichgültigkeit beklagten, die die Bevölkerung der Bewahrung der *Kaschrut*-Vorschriften entgegenbringe. Außerdem wurde die breite Öffentlichkeit aufgerufen, in dem Verbot des Schächtens in einigen deutschen Städten eine Gelegenheit zu sehen, ein stärkeres Interesse an der jüdischen Tradition und insbesondere am Schächten zu zeigen, denn einen leiderproben Juden könne auch der Verzicht auf den Fleischgenuß nicht in seiner Gottestreue wankend machen<sup>58</sup>. Dieser Aufruf wurde ohne Kommentar oder Erklärung von seiten der Redaktion gedruckt. Damit gestand die *Jüdische Rundschau* letztlich ihr Desinteresse an dieser Frage offen ein.

<sup>54</sup> Thor, Intellektuelle Bewältigung, S. 75. So veröffentlichte Rabbiner Unna in der Zeitung des *Central Vereins* 1931 einen Artikel zugunsten des Schächtens. Ben-Avner, Arbeit gesetzestreuer Rabbiner, S. 150.

<sup>55</sup> *Der Israelit*, Koscher-Fleisch aus Dänemark, Nr. 35, 31. 8. 1933.

<sup>56</sup> C.V.Z., Nr. 12, 23. 3. 1933.

<sup>57</sup> C.V.Z., Nr. 14, 6. 4. 1933.

<sup>58</sup> JR, Eine Kundgebung orthodoxer Rabbiner, Nr. 28/29, 7. 4. 1933.

So blieb die deutsch-jüdische Orthodoxie in ihrem Kampf gegen das Schächtverbot in Deutschland letztlich allein. Sie versuchte in ihrer Argumentation an das deutsche Eigeninteresse zu appellieren. In diesem Sinne betonte die Zeitung der deutschen Orthodoxie, *Der Israelit*, den traditionsverbundenen Charakter des politischen Umbruchs in Deutschland und versuchte, eine Verbindung zum Traditionsbewußtsein an sich herzustellen. Das Schächtverbot, so argumentierte die Zeitung, schwäche die traditionellen Elemente der jüdischen Gesellschaft zugunsten jener extremen und bolschewistischen Faktoren, an deren weiterer Entwicklung das nationalsozialistische Regime in Deutschland keinerlei Interesse haben könne<sup>59</sup>. Auf der anderen Seite widersetzte sich die jüdische Orthodoxie in Deutschland jenen Rabbinern und jüdischen Kreisen, die angesichts der politischen Umstände die *Kaschrut*-Vorschriften erleichtern wollten. In liberalen Kreisen herrschte die Meinung, die Unmöglichkeit, koscheres Fleisch zu erwerben, könne als „höhere Gewalt“ im religionsgesetzlich-talmudischen Sinne interpretiert werden, was den Verzehr nicht-koscheren Fleisches gestatte. Als Reaktion hierauf schrieb das überparteiliche *Israelitische Familienblatt*, die jüdische Religion kenne zwar bestimmte Ausnahmen im Bereich der *Kaschrut*, die jedoch auf keinen Fall auf die Umstände in Deutschland anzuwenden seien<sup>60</sup>.

Um die Situation richtig zu verstehen, muß man sich in Erinnerung rufen, daß in jener Zeit eine vegetarische Ernährung nicht verbreitet war und der Verzicht auf Fleisch allgemein als gesundheitsgefährdend betrachtet wurde. Das Presseorgan der deutschen Orthodoxie publizierte daher zahlreiche von Ernährungswissenschaftlern verfaßte Artikel, die die breite Öffentlichkeit darüber informieren sollten, daß ein gesunder Mensch keinerlei Risiko einginge, wenn er auf Fleisch in seinem Speiseplan verzichte<sup>61</sup>. Außerdem versuchte das Blatt, jüdischen Hausfrauen mit Rezepten für die fleischlose Küche zur Seite zu stehen<sup>62</sup>. Die orthodoxe Führung mußte darüber hinaus jedoch nach Lösungen suchen, die die Fleischversorgung unter den gegebenen Bedingungen längerfristig sicherstellten. Das *Israelitische Familienblatt* berichtete über Rabbinerausschüsse, die verschiedene chemische Methoden der Tier Schlachtung und ihre Eignung für den Gebrauch durch die jüdische Öffentlichkeit im Hinblick auf die religionsgesetzlichen Vorschriften und Fragen der Gesundheit prüften<sup>63</sup>. Auch *Der Israelit* ließ seine Leser wissen, es müßten Wege gefunden werden, die den staatlichen Gesetzen wie den Bestimmungen des Religionsgesetzes gleichermaßen Rechnung trügen. Allerdings betonte die Zeitung im gleichen Atemzug, es bestehe wenig Hoffnung auf eine derartige Lösung<sup>64</sup>. Im Lauf der Zeit wuchs die öffentliche Unzufriedenheit über die, so stellte sich zunehmend heraus, schleppende und mißliche Behandlung der Frage und die vergebliche Suche nach alternativen Lösungen. Die Führung der *Vereinigung der traditionell-gesetzes-*

<sup>59</sup> *Der Israelit*, Um die Schechita, Nr. 12, 23. 3. 1933.

<sup>60</sup> *Israelitisches Familienblatt*, Nr. 15, 13. 4. 1933.

<sup>61</sup> *Der Israelit*, Auch Fischfleisch ist Fleisch, Nr. 16, 21. 4. 1933; Schächtverbot und neue Wege für Lebensreform, Nr. 20, 18. 5. 1933.

<sup>62</sup> Zum Beispiel: *Der Israelit*, Kochrezepte für die fleischlose Küche (Mitgeteilt von der jüdischen Haushaltungsschule Frankfurt a. M.), Nr. 18, 4. 5. 1933.

<sup>63</sup> *Israelitisches Familienblatt*, Der Stand der Schächtfrage, Nr. 23, 8. 5. 1933.

<sup>64</sup> *Der Israelit*, Zur Durchführungsverordnung über die Schlachtung des Geflügels, Nr. 18, 4. 5. 1933.

*treuen und orthodoxen Rabbiner Deutschlands* versuchte sich gegen den Vorwurf zu wehren, sie unternehme nicht genug, um das Problem zu lösen, und betonte, sie würde alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Situation zu ändern. Gleichzeitig ging die Vereinigung zum Gegenangriff auf die Kreise über, die die religionsgesetzlichen Vorschriften erleichtern und Lösungsvorschläge unterbreiten wollten, die von keiner rabbinischen Autorität gebilligt werden könnten<sup>65</sup>. Bei dieser Gelegenheit wies das Blatt darauf hin, daß die deutschen Rabbiner bei der Suche nach geeigneten Lösungen mit Rabbinern aus Osteuropa, darunter Rabbiner Chajim Ozer Grudzanski aus Wilna und Rabbiner Jehuda Zirelson aus Kishinev, in Kontakt stünden. Kontakte zwischen deutschen Rabbinern und Rabbiner Grudzanski aus Wilna und Rabbiner Josef Rozen aus Dwinsk hatte es bereits 1932 gegeben, als sich die Frage der Betäubung vor dem Schächten erhoben hatte<sup>66</sup>. Die Rabbiner wollten in gemeinsamen Gesprächen prüfen, ob bestehende Betäubungsmethoden absolut sicher seien und die Bedingung erfüllten, kein Glied oder Organ des Schlachtviehs zu verletzen und keine inneren Blutungen zu verursachen, die die *Kaschrut* beeinträchtigen könnten. Dr. Weinberg, ein deutscher Rabbiner, der an entsprechenden Gesprächen teilnahm, war überzeugt, die „Gelehrten des Ostens“ würden sich derartigen Lösungen widersetzen. Er sah die Notwendigkeit gegeben, eine gemeinsame, einheitliche, dem Religionsgesetz, der *Halacha*, entsprechende Entscheidung zu treffen. Eine derartige Lösung sei auch im Hinblick auf das Schächten von Geflügel notwendig: nach dem deutschen Gesetz sei das Schächten nur bei einer Köpfung des Geflügels erlaubt. Da diese Art des Schlachtens von den orthodoxen Juden nicht akzeptiert werde, müsse unbedingt festgestellt werden, daß mit diesem Vorgehen kein halachisches Verbot verletzt werde.

Derartige Beratungen mit osteuropäischen Rabbinern sowie die Berufung auf deren gutachterliche Meinung beruhten auf der Ansicht, daß in solch grundsätzlichen Fragen Entscheidungen erforderlich seien, die für das gesamte Judentum Geltung beanspruchen konnten, eine Entscheidung der Rabbiner in Deutschland allein also nicht ausreiche<sup>67</sup>. Überdies entwickelte die deutsche Orthodoxie nach dem Ersten Weltkrieg eine große Sympathie für das osteuropäische Judentum, seine Rabbiner und seine religiöse Lebensweise<sup>68</sup>. Dies kam unter anderem in einem gewissen Rückzug der deutschen Orthodoxie aus der Gesellschaft zum Ausdruck. Die in der jüdischen Orthodoxie in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts verbreitete Auffassung „Thora we-Derech Eretz“ – also eine Verknüpfung von Thora und Allgemeinbildung bzw. allgemein bürgerlichem Verhalten – wurde von einer Wendung nach innen abgelöst. Junge Rabbinerstudenten, die bald darauf in der Führung der deutschen Orthodoxie eine zentrale Rolle spielen sollten, zeigten Ende der zwanziger Jahre eine zunehmende Neigung zum Studium an osteuropäischen Talmudschulen. 1928 berichtete ein Leser des Blattes *Ha-Ne’eman*, einer orthodoxen Monatszeitschrift für die junge Generation, daß man in letzter Zeit schon in den litauischen Talmudschulen junge Männer aus *Aschkenas* [Deutschland] treffen

<sup>65</sup> *Der Israelit*, Die Frage der Fleischversorgung, Nr. 22, 30. 5. 1933.

<sup>66</sup> Ben-Avner, Arbeit gesetzestreuer Rabbiner, S. 150.

<sup>67</sup> Ebenda, S. 151.

<sup>68</sup> Thor, Intellektuelle Bewältigung, S. 64f. Thor spricht von der „Selbstverleugnung“ vor der Meinung der „Gelehrten des Ostens“; ebenda.

könnte, die ihre Universitätsstudien aufgeben hätten, um sich mit Begeisterung dem Studium der Thora zu widmen<sup>69</sup>. 1937 studierten 80 Studenten aus Deutschland an osteuropäischen Talmudschulen. Sie wurden von dem *Keren HaTora* finanziert, einer Ausbildungsstiftung der *Agudat Israel*<sup>70</sup>. Auch religiöse Zionisten entschlossen sich bisweilen zu einem Studium in Polen. Der *Bund religiöser Pioniere* (Bachad) berichtete im November 1935 über sieben seiner Mitglieder, die an der Talmudschule „Mir“ in Polen studierten<sup>71</sup>. Unter diesen Umständen war es nur natürlich, daß deutsche Rabbiner eine schwerwiegende Entscheidung im Bereich der *Kaschrut* nicht fällen wollten, ohne die Meinung der Thoragelehrten aus dem Osten zu berücksichtigen.

Wenn osteuropäische Rabbiner von deutschen Rabbinern angerufen wurden, um eine Lösung für die infolge des Schächtverbots eingetretene Notsituation zu finden, so hatte deren Lösungsvorschlag natürlich die besonderen Lebensumstände des deutschen Judentums und den Charakter der dortigen Gemeinden zu berücksichtigen. Orthodoxe Kreise in Deutschland fürchteten, liberale Juden, die die Mehrheit des deutschen Judentums ausmachten, könnten die Geduld verlieren und nicht auf eine adäquate Lösung warten, sondern unkoscheres Fleisch essen. Diese Befürchtungen wuchsen, als sich im Laufe der Zeit keine wirkliche Lösung des Problems abzeichnete. Die orthodoxen Rabbiner debattierten während der Sommermonate 1933 auf den Seiten des *Israelit* mit der religiös-liberalen Führung. Sie dementierten die irrtümliche Behauptung, osteuropäische Rabbiner hätten das Schächten mit vorheriger Betäubung gestattet<sup>72</sup>. Die Orthodoxie wandte sich auch gegen die Annahme des liberalen Rabbinerverbandes, der öffentlich bekanntgemacht hatte:

„Im Wesen des liberalen Judentums liegt es, in jeder Zeit die religiöse Vorschrift in Einklang mit der Lebensmöglichkeit zu bringen, um einer gänzlichen Abkehr vom jüdischen Leben vorzubeugen. Die Religion soll eine Religion des Lebens sein. Wo das Leben eines Menschen gefährdet erschien, wurden darum zu allen Zeiten Dispensationen vom Religionsgesetz ausgesprochen.“<sup>73</sup>

Von Monat zu Monat mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die Bereitschaft, die *Kaschrut*-Vorschriften einzuhalten, zurückging. Der liberale Rabbinerverband riet Gläubigen, die eine Gesundheitsgefährdung infolge des Verzichts auf Fleisch fürchteten, es mit dem Gebot der *Kaschrut* weniger genau zu nehmen. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, die in vorangegangenen Jahren die Beachtung der *Kaschrut*-Gebote in ihren Institutionen sehr ernst genommen hatte, meldete nun, sie sei gezwungen, älteren und kranken Menschen in ihren Institutionen den Verzehr nicht-koscheren Fleisches zu gestatten, da es sich doch inzwischen um eine Frage von Leben und Tod handele<sup>74</sup>.

Angesichts dieser Sachzwänge mußten die orthodoxen Rabbiner in Deutschland und insbesondere jene in den Einheitsgemeinden mehr tun, als nur das liberale

<sup>69</sup> RKI, *Ha-Ne'eman*, *Orthodoxes Monatsblatt für die junge Generation*, Monate Tishre-Cheschwan 5688 (1928), D. Bar-Abba, Die Thora im Westen (ein Brief aus der Schweiz) (hebr., HaTorah be-maarav (michtav miSchweiz), 10. Ausgabe, S. 10.

<sup>70</sup> CAHJP, Ansbach N1/48, *Agudat Israel* Israel World Organisation, 1937.

<sup>71</sup> RKI, Bachad, Informationsrundsreiben, November 1935.

<sup>72</sup> *Der Israelit*, Die elektrische Betäubung, Nr. 25, 22. 6. 1933.

<sup>73</sup> *Der Israelit*, Liberale Gewissensentlastung, Nr. 27, 6. 7. 1933.

<sup>74</sup> Tydur-Baumel, Klärung, S. 158.



Judentum anzugreifen. Sie waren sich bewußt, daß eine Lösung gefunden werden mußte, die allen Juden gerecht wurde. Angesichts der großen Verantwortung, die mit einer Revision der *Kaschrut*-Vorschriften verbunden war, rief die Orthodoxie also die rabbinischen Autoritäten in Osteuropa zur Hilfe. In der Frage des Verzehrs von Geflügel konnte ein erleichternder Ausgleich erzielt werden, obwohl die vom deutschen Gesetz verordneten Schlachtvorschriften nicht dem jüdischen Gebrauch entsprachen, andererseits aber auch keine direkte Übertretung des religiösen Gebots darstellten. Die deutschen Rabbiner gestatteten unter Berufung auf die Autorität osteuropäischer Rabbiner den Verzehr von auf diese Weise geschlachtetem Geflügel<sup>75</sup>. Schwieriger war die Entscheidung im Hinblick auf die Betäubung von Schlachtvieh. Hier lag ein wirklicher Widerspruch zwischen den deutschen Gesetzesvorschriften und dem jüdischen Religionsgesetz vor. Daher suchten die Rabbiner intensiv nach Betäubungsmethoden, die den Geboten der jüdischen Religion entsprachen. Die Betäubung durch einen Schlag auf den Kopf wurde grundsätzlich abgelehnt, da sie zu einer Gehirnblutung des Tieres führt. Die elektrische Betäubung war eine weitere Alternative. Auch wurde die Möglichkeit einer Betäubung nach dem Schnitt der Halsschlagader geprüft. Um diese Fragen zu klären, fuhr Rabbiner Weinberg 1933 zu Beratungsgesprächen mit Rabbinern nach Marienbad, Krakau, Warschau und natürlich nach Wilna<sup>76</sup>.

Auf Empfehlung der zentralen Autorität in *Kaschrut*-Fragen, des Rabbiners Chajim Ozer Grudzanski aus Wilna, wurden die Gespräche beschleunigt. Ausgangspunkt war die Annahme, daß die halachischen Aspekte gelöst seien, sobald eine Betäubungsmethode gefunden werde, die dem jüdischen Religionsgesetz gerecht werde. Daher wurden die orthodoxen Rabbiner gebeten, ihnen bereits zu diesem Fragenkomplex vorliegende Materialien als Grundlage einer Erörterung des koscheren Schlachtens einzuschicken<sup>77</sup>. Als weitere Basis der Diskussion verfaßte Rabbiner Weinberg eine Broschüre über alle Aspekte der Debatte, die unter den zuständigen Rabbinern verteilt wurde.

Nach Aussagen Rabbiner Weinbergs war sich Grudzanski des allgemeinen Charakters des Konfliktes um das koschere Schlachten bewußt. Weinberg schrieb, jeder deutsche Jude sollte wissen, daß das Problem des Schächtens nicht auf das deutsche Judentum allein zu beschränken sei. Jeder Jude auf der Welt nehme an der Not und dem Leid der deutschen Glaubensbrüder Anteil. Das Problem des Schächtens sei der schicksalshafte Prüfstein der jüdischen Religion. Die schwierige Notsituation, die zu Zugeständnissen führen könnte, welche im Augenblick noch im Rahmen des Möglichen lägen, könnte auch das koschere Schlachten in anderen Ländern gefährden. Rabbiner Grudzanski sei sich dieser Befürchtung bewußt, wüßte jedoch nicht, ob die Rabbiner eine derartige Verantwortung übernehmen könnten. Er sei sich nicht sicher, ob es für das deutsche Judentum gut sei, wenn diese zwar temporäre Entscheidung, wie auch immer sie mit Gottes Hilfe ausfallen möge, dann eventuell als Vorwand dienen werde, das koschere Schlachten in anderen Ländern völlig zu verbieten<sup>78</sup>.

<sup>75</sup> Weinberg, Klärende Responsen, S. 370.

<sup>76</sup> Weinberg, Klärende Responsen, S. 370f.

<sup>77</sup> YIVO, RG 116, Folder 119.

<sup>78</sup> Weinberg, Klärende Responsen, S. 317.

Am 23. Mai 1933 kamen die beiden zentralen Organisationen des orthodoxen Judentums – die *Vereinigung traditionell-gesetzestreuer Rabbiner* und der *Orthodoxe Rabbinerverband*, in Berlin zur Beratung zusammen<sup>79</sup>. An dieser Sitzung nahmen die wichtigsten Autoritäten des orthodoxen Judentums in Deutschland teil: u. a. die Rabbiner Esra Munk, Isak Unna, Jakob Horovitz, Jakob Merzbach. Ein Teil der Konferenzteilnehmer beklagte sich, daß die gelehrten Größen im Osten ohne die vorherige Zustimmung des *Orthodoxen Rabbinerverbandes* konsultiert worden waren. Im wesentlichen drehte sich die Debatte um die Erwartungen, die die deutschen Rabbiner an die Ratschläge der osteuropäischen Rabbiner knüpften<sup>80</sup>. Rabbiner Horovitz schilderte die Verheerung, die das Schächtverbot und die Tatsache, daß bisher kein *Hetter* [Dispensierung vom religiösen Gebot] gegeben werden konnte, bereits in weiten Kreisen angerichtet habe. Abgesehen davon, daß Tausende von ehemals gesetzestreuen Juden verlorengegangen seien – in einer Zeit, in der das traditionelle Judentum Eroberungen in einem Umfang hatte machen können wie seit langem nicht mehr, drohe die Institution der *Schechita*, des Schächtens, aus einer ganzen Reihe von Gemeinden zu verschwinden. Viele der Rabbiner hofften, die Gelehrten könnten einen *Hetter* geben, da sie dem Druck der jüdischen Öffentlichkeit in Deutschland nichts entgegenzusetzen hätten. Anschaulich wurde diese Situation von Horovitz formuliert, der auch seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß „hier alle *Jereim* [Orthodoxen] zusammengehen“<sup>81</sup>. Gleichzeitig zeigte er sich über den Verdacht entrüstet, Gemeinderabbiner suchten einen *Hetter* um jeden Preis; es gehe vielmehr darum, einen tragbaren zu finden.

Doch nicht alle Rabbiner teilten diese Anschauung. Rabbiner Unna glaubte z. B., die deutschen Rabbiner könnten auf die osteuropäischen Rabbiner Druck ausüben, um einen *Hetter* zu erhalten<sup>82</sup>. Auch fürchteten einige orthodoxe Rabbiner, eine Dispensierung im Bereich der *Kaschrut* könne als ein Sieg des liberalen Judentums verstanden werden und auf andere Lebensbereiche übergreifen<sup>83</sup>. Die Orthodoxie war sich auch des Einflusses bewußt, den Erleichterungen der religiösen Gebote in einem Land auf andere Länder haben könnten, und spürte daher die Notwendigkeit, äußerst behutsam vorzugehen. Ganz gewiß mußte die besondere Situation des deutschen Judentums berücksichtigt werden, für das Zugeständnisse im Bereich der *Kaschrut* notwendig waren, da es höchst zweifelhaft war, daß die Mehrheit der Juden in Deutschland den Verzicht auf Fleisch noch lange durchhalten und nicht doch auf unkoscheres Fleisch zurückgreifen würde. Über die Auswirkungen dieser Zugeständnisse konnte kein Konsens erzielt werden. Einige orthodoxe Rabbiner waren überzeugt, die Zustimmung zur Betäubung des Schlachtviehs würde ein Signal für andere Länder sein und die Einhaltung der traditionell-religiösen Schlachtgebote untergraben. Dies würde ähnliche Gesetzgebungen gegen das Schächten auch in anderen Ländern ermöglichen. Da man hoffte, die Nationalsozialisten und ihre antijüdische Gesetzgebung würden bald wieder von der politischen Bühne verschwinden, stellten die Rabbiner die Frage, ob es sich überhaupt lohne, dies zu ris-

<sup>79</sup> YIVO, RG 31, Folder 58, S. 3.

<sup>80</sup> Ebenda.

<sup>81</sup> Ebenda.

<sup>82</sup> Ebenda.

<sup>83</sup> Thor, Intellektuelle Bewältigung, S. 78.

kieren, nur um dem deutschen Judentum einen Ausweg aus einer ohnehin nur vorübergehenden Notlage zu eröffnen. Auf der anderen Seite standen Rabbiner, die meinten, Juden könnten die Aktivität der Antisemiten entschärfen und vielleicht zum Verstummen bringen, wenn sie sich mit der Lösung der Betäubung einverstanden erklärten, was für den Bestand der Tradition des koscheren Schlachtens wichtig sein könnte. Da die Rabbiner zu keiner Entscheidung hinsichtlich der Betäubung gelangen konnten, blieb der Fleischverzehr von Tieren, die vor ihrer Schlachtung betäubt worden waren, zunächst weiterhin verboten.

1935 brach die Diskussion erneut auf, als die Führung des Rabbinerverbandes unter Rabbiner Unna einen Aufruf herausgeben wollte, mit der der jüdischen Bevölkerung nochmals erklärt werden sollte, daß der Verzehr von Tieren, die nach der Betäubung geschlachtet wurden, angesichts aller *zu jenem Zeitpunkt* vorliegenden Erkenntnisse und Prüfungsverfahren absolut verboten sei (Hervorhebung Y.W.). Da dies gewissermaßen als ein Hinweis auf spätere Zugeständnisse verstanden werden konnte<sup>84</sup>, widersetzte sich Rabbiner Munk von der orthodoxen Austrittsgemeinde in Berlin dieser Formulierung. Er hielt den zögerlichen Hinweis auf mögliche Zugeständnisse für eine Täuschung. Auch zur Lösung dieser Streitfrage suchten die deutschen Rabbiner die Vermittlung Rabbiner Grudzanskis. Noch 1938 wandte sich Rabbiner Unna an diesen und versuchte, den Konflikt und seine Position zur Rolle der religiösen Führung in dieser Notsituation darzulegen. Unna schrieb, man hätte verschiedene Betäubungsarten untersucht, doch alle seien aufgrund verschiedener Hindernisse verworfen worden. Insbesondere Rabbiner Munk aus Berlin und seine Fraktion, deren aufrechte Gesinnung ihm – Unna – gut bekannt sei, verhielten sich einseitig und befürchteten, jegliches Zugeständnis mit Blick auf die Betäubung würde auch in anderen Ländern zu Forderungen nach Betäubung des Schlachtviehs führen. Tatsächlich jedoch könne die Angelegenheit auch anders verstanden werden. Wenn die Antisemiten nämlich sähen, daß Juden nicht unter Druck gesetzt werden könnten, sondern vielmehr einen Ausweg aus der Notsituation wüßten, dann würde der antisemitischen Propaganda Einhalt geboten werden. Abgesehen davon sei die Größe der Verantwortung, die jene zu tragen hätten, die einen *Hetter* verhinderten, kaum abzuschätzen. Durch Zögern und passives Abwarten machten sie sich schuldig und würden andere in Schuld führen<sup>85</sup>.

Diese Debatte macht deutlich, daß die Grenze zwischen Befürwortern und Gegnern von halachischen Zugeständnissen und Dispensierungen nicht zwischen Deutschland und Osteuropa verlief: deutsch-jüdische Rabbiner wie Munk neigten zu einer genauen Beachtung der *Kaschrut*-Vorschriften, obwohl sie die dem deutschen Judentum auferlegten Einschränkungen kannten. Rabbiner außerhalb Deutschlands wie Grudzanski suchten nach Wegen, auf denen der gesamten jüdischen Bevölkerung hätte geholfen werden können. Möglicherweise fühlten sich die Rabbiner der orthodoxen Austrittsgemeinden in Deutschland nicht für die Religiosität der gesamten jüdischen Bevölkerung zuständig und wollten nur für ihre eigenen Anhänger Verantwortung übernehmen. Demgegenüber verstanden sich die Rabbiner der Einheitsgemeinden ebenso wie einige Rabbiner in Osteuropa als Bür-

<sup>84</sup> Ebenda, S. 84.

<sup>85</sup> Fragen Unnas, S. 37.

gen der gesamten jüdischen Öffentlichkeit und suchten nach einer Lösung, die allen Ansprüchen gerecht werden sollte<sup>86</sup>.

### *Polen: Polnische Verfassung und Minderheitenrecht*

Versuche, das vom jüdischen Religionsgesetz vorgeschriebene Schlachten zu verbieten, gab es in den 1920er Jahren auch in Polen<sup>87</sup>. 1923 brachte eine völkisch-nationale Organisation, die der Endecja, dem rechten Lager der politischen Szene in Polen, zuzurechnen war, einen Gesetzentwurf zum Verbot des koscheren Schlachtens ein. Der Entwurf wurde mit dem Argument begründet, das Schächten diene Juden als Mittel zur ökonomischen Ausbeutung und Kontrolle des Fleischmarktes. Außerdem meinten die Gesetzesinitiatoren, das koschere Schlachten sei nicht tierfreundlich, nicht hygienisch und werde von der jüdischen Religion eigentlich nicht vorgeschrieben. Der Gesetzentwurf wurde dem Parlamentsausschuß für Industrie und Handel wiederholt zur Debatte vorgelegt, wurde aber nie mehr im Parlament erörtert<sup>88</sup>. Den Gegnern des koscheren Schlachtens in Polen schloß sich auch hier 1928 der Tierschutzverband an. Anfang 1935 ergriff der Tierschutzverband noch einmal die Initiative. Er stützte sich auf die Schriften des Priesters Stanislaw Trzeciak, der in dem jüdischen Schlachten eine Tierquälerei sah. Gegen die Argumente, das Schächten stehe im Widerspruch zum Tierschutz oder werde von der Hebräischen Bibel und dem Talmud überhaupt nicht gefordert, ging man auf jüdischer Seite apologetisch vor. Wie einige Jahre zuvor in Deutschland versuchten Juden in Polen nachzuweisen, daß das koschere Schlachten tierfreundlicher sei als andere Schlachtmethoden.

Unter der Regierung Jozef Pilsudskis stand das oppositionelle rechte Lager hinter den Aktionen zum Verbot des koscheren Schlachtens, während die polnische Regierung das Schächten verteidigte. Diese Haltung der polnischen Regierung zeigte sich deutlich in der Auseinandersetzung, die Polen gegen die Anwendung deutschen Rechts auf das Schächten in den Gebieten Oberschlesiens führte<sup>89</sup>. Die Rechte der jüdischen Bevölkerung in Oberschlesien waren in dem Minderheitenvertrag zwischen Polen und Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrages festgelegt worden, und Polen hatte die Möglichkeit, die Einführung nationalsozialistischer judenfeindlicher Gesetze zu verhindern. Polen trat schützend für die in Oberschlesien lebenden Juden ein und konnte erfolgreich das Verbot des Schächten in diesen Gebieten verhindern. Im Zuge des Rechtsruckes in Polen, der die gesamte polnische Politik in den dreißiger Jahren charakterisierte – ein Umstand, auf den wir später noch zurückkommen werden –, verstärkten sich die Versuche, das

<sup>86</sup> Hinweise auf die Affinität zwischen der Haltung der Rabbiner und ihrer Zugehörigkeit zur Austrittsorthodoxie oder der Orthodoxie der Einheitsgemeinden bei: Ben-Avner, Arbeit gesetzestreuher Rabbiner, S. 151 f.

<sup>87</sup> Zwei frühere derartige Versuche fanden 1878 in Warschau auf Initiative des lokalen Tierschutzverbandes und 1914 infolge der Veröffentlichung des Buches von Andrzej Niemojewski „Die jüdische Seele im Lichte des Talmuds“ statt. Beiden Versuchen war keinerlei Erfolg beschieden: Rudnicki, Ritual Slaughter, S. 148.

<sup>88</sup> Zur Abwicklung der Gesetzgebung gegen das Schächten in Polen siehe: Teeni, Hitler's Rise, S. 230 ff.; Melzer, No Way Out, S. 81 ff.

<sup>89</sup> YVA, 01/21, 25, Dr. Georg Weissmann, Die Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts.

Schächten zu verbieten. Mitte 1935 stand das Problem des koscheren Schlachtens trotz der Proteste jüdischer Repräsentanten erneut auf der Tagesordnung des polnischen Städtetages. Gleichzeitig kam es zu lokalen Versuchen, das Schächten in verschiedenen Städten Polens zu verbieten. Dies stand im Widerspruch zum Landesgesetz, das das Schächten gestattete<sup>90</sup>. Unter den gegebenen Umständen konnten die Zusicherungen des polnischen Religionsministers, das jüdische Schlachten sei in Polen nicht bedroht, die Gemüter nicht beruhigen<sup>91</sup>. Ende 1935 war die Wende im Regierungslager jedoch endgültig vollzogen: Durch die Finanzbehörden verpflichtete der polnische Finanzminister alle koscheren Schlachthöfe der jüdischen Gemeinden, Gewerbescheine zu erwerben und regelmäßige Abgaben zu entrichten. Dies war ein schwerer wirtschaftlicher Schlag gegen das jüdische Schlachtwesen. Der Kampf gegen das Schächten, der zunächst eine Angelegenheit rechter Kreise gewesen war, wurde Anfang 1936 in den regulären Gesetzgebungsprozeß einbezogen. Die Sejm-Abgeordnete Janina Prystor, die früher die Regierung und ihre Maßnahmen unterstützt hatte, brachte einen Gesetzentwurf ein, der die Betäubung von Geflügel und Schlachtvieh vor dem Schächten vorschrieb. Dieser Entwurf wurde vom polnischen Parlament am 7. Februar 1936 debattiert. Er enthielt sieben Artikel und orientierte sich in der Formulierung an dem Gesetz zum Verbot des Schächtens, das 1930 in Bayern verabschiedet worden war. Obwohl sich die Regierung der Verabschiedung des Gesetzentwurfes widersetzte, wurde die Debatte zügig geführt. Der Entwurf erhielt eine knappe Mehrheit im Sejm, wurde zur Erörterung in den zuständigen Unterausschuß weitergeleitet und schließlich einen Monat später gegen den Widerstand der Vertreter der jüdischen und der ukrainischen Minderheit verabschiedet<sup>92</sup>. Zuvor bereits hatten verschiedene Stadträte lokale Schächtverbote erlassen. Obwohl stets der Tierschutz als Motiv für Gesetze und Verordnungen gegen das Schächten angeführt wurde, waren die entscheidenderen ökonomischen Beweggründe offensichtlich und allen bekannt<sup>93</sup>. In Polen lag die Zahl der in der Fleischindustrie beschäftigten Juden bei 60 000 Personen<sup>94</sup>. Die Versuchung, Juden aus diesem Sektor zu verdrängen, war also relativ groß. Auch der Umstand, daß Schlachtvieh ohne Hörner wie z.B. Schweine, deren Fleisch ohne Betäubung vor dem Schlachten wohlgeschmeckender sein sollte, von dem Gesetz ausgenommen waren, wies mehr als alles andere auf die hinter diesem Gesetz stehende wirtschaftliche Motivation hin<sup>95</sup>. Ein weiterer Beleg für den ökonomischen Charakter der Gesetzgebung war der Entwurf zum „Milchgesetz“, der während dieser Zeit im Sejm erörtert wurde<sup>96</sup>. Dieses gesundheitspolitisch begründete Milchgesetz sollte die Milchproduktion und den Verkauf von Milch sowie die Verarbeitung von Milchprodukten einer scharfen Kontrolle unterwerfen und die Zuständigkeit für diese Bereiche

<sup>90</sup> C.V.Z. Nr. 21, 23. 5. 1935.

<sup>91</sup> Ebenda. Die Zeitung berichtete über die Weigerung des polnischen Radios, der *Liga gegen die jüdische Schlachtung* Sendezeit zu gewähren, da die Liga sich dagegen aussprach, daß entsprechend ein Rabbiner zugunsten der Schächtung sprach.

<sup>92</sup> Zum Verlauf der Debatte im Sejm siehe: Gitman, *Jewish Problems*, S. 114 ff.

<sup>93</sup> Auch die Forschungsliteratur weist auf den wirtschaftlichen Faktor als wesentliches Motiv für die Gesetzgebung gegen das Schächten in Polen. Siehe z. B.: Gutman, *Polish Antisemitism*, S. 103; Korzec, *Antisemitism*, S. 89 f.

<sup>94</sup> Melzer, *No Way out*, S. 86.

<sup>95</sup> Hartglas, *Kampf polnischer Juden*, S. 147.

<sup>96</sup> Melzer, *No Way out*, S. 82.

dem Landwirtschaftsministerium unterstellen. Praktisch hätte dies zur Verdrängung der jüdischen Kleinbauern aus der Milchproduktion zugunsten der kooperativen Milchbetriebe geführt. Die Verabschiedung des Gesetzes im Sejm und im Senat am 6. Mai 1936 führte dann auch tatsächlich zur Entlassung vieler Juden aus diesem Wirtschaftssektor.

Neben den jüdischen Erwerbstätigen traf das Schächtverbot vor allem den wirtschaftlichen Status der jüdischen Gemeinden. Nach dem alten Gesetz kamen die Gemeinden in den Genuß von steuerlichen Abgaben, die sie im Rahmen ihrer Funktion als Inspektionsbehörde über die *Schechita* erheben konnten. Dies war eine wichtige und zentrale Einkommensquelle für die Gemeinden. In Zeiten zunehmender wirtschaftlicher Not unter der jüdischen Bevölkerung Polens trafen die neuen Bestimmungen die finanzielle Situation der Gemeinden besonders hart. Sie mußten ihr Dienstleistungsangebot reduzieren, wodurch es nochmals zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der jüdischen Gesamtbevölkerung kam. Diese Auswirkungen waren den Gesetzesinitiatoren sicherlich nicht entgangen<sup>97</sup>.

Das Gesetz zum Verbot des Schächtens in Polen stand in direkter Verbindung mit den politischen Entwicklungen in Deutschland, auch wenn die Motivation in Polen zunächst eine andere war. Über den kontinuierlichen Einfluß der antijüdischen Gesetzgebung in Deutschland auf das Kräfteverhältnis zwischen polnischen Regierungs- und Oppositionskreisen hinaus wurden in der Debatte des Sejm über das Schächten direkte deutsche Einflüsse spürbar. Wie bereits angemerkt, war der Gesetzesantrag der Sejm-Abgeordneten Prystor eine exakte Kopie des bayerischen Gesetzes von 1930. Während die polnische Seite ihre Kampagne für die Erlaubnis des koscheren Schlachtens in Oberschlesien auf polnisches Recht stützte, das das Schächten erlaubte, machte der Sejm vom Gegenteil Gebrauch und griff zu Argumenten, die die deutsche Seite bereits angewendet hatte, u. a. die Ansicht, das jüdische Schlachten sei unmoralisch und verletze die öffentliche Ordnung<sup>98</sup>. Warum, so fragte einer der Sejm-Abgeordneten, müsse Polen hinter zivilisierten Staaten zurückbleiben und das koschere Schlachten erlauben, während andere „zivilisierte“ Staaten wie Deutschland und die Sowjetunion das Schächten seit langem verboten hätten<sup>99</sup>. Auch der polnische Landwirtschaftsminister Juliusz Poniatowski versuchte das Argument der „Zivilisation“ einzusetzen, um polnische Juden zur Annahme des neuen Gesetzes zu bringen. Sich auf nicht bestätigte Informationen stützend, meinte der Minister, „zivilisierte“ jüdische Gemeinden in Deutschland hätten das Gesetz akzeptiert, das eine Betäubung vor dem Schächten fordere, während andere Gemeinden, die die Betäubung als Methode nicht übernehmen wollten, teures Fleisch aus anderen Ländern importieren müßten. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, die „zivilisierten“ Gemeinden in Polen würden die Betäubungsmethode akzeptieren und im Laufe der Zeit das polnische Judentum insgesamt beein-

<sup>97</sup> Viele Publikationen des Jahres 1935 behaupteten u. a., aufgrund des Monopols der jüdischen Schlachtung auf dem polnischen Fleischmarkt seien die Polen gezwungen, teures Fleisch zu kaufen und somit die jüdischen Gemeinden zu subventionieren. Dieses Argument begegnet in den Ausführungen des Senators Dobaziewsky im Sejm am 27. 3. 1936; siehe Melzer, *No Way out*, S. 81.

<sup>98</sup> Gitman, *Jewish Problems*, S. 122 ff.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 136.

flussen<sup>100</sup>. Wie schon erwähnt, war das Gesetz zur Einschränkung des Schächstens in Polen im wesentlichen wirtschaftlich motiviert. Es sollte Juden aus dem Sektor der Fleischindustrie verdrängen. Das Gesetz der Abgeordneten Prystor wollte das koschere Schlachten in Polen dagegen gänzlich verbieten. Ein derartiges Verbot stand im Widerspruch zur polnischen Verfassung, die die religiösen Bedürfnisse der nationalen Minderheiten in Polen sicherte. Daher schränkte das Gesetz in seiner endgültigen, von Sejm und Senat am 27. März 1936 verabschiedeten Form das koschere Schlachten ein, verbot es jedoch nicht vollständig. Nur in Orten, in denen der jüdische Bevölkerungsanteil niedriger als drei Prozent war, wurde ein absolutes Verbot verhängt<sup>101</sup>. Das Gesetz sollte am 1. Januar 1937 in Kraft treten.

Doch auch in seiner reduzierten Fassung wirkte sich das Gesetz negativ auf die wirtschaftliche Situation der Juden in Polen aus. Es zog eine Reihe von umfassenden Veränderungen innerjüdischer Politik nach sich. Ganz besonders schwierig war die Situation für die *Agudat Israel*, die das orthodoxe Judentum repräsentierte. Traditionell vertrat die *Agudat Israel* eine regierungsfreundliche Position. Bei den Parlamentswahlen 1935 hatten ihre Repräsentanten auf der Liste der *Sanacja*, also des polnischen Regierungslagers, gestanden. Aus diesem Grunde fiel es der *Agudat Israel* schwer, später eine gegen die Regierung gerichtete Position zu beziehen. Und obwohl es den Anschein hatte, daß die *Agudat Israel* sich nicht mit dem Schächtverbot abfinden könne, verhielt sie sich eher zögernd. Rabbiner Chajim Ozer Grudzanski aus Wilna, eine zentrale Persönlichkeit in der *Agudat Israel* in Polen und in der Debatte mit der deutschen Orthodoxie um das Schächtverbot in Deutschland, wollte ein weltweites Fasten ausrufen lassen, mußte diese Idee jedoch angesichts der unklaren politischen Verhältnisse zugunsten eines behutsameren Verhaltens aufgeben<sup>102</sup>. Zögern und Zurückhaltung der *Agudat Israel* schwächten ihren politischen Status insgesamt. Viele Juden sahen in der Politik der polnischen Regierung ein Zeichen für das Versagen der von der *Agudat Israel* vertretenen Position, die trotz ihrer traditionellen Regierungsnähe das Gesetz gegen das Schächten nicht hatte verhindern können<sup>103</sup>. Der *Bund*, die jüdische sozialistische Partei, jedoch konnte seine Machtposition ausbauen, da er aktiv für die jüdische Bevölkerung eintrat, deren Beschäftigung in der Fleischindustrie gefährdet war<sup>104</sup>.

Der Kampf der polnischen Juden um das koschere Schlachten wurde auf allen Ebenen geführt. Die jüdischen Parteien nutzten in hohem Maße das politische System Polens, nahmen Anteil an der parlamentarischen Debatte und kämpften allgemein um die Gunst der öffentlichen Meinung<sup>105</sup>. Die jüdischen Sejm-Abgeordneten Rubinstein, Sommerstein und Mincberg sowie die jüdischen Senatoren Moshe Schorr und Jacob Trockenheim widersetzten sich heftig den Argumenten, die für

<sup>100</sup> Ebenda, S. 118.

<sup>101</sup> Hierbei handelte es sich im wesentlichen um Orte in den westlichen Provinzen Polens, in denen die deutschen Abgeordneten mit Gegnern der Schächtung kooperierten; Teeni, Hitler's Rise, S. 90.

<sup>102</sup> Melzer, No Way out, S. 86. – Rabbiner Chajim Ozer Grudzanski sah in dem Verbot der Schächtung einen Beleg dafür, daß die *Sanacja* versuche, mit der *Endecja* im Judenhaß zu konkurrieren; Mendelsohn, Dilemma of Jewish Politics.

<sup>103</sup> Bacon, Agudat Israel, S. 33.

<sup>104</sup> Brumberg, Bund, S. 85.

<sup>105</sup> Siehe dazu: Melzer, No Way out, S. 86 ff.

das Schächtverbot angeführt wurden, und versuchten, die wahren Gründe hinter dem Gesetzentwurf aufzudecken. Sie verständigten sich auch mit den Vertretern der ukrainischen Minderheit und konnten mit ihnen einen Konsens erzielen, gemeinsam gegen das Gesetz vorzugehen. Allgemein rechnete man mit der Mobilisierung der öffentlichen Meinung der Juden in aller Welt gegen die gesetzlichen Einschränkungen des Schächtens, wie sie sich in den Interventionen der *World Federation of Polish Jews*, des *American Jewish Joint Distribution Committee*, des *British Board of Deputies* und der *English-Jewish Association* bei polnischen Regierungsstellen ausdrückte. Neben diesen nach außen gerichteten Bemühungen wurde die polnisch-jüdische Öffentlichkeit mobilisiert. Rabbinerkonferenzen wurden durchgeführt, man rief zum Fasten auf, gründete das *Komitee zum Schutze des koscheren Schlachtens* und versorgte Regierungsstellen mit Informationsmaterial oder führte Pressekonferenzen durch.

Als das polnische Parlament über das Gesetz zum Verbot des Schächtens in Polen debattierte, waren deutschen Juden in ihrem Land bereits seit drei Jahren zu diskriminierten Bürgern geworden. Die „Nürnberger Rassengesetze“ vom September 1935 hatten die bereits praktisch vollzogenen Diskriminierungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung auf eine umfassende gesetzliche Basis gestellt und zusammen mit früheren Gesetzen den Status der Juden in Deutschland als Personen mit minderen Rechten festgesetzt<sup>106</sup>. Die Reaktion deutscher Juden auf das Schächtverbot in Polen sollte daher im Hinblick auf die Frage ihres Status im Deutschen Reich betrachtet werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß das Verbot des koscheren Schlachtens in Deutschland im Frühjahr 1933 im wesentlichen das religiöse Judentum traf und nahezu keine Reaktion unter der Mehrheit des deutschen Judentums hervorrief. Demgegenüber wurde das Verbot des Schächtens in Polen zu einem zentralen Thema in den Zeitungen des deutschen Judentums, ein Umstand, der zweifellos auf einen Wertewandel unter deutschen Juden schließen läßt. Die Reaktion deutscher Juden zeigt, wie stark sie mit den politischen Verhältnissen der jüdischen Bevölkerung in Polen vertraut waren und welche Aspekte sie mit Blick auf die Diskriminierung der Juden in Polen wirklich beschäftigten. Außerdem war die Reaktion auf die Ereignisse in Polen unter den gegebenen politischen Umständen ein Weg, auch zu den politischen Entwicklungen in Deutschland indirekt Stellung zu nehmen.

Die deutsch-jüdische Orthodoxie verfolgte gespannt die Auswirkungen der Gesetzgebung in Polen auf die jüdischen Gemeinden und das religiöse Leben. Die Zeitung der deutsch-jüdischen Orthodoxie, *Der Israelit*, berichtete Anfang Januar 1936 über ein Delegationstreffen der *Agudat Israel* in Polen mit dem polnischen Innenminister, auf dem die Position des Ministers zum Schächten beeinflußt werden sollte<sup>107</sup>. Zu diesem Zeitpunkt war der Gesetzentwurf zum Verbot des Schächtens noch nicht im Parlament debattiert worden. Jedoch war es in einigen Städten Polens bereits zu einem praktischen Verbot des Schächtens gekommen. Die Zeitung schrieb beispielweise umfassend über die Situation der jüdischen Gemeinde in Lodz<sup>108</sup>. Noch ein weiteres Mal berichtete die Zeitung in jenem Monat über die Ge-

<sup>106</sup> Friedländer, *Nazi-Germany*, Bd. 1, S. 139 ff.

<sup>107</sup> *Der Israelit*, Eine Aguda-Delegation bei der polnischen Regierung, Nr. 1, 3. 1. 1936.

<sup>108</sup> *Der Israelit*, Vom Lodzer Kehilarat, Nr. 3, 16. 1. 1936.



meinde in Lodz, nun jedoch über die Rabbinerwahl<sup>109</sup>. Die Zeitung kritisierte das Wahlverfahren, das in vielen jüdischen Gemeinden in Polen zur Anwendung gelangte, darunter auch in der Warschauer Gemeinde. Dieses Wahlverfahren führe zur Wahl von Rabbinern, die für ihre Kenntnisse im Religionsgesetz bekannt seien, sich jedoch als ungeeignet für die politische Praxis erwiesen. Das orthodoxe Blatt meinte, der geistige Führer einer Gemeinde wie Lodz müsse natürlich profanes Wissen besitzen und über das politische Geschehen, soweit es die Juden betreffe – und alles politische Geschehen in Polen greife mehr oder weniger in die Schicksale der dreieinhalb Millionen Juden ein –, genau Bescheid wissen. Die deutsche Orthodoxie hielt in ihrem Glauben an die Verbindung von Thora und Allgemeinbildung seit Generationen an der Anschauung fest, traditionell-religiöses Wissen allein reiche nicht aus. Vielmehr müsse man sich umfassende allgemeine Kenntnisse erwerben. Daher dürfen entsprechende Äußerungen der orthodoxen Zeitung nicht überraschen. Doch die politische Rolle, die der Orthodoxie in Polen zugesprochen wird, läßt auf ein vertieftes politisches Bewußtsein in orthodoxen Kreisen in Deutschland schließen. Die Reaktion spricht für einen radikalen Wandel der deutschen Orthodoxie im Hinblick auf ihre politische Rolle. Religiöses Wissen, so die Zeitung, reiche nicht aus; oberste Priorität müsse das Wissen um das politische Geschehen erhalten, das Wissen, wie der Kampf um die Bewahrung der Rechte effektiv zu führen sei. Die Kritik, die *Der Israelit* in diesem Zusammenhang anbrachte, hatte ihre Wurzeln in der orthodoxen Tradition eines Samson Rafael Hirsch, der dem Wissen der rabbinischen Autoritäten über die Welt jenseits der Thora oberste Bedeutung zumaß. Der politische Akzent allerdings, den die Zeitung nun setzte, war ein Resultat der neuen Gegebenheiten nach 1933.

In den folgenden Monaten berichtete *Der Israelit* regelmäßig über die Entwicklung der Gesetzgebung in Polen<sup>110</sup>. Die Diskussion um das Schächten sorgte in der Zeitung für Schlagzeilen, wobei der besondere Akzent auf dem Bemühen der *Agudat Israel* in Polen und aller Welt lag, das Schächtverbot zu verhindern<sup>111</sup>. Umfangreiche Aufmerksamkeit widmete *Der Israelit* auch dem Schicksal der Gemeinden, insbesondere der Frage, ob die finanzielle Haupteinnahmequelle der Gemeinden beeinträchtigt werde. In diesem Zusammenhang erörterte die Zeitung die wirtschaftliche Bedeutung des Schächtens im Rahmen des Gemeindeetats und führte Berichte aus einzelnen Gemeinden an, in denen das Schächten untersagt worden war<sup>112</sup>. Die Aufmerksamkeit, die die Zeitung einzelnen Gemeinden zuteil werden ließ, wurzelte in ihrer religiösen Auffassung: Es ging nicht um die grundsätzliche Frage der Religions- und Gewissensfreiheit, sondern um wesentliche Aspekte der

<sup>109</sup> *Der Israelit*, Zur Rabbinerwahl in Lodz, Nr. 5, 30. 1. 1936.

<sup>110</sup> *Der Israelit*, Eine Schächtverbotsgefahr in Polen, Nr. 7, 13. 2. 1936; Der Schächtverbotsantrag in Polen, Die Gefahren des Schächtverbots, Nr. 8, 20. 2. 1936; Der Gesetzentwurf des Schächtverbots vor dem polnischen Sejm, Nr. 9, 27. 2. 1936, und andere Artikel.

<sup>111</sup> So wurde über ein Treffen des politischen Sekretärs der *Agudat Israel* mit dem polnischen Konsul in London berichtet: *Der Israelit*, Empfang des politischen Sekretärs der *Agudat Israel* bei der polnischen Gesandtschaft, Nr. 8, 20. 2. 1936; oder über die Bemühungen der *Agudat Israel*, bei der polnischen Regierung eine Änderung des Gesetzes zu erwirken: *Der Israelit*, Intervention der *Agudat Israel* in London, Nr. 10, 5. 3. 1936.

<sup>112</sup> *Der Israelit*, Ein Zwischenspiel in Polen, Nr. 11, 12. 3. 1936; „Nach Annahme des Schächtverbots“, Nr. 14/15, 3. 4. 1936; Die Pessach-Unterstützungsaktion der Gemeinde, Nr. 16, 17. 4. 1936.

religiösen Existenz des Judentums als einer in der Öffentlichkeit ausgeübten Religion. Daher bestand die Zeitung darauf, daß es weder im Hinblick auf die Einkommensquellen der Gemeinden noch unter halachischen Aspekten, nach denen die *Kaschrut* in jeder einzelnen Gemeinde zu definieren sei, eine Lösung darstelle, Gemeinden gegebenenfalls die Einfuhr von Fleisch aus anderen Gemeinden zu gestatten<sup>113</sup>. Die Berichterstattung über die Gemeinden hob die dramatische Dimension der Angelegenheit hervor und ermöglichte eine kollektive Identifikation. Der umfassende Bericht über das Schächtverbot in Wilna orientierte sich auch und gerade an der zentralen Bedeutung der Gemeinde in Wilna für das jüdische Leben insgesamt<sup>114</sup>. Das Interesse, das die deutsche Orthodoxie für die Ereignisse um das Schächtverbot in Polen zeigte, darf nicht überraschen. Für eine jüdische Zeitung mit religiöser Leserschaft war es nur natürlich, sich mit Aspekten des religiösen Lebens von Juden in aller Welt zu beschäftigen. In diesem Sinne muß die umfassende Berichterstattung auch als eine Fortsetzung der Debatte gesehen werden, die die Zeitung über das Schächtverbot in Deutschland zu führen versucht hatte. Doch in beiden Fällen wurde eine offene Konfrontation vermieden: *Der Israelit* berichtete über die Reaktionen von verschiedenen Seiten, informierte jedoch insbesondere über mögliche Lösungen angesichts der neuen Einschränkungen und versuchte zwischen diesen Bestimmungen und den Geboten des Religionsgesetzes zu vermitteln.

Eine deutliche Akzentverschiebung war in der Berichterstattung der Zeitung des *Central Vereins* über das Schächtverbot zu verzeichnen. Hatte der *Central Verein* 1933 noch relativ zurückhaltend auf die Gesetzgebung in Deutschland reagiert, so gewann die Gesetzgebung gegen das koschere Schlachten in Polen die gesamte Aufmerksamkeit der *C.V.-Zeitung*. Wie kann dieses nahezu völlige Schweigen des *Central Vereins*, der wichtigsten Organisation des liberalen deutschen Judentums, zum Schächtverbot 1933 in Deutschland und die detaillierte Berichterstattung über die Einschränkungen des Schächtens in Polen 1936 erklärt werden?

Als 1933 das Schächten in Deutschland verboten wurde, erfolgte dies durch eines der ersten antijüdischen Gesetze. Die zögernde Reaktion des *Central Vereins* stand sicherlich mit der Schwierigkeit in Zusammenhang, richtig einzuschätzen, wie weit man Kritik üben dürfe, ohne den C.V. und seine Zeitung zu gefährden. Darüber hinaus wurden die Mitglieder des *Central Vereins* durch das Schächtverbot nicht direkt getroffen. Andere antijüdische Maßnahmen hatten für C.V.-Anhänger schwerwiegendere Auswirkungen. Man denke nur an das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ oder den antijüdischen Wirtschaftsboykott bzw. die Gesetze zur Verdrängung von Juden aus den Hochschulen, Verordnungen, die das Leben liberaler Juden stark erschütterten. Demgegenüber war das Schächtverbot von sekundärer Bedeutung. Die Kräftekonstellation zwischen Orthodoxie und liberalem Judentum sowie bestimmte Parallelen zwischen dem jüdischen Liberalismus im religiösen und dem Liberalismus im Sinne einer Zugehörigkeit zum *Central Verein* machten es der *C.V.-Zeitung* schwer, bei einem Thema Stellung zu beziehen, das nicht nur von Antisemiten funktionalisiert wurde, sondern auch zwischen orthodoxen und liberalen Rabinern strittig war. Möglicherweise wurde das Schächtverbot von 1933 zu einer Zeit, als deutsche Juden noch Fleisch aus Nachbarländern impor-

<sup>113</sup> *Der Israelit*, Wilna ohne Schechita!, Nr. 10, 5. 3. 1936.

<sup>114</sup> Ebenda.

tieren konnten, überhaupt weniger dramatisch beurteilt als später. Außerdem war das koschere Schlachten ja auch in Ländern mit starker demokratischer Tradition oder demokratischen Systemen wie z.B. in der Schweiz oder in Norwegen schon einige Jahre zuvor verboten worden. Angesichts der ausdrücklich antijüdischen Verordnungen der Nationalsozialisten nach dem Januar 1933 wurde das Schächtverbot nicht als wesentliche Verletzung begriffen. Möglicherweise fiel es dem *Central Verein* auch schwer, gegen eine Verordnung vorzugehen, die sich als Tierschutz tarnte. Zunächst mußte diese Tierfreundlichkeit als Vorwand entlarvt werden. Dies alles bleibt natürlich im Rahmen bloßer Spekulation. Selbstverständlich kann auch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß es für das Schweigen der *C.V.-Zeitung* einen viel einfacheren Grund gab: das fehlende Interesse des Vereins am Schächten.

Anders fielen nun die Reaktionen des *Central Vereins* zum Schächtverbot in Polen aus. Bereits im Februar 1936 meldete sich die *C.V.-Zeitung* mit einer umfassenden Studie zu dem Gesetzentwurf zu Wort, in der sich die sehr genaue Kenntnis der Zeitung von den Verhältnissen in Polen widerspiegelte<sup>115</sup>. In ihrer Berichterstattung hob sie die Bemühungen polnischer Juden hervor, das Gesetz zu verhindern. In diesem Zusammenhang wurde über eine Rabbinerkonferenz berichtet, an der 70 führende Rabbiner Polens teilgenommen hätten und auf der eine Protestnote gegen den Gesetzentwurf verabschiedet worden sei. Außerdem seien die Gläubigen zum Fasten und zum Fleischverzicht für den kommenden Monat aufgerufen worden, falls der Gesetzentwurf im Sejm eine Mehrheit erlangen sollte. Auch sollten dann öffentliches Fasten und Gebet ausgerufen werden<sup>116</sup>. Die Zeitung zitierte im Detail das Memorandum, das Rabbiner gegen das Gesetz formuliert hatten, und berichtete über taktische Maßnahmen, die zur Fortsetzung des Kampfes beschlossen worden waren. Als einen Monat später das Gesetz im Sejm verabschiedet worden war, beschäftigte sich die *C.V.-Zeitung* ausführlich mit der Debatte und den Reaktionen darauf<sup>117</sup>. Auf einer ganzen Seite wurde die Diskussion im Sejm referiert, wurden die Gegenreaktionen innerhalb und außerhalb Polens angeführt und die eigentlichen Motive dargelegt. Eine Woche später berichtete die Zeitung über die Debatte im Senat. Insbesondere den Positionen der jüdischen Senatoren räumte das Blatt breiten Raum ein<sup>118</sup>. Senator Trockenheim, so lautete der Bericht, habe darauf hingewiesen, daß polnische Juden dieses Gesetz als eine Beeinträchtigung ihrer bürgerlichen Rechte und daher als verfassungswidrig betrachteten. Senator Schorr habe betont, Juden sähen in dem Gesetz nicht nur eine Einschränkung ihrer Religion, sondern darüber hinaus der jüdischen Ethik mit ihrem Grundsatz der Nächstenliebe. Schorr habe des weiteren erklärt, Juden lebten seit mehr als 800 Jahren in Polen und

<sup>115</sup> C.V.Z., Um die Schechita in Polen, Nr. 9, 27. 2. 1936.

<sup>116</sup> Die Reaktion polnischer Juden auf das Schächtverbot entsprach im wesentlichen der Reaktion auf das Schächtverbot in Deutschland drei Jahre zuvor. Auch aus diesem Anlaß hatten Juden in Polen Massenversammlungen abgehalten, während Rabbiner eine rein religiöse „Antwort“ und eine besonders strikte Einhaltung der religiösen Vorschriften als passende Antwort auf das Verbot gefordert hatten: *Der Israelit*, „Massenkundgebungen in Polen“, Nr. 17, 27. 4. 1933.

<sup>117</sup> C.V.Z., Das polnische Schächtergesetz und seine Folgen, Nr. 13, 26. 3. 1936.

<sup>118</sup> C.V.Z., Auch im polnischen Senat, Nr. 14, 2. 4. 1936.

hätten gleich den Nichtjuden das Recht, bei öffentlichen Entscheidungen mitzureden.

Angesichts der üblichen Haltung des *Central Vereins*, der sich traditionell mit antisemitischen Ereignissen auseinandersetzte, war es nur selbstverständlich, daß die *C.V.-Zeitung* zum Diskussionsforum der Ereignisse in Polen wurde. Wir dürfen nicht vergessen, daß zwischen dem Schächtverbot in Deutschland und dem entsprechenden Gesetz in Polen drei Jahre vergangen waren, in denen dem *Central Verein* sicherlich nicht die wechselseitige Beeinflussung des Antisemitismus in den Ländern Europas und die kontinuierliche Beeinträchtigung des Status der Juden entgangen sein dürften. Der wesentliche Schaden, den die Einschränkung und das Verbot des Schächtens verursachten, lag – einmal abgesehen von den jüdischen Gemeinden – nicht im wirtschaftlichen Bereich. Vielmehr waren diese Maßnahmen ein Indiz dafür, daß der bürgerliche Status der Juden in Polen angegriffen wurde – ein Umstand, der Juden in und außerhalb Polens sehr wohl bewußt war. Als das Schächtverbot in Deutschland erging, war es nicht deutlich, ob dieses Gesetz im deutschen Kontext eine solche Bedeutung hatte. In Polen erfreuten sich Juden 1936 offiziell jedoch noch der Gleichberechtigung. Zur Debatte stand also letztlich deren Einschränkung durch das Schächtverbot. Wenn die *C.V.-Zeitung* Senator Trockenheims Worte im Senat zitierte, so forderte sie ihre Leser praktisch auf, an der Grundsatzdebatte über die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden in Polen teilzunehmen; denn dort war eine derartige Diskussion noch möglich und sinnvoll.

Auf ähnliche Weise reagierte das Presseorgan der deutschen Zionisten, die *Jüdische Rundschau*. Während diese Zeitung noch 1933 das Schächtverbot in Deutschland ignoriert hatte, widmete sie 1936 dem Gesetz gegen das koschere Schlachten in Polen breiten Raum<sup>119</sup>. Der Korrespondent des Blattes in Polen hatte die weitreichende Bedeutung des Gesetzes gegen das Schächten deutlich erkannt<sup>120</sup>. Er verwies auf die Ironie, die sich hinter der Auseinandersetzung um das Verbot des Schächtens aus Gründen des Tierschutzes zu einer Zeit verbarg, in der in Polen Juden verfolgt wurden, ohne daß offizielle Stellen diesem Treiben Einhalt zu gebieten versuchten. Hervorgehoben wurde in der *Jüdischen Rundschau* die Absicht der polnischen Regierung, angesichts der Erfolge des oppositionellen Lagers deutlich darzulegen, daß sie gegen Juden durchaus repressiv vorgehen könne. Darüber hinaus, so betonte der Korrespondent, sei die Angelegenheit des koscheren Schlachtens ein Glied in einer langen Kette antijüdischer Maßnahmen in Polen, deren Ziel die Einschränkung der Bürgerrechte und die Auswanderung von Juden aus Polen sei. Von einem Kampf um die Minderheitenrechte jüdischerseits sei längst keine Rede mehr, so schrieb das Blatt. Der Kampf um die bürgerliche und wirtschaftliche Gleichberechtigung verwandele sich in eine verzweifelte Aktion zum Schutz der nackten Existenz. Daher rief das Blatt zur Verteidigung der Lebensrechte polnischer Juden „als autochthoner, seit Jahrhunderten in Polen sesshafter Bevölkerung“ auf. Auch als der Kampf um das Schächtverbot bereits verloren und das entsprechende Gesetz

<sup>119</sup> JR, Um den Schächtverbots-Antrag, Nr. 16, 25. 2. 1936; Die Schechita-Frage in Polen, Nr. 18, 3. 3. 1936; Um das Schächtverbot in Polen, Nr. 19, 19. 3. 1936; Der Kampf um das Schächtverbot, Nr. 20, 1. 3. 1936; Die Lage der polnischen Juden, Nr. 21, 13. 3. 1936; Der Kampf um die Schechita, Nr. 22, 17. 3. 1936; Polnisches Schächtgesetz angenommen, Nr. 24, 24. 3. 1936, u.a.

<sup>120</sup> JR, Der Verzweigungskampf der polnischen Juden, Nr. 17, 28. 2. 1936.

im Senat verabschiedet worden war, sahen *Jüdische Rundschau* und *C.V.-Zeitung* die eigentliche Verletzung der jüdischen Bevölkerung in dem gleichen Umstand: Zum ersten Mal seit Gründung der Republik Polen waren Juden per Gesetz diskriminiert worden<sup>121</sup>.

In einem weiteren Leitartikel versuchte die *Jüdische Rundschau*, der Auseinandersetzung um das koschere Schlachten in Polen eine zionistische Richtung zu geben. Das Blatt lenkte die Aufmerksamkeit seiner Leser auf die Problematik („Anormalität“) der ökonomischen Struktur der jüdischen Bevölkerung in der Diaspora, wie sie durch das Schächtverbot aufgedeckt werde<sup>122</sup>. Die Zeitung beschäftigte sich mit den Protestaktionen des polnischen Judentums. Die bewundernde Berichterstattung akzentuierte das breite Spektrum der Reaktionen – Fasten, Demonstrationen, Generalstreik, Volksversammlungen und Massengebete. Ebenso hob das Blatt die jüdische Einigkeit im Kampf um das Schächten hervor, die sich in der Zusammenarbeit aller politischen Richtungen des Judentums in Polen im Protest gegen das Gesetz zeigte<sup>123</sup>. Die polnische Judenheit, so hieß es, besinne sich darauf, daß sie ein Dreieinhalbmillionenvolk sei, seit Jahrhunderten im Lande verwurzelt, dem Staate gegenüber loyal, ein produktiver Faktor in der Wirtschaft. Wie aus einer verborgenen Quelle komme die Lebenskraft des Volkes an den Tag<sup>124</sup>. Ganz deutlich erkennt man in diesen Zeitungsartikeln, wie hoch die breitgefächerten Reaktionen polnischer Juden eingeschätzt wurden: aus ihnen spreche Lebenswille, Mut und Einheit der polnischen Juden.

Die Meldungen in den drei großen jüdischen Zeitungen in Deutschland – der *C.V.-Zeitung*, dem *Israelit* und der *Jüdischen Rundschau* – über die Entwicklungen in Polen entsprachen sich im wesentlichen. Sie konzentrierten sich auf die verschiedenen Phasen der Gesetzgebung, auf die jüdischen, polnischen und internationalen Reaktionen und letztlich auf die Auswirkungen des Gesetzes für die polnischen Juden. Unterschiede in der Berichterstattung machten sich allein in der Akzentsetzung bemerkbar: Das orthodoxe Blatt widmete sich im wesentlichen den Gemeindegaspekten, während die zionistische *Jüdische Rundschau* und die liberale *C.V.-Zeitung* sich auf die politischen Konsequenzen und Reaktionen der polnischen Juden konzentrierten.

Der deutsch-jüdische Diskurs über das Schächtverbot in Polen ermöglichte zweifellos eine indirekte Diskussion über den Antisemitismus und das Wesen der bürgerlichen Gleichberechtigung im allgemeinen. Abgesehen davon war es für deutsche Juden aus politischen Gründen nicht ratsam, ihre Situation mit der Lage der polnischen Juden zu vergleichen. Außerhalb Deutschlands konnte dieser Vergleich jedoch vollzogen werden. Herausragende jüdische Persönlichkeiten wie der Zionist und Sprecher des polnischen Judentums Yitzchak Grünbaum sowie Chaim Weizmann, zu jener Zeit Präsident der *Zionist World Federation*, waren über den direkten Einfluß der Ereignisse in Deutschland auf Polen und andere Länder besorgt, natürlich ganz besonders angesichts der Diskussion um das Schächten. Grünbaum

<sup>121</sup> *JR*, Die Annahme des Schächtgesetzes, Nr. 26, 31. 3. 1936.

<sup>122</sup> *JR*, Blick in die Welt, Nr. 21, 13. 3. 1936.

<sup>123</sup> *JR*, Der jüdische Proteststreik, Nr. 23, 2. 3. 1936; Zusammenfassung der Kräfte, Nr. 25, 31. 3. 1936.

<sup>124</sup> *JR*, Eine Manifestation jüdischen Lebenswillens, Nr. 23, 20. 3. 1936.

war der Überzeugung, die Debatte im Sejm über ein Verbot des koscheren Schlachtens sei symptomatisch und laufe auf eine grundsätzliche Verletzung der bürgerlichen Gleichberechtigung hinaus<sup>125</sup>. In einem Brief an Nahum Goldmann warnte Grünbaum, die Situation in Polen gebe zunehmend Anlaß zur Sorge. Er glaube nicht, daß man die *Schechita* gänzlich verbieten werde, hege aber keinen Zweifel, daß sie erheblich eingeschränkt werde. Er schätzte die Lage als kritisch ein. Wenn den antisemitischen Tendenzen kein Ende bereitet werde, würden noch schärfere Diskriminierungen folgen und Polen werde dann bald Deutschland gleichen. Er, Grünbaum, denke, man müsse etwas Außergewöhnliches unternehmen. Wenn dieses furchtbare Gesetz nicht aufgehoben werden könne, ginge das polnische Judentum einer ähnlichen Katastrophe wie das deutsche entgegen. Einziger Unterschied sei, daß in Deutschland 600 000 Juden lebten, in Polen aber drei Millionen<sup>126</sup>. Ähnliche Befürchtungen brachte auch Chaim Weizmann in einem Brief an Stephen Wise, den Präsidenten des *World Jewish Congress*, zum Ausdruck, wenn er schrieb, er glaube, die Situation in Polen sei sogar schlimmer als die in Deutschland. Dort habe man es mit einer unkontrollierbaren Bevölkerung zu tun, die gewohnt sei, Pogrome zu veranstalten. Überdies sei die jüdische Gesellschaft größer als in Deutschland, hätte aber weniger Widerstandskraft und sei ohnehin schon zur Hälfte verhungert<sup>127</sup>.

1936 war das Jahr, in dem das Schächtverbot von Sejm und Senat verabschiedet wurde. Das Gesetz zur Einschränkung des kocheren Schlachtens sollte am 1. Januar 1937 in Kraft treten. Dies führte zu einer nochmaligen Wiederaufnahme der Auseinandersetzung um das Schächten in Polen. Die ursprünglichen Initiatoren begnügten sich nicht mit einer teilweisen Einschränkung des koscheren Schlachtens, sondern verlangten nach einem absoluten Schächtverbot. 1937 kam es daher zu einer weiteren kontinuierlichen Reduzierung der erlaubten Schächtquoten. Die Verhältnisse auf dem Fleischmarkt wurden immer undurchsichtiger, während sich die wirtschaftliche Situation der in diesem Sektor Beschäftigten und der jüdischen Gemeinden deutlich verschlechterte<sup>128</sup>. Der Widerhall dieser Entwicklung reichte bis nach Deutschland. *Der Israelit* berichtete voller Sorge über einen Antrag zur Einschränkung des koscheren Schlachtens in Litauen<sup>129</sup>. „Inzwischen drängen die Verhältnisse in Polen leider zum Heimatwechsel für die Juden“, schrieb die Zeitung im Hinblick auf das Inkrafttreten des Schächtverbots in Polen<sup>130</sup>. Das Blatt veröffentlichte auch Berichte über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Verbots und die Proteste der jüdischen Bevölkerung Polens. Daneben standen politische Kommentare zur Bedeutung des Verbots<sup>131</sup>. Auch die *C. V.-Zeitung* setzte ihre Berichterstattung über die weiteren Einschränkungen gegen das Schächten in Polen fort, wobei es sich allerdings um trockene, sachliche Artikel handelte, die sich gänzlich von den

<sup>125</sup> *Haynt*, Yitzchak Grünbaum, Das Schechita-Verbot in Polen (jidd.), 23. 3. 1936.

<sup>126</sup> CZA, L 22/201, Grünbaum an Goldmann, 10. 3. 1936.

<sup>127</sup> Weizmann an Wise, 27. 2. 1936, bei Melzer, No Way Out, S. 193.

<sup>128</sup> Melzer, No Way out, S. 87.

<sup>129</sup> *Der Israelit*, Das neue Schlachtungsgesetz in Polen in Kraft getreten, Nr. 1, 7. 1. 1937.

<sup>130</sup> *Der Israelit*, Wochenrundschau, Nr. 2, 14. 1. 1937.

<sup>131</sup> *Der Israelit*, Ein Appell der polnischen Rabbiner, Nr. 4, 28. 1. 1937; Neuer Vorstoß der Abgeordneten Prystor im polnischen Sejm, Nr. 5, 4. 2. 1937; Herabsetzung der Koscherfleisch-Quote, Nr. 7, 18. 2. 1937.

Kampfesrufen gegen das Schächtverbot des Vorjahres unterschieden. Breiten Raum widmete die *C.V.-Zeitung* hingegen den antisemitischen Vorfällen an polnischen Universitäten sowie der Grundsatzdebatte über den politischen Status der Juden in Polen und dem Versuch der polnischen Regierung, polnische Juden zur Emigration zu zwingen<sup>132</sup>. Ähnlich sah auch die Berichterstattung in der *Jüdischen Rundschau* aus, in der die weitere Entwicklung der Frage der *Schechita* oberflächlich und knapp behandelt wurde<sup>133</sup>, während andere Aspekte des polnischen Antisemitismus weiterhin eine detaillierte Darstellung erhielten. Angesichts der zunehmenden allgemeinen Verschlechterung der Situation polnischer Juden wurde das Verbot des koscheren Schlachtens sekundär.

Die Diskussion im Sejm wurde 1938 ein weiteres Mal aufgenommen, als die Forderung nach einem gänzlichen Verbot des Schächtens erneut laut wurde. Die Regierung versuchte, einen Ersatz für ein derartiges Gesetz zu finden, denn sie war sich bewußt, daß das Gesetz im Gegensatz zur bürgerlichen Gleichberechtigung stand, die durch die Verfassung vom April 1935 garantiert wurde. Im Rahmen der erneut aufflammenden Debatte veröffentlichte der polnische Zionist und bekannte Publizist Moshe Kleinbaum (Sneh) einen Artikel, in dem er vor den negativen politischen und ethischen Folgen eines neuerlichen Gesetzes gegen das Schächten warnte<sup>134</sup>. Seiner Meinung nach erschütterte dieses Gesetz das konstitutionelle Prinzip der Gleichberechtigung von Juden in Polen. Bisher sei die jüdische Bevölkerung administrativ diskriminiert worden, ein derartiges Gesetz stelle jedoch eine konstitutionelle Diskriminierung dar.

Die jüdische Öffentlichkeit in Polen setzte ihren konsequenten Kampf um das Schächten auf mehreren Ebenen fort, im Sejm wie in der Weltöffentlichkeit. Das Ziel war, eine einheitliche Reaktion des polnischen Judentums zu formulieren<sup>135</sup>. Die Motivation, sich überhaupt auf diese Auseinandersetzung einzulassen, war unterschiedlich: Die Zionisten versuchten, die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden in Polen zu retten; der *Bund* sorgte sich um die wirtschaftliche Position der jüdischen Bevölkerung, die *Agudat Israel* war dagegen eher religiös motiviert. Hier wird deutlich, daß sich alle konkurrierenden politischen Kräfte tendentiell einig waren. Entsprechende Möglichkeiten der Zusammenarbeit boten die Initiativen zum Fleischboykott. Doch die politische Zersplitterung und das Fehlen einer zentralen Führung innerhalb des polnischen Judentums erschwerten das gemeinsame Vorgehen gegen die steten, heftigen Angriffe auf das Schächten in den Jahren 1938–1939<sup>136</sup>.

Die deutsch-jüdische Presse verlor 1938 schließlich gänzlich das Interesse an der Auseinandersetzung um die *Kaschrut* in Polen. Die Zeitungsberichte wurden lakonisch und beschäftigten sich nicht mehr mit der prinzipiellen Bedeutung des Verbots, sondern verloren sich in technischen Einzelheiten<sup>137</sup>. Der Rückgang des Inter-

<sup>132</sup> C.V.Z., Nachrichten aus Polen, Nr. 1, 7. 1. 1937; Das Anwachsen des Schächtproblems, Nr. 2, 14. 1. 1937; Ruhige Wochen in Polen, Nr. 10, 11. 3. 1937.

<sup>133</sup> JR, Neuer Verstoß gegen Schechita, Nr. 9, 2. 2. 1937.

<sup>134</sup> *Haynt*, Moshe Kleinbaum, Eine jüdische Stimme warnt (jidd.), 25. 3. 1938.

<sup>135</sup> Melzer, No Way out, S. 87 ff.

<sup>136</sup> Keinesfalls entsprach die Reaktion der jüdischen Öffentlichkeit 1938 dem entschlossenen Kampf der polnischen Juden von 1936; siehe: Rudnicki, Ritual Slaughter, S. 157.

<sup>137</sup> Zum Beispiel: C.V.Z., Nr. 13, 31. 3. 1938; Nr. 14, 7. 4. 1938; Nr. 15, 14. 4. 1938; JR, Verbot

esses hängt mit einer gleichzeitig sich in Deutschland sowie in Polen und anderen osteuropäischen Staaten vollziehenden Entwicklung zusammen, durch die die Frage des koscheren Schlachtens in Polen selbst für polnische Juden zweitrangig wurde: Von großer Bedeutung für deutsche Juden in jenen Monaten war der Umstand, daß die jüdischen Gemeinden in Deutschland im März 1938 ihren Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts verloren. Damit wurde die gesetzliche Pflicht zur Zahlung von Gemeindesteuern aufgehoben. Gemeindesteuern waren fortan eine freiwillige Angelegenheit. Diese Maßnahme traf die jüdischen Gemeinden in Deutschland finanziell ins Mark. Gleichzeitig gerieten Leib und Leben polnischer Juden immer mehr in Gefahr, ihre physische Unversehrtheit war nicht mehr garantiert. Zudem beschloß die polnische Regierung Ende März 1938, die Staatsbürgerschaft der außerhalb Polens lebenden polnischen Staatsbürger zu überprüfen. Diese Entscheidung sollte für den Status der polnisch-jüdischen Staatsangehörigen im Ausland schicksalhaft werden. Ähnliche antijüdische Maßnahmen erfolgten in Rumänien und Ungarn. Auch hier wurde das Schächten verboten. Doch das war nun nur noch ein Problem unter vielen. Für die deutschen Juden war es zu diesem Zeitpunkt schon so gut wie bedeutungslos.



### III. Unterstützung oder Konkurrenz? – Die Auseinandersetzung um die Wohlfahrtsmittel

#### 1. „Die Armen deiner Stadt“ – Osteuropäische Juden und das Wohlfahrtssystem der jüdischen Gemeinden in Deutschland

Die umfangreiche Einwanderung osteuropäischer Juden nach Deutschland infolge des Ersten Weltkriegs stellte eine große Herausforderung für das jüdische Wohlfahrtswesen dar. Massenmigration und damit einhergehende Armut führten zu neuen sozialen Problemen, die im Rahmen des traditionellen Wohlfahrtssystems jüdischer Gemeinden nicht bewältigt werden konnten. So überschritt beispielsweise die Suche nach Arbeitsplätzen die Kapazität der jüdischen Gemeinden, bei denen die Unterstützung der Armen traditionell in Form finanzieller Zuwendungen auf individueller Basis erfolgte. Hinzu kam die Notwendigkeit, Alternativen zu den kommunalen Wohlfahrtsstellen der deutschen Länder aufzubauen. Die ablehnende Politik der Behörden hatte dazu beigetragen, daß sich Einwanderer aus Osteuropa nur zögernd und voller Mißtrauen an die staatlichen Instanzen in Deutschland wandten. Viele unterließen dies gänzlich, während bei den anderen der Mangel an deutschen Sprachkenntnissen zu manchem Mißverständnis führte, was die gezielte Diskriminierung durch die Behörden nur verstärkte.

Die neuen Grundlagen für das jüdische Wohlfahrtssystem in Deutschland waren von einer dynamischen, jungen Generation gelegt worden, die sich nach dem Ersten Weltkrieg im öffentlichen Leben der jüdischen Bevölkerung engagiert hatte<sup>1</sup>. Die Haltung dieser Generation gegenüber den osteuropäischen Juden und in bezug auf jüdische Solidarität hatte sich während des Ersten Weltkrieges in Osteuropa herausgebildet. Die Begründer des neuen Wohlfahrtswesens hatten unter dem Einfluß der zionistischen Bewegung in Deutschland gestanden, und selbst diejenigen unter ihnen, die keine erklärten Zionisten waren, vertraten wenigstens eine nationaljüdische Position. Allen gemeinsam war der Glaube, die soziale Not osteuropäischer Juden in Deutschland müsse aus einem nationaljüdischen Ansatz, nicht aus einer philanthropischen Haltung heraus gelöst werden. Daher suchten sie nach Lösungsmöglichkeiten, die auf Selbstverwaltung beruhten und eine Veränderung der Berufs- und Beschäftigungsstruktur der Juden in Deutschland bewirken sollten. Zu diesem Zweck richteten sie das *Arbeiterfürsorgeamt* ein, das später zur *Zentralwohlfahrtsstelle* umgestaltet wurde. Hier konnten jüdische Arbeitssuchende Beschäftigung bei jüdischen Arbeitgebern finden<sup>2</sup>. Für jüdische Einwanderer aus Osteuropa war dies von großer Bedeutung, da sie zumeist die religiösen Traditionen wahrten und am Schabbat und an Feiertagen nicht arbeiten konnten. Ein für die Gründer des Wohl-

<sup>1</sup> Siehe: Adler-Rudel, Ostjuden, S. 72 ff.; Kreutzberger, Zionistische Vereinigung; Moses, Soziale Volksarbeit.

<sup>2</sup> Siehe: Heid, Ostjüdische Arbeiter, S. 309 ff.; Lotan, Zentralwohlfahrtsstelle.

fahrtswesens charakteristischer Positionswandel zeigte sich darin, daß osteuropäische Juden in diesen neuen Wohlfahrtsorganisationen repräsentiert waren<sup>3</sup>. Neben den neuen Körperschaften setzten andere Organisationen ihre herkömmliche Tätigkeit fort. Sie konzentrierten sich auf die Sozialhilfe für osteuropäische Juden in den Ländern ihres jeweiligen Aufenthalts und förderten sogar Auswanderer nach Amerika.

Unter den in Deutschland lebenden osteuropäischen Juden fanden sich etliche, die nur vorübergehend bleiben wollten. Andere suchten einen permanenten Aufenthalt. Zur ersten Gruppe gehörten Juden, deren Weiterreise nach Westen sich aus den unterschiedlichsten Gründen verzögerte und die sich in Deutschland aufhielten, ohne wirtschaftliche Selbständigkeit zu erlangen. Darüber hinaus zählten zu dieser Gruppe auch Juden, denen es nicht gelang, sich eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Antisemiten pflegten in Deutschland lebende ausländische Juden als mittellose Vagabunden darzustellen, als unproduktive und verbrecherische Elemente. Um diesem antisemitischen Stereotyp vorzubeugen, aber auch aus einem Gefühl der Solidarität und Verpflichtung heraus, begannen verschiedene Organisationen, sich um Juden zu kümmern, die sich nur zeitweilig in Deutschland aufhielten, vor allem in den Hafenstädten Hamburg und Bremen, aber auch in verschiedenen anderen Gemeinden<sup>4</sup>. Hilfe erfolgte in den Bereichen der medizinischen Betreuung und der Lebensmittelversorgung, der beruflichen Ausbildung und finanziellen Unterstützung. Langfristiges Ziel der Gemeinden war es, den Heimat- und Obdachlosen die Migration nach Westen zu ermöglichen. Verbessern wollte man ihre Chancen einer Auswanderung nach Amerika. In einige Fällen ging es auch darum, „negative Elemente“ zu einer Rückkehr ins Herkunftsland zu bewegen.

Das Jahr 1933 brachte keine wesentlichen Veränderungen dieser Migrationsbewegungen mit sich. Die Auswanderung aus Osteuropa Richtung Westen, insbesondere von Polen nach Amerika über die deutschen Häfen, bedeutete für die deutsche Wirtschaft ein beträchtliches Einkommen, so daß die Behörden keinerlei Interesse hatten, diese Transmigration zu unterbinden<sup>5</sup>. 1936 ging die Zuständigkeit für Schiffspassagiere an die SS über, die für die medizinische Untersuchung der Passagiere verantwortlich war. Anders als zuvor üblich erfolgten diese Untersuchungen und die Desinfizierungen in den Gebäuden der SS in Hamburg selbst, nicht mehr in Räumlichkeiten der Schifffahrtsgesellschaft<sup>6</sup>. Aus den entsprechenden Berichten geht hervor, daß die Desinfizierung von Passagieren aus Osteuropa, insbesondere aus Polen, mit äußerster Sorgfalt vorgenommen wurde, da man davon ausging, die Passagiere seien Träger von Wanzen. Der *Hilfsverein* setzte seine Aktionen für Emigranten fort und unterstützte wie zuvor sowohl Transmigranten auf ihrem Weg

<sup>3</sup> Im *Jüdischen Arbeitsamt* fanden sich Vertreter des *Bundes*, des *HaPoel ha-Zair*, der *Poalei Zion* sowie Repräsentanten von Organisationen osteuropäischer Juden; siehe: Adler-Rudel, Ostjuden, S. 71 f.

<sup>4</sup> Zur Frage der Wanderfürsorge siehe: Lotan, Zentralwohlfahrtsstelle, S. 200 f.

<sup>5</sup> Noch 1936 wandte sich die deutsche Industrie- und Handelskammer in Hamburg an die Handels- und Schifffahrtsbehörden mit der Bitte, dem Ministerium bei der Erlangung von Konzessionen auf den Auswandererlinien von Polen in die Vereinigten Staaten für deutsche Schifffahrtsgesellschaften behilflich zu sein: StA Hamburg, Bestand: 373-7, Auswanderungsamt I, IIcI 15.

<sup>6</sup> StA Hamburg, Auswanderungsamt I, IEI, Bericht des Auswanderungsuntersuchungsarztes über das Jahr 1934.

nach Westen als auch Rückkehrer nach dem Osten. Zu der Arbeit der Organisation gehörten die Intervention bei den verschiedenen Behörden, die Krankenbehandlung, soziale Dienstleistungen und die direkte Hilfe auf den Bahnhöfen und in den Häfen<sup>7</sup>. Neu war die Unterstützung der osteuropäischen Emigranten nach Palästina durch den *Hilfsverein*. Diese Gruppe war zuvor ausschließlich von der zionistischen Bewegung betreut worden. Hier kam es also zu einer weiteren Überschneidung der Zuständigkeitsbereiche von zionistischen und nicht-zionistischen Organisationen.

Überraschenderweise blieb die Haltung der jüdischen Organisationen im Hinblick auf die Betreuung der Transmigranten von den politischen Ereignissen 1933 und der deutschen Ausweisungspolitik unberührt. Sie bemühten sich weiterhin darum, die Schäden für das Ansehen der Juden in Deutschland in Grenzen zu halten. Die Berufs- und Heimatlosen stellten nur einen kleinen Teil der osteuropäischen Juden in Deutschland insgesamt dar. Sie galten deutschen Juden jedoch als besonders schwerwiegendes Problem, da sie fürchteten, das Image dieser Gruppe könnten verallgemeinernd auf die gesamte jüdische Bevölkerung übertragen werden. Die *Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge* veröffentlichte bis 1937 eine Namensliste von Vagabunden, vor denen gewarnt wurde. Die jüdische Öffentlichkeit wurde gebeten, bei der Ausweisung dieser Personen in die osteuropäischen Herkunftsländer behilflich zu sein<sup>8</sup>.

Die politische Realität nach 1933 verlangte jedoch nach einer Revision der Betreuung jener Ausländer, die sich permanent in Deutschland aufhielten. Die Verarmung war eine der zentralen Lebenserfahrungen von Juden in Deutschland nach 1933. Demzufolge wurden die Wohlfahrts- und Sozialfürsorgeorganisationen zur Basis jüdischen Lebens; ihre Zuständigkeit dehnte sich auf die Bereiche Erziehung, Kultur und Religion aus<sup>9</sup>. Im Prozeß der Säkularisierung des europäischen Judentums hatten insbesondere in Deutschland religiöse Riten und Traditionen an Bedeutung verloren. Wohlfahrt und Fürsorge wurden dagegen als Nachfolgekonzepte der traditionellen Wohltätigkeit stark ausgebaut<sup>10</sup>. Beide Faktoren hatten in jenen Jahren fast den Status einer jüdischen „bürgerlichen Religion“ erreicht<sup>11</sup>.

<sup>7</sup> *Gemeindeblatt Leipzig*, Nr. 16, 20. 4. 1934, Nr. 13, 29. 3. 1935.

<sup>8</sup> CAHJP, B-33 Bingen, Warnungslisten der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge 1932–1937.

<sup>9</sup> Schon gegen Ende der Weimarer Republik zeigten sich erste Anzeichen dafür, daß es um die wirtschaftliche Situation deutscher Juden nicht zum Besten bestellt war. Ähnliches gilt für das demographische Gleichgewicht, das einen absoluten Rückgang der jüdischen Bevölkerung, eine Zunahme der höheren Altersgruppen gegenüber den Jugendlichen, einen höheren Frauenanteil als in der Gesamtbevölkerung, eine Konzentration in den Großstädten und in den Bereichen des Handels verzeichnete. Dieser Beschäftigungssektor aber wurde von der Wirtschaftslaute der 20er Jahre und der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre besonders hart getroffen. Siehe: Kramer, Jewish Welfare Work, S. 175 ff., Schüler-Springorum, Sammelvormundschaft.

<sup>10</sup> So z. B. der bewegende Aufruf der Leitung der Leipziger Gemeinde: „Sollen Sinn und Bedeutung der Gemeinde erhalten bleiben, ihre religiöse Sendung gewahrt werden, dann muß alle Kraft eingesetzt werden, das Wohlfahrtswerk, Sinnbild jüdischer Solidarität, nicht verkümmern zu lassen“, in: *Gemeindeblatt Leipzig*, Ein Ruf an die Mitglieder der israelitischen Religionsgemeinde von dem Vorstand und den Verordneten der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Nr. 9, 3. 3. 1933.

<sup>11</sup> Kaplan, Jüdisches Bürgertum, S. 87–111.

Die allgemeine Verarmung, die für das Leben der Juden in Deutschland charakteristisch wurde, ging auch an Juden mit ausländischer Staatsbürgerschaft nicht vorbei. Neben ihnen gab es auch die Gruppe derjenigen, die ihre deutsche Staatsbürgerschaft infolge des Gesetzes zur Klärung der Staatsbürgerschaft von 1933 verloren hatten und die fortan ohne Staatsbürgerschaft waren. Es existieren keine statistischen Angaben, die einen Vergleich der wirtschaftlichen Situation osteuropäischer Juden in Deutschland mit der Lage der deutschen Juden ermöglichen. Aufgrund zahlreicher anderer Belege ergibt sich jedoch, daß osteuropäische Juden, die sich nicht an die staatlichen deutschen Wohlfahrtsinstitutionen wenden wollten, nach wie vor die Hauptgruppe der Unterstützungsempfänger jüdischer Wohlfahrtsorganisationen stellten. Zwar war auch die Zahl deutscher Juden unter den Unterstützungsempfängern seit 1933 erheblich gestiegen<sup>12</sup>, doch war der Anteil osteuropäischer Juden an den Sozialhilfeempfängern höher als ihr Anteil an der jüdischen Gesamtbevölkerung. So teilte die *Jüdische Winterhilfe* im Winter 1935/36 mit, der Prozentsatz der Unterstützungsempfänger sei in jenen Regionen am höchsten, in denen sich anteilmäßig die meisten Juden aus Osteuropa aufhielten<sup>13</sup>.

In gesetzlicher Hinsicht hatten deutsche Juden bis 1938 die gleichen sozialen Rechte wie Deutsche und konnten Anspruch auf die gleiche Unterstützung staatlicher Behörden erheben wie nicht-jüdische Deutsche. Praktisch jedoch wurden Juden in vielen Fällen diskriminiert. Proteste dagegen blieben wirkungslos<sup>14</sup>. Auch waren jüdische Staatsangehörige osteuropäischer Staaten aufgrund wechselseitiger Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und ihren Herkunftsländern berechtigt, in Deutschland Sozialhilfe zu beziehen<sup>15</sup>. Doch schon 1932 zögerten ausländische Juden, sich an die deutschen kommunalen Wohlfahrtsstellen zu wenden, da sie befürchten mußten, ausgewiesen zu werden<sup>16</sup>. Diese Befürchtungen verstärkten sich nach 1933<sup>17</sup>, und es ist zu bezweifeln, daß die Konsulate in Deutschland durch ihre Forderung nach Einhaltung der eingegangenen Sozialabkommen ausländische Juden überzeugen konnten, sich entgegen ihrer berechtigten Ängste um Hilfe an deutsche Behörden zu wenden<sup>18</sup>. Daher wuchs die Zahl der deutschen und ausländischen Juden, die sich auf die jüdischen Wohlfahrtsorganisationen stützten, welche

<sup>12</sup> So z.B. die Berichte des *Joint*: JDC, Folder 645, Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, Finanz- und Arbeitsplan, 1. 7. 1933–1.3.1934.

<sup>13</sup> Kramer, *Jewish Welfare Work*, S. 183.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 179.

<sup>15</sup> Maurer weist darauf hin, daß ausländische Juden berechtigt waren, eine minimale Unterstützung, nicht jedoch höhere Zahlungssätze zu erhalten: Maurer, *Ausländische Juden*, S. 200ff.

<sup>16</sup> Schon 1932 hatten Beamte der kommunalen Wohlfahrtsbehörden ausländischen Juden gedroht, ihr Antrag auf Sozialhilfe gefährde ihre Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland. Der zuständige preußische Minister mußte die Belegschaft der kommunalen Wohlfahrtsstellen anweisen, derartige Drohungen oder gar die Konfiszierung von Dokumenten zu unterlassen und die Bearbeitung des Antrags den zentralen Instanzen zu überlassen: „Unterstützung hilfsbedürftiger Ausländer“, in: *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik*, 3. Jg., 1932, 100. Auch in den jüdischen Gemeinden berichteten Unternehmer über ähnliche Befürchtungen ausländischer Juden: StAHamburg, Sitzungsprotokolle des Repräsentantenkollegiums, Akt 360a, Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg, 30. 3. 1932.

<sup>17</sup> So nach dem Zeugnis von Fred Grubel, dem administrativen Leiter der Leipziger Gemeinde zwischen 1934 und 1939, bei: Kübler, Leipzig, S. 31.

<sup>18</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 867; Akt Nr. 1213, S. 58; Akt Nr. 1214.

nun ihre Dienstleistungen gleichzeitig allen Sektoren der jüdischen Bevölkerung zur Verfügung stellen mußten.

Die zentrale Stelle, die die jüdische Wohlfahrt auf Reichsebene organisierte, war die *Reichsvertretung der deutschen Juden* – die 1933 gegründete Dachorganisation deutscher Juden; in deren Zuständigkeitsbereich fielen auch die Staatenlosen. Sie sah ihre Aufgabe jedoch eher in der Beratung als in aktivem Einsatz: Ihre Angestellten erläuterten den betroffenen Personen die Diskriminierungspolitik des Regimes und konzentrierten ihre Arbeit im wesentlichen auf die Klärung des gesetzlichen Status dieser Personen. So wies die *Reichsvertretung* z.B. polnische Juden aus Österreich darauf hin, daß Auszeichnungen der österreichischen Armee nicht ausreichten, um als Frontsoldat anerkannt zu werden und eine relativ gesicherte Position zu erlangen. Vielmehr müsse man die Teilnahme am Kampf nachweisen. Ebenso stellte die *Reichsvertretung* klar, ein langer Aufenthalt in Deutschland reiche nicht aus, um gegen die Ausbürgerung Einspruch zu erheben. Hier sei die „tätige Bekundung deutscher Gesinnung“ nachzuweisen; dafür sei die bloße wirtschaftliche Aktivität in Deutschland oder die Teilnahme am Ersten Weltkrieg nicht ausreichend<sup>19</sup>.

Der Kampf um die Erhaltung der Staatsbürgerschaft war von zentraler Bedeutung. Tausende von Akten zur Klärung von Staatsbürgerschaftsfragen lassen erkennen, daß es nach einer Ausbürgerung nahezu unmöglich war, die deutsche Staatsbürgerschaft nochmals zu erlangen. Die *Reichsvertretung* legte dabei ihren Richtlinien für die Beratung in Ausbürgerungsfällen eine kulturelle Definition des Begriffs „Ostjude“ zugrunde, die nicht der staatlichen Auffassung nach 1933 entsprach. In diesen Richtlinien hieß es hierzu:

„Hinsichtlich der Abgrenzung des Begriffes Ostjude wird es nicht auf geographische Gesichtspunkte ankommen, sondern auf die nationalkulturelle Haltung des Betroffenen; nicht genügen wird in letzterer Hinsicht im allgemeinen die Tatsache, daß der Betroffene seine Kinder in eine deutsche Schule geschickt hat.“<sup>20</sup>

In der NS-Politik nach 1933 war der Begriff „Ostjude“ jedoch geographisch, nicht weltanschaulich definiert.

Angesichts der ungünstigen finanziellen Lage der Gemeinden und der Schwierigkeit, den sozialen Herausforderungen zu begegnen, formulierte die *Reichsvertretung* klare Richtlinien hinsichtlich der Verpflichtungen der Gemeinden gegenüber ausländischen und staatenlosen Juden<sup>21</sup>. Hier wurde eindeutig festgelegt, unter welchen Bedingungen die Gemeinden einen Ausländer unterstützen mußten und in welchen Fällen die *Reichsvertretung* die Kosten zu tragen hatte. Ebenso klar wurde die Verantwortung zwischen den Gemeinden bei Umzügen von Ausländern festgelegt. Die Richtlinien sahen ein korrektes Verfahren vor, die Intervention der *Reichsvertretung* jedoch läßt erkennen, daß die Unterstützung der Ausländer durch die Gemeinden nicht immer selbstverständlich war.

Ein wesentlicher Teil der Wohltätigkeitsarbeit fand im Rahmen der Gemeinden statt, die in ständigem Kontakt mit den deutschen Behörden und bisweilen auch mit den ausländischen Konsulaten standen, um die mit dem Status ausländischer Juden

<sup>19</sup> RV, Richtlinien der Reichsvertretung für die Beratung in Ausbürgerungsfällen, 29. 3. 1934.

<sup>20</sup> Ebenda.

<sup>21</sup> RV, Unterstützung von Staatenlosen und Ausländern, 24. 7. 1935.

in Deutschland verknüpften Fragen zu klären<sup>22</sup>. Die Beziehungen zwischen den jüdischen Gemeinden und den Unterstützungsempfängern aus Osteuropa werden in den vorliegenden Quellen nur punktuell faßbar. Einige Belege aus Berlin lassen erkennen, daß es sich um ein sehr gespanntes Verhältnis gehandelt hat. Georg Kareski aus dem Führungskreis der zionistisch-revisionistischen Bewegung in Deutschland bezeugt, in der *Wohlfahrtsstelle* der Jüdischen Gemeinde zu Berlin hätte man einem osteuropäischen Unterstützungsempfänger die Worte an den Kopf geworfen, „gehen Sie doch endlich nach Palästina, Ihr Ostjuden freßt uns 90% der Gemeindesteuer“<sup>23</sup>. Nach einer anderen Aussage weigerten sich viele osteuropäische Juden, die Dienstleistungen des von der Berliner Gemeinde errichteten Büros für Ausländer- und Staatenlosenfragen in Anspruch zu nehmen, weil man aufgrund beleidigender Bemerkungen der Mitarbeiter dieses Büros das Vertrauen in das Amt verloren hatte<sup>24</sup>. Allgemeingültige Schlußfolgerungen über das Verhalten der Wohlfahrtsstellen jüdischer Gemeinden gegenüber osteuropäischen Bedürftigen kann man jedoch aufgrund dieser vereinzelt Hinweise nicht ziehen.

## 2. Eine Frage der Prioritäten: Die internationalen jüdischen Wohltätigkeitsorganisationen

Trotz Distanz und Mißtrauen, die bisweilen die Beziehungen zwischen deutschen und osteuropäischen Juden charakterisierten, und trotz säkularer Lebensumstände pflegten die jüdischen Gemeinden und Institutionen in Deutschland die Kontinuität der religiös-jüdischen Tradition gegenseitiger Hilfe. Viele Juden im Westen sahen ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung stets in Relation zum Status von Juden in anderen Ländern: Repressive Maßnahmen gegen Juden in Osteuropa warfen einen ständigen Schatten auf den relativen Wohlstand der Juden in Westeuropa. Deren Einflußmöglichkeiten galten ihnen als Indiz für ihre Position und Anerkennung in ihrem Land. Wurde nun der Status von Juden in osteuropäischen Ländern angetastet, so hatte dies in der Regel eine verstärkte Migration nach Westen zur Folge, was wiederum die relative Ruhe der Juden im Westen beeinträchtigte. Die wirtschaftliche Unterstützung, die Juden in Westeuropa osteuropäischen Juden in deren Heimatländern gewährten, sollte also im wesentlichen eine Migration nach Westen verhindern und letzteren helfen, an ihren Wohnorten zu bleiben.

So leisteten jüdische Institutionen und Organisationen in Deutschland bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten für jüdische Einrichtungen in Polen kontinuierlich finanzielle Unterstützung. Unter dem NS-Regime wurde dem ein Ende gesetzt. Die rechtliche, politische und wirtschaftliche Stellung der deutschen Juden veränderte sich in den Jahren nach 1933 rapide bei gleichzeitiger kontinuierlicher Verschlechterung der Situation polnischer Juden. In der Folge kam es zu einer neuen Rollenverteilung im System gegenseitiger jüdischer Hilfeleistungen. Nachdem deutsche Juden ihren im Vergleich zu polnischen Juden privilegierten politischen Status verloren hatten, jedoch wirtschaftlich – als Einzelpersonen und als Ge-

<sup>22</sup> Maurer, *Ausländische Juden*, S. 200 ff.

<sup>23</sup> CZA, A 142, 58/4.

<sup>24</sup> Maurer, *Ausländische Juden*, S. 200.

meindekollektiv – weiterhin eindeutig stärker waren als die jüdische Bevölkerung in Polen, kam es zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen in der Rollenverteilung zwischen den Juden in Deutschland und Polen, die sich einschneidend auf das kollektive Selbstverständnis der deutschen Juden auswirkten.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen, die sich aus der Veränderung des politischen Status deutscher Juden seit 1933 ergaben, waren zunächst in Form der Entlassungswelle jüdischer Beschäftigter im öffentlichen Dienst infolge des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ zu spüren, auch wenn das Regime anfangs den jüdischen Entlassenen Ruhegehälter zahlte. Der Boykott jüdischer Geschäfte, der im Frühjahr 1933 mit spektakulären Aktionen begann, führte in einem kontinuierlichen Prozeß zum wirtschaftlichen Niedergang der meisten jüdischen Kaufleute. Allerdings wurden die antijüdischen wirtschaftlichen Gesetze in Deutschland erst nach und nach eingeführt, ein Umstand, der es vielen deutschen Juden vorerst noch ermöglichte, mit dem vor 1933 ersparten Kapital einen angemessenen Lebensstandard aufrechtzuerhalten<sup>25</sup>.

Die wirtschaftliche Lage der Juden in Polen war zu jener Zeit bereits unvergleichlich schlechter als die Situation deutscher Juden. Die Berufsstruktur polnischer Juden und die diskriminierende polnische Wirtschaftspolitik hatten die ohnehin schwierige Situation der polnischen Juden noch zusätzlich verschärft. Diese Umstände lagen offen zutage und waren allen jüdischen internationalen Organisationen jener Zeit bekannt. So ging Nachum Sokolow, der Ehrenvorsitzende der *Zionist World Federation*, in seiner programmatischen Eröffnungsrede vor dem 18. Zionistenkongreß im September 1933 in Prag auf die Lage der Juden in der Sowjetunion (der Kontakt mit der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion war infolge der bolschewistischen Revolution gezwungenermaßen abgebrochen), auf die wirtschaftliche „Katastrophe“ der polnischen Juden und den politischen Status der deutschen Juden infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung sowie die Begleiterscheinungen des Rassismus ein<sup>26</sup>. Auch Nahum Goldmann folgte in seiner Rede vor den Delegierten des Jüdischen Weltkongresses in Genf im August 1934 einer ähnlichen Kategorisierung<sup>27</sup>.

Die dramatische Dimension der politischen Veränderungen in Deutschland und die Tatsache, daß ein derartig radikaler Wandel des Status von Juden gerade in diesem Land, in dem sich das Leben von Juden geradezu vorbildlich zu gestalten schien, eintreten konnte, erschreckte die gesamte jüdische Öffentlichkeit. Mancher grollte den deutschen Juden seit langem für ihre angebliche Überheblichkeit, doch die Mehrheit der jüdischen Öffentlichkeit war sich der grundsätzlichen Bedeutung des Wandels in Deutschland für die jüdische Existenz in Europa insgesamt bewußt. Den Groll brachte der tschechische Delegierte, Emil Margulies, auf dem Jüdischen

<sup>25</sup> Barkai, Boykott zur „Entjudung“, S. 117–121. Nach Einschätzungen Bernard Kahns Ende 1935 und Jakob Lestschinskys Ende 1936 war ein Fünftel bis ein Viertel der gesamten jüdischen Bevölkerung in Deutschland auf Wohlfahrtshilfe angewiesen; ebenda, S. 120.

<sup>26</sup> Sokolow, Referat über die gegenwärtige Lage der Juden in der Welt, in: Stenographisches Protokoll XVIII, S. 170–185.

<sup>27</sup> Protocole III, S. 42. Jakob Lestschinsky formulierte den Sachverhalt in ähnlichem Sinne vor den Delegierten des Kongresses; ebenda, S. 52.

Weltkongreß in Genf im September 1933 zum Ausdruck<sup>28</sup>. Margulies erinnerte daran, daß ein Jahr zuvor der Jüdische Weltkongreß bereits von einer „Krise der Ideologie der Assimilation“ gesprochen hatte. In einer Art Abrechnung warf er den deutschen Juden nun vor, sie hätten zwei Jahre zuvor das Ideal einer umfassenden Solidarität des gesamten jüdischen Volkes abgelehnt, weil sie nicht hatten glauben wollen, sie könnten einmal auf diese angewiesen sein.

Die Aufmerksamkeit, die die Entwicklung in Deutschland auf sich zog, lenkte die jüdische Öffentlichkeit von den Ereignissen in Osteuropa und besonders in Polen ab. Nahum Goldmann entschuldigte sich vor den Delegierten des Jüdischen Weltkongresses für die Tagesordnung, die nur die Situation der deutschen Juden berücksichtigte und die schwierige Situation der Juden in Rumänien, Polen und Rußland ignorierte. Goldmann betonte, es handele sich keineswegs um Desinteresse, doch im Bewußtsein, daß nicht alle brennenden Fragen gleichzeitig behandelt werden könnten, sei man bemüht, sich jeweils mit den aktuellsten und dringendsten Fragen zu beschäftigen<sup>29</sup>. Allerdings gingen mit abnehmendem öffentlichen Interesse auch die finanziellen Zuwendungen von Juden westlicher Länder an ihre Glaubensgenossen in Osteuropa, insbesondere Polen, zurück.

Die dreißig Jahre waren also durch einen Rückgang der Unterstützung gekennzeichnet, die internationale jüdische Organisationen Juden in Osteuropa bisher gewährt hatten. Dieser Rückgang setzte im Zuge der Weltwirtschaftskrise und als Folge des zunehmenden Interesses an der wachsenden Notsituation in Deutschland ein. Die Organisation *ORT* beispielsweise widmete sich traditionell der finanziellen und professionellen Unterstützung von Juden in Osteuropa. Seit ihrer Gründung hatte die Organisation wesentlich zur Verbesserung der Berufsstruktur osteuropäischer Juden beigetragen. 1933 nahm sie ihre Arbeit mit entsprechenden Zielsetzungen auch unter deutsch-jüdischen Jugendlichen auf und begann mit dem Aufbau von beruflichen Ausbildungsstätten in Deutschland und in Osteuropa<sup>30</sup>. Die Arbeit zugunsten der Juden in Deutschland, so verkündete *ORT* im Sommer 1934, habe dazu geführt, daß es für die Organisation nunmehr unmöglich sei, ihren Aufgaben in Polen nachzukommen<sup>31</sup>. Im Herbst 1934 kehrte Dr. Aaron Syngalowski, Präsidiumsmitglied des *ORT*, von einer Reise nach Polen zurück und sprach vor jüdischen Honoratioren in Prag über den Einfluß der Ereignisse in Deutschland auf die Situation der Juden in Polen. Diese seien mehrfach betroffen: Zunächst hätten sie die finanzielle Unterstützung der Juden aus dem Westen verloren, welche nun den deutschen Juden, nicht mehr den osteuropäischen, zukomme; darüber hinaus werde die öffentliche Meinung durch die Ereignisse in Deutschland von den Problemen der osteuropäischen Juden abgelenkt<sup>32</sup>. Auch in dem Tätigkeitsbericht 1934–1935 des

<sup>28</sup> Dr. Emil Marulies (Président du parti Juif de Tchécoslovaquie), in: *Protocole II Conférence*, S. 58.

<sup>29</sup> *Protocole II*, S. 103.

<sup>30</sup> *Der Israelit*, Nr. 19, 11. 5. 1933; C.V.Z., *OSE*, *TOZ* und *ORT*, 2. 4. 1936; StA Hamburg, Auswanderungsamt I, Akt Nr.: II A II 3a, Band 1, Reichsstelle für das Auswanderungswesen, Berlin G. 2.: A 1002 Stand der Auswanderungsbewegung im 1. Kalendervierteljahr 1935.

<sup>31</sup> *Peoples Ort Federation*, Nr. 6, Juli 1934.

<sup>32</sup> „Das Erlebnis der Geschehnisse in Deutschland schwächt den Nachdruck, mit dem die Juden in allen Ländern, besonders im Osten, die existentiellen Interessen zu verfechten pflegen.“ – *ZVfD Blätter*, Nr. 5, 1. 9. 1934, S. 19.



ORT wird angemerkt, daß die Tätigkeit der Organisation zugunsten der deutschen Juden auf Kosten der Osteuropa-Arbeit gehe. Selbst der *Hilfsverein*, der seit seiner Gründung die Auswanderung von Juden aus Osteuropa in die Länder des Westens, in erster Linie nach Amerika, unterstützt hatte, änderte in den dreißiger Jahren seine Zielsetzung und begann, die Auswanderung von Juden aus Deutschland zu fördern<sup>33</sup>. Das massive Ansteigen der Hilfsbedürftigkeit fand seinen Widerhall auch auf mehreren jüdischen Kongressen. Der Jüdische Kongreß in Kanada, der im Herbst 1934 zusammentrat, erließ einen Aufruf an Juden in der ganzen Welt, alle mögliche Hilfe angesichts des Leids der deutsch-jüdischen Flüchtlinge, der wirtschaftlichen Diskriminierung und des Boykotts gegen Juden in Deutschland sowie des fortgesetzten Verfalls der wirtschaftlichen Lage der Juden in Polen und in anderen Ländern zu mobilisieren<sup>34</sup>. Der erste Jüdische Weltkongreß, der im August 1936 in Genf stattfand, nannte Polen, Deutschland, Rumänien und Litauen in einem Atemzuge als Länder, in denen die Juden auf wirtschaftliche Unterstützung angewiesen seien<sup>35</sup>. Die Notwendigkeit, die schmalen Ressourcen teilen zu müssen, führte natürlich zu schweren Interessenkonflikten. Ein anschauliches Beispiel für derartige Konflikte bot die Arbeit des *American-Jewish Joint Distribution Committee* in New York.

### 3. Das *American-Jewish Joint Distribution Committee*

Das *American-Jewish Joint Distribution Committee*, kurz *Joint*, war bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges gegründet worden. Der *Joint* war die größte und wichtigste aller Organisationen, die sich der Wohlfahrtshilfe für jüdische Gemeinden und Einzelpersonen in Europa widmeten. Nahezu die gesamte Wohlfahrtsarbeit unter Juden in Polen und Deutschland in den dreißiger Jahren wurde – direkt oder indirekt – vom *Joint* finanziert. Daher waren die vom *Joint* gesetzten Prioritäten für Juden in diesen Ländern von äußerster Bedeutung. Vor 1933 unterstützte der *Joint* vornehmlich Sozialarbeit in Osteuropa und Palästina. Die finanziellen Mittel, die der Organisation zur Verfügung standen, kamen hauptsächlich von amerikanischen Juden. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 führte zu einer drastischen Schmälerung des Etats der Organisation. Noch bevor sich der *Joint* von dieser Krise erholen konnte, sah er sich mit der einschneidenden politischen Wende in Deutschland und ihren Auswirkungen auf die Hunderttausende in Deutschland lebenden Juden konfrontiert. Die Organisation geriet ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als äußerster Einsatz und umfangreiche Hilfe gefordert waren, in ein finanzielles Tief.

Um die in diesen schweren Jahren vom *Joint* gefaßten Entscheidungen und die Prozesse, die zu diesen Entscheidungen führten, zu verstehen, muß das Augenmerk auf einige charakteristische Merkmale der Arbeit des *Joint* gerichtet werden: Offiziell war der *Joint* demokratisch strukturiert – er unterhielt bestimmte Körperschaft-

<sup>33</sup> Dies hatten selbst die deutschen Behörden bemerkt, die die Tätigkeit der jüdischen Organisationen aufmerksam verfolgten, so im Gestapobericht: SoA, RSHA, 500/1/430s, Politische Gliederung der Juden in Deutschland, 15. 2. 1936.

<sup>34</sup> Ein allgemeiner Aufruf zur Teilnahme am Kongreß am 10. 8. 1934 – CAHJP, Inv. 124 (21).

<sup>35</sup> *Protocole premier Congrès*, S. 301.

ten wie Zentralkomitee, Aufsichtsgremien und professionelle Ausschüsse, deren Arbeit in geregelten Bahnen verlief; praktisch jedoch wurden die wichtigsten Entscheidungen von einigen wenigen Schlüsselpersonen getroffen, die erst im nachhinein den Ausschüssen die Entscheidungen zur Bestätigung vorlegten, um ihnen so offizielle Gültigkeit zu verleihen<sup>36</sup>. Die offizielle Politik des *Joint* darf also mit den Standpunkten dieser Führungspersönlichkeiten gleichgesetzt werden. Es handelte sich bei diesen Schlüsselfiguren – den Gründern des *Joint* – um wohlhabende amerikanische Juden deutscher Herkunft, deren philanthropische Arbeit auf einer liberalen Weltanschauung beruhte<sup>37</sup>. Die deutsche Herkunft der Gründerväter des *Joint* war ein entscheidendes Element für das Weltbild derjenigen, die später in der schweren Situation der dreißiger Jahre die Entscheidungen des *Joint* bestimmen sollten.

Der *Joint* orientierte sich in seiner Arbeit an vier Grundprinzipien: Er wollte keine politische Organisation sein; er bestand auf dem Recht von Juden, in ihren Heimatländern zu verbleiben; er verknüpfte seine Hilfe mit der Unterstützung von Selbsthilfe und behielt sich die direkte Kontrolle der Verwendung der überwiesenen Hilfsmittel vor<sup>38</sup>. Die je unterschiedlichen Gegebenheiten in den Ländern boten breitgefächerte Interpretationsmöglichkeiten dieser Grundsätze, und mit Sicherheit wurde nicht in allen Fällen gleich verfahren. So machte der *Joint* von seinem Kontrollrecht nur Gebrauch, wenn man einen Mißbrauch der Gelder zu befürchten hatte. Dies stieß zuweilen auf harte Kritik, ein Umstand, zu dem wir später noch zurückkehren werden.

Seit Gründung der Organisation war Berlin das europäische Zentrum des *Joint*. Die Etablierung des NS-Regimes führte zu erheblichen Komplikationen in der Arbeit der Organisation: Die Nationalsozialisten bereiteten dem *Joint* viele Schwierigkeiten, die sich infolge des ungeklärten Status der ausländischen Mitarbeiter des *Joint* noch erhöhten. Daher wurde die Zentrale des *Joint* im April 1933 nach Paris verlegt<sup>39</sup>. In den ersten Monaten konnten sich die Führungskräfte der Organisation nicht auf eine einheitliche Strategie einigen. Doch trotz mangelnder Planung machte sich die Organisation zum Ziel, deutschen Juden prinzipiell umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen<sup>40</sup>.

In der Vergangenheit, insbesondere zwischen 1921 und 1924, hatte der *Joint* deutschen Juden finanzielle Mittel nur zur Integration osteuropäischer Juden zur Verfügung gestellt. Bis 1933 hatte der *Joint* in Deutschland nicht zugunsten deutscher Juden selbst aktiv werden müssen. Die politische Wende erforderte dann eine Revision der Aktivitäten der Organisation. Rabbiner Jona B. Wise – einer der zentralen Sponsoren des *Joint* – war der erste, der nach Deutschland fuhr, um Informationen als Grundlage für eine neue Strategie zu sammeln. Er traf mit zahlreichen Führungspersönlichkeiten aus dem Geschäftssektor, der Wirtschaft sowie dem gesellschaftlichen und intellektuellen Leben der jüdischen Bevölkerung in Deutschland zusammen und kehrte mit klaren Vorstellungen nach Amerika zurück. Wise hegte

<sup>36</sup> Bauer, *Brother's Keeper*, S. 22. – Bauer nennt Felix Warburg, Baerwald, Kahn, Rosen, Rosenberg und Hyman als Entscheidungsträger; ebenda, S. 19–22.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 23–26.

<sup>39</sup> JDC, Folder 626, General Summary – German Situation.

<sup>40</sup> Im April 1933 überwies der *Joint* zirka 95 000 Dollar nach Deutschland; ebenda.

keinen Zweifel, daß der *Joint* deutschen Juden helfen müsse; welchen Charakter diese Hilfe haben sollte, ließ er allerdings offen. Die Gesprächspartner Wises hatten vor allem darum gebeten, ihnen die öffentliche Demütigung, die für sie mit dem Empfang finanzieller Unterstützung durch den *Joint* verbunden war, möglichst zu ersparen. Die Mittel sollten daher zunächst als Kredit ausgezahlt werden. Um Befürchtungen zu zerstreuen, versprach Wise, jeder Schritt werde im Geiste der Zusammenarbeit und unter größter Rücksichtnahme auf das Selbstwertgefühl der Empfänger durchgeführt werden.

Wise meinte, der *Joint* könne mit deutschen Juden nicht so umgehen wie mit den osteuropäischen „Brüdern“, mit den Massen der Juden. Vielmehr müsse man diese Menschen als Verletzte, nicht als Besiegte oder Geschlagene, behandeln. Sie versuchten, ihre Würde zu bewahren, sie zögen durch die Straßen, ohne zu klagen. Sie seien frohen Herzens zu Wise gekommen, aber nicht mit der Absicht, einen Retter zu suchen<sup>41</sup>. Mit diesen Worten umriß Wise während eines Treffens im Hause Paul Baerwalds, des Direktors des *Joint*, seine Eindrücke von der Deutschlandreise. Er kam zu dem Schluß, die deutschen Juden seien fortan kontinuierlich auf Hilfe angewiesen. Dabei seien Kontrolle und Verteilung der Hilfsmittel in ihre eigenen Hände zu legen, da ihnen diese Aufgabe am Herzen liege und sie ihr auch gewachsen seien<sup>42</sup>. Bei seinem Besuch hatte er auf die Gründung eines *Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau* hingewirkt, mit dessen Hilfe der *Joint* die finanziellen Mittel überweisen werde. In den folgenden Jahren sollte dieser *Zentralausschuß* im Rahmen der *Reichsvertretung* alle Hilfs- und Wohlfahrtsarbeit in Deutschland koordinieren. Im Wissen um den besonderen Status deutscher Juden bestand der *Zentralausschuß* auf dem Schutz des Selbstwertgefühls der Hilfsempfänger<sup>43</sup>. Der *Zentralausschuß* wollte die Finanzierung der Arbeit jüdischer Gemeinden in Deutschland auf der Basis der Gemeindesteuern fortgesetzt wissen, war jedoch für die Durchführung von außergewöhnlichen Aufgaben auf Drittmittel angewiesen. In erster Linie mußte jenen Juden geholfen werden, denen die wirtschaftliche Basis in Deutschland entzogen worden war oder die sich außerhalb Deutschlands eine neue Existenz aufbauen wollten. Vor allem jedoch wollte die Leitung des *Zentralausschusses* eine reine Wohlfahrtshilfe vermeiden. Daher hielt sie an dem Prinzip einer ausschließlich „konstruktiven“ Hilfe fest. Wohlfahrtshilfe an sich, so meinte die Leitung des *Zentralausschusses*, würde zu einer „Demoralisierung“ führen und sei daher unbedingt zu vermeiden<sup>44</sup>.

Die Mitglieder des *Zentralausschusses* bestanden auf ihrem Recht, die Verteilung der ihnen zur Verfügung gestellten Mittel nach eigenen Kriterien vorzunehmen. Die ruhmreiche Vergangenheit der jüdischen Wohlfahrtsarbeit in Deutschland war in ihren Augen ausreichender Beweis für ihre Organisationsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit. Die Form der Hilfeleistung, die vermieden werden sollte, war – auch wenn der *Zentralausschuß* dies nicht offen zugab – die der Unterstützung der Judenheit Osteuropas durch internationale jüdische Organisationen. Der *Zentralaus-*

<sup>41</sup> JDC, Folder 626, Verbatim Notes, Meeting held at home of Mr. Baerwald, 14. 5. 1933, 6.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>43</sup> JDC, Folder 645, *Das Central Committee of the German Jews for Relief and Reconstruction* an den *Central British Fund for German Jewry*, Juli 1933.

<sup>44</sup> Ebenda.

*schuß* lehnte sowohl Almosen ab, wie er sich auch weigerte, die eigenen Angelegenheiten in die Hände von Wohltätern zu legen. Der *Joint* war sich der Anonymisierung und der Demütigung bewußt, durch die die Unterstützung der Juden in Osteuropa geprägt war. Daher hatte er Verständnis für die Forderung der Führungsschicht des deutschen Judentums und war bereit, eine ähnliche Dynamik in Deutschland zu vermeiden. Daher setzte der *Joint* besonderes Vertrauen in die Arbeit des *Zentralausschusses*.

Zweifellos war der *Zentralausschuß* eine Organisation, die im Sinne des *Joint*-Direktoriums arbeitete, das es wiederum gern gesehen hätte, wenn ähnliche Körperschaften in anderen Ländern entstanden wären<sup>45</sup>. Der *Joint* war mit den meisten Einschätzungen des *Zentralausschusses* einig und übertrug ihm weitreichende Verfügungsgewalt. Angesichts des negativen polnischen Beispiels zeigte das Direktorium des *Joint* von Anfang an große Kooperationsbereitschaft mit den lokalen deutsch-jüdischen Institutionen<sup>46</sup>. Der *Joint*, der *Zentralausschuß* und die *Reichsvertretung* vermieden alles, was auf einen untergeordneten Status deutscher Juden hätte hinweisen, ihr Selbstbewußtsein hätte verletzen können. So wies der *Zentralausschuß* zum Beispiel die Idee einer Gebrauchtkleidersammlung für deutsche Juden in den USA zurück<sup>47</sup>.

Um das Selbstwertgefühl deutscher Juden zu schonen, wurde verschleiert, daß diese eigentlich an oberster Stelle auf der Liste der unterstützten jüdischen Gemeinschaft standen. Gleichzeitig versuchten die betroffenen Stellen den Eindruck von Autonomie und Selbständigkeit der jüdischen Institutionen in Deutschland aufrechtzuerhalten, indem man Einmischung von außen bei der Verteilung der Hilfsmittel verhinderte. Vor der politischen Wende in Deutschland waren viele deutsche Juden wirtschaftlich etabliert, die jüdischen Gemeinden in Deutschland gehörten zu den wohlhabendsten in der ganzen Welt. Es war daher abzusehen, daß die politischen Ereignisse in Deutschland eine wesentliche Veränderung der Lebensweise deutscher Juden notwendig machen werden. „Es muß zugegeben werden“, so Max Kreutzberger, der Generalsekretär des *Zentralausschusses*, „daß der soziale Standard des deutschen Judentums relativ genommen und verglichen etwa mit dem Standard des polnischen Judentums, ein außerordentlich hoher ist; aber man senkt kraft des Trägheitsgesetzes seinen Lebensstandard nicht über Nacht.“<sup>48</sup> Gleichzeitig sicherte er eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben des deutschen Judentums zu. Der *Joint* hatte Verständnis für die Position der *Reichsvertretung* und forderte von den deutschen Juden nicht, ihren Lebensstandard sofort zu senken. Allerdings sollte dies schrittweise erfolgen. Dies kritisierte jedoch der *Central British Fund for German Jewry*, eine Stiftung britischer Juden, 1933 von Zionisten und Nicht-Zionisten mit dem Ziel gegründet, das deutsche Judentum innerhalb und außerhalb Deutschlands zu unterstützen. Er wurde der wichtigste Partner des *Joint* bei den

<sup>45</sup> Bauer, *Brother's Keeper*, S. 118f.

<sup>46</sup> „Es ist weder an sich wünschenswert noch im Hinblick auf die Durchführung der Arbeit in voller Verantwortung zu empfehlen, der Führung des deutschen Judentums das Gefühl zu vermitteln, sie seien ‚Schnorrer‘. Das Beispiel des polnischen Judentums steht hier warnend vor uns.“ – JDC, Folder 645, Report of Mr. J. L. Cohen on his Visit to European Countries 18th of August to 15th September 1933.

<sup>47</sup> JDC, Folder 646, Max Kreutzberger an Josef Hyman am 21. 8. 1934.

<sup>48</sup> JDC, Folder 645, Max Kreutzberger an Josef Hyman am 20. 3. 1934.

Hilfsaktionen für deutsche Juden. Die Mitglieder des *Fund* allerdings zeigten kein Verständnis dafür, daß das deutsche Judentum nicht bereit war, den hohen Standard seiner Institutionen zu senken und sich der veränderten Realität in irgendeiner Form anzupassen<sup>49</sup>. Die Stiftung war vielmehr der Ansicht, der Lebensstandard deutscher Juden sei immer noch wesentlich höher als der des polnischen Judentums oder der jüdischen Bevölkerung in anderen osteuropäischen Ländern. Deutsche Juden könnten und müßten daher grundsätzliche Fragen innerhalb Deutschlands in den eigenen Verantwortungsbereich übernehmen<sup>50</sup>. Folglich beschränkte die Stiftung ihre Unterstützung auf die Auswanderung und berufliche Ausbildung deutscher Juden – insbesondere in Berufen, die für eine Einwanderung nach Palästina notwendig waren. Der *Joint* setzte dagegen seine Unterstützung für das umfassende Programm des *Zentralausschusses* fort<sup>51</sup>.

Bis 1933 hatten die polnischen Juden an der Spitze der Unterstützungsliste des *Joint* gestanden. Seit 1933 nahmen deutsche Juden diesen Platz ein<sup>52</sup>. Entsprechend überwies der *Joint* 1934 nur 9,8% seines Etats für kontinuierliche Unterstützung nach Polen, während deutsche Juden im gleichen Jahr 61,8% des Etats erhielten<sup>53</sup>. Dies führte zu heftigen Vorwürfen, deutsche Juden würden den polnischen vorgezogen, die Unterstützung der deutschen Juden sei im Vergleich zu den finanziellen Mitteln, die Juden in Osteuropa erhielten, nicht ausgewogen. Bernard Kahn, der Leiter des *Joint* in Europa, verteidigte die Politik des *Joint*. Er wies darauf hin, daß der *Joint* 1934 polnischen und deutschen Gemeinden Mittel in gleicher Höhe zugewiesen habe, und verwies dabei auf die indirekten Investitionen des *Joint* für Polen, also die Unterstützung polnischer Juden im Ausland, sowie Gelder, die aufgrund von Zuwendungen des *Joint* in den Kreditkassen in Polen zirkulierten. Die Kritik, man würde die polnischen Juden vernachlässigen und diskriminieren, resultiere aus einer Fehleinschätzung<sup>54</sup>. An diesem Argument hielt der *Joint* im weiteren Verlauf der dreißiger Jahre unverändert fest.

Die deutsch-jüdische Presse thematisierte ausführlich die wirtschaftliche Situation der polnischen Juden und entwarf ein Bild schändlicher Armut und furchtbarer Verzweiflung ohne jegliche Perspektive. Die Presse berichtete über Hunger, von dem insbesondere Kinder betroffen seien: Wegen Hunger und anderen Mangelerscheinungen mußten jüdische Kinder oft dem Schulunterricht fernbleiben<sup>55</sup>. Auch wurden wegen der Hungersnot immer häufiger Kinder ausgesetzt in der Hoffnung, sie würden von öffentlichen Institutionen aufgenommen und versorgt werden<sup>56</sup>. 1934 war jede vierte Familie in Warschau gezwungen, materielle Hilfe zu beanspru-

<sup>49</sup> JDC, Folder 628, Dr. Kahn, Draft Memorandum, April 1934.

<sup>50</sup> Ebenda.

<sup>51</sup> JDC, Folder 629, Dr. Bernhard Kahn's Report, 7. 1. 1935.

<sup>52</sup> JDC, Folder 225, Hyman an Rabbi Irving Frederick Reichert im Dezember 1935.

<sup>53</sup> Die Angaben stützen sich auf tabellarische Darstellungen in: Bauer, *Brother's Keeper*, S. 127, 190.

<sup>54</sup> JDC, Folder 629, Dr. Bernhard Kahn's Report, 7. 1. 1934.

<sup>55</sup> *Der Israelit*, Der strenge Winter steigert Not und Verzweiflung unter den Juden Polens, Nr. 5, 2. 2. 1933; *Jüdische Zeitung*, Nr. 6, 10. 2. 1933.

<sup>56</sup> *Der Israelit*, Zahlreiche Mütter wegen Aussetzung ihrer Kinder vor Gericht gestellt, Nr. 6, 9. 2. 1933; *Jüdische Zeitung*, Nr. 6, 10. 2. 1933.

chen, um Pessach zu feiern – so die in Breslau erscheinende *Jüdische Zeitung*<sup>57</sup>. Darüber hinaus, so wußte die Zeitung zu berichten, führte die katastrophale wirtschaftliche Lage zu einer Welle von Selbstmorden unter der chassidischen Bevölkerung im Raum Warschau, was angesichts des absoluten Suizidverbots im Judentum das Ausmaß der Not deutlich mache<sup>58</sup>.

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen schufen eine paradoxe Situation. Einerseits bestand kein Zweifel, daß polnische Juden dringend Hilfe benötigten, andererseits verbreitete sich das Gefühl, es habe keinen Sinn mehr, sie zu unterstützen<sup>59</sup>, denn so oder so sei ihre Lage verzweifelt. Infolge der Berichte Bernard Kahns über die Situation in Polen schwankten Paul Baerwald und James Rosenberg vom Direktorium des *Joint* schon Ende der zwanziger Jahre, ob finanzielle Zuwendungen nach Polen überhaupt noch sinnvoll seien. Auch der Vertreter des deutschen Judentums und Generalsekretär des *Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau*, Max Kreutzberger, dachte offenbar ähnlich, als er sich 1935 an den *Joint* wandte und versuchte, die Unterstützung der polnischen Juden als irrelevant und überflüssig darzustellen<sup>60</sup>. „Wir glauben allerdings,“ so schrieb Kreutzberger, „daß bei der Größe der dortigen Notstände mit geringen Beiträgen wenig erreicht werden kann.“ Kreutzberger war der Ansicht, polnischen Juden könne nur geholfen werden, wenn man ihre Auswanderung fördere. Jede andere Maßnahme sei irrelevant. Und er stellte entschieden fest, wirkliche Hilfe könne für das polnische Judentum kaum geleistet werden. In diesem Zusammenhang lenkte Kreutzberger die Aufmerksamkeit Josef Hymans, Verwaltungsleiter des *Joint*, auf den Bereich der Hilfs- und Aufbauarbeit in Deutschland – nach Kreutzbergers Meinung ein vielversprechender Sektor mit ernsthaften Perspektiven. Kreutzberger betonte zwar, die Führung des deutschen Judentums sei sich der Notlage polnischer Juden bewußt und wisse wohl, daß der *Joint* außer der Unterstützung deutscher Juden auch andere Aufgaben zu bewältigen habe. Doch praktisch war dies nur ein Lippenbekenntnis – Ziel des Briefes war, den *Joint* zu einer Aufstockung der finanziellen Mittel für deutsche Juden und zu einer Reduzierung der Hilfsmaßnahmen in Polen zu bewegen. Das waren gefährliche Argumente, die einerseits Hilflosigkeit und Verzweiflung bei der Arbeit in Polen hervorriefen, gleichzeitig aber Illusionen über die Möglichkeiten eines „Aufbaus“ der jüdischen Gemeinden in Deutschland wecken konnten<sup>61</sup>.

<sup>57</sup> *Jüdische Zeitung*, Nr. 11, 16. 3. 1934. Tatsächlich erhielt 1934 mehr als ein Viertel der jüdischen Bevölkerung Warschaus Wohlfahrtshilfe: Mendelsohn, *Zionism*, S. 10.

<sup>58</sup> *Jüdische Zeitung*, Nr. 45, 7. 12. 1934. Jakob Lestschinsky untersuchte das Phänomen der Suizidwelle unter der jüdischen Bevölkerung. Dabei unterschied er zwischen denjenigen, die sich aufgrund der politischen Unsicherheit das Leben nahmen, da sie den wachsenden Antisemitismus und die zunehmende Hilflosigkeit der Juden fürchteten, sowie denjenigen, die infolge des Hungers und der Not Suizid begingen: Lestschinsky, *Erev Churban*, S. 142–149.

<sup>59</sup> Eine Ausnahme stellte vielleicht die Sensibilität der Zeitung der deutschen Orthodoxie dar, die wiederholt deutsche Juden aufrief, Juden in Rußland wegen der dort herrschenden wirtschaftlichen Not zu unterstützen. *Der Israelit*, Hunger!, Nr. 26, 29. 6. 1933; Brüder in Not!, Nr. 28, 13. 3. 1933; Eine Mahnung an das jüdische Gewissen, Nr. 34, 24. 8. 1933.

<sup>60</sup> JDC, Folder 646, Max Kreutzberger an Hyman, 25. 2. 1935.

<sup>61</sup> Alexander Kahn, der für die Arbeit des *Joint* in Polen verantwortlich war, warnte nach einer Reise nach Polen davor, sich ohnmächtig dem polnischen Judentum gegenüber zu verschließen. Seiner Einschätzung nach hätten polnische Juden schon härtere Krisen und Prüfungen überstanden und seien nicht daran verzweifelt. JDC, Folder 790, Memorandum on JDC Activities in Poland, 9. 3. 1936.

1935 zeichnete sich eine weitere Verschlechterung der Situation der polnischen Juden ab. Pilsudskis Tod führte zu einer Stärkung der radikalen, antisemitischen Rechten und zu einer Verschlechterung der politischen Stellung polnischer Juden und ihrer Verdrängung aus der polnischen Wirtschaft. Kahn sprach im Mai 1935 davon, daß die Situation der deutschen Juden „von Tag zu Tag alarmierender“ sei, in Polen aber sei die Situation verzweifelt<sup>62</sup>. Der unvermeidliche Vergleich der Situation in Polen und Deutschland verstärkte den Protest gegen die Diskriminierung polnischer Juden im Bereich der Wohlfahrtshilfe. Besonders heftige Kritik übte die *Federation of Polish Jews in America*, eine kleine, nicht sehr einflußreiche Organisation. 1908 in New York gegründet, hatte sie sich bis in die dreißiger Jahre hinein fast ausschließlich den Angelegenheiten polnischer Juden in Amerika gewidmet. Die Organisation pflegte weitverzweigte Kontakte zu rund 130 „Landsmannschaften“ in den Vereinigten Staaten und nahm somit gewissermaßen die Rolle einer Dachorganisation polnischer Juden in den Vereinigten Staaten wahr<sup>63</sup>. Angesichts der Verschlechterung der Lage im Heimatland rief der *Verband* zur Hilfe auf. Er stellte zwei grundsätzliche Forderungen zur Behebung der Diskriminierung der polnischen Juden durch den *Joint* auf: Der *Verband* forderte eine Vertretung in der Exekutive des *Joint* sowie die garantierte Zuweisung von 500 000 US-Dollar aus dem vom *Joint* 1935 erzielten Gesamtspendenbetrag an polnische Juden. Er sagte eine Beteiligung an den Spendenaktionen zu, erklärte jedoch gleichzeitig, er werde dem Druck seiner Mitglieder nachgeben und eine eigene Spendenaktion durchführen, wenn die Höhe der Zuweisung an polnische Juden nicht wie gefordert festgelegt werde. Darüber hinaus waren die Mitglieder des *Verbandes* der Ansicht, das Direktorium des *Joint* – insbesondere sein europäischer Vertreter Bernard Kahn – würden mit zweitrangigen Personen in Polen in Verbindung stehen, nicht aber mit der wirklichen Führung polnischer Juden. Um die finanziellen Mittel in Polen richtig zu verwenden, so meinten die Mitglieder der *Federation of Polish Jews*, müßte man zielgerichtete Verhandlungen mit verschiedenen Stellen in Polen aufnehmen und darauf achten, daß die Unterstützungsmittel in konstruktive, gut geplante Projekte fließen. Gleich bei der ersten Begegnung der Vertreter des *Joint* und des *Verbandes* kam es zu großen Meinungsverschiedenheiten. Der *Joint* lehnte die Forderungen des *Verbandes* ab; er ließ sich nicht von dessen Aussage beeindrucken, er vertrete eine Million amerikanischer Juden polnischer Herkunft.

Die Forderung nach einer Vertretung des *Verbandes* in den Körperschaften des *Joint* wurde ebenso zurückgewiesen wie die Idee einer Repräsentation nach Herkunftsländern. Auch mit seiner Forderung nach einer Mitgliedschaft im Führungsgremium des *Joint* stieß der *Verband* im gesamten Verlauf der dreißiger Jahre auf eindeutige Ablehnung: Hyman formulierte die Problematik anschaulich, wenn er schrieb, man habe niemals nach der Herkunft der Kollegen gefragt, die man respektiere und schätze. Der *Joint* habe als zentrale Stelle zur Sammlung und Verteilung von Spendengeldern immer versucht, allen Juden zu helfen. Er habe versucht, polnischen Juden zu helfen, nicht weil sie Polen, sondern weil sie Juden seien. Er habe versucht, deutschen Juden zu helfen, nicht weil sie Deutsche, sondern weil sie Juden seien. Und er habe sich stets bemüht, ein „Bindestrich-Judentum“ zu vermeiden.

<sup>62</sup> JDC, Folder 788, Kahn an Felix Warburg, 11. 5. 1935.

<sup>63</sup> Zur Struktur der Landsmannschaften in Amerika siehe: Rontch, Landsmannschaften.

Die leitenden Werte seien stets auf das Gemeinsame unter den Juden, nicht auf das Trennende gerichtet gewesen<sup>64</sup>. Und bei anderer Gelegenheit schrieb Hyman, wenn deutsche Juden nur deutschen Juden helfen wollten, wenn polnische Juden nur polnischen Juden Unterstützung zukommen lassen wollten, dann würde man alle Früchte der gemeinsamen Anstrengungen verlieren, durch die die erfolgreiche Geschichte des *Joint* geprägt sei<sup>65</sup>. Angesichts der sich ständig ändernden Anforderungen und der hohen Summen, die für die Emigration deutscher Juden aufgebracht werden mußten, sehe der *Joint* keine Möglichkeit, sich auf irgendeine Summe für ein bestimmtes Land festlegen zu lassen<sup>66</sup>. Zu jener Zeit erwog der *Joint* in New York sogar, die Hilfe für Polen mit dem Argument zu kürzen, viele der nach Deutschland überwiesenen Gelder würden ohnehin indirekt osteuropäischen Juden zugute kommen, die als Flüchtlinge oder permanent in Deutschland lebten und dort in den Genuß von Wohlfahrtshilfe kämen<sup>67</sup>. Der *Joint* wollte den Konflikt mit der *Federation of Polish Jews in America* durch den Vorschlag lösen, mit Hilfe der Landsmannschaften gemeinsame Spendenaktionen durchzuführen. Die Landsmannschaften, so glaubte die *Joint*-Führung, könnten viele polnische Juden besser von der Notwendigkeit der Spenden überzeugen, da sie ihnen das Gefühl vermitteln, die Spenden gingen direkt in das Heimatland. Damit könnten die polnischen Juden mobilisiert werden, die zunächst nur zurückhaltend spendeten<sup>68</sup>. Der *Verband polnischer Juden* lehnte die Benachteiligung Polens bei der Verteilung des *Joint*-Etats ab und wandte sich an die jüdische Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten.

Folgende Angaben machen deutlich, daß im gesamten Verlauf der dreißiger Jahre – abgesehen von 1938 – die Aufwendungen des *Joint* in Polen niedriger waren als in Deutschland<sup>69</sup>:

| Jahr | Gesamt-<br>betrag | Gesamtbetrag<br>Polen | Polen<br>in % | Gesamtbetrag<br>Deutschland | Deutschland<br>in % |
|------|-------------------|-----------------------|---------------|-----------------------------|---------------------|
| 1934 | \$ 1 382 326      | \$ 136 280            | 9,8           | \$ 855 427                  | 61,8                |
| 1935 | \$ 983 343 (?)    | \$ 216 532            | 20,7          | \$ 507 000 <sup>70</sup>    | 51,5                |
| 1936 | \$ 1 904 923      | \$ 464 529            | 23,7          | \$ 1 188 884                | 62,4                |
| 1937 | \$ 2 883 759      | \$ 943 830            | 32,7          | \$ 1 160 000                | 40,2                |
| 1938 | \$ 3 799 709      | \$ 1 245 300          | 32,7          | \$ 486 000                  | 12,7                |
| 1939 | \$ 8 490 516      | \$ 845 000            | 9,9           | \$ 978 102                  | 11,5                |

Auf die auffallenden Unterschiede bei der Mittelverteilung angesprochen, zeichneten die Verantwortlichen des *Joint* ein von der Statistik abweichendes Bild, das sie mit verschiedenen Argumenten zu rechtfertigen suchten. Prinzipiell stritten sie eine unterschiedliche Behandlung beider Länder ab und betonten bei jeder sich bietenden Gelegenheit, daß der *Joint* seit seiner Gründung bis 1933 mehr als 27 000 000

<sup>64</sup> JDC, Folder 228, Hyman an Dr. Maurice Taylor (United Jewish Fund), 8. 2. 1938.

<sup>65</sup> JDC, Folder 228, Hyman an Martin M. Cohn, 12. 9. 1938.

<sup>66</sup> JDC, Folder 225, Hyman an die *Federation of Polish Jews of America*, 3. 4. 1935.

<sup>67</sup> JDC, Folder 225, Baerwald an Kahn, 4. 4. 1935.

<sup>68</sup> JDC, Folder 225, Goldwasser an Tygel, 11. 4. 1935.

<sup>69</sup> Die folgenden Angaben stützen sich auf tabellarische Darstellungen in: Bauer, Brother's Keeper, S. 127, 190.

<sup>70</sup> Die entsprechende Angabe bei Bauer ist nicht korrekt. Die korrigierte Angabe bei: JDC, Folder 228, Hyman an Isidore Sobeloff (Secretary of Jewish Welfare Federation), 28. 1. 1938.



US-Dollar in Polen investiert habe, eine Summe, die der Behauptung, polnische Juden würden vom *Joint* diskriminiert, jegliche Grundlage entziehe<sup>71</sup>. Allerdings wurden die Summen, die der *Joint* in Kreditinstitute in Polen investiert hatte, sowie die von den Instituten erzielten Gewinne bei diesen apologetischen Berechnungen zu den jährlichen Investitionen des *Joint* in Polen hinzugezählt<sup>72</sup>. Dies war jedoch irreführend, denn diese Mittel kamen aus einer anderen Finanzquelle, stammten also nicht aus den beim *Joint* eingehenden Spendengeldern. Der *Joint* versuchte so die Differenzen bei der Verteilung der finanziellen Mittel – aus den regelmäßigen Einkommen – zwischen Deutschland und Polen zu überspielen. In allen Antwortbriefen an die zahlreichen diesbezüglichen Fragesteller – führende Persönlichkeiten der jüdischen Gemeindeorganisationen in Amerika – stellte der *Joint* seine Ausgaben in Polen detailliert dar, legte jedoch die entsprechenden Angaben für Deutschland nicht zum Vergleich vor. Auch dies war ein Versuch, die Verhältnisse zu verschleiern und die Vorwürfe der *Federation of Polish Jews in America* zu zerstreuen. Gleichzeitig versuchte der *Joint*, die Führungsspitze der *Federation* zu diskreditieren. In der internen Korrespondenz hieß es, diese Personen hätten in den letzten vier oder fünf Jahren den Kassen des *Joint* nicht mehr als 400 oder 500 Dollar zugeführt<sup>73</sup>. Mit dieser Information sollte die professionelle Fähigkeit der Verbandsführung in Frage gestellt werden, die für sich den Anspruch erhob, mehr als eine Million Dollar für polnische Juden gesammelt zu haben.

Neben dem Vorwurf, polnische Juden würden im *Joint*-Etat zu wenig berücksichtigt, machte sich Unbehagen über die Höhe der Summen bemerkbar, die der *Joint* dem *Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau* in Deutschland zuwies. Angesichts der zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten wurden Stimmen laut, die verlangten, daß der Etat des *Zentralausschusses* einer öffentlichen Aufsicht unterstellt werden solle. Schon Anfang der zwanziger Jahre hatten sich jüdisch-sozialistische Kreise in Deutschland darüber beklagt, daß das „jüdische Bürgertum“ in Deutschland die finanziellen Hilfsmittel amerikanischer Juden über das „bürgerliche Armenwesen“ verteile und die „jüdischen Arbeiter“ dadurch zu „Almosenempfängern“ abstemple<sup>74</sup>. Doch die Mitte der dreißiger Jahre erhobenen Vorwürfe waren anderer Natur. Neben dem Streit um die Verteilung der *Joint*-Gelder zwischen Polen und Deutschland begann die jiddische Presse in Amerika 1935 eine Kampagne gegen die Höhe der Summen, die der *Joint* dem *Zentralausschuß* in Deutschland zur Verfügung stellte. Dieser Ausschuß, so wurde in der Presse behauptet, sei auf die umfangreichen Finanzmittel, die er vom *Joint* und dem *Central British Fund for German Jewry* erhalte, nicht angewiesen. Friedrich Brodnitz, der Vorsitzende des *Central Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* und Mitglied des *Zentralausschusses*, verteidigte sein Wohlfahrtsprojekt<sup>75</sup>. Er wandte sich an Neville Laski, den Vorsitzenden des *British Board of Deputies*, und an Max Warburg, den Präsidenten des *Hilfsvereins*, um die Vorwürfe zu widerlegen, deren

<sup>71</sup> JDC, Folder 790, Memorandum regarding the Joint Distribution Committee's work in Poland, 3. 4. 1936.

<sup>72</sup> JDC, Folder 629, Dr. Bernhard Kahn's Report, 7. 1. 1935.

<sup>73</sup> JDC, Folder 226, Hyman an Samuel Goldsmith, Jewish Welfare Fund, 18. 5. 1936.

<sup>74</sup> LBI-N.Y., Robert Weltsch Collection, AR 7185, Eine jüdische Arbeiterkonferenz in Deutschland.

<sup>75</sup> JDC, Folder 788, Brodnitz an Laski, 26. 2. 1935.

Quelle er in Kreisen vermutete, die die finanzielle Hilfe für deutsche Juden eingestellt wissen wollten. In einem Schreiben an Warburg legte Brodnitz den Anteil dar, den osteuropäische Juden von den nach Deutschland gehenden Hilfsmitteln erhielten. Demnach empfingen diese eine Gesamtunterstützung, die ihren Anteil an der Bevölkerung weit übertraf, und zwar in allen Bereichen der Arbeit des *Ausschusses*, darunter Sozialhilfe, Emigrationshilfe, Erziehung, Darlehen und Berufsumschulung<sup>76</sup>. Warburg teilte die Ansicht, daß eine Unterstützung deutsch-jüdischer Institutionen praktisch einer Unterstützung osteuropäischer Juden gleichkomme, da viele Staaten den an einer Auswanderung aus Deutschland interessierten ostjüdischen Einwanderern große Schwierigkeiten in den Weg legten. Eine ähnliche Position vertraten auch Persönlichkeiten aus den Führungsgremien des *Joint*. Hier wurde die Hilfe für Flüchtlinge osteuropäischer Herkunft als Hilfe für Osteuropa verrechnet und mittels dieser Rechnung der Unterschied zwischen tatsächlich in osteuropäischen Ländern lebenden Juden und polnischen Juden in Deutschland verschleiert. Brodnitz' detaillierter Brief, in dem er den Anteil osteuropäischer Juden an allen Wohlfahrtsbereichen darstellte, belegt, daß osteuropäische Juden als separater Sektor wahrgenommen wurden. Daß Brodnitz von einer „positiven Diskriminierung“ sprach, ist erstaunlich. Auf jeden Fall blieben die *Reichsvertretung* und der *Zentralausschuß* uneingeschränkte Partner des *Joint* und kooperierten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit ihm bis zur Auflösung dieser Körperschaften im Jahre 1938.

Die Vorstandsmitglieder des *Joint* konnten nur schwer mit den zahlreichen Vorwürfen der Diskriminierung polnischer Juden umgehen. Viele reagierten emotional und konzentrierten sich auf eine persönliche Auseinandersetzung mit den Mitgliedern der *Federation of Polish Jews*, ohne den sachlichen Argumenten überhaupt Aufmerksamkeit zu schenken. Cyrus Adler, der Vorsitzende der Abteilung für Religion und Kultur des *Joint*, überlegte, ob es nicht sinnvoll sei, dem Verband anzu-drohen, der *Joint* sehe sich jeglicher Verpflichtung enthoben und überlasse das Feld in Polen der *Federation*, wenn diese getrennte Spendensammlungen zugunsten der polnischen Juden durchführe<sup>77</sup>. Josef Hyman vermittelte seinem Amtskollegen von der *Federation of Polish Jews in America*, Zelig Tygel, während einer persönlichen Unterredung eine ganz ähnliche Position: Der *Joint* werde im Falle einer getrennten polnischen Kampagne von seiten des Verbandes keinen Einspruch erheben, die volle Verantwortung für die Situation in Polen läge dann allerdings bei der *Federation of Polish Jews*<sup>78</sup>.

Während sich das Führungsgremium des *Joint* in New York mit dem Hinweis auf getrennte Spendenaktionen gegen die Drohungen der *Federation of Polish Jews* wehrte, mußte Bernard Kahn zu den inhaltlichen Argumenten, die sich ja im wesentlichen gegen seine Arbeit richteten, Stellung beziehen. Als Direktor des *Joint* in Europa, der in Polen und Deutschland zahlreiche Erfahrungen gesammelt hatte, war Kahn zu einem professionellen Urteil befähigt. Kahns Position war gewiß wohlüberlegt und besonnen formuliert. Er stritt nicht ab, daß Deutschland eine ge-

<sup>76</sup> JDC, Folder 788, Brodnitz an Max Warburg, 19. 2. 1935.

<sup>77</sup> JDC, Folder 225, Cyrus Adler an Hyman, 23. 4. 1935.

<sup>78</sup> JDC, Folder 225, Hyman an Baerwald, 9. 5. 1935.

wisse Priorität in der Arbeit des *Joint* erhalten habe<sup>79</sup>. Außerdem bekannte er, daß die Prioritäten des *Joint* nicht allein durch dieses oder jenes Kriterium von Not und Elend festgelegt würden, sondern vielmehr auch aufgrund politischer Erwägungen entstünden. Kahn war sich bewußt, daß mit den nach Polen und in andere osteuropäische Staaten überwiesenen, letztlich geringfügigen Mitteln keine sinnvolle Arbeit möglich war<sup>80</sup>. Und er weigerte sich auch, die Summen, die der *Joint* osteuropäischen Flüchtlingen und Repatrianten zur Verfügung stellte, mit der Hilfe für das osteuropäische Judentum zu verrechnen, und betonte mit Recht, die Flüchtlinge hätten die osteuropäischen Länder viele Jahre zuvor verlassen, so daß ihr Notstand nicht mit dem Elend in Osteuropa an sich verglichen werden könnte. Es wäre gut, wenn der *Joint* der Forderung der *Federation of Polish Jews* nach 500 000 Dollar nachkäme; allerdings habe diese Forderung angesichts der finanziellen Situation keinerlei Chancen, erfüllt zu werden. Andere Mitglieder des *Joint* nahmen die *Federation of Polish Jews* weniger ernst und bezeichneten sie als eine „Organisation auf dem Papier“<sup>81</sup>. Kahn hatte jedoch erkannt, daß die *Federation* viele Beziehungen innerhalb des polnischen Judentums besaß und in der Lage war, das Verhältnis polnischer Juden zum *Joint* zu beeinflussen. Daher nahm Kahn die Argumente der *Federation* ernst und suchte nach sachlichen Lösungen.

Die Beziehungen des *Joint* zur Führung des polnischen Judentums sowie zu den mit der Verwaltung der Gelder beauftragten Institutionen in Polen waren – im Vergleich zu dem Verhältnis zur Führung des deutschen Judentums – komplex und kompliziert. Zunächst kontrollierte der *Joint* die Überweisung der Gelder nach Polen und die Verteilung der Mittel direkt durch seine Mitarbeiter – amerikanische Juden<sup>82</sup>. In anderen Bereichen jedoch hatte der *Joint* die Koordinierungsarbeit und die Verantwortung der lokalen Führung der polnischen Juden übertragen können<sup>83</sup>. Im Verlauf der langjährigen Arbeit des *Joint* in Polen jedoch beeinträchtigte die politische Aufspaltung innerhalb des einheimischen Judentums die Arbeit der Organisation<sup>84</sup>. In den dreißiger Jahren sah sich der *Joint* weiterhin mit ähnlichen Problemen in Polen konfrontiert. Bernard Kahn klagte 1935, die politische und organisatorische Aufspaltung der polnischen Juden und der Mangel an Professionalität innerhalb der einheimischen Organisationen in Polen seien für die Arbeit des *Joint* eine schwere Bürde<sup>85</sup>. Aus der Perspektive des *Joint*, so meinte Kahn, sei es günstiger, die Arbeit der Darlehens- und Almosenkassen in Polen einer einheitlichen Kontrollinstanz zu unterstellen, damit dieser Bereich nicht durch die interne politische Aufspaltung des polnischen Judentums beeinträchtigt werde. Die Vielzahl der jüdischen Parteien und Organisationen sowie die gewaltigen Spannungen zwischen

<sup>79</sup> “It is true that the misery in Poland is very appalling, and you will see from my report on Poland how tragic the situation there is. On the other hand, German events are of such tremendous historical effect on the Jews of the whole world that, for the time being the assistance to German-Jews must come first.” – JDC, Folder 225, Kahn an Hyman, 10. 5. 1935.

<sup>80</sup> JDC, Folder 225, Kahn an Baerwald, 11. 5. 1935.

<sup>81</sup> JDC, Folder 225, Baerwald an Kahn, 4. 4. 1935.

<sup>82</sup> Rojanski, *American Jewry's Influence*, S. 62.

<sup>83</sup> So die Betreuung von Waisen und etliche Aufgaben im Bereich der medizinischen Versorgung; ebenda, S. 69, 73.

<sup>84</sup> Das jüdische Erziehungswesen in Polen und die Darlehenskassen waren die wesentlichen Opfer dieser parteilichen Aufspaltung des Judentums; ebenda, S. 75 ff.

<sup>85</sup> JDC, Folder 225, Kahn an Baerwald, 11. 5. 1935.

Zionisten, Sozialisten und Orthodoxen verhinderten eine Zusammenarbeit, wie sie innerhalb des deutschen Judentums möglich sei. Jeglicher Ruf nach Einigkeit jedoch, so meinte Kahn, verhalte ohne Aussicht auf Erfolg.

Eine zusätzliche Schwierigkeit stellte das Fehlen einer Körperschaft, Institution oder Organisation dar, die ausreichend professionell war, um das volle Vertrauen des *Joint* genießen und die Koordination der finanziellen Mittel des *Joint* in Polen übernehmen zu können. Kahn hatte sich in Polen bereits äußerst unbeliebt gemacht, als es in den Jahren 1930–1932 zwischen ihm und verschiedenen Gruppierungen des lokalen Judentums zu einer heftigen Auseinandersetzung über die Administration der Zentralbank gekommen war, die die Gelder der Darlehenskassen des *Joint* in Polen verwaltete<sup>86</sup>. Angesichts von Korruption und Mißwirtschaft hatte Kahn einen Finanzskandal von internationalem Ausmaß gefürchtet, der den guten Ruf des *Joint* und jüdischer Persönlichkeiten in aller Welt, die zu den Hauptinvestoren des *Joint* gehörten, hätte gefährden können. Kahn sah sich gezwungen, die Bank aus diesen Gründen zu schließen. Natürlich fürchtete er auch einen endgültigen Verlust der Gelder. Seine Entscheidung rief heftige Reaktionen und allgemeine Angriffe gegen den *Joint* hervor. Die Zionisten und der *Bund*, die an der Spitze des Aufsichtsrates der Bank standen, richteten einen Teil der Kritik gegen Kahn persönlich und beschuldigten ihn der Überheblichkeit und bürokratischen Kälte. Darüber hinaus jedoch gab es in diesen Debatten auch einen grundsätzlichen Aspekt im Hinblick auf die Frage, wer denn nun die Verfügungs- und Eigentumsrechte an dem Kapital besitze, das der *Joint* nach Polen überwies. Viktor Alter aus der Führungsgruppe des *Bundes* forderte in einer Kampagne, die Mittel des *Joint* ihren rechtmäßigen Eigentümern, also den polnischen Juden, zuzuführen. Der *Bund* verlor diese Kampagne, seine Beziehungen zum *Joint* blieben fortan getrübt.

Das Fehlen einer koordinierenden Körperschaft war auch 1935 noch spürbar. Angesichts der in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen wollte Kahn jedoch seine Forderung nach Professionalität nicht zurücknehmen. Er betonte, der *Joint* widersetze sich keiner Zusammenarbeit mit jüdisch-polnischen Organisationen, sei jedoch keineswegs bereit, die Verantwortung für die Gründung einer Bank in Warschau zu übernehmen. Und mit einem gewissen Sarkasmus fügte er hinzu, die Menschen in Polen könnten die volle Kooperationsbereitschaft des *Joint* genießen. Doch sie seien durch eine starke Propaganda beeinflusst und glaubten, sie könnten die Gründung einer Bank erzwingen, von der dann Gelder in alle Teile Polens gingen und der die Stiftung ungezählte Mittel zufließen lassen werde. Eine derartige Bank könne keine Organisation der Welt gründen<sup>87</sup>.

Die Weigerung des *Joint*, erneut eine jüdische Zentralbank für den Geldtransfer des *Joint* in Polen ins Leben zu rufen, war eindeutig und konsequent<sup>88</sup>. Hier kam einer der grundsätzlichen Wesensunterschiede zwischen den Beziehungen des *Joint* zum polnischen Judentum und zum deutschen Judentum zum Ausdruck. Während der *Zentralausschuß* und die *Reichsvertretung* volle Unterstützung und absolutes Vertrauen des *Joint*-Präsidiums besaßen, mißtraute der *Joint* während der ganzen

<sup>86</sup> Bauer, *Brother's Keeper*, S. 44 f.

<sup>87</sup> JDC, Folder 225, Kahn an Hyman, 10. 5. 1935.

<sup>88</sup> JDC, Folder 225, Hyman an Kahn, 13. 6. 1935.

dreißiger Jahre der Fähigkeit des polnischen Judentums zur Selbstverwaltung<sup>89</sup>. Der *Joint* rechtfertigte dieses Mißtrauen gegenüber der Führung des polnischen Judentums durch den Hinweis auf die internen Aufsplitterungen. David Schweitzer, der Finanzverwalter des *Joint*, faßte die Eindrücke einer Visitationsreise durch beide Länder zusammen und meinte, trotz der Kürze seines Aufenthaltes in Deutschland und Polen habe er sich der Ähnlichkeit der tragischen Situation von Juden in diesen benachbarten Ländern nicht entziehen können. Beide Länder seien so unterschiedlich und doch so gleich im Hinblick auf die Juden. Beachtlich aber sei vor allem der Unterschied in den Bemühungen der einheimischen jüdischen Bevölkerung zum Schutze ihres Status. Während man in Deutschland auf das eindeutige Bemühen stoße, zu einer einheitlichen Arbeit – einer einheitlichen Aktionsfront – zu gelangen, treffe man in Polen auf ein in sich gespaltenes Judentum. Ohne Einheitlichkeit seien jedoch alle Anstrengungen vergebens<sup>90</sup>.

Dem polnischen Judentum gelang es im Laufe der dreißiger Jahre nicht, eine Zentralinstitution aufzubauen, die die internen weltanschaulichen Differenzen hätte überwinden können. Das Fehlen einer von allen Parteigruppierungen und Organisationen akzeptierten Körperschaft erschwerte ebenso wie die allgemeine Schwäche jüdischer Organisationen die Verteilung der Gelder des *Joint*, schmälerte jedoch auch die Motivation, polnische Juden finanziell zu unterstützen<sup>91</sup>.

Völlig anders geartet waren die Beziehungen des *Joint* zur Führung des deutschen Judentums. Zwar genoß der *Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau* in Deutschland im Gegensatz zu den polnisch-jüdischen Organisationen von Anfang an das volle Vertrauen und die absolute Unterstützung des *Joint*. Doch als sich die Situation der deutschen Juden von Jahr zu Jahr verschlechterte und es zu einer permanenten finanziellen Notsituation kam, konnte auch der *Joint* den finanziellen Erwartungen und Ansprüchen des *Zentralausschusses* nicht mehr nachkommen. Der *Joint* sah sich 1935 gezwungen, die Forderungen des *Zentralausschusses* abzulehnen. Dies wurde nun mit dem Hinweis auf die Juden in Osteuropa begründet. Man brachte die Hoffnung zum Ausdruck, deutsche Juden könnten innerhalb ihrer Gemeinden benötigte Mittel selbst aufbringen<sup>92</sup>. Der *Zentralausschuß* kritisierte die Kürzung der Zahlung des *Joint*<sup>93</sup>. Kreutzberger und andere Zionisten im Vorstand des *Zentralausschusses* meinten, mit dem Hinweis auf die Verpflichtung des *Joint* gegenüber osteuropäischen Juden wolle sich die Organisation der Verpflichtung gegenüber

<sup>89</sup> Entsprechende Klagen gegen das Warschauer *Joint*-Büro wurden auch in späteren Jahren laut. Ob das Büro jemals den Anforderungen des *Joint*-Präsidiums in New York genüge, darf angezweifelt werden. – JDC, Folder 172, Extract from Letter of Mr. D. J. Schweitzer, Subject: Administration of J. D. C. Office in Warsaw, 1. 2. 1937.

<sup>90</sup> JDC, Folder 790, D. J. Schweitzer, Notes on a Recent Trip to Germany and Poland, November 1936.

<sup>91</sup> Ende 1938 unternahm der *Joint* einen Versuch, eine Zentralinstitution zu errichten, die die Verteilung der Gelder und die Koordination der Arbeit in wirtschaftlichen und sozialen Bereichen hätte übernehmen sollen. Infolge der Interessenunterschiede war dieser Initiative bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kein Erfolg beschieden. Melzer, No Way Out, S. 41 f., 51, 100.

<sup>92</sup> RV, J. C. Hyman (Joint, New York) an Max Kreutzberger vom *Zentralausschuß*, 30. 1. 1935.

<sup>93</sup> So z. B. im Gespräch Kreutzbergers mit Bernhard Kahn: RV, Dr. Kreutzberger (Zentralausschuß) an Dr. Georg Landauer (Jewish Agency for Palästina), 12. 4. 1935.

deutschen Juden entziehen<sup>94</sup>. Sie hielten die Ansiedlung in Palästina für die einzig sinnvolle Lösung für das Problem der Not der deutschen Juden. Hier sei der *Joint* anderer Meinung, und darin läge der eigentliche Grund dafür, daß man deutschen Juden notwendige Hilfsmittel verweigere. Der Hinweis auf Not und Elend der jüdischen Bevölkerung in Polen sei nichts anderes als eine Verschleierung der wahren Motive des *Joint*. Die Zionisten im *Zentralausschuß* sahen ihre Kritik am philanthropischen Ansatz des *Joint*, der letztlich eine effektive Hilfe verhindere, bestätigt<sup>95</sup>.

Mit der Zeit mußte die Führung des deutschen Judentums einsehen, daß in eigener Angelegenheit nicht mehr getan werden konnte, als bereits von den jüdischen Organisationen unternommen worden war. Es galt, sich nun den Umständen zu fügen. Diese neue Haltung schlug sich in den offiziellen Erklärungen des *Zentralausschusses* nieder. Im Tätigkeitsbericht für das Jahr 1936 bedauerte der *Zentralausschuß*, daß er die osteuropäischen Juden in Deutschland in diesen Notzeiten nicht mehr so wie in der Vergangenheit unterstützten könnte<sup>96</sup>. Er sprach in diesem Zusammenhang von dem Unbehagen bei dem Rollenwechsel vom Geber zum Empfänger und erklärte, man sei sich bewußt, daß jeder angesichts der überall zunehmenden Not höchste Anstrengungen unternehmen müsse, um die erforderlichen Mittel in den eigenen Reihen aufzubringen. Ähnliche Worte fielen auch 1937 im Rahmen der *Jüdischen Winterhilfe*. Zu einem Zeitpunkt, an dem jeder fünfte Jude in Deutschland bereits auf die Unterstützung der *Winterhilfe* angewiesen war, wurde den Verantwortlichen des jüdischen Wohlfahrtssystems in Deutschland das Ausmaß der Not in Deutschland und in Polen deutlich. Die neuesten Berichte des *Joint* aus Osteuropa, insbesondere aus Polen, hätten eindeutig gezeigt, daß Juden im Osten stärker auf Unterstützung angewiesen seien als deutsche Juden<sup>97</sup>. Bisweilen konnte man noch den kritischen Einwand hören, finanzielle Mittel würden für die Unterstützung von polnischen Juden verschwendet<sup>98</sup>; in Wahrheit jedoch hatte auch die jüdische Öffentlichkeit in Deutschland erkannt, daß ihr Leid im Vergleich zum Elend in Osteuropa relativ war.

Auf der Suche nach praktischen Lösungen für die wachsende wirtschaftliche Not der deutschen Juden begannen sich die jüdischen Institutionen für bestimmte Modelle zu interessieren, die für das Wohlfahrtssystem der Gemeinden in Osteuropa charakteristisch waren. Dort wurden vorwiegend genossenschaftlich organisierte Kleinbetriebe mit geringfügigen Darlehen unterstützt, da man die Überlebenschancen der Großbetriebe und ihren Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen gering einschätzte. So formulierte der sozialistische Zionist Shalom Adler-Rudel, einer der führenden Männer im jüdischen Wohlfahrtssystem in Deutschland gegen Ende des Ersten Weltkrieges, Richtlinien, mit denen die deutschen Juden in Anlehnung an Modelle des osteuropäischen Judentums zur wirtschaftlichen Selbsthilfe auf kollektiver Basis „erzogen“ werden sollten<sup>99</sup>.

<sup>94</sup> RV, Dr. Kreutzberger (*Zentralausschuß*) an Dr. Georg Landauer (*Jewish Agency for Palästina*), 8. 7. 1935.

<sup>95</sup> So schon 1933: LI, Berger in der Sitzung des Exekutivkomitees der *Histadrut* (Gewerkschaft), 14. 7. 1933, S. 3.

<sup>96</sup> RV, Arbeitsbericht des Zentralausschusses für das Jahr 1936.

<sup>97</sup> C.V.Z., Dr. Bruno Sommerfeld, *Das jüdische Sozialwerk in Deutschland*, Nr. 26, 1. 7. 1937.

<sup>98</sup> JR, Die Konferenz der polnischen Juden, Nr. 69, 1. 7. 1937.

<sup>99</sup> CZA, A 140/159, Adler-Rudel, *Gestalt und Aufbau der Sozialarbeit*, 1935, 28.

Anschaulichstes Beispiel für diesen Ansatz war der Versuch, Genossenschaftsbanken zu gründen. In Osteuropa waren jüdische Genossenschaftsbanken schon vor dem Ersten Weltkrieg verbreitet gewesen. Um deutsche Juden von den Vorteilen dieser Genossenschaftsbanken zu überzeugen, war etliche Überzeugungsarbeit notwendig. Großbanken wurden vielfach den kleineren Bankinstituten vorgezogen. Auch mit jüdischen Banken wollte man sich nicht so recht anfreunden, da man glaubte, sie zeichneten sich im wesentlichen durch ungerechtfertigte Isolation vom allgemeinen System aus<sup>100</sup>. „Ivria“, die erste jüdische Genossenschaftsbank in Deutschland, war von zionistischen osteuropäischen Juden bereits 1928 in Berlin gegründet worden. Weitere Filialen in anderen Städten folgten.

Außer Genossenschaftsbanken wurden mit Unterstützung des *Zentralausschusses* verschiedene Darlehenskassen gegründet, die angeschlagenen jüdischen Kleinbetrieben die Möglichkeit bieten sollten, sich wirtschaftlich zu erholen. Auch dieser Ansatz hatte seinen Ursprung in Polen, wo der *Joint* Juden kleinere Darlehen zur Existenzgründung zur Verfügung stellte<sup>101</sup>. Erste Versuche zur Gründung derartiger Darlehenskassen für Kleinbetriebe setzten infolge der Weltwirtschaftskrise ein<sup>102</sup>. Am 12. Januar 1933 wurde in Berlin die *Zentrale für jüdische Darlehenskassen e. V.* ins Leben gerufen<sup>103</sup>. Der *Zentralausschuß* spielte seit 1933 eine Schlüsselrolle bei der Gründung dieser Kassen, wie der Vertreter des *Joint* an das Direktorium in New York berichten konnte<sup>104</sup>. Viele Juden mußte umdenken, denn in der Regel verstanden sie nicht, warum die Kassen großen Unternehmen Unterstützung verweigerten und mit den beschränkten Mitteln gerade kleinere Betriebe förderten<sup>105</sup>. Auch hier machte sich osteuropäischer Einfluß bemerkbar: Die geringen Mittel sollten vernünftig verwendet werden, damit möglichst vielen Menschen eine wirtschaftliche Basis geboten werden konnte<sup>106</sup>. Im Laufe der dreißiger Jahre unterstützte und finanzierte der *Joint* die Gründung der Darlehenskassen in Deutschland nach osteuropäischem Modell. So investierte er zwischen 1933 und 1937 zunächst zirka 400 000 Reichsmark<sup>107</sup>. Doch noch bevor diese Darlehenskassen erste Erfolge aufweisen konnten, griffen die Nationalsozialisten in die Tätigkeit der Kassen ein. Im Dezember 1938 wurden die jüdischen Darlehensinstitute endgültig geschlossen.

<sup>100</sup> *Jüdische Zeitung*, Dr. Walter Lux, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Genossenschaftsbank „Ivria“ in Breslau, *Jüdische Genossenschaftsbanken*, 17. 4. 1936.

<sup>101</sup> Yahil, *Holocaust*, Bd. 1, S. 107; *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik*, Jg. 1933/1934, S. 123 ff.; Barkai, *Boykott zur „Entjudung“*, S. 15.

<sup>102</sup> Vollnhals, *Jüdische Selbsthilfe*, S. 365 ff.

<sup>103</sup> Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe*, S. 7.

<sup>104</sup> JDC, *Summary of Report of German Jewish Central Relief Committee Released to the Press by Rabbi Jonah B. Wise*, 4. 10. 1933.

<sup>105</sup> *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik*, Ludwig Batzner, *Zur Arbeit der jüdischen Darlehenskassen*, 4. Jg., 1993/34, S. 275–280, hier: S. 277 ff.

<sup>106</sup> *Gemeindeblatt Berlin*, Walter Breslauer, *Der Wirkungsbereich der Gemeinde*, Nr. 4, 17. 2. 1934.

<sup>107</sup> Bauer, *Brother's Keeper*, S. 130 f.; *Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik*, Max Kreutzberger, *Aufbau und Ausbau des jüdischen Darlehenswesens*, 4. Jg., 1993/34, S. 123 ff.

## 4. „Aus höchsten Höhen in die Tiefe“

1936 verglich Chaim Weizmann in seiner Rede vor dem *British Council for German Jewry* – er war zu jener Zeit Präsident der *Jewish Agency* und zuvor verantwortlich für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina – das Leid der polnischen Juden mit dem der deutschen Juden:

„Es ist hier auch über die Situation in Polen gesprochen worden, und ich bin mir bewußt, daß polnische Juden der Meinung sind, deutsche Juden seien die Hätschelkinder der jüdischen Gemeinschaft geworden. Ich möchte mich nicht auf diese Diskussion einlassen, aber ich möchte die Gründe nennen, warum die deutsche Tragödie uns so besonders berührt. Um nur einen Grund zu erwähnen: Es lebte dort eine jüdische Gemeinde, vollständig emanzipiert, die seit mehr als hundert Jahren nicht nur an dem kulturellen Leben der eigenen Gemeinschaft, sondern auch an dem der ganzen Welt teilgenommen hatte und die damit einen der größten Beiträge zur Zivilisation, zu Europa, geleistet hat. Plötzlich aus solchen Höhen in derartige Tiefen zu fallen, das ist selbst in der jüdischen Geschichte tragisch, die doch so reich an Tragödien ist. Juden in Polen oder Rußland, und ich gehöre ja zu ihnen, sind daran gewöhnt und haben auch eine andere Widerstandskraft. Wenn wir leiden, so wissen viele von uns, warum wir leiden. Die deutsche Tragödie ist so gewaltig, weil einige von ihnen nicht einmal wissen, warum.“<sup>108</sup>

Weizmann sah das Leid der deutschen Juden also in einem völlig anderen Kontext als die Not der Juden in Polen oder Rußland. Die Emanzipation, so interpretierte Weizmann, hatte die deutschen Juden der Fähigkeit beraubt, sich mit Diskriminierung und Not auseinanderzusetzen. Weizmann sah die deutschen Juden gewissermaßen außerhalb des Kontextes jüdischer Geschichte. Aus diesem Verständnis heraus rechtfertigte er die Hilfe für deutsche Juden.

Der *Joint*, der seit seiner Gründung das osteuropäische Judentum unterstützt hatte, tat sich schwer, den dramatischen Niedergang der Lage deutscher Juden in vollem Umfang zu realisieren. Die Führung der Organisation war bemüht, den Eindruck zu erwecken, deutsche Juden unterschieden sich auch als Unterstützungsempfänger von polnischen Juden und damit überhaupt von allen Juden insgesamt. Viele Faktoren wiesen darauf hin, daß man deutsche Juden als anders, als besser, empfand. Dazu gehörte der Versuch, die Selbstachtung der deutschen Juden aufrechtzuerhalten, den jüdischen Institutionen bei der Verwaltung der vom *Joint* zur Verfügung gestellten Gelder freie Hand zu lassen, deutsche Juden vor polnischen Juden im Budget des *Joint* zu bevorzugen, die Finanzpolitik des *Zentralausschusses* voll und ganz zu unterstützen, selbst als der Verdacht entstand, osteuropäische Juden in Deutschland würden durch diesen diskriminiert.

Das Direktorium des *Joint* bezeichnete die politische Bedrängnis deutscher Juden als präzedenzlos in der jüdischen Leidensgeschichte<sup>109</sup>. Angesichts der sich entprechenden Situationen von deutschen und polnischen Juden war diese Haltung erstaunlich. Sie hätte den Tatsachen nicht standgehalten, wenn das Ausmaß der Armut, des Hungers und der Krankheiten unter den Juden in jenen Ländern eingehend untersucht worden wäre. Die Führung des *Joint*, zum großen Teil deutsch-jüdischer Herkunft, verstand das von Weizmann mit der Metapher vom Sturz „aus

<sup>108</sup> Speeches, S. 14.

<sup>109</sup> „The situation in Germany is unprecedented in the history of Jewish suffering ...“, JDC, Folder 790, Baerwald an Hyman D. Goldberg (Jewish Community Council of Paterson), 13. 11. 1936.



höchsten Höhen in die Tiefe“ beschriebenen Gefühl sehr gut<sup>110</sup>. Sie war bereit, sich auf die subjektive Dimension des Leids einzulassen und keine äußerlichen, und daher vielleicht eher objektiven Maßstäbe anzulegen. Das Schicksal deutscher Juden wurde hinsichtlich ihres Platzes in der deutschen Geschichte gemessen, nicht im Hinblick auf das Leid der Juden in anderen Ländern.

Unter Berücksichtigung des jeweiligen Kontexts ging der *Joint* in jedem Land unterschiedlich vor. Das war im Prinzip vernünftig und stand keineswegs im Gegensatz zur Verpflichtung der Organisation gegenüber dem gesamten Judentum. Dieses Prinzip einer gesamtjüdischen Solidarität lag der Weigerung des *Joint* zugrunde, den Forderungen der *Federation of Polish Jews in America* nachzukommen, die immer wieder behauptete, der Herkunft von Juden käme in dem Augenblick eine Bedeutung zu, in dem sie aufgerufen würden, anderen Juden zu helfen. Der *Joint* stritt jegliches separate jüdische Sentiment ab. Letztlich jedoch mußte der *Joint* die Grenzen einer gesamtjüdischen Solidarität erkennen. So änderte die Organisation unter anderem ihren Grundsatz allgemeiner Unterstützung. In Konkurrenz mit der *Federation of Polish Jews* entschloß sich der *Joint*, es Juden polnischer Herkunft zu ermöglichen, ihre Spendenbeiträge direkt über den *Joint* in die Städte und Dörfer ihrer Herkunft zu leiten. Damit hatte er sich praktisch zu den Grenzen der Solidarität bekannt<sup>111</sup>.

<sup>110</sup> Ussischkin hatte diese sprachliche Wendung auf der Sitzung des Führungsgremiums der *Jewish Agency* 1936 verwendet: „Wenn wir eine Ausnahme für das deutsche Judentum machen, dann deshalb, weil die deutschen Juden ‚aus höchsten Höhen‘ gefallen sind.“ – bei: Halamish, *Absorption Policy*, S. 281.

<sup>111</sup> In New York war der *Joint* zu einer finanziellen Regelung mit den Landsmannschaften gelangt, nach der die Organisation die Überweisung von Geldern, die Juden für die Darlehenskassen ihrer Herkunftsorte gespendet hatten, unter Verdoppelung des Betrages abwickeln werde. – JDC, Folder 228, Hyman an Isidor Sobeloff (*Jewish Welfare Federation of Detroit*), 25. 3. 1938. Eine ähnliche Regelung wurde auch in Kanada vereinbart: JDC, Folder 228, Hyman an Martin M. Cohn, 12. 9. 1938.

## IV. „Von der Not der Juden und der Not des Judentums“ – Antisemitismus in Deutschland und Polen in den dreißiger Jahren

### 1. Eine „ansteckende Krankheit“: Der NS-Antisemitismus und Osteuropa

Anfang 1936 erhielt das Büro Alfred Rosenbergs, des Ideologen der NSDAP, ein von einer „treuen“ Deutschen verfaßtes Schreiben über ihre Erlebnisse auf einer Reise nach Lodz, der Geburtsstadt der Verfasserin. Darin hieß es unter anderem:

„... Kaum hatten wir die Grenze Drachenberg-Rawicz hinter uns, erlebten wir auch schon etwas und zwar mit einem Juden, welcher aus Deutschland kam, nach Warschau fahren wollte und in Posen in (unseren) Zug stieg. Er tat ganz erschöpft, und erzählte mit leiser und matter Stimme, wie man ihn in Deutschland geschlagen und getreten hätte, er sei am ganzen Körper grün und blau. Wir waren sprachlos, da sprang aber mein junger Schweizer Begleiter auf, verbat sich ganz energisch diese Märchen und sagte, es sei doch merkwürdig, daß man immer diese Greuelnachrichten erst jenseits der Grenze höre und in Deutschland davon nichts sehe, denn wir kämen auch aus Deutschland. Darauf schwieg der Jude, saß eine Zeitlang still in seiner Ecke und entfernte sich dann. Wir ärgerten uns, daß wir so voreilig die Erzählung des Juden unterbrachen, ohne nach seinen Personalien zu fragen, denn er hatte, wie er angab, Verwandte in Berlin. Als der Jude nach einiger Zeit zurückkam, wollten wir das Versäumnis nachholen, um in Deutschland davon Meldung zu machen. Mein junger Begleiter bat den Juden ganz freundlich, uns doch noch etwas von seinen Erlebnissen zu erzählen, da kam er aber schön an! „Er wollte überhaupt nicht mehr von Politik reden!“, schrie er, wir seien Deutsche und blieben Deutsche und er, der Jude sei ein Pole und bleibe ein Pole. Er schrie es zweimal, so laut, daß ich dachte, jetzt gibt es einen Mordskrach und uns ergeht es schlecht. Es war unser Glück, daß wir einem Polen, der während des Juden Abwesenheit noch in (unseren) Wagen kam, von der Sache erzählten und ihm auch sagten, daß alles Lug und Trug ist, was der Jude vorbrachte. Wir sagten dem Polen, wie vorbildlich und schön es jetzt in Deutschland sei, wie wir stolz sein könnten auf unser Deutschland und auf den Mann, der jetzt Deutschlands Geschicke in den Händen hat. Auch erzählten wir von der großen Liebe unseres Volkes zum Kanzler. Dieser Pole legte sich gleich ins Mittel und hat den Juden mit seinem Koffer einfach aus unserem Abteil herausgejagt und ihm mit einer Anzeige gedroht. Dann vertraute uns der Pole an, daß er im Herzen auch ein Hitlerfreund sei, obgleich er Pole sei, aber was Recht ist müsse Recht bleiben. Auch bemerkte er, daß nur ganz wenige seine wahre Gesinnung kennen, denn man müsse damit in Polen sehr vorsichtig sein ...“<sup>1</sup>

Dieser Brief wirft Licht auf spezifische Merkmale des deutschen und polnischen Antisemitismus. Wir dürfen davon ausgehen, daß der jüdische Reisende in Deutschland tatsächlich von Angehörigen der SS oder SA geschlagen worden war und nun nach Polen zurückkehren wollte. Dokumente der diplomatischen Vertretungen Polens in Deutschland, die sich heute im polnischen Staatsarchiv in Warschau befinden, berichten über Hunderte von Vorfällen, in denen Juden osteuropäischer Her-

<sup>1</sup> BAP, Dienststellen Rosenberg Nr. 1132/3846, Bericht über meinen Besuch in meiner Geburtsstadt Lodz, 26. 1. 1934, 62 Di 1.

kunft 1933 von deutschen Sicherheitsbeamten körperlich mißhandelt wurden. Die deutsche Reisende schenkte den Worten des mitreisenden Juden keinen Glauben, ja sah darin vielmehr eine Art Hetze gegen Deutschland. Diese Ungläubigkeit resultierte nicht nur aus einer wirklichen oder vorgeblichen Naivität. Angriffe auf Juden, insbesondere die körperlichen Mißhandlungen, erfolgten in der Regel nicht in der Öffentlichkeit, sondern im Verborgenen, in den Gaststätten der SS und den Kellern der Polizei. Loyalität und Hingabe an das Regime veranlaßten die Reisende, später Bericht zu erstatten, und bewogen sie zu dem Versuch, die Personalien des jüdischen Reisenden zu ermitteln, um ihn bei den Behörden denunzieren zu können. Der polnische Reisende dagegen hat zweifellos mit der politischen Rechten sympathisiert und die antisemitischen Anschauungen dieses Lagers unterstützt. Die Gewalt, mit der er gegen den jüdischen Reisenden vorging, war in Polen nicht selten, wo sich der Antisemitismus direkter und aggressiver manifestierte als zunächst in Deutschland. Seine Sympathie mit dem Dritten Reich, so der Pole, könne er nicht öffentlich zum Ausdruck bringen. Auch dies war für die Situation in Polen Anfang 1934 typisch, als dort die Ablehnung Deutschlands noch stärker war als antisemitische Tendenzen, mit denen das neue Regime in Deutschland assoziiert wurde.

Mitte der dreißiger Jahre kam es insbesondere infolge des Todes von Jozef Pilsudski zu einer starken Zunahme des Antisemitismus in Polen. Die wirtschaftliche Depression und der Übergang von einer demokratischen Regierung zu einem autoritären System förderten derartige Tendenzen. In dieser Hinsicht entsprach die Lage in Polen der Situation in anderen osteuropäischen Ländern, in denen es in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krisen und dem Aufstieg der Nationalsozialisten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen politisch gemäßigten Kräften und der extremen nationalistischen Rechten kam<sup>2</sup>. Zu diesen internen Ursachen gesellte sich ein entscheidender externer Aspekt – der Einfluß der politischen Entwicklungen in Deutschland auf Osteuropa. Auch in Polen entwickelte sich der Antisemitismus unter dem Einfluß der antisemitischen Strömungen in den Nachbarländern. Seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts wurde unter dem Einfluß der antijüdischen bzw. antisemitischen Atmosphäre in Deutschland und Rußland in der polnischen Presse und Literatur die Forderung nach bürgerlicher Gleichberechtigung der Juden hart angefochten<sup>3</sup>. Der Erste Weltkrieg verstärkte dann zusätzlich die Spannungen zwischen Juden und Polen in den polnischen Gebieten. Im Laufe des Krieges wurde die jüdische Bevölkerung einer deutschfreundlichen Gesinnung verdächtigt. Sie geriet in direkten Konflikt mit der einheimischen polnischen Bevölkerung und so in die Isolation – Tendenzen, die während der Zeit der Weimarer Republik angesichts weiterbestehender territorialer Konflikte zwischen Deutschland und Polen ihre Fortsetzung fanden.

Die Machtübernahme Adolf Hitlers und die Stabilisierung des nationalsozialistischen Deutschlands leiteten eine neue Phase der wechselseitigen Beeinflussung des Antisemitismus in Polen und Deutschland ein. Das nationalsozialistische Deutschland hatte sich die Verdrängung der jüdischen Bevölkerung aus Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel gesetzt. Für viele Polen hatte diese Politik Vorbildcharakter. Gleichzeitig jedoch wurde das Erstarken Deutschlands als eine Bedrohung der pol-

<sup>2</sup> Mendelsohn, *East Central Europe*, S. 68.

<sup>3</sup> Korzec, *Antisemitism*, S. 20f.

nischen Unabhängigkeit verstanden, die nicht übersehen oder vernachlässigt werden durfte. Ob man Deutschland nun mit Sympathie oder Antipathie begegnete, in jedem Fall fanden Regierung und Opposition in Polen durch die Auseinandersetzung mit Deutschland und dem deutschen Antisemitismus zu ihren Positionen gegenüber den einheimischen Juden; der deutsche Antisemitismus hatte starken Einfluß auf die rechten Kreise in Polen und die polnische Regierung und war auch ein steter Faktor in den diplomatischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland.

1928 hatte sich die polnische Rechte als *Nationale Partei – Stronnictwo Narodowe* – organisiert. Im Zentrum der rechten Szene stand der vom Geiste des rechten Führers Roman Dmowski geprägte *Endecja*-Block<sup>4</sup>. 1934 spaltete sich vom rechten Lager die Organisation *Oboz Narodowo-Radykalny*, also das „national-radikale Lager“, ab, das unter der Abkürzung *ONR* bekannt werden sollte. Diese Organisation orientierte sich ausdrücklich nach dem Modell der Nationalsozialisten und vertrat eine rassistische Weltanschauung in Verbindung mit einem radikalen gesellschaftspolitischen Programm. Kurze Zeit nach seiner Gründung wurde der *ONR* bereits zu einer verfassungswidrigen Organisation erklärt<sup>5</sup>. Somit blieb die *Endecja* die einzige extreme Gruppierung der politischen Rechten innerhalb des gesetzlichen Rahmens. Ihre nationalistischen, rassistischen Anschauungen waren jedoch nur wenig gemäßigt als die des *ONR*.

Das Verhältnis der *Endecja* zu Deutschland war von Anfang an gespannt. In der Vergangenheit hatte Dmowski Deutschland zum Feindbild Nummer eins für den polnischen Nationalismus erklärt, Preußen und das preußische Modell jedoch als nachahmenswert empfohlen<sup>6</sup>. Das nationalsozialistische Deutschland stellte die polnische Rechte vor eine ähnliche Herausforderung: einerseits waren die Machtzunahme Deutschlands und das Anwachsen des deutschen Nationalismus eine fortwährende Bedrohung Polens (es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß ein erstarktes Deutschland die infolge der Niederlage im Ersten Weltkrieg und des Versailler Vertrags verlorenen Gebiete zurückfordern werde); andererseits bot die antisemitische Politik Deutschlands ein nachahmenswertes, erfolgreiches Modell für den polnischen Antisemitismus<sup>7</sup>. Die *Endecja* zeigte Verständnis und Begeisterung für das „nationale Erwachen“ Deutschlands und stimmte der damit einhergehenden „Lösung der Judenfrage“ in Deutschland durch Aufhebung der politischen Gleichberechtigung von Juden und deren Ausweisung zu. Aber auch in diesem Zusammenhang mußte sich die *Endecja* mit widersprüchlichen Bestrebungen auseinandersetzen: Juden, die aus Deutschland ausgewiesen wurden oder Deutschland infolge der nationalsozialistischen Machtübernahme verließen, kehrten nach Polen zurück. Damit konnte sich die *Endecja* nicht einverstanden erklären. Sie forderte, die polnische Regierung dürfe weder polnische Juden in Deutschland unterstützen noch jüdischen Emigranten die Rückkehr nach Polen gestatten<sup>8</sup>. Diese Juden, so argumentierte die *Endecja*, versuchten, Polen in fremde Konflikte zu verwickeln und die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zu stören. Der *Endecja*-Block ver-

<sup>4</sup> Grünberg, National-Democratic Press.

<sup>5</sup> Korzec, Antisemitism, S. 81 f.; Mendelsohn, East Central Europe, S. 70.

<sup>6</sup> Gutman, Polish Antisemitism, S. 98.

<sup>7</sup> Zu der Relation von Furcht und Bewunderung siehe: Teeni, Hitler's Rise, S. 56 f.; Grünberg, National-Democratic Press, S. 108; Gutman, Polish Antisemitism, S. 106.

<sup>8</sup> Grünberg, National-Democratic Press, S. 106 f.

folgte wachen Auges die antisemitische Politik Deutschlands, seine Zeitungen berichteten detailliert über die Ereignisse im Nachbarland<sup>9</sup>. Das wesentliche Interesse der *Endecja* richtete sich jedoch auf den praktischen Erfolg der deutschen Politik – also auf die Verdrängung der Juden –, weniger auf das ideologische Element<sup>10</sup>. Gleichzeitig begrüßte sie die antisemitischen Maßnahmen Deutschlands als Elemente eines Kampfes zwischen zwei dem polnischen Staate feindlich gesonnenen Mächten<sup>11</sup>.

Der wesentliche Erfolg des rechten Lagers bestand letztlich darin, daß es ihm gelang, „die Judenfrage“ zum zentralen Thema im öffentlichen Diskurs Polens in den dreißiger Jahren zu machen. Das Lager Jozef Pilsudskis, die *Sanacja*, hatte in der Vergangenheit keine auffallenden antisemitischen Tendenzen gezeigt. Seine Mitglieder hatten sich von der antisemitischen Begeisterung, die die polnische Rechte ergriffen hatte, nicht anstecken lassen, auch wenn sich in den Äußerungen einzelner manche antisemitische Botschaft versteckte<sup>12</sup>. Potentielle Antisemiten in Pilsudskis Lager wurden aber durch die Persönlichkeit des Marschalls gemäßigt und gezügelt<sup>13</sup>. Nach Pilsudskis Tod fehlte es den polnischen Regierungskreisen an einer charismatischen Persönlichkeit, die die Welle des Antisemitismus hätte aufhalten können. Durch ihre Propaganda gelang es der rechten Szene, breite Schichten der polnischen Öffentlichkeit von der Annahme zu überzeugen, die Existenz der jüdischen Minderheit sei der eigentliche Grund für die Probleme der polnischen Bevölkerung. Die *Endecja* konnte mit diesem Argument weite Bevölkerungskreise auf ihre Seite ziehen und die polnische Regierung zwingen, den Forderungen der Antisemiten nachzukommen. Die Regierung ihrerseits befand sich in einem Dilemma: Sollte sie die Meinung der Weltöffentlichkeit achten und der Verpflichtung gegenüber Minderheiten im eigenen Land nachkommen, oder die eigene Position in Polen stabilisieren, indem sie das polnisch-ethnische Element akzentuiert bevorzugte? Unter den gegebenen Umständen entschloß sich die *Sanacja* zu eigenen antijüdischen Ausfällen. In diesen Zusammenhang fiel die Initiative zum Verbot des koscheren Schlachtens, eine Angelegenheit, die die traditionelle Judenfeindschaft mit partikularen Wirtschaftsinteressen verband. Auch wenn die *Sanacja* nicht zum Vorreiter im Kampfe gegen Juden wurde, so wollte sie doch ihre Popularität in Polen nicht deswegen verlieren, weil sie für die Bewahrung des Status der jüdischen Bevölkerung eintrat<sup>14</sup>. Praktisch schlug die polnische Regierung eine Politik ein, die auf die Verdrängung von Juden aus Polen abzielte, wenn sie öffentlich wirtschaftlichen Boykott und Repressionen gegen Juden in Polen als kurzfristige Maßnahmen

<sup>9</sup> Melzer, *Relations*, S. 200–203.

<sup>10</sup> Grünberg, *National-Democratic Press*, S. 109.

<sup>11</sup> Melzer, *Relations*, S. 200.

<sup>12</sup> Korzec, *Antisemitism*, S. 82.

<sup>13</sup> Zum Antisemitismus in der Regierungszeit Pilsudskis siehe: Mendelsohn, *East Central Europe*, S. 69.

<sup>14</sup> Als eine Delegation polnischer Juden beim Leiter der Abteilung für Völkerfragen im polnischen Außenministerium, Sukienik, vorsprach und ihn bat, gegen die Aufrufe zu Pogromen vorzugehen, antwortete Sukienik: „In diesen Tagen ist jeder in Polen ein Antisemit. Wir können die Polizei nicht einsetzen, um jeden Juden einzeln zu schützen.“ Korzec, *Antisemitism*, S. 90.

unterstützte und sich auf die Auswanderung als einzige langfristige „Lösung der Judenfrage“ in Polen konzentrierte<sup>15</sup>.

Mit der Gründung einer neuen Regierungspartei Anfang 1937 unter dem Namen *Obóz Zjednoczenia Narodowego* (OZN – *Lager der Nationalen Einheit*) und der Kooperation zwischen dieser Partei und extremen Rechtsparteien war der Antisemitismus endgültig in die Regierungskreise Polens gelangt<sup>16</sup>. Der OZN nahm eine offen antisemitische Position ein und lehnte jegliche Integration von Juden in Polen ab. In den Jahren 1938–1939 strebte er sogar die Aufhebung der Staatsbürgerschaft von polnischen Juden an. Im Hinblick auf die Frage des Status der Juden unterschieden sich Regierung und Opposition nicht in ihren Zielen und grundsätzlichen Positionen. Unterschiedliche Akzente gab es allein hinsichtlich der praktischen Durchführung<sup>17</sup>.

Die Position der polnischen Regierung gegenüber der jüdischen Minderheit hing unmittelbar mit den Beziehungen Polens zu Deutschland zusammen. Die polnische Regierung verfolgte einen äußerst vorsichtigen Kurs gegenüber dem erstarkenden Nachbarn. Polen und Deutschland hatten sich 1919 im Rahmen eines umfassenden Vertrages zum Schutze der jeweiligen Minderheiten im eigenen Land verpflichtet. Dieser Vertrag wurde später durch Zusatzverträge – zwischen Polen und Danzig am 9. November 1920 und Polen und Deutschland am 15. Mai 1922 (sogenannter Oberschlesienvertrag) – zum Schutze der Minderheiten im jeweiligen Staatsgebiet ergänzt<sup>18</sup>. Am 26. Januar 1934 unterzeichneten beide Staaten einen Nichtangriffspakt, der zehn Jahre gelten sollte. Doch bereits am 13. September 1934 erklärte der polnische Außenminister Jozef Beck, Polen sei der Verpflichtungen aus dem Vertrag zum Schutze der Minderheiten enthoben. Fortan zog Polen bilaterale Verträge und Übereinkommen internationalen Verträgen vor. Durch diese Haltung wurde letztlich die Autorität des Völkerbundes und des Versailler Vertrags beeinträchtigt, ein Schritt, der die deutsche Position nicht unwesentlich stärkte<sup>19</sup>.

Der Schutz der Minderheiten stand im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen und bestimmte den Grad der innenpolitischen Diskriminierungen der ethnischen Minoritäten. Auf der Basis des Minderheitenvertrags konnten Juden die Einführung antijüdischer deutscher Gesetze in Oberschlesien und Danzig bis zum Ende der Vertragsgültigkeit 1937 verhindern<sup>20</sup>. Generell kam es allerdings zu einem Ungleichgewicht zwischen der Bedeutung der deutschen Minderheit für die deutsche Außenpolitik gegenüber einer – nach Ansicht der polnischen Regierungsbehörden – zu verzeichnenden Vernachlässigung der polnischen Minderheit. Der Versuch Polens, sich der internationalen Vereinbarung zum Minderheitenschutz zu entziehen, war für diese Unstimmigkeit ein deutlicher Ausdruck; Deutschland hielt demgegenüber zunächst an seinen Verpflichtungen fest<sup>21</sup>.

<sup>15</sup> Mendelsohn, *East Central Europe*, S. 71.

<sup>16</sup> Melzer, *Relations*, S. 209; Korzec, *Antisemitism*, S. 93, 97f.

<sup>17</sup> Mendelsohn, *East Central Europe*, S. 72.

<sup>18</sup> Stillschweig, *Minderheitenverträgen*, S. 38, 94 ff., 199 ff.

<sup>19</sup> Korzec, *Antisemitism*, S. 81.

<sup>20</sup> Zur Bernheim-Petition, die zum Gipfel des Völkerbundes über die Rechte von Juden in Oberschlesien und Danzig führte, siehe: Feinberg, *Bernheim-Petition*.

<sup>21</sup> Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (Band III), 9190/E 646 479–81, Der Konsul in Genf, Krauel, an das Auswärtige Amt am 7. 9. 1934, S. 380ff.

Auch die deutsche Außenpolitik befand sich hier in einem Dilemma: Einerseits war der Schutz der Minderheiten im Rahmen internationaler Abkommen erzielt worden, auf deren Einhaltung Deutschland bestehen wollte; andererseits war Deutschland selbst aus dem Völkerbund ausgetreten, hatte also die Körperschaft verlassen, die die Einhaltung dieser Verträge völkerrechtlich garantierte<sup>22</sup>. Daher waren Deutschlands Möglichkeiten, Polen hinsichtlich der Einhaltung seiner Verpflichtungen zu beeinflussen, begrenzt, und es versuchte im internationalen Rahmen den Umstand zu verbergen, daß es sich um einen polnisch-deutschen Konflikt handelte: Deutschland bemühte sich, das prinzipielle Element der Haltung gegenüber Minderheiten zu betonen. Die andere Seite der Medaille des Minderheitenschutzes war jedoch die Instrumentalisierung dieser Minderheit durch das NS-Regime<sup>23</sup>. Praktisch benutzte das NS-Regime die Deutschen in Polen als fünfte Kolonne, die die Fundamente der polnischen Regierung untergraben und den Antisemitismus in Polen durchsetzen sollte. Die deutsche Minderheit ließ sich von der deutschen Propaganda nur allzu leicht instrumentalisieren. Angehörige dieser Gruppe lebten nicht im Reichsgebiet und brauchten daher den „unangenehmen Seiten“ des Nationalsozialismus nicht in die Augen zu schauen. Zudem waren sie für den Rückhalt und Schutz, den das Reich ihnen gewährte, dankbar<sup>24</sup>. In der deutschsprachigen Presse Polens war eine ungehemmte, verleumderische antisemitische Propaganda, die sich aus nationalsozialistischen Presseverlautbarungen speiste, weit verbreitet. Gleichzeitig gelangten Tausende von antisemitischen Broschüren in polnischer Sprache in die Wirtschaftskreise Polens<sup>25</sup>. Praktisch agierte die deutsche Minderheit in Polen mit äußerster Vorsicht, da sie davon ausging, daß sich der Antisemitismus in Polen angesichts der dort herrschenden Zustände auch ohne Manipulationen entwickeln werde. Die polnische Regierung, die sich auf die Zerstörung des jüdischen Wirtschaftssektors konzentrierte, hatte keinen Freiraum, sich mit dem wirtschaftlichen Erstarken der deutschen Minderheit im Westen Polens auseinanderzusetzen. Sie formulierte auch keine konsequente politische Linie gegenüber der deutschen Bevölkerung in Polen, während die jüdische Minderheit eine gewisse Indifferenz im Hinblick auf die Entwicklungen in den Reihen der deutschen Bevölkerung zeigte und nicht in der Lage war, vor den Gefahren zu warnen, die von der destruktiven Tätigkeit dieser Minderheit ausgingen<sup>26</sup>.

Mit dem Nichtangriffspakt, den Deutschland und Polen 1934 unterzeichneten, trat für die polnischen Juden gewiß eine Wende zum Schlechteren ein. Teile der jüdischen Presse wiesen warnend auf den Zusammenhang hin zwischen einer pro-deutschen Politik Polens und einer Zunahme des Antisemitismus der Regierung<sup>27</sup>. Moshe Kleinbaum (Sneh), zionistischer Politiker und Begründer der Partei der *All-*

<sup>22</sup> Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (Band III), 9190/E 646 487–91, Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow, an die Botschaften in London, Paris, Rom und Moskau und die Gesandtschaft in Warschau am 15. 9. 1934, S. 401 ff.

<sup>23</sup> Zu den verschiedenen Phasen der Nazifizierung der deutschen Minderheit in Polen siehe: Melzer, *Minorities*, S. 71 ff.

<sup>24</sup> Mendelsohn, *Minorities*, S. LX f.

<sup>25</sup> Melzer, *Relations*, S. 197 f.

<sup>26</sup> Korzec meint, die Feindseligkeiten zwischen polnischen Juden und Angehörigen der deutschen und ukrainischen Minderheiten begannen sogleich nach den politischen Veränderungen in Deutschland: Korzec, *Antisemitism*, S. 80.

<sup>27</sup> Melzer, *Relations*, S. 201 f.

*gemeinen Zionisten*, meinte zu diesem Zeitpunkt, der Antisemitismus trage dazu bei, Berührungsängste und Feindseligkeit zwischen Deutschland und Polen abzubauen. Die jüdische Öffentlichkeit, so Kleinbaum, zeige jedoch eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber dem Einfluß des deutschen Antisemitismus auf den polnischen, insbesondere im Kontext des Nichtangriffspaktes<sup>28</sup>. Dieser trage den deutschen Antisemitismus in polnische Regierungskreise, während die Verbreitung des Antisemitismus in Polen Befürchtungen der deutschen Regierung gegenüber Polen vermindere<sup>29</sup>. Der Nichtangriffspakt fand 1935 seine Fortsetzung in der Unterzeichnung eines allgemeinen Abkommens, worin sich Polen verpflichtete, antideutsche Aktivitäten in seinem Gebiet einzuschränken. Dieses Abkommen beeinträchtigte indirekt den gegen Deutschland gerichteten jüdischen Boykott in Polen<sup>30</sup>.

In den Jahren 1935 und 1936 arbeitete die polnische Regierung intensiv darauf hin, die Aufmerksamkeit und Sympathie der internationalen Öffentlichkeit für die demographischen Probleme Polens zu erringen. Die Regierung versuchte auf diesem Wege, die internationale Anerkennung der Emigration und insbesondere der Auswanderung von Juden als Lösung dieser Probleme zu gewinnen. Im Zuge dessen erweiterte Polen seine Tätigkeit im Völkerbund. Darüber hinaus konsultierte der polnische Außenminister Beck Politiker in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten<sup>31</sup>. In jenem Jahr bekämpfte die polnische Regierung den Antisemitismus so gut wie gar nicht. Allerdings versuchte sie, ihre indirekte Beteiligung an diesen Entwicklungen zu verschleiern. 1937 kam es zu einer starken Zunahme des Antisemitismus, der verstärkt in polnischen Regierungskreisen salonfähig wurde. Die Gründung des OZN trug zu diesen Entwicklungen wesentlich bei. Es war das Jahr, in dem der Minderheitenvertrag zwischen Polen und Deutschland auslief: Ein neuer Minderheitenvertrag, der am 5. November 1937 von beiden Staaten unterzeichnet wurde, bot den Juden keine Garantien für ihren Status mehr, sondern bezog sich ausschließlich auf die deutschen und polnischen Minderheiten<sup>32</sup>. Polen war nun nicht mehr darum bemüht, die Rechte der Juden in Oberschlesien und Danzig zu schützen. Sie waren fortan Opfer der üblichen NS-Politik, die seit 1933 in allen Gebieten Deutschlands eingeführt worden war.

Die polnisch-jüdische Presse berichtete in aller Ausführlichkeit über die Entwicklungen in Deutschland und warnte ununterbrochen vor deren Einfluß auf den Antisemitismus in Polen. Einem Bericht des deutschen Botschafters in Warschau, Hans Adolf von Moltke, zufolge äußerte Außenminister Beck 1934 die Absicht, das „jüdische Element“ in der polnischen Presse einzuschränken, das seiner Meinung nach für die antideutsche Haltung der polnischen Öffentlichkeit verantwortlich

<sup>28</sup> Haynt, „Der Antisemitismus in Polen wächst“, 16. 5. 1934, bei: Sneh, Writings, S. 164 ff.

<sup>29</sup> Melzer, Relations, S. 202; Mendelsohn, East Central Europe, S. 70.

<sup>30</sup> Melzer, Relations, S. 203. Dazu weitere Einzelheiten im sechsten Abschnitt dieser Darstellung zum Transferabkommen und der Boykottbewegung.

<sup>31</sup> Lipski, Diplomat in Berlin, S. 411 f.

<sup>32</sup> Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, (Band III), 5810/E 423 732–33, Deutscher Entwurf einer deutsch-polnischen Minderheiten Erklärung, Juni 1937, S. 925 f., 1729/H 408 408, Der Botschafter in Warschau, von Moltke, an das Auswärtige Amt am 24. 6. 1937, S. 933. Akten zur deutschen Auswärtigen Politik, (Band VI), 1661/393568–572, Deutsch-polnische Minderheitenerklärung am 5. 11. 1937, S. 21 f.



war<sup>33</sup>. In jenem Jahr ging die polnische Regierung allerdings noch nicht aktiv gegen die jüdische Presse vor. Doch die Position der polnischen Regierung gegenüber Juden wurde feindseliger, was schließlich dazu führte, daß es die polnischen Regierungsbehörden 1938 für angebracht hielten, über die jüdische Presse, die die antisemitische Politik Deutschlands hart angriff, eine Zensur zu verhängen<sup>34</sup>. Die polnische Außenpolitik war zu jenem Zeitpunkt klar auf eine prodeutsche Linie festgelegt. Kurzfristige Erwägungen um das Memelland veranlaßten Polen zu einer Unterstützung Deutschlands im Kampf gegen Litauen sowie im Konflikt mit der Tschechoslowakei<sup>35</sup>.

Unmittelbar vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verbesserte sich aber die Beziehung der polnischen Bevölkerungsmehrheit zur jüdischen Minderheit<sup>36</sup>. Mit der einseitigen Aufhebung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts durch Deutschland am 28. April 1939 wurde Polen zum primären Ziel der deutschen Aggressionspolitik. Angesichts dieses Ereignisses verloren die rechten, prodeutsch orientierten Kräfte in Polen zunehmend an Einfluß. Polen versuchte, seine Beziehungen zu westlichen Staaten wie England und Frankreich zu verbessern, und mußte daher die jüdische Minderheit in seinem Gebiet stärker berücksichtigen. Gleichzeitig erschwerten die polnischen Regierungsbehörden der deutschen Minderheit das Leben<sup>37</sup>. Aus jüdischer Perspektive waren dies günstige Entwicklungen, die jedoch die jüdische Bevölkerung Polens finanziell und materiell in den sich anbahnenden Konflikt Polens mit seinem Nachbarland einspannten. Der Krieg und die Ereignisse in seiner Folge setzten der kurzfristigen Annäherung zwischen polnischer und jüdischer Bevölkerung in Polen ein rasches Ende.

Antisemitische Maßnahmen in Polen während der dreißiger Jahre sollten also stets im Lichte der deutsch-polnischen Beziehungen gesehen werden. Bestimmte antisemitische Tendenzen hatten zwar eine lange Tradition in Polen selbst, doch sie wurden angesichts der Entwicklungen antisemitischer Politik in Deutschland zu neuem Leben erweckt. Dies zeigte sich in Versuchen, den wirtschaftlichen Status der Juden und ihre Lebensweise zu beeinträchtigen. Die Beschränkung der Zulassung jüdischer Studenten an den Universitäten, der sogenannte *numerus clausus*, war z.B. ein altes, bereits im zaristischen Rußland praktiziertes Verfahren<sup>38</sup>. 1923 diskutierte der polnische Sejm Anträge zur Beschränkung der Zahl jüdischer Studenten im Hochschulsystem<sup>39</sup>. Da die Verhängung eines *numerus clausus* gegen Juden im Widerspruch zum Minderheitenvertrag stand, konnte er nicht gesetzlich durchgesetzt werden, praktisch jedoch beschränkten geheime administrative Anweisungen die Zahl jüdischer Hochschulstudenten bereits während der zwanziger Jahre<sup>40</sup>. 1932 brachte die *Endecja* in Polen die Debatte über Zulassungsbeschrän-

<sup>33</sup> Akten zur deutschen Auswärtigen Politik (Band III), 9171/E 644 985–91, Der Botschafter in Warschau von Moltke an das Auswärtige Amt, Warschau, 19. 11. 1934, S. 632.

<sup>34</sup> Melzer, Relations, S. 208.

<sup>35</sup> Korzec, Antisemitism, S. 97.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 100.

<sup>37</sup> Melzer, Relations, S. 213.

<sup>38</sup> Die Anfänge des *numerus clausus* gegen Juden – also die Zulassungsbeschränkung jüdischer Studenten an Hochschulinstitutionen – lagen in dem russischen Gesetz von 1887. Siehe auch: Stillschweig, Juden Osteuropas (Anm. 19), 105–112.

<sup>39</sup> Landau, National Minority, S. 163 ff.

<sup>40</sup> Ebenda, S. 165. – *Jüdische Telegraphen Agentur*, Nr. 26, 1. 2. 1933.

kungen für Juden an den polnischen Universitäten noch einmal auf die Tagesordnung<sup>41</sup>. Das polnische Recht verhinderte zu jenem Zeitpunkt noch immer eine gesetzlich festgelegte Diskriminierung. In Deutschland hatte sich das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 25. April 1933 auch eine Einschränkung von Juden im Bereich der höheren Bildung der Gymnasien und Universitäten zum Ziel gesetzt. Es führte innerhalb kurzer Zeit zu einem drastischen Rückgang der jüdischen Abiturienten und setzte der Möglichkeit der Universitätsbildung für Juden mit deutscher Staatsbürgerschaft ein Ende<sup>42</sup>. Das nationalsozialistische Deutschland führte praktisch einen *numerus nullus* ein, d.h. jüdischen Studenten wurde der Weg in die Hochschulbildung grundsätzlich versperrt. Angesichts des deutschen Beispiels verstärkte die polnische Rechte ihren Kampf an den polnischen Universitäten. Durch Gewalt und Demütigungen – es wurden separate Sitzbänke für jüdische Studenten in den Hörsälen polnischer Universitäten eingeführt – erreichte die Rechte einen drastischen Rückgang der Zahl jüdischer Studenten<sup>43</sup>.

Der Kampf gegen die Juden im Hochschulwesen sollte Karrieren verhindern und den wirtschaftlichen Status von Juden in Polen erschüttern. Die wirtschaftliche Konkurrenz lag überhaupt vielen antisemitischen Maßnahmen in Polen und Deutschland zugrunde. Auch der wesentliche Schritt in diesem Bereich – der anti-jüdische Wirtschaftsboykott – hatte eine tiefverankerte Tradition in Polen. Der Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland, der am 1. April 1933 begann und sich in verschiedenen Formen und unterschiedlicher Intensität durch die dreißiger Jahre zog, entfachte auch in Polen erneut eine antijüdische Boykottbewegung. In Deutschland verdrängten lokale Polizei und SS bzw. SA jüdische Händler von den Märkten. In Polen verhinderten von der *Endecja* unterstützte Gruppen den Handel mit Juden, warnten Christen vor dem Einkauf bei jüdischen Unternehmen, kennzeichneten „arische“ Betriebe als solche und veröffentlichten Listen von Polen, die sich nicht an den Boykott hielten<sup>44</sup>. Darüber hinaus unterstützte die polnische Regierung einen Antrag auf Erlass eines „Arierparagraphen“ in den Satzungen der Berufsverbände und vor allem der Verbände der freien Berufe. Damit trug sie, wie in Deutschland, zur Verdrängung von Juden aus verschiedenen Wirtschaftszweigen bei<sup>45</sup>. Die Auseinandersetzung um das koschere Schlachten mit Argumenten des Tierschutzes aus Motiven der wirtschaftlichen Konkurrenz wurde bereits seit Beginn der zwanziger Jahre geführt. Wie wir bereits zeigen konnten, war zweifellos das Verbot des Schächtens in Deutschland Anfang 1933 jedoch ausreichender Anlaß, um rechte Gruppierungen in Polen zu veranlassen, erneut auf ein Schächtverbot zu drängen.

Andere Maßnahmen griffen den bürgerlichen Status der polnischen Juden an. Die Nürnberger Gesetze fanden in Polen ein positives Echo und wurden zur Nachah-

<sup>41</sup> Korzec, Antisemitism, S. 94 f.

<sup>42</sup> Weiss, Schicksalsgemeinschaft, S. 19–22.

<sup>43</sup> 1925 betrug der Anteil jüdischer Studenten an der Gesamtzahl der Studenten an polnischen Universitäten 25%. 1935 war er auf 14,8% zurückgegangen, 1937–38 erreichte er 10%, 1938–1939 zirka 8,2% (Angaben nach Enzyklopädie ha-Ivrit und Melzer, No way out, S. 71).

<sup>44</sup> Melzer, No way out, S. 45 ff.; Mendelsohn, East Central Europe, S. 73.

<sup>45</sup> Melzer, Relations, S. 206; Korzec, Antisemitism, S. 96 f.

nung empfohlen<sup>46</sup>. In Städten wie Kielce kam es zu Versuchen, über Juden „Rassengesetze“ zu verhängen – allerdings ohne Erfolg, da derartige Unterfangen im Widerspruch zur polnischen Verfassung standen<sup>47</sup>. Ende der dreißiger Jahre wurden Initiativen zur Aufhebung der polnischen Staatsbürgerschaft von Juden in Polen ergriffen. Doch trotz des Zusammenhangs zwischen dem Erstarken des Antisemitismus in Polen und den politischen Veränderungen in Deutschland seit 1933 blieben beträchtliche Unterschiede in der Situation von Juden in Deutschland und Polen bestehen. Polen blieb während der dreißiger Jahre bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges formal ein demokratischer Staat. Der gesetzliche Status polnischer Juden war in der Verfassung verankert, die eine formale Gleichberechtigung garantierte. Auch wenn das aktive und passive Verhalten der jeweiligen Regierungen, insbesondere das weitgehende Ignorieren der tatsächlichen Verhältnisse, der Verfassung widersprach, konnten Juden in Polen weiterhin einen politischen Kampf führen und sich auf ihre verbürgten Rechte stützen. Außerdem befanden sich während der dreißiger Jahre polnische Juden als politische Vertreter im Sejm und im Senat: In das polnische Parlament wurden im September 1935 vier jüdische Abgeordnete gewählt, Sommerstein, Gottlieb, Rubinstein und Minberg. Daneben ernannte der Präsident zwei jüdische Senatoren, Moshe Schorr und Jacob Trockenheim. Unter diesen Bedingungen konnten polnische Juden öffentlich um die Bewahrung ihrer Gleichberechtigung kämpfen<sup>48</sup>.

Auf rhetorisch-ideologischer Ebene war das Los der jüdischen Bevölkerung Polens besser als das der deutschen Juden. Die Politik driftete zwar allmählich in den Antisemitismus ab, erhielt jedoch erst Ende der dreißiger Jahre einen ausdrücklich antisemitischen Charakter. In der Regel nahm die Regierung offiziell eine neutrale Position ein. Der polnische Antisemitismus trug – abgesehen von den Standpunkten extremer rechter Kreise – mehrheitlich keine rassistischen Züge. Es war die Kirche, die sich in gewissem Maße vom Rassismus distanzierte, um den Status der zum Christentum Übergetretenen zu schützen<sup>49</sup>. In einem Land wie Polen, in dem die Zahl der zum Christentum übergetretenen Juden äußerst gering war, waren Antisemiten jedoch nicht auf rassistische Argumentationen angewiesen. Anders lagen die Verhältnisse in Deutschland, wo nur schwerlich ein „objektiver“ Maßstab zur Unterscheidung von Juden und Nichtjuden gefunden werden konnte<sup>50</sup>. Darüber hinaus hatte die Rassenlehre in Deutschland eine Rassenhierarchie konstruiert, in der Polen und Slawen in die unterste Kategorie fielen, ein Umstand, der Polen und polnische Rassisten abhielt, von diesem Modell Gebrauch zu machen. Sie sprachen vielmehr von rassistischer Andersartigkeit und bauten keine Rassenhierarchie auf<sup>51</sup>. Auch im Hinblick auf die politischen Aktivitäten, die sich aus den verschiedenen Ideologien ergaben, war die Situation der Juden in Polen günstiger als die Lage der

<sup>46</sup> Gutman, *Polish Antisemitism*, S. 106 f.; Melzer, *No Way out*, S. 72, 92 f.

<sup>47</sup> C.V.Z., Nr. 4, 23. 1. 1936.

<sup>48</sup> Korzec meint, die polnischen Behörden hätten mit Gewalt auf jede Kritik der jüdischen Abgeordneten im Sejm oder im Senat reagiert. Im Vergleich zu Deutschland jedoch, wo Juden in den staatlichen Institutionen politisch nicht repräsentiert waren, war ihre Lage ungleich günstiger; Korzec, *Antisemitism*, S. 84 f.

<sup>49</sup> Mendelsohn, *East Central Europe*, S. 72; Melzer, *Racism*, S. 129.

<sup>50</sup> Gutman, *Polish Antisemitism*, S. 106.

<sup>51</sup> Melzer, *Racism*, S. 129.

deutschen Juden. Polnische Juden besaßen in gewissem Maße die Unterstützung der Sozialisten und zum Teil auch der Intellektuellen und konnten einen offenen Kampf um ihre politischen Rechte führen.

Im Hinblick auf die praktischen Auswirkungen jedoch, die der antisemitischen Politik und Atmosphäre in Form antisemitischer Zwischenfälle im Alltag folgten, war die Situation der polnischen Juden bisweilen wesentlich schlechter als die der deutschen. Entsprechend der traditionellen antisemitischen Praxis in Polen begünstigte die Zentralregierung die Verdrängung polnischer Juden aus verschiedenen Wirtschaftszweigen und förderte den polnischen Sektor durch Benachteiligung des jüdischen. Der Verarmungsprozeß der polnischen Juden, der mit der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre eingesetzt hatte, wurde durch diese Politik gefördert. Der neue polnische Regierungschef Slawoj-Skladkowski verkündete bei seinem Amtsantritt, seine Regierung trete dafür ein, daß in Polen niemand in seinen Rechten verletzt werden dürfe. Die Regierung werde sich wie ein guter Hausherr verhalten, der dafür Sorge trage, daß in seinem Hause niemandem Schaden zugefügt werde. Das treffe jedoch nicht auf den wirtschaftlichen Kampf zu. Im Gegenteil! – Owszem!

Der Slogan „Owszem!“ verlieh dem Wirtschaftboykott gewissermaßen die offizielle Genehmigung der Regierung<sup>52</sup>. Es half wenig, wenn die Regierung versuchte, den diskriminierenden Charakter ihrer Wirtschaftspolitik zu vertuschen, weil eine derartige Politik ja im Widerspruch zur polnischen Verfassung stand und dem internationalen Ansehen des Landes schadete. In Deutschland dagegen erlaubte sich das Regime eine offene Verdrängungspolitik. Da jedoch die wirtschaftliche Ausgangssituation der polnischen Juden unvergleichlich schlechter war als die der deutschen Juden, führten die neuen Verhältnisse dazu, daß sie in ihrer Mehrheit einem rasanten Verarmungsprozeß zum Opfer fielen, der sie bis an den Rand ihrer Existenz führte. Dagegen waren die dreißiger Jahre in Deutschland zwar durch eine kontinuierliche, langsame Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Juden gekennzeichnet, die jedoch insgesamt immer noch besser blieb als die Situation der polnischen Juden, die in nicht gekanntem Ausmaße von Hunger und Armut heimgesucht wurden<sup>53</sup>.

Der deutsche Antisemitismus wurde vom Regime gesteuert und instrumentalisiert<sup>54</sup>. Er trat zwar bisweilen „spontan“ auf. Praktisch war er jedoch zur Gänze organisiert und hatte in Zeiten, in denen das Regime kein Interesse an antisemitischen Ausfällen hatte, keinerlei Chancen, sich öffentlich zu äußern<sup>55</sup>. Untersuchungen zur öffentlichen Meinung in Deutschland in den dreißiger Jahren zeigen, daß viele Kreise der deutschen Gesellschaft an der antisemitischen Erosion keinen Anteil hatten und eher Indifferenz, bisweilen sogar Entrüstung angesichts der Phänomene öf-

<sup>52</sup> Melzer, No Way out, S. 21; Mendelsohn, East Central Europe, S. 71.

<sup>53</sup> Mendelsohn, East Central Europe, S. 74; Bauer, Brother's Keeper, S. 189.

<sup>54</sup> Zu unterschiedlichen Positionen innerhalb der NS-Führung über die Funktion des Terrors in der nationalsozialistischen Politik siehe: Hilberg, Vernichtung, Bd. 1, S. 40–53; zum Zusammenhang von Terror und gezielter Regierungspolitik im Dritten Reich siehe: Adam, Judenpolitik, S. 228.

<sup>55</sup> So z.B. in den Jahren 1933–1934, als Deutschland sich um eine Stabilisierung seines internationalen Status bemühte, sowie 1936 vor dem Hintergrund der Olympischen Spiele.

fentlicher Gewalt zeigten<sup>56</sup>. Tatsächlich ging die Zahl gewalttätiger Zwischenfälle in Deutschland im Laufe der dreißiger Jahre bis zur „Reichskristallnacht“ zurück. Der polnische Antisemitismus dagegen zog seine Kraft aus der Straße. Er war spontaner und gewalttätiger als der deutsche. Er äußerte sich deutlich in körperlichen Übergriffen auf Juden. Polnische Juden waren dieser Gewalt, die deutschen Juden zunächst mehrheitlich erspart blieb, alltäglich ausgesetzt. In den dreißiger Jahren wurden Angriffe gegen Juden eine Routineangelegenheit. Physische Gewalt war weit verbreitet. In den Jahren 1935 und 1936 wurden Hunderte bei gewalttätigen Ausschreitungen in Polen verletzt oder getötet<sup>57</sup>.

## 2. Antisemitismus im Spiegel der jüdischen Öffentlichkeit in Polen und Deutschland: Zur Perzeption des Antisemitismus im Nachbarland

Die gleichzeitige Verschlechterung der Lage von Juden in Deutschland und in Osteuropa war das zentrale Thema der jüdischen Öffentlichkeit schlechthin. Es wurde in der nationalen und internationalen jüdischen Presse ebenso behandelt wie auf zahlreichen Konferenzen. Dabei waren die Hauptbetroffenen – Juden in Polen und Deutschland – die eigentlichen Diskussionssträger, aber auch jüdische Institutionen und Organisationen in aller Welt zeigten besonderes Interesse an diesen Entwicklungen. In vielen Ländern informierte die jüdische Presse ihre Leser über die wirtschaftliche Situation der jüdischen Gemeinden in verschiedenen Staaten. Natürlich war dabei das Interesse an den Verhältnissen im jeweiligen Nachbarland besonders stark. Viele Juden in Polen waren ebenso wie die Zionisten in Deutschland national-jüdisch orientiert und interessierten sich von daher für die Lage von Juden in anderen Ländern. Auch jene Juden, die eine national-jüdische Existenz oder eine verpflichtende innerjüdische Beziehung ablehnten, hatten bereits vor Beginn der dreißiger Jahre erkannt, wie sich die Politik gegenüber Juden in verschiedenen Ländern wechselseitig beeinflusste. Die jüdische Gesellschaft des Nachbarlandes diente unter diesen Umständen als Spiegel, durch den Juden ihren Status in der Gesellschaft, in der sie lebten, betrachteten und der es ihnen ermöglichte, einen Blick auf die – meist bedrohliche – Zukunft zu werfen, die sie und ihre Gemeinden erwartete. Doch mehr noch: Juden in Polen und Deutschland besaßen weitreichende Autonomie in ihren internen Angelegenheiten, insbesondere im Vergleich zu den Einschränkungen, die ihnen in anderen Lebensbereichen auferlegt worden waren. Die jüdische Presse in Polen genoss während der dreißiger Jahre zumeist absolute Pressefreiheit und nutzte diesen Umstand für einen aktiven politischen Kampf um Rechte, Werte und Positionen der jüdischen Bevölkerung. Sie beschäftigte sich intensiv mit den Ereignissen in Deutschland, da sie die von dort ausgehenden Einflüsse auf die Politik der Rechten und der polnischen Regierung fürchtete. Später kam hierzu noch

<sup>56</sup> Kulka, *Public Opinion*; Bankier, *German Society*; Kershaw, *Persecution*; ders., *Popular Opinion*, S. 224–277; Steinert, *Hitlers Krieg*, S. 236–262. Eine unterschiedliche Einschätzung bei Wildt, *Gewalt*.

<sup>57</sup> Mendelsohn folgt den Angaben Lestschinskys, nach denen in mehr als 150 Ortschaften in Polen insgesamt 1289 Juden bei gewalttätigen Angriffen verletzt wurden; Mendelsohn, *East Central Europe*, S. 74.

die Sorge um das Schicksal polnischer Juden im Falle einer Besetzung Polens durch Deutschland.

Die deutsch-jüdische Presse war in ihrer Kritik an der NS-Politik gegenüber Juden völlig eingeschränkt. Die nationalsozialistische Zensur war rückwirkend tätig, was letztlich zu einer Selbstzensur der jüdischen Presse führte<sup>58</sup>. Die Berichterstattung über Antisemitismus in Osteuropa und Polen ermöglichte es der deutsch-jüdischen Presse, diese Einschränkungen zu umgehen und sich trotz aller Zensur mit Antisemitismus zu beschäftigen. Kritik und Befürchtungen, die deutsche Juden um ihre Lage und ihre Zukunft hegten, fanden hier indirekt ihren Ausdruck.

Das Engagement der jüdischen Öffentlichkeit in Polen im Kampf gegen antisemitische Phänomene und die Diskriminierung der Juden in Deutschland war umfassend. In vielen Fällen arbeiteten Parteien und Gruppierungen, die sich ansonsten als politische Konkurrenten verstanden, gemeinsam gegen den Antisemitismus. Dies war ein Ausdruck für eine nationale, alle politischen Unterschiede überwindende Position. In den polnischen und internationalen jüdischen Institutionen herrschte ein allgemeiner Konsens über die Tatsache der wechselseitigen Beeinflussung der antijüdischen Politik in Deutschland und Polen. Die Mobilisierung gegen den deutschen Antisemitismus erfolgte in dem Bemühen, vor ähnlichen Entwicklungen in Polen zu warnen und sie möglichst aufzuhalten. In gewissem Sinne kam hierin eine Umkehr historischer Rollen zum Ausdruck: Traditionellerweise hatte das Judentum im Westen – darunter auch die deutschen Juden – sich für den Schutz und die Garantie der Rechte von Juden in den Ländern Osteuropas eingesetzt<sup>59</sup>. In den dreißiger Jahren nun wurde der politische Aktionsrahmen der deutschen Juden eingeschränkt, und sie waren gezwungen – bisweilen mit Genugtuung, manchmal mit Verbitterung – zuzuschauen, wie polnische Juden zu ihren Gunsten eine politische Lobby bildeten.

Erste Anzeichen einer Erschütterung des Status von Juden in Deutschland zeigten sich bereits Anfang der dreißiger Jahre. Die Weltwirtschaftskrise hatte direkt die jüdische Gesellschaft in Deutschland getroffen, während Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Unsicherheit zu einem Erstarken der NSDAP, zu einem Wanken der deutschen Demokratie und zu einem Rückgang politischer Sicherheit und Stabilität in Deutschland geführt hatten. Die polnisch-jüdische Presse hatte nach dem Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 begonnen, den Weg dieser Partei zu verfolgen<sup>60</sup>. Sie berichtete über die Aktivität der NSDAP, ihre Absichten und die Gründe ihres Erfolges sowie über die zu erwartenden Auswirkungen für das Schicksal der polnischen Juden. Trotz eines gewissen Pessimismus glaubten viele Zeitungen, der extreme Antisemitismus der Nationalsozialisten würde sich zügeln, wenn Hitler Reichskanzler werden würde, da er dann doch wohl notwendigerweise andere Parteien an der Regierung beteiligen oder sich anderen Regierungszwängen beugen müsste. Parallel dazu berichtete die polnisch-jüdische Presse ausführlich und systematisch über antisemitische Aktivitäten in Polen selbst bzw. über die entsprechenden Verbindungen zwischen Polen und dem nationalsozialistischen Deutschland<sup>61</sup>.

<sup>58</sup> Freedman, *Jüdische Presse*, S. 20 f.

<sup>59</sup> Gutwein, *Jewish Diplomacy*.

<sup>60</sup> Sagi/Lowe, *Research Report*, S. 400 ff.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 401.

Der Vergleich zwischen den Verhältnissen in Polen und Deutschland um 1933 paßte nicht zu dem Selbstverständnis, das die meisten deutschen Juden zu jener Zeit hatten. Gefangen in den Vorstellungen vergangener Zeiten, wiesen viele deutsche Juden die Möglichkeit strikt zurück, zwischen beiden Gemeinschaften könnten irgendwelche Entsprechungen bestehen. Das überparteiliche *Israelitische Familienblatt* protestierte lautstark gegen die Einmischung polnischer Juden in Angelegenheiten der deutschen Juden:

„Solange die Not der Juden in Polen so außergewöhnlich ist wie jetzt, sollten die Körperschaften in Warschau sich zunächst mit dieser Not beschäftigen und davon absehen, eine sicherlich ungewollte Entlastungsoffensive für die Regierung des Herrn Pilsudski vorzunehmen. Zur Lage der deutschen Juden Stellung zu nehmen und die hierfür geeignet erscheinenden Hilfsmaßnahmen zu treffen, ist Sache der deutschen Juden selbst.“<sup>62</sup>

Dies war eine besonders eindeutige Stellungnahme, die jedoch das Selbstverständnis der deutschen Juden zu jener Zeit treffend ausdrückte. Ein weiteres Beispiel für diese Haltung findet sich in der Zeitung der jüdischen Gemeinde zu Breslau. Dort wurde Mitte 1932 ein Vorschlag eines Lemberger Juden, für die Zeitung Artikel über die Situation der Juden in Polen zu übersetzen, mit dem Argument zurückgewiesen, für Berichte über die Lage von Juden in Polen und ähnliche Themen gebe es augenblicklich keinen Platz in der Zeitung<sup>63</sup>.

Die Zunahme des Antisemitismus in Deutschland setzte derartigen Äußerungen ein Ende. Gezwungenermaßen mußte die jüdische Presse in Deutschland anerkennen, daß zwischen den politischen Ereignissen in Deutschland und Polen doch eine Verbindung bestand. Die Zeitung des *Central Vereins* veröffentlichte schon 1932 einen Beitrag, der die Verkettung antisemitischer Ausfälle in Polen beschrieb, die an den Universitäten einsetzten und sich über viele Städte ausbreiteten<sup>64</sup>. Die Zeitung warnte ihre deutschen Leser zum Abschluß des Artikels, sich nicht damit zu begnügen, ihrer Abscheu vor ähnlichen Vorkommnissen an deutschen Universitäten Ausdruck zu verleihen, sondern vielmehr entschieden gegen derartige Vorfälle vorzugehen, um zu verhindern, daß Universitäten zu einer Quelle der Gewalt in ganz Deutschland würden. Die zionistische *Jüdische Rundschau* veröffentlichte Ende 1932 – neben einem visionären Leitartikel über Hitlers bevorstehende Regierungsübernahme und deren Auswirkungen auf die Juden – einen detaillierten Beitrag über aktuelle Gewalttaten gegen Juden in polnischen Städten<sup>65</sup>. Es war ja ohnehin die klassische zionistische Auffassung, daß das Leben in der Diaspora Juden fortwährend einem potentiellen Antisemitismus aussetzte. In diesem Sinne war es selbstverständlich, die Vorfälle in Deutschland und Polen in Zusammenhang zu bringen.

Hitlers Machtübernahme erschütterte weltweit die jüdische Öffentlichkeit, auch wenn sie nicht gänzlich unerwartet eingetreten war. Zahlenmäßig war die Bedeutung des deutschen Judentums im Vergleich zur Größe der jüdischen Bevölkerung

<sup>62</sup> *Israelitisches Familienblatt*, Unerwünschte Einmischung, 14. 7. 1932, bei: Margalio, Political Reaction, S. 120.

<sup>63</sup> ZIH, Synagogengemeinde zu Breslau, Akt. Nr. 88, Die Schriftleitung des Gemeindeblattes an Herrn O. Preminger am 1. 4. 1932.

<sup>64</sup> C.V.Z., 9. 12. 1932.

<sup>65</sup> JR, 6. 12. 1932, bei: Margalio, Political Reaction, S. 108.

in Polen zweitrangig. In politischer Hinsicht jedoch kam den Ereignissen in Deutschland eine entscheidende Bedeutung für das Schicksal der Juden in Osteuropa zu. In den ersten Wochen nach dem Sieg Hitlers hielt die polnisch-jüdische Presse weiterhin an der Auffassung fest, Hitler könne seine Drohungen nicht in die Tat umsetzen, ja es sei überhaupt zweifelhaft, ob er lange als Reichskanzler amtieren werde. Ähnliche Stimmen wurden in anderen Ländern laut<sup>66</sup>. Als Deutschland nach einigen Monaten begann, Juden aus öffentlichen Ämtern zu entlassen und aus den freien Berufen zu verdrängen, als es zum Boykott jüdischer Geschäfte und Unternehmen kam, als man hörte, daß Intellektuelle ins Exil gingen oder vertrieben wurden, als sich Informationen über Gewalttätigkeiten in Deutschland verbreiteten, da begann die polnisch-jüdische Presse Besorgnis und Entsetzen zu zeigen<sup>67</sup>. Polnische Juden, so hieß es in der Presse, dürften die Größe der ihnen drohenden Gefahr nicht unterschätzen. Hitlers Wahlsieg am 5. März möge ihnen als ernsthafte Warnung gelten. Auch mögen sie wissen: Die „polnischen“ Hitleristen seien nicht sanfter in ihrem Krieg und in ihrem Sieg als Hitlers Anhänger in Deutschland<sup>68</sup>. Ein Mitglied des *Hechalutz* (zionistischer Dachverband zu Zwecken der Emigration) ergänzte, jener deutsche Jude, der in dem polnischen Juden stets nur einen Sündenbock für seine Probleme gesehen habe und dem er für alles, was ihm widerfahren sei, die Schuld hatte zuweisen können, säße nun in seinem Zimmer und warte auf eine Möglichkeit, auszuwandern. Über Nacht sei er zum wandernden Juden geworden. Groß sei die Katastrophe, die über die deutschen Juden gekommen sei. Doch eigentlich könne keiner der Zeitgenossen den Umfang der Katastrophe wirklich abschätzen. Die Lage der deutschen Juden entspreche in allem der Situation der Juden in Osteuropa, ja sei vielleicht furchtbarer als die Not aller anderen<sup>69</sup>.

Nach Hitlers Machtübernahme scheute die polnisch-jüdische Presse keine Anstrengung, Zeugnisse aus erster Hand über die Ereignisse in Deutschland zu bringen<sup>70</sup>. Dennoch bewahrte sie eine gewisse Kühle und Distanz: Die Zeitung *Haynt* rief ihre Leser auf, sich nicht auf Provokationen der polnischen Rechten einzulassen, die von den Nationalsozialisten beeinflusst seien<sup>71</sup>. Die Politik der Nationalsozialisten wurde von der polnisch-jüdischen Presse im zionistischen Lager noch nicht als die Verwirklichung des nationalsozialistischen Programms zur totalen Verdrängung der Juden aus allen Lebensbereichen interpretiert. Die Zeitung des *Bundes*, die in jiddischer Sprache erscheinende *Neue Volkszeitung*, verstand die Ereig-

<sup>66</sup> Die britische Presse verfolgte die Entwicklung der NSDAP seit 1930, glaubte jedoch, es handle sich um eine politische Partei wie jede andere, die sich in Zukunft einer der Koalitionen anschließen und im Rahmen des parlamentarischen Systems aufgehen werde. Diese Einschätzung änderte sich auch unmittelbar nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler nicht. Die Presse erwartete einen raschen Untergang der Hitler-Regierung, obwohl es dafür keine offensichtlichen Anzeichen gab. – Shamir, *Before the Holocaust*, S. 12 f., 17 ff., 26.

<sup>67</sup> Sagi/Lowe, *Research Report*, S. 400 ff.

<sup>68</sup> *Die Zukunft* (Zeitung der *Hechalutz*-Weltorganisation), Z. Rosenstein, Vor dem 18. Kongreß, 5. 5. 1933.

<sup>69</sup> *Die Zukunft*, Das Judentum im neuen Deutschland, 5. 5. 1933, S. 10.

<sup>70</sup> *Der neue Morgen*, In den blutigen Kellern der Hitler-Inquisition. Schauerliche Tatsachen und Bilder aus der deutschen Hölle (jiddisch), 8. 5. 1933. Die Zeitung schreibt über die große Schwierigkeit, Informationen zu erhalten, da Juden sich fürchteten, über ihre Lage zu berichten.

<sup>71</sup> Hierzu im Bericht bei: Sagi/Lowe, *Research Report*, S. 401.



nisse in Deutschland als Teil des Klassenkampfes. Sie glaubte bei wohlhabenden Juden eine gewisse Genugtuung über Hitlers Regierungsübernahme bemerken zu können und interpretierte die Verfolgung von Juden als Teil der allgemeinen Verfolgung der Arbeiterklasse.

Neben den kontinuierlichen Zeitungsberichten organisierten sich weite Teile der jüdischen Öffentlichkeit in Polen zugunsten der deutschen Juden. Der Umfang des jüdischen Protestes in Polen, im Vergleich zu anderen jüdischen Gemeinden, war außerordentlich groß, insbesondere, wenn man die wirtschaftliche und politische Not der polnischen Juden zu jener Zeit in Erwägung zieht. Der Präzedenzcharakter des deutschen Antisemitismus und seine direkte Relevanz für die Lage der polnischen Juden waren sicherlich ein Grund dafür. Im April 1933 trat der „Kongreß der jüdischen Gemeinden und Organisationen Polens“ in Warschau zusammen, um die Lage der deutschen Juden zu erörtern<sup>72</sup>. An dem Kongreß nahmen Vertreter von 364 jüdischen Gemeinden und 128 Organisationen teil. Yehoshua Gottlieb, der den Kongreß im Namen des „Komitees der jüdischen Gemeinden und Organisationen Polens“ eröffnete, betonte das große Entsetzen, das die politischen Entwicklungen in Deutschland hervorgerufen hätten, gerade weil sie sich gegen deutsche Juden richteten, die sich doch immer der deutschen Kultur zugehörig gefühlt hatten. Gottlieb betonte freilich, die Proteste polnischer Juden gegen die Ereignisse in Deutschland seien nicht vom Haß gegen das deutsche Volk getragen. Er wies außerdem darauf hin, daß man unbedingt zwischen den Ereignissen in Deutschland einerseits und den Beziehungen zwischen deutschen und jüdischen Minderheiten in Polen unterscheiden müsse<sup>73</sup>. Zum Abschluß gab der Kongreß vier Erklärungen heraus: Er protestierte gegen die Verdrängung von Juden aus der deutschen Wirtschaft; er setzte den Akzent auf die Auswanderung, insbesondere nach Palästina, als grundlegende Lösung der „Judenfrage“ in Deutschland, wobei aber auch andere Länder aufgerufen wurden, ihre Tore für die Flüchtlinge zu öffnen; er wandte sich an die jüdischen Gemeinden in verschiedenen Ländern mit der Aufforderung, die jeweiligen Regierungen unter Druck zu setzen, damit sie die Einwanderung deutscher Juden in ihre Länder gestatteten; und schließlich forderte der Kongreß Deutschland auf, Religions- und Glaubensfreiheit zu gewähren, was sich insbesondere auf das Schächtverbot bezog. Gottlieb zeigte sich zufrieden, daß der Kongreß erfolgreich verschiedene Strömungen des polnischen Judentums in seinen Reihen hatte vereinigen können. Die Londoner *Times* schrieb sogar, es habe sich bei der Tagung um die größte jüdische Versammlung gehandelt, die jemals in Polen stattgefunden habe<sup>74</sup>.

Ebenfalls im April 1933 weigerte sich die Delegation des *Verbandes jüdischer Studenten in Polen*, an dem internationalen Studentenkongreß teilzunehmen, der 1933 in Ettal bei München stattfinden sollte. Die polnisch-jüdischen Studenten hielten

<sup>72</sup> *Jüdische Zeitung*, Kongreß der jüdischen Gemeinden und Organisationen Polens in Warschau, Nr. 17, 28. 4. 1933.

<sup>73</sup> Polnische Juden scheuten keine Anstrengung, um weiterhin gute Beziehungen zu der deutschen Minderheit in Polen zu unterhalten; siehe z. B. für Lodz: *JR*, Deutsche und Juden in Polen, Nr. 34, 28. 4. 1933. Gleichzeitig schränkten sie infolge der Ereignisse in Deutschland die Beziehungen zu anderen Minderheiten sowie ihre Bereitschaft, die polnische Regierung zu unterstützen, ein. – Korzec, Antisemitismus, S. 80.

<sup>74</sup> *JR*, Jüdischer Kongreß in Polen, Nr. 34, 28. 4. 1933.

diesen Ort für ungeeignet, um demokratische Auffassungen zum Ausdruck zu bringen. Außerdem wollten sie sich mit der Delegation des deutsch-jüdischen Studentenverbandes solidarisch erklären, dem die Teilnahme an dem Kongreß versagt war<sup>75</sup>. Die Geschäftsführung des polnischen Rabbinerverbandes rief Ende Mai 1933 alle Rabbiner auf, in ihren Predigten am Schabbat die Lage der Juden in Deutschland zu erwähnen und die Gläubigen aufzufordern, bei den allgemeinen Sammelaktionen für deutsche Juden erhöhte Opferbereitschaft zu zeigen<sup>76</sup>. So ging der Protest gegen die Vorkommnisse in Deutschland durch alle Teile der jüdischen Öffentlichkeit in Polen.

Der Umfang der gegen die Nationalsozialisten gerichteten Aktionen von jüdischer Seite in Polen führte dazu, daß polnische Juden ein Selbstverständnis entwickelten, demzufolge sie besonders hartnäckig gegen den Nationalsozialismus kämpften. Moshe Kleinbaum (Sneh) versuchte, diesen Eindruck abzuschwächen. Als Reaktion auf den Kongreß der jüdischen Gemeinden in Polen Anfang 1933 schrieb Sneh, der Kongreß habe nichts anderes als ohnehin selbstverständlichen, unverbindlichen Protest hervorgebracht<sup>77</sup>. Sneh meinte, wenn die jüdische Öffentlichkeit wirklich etwas unternehmen wolle, müsse sie intensiv globalen Druck auf alle Staaten ausüben, damit dem Nationalsozialismus der Krieg erklärt werde. Die Wurzel des Problems sah Sneh in der inneren Aufsplitterung polnischer Juden in Zionisten, Orthodoxe und Assimilierte, wodurch ein gemeinsames Vorgehen zugunsten eines positiven Zieles verhindert und das Handeln polnischer Juden auf „antihitleristische Demonstrationen, auf negative Momente“ beschränkt werde.

Interessanterweise sorgten sich auch in anderen Ländern gerade polnische Juden um die Entwicklungen in Deutschland. 1933 wurde in Paris das *Komitee zum Schutze der Juden in Mittel- und Osteuropa* gegründet, dem französische und osteuropäische Juden, aber auch nichtjüdische Franzosen angehörten, die sich politisch für Juden in Deutschland, Polen, Rumänien und anderen Ländern einsetzen wollten<sup>78</sup>. Zu diesem Zwecke wurden Broschüren über die Situation von Juden in diesen Ländern gedruckt und in diplomatischen Kreisen verteilt. Darüber hinaus setzte sich das Komitee bei den französischen Einwanderungsbehörden für jüdische Flüchtlinge ein, die durch eine Ausweisung aus Frankreich gefährdet waren. Auch der Verband der osteuropäischen Gemeinden in Frankreich beteiligte sich an dem Engagement für deutsche Juden. Die Vertreter der Organisation kamen Anfang 1934 in Paris zusammen und riefen die osteuropäischen Juden in Frankreich auf, mindestens eine Million Franc für deutsche Juden aufzubringen<sup>79</sup>. Ehrenredner der Versammlung war Baron Robert de Rothschild, der diese Gelegenheit nutzte, um den reichen Emigranten ins Gewissen zu reden, die sich gegenüber ihren Brüdern in Not gleichgültig verhielten und abweisend zeigten.

<sup>75</sup> SoA, 1230/1/21, Alexander Teich (Jüdischer Hochschulausschuß Wien) an Dr. Walter Kot-sching (Internationaler Studenten Service, Genf) am 25. 4. 1933.

<sup>76</sup> *Jüdische Zeitung*, Nr. 21, 2. 6. 1933.

<sup>77</sup> „Odwrotna strona medalu ... Rozwazania na temat jednos'ci zydowskiej“, Opinja, in: Sneh, Writings, S. 212–215.

<sup>78</sup> Jiddische Organisationen und Institutionen in Paris 1939 [...] bearbeitet von A. A., in: A. Tscherikover, Juden in Frankreich. Studien und Materialien (jiddisch), S. 263–248, hier: S. 261.

<sup>79</sup> *Jüdische Zeitung*, Nr. 4, 28. 1. 1934.

Zu ähnlichen Aktionen kam es auch in den Vereinigten Staaten. Die *Federation of Polish Jews in America* trat 1933 mit einer Erklärung hervor, in der sie sich mit den führenden jüdischen Organisationen zum Schutze der Rechte deutscher Juden einig erklärte<sup>80</sup>. In einem Bericht der *New York Times* hieß es, in gleichem Zusammenhang hätten die Vertreter der *Federation* auch auf Ereignisse in Polen Bezug genommen und erklärt, „die Diskriminierung der Juden in Polen repräsentiert nicht den Willen des polnischen Volkes oder der polnischen Behörden“. Die Zeitung berichtete, die Vertreter hätten der polnischen Regierung für ihre „hervorragenden Bemühungen zugunsten jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland“ gedankt. Die *Federation of Polish Jews* begnügte sich jedoch nicht allein mit Erklärungen. Sie knüpfte Verbindungen mit dem polnischen Konsulat in New York und versuchte, die polnische Diplomatie zum Schutze der Rechte von polnischen Juden in Deutschland einzusetzen<sup>81</sup>.

Ze'ev Jabotinsky, der Anführer der zionistischen Revisionisten, behauptete 1933, polnische Juden protestierten gegen den Hitlerismus, weil sie Gefallen in den Augen der polnischen Obrigkeit finden wollten<sup>82</sup>. Bis zur Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes zwischen Polen und Deutschland von 1934 konnte wohl tatsächlich davon ausgegangen werden, daß eine Kritik an der Lage der Juden in Deutschland von den polnischen Regierungsbehörden positiv beurteilt wurde, ein Umstand, der polnisch-jüdische Organisationen durchaus zu entsprechenden Äußerungen hätte motivieren können. Polnisch-jüdische Politiker erklärten ausdrücklich, angesichts der Spannungen zwischen Deutschland und Polen müsse man die polnische Seite im Kampf gegen Deutschland unterstützen und die Kritik an der polnischen Regierungspolitik entsprechend einschränken<sup>83</sup>. Der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen verschob die Konfrontationslinien und stellte die weitere Zusammenarbeit polnischer Juden mit der polnischen Regierung gegen das nationalsozialistische Deutschland in Frage<sup>84</sup>.

Die deutsch-jüdische Öffentlichkeit bewertete die polnisch-jüdischen Bemühungen und Initiativen keineswegs positiv. Der *Haynt* berichtete, deutsche Juden hätten sich den antihitleristischen Aktivitäten der polnischen Seite gegenüber ablehnend gezeigt<sup>85</sup>. Die Zeitung des *Central Vereins* berichtete in skeptischem Ton über das große Interesse, das polnische Juden „drüben“ für die Lage deutscher Juden zeigten<sup>86</sup>. Wir dürfen nicht vergessen, daß parallel zur antisemitischen Politik in

<sup>80</sup> *New York Times*, Hail Senators' stand against Nazis' bias, 12. 6. 1933.

<sup>81</sup> AAN, Amb. Rp. w Berlinie, Akt. Nr. 895, Federation of Polish Jews in America on the Consulate of the Republic of Poland, New York on 18. 4. 1934.

<sup>82</sup> *He-Atid*, Nr. 144, 30. 5. 1933.

<sup>83</sup> Korzec, Antisemitism, S. 79 f.

<sup>84</sup> Sneh meinte, Juden mußten sich der deutsch-polnischen Annäherung gerade aufgrund polnisch patriotischer Erwägungen widersetzen. Sneh sah durch die Annäherung an Deutschland die polnische Unabhängigkeit und Zukunft bedroht. Außerdem glaubte er, daß infolgedessen das Bild Polens in der Weltöffentlichkeit negativ beeinflusst werde. *Haynt*, Wohin gehen wir? (jidd.), 18. 6. 1934, in: Sneh, Writings, S. 293 ff.

<sup>85</sup> *Haynt*, Erstes jüdisches, antihitleristisches Treffen in Posen, 19. 1. 1934.

<sup>86</sup> Nach der Meldung der C.V.Z. umfaßte die aktuelle Berichterstattung über die Entwicklungen in Deutschland in den jüdischen Zeitungen in Polen eine ganze Seite. Daneben hätten die Zeitungen noch weitere allgemeine Stellungnahmen abgedruckt; C.V.Z., Ein Streifzug durch die Nachbarschaft, Nr. 26, 28. 6. 1934.

Deutschland nach Hitlers Machtübernahme auch der Antisemitismus in Polen kontinuierlich dramatisch zunahm. Die *C. V.-Zeitung* berichtete, wie polnische Juden tendenziell im Aufklärungskampf gegen den Antisemitismus resigniert hätten. Sie versuchte daher, ihnen Ratschläge zu erteilen und zu vermitteln, wie wichtig es sei, sich grundloser antisemitischer Beschuldigungen zu erwehren, wenn sie schrieb:

„Aber muß nicht ein Angeklagter, der unschuldig ist, seine Unschuld noch beteuern, wenn er zu Tode verurteilt wird? Auch wenn es ihm nicht das Leben rettet! Um der Wahrheit willen, nicht um des Lebens willen.“<sup>87</sup>

Auch die *Jüdische Rundschau* war sich der wechselseitigen Beeinflussung antisemitischer Strömungen in Europa bewußt. Anders jedoch als die *C. V.-Zeitung* erteilte sie polnischen Juden keine Ratschläge. Die *Rundschau* zitierte vielmehr den polnischen Regierungssprecher, daß ein Übergreifen der antisemitischen Agitation nach Polen von der Regierung auf jeden Fall verhindert werden würde. Die Vorstellung, daß die nationale Größe durch das Zerstören jüdischer Läden begründet werden könnte, hätte in der freien polnischen Republik keinen Platz<sup>88</sup>. Dieses Aufgreifen eines offiziellen Statements ermöglichte es der zionistischen Zeitung, den deutschen Antisemitismus anzugreifen und vor seinen Einflüssen zu warnen.

Alle jüdischen Zeitungen in Deutschland unterschieden deutlich zwischen dem Eindringen antisemitischer Propaganda in die polnische Gesellschaft und den Positionen der polnischen Regierung, die diese Phänomene offiziell ablehnte. Der *Israelit* zitierte Aron Levin, Präsident des Landesverbandes der *Agudat Israel* in Polen:

„Wenn man die geographische Lage Polens betrachtete, wo im benachbarten Sowjetrußland einerseits eine allgemeine jüdisch-religiöse Verfolgung herrscht, und in Deutschland andererseits die Juden ihrer bürgerlichen Gleichberechtigung beraubt werden, so sind die Juden in Polen, dank der Regierung des Marschalls Pilsudski wie auf einer Insel gegen die Einflüsse der östlich-russischen Religionsverfolgung und des westlichen Antisemitismus geschützt.“<sup>89</sup>

Demnach hatte *Der Israelit* wie alle jüdischen Zeitungen in Deutschland erkannt, daß der staatsbürgerliche Status der Juden in Polen günstiger und geschützter war als der der deutschen Juden. In der deutsch-jüdischen Geschichte hatten Juden ihrem staatsbürgerlichen Status stets große Bedeutung beigemessen, so daß diese Erkenntnis der Zeitung einem Bewußtseinswandel gleichkam.

Einen Monat nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler verglich der britische Zionist Lord Alfred Monde Melchett den deutschen Antisemitismus, den er als einen „kulturellen Antisemitismus“ bezeichnete, mit dem polnischen „wirtschaftlichen Antisemitismus“<sup>90</sup>. Melchett sah auch den Antisemitismus in Deutschland als ein „künstliches Produkt“, da der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung kaum ein Prozent betrug. Der polnische Antisemitismus dagegen sei ein „Staatsproblem“, da der Anteil der Juden in diesem Land 10% der Gesamtbevölkerung erreichte. Dieses Problem müsse die polnische Regierung in Zusammenarbeit mit den Juden im staatlichen Interesse lösen. In den ersten Jahren des NS-Regimes vertraten viele Juden eine ähnliche Position wie Lord Melchett. Nach dieser Unterscheidung

<sup>87</sup> C. V.Z., Ein Blick nach draußen, Nr. 25, 1. 6. 1934.

<sup>88</sup> JR, Abgewehrte jüdische Ausschreitungen, Nr. 23, 21. 3. 1933.

<sup>89</sup> Der Israelit, Zur Lage der Juden in Polen, Nr. 33, 17. 8. 1933.

<sup>90</sup> Jüdische Telegraphen Agentur, Jg. XII, Nr. 42, 20. 2. 1933.

hatte die „Judenfrage“ in Deutschland politisch-kulturelle Ursachen, während sie in Polen im wesentlichen wirtschaftlicher Natur war, eine Diagnose, die im Laufe der Jahre an Gültigkeit verlor: Die NS-Wirtschaftspolitik führte zur allmählichen Verarmung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, während die Entwicklungen in Polen über die bekannte wirtschaftliche Not hinaus eindeutig Züge eines ideologisch-politischen Antisemitismus zeigten.

Im Herbst 1935 kam der Jüdische Kongreß in Warschau zusammen, um nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze die Verfolgung von Juden in Deutschland zu erörtern<sup>91</sup>. Der Kongreß – an dem mehrere hundert Juden teilnahmen – erkannte, daß sich die Lage der Juden in Deutschland keineswegs verbessert hatte. Die Nürnberger Gesetze wurden als der gesetzliche Ausdruck für eine praktisch bereits seit langem herrschende Diskriminierung begriffen. Der Kongreß rief zur jüdischen Solidarität auf, um den deutschen Juden ihre Menschenrechte und Menschenwürde zurückzugeben. Er forderte die polnischen Juden auf, den Rassismus so lange zu bekämpfen, bis deutsche Juden wieder in ihre alten Rechte eingesetzt seien. Gleichzeitig wies der Kongreß auf die erhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage polnischer Juden in Deutschland hin. Zum Abschluß des Kongresses wurde das *Vereinigte Komitee zum Kampf gegen die Verfolgung der Juden in Deutschland* ins Leben gerufen. Die Erklärungen des Kongresses weisen auf die grundsätzliche Bedeutung hin, die das polnische Judentum dem Kampf für die bürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Juden beimaß, aber auch auf das Ende der Epoche, in der die Kritik an den Ereignissen in Deutschland der polnischen Regierung hätte schmeicheln können. 1935 war, wie erwähnt, das Jahr, in dem sich die Situation der polnischen Juden zu verschlechtern begann. Ausbrüche eines aggressiven, gewaltvollen Antisemitismus folgten einander in regelmäßigen Abständen in Polen. Jakob Lestschinsky verglich zu jener Zeit den Antisemitismus in Polen und Deutschland:

„In Hitlers Deutschland unserer Tage [hilft auch] die wildeste Propaganda der Minister und alle offenen Aufrufe zu Pogromen der Regierungsvertreter [nichts]. Die Öffentlichkeit, im weitesten Sinne des Wortes, bleibt Aufrufen zum Pogrom gegenüber gleichgültig. Wenn die Regierung also an Pogromen interessiert ist, dann ist sie gezwungen, ihre treuen Knechte aus der Hitler-Partei auszuschicken ... Völlig anders ist die Situation jetzt in Polen. Die Regierung kämpft gegen Pogrome, schwach, ohne Entscheidungsfreude, ohne Eifer, in nicht ausreichend effektiver Weise und nicht entschieden genug ... Aber die Pogrome werden nicht ‚von oben‘ angeordnet und ausgeführt, sondern wachsen von unten, aus der breiten Masse der Intelligenz, der kleinen Eigentümer, aus der Arbeiterschaft und dem Händlerstand, aus den Verarmten, die aus ihrem Stand verdrängt wurden.“<sup>92</sup>

Tätliche Angriffe und Verletzungen an Leib und Seele waren, wie erwähnt, in Polen wesentlich häufiger als in Deutschland. Die relativ wenigen Vorfälle physischer Gewalt im NS-Deutschland erschwerten es bisweilen, die politische Situation richtig einzuschätzen. Die *Jüdische Rundschau* nahm bereits im Februar 1933 zur Frage des physischen Terrors und der antisemitischen Gewalt in Deutschland Stellung und schrieb, die hohe kulturelle Tradition Deutschlands verlange eine gemäßigte Form antisemitischer Ausfälle als im zaristischen Rußland<sup>93</sup>. Die historische Forschung blickt auf die Rolle von Gewalt und Terror des NS-Regimes aus einer späten Per-

<sup>91</sup> PAAA, R 99458, Deutsche Botschaft in Warschau an das Auswärtige Amt, 21. 1. 1936.

<sup>92</sup> Lestschinsky, Erev Churban, S. 134.

<sup>93</sup> Fraenkel, Zionist Policy, S. 42.

spektive. Für Pogrome, wie sie in Osteuropa üblich waren, gab es im nationalsozialistischen System zunächst keinen Raum. Sie hätten auch wohl kaum die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit gefunden. Für die Zeitgenossen war es bisweilen schwierig, mit den Unterschieden zwischen den antisemitischen Phänomenen in Deutschland und Polen umzugehen. David Ben-Gurion war infolge seines Besuches in Polen im Sommer 1936 davon überzeugt, die Situation des polnischen Judentums, in einem Alptraum leben zu müssen, die permanenten Pogrome, die physische, wirtschaftliche und ethische Situation, sei vielleicht viel schrecklicher als in Deutschland – sie stumpfe die Wahrnehmung der Außenstehenden ab<sup>94</sup>. Auch Bernard Kahn, der Repräsentant des *Joint* in Europa, meinte, den deutschen Antisemitismus dem polnischen „vorziehen“ zu können; der deutsche Antisemitismus sei unverhüllt und daher ehrlicher als der polnische<sup>95</sup>.

Die jüdische Öffentlichkeit in Deutschland verfolgte die neuen antisemitischen Tendenzen in Polen seit 1935 sehr genau. Die *C.V.-Zeitung* nahm eine regelmäßige Kolumne über die Situation der Juden in den benachbarten Ländern auf<sup>96</sup>. Im Rahmen dieser Kolumne erfolgte eine umfangreiche Berichterstattung über Osteuropa. Angesichts der dort herrschenden schwierigen Verhältnisse konnte man die für vorangehende Jahre adäquate Differenzierung eines Antagonismus zwischen Oppositionskreisen und Regierungspositionen nicht länger aufrechterhalten. Die *C.V.-Zeitung* berichtete zwar über einen „Landeskongreß der jüdischen Kämpfer des polnischen Befreiungskrieges“, der feierlich im Warschauer Rathaus in Anwesenheit des stellvertretenden polnischen Außenministers eröffnet und auf dem die Rolle und Bedeutung der Juden für die Befreiung Polens hervorgehoben worden war<sup>97</sup>. In diesem Bericht klang ein längst vergangener Diskurs an, an dem sich deutsche Juden in der Weimarer Zeit beteiligt hatten. Doch die Mehrheit der Zeitungsberichte aus Polen in jener Zeit konnte den Verfall des Status von Juden in Polen nicht ignorieren. Die *Jüdische Zeitung* berichtete über den Suizid des Gemeindevorsitzenden im polnischen Lomza nach einer Protestdemonstration gegen die Lage der polnischen Juden. Als Grund für den Selbstmord hatte der Gemeindevorsitzende in einem Abschiedsbrief den Schmerz über das Schicksal der Juden in Polen angegeben. Die Zeitung wußte weiterhin zu berichten, daß der einzige Sohn des Gemeindevorsitzenden im Jahre 1920 in den russisch-polnischen Kämpfen auf polnischer Seite gefallen war<sup>98</sup>. Die Auswahl derartiger Nachrichten war keineswegs zufällig, sondern zielte direkt auf deutsche Juden, die infolge des scharfen Gegensatzes zwischen ihrem nationalen Beitrag in der Vergangenheit und dem Verlust ihres staatsbürgerlichen Status in der Gegenwart ihre Selbstsicherheit verloren hatten und in tiefe Frustration geraten waren.

In der Vergangenheit hatte die deutsch-jüdische Presse dazu geneigt, die entschiedene Position der polnischen Regierung gegen den Antisemitismus zu betonen. Noch Anfang 1936 hielt sie an dieser Auffassung fest. Die *Jüdische Rundschau* betrieb sich wie früher auf offizielle polnische Stellen: Man zitierte Innenminister

<sup>94</sup> Zitiert bei: ebenda, S. 240.

<sup>95</sup> Bauer, *Brother's Keeper*, S. 188.

<sup>96</sup> Der Titel der Kolumne hieß: „Die Zerstreuung der Juden über die Erde.“

<sup>97</sup> *C.V.Z.*, Nr. 2, 9. 1. 1936.

<sup>98</sup> *Jüdische Zeitung*, Zur Lage der Juden in Polen, Nr. 5, 21. 2. 1936. Über eine Selbstmordwelle berichtet auch Lestschinsky, *Erev Churban*, S. 142–149.

Rackiewicz: „Ein gesunder Nationalismus, aufgebaut auf stolzem Volksbewußtsein und ehrlicher Gemeinschaftsarbeit, sei ein schöpferischer Quell. Der Nationalismus der Nationaldemokraten sei aber ein krankhafter.“<sup>99</sup> Auch hier hatte die Zeitung wieder den indirekten Weg gewählt, um ihre eigene Meinung über den Charakter des Nationalsozialismus und den Unterschied zwischen national und nationalistisch zum Ausdruck zu bringen. Doch von Monat zu Monat wurde es schwieriger, zwischen der Position der gewalttätigen Rechten und der Haltung der Regierung zu unterscheiden. Heftige antisemitische Ausfälle und Übergriffe brachen in Polen auf Initiative der Anhänger des rechten Lagers aus und erreichten ihren Höhepunkt in dem Pogrom rechter Kräfte gegen Juden in der Stadt Przytyk bei Radom am 10. März 1936. Bei diesem Pogrom wurden drei Juden ermordet und sechs verletzt. Das Ausmaß an Gewalt, der Verlauf der Ereignisse und die Erkenntnis, daß dies alles hätte vermieden werden können, wiesen eindeutig auf Versäumnisse der polnischen Regierung hin. Viele polnische Juden fühlten sich an die Pogrome der Jahre 1918–1920 erinnert und begannen, Zweifel an der Unterscheidung zwischen Massen und Regierung in Polen und Deutschland zu hegen. Die jüdische Presse in Deutschland mußte einsehen, daß die polnische Regierung im Kampf gegen den Antisemitismus letztlich unzuverlässig war. Die lokale jüdische Zeitung in Danzig berichtete über Beschwerden des Sejm-Abgeordneten der *Agudat Israel*, Minberg, der den Mangel an Bereitschaft der Staatsorgane – sprich: der Polizei – beklagte, die Regierungspolitik im Kampf gegen den Antisemitismus durchzusetzen<sup>100</sup>. Die *Jüdische Rundschau* warnte, „die Zentralregierung verurteilt die antijüdische Bewegung im Lande, aber die lokalen Staatsorgane wollen oder können diese Bewegung nicht meistern. In Wahrheit sind die untergeordneten Beamten und Polizeiorgane sehr oft Anhänger der Nationaldemokratie und sympathisieren mit der Judenhetze.“<sup>101</sup>

Der Antisemitismus wurde somit zur Schlüsselfrage für die jüdische Existenz in Mittel- und Osteuropa in den dreißiger Jahren. Die verschiedenen Äußerungen des Antisemitismus zu verfolgen, spielte eine zentrale Rolle im Denken und Handeln der jüdischen Öffentlichkeit. Dan Diner vertritt die These, das Verständnis des Antisemitismus sei bei Juden in Europa während der Zeit zwischen den Weltkriegen von klassischen Antisemitismusmodellen in Staaten mit ethnisch heterogener Bevölkerung, wie Polen, Rumänien und Ungarn, beeinflusst gewesen<sup>102</sup>. Diner geht davon aus, daß europäische Juden (mit Ausnahme der deutschen Juden) den deutschen Antisemitismus als Teil des im Grunde religiösen und in der Folge nationalen Antisemitismus interpretierten, der wie in den Ländern Osteuropas üblich seinen Ausdruck in Pogromen fand. Daher hätten sie die neuartigen und vom üblichen Muster abweichenden Elemente dieses Antisemitismus nicht erkennen können. Wie deutsche Juden den nationalsozialistischen Antisemitismus verstanden, ist nur schwer einzuschätzen: Sie konnten sich infolge der von der Zensur verhängten Einschränkungen und den fehlenden für eine entsprechende Diskussion notwendigen demokratischen Rahmenbedingungen kaum öffentlich mit dem deutschen Anti-

<sup>99</sup> JR, Die Erklärung des Innenministers, Nr. 17, 28. 2. 1936.

<sup>100</sup> *Jüdisches Gemeindeblatt Danzig*, Die Lage der Juden in Polen 1936, Nr. 10, 1. 2. 1936.

<sup>101</sup> JR, Der Pogrom in Przytyk, Nr. 22, 17. 3. 1936.

<sup>102</sup> Diner, Auswanderung ohne Einwanderung, S. 148.

semitismus auseinandersetzen; für sie stand daher die Beschäftigung mit den antisemitischen Ausfällen in Osteuropa im Vordergrund, die ihnen als Analogie zur Erörterung ihrer eigenen Situation dienten. Hiervon unterschied sich die Situation der Juden in anderen Ländern erheblich. Die polnischen Juden waren frei von den Zwängen, die die deutschen Juden einschränkten. Die von ihnen geführte Diskussion war offen, ihre Standpunkte waren bisweilen kämpferisch. Sie verwiesen auf die zentrale Rolle Deutschlands bei der Verbreitung antisemitischen Gedankenguts und verstanden den Kampf gegen diese Ideen als einen Kampf von symbolischer und politischer Bedeutung für die „Judenfrage“ insgesamt.

Prinzipiell und theoretisch, nicht praktisch, hatte sich am Schicksal polnischer Juden bis zu jenem Zeitpunkt nichts geändert. Sie genossen weiterhin formale Gleichberechtigung und alle bürgerlichen Rechte, besaßen ihre politische Tradition, die in der weitverzweigten organisatorischen und parteipolitischen Tätigkeit zum Ausdruck kam. Außerdem verstanden sie sich selbst als eine nationale Minderheit, die ihre Rechte schützen mußte und die in den Regierungsinstitutionen vertreten war. Darüber hinaus wurden sie, wenn auch in eingeschränktem Maße, durch politische Kräfte im allgemeinen politischen und gesellschaftlichen System Polens unterstützt<sup>103</sup>. In vielerlei Hinsicht gab es Entsprechungen zwischen der polnisch-jüdischen Reaktion in den dreißiger Jahren und dem Kampf deutscher Juden gegen den Antisemitismus in der ausgehenden Weimarer Zeit. Bei garantierter Gleichberechtigung vor dem Gesetz und vollen politischen Rechten hatten auch deutsche Juden am Ende der Weimarer Republik einen Kampf um die öffentliche Meinung geführt und von ihrem Wahlrecht entsprechend Gebrauch gemacht. Wie die deutschen Juden, die ihre politische Unterstützung den Liberalen entzogen und auf die Sozialisten übertragen hatten, so verließen polnische Juden das Lager der *Sanacja* und gingen zu den Sozialdemokraten über<sup>104</sup>. Sie suchten politische Partner im Parlament, mobilisierten die Intellektuellen, versuchten die jüdischen Wähler zu beeinflussen und führten weitreichende Aufklärungskampagnen durch. Das deutsche Judentum wurde dann Anfang 1933 aller politischen Rechte beraubt. Die legalen Kampfmittel, die ihm zur Verfügung gestanden hatten, waren damit auf ein Minimum beschränkt. In mancherlei Hinsicht unterschieden sich die politischen Traditionen der Juden in Deutschland und Polen grundsätzlich. So hatten deutsche Juden niemals den Status einer nationalen Minderheit besessen und waren niemals dazu gezwungen gewesen, die gesetzlichen Mittel im Kampf um ihre Gleichberechtigung zu überschreiten. Da sie also die Tradition des Kampfes nicht kannten und die Bedingungen für einen Untergrundkampf fehlten, konzentrierten deutsche Juden ihre Kräfte auf die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bei stetig zunehmender Diskriminierung und Demütigung.

Ende 1936 hielt ein Europabesucher aus Palästina seine Eindrücke vom Kontinent in seinem Tagebuch fest:

<sup>103</sup> Korzec, Antisemitism, S. 98 ff. – Die Unterstützung der polnischen Juden durch die *sozialistische Partei Polens PPS* war für den Unterschied zwischen der Situation polnischer und ungarischer Juden entscheidend. In Ungarn wurden Juden allgemein nur von einer kleinen, mutigen Gruppe von Intellektuellen unterstützt; Mendelsohn, East Central Europe, S. 72.

<sup>104</sup> Melzer, No way out, S. 98 f., 108 f., 153.



„Das Gefühl der quälenden Last, insbesondere für jemanden, der von außerhalb hierher [nach Deutschland – Y.W.] kommt, kann kaum beschrieben werden. Als ich in Lemberg war, hat man Juden vor meinen Augen auf offener Straße geschlagen. Am Tage, als ich in Bialystok eintraf, kam es zu Pogromen in Wysokie Mazowieckie, und trotzdem kann man die Atmosphäre in Polen nicht mit dem Gefühl der bis auf den Grunde demütigenden Hilflosigkeit und Beleidigungen vergleichen, das der Jude [in Deutschland] erfährt, und zu dem besonderen ‚jüdischen‘ Gefühl gesellt sich noch die allgemeine Atmosphäre der Kriegsvorbereitung: Fast jeder Dritte auf der Straße trägt Uniform ...“<sup>105</sup>

Mit diesen Worten traf der Besucher einen der wesentlichsten Unterschiede der Situation deutscher und polnischer Juden: Polnische Juden verteidigten sich, wenn auch nicht immer erfolgreich, gegen den Antisemitismus, deutsche Juden nicht. Um diese Unterschiede zu erkennen, bedurfte es allerdings keines externen Beobachters. So publizierte Sneh Ende 1937 einen Aufsatz, der die Bedingungen des Kampfes in Polen und Deutschland miteinander verglich<sup>106</sup>. In dieser verspäteten Reaktion auf Roberts Weltchs Artikel „Tragt ihn mit Stolz, den gelben Fleck“ meinte Sneh, polnische Juden beabsichtigten nicht, sich mit „einer Verbesserung und Verschönerung des aufgezwungenen Ghettolebens“ zu begnügen. Er zeigte zwar Verständnis dafür, daß angesichts der totalen Verhältnisse unter dem NS-Regime deutschen Juden keine andere Wahl bliebe. Die polnische Gesellschaft befinde sich jedoch noch immer im Kampf um „das Image der Republik, um das System des Staates, um die Grundlinien der Außen- und Innenpolitik“. Unter diesen Umständen sei es wichtig, so Sneh, alle Möglichkeiten des legalen Kampfes auszuschöpfen, auch wenn sie noch so beschränkt seien.

Ein weiterer Aspekt des Kampfes, der deutsche von polnischen Juden unterschied, war die physische Abwehr. Gewalt war zunächst ein sekundäres Phänomen im nationalsozialistischen Deutschland. Wenn es spontane Übergriffe gab, so wurde ihnen noch 1933 ein Ende gesetzt, nachdem sich das neue Regime etabliert und organisiert hatte. In Polen gab es eine lange Tradition physischer Gewalt gegen Juden, deren Wurzeln bis zu den Pogromen unter dem zaristischen Regime zurückreichten. Der polnische Antisemitismus hatte darüber hinaus einen stark volkstümlichen Zug, und gewalttätige Ausschreitungen begleiteten den Alltag in Polen in den dreißiger Jahren, eine Tendenz, die nach 1935 deutlich stärker wurde. Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß polnische Juden sich gegen derartige Übergriffe zur Wehr setzten<sup>107</sup>. Der *Bund* hatte als erster infolge der gewaltsamen Zusammenstöße mit den Regierungsbehörden in Wilna 1902 begonnen, Selbstverteidigung zu üben. Er hielt am Prinzip der Verteidigung aufgrund der Ausschreitungen nach der Gründung eines unabhängigen Polens fest und war somit bestens geeignet, angesichts der wachsenden Gewalt in den dreißiger Jahren entsprechendes Verhalten durchzusetzen<sup>108</sup>. Der *Bund* unterstützte den Kampf jüdischer Studenten in den Hochschulen Polens. Zum Teil führten die Studenten diesen Kampf selbständig, indem sie sich gegen Angriffe in den Universitäten und gegen die separaten Sitzbänke für jüdische

<sup>105</sup> LI, Akte III–38–43–12, Deutschland-Tagebuch, Berlin 18. 10. 1936, 1.

<sup>106</sup> *Haynt*, Wir weisen den gelben Fleck zurück! (jidd.), 17. 10. 1937, bei: Sneh, Writings (Anm. 28), S. 251–253.

<sup>107</sup> Rowe, Jewish Self-Defence.

<sup>108</sup> Ebenda, S. 108 f.

Studenten wehrten<sup>109</sup>. Der Abwehrkampf wurde auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig geführt, bei den Debatten des Sejm und durch die Mobilisierung der polnischen Intellektuellen. Der Widerstand und die physische Abwehr der jüdischen Studenten an den Universitäten und der Mitglieder des *Bundes* an den Toren der Hochschulinstitute waren dabei eines der wichtigsten Elemente in den Auseinandersetzungen. Die gewünschten Ergebnisse traten jedoch nicht ein. Die absolute Zahl jüdischer Studenten ging zurück. Doch schon allein der Kampf an sich wies auf die unterschiedlichen Bedingungen und politischen Reaktionen in Deutschland und Polen hin. In Deutschland wurden Juden aufgrund eines staatlichen Gesetzes aus den Universitäten verdrängt, während in Polen die entsprechende Initiative spontan von den rechten Parteien ausging. Deutsche Juden konnten keinen Kampf gegen ihre Isolation an den Universitäten oder gegen die Gesetzgebung führen, die ihren Anteil an den Universitäten und anderen Hochschulinstitutionen verminderte. Für deutsche Juden erschöpfte sich der Kampf um die Hochschulbildung in der Etablierung eines jüdischen Erziehungssystems in Deutschland und in den Bemühungen um die Emigration der Jugendlichen.

Auch der Kampf gegen den Boykott jüdischer Geschäfte hatte in Deutschland einen anderen Charakter als in Polen. Die polnische Rechte ebenso wie die Mitglieder der NSDAP in Deutschland agierten aufgrund wirtschaftlichen Neides und verbreiteten Konkurrenzdenkens, um jüdische Händler von den Märkten zu verdrängen. In Deutschland handelte es sich bei diesen Händlern mehrheitlich um ausländische Juden. Neben der nicht sehr weitreichenden Tätigkeit des *Central Vereins*, der sich im wesentlichen auf die juristische Beratung der Betroffenen beschränkte, wurde der Kampf hauptsächlich von den ausländischen – insbesondere den polnischen – Konsulaten geführt, die den wirtschaftlichen Status ihrer Staatsangehörigen in Deutschland wahren und damit deren Rückkehr in das Herkunftsland verhindern wollten<sup>110</sup>. In Polen führte der *Bund* einen aktiven Kampf unter Waffeneinsatz und Selbstverteidigung, zum Schutze der Händler auf den Märkten und der gesamten bedrohten jüdischen Öffentlichkeit. Der *Bund* schützte jüdische Geschäftsbesitzer vor dem Druck des Wirtschaftsboykotts, während in Deutschland Juden vor den Schäden des Boykotts resignieren mußten<sup>111</sup>. Der *Bund* schützte jüdische Frauen und Kinder in den öffentlichen Parkanlagen, während Juden in Deutschland angesichts der „Parkbänke“ für Juden und dem Verbot, sich an für Deutsche reservierten Erholungsstätten aufzuhalten, hilflos blieben<sup>112</sup>. Im Laufe der dreißiger Jahre wurden sich polnische Juden der Gefahr bewußt, die ihnen durch die aus Deutschland nach Polen importierte antisemitische Gesetzgebung drohte. In ihrem Kampf gegen diese Einflüsse wußten sie ihre formalen Rechte, wie die Beteiligung an Wahlen und die Vertretung im Parlament, ebenso zu nutzen wie die öffentliche Meinung. Sie führten einen aktiven Kampf und wiesen auch die körperliche Selbstverteidigung und den bewaffneten Kampf nicht zurück. Dieses Verhalten entsprach den Lebensbedingungen in Polen, solange die offizielle Position der Regierung das jüdische Leben in Polen stützte und trug. Ob diese Methoden auch eine sinnvolle Reaktion auf

<sup>109</sup> Melzer, No Way out, S. 74, 76, 79 ; Rowe, Jewish Self-Defence, S. 120f.

<sup>110</sup> Weiss, Ostjuden, S. 215f.

<sup>111</sup> Rowe, Jewish Self-Defence, S. 117 ff.

<sup>112</sup> Ebenda, S. 121.

die Lage der Juden darstellten, nachdem die polnische Regierung ihr Interesse an der Bewahrung des jüdischen Status verloren hatte, muß angezweifelt werden. Noch stärkere Zweifel aber ergeben sich hinsichtlich der Frage, ob ein solches Verhalten die Not der deutschen Juden verringert hätte.

## V. Emigration ohne Immigration

### 1. Die Emigration deutscher und polnischer Juden in den dreißiger Jahren

Die wachsende Not der jüdischen Bevölkerung in Polen und Deutschland führte im Laufe der dreißiger Jahre zu einer starken Zunahme der Emigration. Zwischen 1933 und 1939 wanderten 235 000 der insgesamt 520 000 Juden, die vor Hitlers Machtergreifung in Deutschland gelebt hatten, aus<sup>1</sup>, also nahezu die Hälfte der jüdischen Bevölkerung. Bis zum Beginn der „Endlösung“ stieg die Zahl der jüdischen Emigranten auf 300 000, d.h. zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung Deutschlands<sup>2</sup>. 1933 flüchteten zwar Tausende von Juden aus Deutschland, jedoch wurde die Emigration nicht von allen deutschen Juden akzeptiert<sup>3</sup>. Das liberale deutsche Judentum war in seinem deutschen Patriotismus nicht so leicht bereit, freiwillig auf das Recht zu verzichten, im Land seiner Väter zu leben. Es ließ sich kaum von der Begeisterung für Palästina als bevorzugtes Ziel der Emigration mitreißen. Und so überraschend es klingen mag, selbst Zionisten blickten skeptisch auf die Möglichkeit einer Massenemigration nach Palästina. Ihrer Meinung nach konnte eine derartige Entwicklung das zionistische Siedlungswerk gefährden, da durch eine unkontrollierte Masseneinwanderung unzuverlässige Elemente nach Palästina kommen konnten, und das labile Gleichgewicht zwischen altansässiger Bevölkerung und Neueinwanderern in Palästina Gefahr lief, empfindlich gestört zu werden<sup>4</sup>. Die zentralen Institutionen des deutschen Judentums sprachen sich gegen eine unvorbereitete Auswanderung aus, die in ihren Augen keine Lösung der Not der Betroffenen darstellte, sondern sie vielmehr größeren Gefahren aussetzte<sup>5</sup>. Nach der Welle der ersten Massenflucht im Jahre 1933 stabilisierte sich die Emigrationsbewegung aus Deutschland. Die Jahre 1933 bis 1935 waren durch eine schrittweise Emigration geprägt. In dieser Zeit setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, daß die unmittelbare Zukunft jüdischer Kinder und Jugendlicher außerhalb Deutschlands liege<sup>6</sup>. Für die übrige jüdische Bevölkerung – so lautete der Konsens – käme nur eine allmähliche, sich über einen längeren Zeitraum erstreckende Auswanderung in Frage, die auch bei weitem nicht die gesamte jüdische Bevölkerung in Deutschland erfassen werde.

<sup>1</sup> Strauss, *Emigration from Germany*.

<sup>2</sup> D. Fraenkel gibt unterschiedliche Schätzungen an, die zwischen 270 000 und 325 000 Personen schwanken; siehe Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 100. Nationalsozialistischen Angaben zufolge lag die Zahl der jüdischen Emigranten aus dem nationalsozialistischen Deutschland bis 1939 bei 293 000. Heim, *Zwangsemigration*, S. 49.

<sup>3</sup> Zu den Reaktionen auf die Emigration zu verschiedenen Zeiten siehe: Margaliot, *Emigration*, S. 287 ff.

<sup>4</sup> Zur Diskussion um Palästina als Ziel der Emigration: Freedman, *Jüdische Presse*, S. 56 ff.

<sup>5</sup> Margaliot, *Emigration*, S. 287.

<sup>6</sup> Weiss, *Schicksalsgemeinschaft*, S. 34 f., 98.

Die Gründung eines zentralen Komitees für Auswanderungsfragen im Rahmen der *Reichsvertretung* als Folge der Nürnberger Gesetze von 1935 markiert einen eindeutigen Wandel in der Haltung der deutsch-jüdischen Führung zur Emigration. Unglücklicherweise senkte die britische Mandatsregierung im Winter 1935/36 die Quote der Einwanderungszertifikate nach Palästina. Die folgenden Jahre waren daher durch die vielfältige Suche nach alternativen Auswanderungszielen, fast alle in Übersee, bestimmt. Der *Hilfsverein* koordinierte diese Suche, indem er ein breites Netzwerk an Informations- und Beratungstätigkeiten aufbaute. Die *Reichsvertretung* und der *Hilfsverein* gingen dabei von einer enge Verbindung zwischen Emigration und Aufnahme aus. Eine Emigration ohne gesichertes Ziel wurde abgelehnt<sup>7</sup>. So ist die relativ niedrige Emigrantenanzahl zu verstehen: Zwischen 1933 und der Evian-Konferenz im Sommer 1938 emigrierten 130 000 Juden aus Deutschland, also 26% aller Juden, die dort zu Beginn jenes Zeitraums gelebt hatten<sup>8</sup>.

Die Pogromnacht im November 1938, die Ausweisung von 17 000 polnischen Juden und die Verhaftung von 30 000 deutschen Juden kündeten die dritte und letzte Phase der Emigration deutscher Juden an, die bis Oktober 1941 dauerte, als die Auswanderung von Juden aus Deutschland verboten wurde. Während dieser Phase flüchteten die meisten Juden unter Zurücklassung eines Großteils ihres Besitzes<sup>9</sup>. Die Nationalsozialisten griffen in diesen Jahren zu einer aggressiven Auswanderungspolitik in Anlehnung an das Modell Adolf Eichmanns in Wien nach dem „Anschluß“, das von dort nach Prag und Berlin übertragen wurde<sup>10</sup>. Es handelte sich um eine massive Vertreibung ohne Rücksicht auf Aufnahmemöglichkeiten der Vertriebenen in anderen Ländern.

Die Position der deutschen Regierungsbehörden zur jüdischen Emigration im Laufe der dreißiger Jahre war nicht eindeutig. Einer der Gründe dafür lag in der Schwierigkeit, aus deutscher Perspektive die Begleiterscheinungen der Emigration einzuschätzen. Es wurde die Meinung vertreten, jüdische Emigranten könnten zur Speerspitze antideutscher Propaganda werden. Andere erwarteten, die Begegnung mit den Emigranten würde den Antisemitismus in den Auswanderungsländern verstärken<sup>11</sup>. Hierzu kamen weitere Unsicherheitsfaktoren: Die Emigration nach Palästina konnte längerfristig betrachtet – auch wenn sie für die deutschen Regierungsbehörden kurzfristig im Hinblick auf eventuelle Gewinne bequem war – zur Gründung eines jüdischen Staates führen. Sie wurde daher nur in begrenztem Umfang befürwortet<sup>12</sup>. Noch unklarer waren die wirtschaftlichen Auswirkungen der jüdischen Emigration. In diesem Punkt handelten die deutschen Stellen widersprüchlich: Während sie einerseits die Emigration förderten, erließen sie andererseits Gesetze, durch die die Emigranten einen Großteil ihres Besitzes verlieren sollten. Dadurch wurden viele Menschen von dem Schritt der Emigration abgehalten. Die Unfähigkeit der deutschen Behörden, sich hinsichtlich der Vor- und Nachteile einer jüdischen Emigration festlegen zu können, zeigte sich in den wenig konsequenten Schritten, die das Regime in diesem Bereich unternahm. Hinzu kamen weitere indi-

<sup>7</sup> Margalio, *Rescue of German Jewry*, S. 256.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 247.

<sup>9</sup> Zaris, *Migration of German Jews*, S. 17–38.

<sup>10</sup> Anderle, *Zentralstellen*, S. 283 ff.

<sup>11</sup> Yahil, *Holocaust*, Bd. 1, S. 135.

<sup>12</sup> Heim, *Zwangsemigration*, S. 54 ff.

rekte Faktoren, die die Emigration verlangsamen: Die Dynamik antijüdischer Politik in Deutschland, die sich durch relativ ruhige Zeiten zwischen den einzelnen Verfolgungswellen auszeichnete, verwirrte die jüdische Bevölkerung und vertuschte den wahren Charakter des Regimes. Zu dieser Verwirrung trugen auch die relativ langsam voranschreitenden wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Juden in Deutschland und die interne Autonomie bei, die dem jüdischen Gemeindeleben gewährt worden war – alle diese Faktoren verschleierte die wahre Situation und führten zu einer Verzögerung der Emigration<sup>13</sup>.

Die größte Unklarheit bestand jedoch im Hinblick auf die Auswanderungsziele. Palästina konnte nicht den Bedürfnissen aller Emigranten entsprechen, und viele andere Länder verschlossen ihre Tore vor jüdischen Emigranten. Die Vereinigten Staaten hatten ihre Immigrationspolitik schon nach dem Ersten Weltkrieg verschärft und gewährten nur äußerst begrenzte Einwanderungsquoten, die von der bereits bestehenden Präsenz der jeweiligen nationalen Gruppen in den USA abgeleitet wurden<sup>14</sup>. Diese Politik war angesichts der Weltwirtschaftskrise noch einmal verschärft und nach dem Ende der Krise nicht verändert worden. Viele deutsche Juden wollten sich den erheblichen Schwierigkeiten, die die amerikanischen Behörden einer Immigration in den Weg legten, nicht aussetzen. Die für Deutsche festgesetzte Quote wurde bis 1938 nicht vollständig ausgenutzt.

Der genaue Zeitpunkt, an dem die öffentliche Diskussion über eine Emigration der Juden aus Polen einsetzte, ist nur schwer festzustellen. Offizielle und inoffizielle Stellungnahmen zu den Vorteilen einer jüdischen Auswanderung finden sich bereits 1934<sup>15</sup>. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1935 verschärfte sich die Situation der Juden in Polen. Praktisch jedoch setzte die Diskussion um die Emigration als einzige Lösung für die „Judenfrage“ sogleich nach Hitlers Machtübernahme ein, als extreme rechte Gruppen, insbesondere der nationalistische Oppositionsblock der *Endecja* unter der Führung Roman Dmowskis und der *ONR*, zur Massenemigration als Lösung der „Judenfrage“ in Polen aufriefen<sup>16</sup>. Während der *ONR* von einer Vertreibung der Juden unter Anwendung physischer Gewalt sprach, ging es der *Endecja* um die Verschärfung des Wirtschaftsboykotts gegen Juden, um sie von einer „freiwilligen“ Auswanderung zu überzeugen<sup>17</sup>. Die Position der radikalen Rechten übertrug sich auf das Zentrum der politischen Szene. Im Verlauf der Jahre 1936–1937 kristallisierte sich die offizielle Haltung der polnischen Regierung heraus, nach der eine direkte Beziehung zwischen dem Antisemitismus und den demographischen und wirtschaftlichen Problemen des Landes bestand und die die Mas-

<sup>13</sup> Margaliot, *Rescue of German Jewry*, S. 262.

<sup>14</sup> Yahil, *Holocaust*, S. 138. – Strauss merkt an, das entscheidende Kriterium sei das Herkunftsland gewesen, nicht die religiöse oder ethnische Zugehörigkeit. Die Quote für Deutsche lag jährlich bei 25 000 Personen gegenüber der Quote von 6000 Personen für Polen: Strauss, *Jewish Immigrants*, Bd. 6, S. 206 f.

<sup>15</sup> Der Redakteur der halböffentlichen Zeitung *Gazeta Polska* stellte sich gegen die Argumentation der *Endecja*. Er „entschuldigte“ sich aber für die Größe der jüdischen Gemeinden in Polen, merkte jedoch an, daß angesichts des Fehlens eines Zielortes Juden nicht aus Polen fortgeschafft werden könnten; Korzec, *Antisemitism*, S. 82.

<sup>16</sup> Rabinowicz, *Polish Jewry*, S. 53 ff.

<sup>17</sup> Dunker, *Jews in Poland*, S. 28.

senauswanderung von Juden aus Polen als einzige Lösung dieser Frage betrachtete<sup>18</sup>.

Wie bereits erwähnt, hatten die meisten Länder während der dreißiger Jahre ihre Einwanderungsbestimmungen erheblich verschärft, so daß Polen gezwungen war, seine Hoffnung auf Palästina als bevorzugtes Ziel der jüdischen Auswanderung zu setzen. Als die britische Mandatsregierung in Palästina im Winter 1935/36 beschloß, die Zahl der Einwanderungszertifikate herabzusetzen, stand die polnische Regierung vor neuen Schwierigkeiten. Infolgedessen setzte sie ihre Bemühungen nunmehr auf zwei Ebenen fort: Sie versuchte direkt und indirekt, die britische Regierung zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen und gleichzeitig Kolonien zu finden, die als Auswanderungsziel für einen Teil der polnischen Juden dienen konnten<sup>19</sup>. Die Suche nach Kolonien konzentrierte sich auf Madagaskar, eine französische Kolonie, die die polnische Regierung für ihre Ziele zu gewinnen hoffte<sup>20</sup>, wobei sie sich vor dem ihr anhaftenden antisemitischen Image zu schützen versuchte. Die Auswanderung wurde als einziger Ausweg aus der wirtschaftlichen Not und der Situation der Überbevölkerung in Polen dargestellt. Vor ausländischen Stellen behauptete Polen, das Auswanderungsprogramm sei nicht nur für Juden bestimmt, sondern allgemein für die polnische Bevölkerung. In der Praxis jedoch richtete sich die Suche allein auf Alternativen für die jüdische Landbevölkerung<sup>21</sup>. Die polnische Regierung vertrat also eine zwiespältige Haltung, die die polnischen Juden beschwichtigen und ihr Vertrauen erlangen sollte. Gleichzeitig trachtete sie danach, auch die internationalen jüdischen Organisationen sowie die Meinung der Weltöffentlichkeit für sich zu gewinnen<sup>22</sup>. Angesichts der bestehenden internationalen Bedingungen und des Fehlens von Zielländern für die Emigration ging von jeder Position, die eine Massenauswanderung von Juden aus Polen forderte, eine gewisse Gefahr für die jüdische Bevölkerung aus<sup>23</sup>. Professor Moshe Schorr, Historiker und Abgeordneter des polnischen Sejm, vertrat Ende 1934 die Überzeugung, die Auswanderung könne das Problem der polnischen Juden nicht lösen. Eine echte Lösung könne nur im Bereich der jüdischen Selbsthilfe in Polen gefunden werden<sup>24</sup>. Wie viele andere, die die internationale Situation kannten, mußte Schorr feststellen, daß es keine Alternative zum Verbleib in Polen gab. Zwei Jahre später, als Auswanderung das Zauberwort schlechthin in der Diskussion um die Zukunft des polnischen Judentums geworden war, warnte Schorr nochmals vor den Intentionen der polnischen Regierung. Er verwies auf die Verlogenheit in der Darstellung der Ver-

<sup>18</sup> Melzer, *Polish Diplomacy*, S. 211; Polonsky, *Independent Poland*, S. 467f.; Korzec, *Antisemitism*, S. 91f.

<sup>19</sup> Melzer, *Polish Diplomacy*, S. 212f.

<sup>20</sup> Yahl, *Madagascar*, S. 326ff.; Brechtken, *Madagascar*, S. 81–164; Melzer, *Polish Diplomacy*, S. 214f.

<sup>21</sup> Melzer, *Polish Diplomacy*, S. 212.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 217.

<sup>23</sup> Dan Diner lenkt die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß das Neue der nationalsozialistischen Katastrophe lange vor dem eigentlichen Beginn der „Endlösung“ in der Tendenz der Nationalsozialisten zum Ausdruck kam, die deutschen Juden (und später auch die österreichischen Juden) unter Bedingungen zur Auswanderung zu drängen, die ihnen keine möglichen Ziele einer Einwanderung zur Verfügung stellten: Diner, *Auswanderung ohne Einwanderung*, S. 143f.

<sup>24</sup> Schorr, *Jews in Poland*, S. 5.

hältnisse: Statt Juden angeblich zugunsten der polnischen Bauern zu verdrängen, sollte die polnische Regierung eine umfassende Agrarreform als wirkliche Lösung der bäuerlichen Not in Angriff nehmen<sup>25</sup>. Auch andere jüdische Abgeordnete im Sejm – Mitglieder der *Kolo-Zydowskie* [Zusammenschluß jüdischer Parlamentarier] – widersetzten sich der polnischen Auswanderungspropaganda<sup>26</sup>. Sie wehrten sich gegen die Instrumentalisierung des Antisemitismus zur Förderung der Auswanderung und lehnten es ab, die Notlage der Juden von einer wirtschaftlich-sozialen Frage zu einer politischen Angelegenheit zu stilisieren. Dies, so äußerten sie, widerspreche der Verfassung, sei nicht realistisch und vor allem schädlich. Praktisch verhielt sich die Mehrheit der jüdischen Öffentlichkeit angesichts des Gebrauchs, den die polnische Regierung von der Idee der Auswanderung machte, äußerst skeptisch. Der *Bund* betrachtete die Auswanderung als einen Versuch, die Rechte der Juden auf Gleichberechtigung in ihrem Geburtsland zu erschüttern<sup>27</sup>. Er stand in Konfrontation mit verschiedenen Elementen des politischen Spektrums in Polen: Den Zionisten gegenüber argumentierte er, ihre Intervention zugunsten einer jüdischen Auswanderung nach Palästina komme denjenigen entgegen, die die Auswanderung allein für Juden forderten. In der linken Szene kämpfte der *Bund* gegen jene Kräfte, die Juden als Belastung für die polnische Wirtschaft betrachteten und daher die jüdische Auswanderung forderten<sup>28</sup>. Doch auch innerhalb des *Bundes* gab es Kräfte, die behaupteten, es sei ein Fehler, das Potential der Auswanderung prinzipiell zu leugnen<sup>29</sup>. Jakob Lestschinsky betonte, daß die Lage der Juden, die in der Vergangenheit aus Polen nach Amerika ausgewandert seien, günstiger sei als die Situation der Zurückgebliebenen. Er sah darin einen eindeutigen Beweis dafür, daß kein Grund bestand, die Auswanderung zu fürchten. Neben der offiziell geäußerten Kritik bot der *Bund* den Auswanderern aber dennoch Informations- und Hilfsdienste an. Er lehnte nicht die Auswanderung als solche ab, sondern den „Emigrationismus“, also die sie begleitende Ideologie<sup>30</sup>. Die *Agudat Israel*, die „Volkisten“ und die Kreise der Assimilierten widersetzten sich ebenfalls der Auswanderungspropaganda.

Die Mehrheit der jüdischen Führung distanzierte sich nicht eigentlich von der Emigration, sondern von dem Element des Zwangs und der kollektiven ethnischen Diskriminierung<sup>31</sup>, die sie in der zur Auswanderung auffordernden Politik erkannten<sup>32</sup>. Einen besonders schweren Stand hatte die zionistische Bewegung. Ihr Ziel war es, ohne Einschränkung die Auswanderung nach Palästina zu unterstützen. Angesichts der Situation in Polen wurde sie jedoch gezwungen, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, ob eine Fortführung dieser Politik richtig sei und ob sie die Unterstützung der polnischen Regierungsbehörden nutzen dürfte, ohne gleichzei-

<sup>25</sup> C.V.Z., Nr. 12, 19. 3. 1936.

<sup>26</sup> Melzer, No Way out, S. 145 f.

<sup>27</sup> Blatman, Bund in Poland, S. 78.

<sup>28</sup> Melzer, No Way out, S. 146.

<sup>29</sup> Lestschinsky, Emigration.

<sup>30</sup> Blatman, Bund in Poland, S. 80; Melzer, No Way out, S. 134 f.

<sup>31</sup> *Jüdisches Gemeindeblatt Danzig*, Nr. 18, 28. 1. 1938.

<sup>32</sup> Der Jüdische Weltkongreß z. B. war über Äußerungen besorgt, die Juden als „überflüssiges Element“ in Polen bezeichneten: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 3892, 204.



tig für die Bewahrung der Rechte der Juden in Polen einzutreten<sup>33</sup>. Angesichts des Rückgangs der zur Verfügung stehenden Einwanderungszertifikate nach Palästina mußte der polnische Zionismus sich ohnehin nach alternativen Auswanderungszielen umschauen. Der Aufruf zur Auswanderung ohne die Möglichkeit, eine Emigration nach Palästina verwirklichen zu können, mußte zu Einbußen der Popularität der zionistischen Bewegung führen, was den polnischen Zionisten sehr wohl bewußt war.

Während die jüdische Führung noch zwischen der Propagierung der Auswanderung und der Bewahrung des Status quo der Juden in Polen schwankte, traten zwei führende Zionisten mit einem radikalen Plan zur Lösung des jüdischen Problems in Polen hervor. Anfang August 1936 lud Yitzchak Grünbaum, der führende Vertreter der polnischen Zionisten, zu einer Pressekonferenz ein, auf der er einen aktuellen Bericht zur Lage des polnischen Judentums gab. Angesichts der Zwänge der polnischen Wirtschaft sah Grünbaum keine andere Lösung als den Exodus aus Polen<sup>34</sup>. Zur Verteidigung seines „Exodus“-Programms erläuterte er, es gebe keinen Widerspruch zwischen der Anerkennung der wirtschaftlich-strukturellen Notwendigkeit, daß Juden Polen verlassen mußten, und der Fortsetzung des Kampfes um die jüdische Gleichberechtigung in diesem Land. Er unterstützte die Ausarbeitung einer gemeinsamen polnisch-jüdischen Aktion für einen Exodus-Plan der Juden und ging davon aus, daß der antisemitische Druck gerade durch diese Kooperation und die öffentlichen Äußerungen über die Notwendigkeit einer Auswanderung auf jüdischer Seite gesenkt werden könnte.

Anfang September, also einen Monat nach der Veröffentlichung von Grünbaums Programm, trat Ze'ev Jabotinsky, der Begründer der revisionistischen Bewegung im Zionismus, mit einem Evakuierungsplan für die Juden in Polen hervor<sup>35</sup>. Jabotinsky war bereits seit Beginn der dreißiger Jahre überzeugt gewesen, daß nur eine Massenauswanderung nach Palästina die schwere Not der osteuropäischen Juden lindern könnte<sup>36</sup>. Im Rahmen der Kontakte zum polnischen Außenministerium formulierte Jabotinsky Mitte der dreißiger Jahre sein „Evakuierungsprogramm“, also die organisierte Massenauswanderung polnischer Juden, in der Hoffnung, mit Unterstützung der polnischen Regierung ließe sich die britische Mandatsregierung zu einer Änderung ihrer Einwanderungspolitik in Palästina bewegen<sup>37</sup>. Jabotinsky sprach von der Evakuierung von anderthalb Millionen Juden aus Europa im Verlauf von zehn Jahren, darunter 750 000 polnischen Juden. Dieses Evakuierungsprogramm dürfte wohl kaum reale Chancen einer Umsetzung gehabt haben. In der jüdischen Gesellschaft erregte das Programm zudem heftige Kritik. Viele sahen in Jabotinskys Position einen verräterischen Akt, mit dem die jüdische Öffentlichkeit preisgegeben werden sollte. Auch die polnische Regierung erwartete wohl kaum, daß sich dieses Programm verwirklichen lasse, registrierte jedoch voller Zufriedenheit die Auseinandersetzung und Polarisierung in den Reihen der jüdischen Bevölkerung nach der Veröffentlichung dieses Plans<sup>38</sup>.

<sup>33</sup> Melzer, *No Way out*, S. 134 f.

<sup>34</sup> Grünbaum, *Evacuation*; Melzer, *No Way out*, S. 135 f.

<sup>35</sup> Melzer, *No Way out*, S. 136.

<sup>36</sup> Benari, *Evakuierungs-Programm*.

<sup>37</sup> Shavit, *Jabotinsky*, S. 220 f.

<sup>38</sup> Tomaszewski, *Vladimir Jabotinsky*, S. 227. – Die Kritik in der jüdischen Öffentlichkeit

Ähnlich wie Jabotinsky einen Evakuierungsplan für polnische Juden unterstützte<sup>39</sup>, trat der Vorsitzende der revisionistischen zionistischen Gruppierung in Deutschland, Georg Kareski, für eine allgemeine Emigration als Lösung der „Judenfrage“ in Deutschland ein. In den in der Zeitung der revisionistischen Partei in Deutschland veröffentlichten Beiträgen rief Kareski zur „geordneten Liquidation“ und zur totalen Auswanderung der deutschen Juden auf<sup>40</sup>. Er forderte von den deutschen Behörden die Ernennung eines jüdischen Kommissars für Auswanderungsfragen, in dessen Händen sich sämtliche Machtbefugnisse konzentrieren sollten, die für den Transfer deutscher Juden ins Ausland und insbesondere nach Palästina notwendig seien. Ob Kareski wirklich auf eine „allgemeine Liquidation“ des deutschen Judentums abzielte, ist anzuzweifeln. Dem Historiker Abraham Margalio zufolge sprach Kareski nur von einer schrittweisen Emigration, setzte dabei jedoch die Möglichkeit, die Auswanderer in Palästina aufzunehmen, höher an als allgemein üblich. Margalio geht davon aus, daß Kareski letztlich durch seine Forderungen eine stärkere Öffnung der britischen Einwanderungspolitik in Palästina gegenüber Juden herbeiführen wollte, so daß diese schließlich größere Bereitschaft zeigen würden, das Deutsche Reich zu verlassen. Kareskis Positionen stießen auf heftige Kritik in der jüdischen Öffentlichkeit in Deutschland, ganz ähnlich wie diejenigen Jabotinskys in Polen. Die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung glaubte zu jenem Zeitpunkt nicht an die unausweichliche Notwendigkeit der Emigration. Kareskis Bereitschaft, sich zum Reichskommissar für Judenfragen ernennen zu lassen, verstärkte nur sein negatives Image und gab ihm den Ruf eines „Verräters“, den er lange Jahre nicht ablegen konnte. Kareski und Jabotinsky blieben mit ihren Ansichten in der Minderheit, ihre Emigrationspläne gewannen in jenen Jahren keine breitere Unterstützung in der jüdischen Öffentlichkeit.

Das Evakuierungsprogramm ist ein Beispiel von vielen für den Zusammenhang und die Verkettung der Frage jüdischer Auswanderung in Polen und Deutschland. Schon 1933 hatten führende jüdische Persönlichkeiten versucht, die Massenflucht von Juden aus Deutschland aufzuhalten, da sie ahnten, daß derartige Fluchtbewegungen andere Länder in Osteuropa ebenfalls zu Maßnahmen inspirieren könnten, die die jüdische Bevölkerung in die Flucht trieben<sup>41</sup>. Die „Effektivität“ des deutschen Weges erwies sich in der beschleunigten Auswanderung deutscher Juden und der internationalen Anerkennung, die der Notsituation deutscher Juden zuteil wurde. Der polnische Außenminister Beck behauptete zwar nachträglich, der deut-

neigte dazu, beide Programme zu verknüpfen. Grünbaum betonte zwar, sein Programm beziehe sich bevorzugt auf die Auswanderung der jüdischen Bevölkerung, nicht jedoch auf die Beseitigung der jüdischen Existenz in Polen. Insgesamt erkannten viele jedoch nicht den Unterschied zwischen dem freiwilligen Element in Grünbaums Programm und dem autoritären Programm Jabotinskys. Im Hinblick auf die Einschätzung der ausweglosen Situation in Polen entsprachen sich beide Persönlichkeiten jedoch im wesentlichen. Melzer, *No Way out*, S. 138.

<sup>39</sup> Jabotinsky nahm in seinem Programm auch zur Emigration deutscher Juden Stellung. In seiner ersten Form sprach das Programm von einer Auswanderung von 700 000 polnischen und ungefähr 200 000 deutschen Juden. Infolge der „Reichskristallnacht“ wandte sich Jabotinsky Mitte November 1938 an die westeuropäischen Regierungen mit dem Ruf, den sofortigen Exodus der deutschen Juden zu unterstützen: Machman, Ze'ev Jabotinsky.

<sup>40</sup> Margalio, *Emigration*, S. 290.

<sup>41</sup> Ders., *Rescue of German Jewry*, S. 251.

sche Einfluß habe der polnischen Politik geschadet und sie zu grandiosen und jegliche reale Chance entbehrenden Kolonialforderungen hingerissen<sup>42</sup>. Doch dies ist ein Blick der kritischen Retrospektive: in jenen Tagen bot Deutschland der polnischen Politik ein Rohmodell. Die Verbindung, die zwischen der deutschen und polnischen Politik im Hinblick auf die „Judenfrage“ allgemein und in bezug auf die Auswanderung insbesondere bestand, war komplex und vielschichtig. Sie ergab sich aus gemeinsamen und zugleich entgegengesetzten Interessen. Treffend wird dieser Umstand von Emanuel Melzer beschrieben, der feststellt, „daß Polen und Deutschland nicht miteinander kooperierten, daß vielmehr zwischen ihnen eine verdeckte Konkurrenz im Hinblick auf Chancen und Möglichkeiten bestand, der jüdischen Bevölkerungsgruppen im eigenen Land ledig zu werden und sie an die wenigen, zur Aufnahme jüdischer Emigranten bereiten Orte zu bringen“<sup>43</sup>.

Auch innerhalb der jüdischen Öffentlichkeit war die Frage der parallelen Auswanderung polnischer und deutscher Juden voller Widersprüche. Als repräsentatives Beispiel soll in diesem Zusammenhang die Haltung des *Joint*, des *American-Jewish Joint Distribution Committees*, angeführt werden: der *Joint* lehnte die Auswanderung als Lösung der „Judenfrage“ grundsätzlich ab und widersetzte sich damit auch der überhasteten Emigration. Daher fiel es der Organisation seit 1933 schwer, eine prinzipielle Position zur Auswanderung aus Deutschland zu formulieren<sup>44</sup>. Die Organisation mußte dem Umstand Rechnung tragen, daß die Mehrheit des deutschen Judentums – wenigstens im Jahre 1933 – sich dem Gedanken der Auswanderung widersetzte. Im Laufe der Zeit übernahm der *Joint* Warburgs Position, der davon ausging, der Antisemitismus des NS-Regimes sei keine vorübergehende Erscheinung, weshalb es einer möglichst großen Zahl von Juden ermöglicht werden müsse, Deutschland zu verlassen. Doch dieser Einsicht in die Notwendigkeit der Emigration der Juden aus Deutschland beugte sich der *Joint* endgültig erst nach der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze<sup>45</sup>.

Als Lösung für die Not der polnischen Juden wies der *Joint* bis in die Jahre 1935/36 die Idee der Auswanderung entschieden zurück<sup>46</sup>. Im Laufe des Jahres 1936 kam es im polnischen Sejm zu einer Reihe von Debatten über die Auswanderung von Juden. Diese Debatten und die konzentrierten Bemühungen der polnischen Diplomatie, Anerkennung für die polnischen Emigrationsprogramme zu finden, brachten 1936 Bewegung in die starre Haltung des *Joint*. Die wiederholten Versuche offizieller polnischer Vertreter, zwischen der Beschleunigung der jüdischen Auswanderung und der Möglichkeit, den Antisemitismus einzudämmen, eine Verbindung zu konstruieren, wurden als politische Erpressung aufgefaßt und führten sicherlich nicht zu bereitwilligem Handeln der jüdischen Institutionen<sup>47</sup>. Der *Joint*

<sup>42</sup> Melzer, *Polish Diplomacy*, S. 218.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 230.

<sup>44</sup> Bauer, *Brother's Keeper*, S. 115 ff.

<sup>45</sup> Im Tätigkeitsbericht des *Joint* Anfang 1936 heißt es, der *Joint* unterstütze nicht direkt die Auswanderung von Juden aus Deutschland, sondern subventioniere innerhalb und außerhalb Deutschlands Organisationen, zu deren Programm die Auswanderung gehöre. In Polen dagegen unterstützte der *Joint* ausschließlich die Komitees zur Behandlung der Flüchtlinge aus Deutschland in Polen. JDC, Folder 790, Memorandum on JDC Activities in Poland, March 9, 1936.

<sup>46</sup> Bauer, *Brother's Keeper*, S. 190 f.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 194 ff.

erkannte zwar inzwischen die Notwendigkeit der Auswanderung aus Polen, beharrte dabei jedoch darauf, daß Juden dabei nicht überrepräsentiert sein sollten<sup>48</sup>. Der *Joint* begann auch, grundsätzliches Interesse an alternativen Zielorten der jüdischen Auswanderung aus Polen zu zeigen: Er prüfte Möglichkeiten in der Sowjetunion und entsandte eine Delegation, die die Bedingungen in Madagaskar untersuchen sollte. Praktisch erreichte die Organisation 1937 jedoch nichts Konkretes für die polnischen Juden. In den letzten Jahren vor dem Kriegsausbruch verhielt sich der *Joint* im Hinblick auf die Emigration als erwünschte Lösung der Not der polnischen Juden weiterhin eher zurückhaltend. Dieses Verhalten wurzelte in der Position des *Joint*, die Auswanderung als Lösung der „Judenfrage“ prinzipiell abzulehnen, sowie in der Annahme, es bestünde – anders als in Deutschland – kein offensichtlicher Grund, zu einer Massenauswanderung polnischer Juden aufzurufen. Es war eine ausweglose Verstrickung. Die Situation der Juden in Polen und Deutschland war gleichermaßen unerträglich. Doch angesichts der beschränkten Emigrationsmöglichkeiten und der großen Zahl polnischer Juden war deren Auswanderung geeignet, die Emigration deutscher Juden vollständig zu blockieren<sup>49</sup>.

Deutsche Juden verhielten sich zögerlich und neigten nicht dazu, einen klaren Standpunkt angesichts der politischen Realität in Polen zu beziehen. Die laufenden Presseberichte über die Lage in Polen und ihre zentrale Stellung in den Zeitungen des deutschen Judentums weisen darauf hin, daß die jüdische Öffentlichkeit in Deutschland dem Geschehen gegenüber nicht indifferent war. Die Debatten über die Auswanderung im Sejm und im polnischen Senat wurden detailliert dargestellt und umfangreich kommentiert. Die Zeitungen erinnerten auch an eine mögliche, bisweilen sogar erwünschte Verbindung zwischen der deutschen und der polnischen Emigrationspolitik<sup>50</sup>. Es sieht jedoch so aus, als ob die Presse angesichts der Herausforderung nur schwer einen eigenen Standpunkt fand und zwischen der Verpflichtung gegenüber den eigenen Interessen und der Anerkennung der schrecklichen Not in Polen hin- und hergerissen war. So veröffentlichte die Zeitung des *Central Vereins* eine eindeutige Erklärung, in der die Not der Juden in Polen betont und darüber hinaus gefordert wurde, nicht mit übertriebenen Forderungen für die Angelegenheiten der deutschen Juden aufzutreten<sup>51</sup>. Einige Monate später kritisierte die *C.V.-Zeitung* Planungen für die Emigration der polnischen Juden aufgrund der Rückwirkungen, die diese für die deutschen Juden zeitigen würde:

„Die Juden der anderen Länder, in denen ein Interesse an jüdischer Auswanderung besteht, müssen die polnische Entwicklung mit aufmerksamer Sorge betrachten. Werden die Millionenmassen Polens planmäßig in Bewegung gesetzt, um neu angesiedelt zu werden, so sind für unabhsehbare Zeit für alle anderen die Auswanderungsmöglichkeiten so gut wie verstopft. Ein aus jahrzehntelanger Beobachtung der Probleme im Osten gewachsener Grundsatz von Paul Nathan darf wohl in einer kleinen Variante auch als heute noch zurecht bestehend festgestellt werden: In Ländern jüdischer Massensiedlung ist die Judenfrage nur im Lande selbst zu lösen.“<sup>52</sup>

<sup>48</sup> Ebenda, S. 192 f.

<sup>49</sup> J. Hyman, der Schatzmeister des *Joint*, stellte 1934 fest: „Wenn alle Welt ihre Tore vor einer umfangreichen Emigration verschließt, muß das jüdische Leben in den Ländern mit großer jüdischer Bevölkerung rehabilitiert werden.“ – Zitiert nach: ebenda, S. 191.

<sup>50</sup> C.V.Z., Judendebatte im Sejm, 27. 2. 1936.

<sup>51</sup> Ebenda.

<sup>52</sup> C.V.Z., Die polnische Judenfrage in Bewegung, Nr. 39, 24. 9. 1936.

## 2. „Rückwanderer“ in Polen – Flüchtlinge im eigenen Land

Eine Emigrationsmöglichkeit für die in Deutschland lebenden Juden mit ausländischer Staatsbürgerschaft war die Rückkehr in die Herkunftsländer. Die „Rückwanderung“, wie sie die deutschen Behörden nannten, umfaßte im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft einen beträchtlichen Teil der jüdischen Emigration aus Deutschland. Einem Bericht des zuständigen *Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau* zufolge wurden bis April 1934 zirka 18694 Juden von dieser Körperschaft bei der Rückkehr in ihre Herkunftsländer unterstützt, darunter 8804 polnische Juden<sup>53</sup>. Der *Joint* zählte zu jener Zeit in Polen 7000 bis 8000 Flüchtlinge aus Deutschland, darunter 500 deutsche, 300 staatenlose und 300 Juden mit einer anderen Staatsbürgerschaft, während die übrigen Flüchtlinge polnische Juden waren<sup>54</sup>. Bis Ende 1935 wurden 9000 Juden gezählt, die aus Deutschland nach Polen auswanderten und mit finanziellen Mitteln des *Joint* sowie aus polnischen, vom *Vereinigten Jüdischen Komitee zur Hilfe für Flüchtlinge aus Deutschland* gesammelten Spendenbeiträgen unterstützt wurden<sup>55</sup>. Zu den direkt aus Deutschland emigrierten Personen kamen jene Juden, die zunächst aus Deutschland nach Westen, also in die Niederlande, nach Belgien und Frankreich, emigrierten und von dort infolge der Aufnahmeschwierigkeiten – oder bisweilen aufgrund behördlicher Ausweisungen – gezwungen wurden, nach Polen zurückzukehren<sup>56</sup>. Die Zahl der polnischen Juden, die nach Polen zurückkehrten, ist also nur mit Schwierigkeiten genau zu bestimmen, da diese Migranten nicht immer von einer der beiden genannten Organisationen unterstützt wurden, während es sich bei den Unterstützungsempfängern selbst nicht immer um polnische Juden handelte<sup>57</sup>. Dennoch kann mit Gewißheit gesagt werden, daß die „Rückwanderung“ sich bereits 1934 verringerte<sup>58</sup>.

Der in jenen Jahren gebräuchliche Begriff der „Rückwanderer“ oder „Rückkehrer“ ist problematisch und irreführend, denn er erweckt den Eindruck, daß es sich um eine freiwillige Rückkehr der Emigranten in ihre Herkunftsländer handelte<sup>59</sup>. Dies war jedoch nicht der Fall. In erster Linie waren es die deutschen Behörden, die Juden polnischer Herkunft zur Rückkehr nach Polen zwangen und damit auf eine lange Tradition zurückgriffen, die sich zuletzt am Ende des Ersten Weltkrieges und

<sup>53</sup> RV, Ein Jahr Hilfe und Aufbau. Herausgegeben vom Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, Berlin, September 1934, S. 14f.

<sup>54</sup> JDC, Folder 628, Report on the Activities of the American Joint Distribution Committee, with special Attention to the last five Months, April 16, 1934.

<sup>55</sup> Aid to Jews Overseas. Die deutschen Behörden berichteten im Herbst 1933 über 4000 polnische Juden, die infolge der politischen Veränderungen in Deutschland nach Polen zurückgekehrt seien: BAK, R 43II/600, Die deutsche Emigration im europäischen Ausland, Herbst 1933.

<sup>56</sup> So erwog z. B. die belgische Regierung, die polnisch-jüdischen Emigranten aus Deutschland zu einer Rückkehr nach Polen zu überreden; YIVO, RG 348, Folder 95, Special Report of the Joint Foreign Committee 20. 7. 1933; JDC, Folder 628, Report of Activities for the Months of April to October 1934, November 14, 1934; L143/154, High Commission for Refugees (Jewish and other) coming from Germany, April 1934.

<sup>57</sup> Das *Israelitische Familienblatt* berichtete über deutsche Juden, die in Polen „Asyl“ suchten, 22. 6. 1933.

<sup>58</sup> CAHJP, Inv. 1419, Council for German Jewry. Statistics of Jewish Emigration from Greater Germany, 1. 8. 1939.

<sup>59</sup> Siehe: Weiss, Emigration Efforts.

in der Vertreibung polnischer Juden aus Bayern im Jahre 1923 manifestiert hatte. Seit 1933 griffen deutsche Behörden zur Ausweisung von Einzelpersonen, wobei jeder Einzelfall gesondert begründet wurde. 1936 begannen die deutschen Behörden mit kollektiven Ausweisungen russischer und rumänischer, später dann auch polnischer Juden.

Die Position der jüdischen Organisationen in Deutschland zur individuellen Rückwanderung polnischer Juden war positiv und wurde von der Überlegung geleitet, den Personen, deren wirtschaftliche Basis in Deutschland erschüttert worden war, müsse geholfen werden, ihr Leben im eigenen Herkunftsland wieder neu aufzubauen. Der *Hilfsverein* veröffentlichte seit 1933 Informationen über Arbeitsstellen, Arbeitsangebote und wirtschaftliche Möglichkeiten in verschiedenen Ländern<sup>60</sup>. Viele Arbeitsangebote verwiesen nach Osteuropa und waren von der Kenntnis der jeweiligen Landessprache oder dem Besitz der Staatsbürgerschaft dieser Länder abhängig. Besonders interessante Angebote kamen von Angehörigen der deutschen Minderheiten, den sogenannten „Volksdeutschen“ in Osteuropa, die an einem Besitztausch mit im Reichsgebiet lebenden Juden interessiert waren. Ein derartiger Austausch wurde später von den Reichsbehörden verboten, die den Verzicht auf deutsche Positionen und deutschen Besitz in osteuropäischen Ländern ablehnten<sup>61</sup>.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Rumänien, Ungarn, Polen und der Sowjetunion und der damit einhergehenden Verschärfung des Antisemitismus waren allerdings viele Juden, die vor der osteuropäischen Realität nach Deutschland geflohen waren, von der Perspektive einer Rückkehr in ihre Herkunftsländer nicht gerade begeistert. Sie zogen es in der Regel vor, zunächst in Deutschland zu bleiben – in der Erwartung, später eine Einreisegenehmigung in andere Länder zu erhalten. Welches Profil hatten nun die „Rückkehrer“?

Die Berichte der öffentlichen deutschen Auswanderungsberatungsstellen, die bereits in der Weimarer Republik in allen Teilen Deutschlands gegründet worden waren, geben hierüber Aufschluß. Diese Ämter berieten Auswanderungswillige und sammelten Informationen über Emigrationsfragen. Die Beratungsstellen setzten ihre Arbeit unter der NS-Herrschaft fort, ohne einem allzu großen Gleichschaltungsdruck zu unterliegen. Sie waren für Deutsche, Ausländer, deutsche Juden und ausländische Juden gleichermaßen offen<sup>62</sup> und kooperierten mit der *Reichsvertretung* und dem *Hilfsverein*<sup>63</sup>. Alle drei Monate wurden Berichte veröffentlicht, in denen sie einen Überblick über ihre Tätigkeit sowie Einschätzungen über die Entwicklung der Bevölkerungsbewegungen in Deutschland gaben. Die Berichte enthielten zahlreiche Beschreibungen von Einzelfällen und allgemeine Analysen der Emigration und ihrer Bedingungen. Diesen Quellen zufolge handelte es sich bei den Rückkehrern in der Regel um Randexistenzen, also arme Juden an der Peripherie der Gesellschaft. Die Auswanderungsberatungsstelle in Karlsruhe erklärte, bei den

<sup>60</sup> Zum Beispiel: CZA, A 14290/1/3, Zirkularschreiben Nr. 105, Vom Reichsauswanderungsamt anerkannte gemeinnützige Auskunftsstelle für jüdische Durchwanderung und Auswanderung.

<sup>61</sup> PAAA, B3 25855/15042, Abschrift I, Auswärtiges Amt an sämtliche Missionen und Berufskonsulate am 4. 11. 1936.

<sup>62</sup> Nederland, Emigration Patterns, S. 11 f.

<sup>63</sup> Prinz, Role of the Gestapo, S. 205 ff.

Rückkehrern handele es sich um Personen, die von den deutsch-jüdischen Wohlfahrtsorganisationen nach Polen zurückgeschickt worden seien, da diese sich gezwungen sähen, sich auf die Unterstützung verarmter deutscher Juden zu konzentrieren, und nicht mehr in der Lage waren, die Hilfe für ausländische Juden fortzusetzen<sup>64</sup>. Anderthalb Jahre später teilte die Beratungsstelle Karlsruhe mit, daß es sich bei den Rückkehrern um Juden handele, die infolge fehlender Mittel keine anderen Auswanderungsmöglichkeiten wahrnehmen konnten<sup>65</sup>. Ein Bericht der zentralen Auswanderungsberatungsstelle in Berlin vom Herbst 1934 bezeichnete als Grund für die Einschränkung jüdischer Auswanderung in europäische Länder die Verschärfung der deutschen Devisenbestimmungen, die den Transfer von Kapital ins Ausland einschränkte<sup>66</sup>. In dem Bericht der Kölner Stelle für den Zeitraum April bis Juni 1933 heißt es, Westjuden seien bestrebt, „die Ostjuden möglichst in ihre Heimat zurückzudrängen und ihr weiteres Vordringen über Deutschlands westliche Grenzen zu verhindern. Tatsächlich mußten wir feststellen, daß die Ostjuden nur ungern und selten in ihre Heimat zurückkehren; lieber gehen sie nach Westeuropa und vereinzelt auch nach Palästina.“<sup>67</sup> Ein Mitarbeiter der Wohlfahrts-einrichtung der Jüdischen Gemeinde in Köln habe erklärt, „Ostjuden“ seien für ihr Schicksal selbst verantwortlich, da sie während der langen Jahre ihres Aufenthaltes in Deutschland die Möglichkeiten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, nicht genutzt hätten. Daher ging der Gewährsmann davon aus, die Emigration sei ausschließlich für „Ostjuden“ notwendig, während die übrigen deutschen Juden, ausgenommen die Zionisten, in Deutschland verbleiben sollten. Deutschland zu verlassen, kam in seinen Augen einem Verrat der jüdischen Bürger an Deutschland gleich. Die Unattraktivität Polens als Emigrationsziel wird indes schlaglichtartig in dem Brief eines Rückkehrers verdeutlicht, in dem es heißt: „Wer nach Polen zurückfahren will, der kaufe sich für sein letztes Geld eine Pistole und schieße sich in Deutschland tot. Dann weiß er wenigstens, daß er in einem anständigen Lande gestorben ist.“<sup>68</sup>

Daß die Rückkehr polnischer Juden in der Regel nicht auf freiwilliger Basis erfolgte, rief auch den *Klub Polski* – eine polnische Exilantenorganisation – auf den Plan, der die polnische Botschaft aufforderte, gegen die rüden Versuche der deutschen Behörden und der jüdischen Wohlfahrtsorganisationen, polnische Juden zu einer Rückkehr nach Polen zu bewegen, zu intervenieren<sup>69</sup>. Die Organisation sprach sich gegen eine „ziel- und planlose Rückwanderung“ aus und stellte eine Li-

<sup>64</sup> BAK, R 57/21, Bericht der Auswanderungsberatungsstelle Karlsruhe über die Tätigkeit im I. Vierteljahr 1933 (April, Mai, Juni), S. 7.

<sup>65</sup> BAK, R 57/21, Bericht der Auswanderungsberatungsstelle Karlsruhe über die Tätigkeit im III. Vierteljahr 1934 (Oktober, November, Dezember), S. 735.

<sup>66</sup> StA Hamburg, Auswanderungsamt I, Akt. Nr.: II A II 3a Band 1, Reichsstelle für das Auswanderungswesen, Stand der Auswanderungsbewegung im III. Kalendervierteljahr 1934.

<sup>67</sup> Tätigkeitsbericht der öffentlichen Auswanderungsberatungsstelle Köln für April, Mai und Juni 1933.

<sup>68</sup> BAP, Reichsministerium des Innern Nr. 26059, Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Arnsberg. Berichterstatte Reg.Ass. Dr. Blume, Das jüdische Problem in seiner neuesten Entwicklung, 5. 3. 1934.

<sup>69</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 866, Klub Polski an der Polnische Generalkonsulat am 1. 9. 1933.

ste grundlegender Bedingungen auf, unter denen eine Rückführung nach Polen zulässig sei.

Die jüdischen Organisationen und vor allem der *Joint* waren sich der erheblichen Schwierigkeiten bewußt, die Juden osteuropäischer Herkunft bei einer Rückkehr „nach Hause“ erwarteten. „Wir wissen, daß viele von den 80 000, die aus dem Osten gekommen sind, wieder zurückkehren müssen. Wohin werden sie zurückkehren? Die Gastfreundlichkeit, die sie in Polen oder Rußland erwartet ..., ist äußerst begrenzt. Ihr Leben dort ist auf dieser Seite der Grenze nicht attraktiver als auf jener Seite“, stellte der *Joint* fest<sup>70</sup>. Dennoch sahen die Verantwortlichen des *Joint* keinen anderen Ausweg und waren bereit, die „Rückwanderungspolitik“ zu unterstützen. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation der aufnehmenden Gemeinden in Polen und in anderen Nachbarländern Deutschlands stellte der *Joint* Finanzhilfe für die Flüchtlingsbetreuung bereit<sup>71</sup>. Als bald wurden in diesem Zusammenhang Vorwürfe über die diskriminierende Behandlung der jüdischen Emigranten osteuropäischer Herkunft laut. Im Herbst 1933 beschwerte sich die *Federation of Polish Jews in America* beim *Joint* über die Diskriminierung der „Ostjuden“ durch die für jüdische Auswanderer zuständigen Komitees und Ausschüsse vor allem in Frankreich<sup>72</sup>. Der *Joint* wies die Möglichkeit einer derartigen Diskriminierung nicht völlig zurück, verneinte jedoch jede eigene Beteiligung oder Verantwortung. Die Organisation, so Hyman, finanziere nur einen kleinen Teil der Arbeit der lokalen Komitees und erkläre bei jeder Gelegenheit, sie widersetze sich entschieden jeder Bevorzugung einer bestimmten Gruppe<sup>73</sup>. Die Schuld für die ungleiche Behandlung der Flüchtlinge aus Deutschland wiesen die Verantwortlichen des *Joint* der Politik der Niederlande, Belgiens und Frankreichs zu, die sich weigerten, Emigranten nicht-deutscher Herkunft aufzunehmen. Ihre Politik sei es, alle zur Rückkehr in die Herkunftsländer berechtigten Emigranten zurückzuweisen. Der *Joint* setzte sich bei den jeweiligen Regierungen energisch für eine Änderung dieser Haltung ein, ging jedoch nicht davon aus, daß er bei dieser Aufgabe erfolgreich sein werde.

Es darf bezweifelt werden, ob es tatsächlich nur die Flüchtlingskomitees oder die ausländischen Regierungen waren, die wenig Verständnis und Einfühlungsvermögen für die Bedürfnisse der Flüchtlinge osteuropäischer Herkunft aufbrachten. Aus einem Statement David Schweitzers, des Schatzmeisters des *Joint*, ergibt sich ein komplexeres Bild<sup>74</sup>. Schweitzer äußerte, Juden osteuropäischer Herkunft würden im Rahmen der bescheidenen Hilfe, die die Komitees den Flüchtlingen zur Verfügung stellten, darunter Lebensmittel, Unterkünfte oder Bargeld, nicht benachteiligt. Gleichzeitig sprach er jedoch von Unterschieden, die zwischen Flüchtlingen osteuropäischer und deutscher Herkunft gemacht würden. Der osteuropäische Flücht-

<sup>70</sup> JDC, Folder 626, Verbatim Notes, Meeting Held at Home of Mr. Baerwald, 14. 5. 1933, S. 12.

<sup>71</sup> JDC, Folder 788, Hyman an Rubinow (Secretary of Bnei Brith), 12. 4. 1934. Der *Joint* war gezwungen, die Kosten für die Flüchtlingsbetreuung alleine zu tragen, da der *British Board* sich nicht an den Ausgaben beteiligen wollte: JDC, Folder 628, Draft Memorandum, Dr. Kahn, April 1934.

<sup>72</sup> JDC, Folder 629, Z. Tygel, Executive Director of the Federation of Polish Jews in America, an Joseph Hyman, Secretary of the American Joint Distribution Committee, am 26. 10. 1933.

<sup>73</sup> JDC, Folder 629, Hyman an Tygel am 31. 10. 1933.

<sup>74</sup> JDC, Folder 627, Statement D. J. Schweitzers, 5. 10. 1933.



ling, so Schweitzer, habe noch immer die Haltung eines unsteten Wanderers, selbst wenn er viele Jahre in Deutschland gelebt habe. Er unterscheide sich von dem deutschen Juden, der während vieler Generationen an Deutschland gebunden war, darin, daß er dieses leichter verlassen könne. Auch wenn der osteuropäische Jude keine Verbindung zu seinem Herkunftsland fühle, so sei es ihm doch leichter, wenn nötig, dorthin zurückzukehren, insbesondere im Vergleich zum deutschen Juden, der aus seinem angestammten Land vertrieben werde. Darüber hinaus könnten Juden osteuropäischer Herkunft verschiedenen Erwerbstätigkeiten nachgehen, da sie nicht so wählerisch seien wie deutsche Juden, die einen höheren sozialen Standard gewohnt seien. Schweitzer sprach absichtlich in allgemeinen Begriffen und nannte die Institutionen oder Verantwortlichen, deren Positionen er in seinem Statement referierte, nicht ausdrücklich beim Namen. Doch diene dieses Statement eindeutig dazu, die Position des *Joint* zu verteidigen, der die Rückwanderung der in Deutschland lebenden osteuropäischen Juden in ihre Herkunftsländer einer Emigration in westeuropäische Länder vorzog.

Der *Joint* und die *Reichsvertretung* waren im Hinblick auf die „Rückwanderung“ einer Meinung. Schon im April 1933 stellte der *Zentralausschuß* den Rückkehrern nach Osten hohe Summen zur Verfügung und erklärte diese Rückwanderung zu einem dringenden Projekt<sup>75</sup>. Emigranten mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder staatenlose Auswanderer hatten nur dann einen Anspruch auf finanzielle Unterstützung der *Reichsvertretung*, wenn sie in ihre Herkunftsländer zurückkehrten<sup>76</sup>. Der *Joint*-Direktor in Europa, Bernard Kahn, rechtfertigte diese Politik mit den Worten:

„Stellen Sie sich vor, zwei Männer kämen zu Ihnen, der eine ein deutscher Jude, dem alle Länder versperrt sind ..., der andere ein polnischer Jude, der ein Land hat, aus dem er nicht vertrieben werden kann und in dem es ihm nicht versagt ist, zu arbeiten. Wem von beiden würden Sie helfen? Das ist die allgemeine Psychologie der verschiedenen Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten ...“<sup>77</sup>

Der Versuch, osteuropäische Juden in ihre Herkunftsländer zurückzuführen, erfolgte also aus der vernünftigen Überlegung heraus, die Auswanderung nur in jene Länder zu fördern, in denen gute Integrationschancen bestanden. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Osteuropa und der Unwilligkeit der osteuropäischen Juden, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, zeigte sich in der kompromißlosen Haltung der *Reichsvertretung* und des *Joint*, jene auch gegen ihren Willen zurückzuschicken, eine gewisse Härte. Der *Joint* war sich dabei jedoch der gewaltigen Kluft zwischen den osteuropäischen Juden aus Deutschland und ihrer früheren Heimat durchaus bewußt. Im Bericht der Organisation heißt es:

<sup>75</sup> Margalioth merkt an, daß der *Zentralausschuß* Juden mit osteuropäischer Staatsbürgerschaft zu einer Rückkehr in die Herkunftsländer drängte, weil er glaubte, sie seien die ersten Opfer des NS-Antisemitismus: Margalioth, *Emigration*, S. 288. Das Dokument, auf das Margalioth sich hier stützt, sagt m.E. nichts über die Gründe aus, sondern ist allein ein Zeugnis für die Dringlichkeit der Behandlung. LBIJ, 553/2, Protokoll der Sitzung des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau, 29. 4. 1933.

<sup>76</sup> RV, Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau an den Central British Fund am 13. 9. 1934.

<sup>77</sup> LBI-N.Y., JDC, Box 4, Folder 1, Dr. B. Kahn, Chairman of the American Joint Distribution Committee, an Josef C. Hyman am 8. 3. 1934.

„Offiziell handelt es sich nicht um Ausländer ... Sie sind jedoch Ausländer in einem Land, das sie viele Jahre zuvor verlassen haben. Sie kehren in eine jüdische Gemeinde zurück, die selbst in großer finanzieller Not und seit vielen Jahren auf die Unterstützung der großen internationalen jüdischen Organisationen angewiesen ist.“<sup>78</sup>

Darüber hinaus wußte man beim *Joint* sehr wohl, daß viele der nach Polen ausgewanderten Juden nach Deutschland zurückkehren würden, da sie lieber ihr bitteres Schicksal in Deutschland erlitten, als dem Unglück in Polen ausgeliefert zu sein<sup>79</sup>. Ob es in jenen Jahren akzeptabel gewesen wäre, die finanzielle Hilfe für deutsche Juden von einem bestimmten Ziel der Emigration – insbesondere von so unsicheren Zielländern wie den Staaten Osteuropas – abhängig zu machen, muß bezweifelt werden. Daraus dürfen wir dann wohl die Schlußfolgerung ziehen, daß die Rückführung polnischer Juden letztlich eher eine Lösung war, die deutschen Juden die Emigration in andere Länder erleichtern sollte, als die eigentliche Lösung für die Probleme der polnischen Juden in Deutschland. Es hat daher doch den Anschein, als seien an deutsche und polnische Juden verschiedene Maßstäbe angelegt worden.

Die polnische Regierung reichte häufig Beschwerden bei den deutschen Behörden über die Ausweisung polnischer Bürger aus Deutschland ein und drohte damit, sie mit entsprechenden Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit in Polen zu beantworten. Ein beträchtlicher Teil der polnischen Regierungsaktivitäten zugunsten polnischer Juden in Deutschland erfolgte in der Absicht, deren Lebensmöglichkeiten dort zu wahren, um ihre Emigration nach Polen zu verhindern. Juden mit polnischen Pässen die Einreise nach Polen zu verweigern, war rechtlich nicht möglich.

Nach ihrer Ankunft waren die – freiwilligen oder unfreiwilligen – „Rückkehrer“ nach Polen auf Unterstützung angewiesen. In den dreißiger Jahren war Polen weit davon entfernt, ein Wohlfahrtsstaat zu sein. Daher fiel die Sorge für die Flüchtlinge auf die jüdische Gesellschaft. Die überstürzte Emigration einiger tausend polnischer Juden, die meisten fast oder völlig mittellos, stellte die jüdischen Gemeinden in Polen vor schwierige Probleme. Der *Joint* übernahm, wie bereits erwähnt, die Kosten für die Betreuung der Rückkehrer. Das aus einer lokalen Initiative hervorgegangene *Vereinigte Jüdische Komitee zur Hilfe für Flüchtlinge aus Deutschland* organisierte die Verteilung der Mittel an die Flüchtlinge. Das *Vereinigte Jüdische Komitee* errichtete in vielen Städten Filialen. Das Hauptbüro saß in Warschau<sup>80</sup>. Die Komiteefilialen wurden rasch organisiert und aufgebaut: Schon Anfang Juni 1933 fand in Kattowitz ein Kongreß mit 47 Vertretern aus 15 verschiedenen Ortsfilialen ganz Polens statt, darunter Krakau, Warschau, Kattowitz und Zbanszyn.

Da die meisten Flüchtlinge völlig verarmt waren, konzentrierte sich die Arbeit der Komitees zunächst auf die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Hilfe. Viele der Emigranten konnten die Reisekosten von Deutschland nach Polen und innerhalb Polens nicht selber tragen. Die Komitees versuchten, eine Beteiligung der

<sup>78</sup> JDC, Folder 628, Report on the Activities of the American Joint Distribution Committee, with special Attention to the last five Months, April 16, 1934.

<sup>79</sup> 1935 begannen die deutschen Behörden, Rückkehrer nach Deutschland in Konzentrationslagern zu internieren: Bauer, *Brother's Keeper*, S. 176.

<sup>80</sup> Die meisten Dokumente über die Arbeit des Komitees sind im Krieg vernichtet worden. Insgesamt verblieben vier Akten des Komitees in Krakau, auf die sich die folgenden Ausführungen stützen: ŻIH, Zjednoczony Komitet Żydowski Niesienia Uchodźcom z Niemiec we Lwowie. Liegt eine weitere Quelle vor, so wird dies besonders vermerkt.

polnischen Emigrationsbehörden an den Fahrtkosten zu erreichen, oder versuchen, Freifahrten für die Flüchtlinge zu erwirken. Nachdem die Komitees hierbei wenig Erfolg hatten, übernahmen sie selbst die Reisekosten der Rückkehrer. Darüber hinaus mußten jene Flüchtlinge, die völlig besitz- und mittellos in Polen eingetroffen waren, mit Bargeld versorgt werden. Die Komitees versuchten, so gut sie konnten, neue Finanzierungsquellen ausfindig zu machen: Junge Emigranten wurden den Hachscharah-Programmen des *Hechalutz* in Polen zugewiesen, anderen boten die Komitees Sprachkurse zum Erlernen der polnischen Sprache an, damit sie sich in Zukunft leichter in Polen integrieren konnten<sup>81</sup>. Überdies bemühten sie sich, die Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln. Weitere Probleme entstanden durch die hartnäckige Forderung der polnischen Behörden, Zölle auf den Besitz zu erheben, den Flüchtlinge aus Deutschland mitbrachten. Die hohen Abgaben auf den Besitz zwangen viele Flüchtlinge zum Verzicht auf ihre Habseligkeiten, so daß sie völlig mittellos ankamen. Die Komitees bemühten sich, das Ministerium für Arbeit und Sozialhilfe davon zu überzeugen, daß es weder sinnvoll noch gerechtfertigt war, den Besitz der Flüchtlinge aus Deutschland zu verzollen oder zu versteuern. Auch versuchte das Komitee, den polnischen Regierungsbehörden klarzumachen, daß die polnische Wirtschaft keinen Schaden zu befürchten hatte, wenn die jüdischen Flüchtlinge von diesen Abgaben befreit werden würden. Die Waren, die die jüdischen Flüchtlinge mitbrachten, könnten keinen Preisverfall in Polen verursachen, denn es handele sich nur um wenige Güter, und die Preise in Deutschland seien unvergleichlich viel höher als in Polen. Ein Teil der Flüchtlinge bringe zudem Arbeitsgeräte mit, die ihnen einen Erwerb ermöglichen sollten. Flüchtlinge, die Waren aus Deutschland nach Polen bringen konnten, wurden von den Komitees aufgefordert, sich als Händler zu betätigen und die Waren zu verkaufen. Gleichzeitig nahmen die Komitees Kontakte zu den polnischen Konsulaten in Deutschland auf und versuchten sie dazu zu bringen, von der deutschen Regierung Entschädigungen für die Flüchtlinge einzufordern, die wegen der politischen Ereignisse in Deutschland wirtschaftlichen Schaden erlitten hatten.

Komitee-Filialen und *Joint* strebten gleichermaßen eine rasche Integration der Rückkehrer in die Wirtschaft Polens an<sup>82</sup>. Die vom *Joint* in Polen gegründeten Darlehenskassen unterstützten sie beim Aufbau von Unternehmen. Die Armen konnten aus den Wohlfahrtskassen Sozialhilfe empfangen<sup>83</sup>. Der *Joint* stützte diese Kassen, die infolge der Rückwanderung mit stark angewachsenen Anforderungen konfrontiert waren. Um Wohnungsproblemen vorzubeugen, verwies das Komitee die Rückkehrer auf ihre ursprüngliche Herkunftsregion. Juden, die ursprünglich aus Kleinstädten kamen, wurden in die nächst größere Stadt der Region geschickt. Diese Politik dürfte sich auf die Annahme gestützt haben, daß die Integration in der Herkunftsregion den Rückkehrern leichter fallen werde, wobei jedoch die kleineren Ortschaften zum Ansässigwerden nicht in Frage kamen, da sie beschränktere Erwerbsmöglichkeiten boten. Man wollte dadurch auch eine größere Konzentration

<sup>81</sup> In bestimmten Fällen erhielten die Flüchtlinge Unterricht in Hebräisch, Englisch oder Spanisch in der Annahme, daß diese Länder den Flüchtlingen bei der Auswanderung aus Polen behilflich sein könnten.

<sup>82</sup> JDC, Folder 788, Kahn an Hyman am 20. 8. 1934.

<sup>83</sup> JDC, Folder 628, Report on the Activities of the American Joint Distribution Committee, with special Attention to the last five Months, April 16, 1934.

von Flüchtlingen in der Hauptstadt Warschau und in den Großstädten verhindern, da eine derartige Entwicklung die gleichmäßige Verteilung der Lasten und Kosten und damit indirekt die Gewährung von Wohlfahrtshilfe erschwert hätte<sup>84</sup>. Die Komitees stellten den Flüchtlingen Unterkünfte zur Verfügung und halfen ihnen bei der Wohnungssuche.

Neben der materiellen Not standen die Flüchtlinge vor komplexen juristischen Problemen; die Komitees vermittelten jüdische Rechtsanwälte, die ihre Dienste kostenlos zur Verfügung stellten. Dabei ging es vor allem um die Erlangung von Aufenthaltsgenehmigungen und den Schutz vor Vertreibungen. Dies betraf insbesondere die staatenlosen Flüchtlinge – in den meisten Fällen Juden polnischer Herkunft, die aus verschiedenen Gründen ihre polnische Staatsbürgerschaft verloren hatten. Deutsch-jüdische Flüchtlinge, die nach Polen gelangt waren, bemühten sich um ihre Anerkennung als Asylbewerber. Juden mit polnischer Staatsbürgerschaft benötigten hingegen in der Regel nur eine Verlängerung ihrer Dokumente; sie stießen jedoch auf Schwierigkeiten, wenn sie sich in der Vergangenheit dem Armeedienst in Polen entzogen hatten oder in einem Alter waren, in dem sie zur Armee einberufen werden konnten. In diesen Fällen setzten sich die Komitees in den Büros der *Jewish Agency* für eine beschleunigte Aufnahme dieser Flüchtlinge in die Auswanderungsquoten nach Palästina ein<sup>85</sup>. Ähnliche Eingaben erfolgten auch in Fällen von Staatenlosigkeit oder für deutsch-jüdische Flüchtlinge, denen der dauerhafte Aufenthalt in Polen verweigert worden war<sup>86</sup>. Neben den Verhandlungen mit den polnischen Innenbehörden und den jüdischen Auswanderungsämtern unterhielten die Komitees Kontakte zu den deutschen diplomatischen Vertretungen in Polen. In der Regel ging es dabei um Einreiseanträge nach Deutschland, damit Flüchtlinge nach Deutschland zurückkehren und dort ihre Angelegenheiten regeln konnten.

Die Flüchtlingskomitees waren aber auch mit eigenen organisatorischen Problemen konfrontiert. Auf der Tagung der Komitees in Kattowitz im Juni 1933 beklagten sich viele Vertreter über die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Komitees und den stockenden Informationsfluß. Viele Fälle wie z. B. das Aufklären von Betrugsversuchen erforderten in der Tat eine enge Kooperation. Immer wieder waren die Komitees mit Personen konfrontiert, die sich einen Unterstützungsanspruch unberechtigterweise erschlichen oder gleichzeitig an verschiedenen Orten Hilfeleistungen beantragten. Die einzige Möglichkeit, derartiges zu verhindern, war die koordinierte zentrale Registrierung der Flüchtlingsdaten.

Aber auch positive Aspekte der Arbeit, wie z. B. die Vereinheitlichung der Bedingungen, unter denen Hilfe beansprucht werden konnte, die Bildung einer einheitlichen Position bei den Verhandlungen mit den polnischen Behörden, die vernünftige Aufteilung der finanziellen Mittel und die Verteilung der Flüchtlinge an verschiedene Orte gemäß ihrer Ausbildung und den Konditionen des polnischen Marktes, erforderten eine stärkere Kooperation. Auf der Tagung der Komitees in Krakau im

<sup>84</sup> Dem Bericht des *Joint* zufolge kehrte zirka ein Drittel der polnischen Repatrianten an die Geburtsorte zurück. Der Rest war so lange nicht in Polen gewesen, daß ihre Geburtsorte ihnen völlig fremd geworden waren. – Ebenda.

<sup>85</sup> CZA, L 13/25, Brief des „Komitees zur Hilfe der Flüchtlinge aus Deutschland“ in Warschau an Dr. Martin Rosenblüth in London, 11. 7. 1935.

<sup>86</sup> CZA, L 13/25, Brief des „Komitees zur Hilfe der Flüchtlinge aus Deutschland“ in Warschau an Dr. Martin Rosenblüth in London, 20. 11. 1935.

Oktober 1933 wurde ein Konsens über einheitliche Bedürftigkeitskriterien und die Verbesserung des Informationsflusses zwischen den einzelnen Filialen erzielt.

Die Arbeit der Flüchtlingshilfekomitees fügte sich in den allgemeinen politischen Kampf der polnischen Juden gegen die antisemitische Politik in Deutschland ein. Zusammen mit dem *Vereinigten Jüdischen Komitee zum Kampf gegen die Verfolgung der Juden in Deutschland* (Komitet żydowski Dla waki Z Przesladowaniem Zydow w Niemczech) traten die Flüchtlingskomitees gegen die antisemitischen Maßnahmen in Deutschland auf, nicht zuletzt, um die Zahl der Flüchtlinge und damit der Wohlfahrtsempfänger einzuschränken. Mit zunehmend engerem Kontakt zwischen den Ortsfilialen des Flüchtlingskomitees kam es zu einer internen Arbeitsteilung: während sich die Filialen um die unmittelbare Flüchtlingsbetreuung kümmerten, konzentrierte sich die Hauptstelle in Warschau auf die Behandlung der politischen Aspekte und die Verhandlungen mit den staatlichen Behörden in Polen und Deutschland.

Gleichzeitig kümmerten sich die Ortsfilialen um die Mobilisierung der öffentlichen Meinung, die für beide Ziele – die Unterstützung der Flüchtlinge und den politischen Kampf – notwendig war. Vertreter der Komitees nahmen an der Organisation von Protestveranstaltungen gegen die Verhältnisse in Deutschland teil und riefen zum Boykott deutscher Waren auf. Die Komitees nahmen offen zur Lage in Deutschland Stellung, brachten ihre Solidarität mit den deutschen Juden zum Ausdruck und dankten öffentlich der polnischen Regierung für Hilfsleistungen und diplomatische Interventionen in Deutschland. Die Vertreter der Komitees versuchten, auch die jüdische Presse zu beeinflussen, die der Berichterstattung über die Flüchtlingsarbeit breiten Raum widmete.

Die Arbeit der Komitees war in dieser Hinsicht durchaus erfolgreich. So erschien während des gesamten Monats Januar 1934 auf der ersten Seite des *Haynt* über der jeweiligen Schlagzeile der Satz „Jeder muß seine Pflicht den Flüchtlingen aus Deutschland gegenüber erfüllen“. Der Kampf um die öffentliche Meinung war von Aufrufen begleitet, stärker für die Flüchtlinge aus Deutschland zu spenden. Es wurde keine Gelegenheit versäumt, auf die Problematik hinzuweisen: in Filmtheatern und Schauspielhäusern, bei Konzert- und Sportveranstaltungen, bei Familienfesten und privaten Feierlichkeiten, durch Tanzabende, Spendenaktionen auf der Straße sowie Rabattmarken. Die Berichte zeigen, daß die polnischen Juden großzügig auf die von den Komitees geleiteten Hilfsaktionen reagierten<sup>87</sup>. Selbst der *Joint* konnte seine Verwunderung angesichts der Spendenfreudigkeit trotz vorherrschender Armut nicht verbergen<sup>88</sup>. Diese Großzügigkeit war bezeichnend während jener Zeit für die höchst ungleiche Mobilisierung der polnischen Juden einerseits und der deutschen Juden andererseits für einen gemeinsamen Zweck.

<sup>87</sup> 1933 waren die Spendenaktionen für die „Rückkehrer“ nicht erfolgreich. So wurden 1933 nur 3000 Dollar gesammelt: JDC, Folder 626, Collections in the Refugee Countries; 1934 änderte sich dies, z.B. in Warschau, *Haynt*, 5. 1. 1934; in Wilna, *Haynt*, 18. 1. 1934; in Lublin, *Haynt*, 19. 1. 1934.

<sup>88</sup> Aid to Jews Overseas. – Dies war eine überraschende Entwicklung. Zwei Jahre zuvor hatte das „Hochkomitee für Flüchtlingsfragen“ vermutet, es sei angesichts der schweren Krise und der wirtschaftlichen Situation der Mehrheit der jüdischen Öffentlichkeit in Polen nahezu unmöglich. CZA, L 13/154, High Commission of Refugees (Jewish and other) coming from Germany, April 1934.

Die Komitees arbeiteten zunächst mit Zustimmung der polnischen Regierungsbehörden. Vor der Unterzeichnung des Nichtangriffspakts zwischen Deutschland und Polen konnte die polnische Regierung davon ausgehen, daß antideutsche Aktionen – darunter auch die Arbeit der Komitees – ihrer Außenpolitik dienten. Aus polnisch-jüdischer Sicht ging die Betreuung der Flüchtlinge aus Deutschland ebenfalls über den sozial-humanitären Aspekt hinaus. Sie war vielmehr ein Prüfstein im Kampf gegen den Antisemitismus in Polen und Deutschland. Seitdem jedoch die polnische Regierung ihr Interesse an der Wahrung des rechtlichen Status von Juden in Polen und Deutschland verloren hatte, wurden die Möglichkeiten der Unterstützung der polnischen Juden erheblich eingeschränkt. Im Verlauf des Jahres 1935 wurde die Arbeit der *Komitees zur Hilfe für die Flüchtlinge aus Deutschland* eingestellt. In verschiedenen Städten kam es zu politischen Aktionen gegen Deutschland, die endgültig infolge der polnischen Zusage von 1935, antideutsche politische Aktivitäten einzuschränken, verstummten. Das Komitee in Warschau blieb die letzte Filiale der Flüchtlingshilfe. Um ein weites Aktionsnetz aufrechtzuerhalten, integrierte es Vertreter der regionalen Komitees in seine Arbeit. Die Arbeit in Warschau konnte bis Mitte 1936 fortgesetzt werden, als ein Korruptionsskandal ihr ein Ende bereitete<sup>89</sup>. Die Untersuchung durch die Aliyah-Abteilung der *Jewish Agency* ergab, daß die Mitglieder des Komitees Bestechungsgelder empfangen hatten, um Juden, bei denen es sich nicht um deutsche Flüchtlinge handelte, auf die Einwanderungslisten der deutschen Flüchtlinge zu setzen. Auch hatte mancher versucht, sich durch Bestechungsgelder einen günstigeren Platz auf diesen Listen zu sichern. Darüber hinaus wurde ein Teil der Komiteemitglieder beschuldigt, Mittel für Fahrtkosten unterschlagen zu haben, die bereits aus anderer Quelle finanziert worden waren. Als die Dimension der Korruption deutlich wurde und die Mitglieder des Hilfskomitees einsahen, daß die veruntreuten Summen zu hoch waren, um den Vorfall intern zu behandeln, wurde Klage bei einem polnischen Gericht eingereicht. Die *Jewish Agency* selbst faßte den Entschluß, die Angelegenheiten der Flüchtlinge aus Deutschland in Polen der Behandlung des *Palästina-Amtes* zu überlassen und der Arbeit der Hilfskomitees ein Ende zu setzen.

Die polnische Regierung gab allmählich ihre Absicht auf, die jüdischen Staatsbürger Polens in Deutschland zu schützen. Gleichzeitig mit der Einschränkung der Arbeit der Boykottkomitees gegen deutsche Waren und der *Komitees zur Hilfe für die Flüchtlinge aus Deutschland* verringerte Polen sein Engagement zugunsten polnischer Juden in Deutschland. Die Zahl der Beschwerden der polnischen Konsulate beim deutschen Außenministerium nahm nach 1935 im Vergleich zu der Zahl der Eingaben zwischen 1933 und 1935 deutlich ab. Diese Entwicklung vollzog sich parallel zur kontinuierlichen Verschlechterung der Lage der Juden in Polen selbst, die polnische Beschwerden gegen die Behandlung von Juden in Deutschland unglaublich erscheinen ließen. Die Absicht der polnischen Regierung, die Einwanderung polnischer Juden aus Deutschland nach Polen zu unterbinden – eine Erwägung, die die polnischen Bemühungen zugunsten polnischer Juden ohnehin bereits seit 1933 begleitet hatte – wurde nun zum wesentlichen Motiv für die Haltung der Behörden gegenüber dieser Gruppe.

<sup>89</sup> Zu den Ereignissen, die zur Schließung des Komitees führten, siehe: CZA, S 6/2867.

### 3. „Von gegenüber wirst du das Land sehen“ – Die Zertifikatspolitik der zionistischen Bewegung

Eines der Auswanderungsziele polnischer und deutscher Juden war Palästina. Im Rahmen dieser Emigration spielte die zionistische Bewegung eine zentrale Rolle. In den zwanziger Jahren waren die meisten Emigranten nach Palästina aus den Reihen der Zionisten in Polen gekommen. In jenen Jahren war die Zahl der deutsch-jüdischen Emigranten nach Palästina äußerst gering geblieben. So war die Situation der Zionisten in Polen und Deutschland während der zwanziger Jahre im Grunde genommen eine gegensätzliche: Die Not der polnischen Juden hatte dazu geführt, daß sie die Mehrzahl der Emigranten nach Palästina stellten. Gleichzeitig jedoch hatte diese Situation den polnischen Zionismus dazu gebracht, sich intensiv der „Gegenwartsarbeit“ zu widmen – also der Suche nach vorübergehenden Lösungen für die Not der Juden in der Diaspora. Der relative Wohlstand der deutschen Juden hatte dagegen die unverzügliche Emigration nach Palästina in Grenzen gehalten. Da sie sich auch nicht um die Gegenwartsarbeit kümmern müssen, konnten sie sich mit aller Kraft dem zionistischen Aufbauwerk in Palästina widmen. Sie wurden auf diesem Weg zu ausdrücklichen „Palästinozentristen“<sup>90</sup>. In den dreißiger Jahren kam es dann zu tiefgreifenden Veränderungen. Während die meisten Länder der jüdischen Einwanderung weitgehend verschlossen blieben, wurde Palästina zum Haupteinwanderungsziel deutscher Juden.

Die zentrale Stellung Palästinas in diesem Kontext wird aus folgenden Angaben deutlich: In den Jahren 1933 bis 1935 emigrierten 26 000 Juden aus Deutschland nach Palästina. Das waren mehr als 30% aller Juden, die Deutschland in jenen Jahren verließen<sup>91</sup>. Diese Zahl hatte im Vergleich zur Zahl der deutschen Juden, die zuvor nach Palästina emigriert waren, dramatische Ausmaße angenommen. 1933 waren z. B. 8300 Juden aus Deutschland nach Palästina emigriert, viermal so viele wie insgesamt im Zeitraum zwischen 1920 und 1932<sup>92</sup>.

Auch für die polnischen Juden wurde Palästina zum Haupteinwanderungsziel. Während in den Jahren 1927 bis 1933 insgesamt 9829 Juden aus Polen nach Palästina emigriert waren, waren es allein 1933 bereits 10 344<sup>93</sup>. Berücksichtigt man, daß die Gesamtzahl der Emigranten aus Polen in jenem Jahr 15 621 betrug, so zeigt sich, daß die Einwanderung nach Palästina 1933 mehr als zwei Drittel der Gesamtzahl jüdischer Emigranten aus Polen ausmachte<sup>94</sup>. 1934 emigrierten dann 12 874 von insgesamt 18 036 jüdischen Emigranten, also wiederum zirka zwei Drittel, nach Palästina. 1935 betrug ihre Zahl 24 758 von insgesamt 30 249 jüdischen Emigranten<sup>95</sup>.

<sup>90</sup> Lavski, *German Zionism*, S. 258 ff.

<sup>91</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 100.

<sup>92</sup> Ebenda, S. 101.

<sup>93</sup> *Jüdische Zeitung*, Nr. 8, 23. 2. 1934.

<sup>94</sup> Angaben aus: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 3894, J. Ziemiński, *Problem Emigracji Żydowskiej*, Warszawa 1937, S. 72.

<sup>95</sup> Ebenda. – Mit leichten Abweichungen erscheinen diese Angaben auch bei Bauer, *Brother's Keeper*, S. 191. Mendelsohn stützt sich auf Gorwitz und Graetz. Seine Angaben für die Zahl polnischer Auswanderer nach Palästina liegen etwas höher, nämlich bei: 13 251 (1933), 17 723 (1934), 30 593 (1935); siehe: Mendelsohn, *East Central Europe*, S. 79. Statistiken der *Weltorganisation für jüdische Auswanderung* *HIAS* weisen darauf hin, daß in den Jahren

Die zionistische Bewegung und die Siedlungsinstitutionen fanden sich in einer unerwarteten Lage: Bislang hatte das Siedlungswerk in Palästina wenig Resonanz gefunden. Die Einwanderung nach Palästina war für die Massen der jüdischen Bevölkerung nicht attraktiv gewesen. Die politische Notlage der Juden in Deutschland und die Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Situation der Juden in Polen änderten die Verhältnisse und leiteten eine neue Phase der zionistischen Bewegung ein. Nunmehr konnte dem Andrang der Auswanderungswilligen mit dem Ziel Palästina gar nicht mehr entsprochen werden. Der Zionismus mußte sich gezwungenermaßen von einer Bewegung zur Aufnahme weniger Auserwählter zu einer Organisation wandeln, die einem Massenexodus gerecht zu werden hatte.

Die Einwanderungsquote nach Palästina wurde von den britischen Mandatsbehörden festgelegt, wobei sie zunächst die jüdische Einwanderung von der wirtschaftlichen Kapazität des Landes abhängig machte<sup>96</sup>. Die zionistische Bewegung hatte dieses Kriterium grundsätzlich anerkannt und weigerte sich ebenfalls, Einwanderung über diese Aufnahmekapazität hinaus zu unterstützen. Allerdings wurde diese in der Regel von beiden Seiten unterschiedlich eingeschätzt, wobei die Schätzungen von seiten der Zionisten stets die der britischen Behörden überstiegen. Obwohl aber die zionistische Bewegung theoretisch die Notwendigkeit einer Masseneinwanderung bekundete, war sie praktisch nicht bereit, mehr als eine kleine Zahl von Einwanderern aufzunehmen<sup>97</sup>. Sie stellte die Bedürfnisse des Jeschuws, also der jüdischen Gesellschaft in Palästina, über die Nöte der Diaspora. Dies wurde in ihrer Politik und in dem pedantischen Auswahlverfahren für eine Einwanderung nach Palästina deutlich: Nur wirklich geeignete Kandidaten hatten eine Chance, nach Palästina zu emigrieren. Der größte Anteil des Diasporajudentums konnte auf diesem Wege nicht aus seiner Not gerettet werden.

Es war aber die britische Mandatsregierung, die maßgeblich die Immigration-möglichkeiten nach Palästina bestimmte. In Übereinstimmung mit der britischen Politik wurden verschiedene Kategorien von Einwanderungszertifikaten ausgegeben, die zur Einwanderung nach Palästina berechtigten. Diese Zertifikate waren von unterschiedlichem Charakter. So waren Zertifikate für Kapitalbesitzer quantitativ unbegrenzt. Eine quantitativ sehr wohl begrenzte Zertifikatskategorie waren die „Pionierzertifikate“. Die Mandatsregierung setzte den allgemeinen Rahmen der Einwandererzahlen in einer halbjährlichen Quote fest. Die zionistische Bewegung erhielt dann freie Hand bei der Verteilung der Zertifikate auf die verschiedenen Länder, wobei sie die Bedürfnisse und Notsituationen berücksichtigte, denen Juden in den einzelnen Ländern ausgesetzt waren<sup>98</sup>. Bis 1933 stand Deutschland nicht an erster Stelle auf der Liste bedürftiger Länder. Im Zeitraum von Oktober 1932 bis

1924–1934 von insgesamt 151 011 Emigranten aus Polen 50 402 nach Palästina gingen. Im Vergleich zu den bisher angeführten Angaben ergibt sich, daß der relative Anteil der Emigranten aus Polen nach Palästina in den dreißiger Jahren unverhältnismäßig stark angestiegen ist. – *Jüdische Zeitung*, Nr. 26, 12. 7. 1935.

<sup>96</sup> Zur Bedeutung der wirtschaftlichen Aufnahmekapazität als Faktor in der britischen Politik und der zionistischen Bewegung siehe: Halamish, Absorption Policy, S. 171.

<sup>97</sup> Fraenkel, Zionist Policy, S. 109ff.

<sup>98</sup> Gegenüber der britischen Mandatsregierung argumentierte die zionistische Führung, sie ließe sich nicht von Erwägungen über die Situation der Juden in diesem oder jenem Land der Diaspora leiten, sondern allein von den Bedürfnissen in Palästina, Halamish, Absorption Policy, S. 257.



März 1933 erhielt die zionistische Bewegung in Deutschland nur 118 von insgesamt 4500 Zertifikaten<sup>99</sup>. Führende Kräfte in der zionistischen Bewegung erwogen sogar Anfang der dreißiger Jahre die Schließung des *Palästina-Amtes* in Berlin, da dessen Unterhaltung nicht gerechtfertigt werden konnte<sup>100</sup>.

In den ersten Monaten der Herrschaft des NS-Regimes zeigte sich die zionistische Bewegung dann jedoch bereit, den deutschen Juden eine höhere Quote an Zertifikaten zur Verfügung zu stellen<sup>101</sup>. Der britische Hochkommissar entsprach den Bitten Chaim Arlosoroffs, des Leiters der politischen Abteilung der *Jewish Agency*, und erteilte im April 1933 einen Vorschuß von 1000 Einwanderungszertifikaten für Pioniere und 200 für Kapitalbesitzer, die für deutsche Juden reserviert wurden. Nach diesem Muster, der Verrechnung mit späteren Zertifikatsquoten, wurde weiterhin verfahren: Die Mandatsregierung bevorzugte damit die Einwanderer aus Deutschland auf Kosten anderer jüdischer Gruppen, anstatt die Gesamtquote der Zertifikate insgesamt zu erhöhen<sup>102</sup>. Auch das *Palästina-Amt* in Warschau schlug in einem außergewöhnlichen Schritt vor, die den polnischen Zionisten zugewiesenen Zertifikate deutschen Juden zur Verfügung zu stellen.

In den folgenden Monaten klang das erste Entsetzen ab, das die Ereignisse in Deutschland hervorgerufen hatten, ein Phänomen, das sich mit einer gewissen Mäßigung der antijüdischen Politik des NS-Regimes im Jahre 1934 fortsetzte. Die wirtschaftliche Lage der polnischen Juden dagegen verschlechterte sich seit 1934 zunehmend und verstärkte den enormen Druck auf die Mandatsbehörden. Zu jenem Zeitpunkt reduzierte Großbritannien infolge beständiger Interventionen der arabischen Seite jedoch die Zertifikatsquote. Zertifikate wurden damit seltener und zugleich immer begehrter. Unter diesen Umständen forderte die zionistische Bewegung einen klaren Maßstab für die Verteilung der Zertifikate auf das polnische Judentum – das Herz und Zentrum der zionistischen Bewegung, das mehr als drei Millionen Menschen zählte und unter schwerer wirtschaftlicher Not litt – und auf das deutsche Judentum, das einer extremen politischen Krise ausgesetzt war.

Yitzhak Grünbaum, der Leiter der Einwanderungsabteilung der *Jewish Agency*, trat für die Interessen der polnischen Juden ein<sup>103</sup>. Schon in der Vergangenheit hatte er sich der Dichotomie widersetzt, die von der zionistischen Bewegung konstruiert worden war, indem sie die Diaspora als verlorenes Gebiet und Palästina als die einzige Lösung für die Notsituation des jüdischen Volkes darstellte. Grünbaum wies daher warnend auf die wachsende Kluft hin, die sich zwischen der positiven Entwicklung des zionistischen Werkes und den Bedürfnissen der Diaspora auftrat. Er hatte erkannt, daß der Jeschuw keine Lösung für die wachsende Not der Diasporajuden bieten konnte, und wandte sich deshalb gegen den Verzicht auf Gegenwartsarbeit zur Verbesserung der Situation von Juden in den Diasporaländern. Das Konzept der Gegenwartsarbeit, die sich eigentlich als Konsequenz aus der Situation polnischer Juden ergeben hatte, wollte Grünbaum auch auf die Notlage der deutschen Juden anwenden. Er weigerte sich, Deutschland als Land ohne Perspektiven zu

<sup>99</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 103.

<sup>100</sup> Ebenda.

<sup>101</sup> Ebenda, S. 117 ff.

<sup>102</sup> Halamish, *Absorption Policy*, S. 267.

<sup>103</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 117; Mendelsohn, *Dilemma of Jewish Politics*, S. 204.

betrachten. Vielmehr unterstützte er den Kampf um die jüdische Existenz in Deutschland. Gleichzeitig hielt er es allerdings nicht für gerechtfertigt, deutsche Juden im Rahmen der Verteilung von Einwanderungszertifikaten zu bevorzugen, insbesondere nicht angesichts der Not in anderen Ländern. Grünbaum erreichte, daß der für deutsche Juden bestimmte Anteil an den Einwanderungszertifikaten, die Großbritannien den zionistischen Institutionen zur Verfügung stellte, verringert wurde: Der deutsche Anteil sank von 17% im Jahre 1933 und 20% im Jahre 1934 auf 11% im Jahre 1935<sup>104</sup>.

Es war unmöglich, eine gerechte Aufteilung der Zertifikate auf deutsche und polnische Juden zu finden. Werner Senator, der von seiten der *Jewish Agency* in London für deutsche Juden in Palästina zuständig war, versuchte zionistische Aktivisten aus Polen zu beruhigen, die behauptet hatten, „die deutsche Katastrophe findet ein Echo in der jüdischen Welt und im Lande (Israel)“, während „das Unglück des polnischen Judentums und der jüdischen Jugendlichen in Polen ungehört“ bliebe<sup>105</sup>. Dieser Vorwurf war nicht ganz berechtigt. Zwar bevorzugte die britische Mandatsregierung eindeutig die deutschen Einwanderer, doch es ist zu bezweifeln, ob auch zionistische Institutionen die deutschen Immigranten bevorzugten. Für die meisten Mitglieder der zionistischen Führung galt das keineswegs. Sie sahen in der Gefahr, die dem deutschen Judentum drohte, durchaus nichts Singuläres<sup>106</sup>, insbesondere angesichts der Verschlechterung der Lage der Juden in Osteuropa<sup>107</sup>. Senator selbst hatte die Zentren jüdischer Bevölkerung in Ost- und Mitteleuropa als Leiter der Einwanderungsabteilung der *Jewish Agency* im Juni 1936 besucht und einen Eindruck von der Notsituation gewonnen, wobei er betonte, daß die Not, in die die deutschen Juden plötzlich geraten waren, für das polnische Judentum seit hundert Jahren das tägliche Brot sei<sup>108</sup>. David Ben-Gurion, der ebenfalls im Sommer 1936 aus Polen zurückgekehrt war, meinte, die Lage der polnischen Juden sei wesentlich schlechter als die der deutschen Juden<sup>109</sup>. Und selbst Arthur Ruppin, der angesehenste unter den für das deutsche Judentum verantwortlichen Zionisten in Palästina, war überzeugt, daß die Zahl der deutschen Einwanderer infolge der beschränkten Aufnahmekapazität Palästinas und angesichts der Not der jüdischen Massen in Osteuropa, die ihre Hoffnung nahezu ausschließlich auf die Auswanderung nach Palästina setzten, einzuschränken sei<sup>110</sup>.

Der Konflikt über die Verteilung der Einwanderungszertifikate auf Deutschland und Polen konnte im gesamten Verlauf der dreißiger Jahre nicht gelöst werden. Dabei veränderten sich die Positionen der zionistischen Repräsentanten durchaus. Während einer Debatte der Führung der *Jewish Agency* im Oktober 1934 trug Grünbaum seine Absicht vor, die Zahl der für Deutschland bestimmten Zertifikate einzuschränken. Hier stieß er zunächst auf den Widerstand Ruppins<sup>111</sup>. Die Zahl

<sup>104</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 119.

<sup>105</sup> GFH, Z 8/1, Akte 18, Gespräch mit Werner Senator auf der Sitzung der *He-Chalutz*-Zentrale 1936.

<sup>106</sup> So z. B. Ben-Gurion und Ruppin; siehe: Halamish, *Absorption Policy*, S. 271.

<sup>107</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 119.

<sup>108</sup> Ebenda, S. 240 f.

<sup>109</sup> Zitiert: ebenda, S. 240.

<sup>110</sup> Margalio, *Emigration*, S. 288 f.

<sup>111</sup> CZA, Sitzungsprotokoll der Leitung der *Jewish Agency* in Eretz Israel, 28. 10. 1934.

der Beschwerden über eine Bevorzugung der deutschen Juden bzw. eine Benachteiligung anderer Länder, die die Einwanderungsabteilung 1934 erreichten, war so hoch, daß die Abteilung eine Einstellung dieser Beschwerdebriefe forderte und ihre Vorgehensweise mit den Zwängen der Forderungen der britischen Mandatsregierung erklärte<sup>112</sup>. Im Frühjahr 1935 war Ruppin überzeugt, „die Zahl der Zertifikate für Deutschland sei zu gering und führe zu einem Skandal in Deutschland und vielleicht auch zur Unzufriedenheit der [deutschen] Regierung“<sup>113</sup>. Ruppin und Werner Senator meinten, 25% der Quote müßten an deutsche Juden vergeben werden. Eliezer Kaplan, der Vorsitzende der Finanzabteilung der *Jewish Agency*, wies diese Forderung mit dem Argument zurück, „die Lage in Polen und Rumänien ist nicht viel besser als in Deutschland“<sup>114</sup>. Er war über den Andrang auf die *Hachscharot*-Programme, also die Programme zur Berufsausbildung für die Einwanderung nach Palästina, besorgt und erklärte, in Deutschland nähmen 1500 an den *Hachscharot* teil, in Polen seien es 17 000. Es gehe nicht an, zu behaupten, daß alle Teilnehmer der *Hachscharot* Zertifikate erhalten würden, um dann tatsächlich nur jedem dritten oder vierten Teilnehmer ein Zertifikat zu erteilen<sup>115</sup>. Während einer weiteren Debatte der Führung der *Jewish Agency* über die Quoten im Jahre 1935 kam es zu keiner Annäherung der Positionen. Die Vertreter des deutschen Judentums, Arthur Ruppin, Werner Senator und Georg Landauer, der Leiter des *Zentralbüros für die Siedlung deutscher Juden in Eretz Israel*, stellten Maximalforderungen und hielten an den 25% fest<sup>116</sup>. Senator betonte, es sei wohl korrekt, wenn Polen 60% der Pionier-Zertifikate erhalte, aber die Situation habe sich auf der ganzen Welt geändert. Es habe sich eine Rückkehrbewegung nach Eretz Israel auch an anderen Orten entwickelt und der einmal festgelegte Prozentanteil für Polen könne nicht aufrechterhalten werden. Es gebe in Polen zwar Massen von Juden, aber das heiße noch lange nicht, daß das von dort kommende „menschliche Material“ das beste sei. Im Chalutz gebe es 7000 (?) Deutsche, und die *Hachscharot* in Deutschland seien besser als an anderen Orten. Deutschland müsse daher den ihm zustehenden Anteil erhalten<sup>117</sup>.

Die Diskussion erschöpfte sich nicht in der Frage der Quantitäten, sondern berührte also auch die Qualität der Chalutzim („Pioniere“). Während die Vertreter des deutschen Judentums die besondere Qualität der deutschen Chalutzim betonten, betonten Marminski und Frumkin – Vertreter des Exekutivrats der *Histadrut* – die zentrale Rolle polnischer Juden in den landwirtschaftlichen Siedlungen<sup>118</sup>. Ein letztlich angenommener Kompromißvorschlag überließ es Grünbaum, die interne Verteilung festzulegen. Dieser entsprach zwar nicht der Forderung der „deutschen Lobby“, legte jedoch eine Zahl der an Deutschland zu vergebenden Zertifikate fest, die in etwa der Zahl der nach Polen gehenden Zertifikate entsprach<sup>119</sup>.

<sup>112</sup> Halamish, *Absorption Policy*, S. 272.

<sup>113</sup> CZA, Sitzungsprotokoll der Leitung der *Jewish Agency* in Eretz Israel, 21. 4. 1935.

<sup>114</sup> CZA, Sitzungsprotokoll der Leitung der *Jewish Agency* in Palästina, 21. 4. 1935.

<sup>115</sup> Ebenda.

<sup>116</sup> CZA, Sitzungsprotokoll der Leitung der *Jewish Agency* in Palästina, 30. 4. 1935.

<sup>117</sup> Ebenda.

<sup>118</sup> Ebenda.

<sup>119</sup> Grünbaum wurde aufgefordert, 1300 bis 1400 Zertifikate nach Deutschland zu geben, während Polen 1500 Zertifikate und 300 Zertifikate für Berufstätige erhalten sollte. – Ebenda.

Im Herbst 1935 kam es zu einer vollständigen Veränderung der Verhältnisse, als sich vor dem NSDAP-Parteitag in Nürnberg die Situation deutscher Juden noch einmal verschlechterte. Die Intensivierung des antijüdischen Boykotts, die Lage der Juden in den Kleinstädten und die Schwierigkeit, die Bedeutung der Nürnberger Gesetze abzuschätzen, erhöhten die Bereitschaft zu einer besonderen Unterstützung der deutschen Juden. Die Führung der *Jewish Agency* erörterte im September 1935 die Situation der deutschen Juden und entschloß sich, von der britischen Mandatsregierung einen Vorschuß von tausend Einwanderungszertifikaten für deutsche Juden zu fordern<sup>120</sup>. Während der Sitzung protestierte niemand gegen diese Absicht. Offenbar bestand über das Ausmaß der Not in Deutschland allgemeiner Konsens. Eine ähnliche Atmosphäre herrschte auch Ende 1935, als erneut über die Verteilung diskutiert wurde und Senator die Zuteilung von 950 von insgesamt 1900 zur Verfügung stehenden Zertifikaten an Deutschland verlangte<sup>121</sup>. Selbst Grünbaum, der in der Vergangenheit eine Verringerung des Anteils der für Deutschland bestimmten Zertifikate gefordert hatte, war nun überzeugt, daß „die Zahl der Zertifikate für Deutschland angehoben werden muß“, wollte jedoch nicht „deutscher als Dr. Senator sein“<sup>122</sup>.

Die Ereignisse des Jahres 1936 trugen zur grundsätzlichen Änderung aller Erwägungen derjenigen bei, die sich der Einwanderungsfrage widmeten. Schwere Unruhen und das Verbot der koscheren Schlachtung waren klare Indikatoren für die Verschlechterung der Lage polnischer Juden. In Deutschland wurden dagegen die Angriffe gegen Juden infolge der strengen Anordnungen der deutschen Regierungsbehörden eingeschränkt, da Deutschland versuchte, während der Olympischen Spiele einen positiven Eindruck zu erwecken. Vor diesem Hintergrund verloren die Forderungen der deutschen Juden ihre Dringlichkeit. Herbert Samuel, der erste britische Hochkommissar in Palästina und selbst aktiv im *British Council for German Jewry* tätig, erklärte angesichts dieser Entwicklungen,

„[...] niemand [darf] daran denken, die Einwanderung nach Palästina etwa als ein Monopol der Juden Deutschlands zu betrachten. Aber auch in der vergangenen Epoche hat die Einwanderung von Juden aus Deutschland in Palästina Arbeitsgelegenheiten geschaffen, die vielen Juden aus Polen zugute gekommen sind ...“<sup>123</sup>.

Ein weiterer entscheidender Faktor für die britischen und zionistischen Erwägungen hinsichtlich der deutsch-jüdischen Einwanderung nach Palästina muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Den deutsch-jüdischen Einwanderern kam eine wirtschaftliche Unterstützung zugute, die ausschließlich ihnen von jüdischen, zionistischen und anderen Kreisen zgedacht war. Ihre Einwanderung brachte also nicht selten zusätzliche finanzielle Mittel für die Siedlungsarbeit nach Palästina, ein Umstand, der das Wohlwollen der britischen Behörden diesen Einwanderern gegenüber noch verstärkte und der zur Vergrößerung der allgemeinen wirtschaftlichen Aufnahmekapazität führte. Gleichzeitig wurde damit allerdings auch der Grund für die Bevorzugung bestimmter Sektoren der jüdischen Bevölkerung gelegt<sup>124</sup>.

<sup>120</sup> CZA, Sitzungsprotokoll der Leitung der *Jewish Agency* in Palästina, 27. 9. 1935.

<sup>121</sup> CZA, Sitzungsprotokoll der Leitung der *Jewish Agency* in Palästina, 29. 12. 1935.

<sup>122</sup> Ebenda.

<sup>123</sup> JR, Die Lage in Polen, Nr. 23, 20. 3. 1936.

<sup>124</sup> Halamish, Absorption Policy, S. 267 f.

Die Diskussion, die in zionistischen Kreisen geführt wurde, fand auch in nicht-zionistischen Reihen ein Echo. Die Zeitung des *Central Vereins* verfolgte die Debatte über die Situation der polnischen Juden und widmete dem Thema zahlreiche Leitartikel und Berichte<sup>125</sup>. Hier zeigte sich ein gewisses Verständnis für die Zwänge der zionistischen Bewegung, wie sie in der Notwendigkeit zum Ausdruck kamen, die jüdischen Lebensbedingungen in anderen Ländern in Erwägung zu ziehen. So betonte die Zeitung z.B., daß in jeder Diskussion über die Zukunft der deutschen Juden, die entsprechenden Umstände der Juden in anderen Ländern und insbesondere in Polen bedacht werden müßten<sup>126</sup>. Unter Bezugnahme auf die Verteilung der Einwanderungszertifikate zwischen Polen und Deutschland stellte die Zeitung entschieden fest, deutsche Juden seien im Vergleich zu polnischen Juden bisher eindeutig im Vorteil gewesen<sup>127</sup>.

Ein bemerkenswerter Vorfall, der sich im Sommer 1936 ereignete, illustriert die Spannungen und Widersprüche bei der Verteilung der Einwanderungszertifikate. Auf Initiative des Vertreters des *Hechalutz* in Deutschland, Georg Josephthal, und der Leiter des *Palästina-Amtes* in Berlin, Franz Mayer und Arthur Rau, wurden dem *Palästina-Amt* in Warschau Ende August 1936 insgesamt 35 Einwanderungszertifikate geliehen<sup>128</sup>. Diese Zertifikate waren ursprünglich für deutsche *Chalutzim* bestimmt gewesen, und zwar aus dem Kontingent, das unter dem Druck des *British Council* für deutsche Juden reserviert worden war. Georg Landauer kritisierte diese Entscheidung heftig und meinte, es sei klar, „das jeder Verzicht auf Zertifikate in sich das Zugeständnis enthält, daß entweder Deutschland nicht genug zertifikatsfähige Anwärter hatte, oder daß die Verhältnisse in Polen auch in Berlin als schwieriger und vordringlicher anerkannt werden, oder daß Berlin selbst zugibt, proportionell allzu sehr bevorzugt worden zu sein“<sup>129</sup>. Landauer sorgte sich über die Auswirkungen, die diese Entscheidung auf die Beziehungen zwischen der zionistischen Bewegung und dem *Joint* bzw. dem *British Council* haben würde – die eine ständige Vernachlässigung der Angelegenheiten der deutschen Juden behaupteten –, zumal diese Zertifikate auch von den Sondermitteln unter der Verwaltung des *British Council* bezahlt worden waren<sup>130</sup>. Landauers Amtskollege Senator dachte anders. Seiner Meinung nach war die Situation in Polen tatsächlich schwieriger als in Deutschland, und daher unterstützte er diesen Schritt. Entsprechend bestätigte er dem *Palästina-Amt* in Berlin, daß ihm die Angelegenheit in allen Details bekannt sei. Trotz ausreichender Zahl von Anwärtern, auf die die zur Verfügung stehenden

<sup>125</sup> C.V.Z., Die polnische Judenfrage in Bewegung, 24. 9. 1936; Eine Erklärung der polnischen Ministerpräsidenten, 15. 10. 1936; Um die Zukunft der Juden Polens, 22. 10. 1936; Kleine und große Politik um Polens Juden, 19. 11. 1936; Bewegte Woche in Polen, 26. 11. 1936; Parlamentarische Erörterungen der polnischen Judenfrage, 10. 12. 1936; Jüdische Neuigkeiten aus Polen, 31. 12. 1936.

<sup>126</sup> C.V.Z., Judendebatte im Sejm, 27. 2. 1936.

<sup>127</sup> Ebenda.

<sup>128</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 240.

<sup>129</sup> CZA, S 7/282, Landauer an die Zionistische Vereinigung in Deutschland, 14. 9. 1936.

<sup>130</sup> Der *Joint* hatte in der Vergangenheit versucht, sich an die *Jewish Agency* mit der Bitte zu wenden, den Anteil deutscher Juden an den Einwanderungsquoten anzuheben. Diesen Bitten war nicht entsprochen worden; Bauer, *Brother's Keeper*, S. 136 f. – Die *Jewish Agency* neigte ohnehin nicht dazu, die für Deutschland bestimmte Quote zu senken, da sie fürchtete, dies könne zu einem Rückgang der Spenden führen, Segev, *Seventh Million*, S. 145.

Zertifikate hätten verteilt werden können, habe das *Palästina-Amt* in Berlin den dringenden Anfragen des *Palästina-Amtes* in Warschau nachgegeben, da von dort Beweise für die große Not vorgelegt worden seien, die angesichts des drohenden Stopps der Einwanderung zu erwarten wäre. Hieraus dürften aber auf keinen Fall Schlußfolgerungen für die zukünftige Verteilung gezogen werden<sup>131</sup>.

Die Affäre illustriert, daß keine eindeutige Verbindung zwischen dem Herkunftsland der zionistischen Aktivisten und dem Verständnis bestand, das sie für die Not in Polen und Deutschland aufbrachten. Zwar waren es 1934/35 Ruppin, Senator und Landauer gewesen, die Forderungen zugunsten deutscher Juden erhoben hatten. Doch bereits in der Diskussion über die Quoten Ende 1935 zeigte sich Grünbaum – einer der zentralen Vertreter des polnischen Judentums – bereit, eine höhere als von Senator geforderte Quote nach Deutschland zu vergeben. Nicht die deutsche Herkunft oder der Aufenthalt in Deutschland waren Garanten für eine „deutsche Haltung“.

Die zionistische Führung sah sich weiterhin mit einer Fülle von Vorwürfen und Beschwerden über Benachteiligungen und Diskriminierungen konfrontiert. Im Rahmen der Verschärfung der britischen Politik und der Einschränkung der Einwanderungsquoten Ende 1936 entfielen 590 Zertifikate auf Polen gegenüber 295 Zertifikaten für deutsche Juden<sup>132</sup>. Eljahu Dobkin von der Einwanderungsabteilung der *Jewish Agency* reagierte auf einen von der *Zentralstelle für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina* (Central Bureau for the Settlement of German Jews) erhobenen Vorwurf mit der Feststellung, seine Abteilung sehe sich selbst nicht an irgendeine Verpflichtung über einen festen Anteil für deutsche Einwanderer gebunden. Gleiches gelte auch im Hinblick auf andere Länder. Allerdings sei ihm befremdlich, daß immer wieder von einer „Benachteiligung“ der deutschen Einwanderer bei der Verteilung der Zertifikate die Rede sei. Es sei weithin bekannt, daß in den vergangenen drei Jahren die Einwanderung aus Deutschland der Immigration von Juden aus anderen Ländern vorgezogen worden sei<sup>133</sup>. Werner Senator antwortete dem *Palästina-Amt* in Berlin in ähnlichem Sinne, als er schrieb, es sei ihm verständlich, daß diese Zahl an Zertifikaten nicht den in Deutschland erhobenen Forderungen entspreche. Aber dies treffe auch auf andere Länder zu. Wenn das *Palästina-Amt* in Berlin aufmerksam auf die Situation in Polen und die Zahl der den polnischen Juden gewährten Zertifikate blicke, so werde es erkennen, daß nicht mehr für Berlin getan werden konnte, als getan worden sei<sup>134</sup>.

<sup>131</sup> CZA, S 7/282, Senator an das *Palästina-Amt* in Berlin am 9. 9. 1936. Einen Monat zuvor hatte Senator vom *Palästina-Amt* in Berlin gefordert, ihm von der Monatsquote fünf Einwanderungszertifikate für Männer zur Verfügung zu stellen, die er nach Polen weiterreichen wollte. Im gleichen Schreiben merkte er an, daß Deutschland 39% aller Zertifikate erhalten werde, und betonte, dies sei ein besonders hoher Anteil. Die Forderung stütze er also auf seine Beurteilung der deutschen Quote; CZA, S 7/282, Senator an das *Palästina-Amt* in Berlin am 10. 8. 1936.

<sup>132</sup> CZA, S 6/3643, Einwanderungsabteilung, *Jewish Agency*, Rundschreiben Nr. 2115/227, 10. 12. 1936.

<sup>133</sup> Ebenda, Dobkin an den Verband der Einwanderer aus Deutschland, Zweigstelle Jerusalem, am 14. 12. 1936. Deutsche Juden erhielten zwar in der ersten Zeit des NS-Regimes zirka 30–40%, aber schon im Herbst 1934 ging ihr Anteil auf 17% zurück. Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 120.

<sup>134</sup> CZA, S 6/3643, Werner Senator an das *Palästina-Amt* in Berlin am 27. 12. 1936.

Die zionistische Bewegung stand unter dem Druck der polnischen Regierung, den Anteil der Zertifikate für polnische Juden an der Gesamtquote zu erhöhen. 1936 kehrte Grünbaum von einer Reise nach Polen zurück und berichtete über die Position der polnischen Regierung und deren Bereitschaft, mit der *Jewish Agency* ein Abkommen zu unterzeichnen unter der Bedingung, daß mindestens 50% der Einwanderungszertifikate an polnische Juden gingen und die Verteilung durch Vertreter der polnischen Regierung oder zumindest in Zusammenarbeit mit ihnen erfolge<sup>135</sup>. Die *Jewish Agency* konnte einem derartigen Vorschlag nicht zustimmen. Ein Jahr später, im September 1937, trafen Chaim Weizmann und Nahum Goldmann den polnischen Außenminister Beck, der ihnen mitteilte, er werde die Diskussion um die Auswanderung polnischer Juden in andere Ländern unterbinden, wenn sich eine befriedigende Perspektive hinsichtlich der weiteren Auswanderung nach Palästina abzeichne<sup>136</sup>. Bei dieser Gelegenheit verlangte Beck jährlich 30000 Einwanderungszertifikate für polnische Juden – eine unerfüllbare Forderung sowohl hinsichtlich der Einflußmöglichkeiten, die die zionistische Bewegung auf die britische Politik besaß, als auch hinsichtlich ihrer Verpflichtungen gegenüber den Juden anderer Länder. Im Laufe der Jahre 1937 und 1938 wurde die Situation noch komplizierter. Die kontinuierliche Reduzierung der nach Polen vergebenen Einwanderungszertifikate schwächte die Motivation der polnischen Zionisten, von denen viele die *Hachscharot* verließen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß diese Programme zu keinem Ziel führen. Gleichzeitig sank das Ansehen der zionistischen Bewegung bei der polnischen Regierung<sup>137</sup>. Von den Einwanderungszertifikaten für Polen hing daher nicht nur der gute Ruf, sondern die ganze Zukunft der zionistischen Bewegung in Polen ab.

Die vielfältigen Zwänge, denen die zionistische Bewegung ausgesetzt war, führten letztlich zu einer eindeutigen Bevorzugung der deutschen Juden. Die deutschen Juden erhielten eine relativ und absolut höhere Zahl von Pionierzertifikaten. Die Zahl der aus Polen emigrierenden *Chalutzim* war aber wesentlich höher, da die Inhaber der Einwanderungszertifikate in der Regel größere Familien hatten<sup>138</sup>. Aus verständlichen Gründen kritisierten die polnischen Zionisten diese Politik weiterhin<sup>139</sup>, während es den deutschen Zionisten leichter fiel, sich an die Begleitumstände der Zertifikatspolitik zu gewöhnen. Die *Zionistische Vereinigung für Deutschland* forderte von Großbritannien, die restriktive Einwanderungspolitik aufzugeben und die Tore Palästinas für deutsche und polnische Juden gleichermaßen zu öffnen<sup>140</sup>. Auch die *Reichsvertretung* zeigte eine verständliche Haltung. Sie bemühte sich, die Erwartungen der Antragsteller zu dämpfen, und betonte, ihre Erfolge im Bereich der Auswanderung hingen nicht allein vom Willen und der Arbeit der Auswanderungsorganisationen, sondern auch von der Bereitschaft der verschiedenen Länder ab, ihre Tore für Emigranten aus Deutschland und ebenso aus Osteuropa zu öffnen<sup>141</sup>. Als Franz Mayer, der Leiter des *Palästina-Amtes* in Berlin, später über die

<sup>135</sup> Melzer, *Polish Diplomacy*, S. 216.

<sup>136</sup> Ebenda.

<sup>137</sup> Ders., *No Way out*, S. 147.

<sup>138</sup> Halamish, *Absorption Policy*, S. 275.

<sup>139</sup> Ebenda, S. 273.

<sup>140</sup> C. V.Z., *Das neue Weissbuch*, 13. 1. 1938.

<sup>141</sup> *Jüdisches Gemeindeblatt* für den Bezirk der Synagogengemeinde Aachen, 12. Jg., 1. 2. 1938.

Verteilung der Einwanderungszertifikate zwischen Deutschland und Polen befragt wurde, antwortete er:

„Ich bin ja sicher nicht objektiv, aber angesichts der Dringlichkeit der deutschen Situation in diesen Jahren ... erschien [mir] die Zahl eine geringe. Andererseits habe ich gesehen, daß die deutschen Juden vor 1933 eine bloß ganz außerordentlich geringe Anzahl von Olim [Einwanderern] gestellt haben; und daß es vielleicht möglich ist, daß aus diesem Grunde die Jewish Agency eine nur geringe Zahl von Zertifikaten für Deutschland festgehalten hat.“<sup>142</sup>

Diese Äußerung weist auf ein gewisses Verständnis für die Erwägungen hin, die die Verteilung der Einwanderungszertifikate leiteten, und sieht ein für die Verteilung entscheidendes „Recht der Ersten“ auf Seiten der polnischen Juden. Andere zionistische Führungspersonlichkeiten schätzten die Not polnischer Juden noch schwerwiegender ein<sup>143</sup>. Dennoch blieben die Spannungen bei der Verteilung der Zertifikate auf Polen und Deutschland während der ganzen dreißiger Jahren erhalten<sup>144</sup>. Bevorzugungen deutscher Juden bei der Erteilung von Zertifikaten waren aber nicht auf prinzipielle Gründe zurückzuführen, sondern waren bedingt durch die begrenzte Durchsetzungsfähigkeit der zionistischen Bewegung gegenüber der britischen Mandatsregierung sowie die wachsende Tendenz unter Juden in Westeuropa und Amerika, vor allem der Not deutscher Juden abhelfen zu wollen<sup>145</sup>.

#### 4. „Chronische“ und „akute“ Krise: Die Evian-Konferenz

Der letzte internationale Versuch, eine Lösung für das Problem der jüdischen Flüchtlinge zu finden, war die sogenannte Evian-Konferenz. Diese steht in den bekannten Darstellungen und im allgemeinen Geschichtsbewußtsein symbolisch für die weltweite Abkehr aller Länder von ihrer Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Volk<sup>146</sup>. Die Konferenz, die auf Initiative des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt vom 3. bis 13. Juli 1938 in der französischen Stadt Evian stattfand, hatte das Ziel, Lösungen für die Not der Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich zu finden, deren Zahl infolge der Annexion Österreichs durch das Deutsche Reich im März 1938 gewaltig angestiegen war. Roosevelt hatte das Schicksal der Konferenz allerdings schon in seinem Einladungsschreiben besiegelt: Er sagte teilnehmenden Staaten zu, daß sie nicht zur Finanzierung der Auswanderung herangezogen und auch nicht veranlaßt werden würden, ihre Einwanderungsquoten zu erhöhen.

<sup>142</sup> IfCJ, 4 (41), Aussage Franz Mayers, S. 19.

<sup>143</sup> Halamish, Absorption Policy, S. 279.

<sup>144</sup> Die Einwanderungsabteilung der *Jewish Agency* gab noch im November 1938 ein Rundschreiben an ihre Zweigstellen im Ausland heraus, in dem sie sich dafür entschuldigte, daß die schreckliche Situation der Juden in Österreich und Deutschland sie zwingt, diesen Ländern die Hälfte der Quote zuzuweisen, in der Hoffnung, in allen anderen Ländern würde man mit dem notwendigen Verzicht zugunsten der deutschen und österreichischen Juden einverstanden sein; Segev, *Seventh Million*, S. 38.

<sup>145</sup> Halamish, Absorption Policy, S. 280.

<sup>146</sup> Laqueur, *Zionism*, S. 400; Beit-Zwi, *Post-Ugandian Zionism*, S. 162 ff. Beit-Zwi untersucht in seinem umstrittenen Buch die Äußerungen und Aufsätze der zentralen zeitgenössischen Zionisten, die das historische Image der Evian-Konferenz als einen großen Verrat an den Juden bestimmten.



Überdies verschleierte das Einladungsschreiben den politischen Kontext, denn die jüdische Identität der Flüchtlinge, deren Problemen sich die Konferenz eigentlich widmen sollte, wurde nicht erwähnt. Vielmehr hieß es allgemein, es werde über „politische Flüchtlinge“ gesprochen.

An der Evian-Konferenz nahmen 32 Staaten teil. Polen, Deutschland und Rumänien waren keine ordentlichen Teilnehmer, sondern hatten Beobachterdelegationen entsandt<sup>147</sup>; denn nur Länder, die Emigranten aufnahmen, waren volle Konferenzteilnehmer. Auch die Juden hatten keine offizielle Vertretung, sondern waren durch verschiedene Organisationen repräsentiert – darunter die *Jewish Agency*, eine Delegation des *Jüdischen Weltkongresses* und verschiedene andere Gruppierungen. Schon zu Beginn der Konferenz wurde erklärt, daß sie lediglich das Schicksal der Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich behandeln werde. Die jüdischen Repräsentanten widersetzten sich jedoch der Absicht, nicht über die osteuropäischen Juden zu sprechen. In einem Memorandum, das der *Jüdische Weltkongreß* an die Organisatoren der Konferenz schickte, wurde betont, daß die osteuropäischen Staaten vor einer Massenausweisung ihrer jüdischen Staatsbürger gewarnt werden müßten. Weiterhin verlangte der *Weltkongreß*, daß, auch wenn nicht die Absicht bestehe, den Status der osteuropäischen Juden oder die Frage der jüdischen Emigration in ihrem gesamten Umfang, sondern nur die Flüchtlingsfrage im engeren Sinne zu erörtern, doch auf bereits bestehende erste Anfänge eines akuten Flüchtlingsproblems in Osteuropa hingewiesen werden müsse<sup>148</sup>. Die Vertreter der amerikanisch-jüdischen Organisationen zeigten sich besorgt über die mangelnde Planung und Verbindlichkeit der Konferenz sowie über die Tatsache, daß die Probleme der Juden in Polen, Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern nicht auf der Tagesordnung standen<sup>149</sup>. Da diese Organisationen die Haltung der Konferenzorganisatoren nicht ändern konnten, versuchten sie, ihren Einfluß auf die Konferenz selbst auszuüben, und trugen ihre Position einem Unterausschuß der Evian-Konferenz vor. Die gemeinsame Vertretung der deutschen und österreichischen Juden wies den Unterausschuß auf den Einfluß des deutschen Antisemitismus und auf die „judenfeindlichen Elemente“ in den Ländern Osteuropas hin und bat die Konferenz, sich für die bürgerlichen Rechte der Juden in Deutschland und Österreich, aber gleichzeitig auch für den Kampf um die wirtschaftliche Etablierung der Juden in Osteuropa einzusetzen<sup>150</sup>. Arthur Ruppin von der *Jewish Agency* vertrat vor dem Unterausschuß die Ansicht,

„daß es für die Juden in Osteuropa sehr nachteilige politische Folgen haben könne, wenn die Konferenz eine eiserne Wand zwischen den deutsch-österreichischen Juden einerseits, und den osteuropäischen Juden andererseits, aufrichte. Es könnte dann leicht bei den judenfeindlichen

<sup>147</sup> Yahil, Holocaust, S. 140.

<sup>148</sup> Memorandum of the *World Jewish Congress*, in: Tartakower/Grossmann, *Jewish Refugee*, S. 531; siehe auch: Eppler, *World Jewish Congress*, S. 185. – Nach Bauer wandte sich der polnische Botschafter in Washington, Potocki, am 8. 6. 1938 an das *American Jewish Committee* mit dem Aufruf, die Betroffenen entsprechend zu beeinflussen, auch Polen in die Erörterungen der Konferenz aufzunehmen; Bauer, *Brother's Keeper*, S. 194.

<sup>149</sup> Dies erklärte Harold Ginsburg vom *Joint* den Mitgliedern des *Central British Fund for German Jewry* in London Ende Juni 1938: Adler-Rudel, *Evian Conference*, S. 240.

<sup>150</sup> Memorandum of Certain Jewish Organisations Concerned with the Refugees from Germany and Austria, in: Tartakower/Grossmann, *Jewish Refugee*, S. 548.

Elementen in Osteuropa der Eindruck entstehen, daß die von ihnen erstrebte und auch im jüdischen Interesse nötige Auswanderung für Juden, nur durch Anwendung hitlerischer Methoden zu erreichen sei“<sup>151</sup>.

Auch Professor Norman Bentwich, der Leiter des *Kommissariats für Angelegenheiten jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland beim Völkerbund*, und Nahum Goldmann, der Vertreter des *Jüdischen Weltkongresses*, forderten von dem Unterausschuß, die Frage der Flüchtlinge in ihrer Gesamtheit zu behandeln, also auch die osteuropäischen Juden einzuschließen<sup>152</sup>. Der Ausschußvorsitzende wies diese Forderung entschieden zurück.

Die jüdischen Institutionen versuchten dennoch klarzumachen, daß es zwischen der Notsituation der deutschen und österreichischen Juden und der Lage der osteuropäischen Juden einen Zusammenhang gab. Hierzu trafen Nahum Goldmann und Arthur Ruppin mit Vertretern der polnischen und rumänischen Regierungsdelegationen in Evian zusammen<sup>153</sup>. Der Begegnung war eine intensive Diskussion innerhalb der zionistischen Führung vorangegangen. Die Position der zionistischen Bewegung in Palästina zur Evian-Konferenz war äußerst komplex. Einige wenige Zionisten, darunter etliche deutsche, gingen davon aus, die Konferenz werde möglichst vielen Juden helfen, wenigstens ihr Leben vor den Verfolgungen im nationalsozialistischen Deutschland zu retten<sup>154</sup>. Ein Teil der Zionisten war der Meinung, hinsichtlich der Konferenz müsse man einen praktischen Ansatz verfolgen. Ruppin bestand darauf, daß nicht allein die zionistische Lösung im Mittelpunkt stehen dürfte, sondern daß die an der Konferenz beteiligten Staaten dazu veranlaßt werden müßten, einer geordneten Emigration der Juden aus Deutschland zuzustimmen. In diesem Zusammenhang erwartete er, daß nur zirka ein Drittel der deutschen Juden in einem etwa zehn Jahre dauernden Prozeß nach Palästina emigrieren würden. Ruppin hoffte, Deutschland könnte dazu gebracht werden, Juden unter Mitnahme ihres Eigentums emigrieren zu lassen. Werner Senator dagegen glaubte nicht an diese Möglichkeit. Er meinte, die Nationalsozialisten hätten bereits eine Terrorphase erreicht, in der ihnen jedes Mittel recht sei, um Juden aus Deutschland zu verdrängen und ihren Besitz zu konfiszieren<sup>155</sup>. Doch wie Ruppin hielt es auch Senator für wichtig, nicht nur auf der zionistischen Lösung zu bestehen und sich nicht von anderen jüdischen Verbänden zu separieren, die ebenfalls Teillösungen anbieten konnten.

Die Mehrheit der Zionisten fürchtete jedoch, die Evian-Konferenz werde der zionistischen Sache schaden, da durch die Unterbreitung alternativer Territoriallösungen der Anspruch der zionistischen Bewegung auf Alleinvertretung der jüdischen Angelegenheit in Frage gestellt werde. Diese Zionisten bemühten sich, die Konferenzteilnehmer davon zu überzeugen, daß allein der Zionismus die Lösung der „Judenfrage“ darstelle<sup>156</sup>. Wir dürfen nicht vergessen, daß sich der Jeschuw in

<sup>151</sup> CZA, L 22/379, Bericht von Ruppin und Goldmann, Vertreter der *Jewish Agency*, über ihr Referat vor der Evian-Konferenz, 12. 7. 1938.

<sup>152</sup> C. V.Z., Die Arbeit der zweiten Untersuchungskommission, Nr. 28, 14. 7. 1938.

<sup>153</sup> Eppler, *World Jewish Congress*, S. 186.

<sup>154</sup> Die Darstellung der zionistischen Position beruht auf: Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 282–286.

<sup>155</sup> Die deutschen Behörden hegten zu jener Zeit keinerlei Absichten, Juden die Mitnahme ihres Besitzes aus Deutschland zu gestatten: Heim, *Zwangsemigration*, S. 63 ff.

<sup>156</sup> Elam, *Zionist History*, S. 124–127; Beit-Zwi, *Post-Ugandian Zionism*, S. 177 f. – Beit-Zwi

Palästina in jenen Jahren in einer schwierigen Situation befand. Der arabische Terror hatte in den Sommermonaten 1938 erheblich zugenommen, und die ursprüngliche Bereitschaft der Briten, die Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk zu unterstützen, hatte augenscheinlich abgenommen<sup>157</sup>. Darüber hinaus steckte die Wirtschaft in Palästina in einer schweren Krise. Dies wiederum beeinflusste die Höhe der Einwanderungsquoten und die Bereitschaft der internationalen jüdischen Organisationen, die zionistische Arbeit in Palästina zu unterstützen. Die Führung des Jeschuw war intensiv mit der Formulierung der Forderungen an die *Peel Commission* beschäftigt, die in ihrem Bericht vom Juli 1937 einen Vorschlag für die Teilung Palästinas unterbreiten sollte. Es überrascht daher nicht, daß es ihr unter diesen Umständen schwerfiel, die nötige Zeit zu finden, um eine zionistische Reaktion auf die Evian-Konferenz zu formulieren. Auf einer Sitzung des *Wa'ad ha-poel ha-zioni ha-mezumzam* (Engeres Zionistisches Exekutivkomitee) beklagte sich Berl Katznelson, der Redakteur der Gewerkschaftszeitung *Davar*, darüber, daß „unsere Exekutive [...] so tief in die Verteilung versunken ist, daß sie praktisch keine Möglichkeit zu einer anderen zionistischen Handlung habe, keine psychologische und auch keine physische“<sup>158</sup>. Und er fragte, ob man sich damit abfinden könne, daß die zionistische Bewegung auch angesichts der Annexion Österreichs für österreichische Juden und für den Zionismus nichts unternommen habe. „Wo ist die zionistische Bewegung, wo das Exekutivkomitee, wo sind unsere Pläne und Programme auf der Roosevelt-Konferenz am 6. Juli, die über die Lage der Juden sprechen muß, ein Ereignis, wie es die Welt noch nicht gesehen hat?“<sup>159</sup>

Wenn die Evian-Konferenz wirkliche Ergebnisse erzielt hätte, dann wäre die Stellung der zionistischen Bewegung eine denkbar ungünstige gewesen, das wußten die meisten der zionistischen Führungspersönlichkeiten<sup>160</sup>. David Ben-Gurion, der dem zionistischen Siedlungswerk die oberste Priorität zubilligte, fürchtete, daß die Evian-Konferenz Eretz Israel und dem Zionismus einen gewaltigen Schaden zufügen könnte. Er sah die Aufgabe der zionistischen Führung darin, „diesen Schaden in Grenzen zu halten“ und „die uns von der Evian-Konferenz drohende Gefahr und Katastrope abzuwenden“<sup>161</sup>. Die Führung der *Jewish Agency* wurde diesbezüglich am 20. Juni 1938 instruiert, ihre Position zur näherrückenden Evian-Konferenz entsprechend zu formulieren. Einige Mitglieder unterstützten den Aufruf, das Thema der osteuropäischen Juden auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Menachem Ussischkin, der Vorsitzende des *Jüdischen Nationalfonds* in Palästina, ver-

versucht in seinem Buch nachzuweisen, daß es zionistische Aufgabe gewesen sei, eventuelle positive Ergebnisse der Evian-Konferenz zu sabotieren. Zugunsten seines Buches mag gesagt werden, daß es die Spannung zwischen den Interessen der zionistischen Bewegung und der Evian-Konferenz erfolgreich aufzeigen kann. Ein Blick auf die Dokumente, auf die Beit-Zwi seine Argumentation stützt, insbesondere auf die Sitzungsprotokolle der Leitung der *Jewish Agency*, läßt jedoch Zweifel aufkommen, ob sich die Bewegung wirklich diese Aufgabe gestellt hat, die Beit-Zwi der zionistischen Führung zuschreiben möchte, bestätigt jedoch seine Position hinsichtlich der Interessengegensätze.

<sup>157</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 180 ff.

<sup>158</sup> CZA, Sitzung des »engeren« Zionistischen Exekutivkomitees, 20. 6. 1938.

<sup>159</sup> Zur Haltung der Führung der *Jewish Agency* angesichts der Evian-Konferenz siehe: Kochavi, *Zionist Executive*, S. 101 ff.

<sup>160</sup> CZA, Protokoll der Führung der *Jewish Agency*, 26. 6. 1938.

<sup>161</sup> Ebenda.

suchte dieses Ansinnen mit ethischen und praktischen Argumenten zu untermauern. Es werde, so sagte er, nur über die Juden Deutschlands und Österreichs geredet, als Jude und Zionist sei man aber verpflichtet, sich auch um die Millionen Juden in Polen und Rumänien zu sorgen. Auf Großbritannien müsse hinsichtlich der Einwanderung nach Palästina Druck ausgeübt werden<sup>162</sup>. Ruppin und Landauer vertraten ähnliche Auffassungen. Dobkin dagegen lehnte diesen Ansatz als nicht realistisch ab und meinte, selbst die Erweiterung der Konferenzdebatten auf die gesamte Auswanderung sei nicht ausreichend. Letztlich könne daher nichts erreicht werden, denn die Welt sei nicht bereit für eine Auswanderung von Millionen von Menschen. Die zionistische Bewegung müsse mit einem praktischen Programm für die Lösung der Notsituation der deutschen und österreichischen Juden auf der Konferenz auftreten<sup>163</sup>. Doch mehr als alle anderen war es David Ben-Gurion, der sich dem Versuch widersetzte, das Problem der osteuropäischen Juden mit den auf der Evian-Konferenz debattierten Themen zu verknüpfen. Entschieden stellte er fest, daß derjenige irre, der vorschläge, die gesamte jüdische Frage in Evian zur Sprache bringen zu wollen. Diese Frage brauche nicht mehr ausgebreitet zu werden. Die ganze Welt wisse um die Dringlichkeit der Problematik. Was es zu erörtern gelte, sei *die Lösung* der Frage. Die Konferenz sei indes für eine Lösung nicht geeignet, denn in den Augen der Welt bestehe kein Unterschied zwischen Eretz Israel und Spanien. Mit einem Land, in dem es Unruhen gebe, täglich Sprengsätze geworfen und Menschen ermordet würden und in dem Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation herrschten, löse man keine Flüchtlingsprobleme<sup>164</sup>.

Ben-Gurion befürchtete, eine umfassende Debatte der Probleme der Juden in Deutschland, Österreich und Osteuropa auf der Konferenz werde die Machtlosigkeit der zionistischen Bewegung bloßstellen. Darüber hinaus hatte er auch verstanden, daß der Versuch, die Regierungen Polens und Rumäniens dazu zu bringen, die Not der Juden in ihren Ländern zu betonen und somit ein weiteres Druckmittel gegen Großbritannien auf der Evian-Konferenz zu nutzen, jeglicher moralischer Grundlage entbehrte. Auch wenn Vertreter Polens und Rumäniens der britischen Regierung entsprechend zusetzten, so müsse die zionistische Führung doch an den Eindruck denken, den dies auf die englische Öffentlichkeit machen werde: Regierungen, die Pogrome gegen Juden durchführen, predigten England Moral! Wenn Länder wie Schweden, Norwegen oder Holland, in denen die einheimischen Juden über gleiche bürgerliche Rechte und gesicherte Existenzberechtigung verfügten, eine Erweiterung der Einwanderung nach Palästina fordern würden, dann hätte dies politische und moralische Bedeutung. Wenn Polen jedoch öffentlich interveniere, so schade dies mehr als es nütze<sup>165</sup>.

Letztlich spielte die zionistische Bewegung auf der gesamten Konferenz nur eine untergeordnete Rolle. Die Vertretung der *Jewish Agency* war gezwungen, ihre Position gleichzeitig mit allen anderen jüdischen Organisationen vorzustellen, und erhielt keinen bevorzugten Status.

<sup>162</sup> Ebenda.

<sup>163</sup> Ebenda.

<sup>164</sup> Ebenda.

<sup>165</sup> Ebenda; etwas anders formuliert in: Ben-Gurion, *Erinnerungen*, S. 219f.

Die polnische Regierung war ihrerseits aktiv, internationale Bemühungen, wie sie für Juden in Deutschland und Österreich unternommen wurden, auch auf die Frage der Auswanderung aus Polen zu konzentrieren. Im Juni 1938 kam es zu einer Begegnung zwischen Jerzy Potocki, dem polnischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, Josef Hymann, und Maurice Waldman, dem geschäftsführenden Sekretär des *American Jewish Committee*. Der Botschafter äußerte die Meinung, daß die Debatten der Evian-Konferenz sich auch auf Polen erstrecken müßten<sup>166</sup>. Noch vor dem Beginn der Konferenz in Evian forderte die polnische Regierung die Einberufung einer gesonderten Konferenz zur Frage der jüdischen Flüchtlinge aus Osteuropa<sup>167</sup>. Der polnische Botschafter beim Völkerbund, Tytus Komarnicki, klagte darüber, daß sich niemand um Vorbeugungsmaßnahmen kümmere, die die Problematik der jüdischen Bevölkerung schon an ihren Wohnorten aufgriffen. Es werde, so der Botschafter, zu spät reagiert.

Roosevelt, der Initiator der Konferenz, hatte zunächst ebenfalls diesen Ansatz vertreten und auch die Behandlung der Flüchtlingsfrage in Hinblick auf deutsche und polnische Juden durch die Konferenz unterstützt, sah sich jedoch später infolge des von Frankreich und England ausgehenden Drucks gezwungen, von diesem Standpunkt abzuweichen. Beide Staaten hatten behauptet, ein derartiger Schritt werde die osteuropäischen Länder geradezu auffordern, die Situation ihrer Minderheiten zu erschweren. Eine derartige Initiative werde die Situation in Osteuropa nur verschärfen und indirekt eine Lösung für die deutschen Juden zusätzlich erschweren. Die Organisatoren der Evian-Konferenz übernahmen die Differenzierung zwischen der Notsituation der deutschen Juden, die sich als eine „akute“ darstellte und deswegen eine sofortige Lösung erforderte, und der Notlage der osteuropäischen Juden, die als „chronisch“ diagnostiziert wurde. Sie beschlossen, sich auf die Beseitigung der akuten Not zu konzentrieren<sup>168</sup>. Es bestehen Zweifel, ob diese Unterscheidung Mitte und Ende 1938 gerechtfertigt war. So hatte der *Jüdische Weltkongreß* ja bereits vor der Entwicklung eines „akuten“ Flüchtlingsproblems in den osteuropäischen Ländern gewarnt<sup>169</sup>.

Besonders problematisch war die Position Polens. Die polnische Regierung war darum bemüht, ihren Forderungen, das Problem des polnischen Judentums im Rahmen der Debatte um die jüdischen Flüchtlinge zu behandeln, eine legitime, überzeugende Gestalt zu verleihen. Gleichzeitig tat Polen sich schwer, die eindeutigen Drohungen, die sich hinter den Äußerungen gegenüber westlichen Staaten verbargen, zu verschleiern. Die polnischen Vertreter meinten wiederholt in verschiedenen Zusammenhängen, die Konzentration auf die deutschen Flüchtlinge erwecke den Eindruck, Deutschland werde für seine Politik belohnt. Um antisemitische Ausbrüche in Polen zu verhindern, so behauptete die polnische Seite, müsse das Problem der polnischen Juden ebenso erörtert werden wie das Problem der deut-

<sup>166</sup> JDC, Folder 793, Hyman an Bernhard Kahn, 14. 6. 1938, Hyman, Confidential Memorandum of the discussion with the Polish Ambassador, 9. 5. 1938.

<sup>167</sup> Melzer, *Polish Diplomacy*, S. 225.

<sup>168</sup> Der Begriff „akut“ erscheint bei dem amerikanischen Außenminister Hull in seiner Antwort an den polnischen Außenminister Beck sowie in der Antwort des Leiters der Europa-Abteilung des amerikanischen Außenministeriums, Moffat, an Botschafter Potocki am 19. 1. 1938; ebenda, S. 225.

<sup>169</sup> Tartakower/Grossmann, *Jewish Refugee*, S. 531.

schen Juden<sup>170</sup>. Dies war ein eindeutiges Ultimatum, das bei den westlichen Regierungen genau die gegenteilige Reaktion auslöste, d.h. den polnischen Forderungen wurde jegliche Grundlage entzogen<sup>171</sup>. Praktisch schreckten die polnischen Drohungen viele Staaten davon ab, Emigranten aus Polen aufzunehmen, deren Zahl daher von Jahr zu Jahr abnahm<sup>172</sup>. Neben den gescheiterten Versuchen Polens, die Diskussion des jüdischen Problems in Polen auf eine internationale Ebene zu heben und Erleichterungen zu erhalten, wie sie Deutschland im Bereich der Auswanderung gewährt wurden, strebte Polen nach einer Kooperation mit Deutschland in diesem Bereich. Deutschland ließ Polen gegenüber seine Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit bei der Suche nach Zielen für die jüdische Auswanderung erkennen, wie aus Gesprächen des polnischen Botschafters in Berlin, Jozef Lipski, mit Hitler und dem deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop im September und Oktober 1938 deutlich wird<sup>173</sup>. Letztlich wurde Polen aber ein Opfer der politischen Intrigen Deutschlands, das das polnische Interesse an der jüdischen Auswanderung als politisches Erpressungsmittel einsetzte. Die deutschen Andeutungen über eine mögliche Zusammenarbeit bei der Auswanderung als „Lösung der Judenfrage“ sollten Polens Bereitwilligkeit zu territorialen Verzicht in bezug auf Danzig wecken – und den polnischen Korridor –, an denen Deutschland interessiert war<sup>174</sup>. Genau zu dieser Zeit wies Deutschland Juden mit polnischer Staatsbürgerschaft aus dem Reichsgebiet aus – eine Mahnung an die polnische Seite, daß Deutschland das jüdische Problem in Polen verschärfen könne, wenn sich Polen nicht zu Kompromissen und diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland bereit zeigen wolle.

Somit ergibt sich, daß keine der an der Evian-Konferenz und den Entwicklungen im Umfeld beteiligten Seiten wirklich von doppelten Absichten frei war. Die amerikanische Regierung benutzte die Konferenz, um zu zeigen, daß sie sich für die deutschen Juden einsetzte, war jedoch gleichzeitig bemüht, sich den wachsenden Forderungen nach einer Anhebung der Einwanderungsquote zu entziehen<sup>175</sup>. Auch England und Frankreich sowie alle anderen Teilnehmer an der Konferenz, abgesehen von der Dominikanischen Republik, kamen nicht nach Evian, um wirkliche Konsequenzen zu ziehen. Die polnische Position galt als verzweifelt. Ähnlich lagen die Verhältnisse im Hinblick auf Rumänien und Ungarn: Diese Staaten hofften, mit vagen Androhungen möglicher antisemitischer Reaktionen die Konferenz dazu zu

<sup>170</sup> So im Gespräch des polnischen Außenministers Beck mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Warschau, Biddle, im August 1938, sowie im Gespräch zwischen dem polnischen Botschafter in den USA, Potocki, und Moffat am 19. 11. 1938, nach der Ausweisung polnischer Juden aus Deutschland: Melzer, *Polish Diplomacy*, S. 225. Neben dem Einsatz dieses Arguments in den außenpolitischen Beziehungen wies das polnische Außenministerium die Vertreter der nichtjüdischen Presse in Polen an, in den Zeitungen zu verbreiten, die polnische Regierung werden den Weg Deutschlands einschlagen, wenn sich keine adäquate Lösung im Bereich der Auswanderung finden ließe: ders., *No Way out*, S. 317f.

<sup>171</sup> So z.B. in Hulls Antwort an den polnischen Außenminister: ders., *Polish Diplomacy*, S. 225.

<sup>172</sup> Ders., *No Way out*, S. 316.

<sup>173</sup> Lipski, *Diplomat in Berlin*, S. 411f., 458.

<sup>174</sup> Melzer, *Polish Diplomacy*, S. 229.

<sup>175</sup> Yahil, *Holocaust*, S. 140; Bauer, *Jewish Reactions*, S. 34f.; ders., *Holocaust*, S. 79f.; ders., *Emergence from Powerlessness*, S. 8; Diner, *Auswanderung ohne Einwanderung*, S. 155.

bringen, auch das Problem ihrer jüdischen Bevölkerung zu erörtern. Die Konferenz erzielte keinerlei konkrete Ergebnisse. Mit Blick auf die Fortsetzung ihrer Arbeit aber beschloß die Konferenz, ein *Intergovernmental Committee on Refugees* zu gründen, das seinen Sitz in London nehmen und nach möglichen Zielländern für die jüdische Auswanderung suchen sollte.

Infolge der Zurückweisung der polnischen Forderung, das polnische Judentum in den Debatten der Evian-Konferenz zu berücksichtigen, wurde in Polen ein *Komitee für jüdische Siedlungsangelegenheiten* gegründet, das die jüdische Öffentlichkeit für die Auswanderung mobilisieren sollte<sup>176</sup>. Aufgabe des Komitees, in dem führende jüdische Persönlichkeiten wie Leon Levit, Yehoshua Gottlieb und Henryk Rosmarin saßen, war es, sich mit dem *Intergovernmental Committee on Refugees* in London in Verbindung zu setzen und dort deutlich zu machen, daß das polnische Judentum antisemitischer Gewalt ausgesetzt sein werde, wenn es nicht in der Arbeit des *Intergovernmental Committee on Refugees* berücksichtigt werde. Gleichzeitig wurde dem *Komitee für jüdische Siedlungsangelegenheiten* aufgelegt, in ganz Polen eine Spendensammlung zu organisieren und drei Millionen Zloty von der jüdischen Bevölkerung aufzubringen, die der Organisation jüdischer Auswanderung dienen sollten. Das Komitee stieß auf heftige Kritik in den Reihen der jüdischen Öffentlichkeit. Die Beteiligung von Zionisten an diesem Komitee, das ja Emigrationsländer als Alternative zu Palästina suchen sollte, führte auch zu Diskussionen innerhalb der zionistischen Bewegung. Darüber hinaus wurde die Zusammenarbeit mit einem Projekt der polnischen Regierung, die Gewalt gegen Juden nicht ablehnte, als schwerer Fehler kritisiert. Die vom Komitee durchgeführte Sammlung, die bereits in der ersten Woche eine Million Zloty einbrachte, drohte zudem andere Sammlungen, insbesondere der Zionisten, zu beeinträchtigen.

Auch der *Joint* widersetzte sich der Arbeit dieses Komitees, zum einen, weil es mit der *Federation of Polish Jews in America* zusammenarbeitete, also einer Organisation, die in ständiger Konkurrenz mit dem *Joint* stand, zum anderen, weil der *Joint* prinzipiell jeglichen Druck Polens in Auswanderungsfragen zurückwies. Mit dem Argument, in den Vereinigten Staaten gebe es keine wirklich konkreten Vorschläge für eine Aufnahme von Juden und diese Initiative gefährde daher die weitere Arbeit des *Joint* in Polen, konnte die Organisation den Besuch von Vertretern des Komitees in den USA verhindern. War diese Haltung nicht ein Ausdruck für das fehlende Interesse amerikanischer Juden an einer Massenimmigration von polnischen Juden, die ihren eigenen Status hätte gefährden können<sup>177</sup>? Die polnischen Juden und die Stellen, die sich mit ihren Angelegenheiten beschäftigten, zeigten sich keineswegs begeistert von der Arbeit des *Komitees für jüdische Siedlungsangelegenheiten*, ebensowenig wie von der Tätigkeit des *Intergovernmental Committee* in London.

Das *Intergovernmental Committee* in London setzte im Laufe der Jahre 1938–1939 die Arbeit an seinen Programmen fort. Unter der Leitung des amerikanischen Rechtsanwalts George Rublee pflegte das Komitee Kontakte nach Deutsch-

<sup>176</sup> Melzer, *No Way out*, S. 328–332.

<sup>177</sup> Im gesamten Verlauf der dreißiger Jahre distanzierte sich das amerikanische Judentum von dem extremen Wandel der amerikanischen Immigrationspolitik, auch im Hinblick auf die Immigration deutscher Juden: Ne'eman Arad, *Patriotismus*, S. 21 ff.

land<sup>178</sup>. Rublee formulierte während seiner Begegnungen mit dem deutschen Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht die Grundsätze eines Auswanderungsprogramms, das es den emigrierenden Juden gestattete, ein Viertel ihres Besitzes in Form des Exports deutscher Waren mit sich zu nehmen, während sie ihren restlichen Besitz zur Finanzierung des Unterhalts der Juden zurücklassen mußten, die vorerst noch in Deutschland blieben. Mancher wies auf die große Gefahr hin, die ein derartiges Programm mit sich brachte. Das *Jewish Labor Committee*, eine 1934 in New York gegründete Einrichtung, die eindeutig mit dem *Bund* affiliert war – sie vereinte jüdische Sozialisten zum Kampf gegen den Nationalsozialismus und unterstützte Organisationen, die sich für den Sturz des NS-Regimes einsetzten<sup>179</sup> –, erhob heftigen Einspruch gegen Rublees Entwurf. Ihre Nähe zum polnischen Judentum machte es der Organisation leicht, die Einflüsse eines derartigen Plans auf das Judentum in Osteuropa zu analysieren. Und so warnte sie:

„Das Programm impliziert die taktische, durch einen Teil des Judentums vorgenommene Anerkennung des Rechtes der deutschen Regierung, jüdischen Besitz zu konfiszieren. Es wird antisemitische Regierungen in anderen Ländern dazu bringen, ihre jüdische Bevölkerung so zu behandeln, wie Hitler die deutschen Juden behandelt. Dies wird die Rechte und Interessen von Millionen von Juden in Polen, Rumänien, Ungarn und anderen Ländern beeinträchtigen und sie der Gefahr aussetzen, Geiseln zu werden. Das Rublee-Programm wird den Boykott gegen Hitler-Deutschland zunichte machen und den Kampf der Bewegung der Arbeiter und Progressiven gegen Hitlerismus und Antisemitismus unterminieren.“<sup>180</sup>

Ein derartiges Programm, das Grundsätze der Zwangsemigration und der wirtschaftlichen Verdrängung umfaßte, war also gefährlich, da es einen negativen Präzedenzfall für osteuropäische Regierungen schuf, die ebenfalls einen Weg suchten, die jüdische Bevölkerung ihrer Länder zu vertreiben.

<sup>178</sup> Zum Charakter dieser Kontakte zwischen dem *Intergovernmental Committee* und NS-Deutschland siehe: Bauer, *Jews for Sale*, S. 32 ff. – Zum Verhältnis zwischen dem *Intergovernmental Committee* und NS-Deutschland siehe: Brechtken, *Madagaskar*, S. 195 f.

<sup>179</sup> Zum *Jewish Labor Committee* siehe: Jacobs, *Das jüdische Arbeiterkomitee*.

<sup>180</sup> LBI-N.Y., Max Kreuzberger Collection, AR 7183, Box 11, Folder 4, Adolf Held, Chairman of the Jewish Labor Committee on the Joint Distribution, 12. 7. 1939.



## VI. Zwischen Transfer-Abkommen und Boykott-Bewegung: Ein jüdisches Dilemma am Vorabend des Holocaust

### 1. Polnischer Aktivismus versus deutschen Rationalismus

In den Sommermonaten 1933 entwarfen die *Jewish Agency*, die *Zionistische Vereinigung für Deutschland* und das deutsche Wirtschaftsministerium ein Abkommen, das es Juden, die aus Deutschland nach Palästina emigrierten, ermöglichen sollte, einen Teil ihres Vermögens von Deutschland nach Palästina zu transferieren, und zwar mittels des Einkaufs deutscher Waren durch den Jeschuw und die Auszahlung des entsprechenden Betrages in der lokalen Währung Palästinas. Dieses sogenannte Transfer-Abkommen entsprach den Interessen aller an diesem Verfahren Beteiligten: den Interessen der deutschen Juden, der deutschen Wirtschaft und des jüdischen Jeschuw in Palästina. Zum Transfer-Abkommen liegt eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur vor<sup>1</sup>. Von Anfang an stieß das Transfer-Abkommen in der jüdischen Öffentlichkeit auf heftige Kritik. Die Verhandlungen zwischen Zionisten und Vertretern des NS-Regimes erweckten zunächst schon einmal prinzipiellen Widerwillen. Insbesondere aus dem Rückblick und im Wissen um die Ermordung der europäischen Juden erscheinen die Beziehungen zwischen den Zionisten und dem NS-Regime problematisch. Doch schon zum damaligen Zeitpunkt führten die Verhandlungen wie auch das Abkommen selbst zu tiefen Meinungsverschiedenheiten. Aus diesem Grunde verbarg die *Jewish Agency* bis 1935 ihre Beteiligung an dem Abkommen und versuchte, ihm den Charakter eines wirtschaftlichen Abkommens zwischen zwei privaten Körperschaften zu verleihen.

Eines der zentralen Ziele, das die deutschen Regierungstellen zu Verhandlungen mit den Zionisten veranlaßt hatte, war die Intention, die weltweite jüdische Boykottbewegung gegen deutsche Waren zu spalten<sup>2</sup>. Im nachhinein wird deutlich, daß der Einfluß des Boykotts auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den dreißiger Jahren nur sekundär war<sup>3</sup>. Doch den Zeitgenossen erschien der Boykott als eine wirkliche Bedrohung der deutschen Wirtschaft. Aus der Korrespondenz zwischen Heinrich Wolf, dem deutschen Konsul in Palästina, und dem deutschen Außenministerium ergibt sich, daß das Interesse, den Boykott zu unterlaufen, das Hauptmotiv der deutschen Regierungstellen für das Transfer-Abkommen war<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Ben-Elissar, *La Diplomatie*, S. 85–94; Feilchenfeld/Michaelis/Pinner, *Haavara-Transfer*; Barkai, *Haavara-Transfer Agreement*; Black, *Transfer Agreement*; Bauer, *Jews for Sale*, S. 5–29; Gelber, *Transfer Agreement* (17, 18); Yisraeli, *German Reich and Palestine*, S. 122–151.

<sup>2</sup> Yisraeli, *German Reich and Palestine*, S. 125 f., Bauer, *Jews for Sale*, S. 10.

<sup>3</sup> Barkai, *Haavara-Transfer Agreement*, S. 248.

<sup>4</sup> Gelber, *Transfer Agreement* (17), S. 117.

Angesichts des Mangels an genauen Informationen über die Rolle des Jeschuw in der weltweiten Boykottbewegung neigte mancher zu der Ansicht, der Unterzeichnung eines Vertrages mit den Repräsentanten des Marktes in Palästina werde ein entscheidendes Gewicht zukommen. Niemand zweifelte an der moralischen Bedeutung, die ein Verzicht auf den Boykott durch den Jeschuw für Juden in aller Welt haben werde.

Die jüdische Boykottbewegung gegen deutsche Waren war ein zentrales Element der Bemühungen internationaler jüdischer Organisationen für deutsche Juden. An der Bewegung hatten weite Sektoren des amerikanischen, französischen und britischen Judentums und die jüdische Öffentlichkeit in vielen anderen Ländern der Welt Anteil. Besonders stark war die jüdische Boykottbewegung in Polen. Dort wurde sie zum Höhepunkt der Aktivitäten gegen das nationalsozialistische Deutschland<sup>5</sup>. Deutsche Juden betrachteten diese Initiativen mit gemischten Gefühlen, weil sie fürchteten, deutsche Regierungsstellen könnten sich in ihrem Unmut darüber zu Maßnahmen veranlaßt sehen, die die Situation der jüdischen Bevölkerung weiter verschlechtern würden. Die Boykottbewegung wurde bisweilen als eine Bedrohung der Interessen der deutschen Juden begriffen, weil sie geeignet war, den deutschen Wirtschaftsboykott gegen Juden zu verschärfen.

Die Entwicklungen der dreißiger Jahre in Deutschland verknüpften das Schicksal der deutschen und polnischen Juden eng miteinander, denn beide Gruppen fühlten sich gleichermaßen von der NS-Politik bedroht. Während deutsche Juden jedoch gezwungen waren, sich dem Ende der jüdischen Emanzipation in Deutschland und dem zunehmenden Einfluß des neuen Regimes in allen ihren Lebensbereichen zu stellen, kämpften polnische Juden gegen die prinzipiellen und indirekten Auswirkungen, die die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland für die Stellung der Juden in ganz Europa und insbesondere in Polen hatte. Da die jüdische Öffentlichkeit in Deutschland sich nicht mit den gleichen Problemen konfrontiert sah, neigte sie dazu, politische Lösungen zu entwickeln, die sich von denen des polnischen Judentums unterschieden. Das Transfer-Abkommen und die Boykottbewegung standen somit für verschiedene, ja sogar widersprüchliche Ansätze, der neuen Realität in Deutschland nach 1933 zu begegnen. Den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern dieser Ansätze kommt daher eine grundsätzliche Bedeutung zu. Es handelte sich nicht um unterschiedliche Taktiken zur Erreichung eines Ziels, sondern um konsequente Verhaltensmuster, die aus verschiedenen Anschauungen vom Charakter des Nationalsozialismus und seines Antisemitismus sowie vom Wesen des jüdischen Lebens in der Diaspora resultierten. Das Transfer-Abkommen und der Wirtschaftsboykott reflektieren daher die unterschiedlichen historischen Erfahrungen des deutschen und polnischen Judentums und repräsentieren unterschiedliche politische Kulturen, die sich angesichts dieser unterschiedlichen Erfahrung formten.

Die dritte Komponente in diesem Dreieck war der Jeschuw in Palästina, der der wesentliche Nutznießer des Kapitaltransfers sein sollte. Die Gelder, die das Transfer-Abkommen in den Jeschuw bringen sollte, waren zum Aufbau einer wirtschaftlichen Infrastruktur bestimmt, die die weitere Aufnahme von Juden aus Deutschland ermöglichen sollte. Zwar war das Transfer-Abkommen durch das Bestreben

<sup>5</sup> Zur Boykottbewegung in Polen siehe: Melzer, *Economic Boycott*.

motiviert, den bedrängten deutschen Juden zu helfen, doch zeitweilige Beruhigung und Stabilisierung der Verhältnisse in Deutschland kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verstärkten die Bedeutung der rein wirtschaftlichen Erwägungen des Jeschuw. Seine Führung beschäftigte sich zunehmend mit den wirtschaftlichen Vorteilen, die aus der Zerstörung des jüdischen Lebens in Deutschland zu ziehen waren. Das Schwanken zwischen Kapitaltransfer und Boykott sowie die diesbezüglichen Erwägungen im Hinblick auf die Bedürfnisse des Jeschuw waren Zeichen eines ersten Dilemmas in einer langen Reihe ähnlich problematischer Situationen, denen die Führung des Jeschuw während der gesamten Zeit der Shoah gegenüberstehen sollte. Der Interessenkonflikt zwischen den Bedürfnissen des Jeschuw in Palästina und des jüdischen Volkes in der Diaspora brachte die zionistische Bewegung in ein Dilemma, das die Gründerväter des Zionismus nicht vorausgesehen hatten, wenn sie an eine absolute Entsprechung der Not von Juden in der Diaspora und der Lösung geglaubt hatten, die der Zionismus bringen werde.

Der Untergang des deutschen Judentums vollzog sich in einer Zeit, in der die zionistische Bewegung und die Führung des Jeschuw von einem internen politischen Kräftemessen zwischen der Arbeiterbewegung und dem Revisionismus stark in Anspruch genommen waren. Diese Auseinandersetzung ergriff alle jüdischen Lebensbereiche in Palästina und wirkte sich auch auf die politischen Kräfteverhältnisse des Judentums in der Diaspora aus, die die Zusammensetzung der zentralen zionistischen Institutionen prägten. Die Diskussion um die Alternativen – Boykott oder Transfer – fügte sich in die Auseinandersetzung zwischen Revisionisten und Arbeiterbewegung ein. Sie reflektierte eindrucksvoll die grundsätzlichen Standpunkte dieser beiden führenden zionistischen Strömungen im Hinblick auf den Charakter zionistischer Politik.

Die jüdische Wohlfahrtspolitik, die Emigration und die Siedlungsarbeit, die in den vorangehenden Kapiteln unserer Studie erörtert wurden, waren jüdische und zionistische Arbeitsbereiche, die schon vor dem Machtaufstieg der Nationalsozialisten existiert hatten. Hier verschoben sich infolge der politischen Ereignisse die Akzente, insgesamt jedoch blieben diese Bereiche auch weiterhin Teil der üblichen politischen Arbeit der jüdischen Gesellschaft. Kapitaltransfer und Boykott dagegen waren neue Aktionsformen, die als notwendige direkte Reaktion auf den Nationalsozialismus entstanden waren. Sie standen an der Wegkreuzung der Gegensätze zwischen polnischem und deutschem Judentum, zwischen Jeschuw und Diaspora, zwischen zionistischer Arbeiterbewegung und Revisionismus. Die Verflechtung der Motive und Erwägungen, der Widersprüche und Gegensätze zwischen diesen beiden Hauptalternativen sind von zentraler Bedeutung, denn an ihnen lassen sich die Irrungen und Wirrungen und die Begrenztheit des jüdischen politischen Handelns während des Holocaust überhaupt ausmachen.

In den Jahren vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten war Polen das wichtigste Exportland für deutsche Waren. Dies lag zum einen an der geographischen Nähe Polens zu Deutschland, zum anderen aber auch an der Bereitschaft der deutschen Händler, die deutschen Waren den polnischen Marktbedingungen anzupassen. Polnischen Statistiken zufolge betrug der Umfang des deutschen Exports nach Polen im Jahre 1932 ein Fünftel des polnischen Gesamtimports. Die zentrale Bedeutung der Boykottbewegung in Polen ergab sich aus der entscheidenden Rolle, die Juden im Handelssektor in diesem Land spielten. Es waren die jüdischen Wirt-

schaftsorganisationen, insbesondere der jüdische Händlerverband, die hinter der Initiative zur Organisation eines Boykotts in Polen standen. Sie waren für die intensive Werbekampagne verantwortlich, durch die breite Kreise der jüdischen Öffentlichkeit für die Durchführung des Boykotts gewonnen werden sollten. Dem ging eine intensive Suche nach alternativen Bezugsquellen für die aus Deutschland bezogenen Waren voraus, um keine Engpässe entstehen zu lassen. Mitte 1934 umfaßte die jüdische Boykottorganisation nahezu zweihundert Ortskomitees, die sich mit der Propaganda gegen das nationalsozialistische Deutschland, der Kontrolle deutscher Waren in Polen und der gerichtlichen Verfolgung der Boykottbrecher befaßten<sup>6</sup>. Während des Boykotts in den Jahren 1933–1935 sank der Umfang des deutschen Exports nach Polen von 173 Millionen Zloty im Jahre 1932 auf 146 Millionen Zloty im Jahre 1933 und 108 Millionen Zloty 1934<sup>7</sup>, während der Gesamtumfang der polnischen Importe zunahm. Die jüdische Boykottbewegung konnte hier also durchaus einen Erfolg für sich verbuchen.

Die Bewegung in Polen arbeitete Seite an Seite mit dem *Vereinigten jüdischen Hilfskomitee für Flüchtlinge aus Deutschland* im Rahmen des *Vereinigten jüdischen Komitees zum Kampf gegen die Verfolgung von Juden in Deutschland*<sup>8</sup>. Praktisch fügten sich diese Aktivitäten in die osteuropäische Tradition des wirtschaftlichen Kampfes als legitimes Mittel in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen. Seit dem 17. Jahrhundert hatte es in den polnischen Gebieten einen harten Konkurrenzkampf zwischen Juden und urbaner Bevölkerung gegeben<sup>9</sup>. Angesichts des Fehlens eines zentralisierten polnischen Nationalstaates entwickelten sich die Konflikte zwischen den verschiedenen nationalen Minderheiten zu wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfen, deren Ziel es war, die Wirtschaftskraft der jeweils anderen Minderheit zu brechen. Polnische Juden waren seit dem 19. Jahrhundert und insbesondere unmittelbar vor und nach dem Ersten Weltkrieg beständige Opfer polnischer Boykottpolitik im wirtschaftlichen Bereich<sup>10</sup>.

Obwohl es sich bei der jüdischen Boykottorganisation um einen politischen Akt von in jeder Hinsicht säkularem Charakter handelte, hatten diese Boykottaktivitäten und -komitees doch besondere Merkmale, die sie mit dem traditionellen Judentum im allgemeinen und insbesondere mit dem polnischen Judentum verbanden. So führten die Boykottkomitees einen Großteil ihrer Sitzungen in Synagogen durch<sup>11</sup>. Darüber hinaus unternahmen sie größte Anstrengungen, um die Unterstützung der Rabbiner zu erlangen, in der Hoffnung, deren Predigten gegen den Kauf deutscher Waren könnten einen wesentlichen Einfluß auf die jüdische Öff-

<sup>6</sup> Zur Organisation dieser Komitees und ihrer Arbeitsweise siehe: CZA, A127/140, Wolkowicz, Bericht des Vereinigten Comités Warschau vor dem jüdischen Weltkongreß in Genf 20.–23. 8. 1934.

<sup>7</sup> Melzer, *Economic Boycott*, S. 157. – Statistiken, die aufgrund von Angaben des Zentralen polnischen Statistischen Büros aufgestellt wurden, zeigen, daß zwischen März und August 1933 der deutsche Export nach Polen um 20% zurückging. Der Anteil Deutschlands unter den nach Polen exportierenden Ländern sank in jenen Monaten von 22% auf 14%. – Liberman, *Boycottage Économique*, S. 19, 21 f.

<sup>8</sup> Melzer, *Economic Boycott*, S. 153.

<sup>9</sup> Weinryb, *Jewish History in Poland*, S. 131–152; Balaban, *Jews in Poland*; Schipper, *Economic History*.

<sup>10</sup> Gutman, *Polish Antisemitism*; Golczewski, *Polnisch-jüdische Beziehungen*, S. 101 ff.

<sup>11</sup> PAAA, R 99532, Deutsche Botschaft in Warschau an das Auswärtige Amt, 22. 4. 1935.

fentlichkeit ausüben<sup>12</sup>. Das deutsche Außenministerium, das über die Auswirkungen der Boykottbewegung besorgt war, glaubte an einen nahezu magischen Einfluß der Rabbiner auf die Bewegung. Das deutsche Konsulat in Großwardein (Rumänien) berichtete, die jüdischen Geschäftsleute und Betriebsleiter hätten vor dem Ortsrabbiner einen geheimen Eid unbekannten Inhalts abgelegt, der aber ziemlich sicher den Boykott deutscher Waren und die Verpflichtung, nur jüdische Arbeiter und Gehilfen zu beschäftigen, zum Gegenstand habe<sup>13</sup>. Diese und andere Informationen sowie stereotype Ansichten von der religiösen Loyalität osteuropäischer Juden führten zu grundsätzlichen Annahmen über die zentrale Rolle der Rabbiner in der Boykottbewegung, wie etwa in folgendem Bericht des deutschen Außenministeriums:

„Man muß unterstreichen, daß in westlichen Ländern die Rabbiner keine Wirkung auf die jüdische Masse haben, denn dort sind die Juden assimiliert und legen keinen großen Wert auf das, was der Rabbiner ihnen predigt. Ganz anders ist die Lage im Osten, wo der Jude dem Rabbiner fest glaubt, und wo der Rabbiner einen großen Einfluß sogar auf sein Privatleben hat. Und gerade weil die Rabbiner so große Macht auf die Juden ausüben, hat der Boykott so scharfe Formen annehmen können.“<sup>14</sup>

Da die deutschen Behörden den Einfluß der Rabbiner auf die Boykottbewegung in Polen so hoch ansetzten, schickten sie Rabbiner Esriel Hildesheimer aus der Führung der deutschen Orthodoxie nach Warschau, um die jüdischen Händler zu einer Aufgabe des Boykotts zu bewegen<sup>15</sup>. Das Ende dieser Reise erfahren wir in der Darstellung Zalman Rubashovs (Shazar), der erzählt, daß „die Juden Warschaus gut daran taten, daß sie Rabbiner Hildesheimer auf den Schultern aus der Synagoge trugen und ihn aufforderten, nach Hause zurückzukehren“<sup>16</sup>.

Außer der traditionellen Führungsrolle, die die Rabbiner in der Boykottbewegung zu übernehmen geneigt waren, wiesen verschiedene Verfahrensweisen auf die Existenz traditioneller religiöser Verhaltensmuster, die den Charakter der politischen Arbeit der polnischen Juden beeinflussten. Die deutsche Botschaft in Warschau berichtete, daß bei einer Tagung der jüdischen Boykottbewegung in London 1934 die jüdischen Vertreter aus Polen den Vorschlag eingebracht hätten, jüdische Boykottbrecher dem jüdischen Gericht zu überantworten. Sollte sich ihre Schuld erweisen, so sollten ihre Namen auf einer von Zeit zu Zeit aktuell veröffentlichten Schwarzen Liste erscheinen, womit ihnen die Teilnahme an jüdischen Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisationen sowie an der Gemeindeleitung versagt bliebe<sup>17</sup>. Die Botschaft berichtete auch über Drohungen und Kreditverweigerungen gegenüber Boykottbrechern<sup>18</sup>. Die Berichte des deutschen Außenministeriums weisen auf die große Verlegenheit hin, in der sich die deutschen Regierungsbehörden den polnischen Juden gegenüber befanden. Es scheint, daß die deutschen Behörden

<sup>12</sup> PAAA, R 99532, Anschrift zu J. Nr 821/34.

<sup>13</sup> BAP, 09.03, Konsulat Temesvar Akt. 99, Deutsches Konsulat Großwardein an das deutsche Konsulat Temesvar, 21. 9. 1934.

<sup>14</sup> PAAA, R 99532, Deutsche Botschaft Warschau an das Auswärtige Amt Berlin, 22. 4. 1935.

<sup>15</sup> Eldar, Begegnung, S. 55.

<sup>16</sup> LI, Rubashov, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, 5.

<sup>17</sup> PAAA, R 99532, Deutsche Botschaft Warschau an das Auswärtige Amt, 27. 11. 1934.

<sup>18</sup> Ebenda; Melzer, Economic Boycott, S. 159.

nicht darauf vorbereitet, ja geradezu unfähig waren, sich mit einer jüdischen Öffentlichkeit auseinanderzusetzen, die sich in ihrem Wesen so stark von dem ihnen bekannten Judentum in Deutschland unterschied. In Deutschland kamen sie mit den jüdischen Gemeinden und Organisationen – also mit direkter oder indirekter Zustimmung der deutsch-jüdischen Öffentlichkeit gewählten Körperschaften – in einem Rahmen ins Gespräch, dessen Verfahrens- und Verhandlungsregeln beiden Seiten bekannt waren. In Polen dagegen stießen sie auf traditionelle Autoritäten, die sich auf verinnerlichte jüdisch-religiöse Werte stützten, Autoritäten, deren Einfluß und Aufgabe eine kollektive Repräsentation weit überschritten und die sich auf verschiedene Art und Weise auf das politische Handeln der allgemeinen Öffentlichkeit auswirkten. Infolge der fehlenden Vertrautheit mit der jüdischen Religion und unter dem Einfluß anti-jüdischer stereotyper Anschauungen gingen die deutschen Behörden von einer übertriebenen Rolle der religiösen Führung des Judentums in Polen aus.

Doch auch wenn man von dem stereotypen deutschen Blickwinkel einmal abseht, so agierten die Boykottkomitees in Polen zweifellos in einer jüdischen Öffentlichkeit, die ihrem Selbstverständnis nach in der Lage zu sein glaubte, Sanktionen verhängen zu können. So erklärte die *Agudat Israel* auf ihrer Fünften Landeskonferenz in Polen im Januar 1934 den Boykottbruch zum „schweren Verrat an den lebensnotwendigen Interessen des Judentums“<sup>19</sup>. Das Boykottkomitee in Kielce rief jüdische Firmen, die deutsche Produkte verkauften, auf, nicht die jüdische Solidarität zu brechen, und drohte ihnen, wenn sie diesem Aufruf nicht folgen würden, sei das Boykottkomitee gezwungen, sich an die jüdische Öffentlichkeit zu wenden, die ohne Zweifel jene Einzelpersonen verurteilen werde, „die den persönlichen Gewinn über die (lebenswichtigen) Interessen des verfolgten jüdischen Volkes stellten“<sup>20</sup>. Das *Vereinigte jüdische Komitee zum Kampf gegen die Verfolgung von Juden in Deutschland* in Bialystok verhängte sogar Geldstrafen über Boykottbrecher, wodurch nicht unwesentliche Summen eingenommen wurden<sup>21</sup>. Es handelte sich hier um ein innerjüdisches Gerichtswesen, das nach einem innerjüdischen moralischen Code und kraft gesellschaftlicher Sanktionen wirkte, deren Gewicht in jeder Gesellschaft, insbesondere jedoch in einer traditionellen Gesellschaft, hoch anzusetzen ist.

Obwohl sich die Boykottbewegung eigentlich für die deutschen Juden einsetzen wollte, stand ihre Arbeit letztlich im Gegensatz zu deren Interessen. Schon zu Beginn der Organisation des Boykotts übten die NS-Behörden Druck auf die jüdische Führung in Deutschland aus und brachte sie dazu, die Boykottarbeit einzuschränken. Rabbiner Hildesheimer aus der Führung der Austrittsorthodoxie war nicht der einzige, der von deutschen Behörden veranlaßt wurde, nach Polen zu reisen, um gegen den Boykott aufzutreten. Kurt Blumenfeld, der Vorsitzende der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland*, berichtete über seine Versuche, Massenversammlungen in Polen durch Interventionen bei den jüdischen Führungsgrêmien in Krakau,

<sup>19</sup> Melzer, *Economic Boycott*, S. 158.

<sup>20</sup> *Haynt*, 1. 10. 1934.

<sup>21</sup> CZA, L 13/32, *Vereinigtjes Jüdisches Komitee zum Kampf gegen die Verfolgung von Juden in Deutschland* in Bialystok an das Zentralbüro der *Jewish Agency* für die Siedlung deutscher Juden in Eretz Israel, 28. 10. 1934.

Warschau und Lemberg zu verhindern<sup>22</sup>. Auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der *Histadrut*, dem jüdischen Arbeitnehmer-Verband in Palästina, trug Moshe Beilinson – einer der führenden Sprecher der Arbeiterbewegung in Eretz Israel und Korrespondent der Gewerkschaftszeitung *Davar* in Deutschland – seine Eindrücke von einer umfassenden Besichtigungsreise vor. Beilinson meinte, die deutschen Juden, sowohl der gesetzzestreue Jude als auch das Mitglied des *Central Vereins*, seien für den Boykott. Alle Juden haßten das NS-Regime und das deutsche Volk. Ein derartiges Phänomen habe man selbst in Rußland zur Zeit des Zarenregimes nicht gesehen<sup>23</sup>. Ob Beilinsons Eindrücke wirklich der Realität entsprachen, muß allerdings bezweifelt werden. Unter den deutschen Juden keimte der Verdacht auf, daß der Boykott den Wirtschaftsboykott gegen Juden in Deutschland verschärfen könnte. Insbesondere innerhalb der zionistischen Lagers disanzierten sich viele von dem Boykott, da sie davon ausgingen, er könne die Position der Zionisten in Deutschland schwächen und ihre Aktionsfreiheit einschränken. Im Frühjahr 1933 wandte sich die zionistische Führung in England nach einer Begegnung mit leitenden Kräften des deutschen Judentums gegen die Beteiligung an der Boykottbewegung. Sie appellierte an einflußreiche Persönlichkeiten anderer jüdischer Gruppen mit der Bitte, den Boykott nicht in öffentlichen Stellungnahmen zu unterstützen<sup>24</sup>. Kurt Blumenfeld erklärte auf der Sitzung des Exekutivkomitees der *Histadrut* im Oktober 1933 entschieden, daß der Boykott den deutschen Juden schade und ihnen nichts Gutes bringe<sup>25</sup>.

Analog zu der Sorge, die Boykottbewegung könne die deutsche Regierung zu wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die deutschen Juden veranlassen, glaubte mancher, das Transfer-Abkommen könne die Position der Juden in Polen gefährden. Das Abkommen, so fürchteten die jüdischen Führungsgruppen, könnte ein Muster für alle jene werden, die nach Wegen suchten, die jüdische Bevölkerung aus ihren Ländern zu vertreiben.

Auf der Tagung des Jüdischen Weltkongresses in Genf im September 1933 kam es zu einer direkten Konfrontation zwischen den Vertretern der verschiedenen Positionen. Die Vertreter des polnischen Judentums wollten an dem Boykott festhalten und lehnten das Transfer-Abkommen ab. Der damalige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Warschau, E. Mazur von der *Agudat Israel*, verlas eine Petition seiner Gemeinde, in der es hieß, die polnischen Juden würden nicht eher schweigen, bis daß die deutschen Juden ihre volle bürgerliche Gleichberechtigung zurückerhalten hätten<sup>26</sup>. Noch schärfere Worte fand das Mitglied der polnischen Delegation, Ch. Rasner:

„Es handelt sich nicht nur um die deutschen Juden, denn der Hitlerismus droht nach anderen Ländern überzugreifen. [...] Die polnischen Faschisten beginnen bereits, die Lehren und Gebote des Hitlerismus zu übernehmen. Die deutschen Juden sind ganz hilflos und bitten uns

<sup>22</sup> BAK, R 43II/600, Blumenfeld an Oberregierungsrat Sommerfeldt, Preußisches Ministerium des Innern, 27. 2. 1933.

<sup>23</sup> LI, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 14. 7. 1933.

<sup>24</sup> Gelber, Transfer Agreement (17), S. 102, 106.

<sup>25</sup> LI, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 2. 10. 1933, 8.

<sup>26</sup> Protocole II, E. Mazur, S. 67.

dauernd, still zu sein, um es nicht noch ärger werden zu lassen. Aber welcher Arzt fragt den Kranken, mit welchen Mitteln er geheilt werden will. [...]“<sup>27</sup>

Rasniers Äußerungen belegen den absoluten Rollenwechsel, der sich zwischen dem Judentum des Westens und dem des Ostens vollzogen hatte. Das deutsche Judentum als hilfloser Patient und das polnische Judentum als helfender Arzt – das sind Bilder, die ein Jahr zuvor undenkbar gewesen wären. In der Vergangenheit waren es die Juden des Westens gewesen, die am Krankenbett des osteuropäischen Judentums gegen den virulenten, gewalttätigen Antisemitismus Hilfe geleistet hatten. Der Kampf der Juden im Westen für die Gleichberechtigung der Juden in Osteuropa hatte seine Wurzeln sicherlich auch in eigennützigen Motiven gehabt, hatten sie doch ein starkes Interesse an der Beseitigung jeglicher Diskriminierung von Juden, da sie fürchteten, allein die Existenz derartiger Diskriminierungen irgendwo auf der Welt könnte weithin als Modell dienen und auf die Situation von Juden in den Ländern zurückwirken, in denen die volle Gleichberechtigung bereits erreicht war. Der hartnäckige Kampf der polnischen Juden für die Wiederherstellung der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden in Deutschland und in diesem Zusammenhang ihr Widerstand gegen das Transfer-Abkommen waren nichts anderes als die Wiederkehr dieser traditionellen westlich-jüdischen Positionen, denen zufolge der Antisemitismus in einem Teil der Welt das Leben von Juden in jedem anderen Teil gefährden konnte, insbesondere bei benachbarten Ländern – wie Polen und Deutschland.

Die Befürchtung der polnischen Juden, das Transfer-Abkommen könne für die polnische Regierung ein Exempel bilden, hatte eine gewisse Berechtigung. Polen hatte sich bereits an derartigen Abkommen versucht: Im Rahmen der Emigration aus Polen nach Palästina Mitte der zwanziger Jahre (4. Aliyah) wurden finanzielle Regelungen nach einem ähnlichen Prinzip getroffen, wie es dem Transfer-Abkommen zugrunde lag. Die polnischen Auswanderer übertrugen ihren Besitz einer Institution, die in der Finanzierung des Exports nach Palästina tätig war, während die Anglo-Palestine Bank diese Summen den Immigranten in Palästina gutschrieb<sup>28</sup>. In den dreißiger Jahren war Polen fieberhaft auf der Suche nach Lösungen für sein demographisches Problem. Das Transfer-Abkommen wurde unter diesen Umständen zum Beispiel für antijüdische Kreise in Osteuropa. In Polen, wo sich in diesen Jahren die Meinung verfestigt hatte, die einzige Lösung für das demographische Problem sei die Auswanderung der jüdischen Bevölkerung, stieß das Transfer-Programm auf großes Interesse. Dies war einer der Gründe für den starken Widerstand gegen das Abkommen in den Reihen polnischer Juden.

Die gesellschaftliche Struktur und die wirtschaftliche Lage der polnischen Juden Mitte der dreißiger Jahre unterschieden sich grundlegend von den Verhältnissen der deutschen Juden. Obwohl das deutsche Judentum durch die Machtübernahme der NSDAP schwer erschüttert worden war, handelte es sich doch im Grunde um eine etablierte und wohlhabende Bevölkerungsgruppe. Das den deutschen Juden zur Verfügung stehende Vermögen war die Basis, auf der das Transfer-Abkommen beruhte. Der Wunsch, dieses Vermögen zu retten, war der *Jewish Agency* und den jüdischen Vermögensbesitzern gemeinsam. Durch dieses Kapital – so wurde den

<sup>27</sup> Ebenda, Ch. Rasner, S. 68.

<sup>28</sup> Halevi, *Economic Development*, S. 20f.



deutschen Behörden versprochen – könne die Basis für eine Aufnahme großen Stils deutscher Juden in Palästina gelegt werden<sup>29</sup>. Das Transfer-Abkommen, wie es zwischen Deutschland und der *Jewish Agency* ausgehandelt wurde, stellte eine Lösung für die etablierten Schichten des deutschen Judentums dar, die dadurch einen Teil ihres Vermögens retten und auf der Basis von Einwanderungszertifikaten für Kapitalbesitzer nach Palästina einwandern konnten<sup>30</sup>. Die Lebensbedingungen der zurückgebliebenen Juden verbesserte das Abkommen jedoch nicht. Auch ist offen, wie viele von ihnen aufgrund der indirekten Wirkungen des Abkommens nach Palästina emigrieren konnten. Angesichts der sozialen Struktur des polnischen Judentums ist anzunehmen, daß ein derartiges Abkommen den Bedürfnissen der jüdischen Bevölkerung in Polen nicht entsprochen hätte<sup>31</sup>.

Auch außerhalb Polens wurden Auswirkungen des Transfer-Abkommens auf das polnische Judentum befürchtet. Yitzchak Grünbaum, der Vertreter des polnischen Judentums im Jeschuw, wandte sich voller Sorge an Nahum Goldmann und berichtete über Meinungsverschiedenheiten, die er diesbezüglich mit David Ben-Gurion gehabt hatte. Er habe in der prinzipiellen Auseinandersetzung auf die Katastrophe hingewiesen, die den Juden durch eine Ausweitung des Transfer-Abkommens auf Länder drohen würde, die auf Hitlers Taten blickten und sähen, wie er die jüdische Bevölkerung erfolgreich vertreiben und sie dabei noch vor den Wagen der deutschen Industrie und des Handels spannen könne. Noch sei keine Entscheidung gefallen. Man müsse gegen die Hitler-Regierung kämpfen. Aber in Eretz Israel sei dieser Kampf aufgegeben worden. Werde der Jeschuw denn nicht gegen die Wiederaufnahme Deutschlands in den Völkerbund protestieren? Werde der Jeschuw nicht verlangen, daß Deutschland eine Verpflichtung zur Einhaltung des Minderheitenvertrages unterzeichne, nachdem es verkündet habe, die Juden seien eine nationale Minderheit? Er, Grünbaum, wisse, daß die Bedingungen hierfür nicht gerade günstig seien, aber dies befreie nicht von der Verpflichtung, solche Schritte zu unternehmen. Er hege keinen Zweifel, daß allein diese Forderung Deutschland dazu zwingen werde, seine Maßnahmen einzuschränken. Flucht und Regelung des Exodus könnten die Verfolgung nur begünstigen und die Länder in Osteuropa zu dem Versuch verführen, auf dieselbe Art und Weise ihre Juden zu vertreiben. In Polen scheine es anzufangen: Dort nehme der Terror wieder zu<sup>32</sup>.

Grünbaum distanzierte sich 1935 vom Transfer-Abkommen, weil er in ihm die Bereitschaft des Judentums zu erkennen glaubte, eine Vertreibung von Juden zu akzeptieren, also einem Exodus, wie er es nannte, zuzustimmen. Während er sich dem Abkommen aus der Befürchtung heraus widersetzte, es könne für die Regime in Osteuropa und insbesondere in Polen zum Wegweiser für einen Exodus der Juden

<sup>29</sup> Gelber, *Transfer Agreement* (18), S. 39.

<sup>30</sup> Zirka 20 000 deutschen Juden gelang die Einwanderung nach Palästina mit ihrem Vermögen. Dies waren 37% aller Emigranten aus Deutschland nach der Machtübernahme Hitlers; Bauer, *Jews for Sale*, S. 10.

<sup>31</sup> Diner, *Auswanderung ohne Einwanderung*, S. 153.

<sup>32</sup> CZA, L 22/201, 2. 7. 1935. Eine weitere Auseinandersetzung zwischen Grünbaum und Ben-Gurion wurde auf der Sitzung der Führung der *Jewish Agency* am 13. 11. 1935 ausgetragen. Grünbaum meinte, neben dem Transfer-Abkommen müsse man den Nationalsozialismus bekämpfen, um seinen ansteckenden Einfluß einzudämmen. Dies stieß auf heftige Kritik vonseiten Sharets und Ben-Gurions, die keinerlei Möglichkeit sahen, den Nationalsozialismus effektiv zu bekämpfen. CZA, Führung der *Jewish Agency*, 23. 11. 1935.

werden, setzte sich mancher aus eben diesem Grunde für das Abkommen ein. Margulies, der Beauftragte der Anglo-Palestine-Bank für die Ha'awarah-Gesellschaft in Palästina, reagierte entrüstet auf die zögerliche Haltung der Zionisten hinsichtlich des Transfer-Abkommens. In einem scharfen Brief an Arthur Rupp, den Leiter der deutschen Abteilung der *Jewish Agency*, schrieb Margulies, zum ersten Mal sei die von Herzl vorhergesehene Situation eingetreten – der Zusammenbruch der Diaspora. Und zum ersten Mal habe der Zionismus die Chance, die Vision Herzls von der Aufhebung der Diaspora in vollem Umfange zu verwirklichen. Doch die Zionisten habe sich für diese Aufgabe als nicht gewappnet erwiesen. Der Herzlsche Zionismus, der von der These ausgegangen sei, alle Völker seien antisemitisch, habe sich die Aufgabe gestellt, den Exodus vorzubereiten, damit die Bewegung im rechten Augenblick bereit sei. Nun sei die Stunde gekommen, das Handeln der Zionisten bleibe aber darauf beschränkt, wegen der Verwirklichung ihrer Vision zu „schmollen“<sup>33</sup>.

Grünbaum hingegen sollte sich erst 1936 überzeugen lassen, daß es keinen anderen Ausweg als die Emigration zur Lösung des Problems der Juden in Polen gab<sup>34</sup>. Er erklärte jedoch auch dann noch, es sei kein Widerspruch, die wirtschaftlich-strukturelle Notwendigkeit der Auswanderung der Juden aus Polen zu erkennen und gleichzeitig an dem Kampf um die bürgerliche Gleichberechtigung in diesem Land festzuhalten. Aber auch hier wandelte sich Grünbaums Position und führte ihn letztlich zur Einsicht, Polen zu verlassen sei eine Notwendigkeit.

Ein weiterer überzeugter Befürworter einer jüdischen Massenauswanderung aus Polen war der Leiter der revisionistischen Bewegung, Wladimir Ze'ev Jabotinsky. Er hatte, wie erwähnt, Mitte der dreißiger Jahre ein Evakuierungsprogramm entworfen, in der Hoffnung, Polen würde die britische Mandatsregierung zu einer Veränderung ihrer Einwanderungspolitik nach Palästina veranlassen können<sup>35</sup>. Jabotinsky widersetzte sich entschieden dem Transfer-Abkommen und war einer der führenden Männer der Boykottbewegung. Das Transfer-Abkommen entsprach den Vorstellungen der *Mapai* [Arbeiterpartei in Eretz Israel], die eine kontrollierte, allmähliche Einwanderung nach Palästina unterstützte, bei der die Relation zwischen den finanziellen Mitteln im Jeschuw und der Zahl der Einwanderer, also zwischen der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Marktes und der Immigration, gewahrt bleiben sollte. Jabotinskys Evakuierungsprogramm hatte unter diesen Umständen keine Chancen: Die britische Mandatsregierung widersetzte sich einer jüdischen Masseneinwanderung, gleiches galt für die *Mapai* – die politisch dominierende Kraft im Jeschuw in Palästina. Jabotinsky verstand die Ablehnung seines Evakuierungsprogrammes als weiteren Ausdruck für die Versuche der *Mapai*, die Einwanderung der unteren Mittelklassen nach Palästina einzuschränken, um den intendierten Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Palästina nicht zu gefährden<sup>36</sup>.

Angesichts der wirtschaftlichen Notlage der polnischen Juden stellte der Boykott für die jüdischen Händler ein nicht zu unterschätzendes materielles Opfer dar.

<sup>33</sup> Bei Gelber, *Transfer Agreement* (18), S. 43.

<sup>34</sup> Grünbaum, *Evacuation*.

<sup>35</sup> Shavit, *Jabotinsky*, S. 220f.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 338.

Doch zu den Initiatoren der Boykottbewegung in Polen gehörte gerade der jüdische Handelsverband, ein an sich schon erstaunliches Phänomen angesichts der Tatsache, daß allein das Prinzip eines Boykotts dem wirtschaftlichen Handelsdenken völlig fremd sein mußte. Zalman Rubashov (Shazar) sah in der Bereitschaft jüdischer Händler, im Kampf gegen den Nationalsozialismus auch allen wirtschaftlichen Profiterwägungen zuwider zu handeln, ein Zeichen für eine „echte nationale Reaktion“.

Letztlich jedoch wurden die Initiatoren des Wirtschaftsboykotts zu den eigentlich Geschädigten. Aus nationalsozialistischer Perspektive entlarvte sich in der jüdischen Organisation des Boykotts die mythologische „jüdische Weltverschwörung“, vor der die NS-Ideologen seit Jahren gewarnt hatten<sup>37</sup>. Die NS-Führung war über den Boykott stark beunruhigt und keineswegs in der Lage, die Schäden, die der Boykott der deutschen Wirtschaft zufügen konnte und die letztlich äußerst begrenzt blieben, real einzuschätzen. Der in osteuropäischen Staaten übliche wirtschaftliche Antisemitismus sah in der jüdischen Boykottbewegung eine Möglichkeit, die Diskussion um die zentrale Rolle von Juden in der Wirtschaft und in erster Linie im Handel wieder aufzunehmen. Die deutsche Presse berichtete 1933 über die Entrüstung von Regierung und Wirtschaftskreisen in Litauen über den Boykott, den jüdische Händler dort über deutsche Waren verhängt hatten. Diesen Berichten zufolge war der litauische Handelsverband entschlossen, in einer Kampagne gegen die dominierende Position von Juden in der litauischen Wirtschaft vorzugehen<sup>38</sup>. In Rumänien beabsichtigte das deutsche Konsulat, die deutsche Minderheit einzusetzen, um eine antijüdische Boykottbewegung aufzubauen<sup>39</sup>. Und auch aus Polen trafen Informationen über einen Wirtschaftsboykott gegen jüdische Händler in ländlichen Regionen Polens ein<sup>40</sup>. Dieser erreichte in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre besorgniserregende Dimensionen und griff auf viele Städte und Ortschaften Polens über. Er wurde von vielen Lokalbehörden unterstützt, während die Zentralregierung sich in wohlwollender Neutralität zurückhielt<sup>41</sup>.

Ob nun eine direkte Verbindung zwischen dem jüdischen Boykott deutscher Waren und dem Wirtschaftsboykott gegen Juden bestand, oder ob es allein die nationalsozialistische Propaganda war, die dies zu ihren Zwecken behauptete, in jedem Falle forderte der antideutsche Boykott von allen Teilnehmern harte Opfer. Die Gerüchte und Informationen über ein bevorstehendes Wirtschaftsabkommen zwischen NS-Deutschland und dem Jeschuw unter der Schirmherrschaft der *Jewish Agency* waren daher für die Initiatoren und Teilnehmer des Boykotts ein schwerer moralischer Schlag. Als erste Einzelheiten des Abkommens öffentlich bekannt wurden, ließen sich jüdische Händler kaum noch davon überzeugen, sich der Boykott-

<sup>37</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 45f. Zum Verhältnis von Mythos und Realität in der Rezeption des anti-nationalsozialistischen Boykotts siehe: Weiss, *Projektionen*.

<sup>38</sup> GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 856, Nr. 201. – Ein anderes Bild ergibt sich aus dem Bericht der deutschen Botschaft in Litauen, nach dem die litauischen Regierungsbehörden sich weigerten, gegen den Boykott vorzugehen, solange die deutsche Presse ihre Beziehung zu Litauen nicht verbessere: PAAA, R 99530, Deutsche Gesandtschaft in Litauen an das Auswärtige Amt, 19. 4. 1934.

<sup>39</sup> BAP, 09.03, Konsulat Temesvar Akt. 98, Deutsches Konsulat in Temesvar an das Auswärtige Amt, 27. 5. 1933.

<sup>40</sup> PAAA, R. 100 210, Deutsches Nachrichtenbüro, 29. 1. 1936.

<sup>41</sup> Melzer, *No Way out*, S. 43f.

bewegung anzuschließen und die damit einhergehenden großen wirtschaftlichen Risiken auf sich zu nehmen. Das Transfer-Abkommen entzog den an die ohnehin armen polnischen Juden gestellten Forderungen eines wirtschaftlichen Opfers die moralische Grundlage. Das deutsche Außenministerium verfolgte mit großer Aufmerksamkeit den Interessengegensatz zwischen deutschen und polnischen Juden. So berichtete z. B. der deutsche Botschafter in Warschau über den Druck, der auf die Boykottkomitees ausgeübt werde, die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel einheimischen polnischen Juden zuzuleiten, und nicht, wie üblich, jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland zukommen zu lassen<sup>42</sup>. Darüber hinaus konnte die deutsche Botschaft berichten, ein jüdischer Bankier in Warschau hätte in jüdischen Kreisen die Ansicht verbreitet, der Boykott verschärfe die ohnehin schwierige wirtschaftliche Situation der jüdischen Massen in den meisten Ländern, weshalb er schrittweise eingestellt werden müsse<sup>43</sup>.

Offizielle deutsche Stellen suchten aufmerksam nach jedem Anzeichen für mögliche Risse in der Boykottbewegung. Eigentliches Zentrum dieser Bewegung waren die Vereinigten Staaten. Ihren Anfang hatte die Bewegung in der bekannten Demonstration unter Leitung von Stephen Wise unter der Schirmherrschaft des *Jüdischen Weltkongresses* im Madison Square Garden in New York am 27. März 1933 genommen<sup>44</sup>. Die Boykottbewegung dehnte sich über den ganzen Kontinent aus, fand vor allem bei Kleinhändlern und Minderheiten Resonanz, keineswegs jedoch in den Reihen der großen Kaufleute<sup>45</sup>. Deutsche Stellen wollten dies als einen Beweis für die Kluft zwischen den Juden mit osteuropäischer Herkunft und denjenigen mit deutscher Herkunft sehen, wie es der Staatssekretär der Reichskanzlei zusammenfaßte:

„Trotz scheinbarer Erfolge ist der Boykott auch für die Juden in Amerika eine zweischneidige Waffe. [...] Außerdem haben sie den wirtschaftlichen Interessen führender Geschäftsleute unter ihnen, die über deutsche Werte zu verfügen haben, zuwidergehandelt, so daß bereits eine Spaltung in der amerikanischen Judenschaft eingetreten ist (‚weisse‘ Juden gegen die sogenannten ‚Kikes‘, das sind Ostjuden).“<sup>46</sup>

Richtig ist, daß osteuropäische Juden in den Vereinigten Staaten stark in der Boykottbewegung engagiert waren<sup>47</sup>. Die zentrale Rolle der osteuropäischen Aktivisten in der amerikanischen Boykottbewegung zeigte sich bisweilen in dem Versuch, das osteuropäische Modell zu übernehmen. Zelig Tygel, ein wichtiger Aktivist und Schatzmeister der *Federation of Polish Jews in America*, schlug z. B. vor, das Komitee, wie es in Polen üblich war, in zwei Unterkomitees aufzuteilen: ein Boykottko-

<sup>42</sup> PAAA, R 99532, Deutsche Botschaft Warschau an das Auswärtige Amt Berlin, 22. 4. 1935.

<sup>43</sup> Ebenda.

<sup>44</sup> Zum anti-nationalsozialistischen Boykott in den Vereinigten Staaten siehe: Gottlieb, Anti-Nazi Boycott; Reissner, Anti-Nazi Boycott.

<sup>45</sup> Bauer, *Jews for Sale*, S. 11.

<sup>46</sup> Die deutsche Staatskanzlei meinte, Außenministerium und Propagandaministerium hätten gleichlautende Informationen erhalten. LBI-N.Y., Max Kreutzberger Collection, AR 7183, Box 19, Folder 2, Der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Berlin 28. 2. 1934.

<sup>47</sup> LBI-N.Y., Max Kreutzberger Collection, AR 7183, Box 4, Folder 2, Boycott Bulletin, Issued by Jewish Representative Council for the boycott of German Goods and Services, 5. 10. 1934.

mittee und ein antinationalsozialistisches Komitee<sup>48</sup>. Eine derartige Aufteilung hätte eine Beteiligung an antinationalsozialistischen Aktivitäten ohne Verpflichtung zum Boykott ermöglicht. Joseph Tenenbaum dagegen – ein amerikanischer Zionist ost-europäischer Herkunft, der als eine der führenden Persönlichkeiten an der Spitze der Boykottbewegung in den Vereinigten Staaten galt – wies auf die Differenzen zwischen der polnisch-jüdischen und der amerikanisch-jüdischen Mobilisierung hin, wobei der gewaltige Unterschied der wirtschaftlichen Lage der Juden in diesen Ländern zu berücksichtigen sei. Empört schrieb er:

„Der Boykott ist ein Bereich, in dem jüdisches Reden nicht mit dem deutschen Geldbeutel konkurrieren kann. Als ehrlicher Mann kann ich andere nicht täuschen, denn ich kann mich selbst nicht täuschen. Wenn der *American Jewish Congress* meint, er habe weder den Willen noch die Fähigkeit, den Boykott so durchzuführen, wie es die armen polnischen Juden oder die belgischen und ägyptischen zu diesem Zweck tun, dann sollten wir wenigstens ehrlich mit uns selbst sein und dies zugeben. Ich jedenfalls weigere mich ein Komitee zu leiten, das nur über einen Schatten von Macht verfügt, ohne diese wirklich ausüben zu können.“<sup>49</sup>

Je stärker sich die Durchführung des Transfer-Abkommens konsolidierte, desto deutlicher wurde die Diskrepanz zwischen dem von Juden in aller Welt geforderten wirtschaftlichen Opfer und der Rettung des Vermögens deutscher Juden. Auf einer Sitzung des zionistischen Exekutivkomitees im April 1935 wurde dieser Problem-bereich von den revisionistischen Vertretern angesprochen. A. Ben-Chorin hielt das Transfer-Abkommen für ein „Sentiment des Erbarmens gegenüber unseren deutschen Brüdern, die gerettet werden mußten“, während „es viele Länder gibt, in denen die wirtschaftliche Situation der Juden wesentlich schlechter ist als die Lage der deutschen Juden, und dennoch haben wir niemals gehört, daß wir etwas von der Ehre unseres Volkes aufgeben sollen“<sup>50</sup>. Ein weiteres Komitee-Mitglied namens Hoffmann fragte auf dieser Sitzung, wie von den Diasporajuden gefordert werden könne, große Verluste auf sich zu nehmen und die langjährigen Handelsverbindungen mit Deutschland aufzugeben, während der Jeschuw den Boykott breche<sup>51</sup>. In einem Bericht des deutschen Propagandaministeriums über den 19. Zionistenkongreß 1935 in Luzern hieß es, ein Vertreter der *Allgemeinen Zionisten*, Emil Schmorek, habe sich gegen das Transfer-Abkommen mit dem Argument ausgesprochen, es sei unmöglich, die mit schweren finanziellen Verlusten verbundene Boykottbewegung in Polen aufrechtzuerhalten, während die zionistische Führung sich bereit erkläre, als Agent deutscher Waren zu agieren<sup>52</sup>.

<sup>48</sup> LBI-N.Y., Max Kreutzberger Collection, Addena, American Jewish Congress, Boycott Committee 1934–1936, Minutes of Boycott Conference Sunday Morning October 7th.

<sup>49</sup> LBI-N.Y., Max Kreutzberger Collection, Addena, Report on Activities of the Boycott Committee, presented at the Meeting of the Administrative Committee, 16. 10. 1934 by Dr. Joseph Tenenbaum.

<sup>50</sup> CZA, Sitzung des zionistischen Exekutivkomitees in Jerusalem, 4. 4. 1945, S. 247.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 250.

<sup>52</sup> BAP, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Nr. 1158, *Zidovska Telegramni Agentura Prag*, Jahrgang III, Nr. 203, 5. 9. 1935.

## 2. „Boykottismus“ versus „Verwirklichung des Zionismus“

Im Unterschied zum Transfer-Abkommen, zu dem es aufgrund individueller Initiativen kam und das den Charakter eines internationalen Vertrages trug, war die Boykottbewegung ein spontan organisierter Akt. Große Bedeutung schrieben die Initiatoren der Bewegung in Polen dem volkstümlichen Charakter der Bewegung zu. Ch. Rasner, einer der Vertreter des polnischen Judentums beim *Jüdischen Weltkongress* in Genf im September 1933, meinte, „sechzehn Millionen Juden in aller Welt haben bereits instinktiv und spontan den Boykott erklärt“<sup>53</sup>. Volkowicz, der Vertreter des Boykottkomitees auf dem *Jüdischen Weltkongress* in Genf im August 1934, sprach von dem „gesunden Instinkt der jüdischen Massen“ als Grund und Ursprung des Boykotts<sup>54</sup>. Die Wirkungsmacht des Boykotts beruhe auf dem breiten moralischen Konsens in der jüdischen Öffentlichkeit<sup>55</sup>. Auch die Führung des Jeschuw verstand den Boykott als Willen des Volkes. „Das gesamte Judentum ist von dem Boykott begeistert“, stellte Z. Aharonowicz (Aran) fest; in aller Welt organisiere sich der Kampf gegen den Hitlerismus im Boykott, meinte Golomb, einer der leitenden Männer der *Palmach*, der Eliteeinheit der militärischen Untergrundorganisation *Haganah* zum Schutz jüdischer Siedlungen, während Kaplan, Führungsmitglied und Leiter der Finanzabteilung der *Jewish Agency*, hinzufügte, er schätze diese spontane Bewegung auch in politischer und pädagogischer Hinsicht hoch ein<sup>56</sup>.

Der jüdische Boykott war in der Tat ein Akt von großem symbolischen Wert, mit dem deutlich gemacht wurde, daß viele Juden nicht bereit waren, sich mit der antisemitischen Politik des Nationalsozialismus abzufinden, obwohl der Boykott an sich wirtschaftlich eher unvernünftig und politisch unbedeutend war. Unter den Befürwortern des Boykotts war die Wahrung der jüdischen Ehre ein zentraler Faktor, aus der Perspektive des zionistischen Werkes jedoch erwiesen sich Ehre und Stolz, in deren Namen die Boykottbewegung agierte, als hinderlich. Die Delegation des polnischen Judentums auf dem *Jüdischen Weltkongress* 1933 in Genf trat mit einer einheitlichen Erklärung gegen das Transfer-Abkommen auf. Viele der Vertreter nannten das Abkommen „eine Schande“<sup>57</sup>. Das palästinensische Abkommen schmerze, denn es treffe die jüdische Ehre und schwäche das jüdische Volk in seinem Kampf, erklärte Henryk Rosmarin<sup>58</sup>. Die zionistische Bewegung geriet in einen tiefen Konflikt zwischen Kapitaltransfer und Boykott, bzw. im weiteren Sinne zwischen den Bedürfnissen des Jeschuw und den Ansprüchen der jüdischen Öffentlichkeit allgemein.

Die Angelegenheit stellte eine schwere Prüfung für die junge Nationalbewegung dar: Der Zionismus schöpfte seine moralische Kraft aus der Erkenntnis seiner Rolle als Bewahrer der existentiellen Interessen der Juden im Jeschuw und in der Dia-

<sup>53</sup> Protocole II, S. 68.

<sup>54</sup> CZA, A 127/140, 11, Bericht des Vereinigten Comités Warschau, Wolkowicz vor dem *Jüdischen Weltkongress* in Genf, 20.–23. 8. 1934.

<sup>55</sup> Ebenda.

<sup>56</sup> LI, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933.

<sup>57</sup> Protocole II, E. Mazur, S. 67, Ch. Rasner, S. 69.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 75.

spora. Und er sah sich nun gezwungen, zwischen den Bedürfnissen des Jeschuw und den Emotionen von Juden auf der ganzen Welt zu entscheiden. Doch wie bereits erwähnt, zweifelte die zionistische Führung daran, ob es mittels des Boykotts möglich sei, einen sinnvollen Beitrag zur Stärkung der Position von Juden in Deutschland zu leisten. Die Führung der *Jewish Agency* in Jerusalem formulierte schon Anfang April 1933 eine interne Leitlinie, wonach die diplomatischen Aktivitäten gegen Deutschland fortgesetzt werden mußten, jeglicher Boykott jedoch zu vermeiden sei<sup>59</sup>. Öffentlich enthielt sich die zionistische Bewegung jeglicher Äußerung hierzu<sup>60</sup>. Vor dem 18. Zionistenkongreß wurde überlegt, den Kongreß zu verschieben oder die Frage der deutschen Juden nicht in der Eröffnungsdebatte zu behandeln. Nahum Goldmann schlug vor, die Frage des Boykotts nicht auf dem Zionistenkongreß zu behandeln, denn es sei ein allgemein jüdisches, kein zionistisches Problem. Schließlich fiel der Entschluß, eine Diskussion der Lage des deutschen Judentums an hervorgehobener Stelle des Kongresses zu vermeiden und einen Ausschuß zur Vorbereitung der Debatte einzurichten. Nach kontroverser Diskussion stimmte dieser mehrheitlich dem Entwurf einer scharf gehaltenen Protestresolution gegen die Verfolgungen deutscher Juden zu, wobei die Rolle des Zionismus und Eretz Israels bei der Lösung des jüdischen Problems hervorgehoben wurde. Der Vorschlag der revisionistischen Minderheit sah hingegen eine eindeutige Unterstützung und Ausweitung der Boykottbewegung vor. Aufgrund dieser internen Meinungsverschiedenheiten unterstützte die *Jewish Agency* auch den Kapitaltransfer nicht öffentlich und versuchte darüber hinaus, ihren Anteil an der Umsetzung des Abkommens zu verschleiern. Diese Haltung stieß auf heftige Kritik sowohl in den Reihen der Mitglieder der *Jewish Agency* als auch auf seiten der deutschen Partner. Erst vor dem 19. Zionistenkongreß in Luzern gelangten viele zu der Einsicht, die Situation, in der die nationalen Institutionen bei der Umsetzung des Transfer-Abkommens keiner offiziellen Kontrolle unterstanden, könne nicht aufrechterhalten werden. Auf dem Kongreß in Luzern sprach sich die Fraktion der Arbeiterparteien mehrheitlich für den Kapitaltransfer aus und konnte, nachdem über die Mitglieder Fraktionszwang verhängt worden war, eine Entscheidung des Zionistenkongresses herbeiführen, mit der die Unterstützung des Transfers-Abkommens zum Ausdruck gebracht und dem aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus endgültig ein Ende gesetzt wurde.

Um die komplexen Überlegungen, die die zionistische Bewegung und die Führung des Jeschuw in jenen Jahren leiteten, verstehen und nachvollziehen zu können, warum es zweieinhalb Jahre dauerte, bis das Transfer-Abkommen offiziell von den nationalen Institutionen des Jeschuw bestätigt wurde, müssen die historischen Umstände berücksichtigt werden, unter denen diese Institutionen arbeiteten. In den Jahren 1931 bis 1933 fand in der zionistischen Bewegung und im Jeschuw zwischen der Arbeiterbewegung und der revisionistischen Richtung unter der Führung Jabotinskys ein erbitterter Kampf um die Hegemonie statt<sup>61</sup>. Während der politische Schwerpunkt der Arbeiterbewegung unter Führung der *Mapai* im Jeschuw lag, fand der Revisionismus seinen Rückhalt im wesentlichen beim jüdischen Mittel-

<sup>59</sup> CZA, Führung der *Jewish Agency*, 9. 4. 1933.

<sup>60</sup> Gelber Transfer Agreement (17), S. 126 ff.

<sup>61</sup> Shavit, *Majority to State*, S. 71 ff.

stand in Polen und den baltischen Staaten. Boykott und Transfer fügten sich in die Auseinandersetzung um Mittel und Einfluß sowohl im Jeschuw als auch in den jüdischen Zentren, insbesondere in Polen. Dieser Machtkampf wurde von der Ermordung Chaim Arlosoroffs, des Leiters der politischen Abteilung der *Jewish Agency*, überschattet. Arlosoroff, der kurz nach einem Aufenthalt in Deutschland im April 1933 ermordet worden war, hatte vor seiner Reise auf einer Sitzung des *Mapai*-Parteitages die verfolgten Ziele erläutert. Unter anderem hatte er festgestellt, daß der deutsche Zionismus nicht zu Untergrundaktivitäten in der Lage sei und daß aus diesem Grunde andere Vorgehensweisen gesucht werden müßten<sup>62</sup>. Dabei sah er keine andere Lösung für das Problem der Emigration deutscher Juden und die Rettung des jüdischen Vermögens als das Abkommen mit den deutschen Regierungsstellen. Jede Alternativlösung hätte nach Arlosoroffs Ansicht in Zukunft zu Versuchen geführt, jüdischen Besitz auf illegalem Wege aus Deutschland herauszubringen, und dadurch schließlich eine Katastrophe heraufbeschoren. Arlosoroff glaubte, daß die Liquidation jüdischen Vermögens durch den Export deutscher Waren nach Palästina auf das Interesse der deutschen Regierungsbehörden stoßen werde, da hiervon die deutsche Industrie, die durch den Boykott Einbußen erlitt, profitieren könnte<sup>63</sup>.

Die wilde Hetze in revisionistischen Kreisen gegen Arlosoroffs Reise nach Deutschland und die propagandistische Instrumentalisierung des ungeklärten Mordes an Arlosoroff verliehen der Auseinandersetzung zwischen den Revisionisten und der *Mapai* eine dramatische Dimension. Des Mordes beschuldigt wurde ein Mann namens Staveski, ein Mitglied der *Brit Ha-biryonim*, einer den Revisionisten nahestehenden Untergrundorganisation. Er wurde jedoch ungefähr ein Jahr später aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Ermordung Arlosoroffs ereignete sich genau auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes für den 18. Zionistenkongreß. Infolgedessen verschärfen sich die heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterbewegung und den Revisionisten in Polen, in deren Rahmen Ben-Gurion und Jabotinsky ausgedehnte Wahlkampfreisen im ganzen Land unternahmen. Ben-Gurion fürchtete, die Anschuldigungen der *Mapai* gegen Staveski und die *Brit Ha-biryonim* sowie der bleibende Verdacht, diese Gruppierung stünde hinter dem Mord an Arlosoroff, könnten in den Reihen polnischer Juden als Verleumdung verstanden und gegen die *Mapai* selbst gewandt werden. Derartige Befürchtungen sollten sich am Ende des Wahlkampfes als unbegründet erweisen. Die Arbeiterbewegung gewann 138 der 318 Vertreter, also insgesamt 44% aller Wählerstimmen, und konnte damit ihre Machtposition in der zionistischen Bewegung ausbauen. Außerdem wurden *Mapai*-Mitglieder in Schlüsselposition der *Jewish Agency* gewählt: Ben-Gurion wurde Leiter der *Jewish Agency*, Moshe Shertok (Sharett) Leiter der politischen Abteilung und Eliezer Kaplan Schatzmeister der *Jewish Agency*<sup>64</sup>. Doch bis zum Ende des Wahlkampfes bedrückte die Befürchtung die Arbeiterbewegung, die Revisionisten könnten aus ihrer Behauptung, die Arbeiterbewegung in Palästina konzentriere sich ausschließlich auf die Bedürfnisse und Anforderun-

<sup>62</sup> Avizohar, *Mapai*, S. 128 f.

<sup>63</sup> Gelber, *Transfer Agreement* (17), S. 107–111.

<sup>64</sup> Shavit, *Majority to State*, S. 72 f.



gen des Jeschuw und sei sich der Not der Juden in der Diaspora nicht bewußt, Profit schlagen<sup>65</sup>.

Der Widerstand der Revisionisten gegen das Transfer-Abkommen wurzelte unter anderem in der Furcht, es könnte insbesondere den Wirtschaftssektor des Gewerkschaftsbundes *Histadrut* stärken<sup>66</sup>. Zwischen den Firmen unter dem Dach der *Histadrut* und denen des sogenannten Bürgerlichen Blocks wurden harte Auseinandersetzungen um die Quoten im Rahmen des Transfer-Abkommens geführt<sup>67</sup>. In der Auseinandersetzung zwischen der nichtgewerkschaftlich organisierten Notea und den Gewerkschaftsfirmen Nir und Jachin wurde schließlich ein Kompromiß erzielt, doch das Transfer-Abkommen veränderte wesentlich die Art und Weise der Intervention der *Jewish Agency* in das Wirtschaftsleben des Jeschuw. Das Abkommen war zunächst eine private Wirtschaftsinitiative gewesen, durchlief jedoch einen Nationalisierungsprozeß. Mit seiner Hilfe wurde die *Jewish Agency* zur Vermittlerin zwischen den Investoren im Jeschuw und den Kapitalüberträgern in Deutschland. Die Wirtschaftsabteilung der *Jewish Agency* spielte in diesem Kontext kraft ihrer Zuständigkeit für die Importe aus Deutschland die Rolle des Beraters für deutsche Juden. Diese zentrale Aufgabe bei der wirtschaftlichen Entwicklung der „nationalen Institutionen“ fiel in den Interessenbereich der Arbeiterbewegung, widersprach aber der Position der revisionistischen Bewegung<sup>68</sup>, die im Jeschuw in der Minderheit war.

Doch auch die *Histadrut* ihrerseits tat sich zwischen 1933 und 1936 noch schwer, eine eindeutige Position zur Frage von Kapitaltransfer und Boykott zu formulieren bzw. sich zwischen den Bedürfnissen des Jeschuw und der Diaspora zu entscheiden. Die unschlüssige Haltung der *Histadrut* war mit der Situation des Jeschuw, der Position der *Histadrut* im Jeschuw, der Situation der Juden in der Diaspora und der Stellung der Arbeiterbewegung im Diasporajudentum verknüpft. Das Transfer-Abkommen brachte die Arbeiterbewegung und den Jeschuw in Konflikt mit Juden in der Diaspora, die mehrheitlich die Boykottbewegung befürworteten. Daher war eine Unterstützung des Abkommens nur unter der Bedingung sinnvoll, daß es im „Interesse des Jeschuw“ lag und als „Instrument des Jeschuw“ genutzt werden konnte<sup>69</sup>. Auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Vorteile des Transfer-Abkommens war es schwierig, zu einer eindeutigen Position zu gelangen, denn es bestanden Befürchtungen, ein umfangreicher Import deutscher Waren könne die junge einheimische Industrie unter schweren Konkurrenzdruck setzen, zumal die Kontrolle der eingeführten Waren und die ausschließliche Begrenzung auf die im Rahmen des Transfer-Abkommens festgelegten Produkte schwierig erschienen<sup>70</sup>.

<sup>65</sup> Shavit, Jabotinsky, S. 338. – Daniel Fraenkel geht von genau umgekehrten Verhältnissen aus und meint, die Ermordung Arlosoroffs und der extreme Rückgang der elektoralen Unterstützung der Revisionisten bei den Wahlen zum 18. Zionistenkongreß seien es gewesen, die die Fähigkeit der Revisionisten reduziert hätten, für den Boykott und gegen den Kapitaltransfer zu kämpfen; siehe: Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 57.

<sup>66</sup> Goldstein/Shavit, Ben-Gurion-Jabotinsky.

<sup>67</sup> Gelber, *Transfer Agreement* (18), S. 30.

<sup>68</sup> Horowitz/Lissak, *Yishuv*.

<sup>69</sup> LI, David Remez, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 3.

<sup>70</sup> Ebenda, S. 5.

Position gegen den Boykott zu beziehen war jedoch auch grundsätzlich und nicht nur infolge parteipolitischer Erwägungen problematisch. Hätte sich die *Histadrut* gegen den Boykott ausgesprochen, so hätte die Gefahr bestanden, daß sie den Ast, auf dem sie und die zionistische Bewegung saßen, abgesägt hätte. „Bei diesen Verhandlungen pflücken wir die Früchte des Boykotts, dem wir uns widersetzen“, sagte Dov Hos<sup>71</sup>, und brachte damit zum Ausdruck, daß seiner Meinung nach NS-Deutschland nur deshalb bereit war, mit dem jüdischen Jeschuw in Palästina ein Wirtschaftsabkommen zu schließen, weil es den antideutschen Boykott gebrochen wissen wollte. Tatsächlich war es richtig, daß das Interesse Deutschlands an einem Kapitaltransfer in direktem Zusammenhang mit der Boykottbewegung stand.

Der Boykott war also eine jüdische Machtdemonstration und schuf die Grundlage, auf die der Jeschuw sich in seinen Verhandlungen mit den deutschen Behörden stützen konnte. Die Effektivität des Boykotts abzustreiten und sich gegen ihn zu stellen, wäre jedoch dem Eingeständnis gleichgekommen, es gebe kein effektives Mittel im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Eine derartige Position, so hieß es, sei äußerst gefährlich, da sie zum Wesen des Zionismus in Widerspruch stünde<sup>72</sup>.

Einige Jahre lang versuchten die Mitglieder des Exekutivkomitees der *Histadrut* und der Arbeiterbewegung, eine Entscheidung zwischen Boykott und Transfer zu vermeiden und beide vielmehr als parallele Wege darzustellen. Die praktische Bedeutung dieser Position lag in der Möglichkeit, die Vorteile des Transfer-Abkommens zu nutzen und gleichzeitig offen den Boykott zu unterstützen. Zu diesem Zweck erklärten Mitglieder des Exekutivkomitees, es gehe beim Transfer-Abkommen nur um die Rettung des Besitzes von Juden aus Deutschland und keineswegs um ein Wirtschaftsabkommen mit Deutschland<sup>73</sup>. „Alles Volk sollte wissen, daß Eretz Israel und die ‚*Histadrut*‘ für den Boykott und alle Mittel sind, jüdischen Besitz zu retten“, erklärte Rubashov (Shazar)<sup>74</sup>. Doch derartige Argumente und Erklärungen waren insgesamt wenig befriedigend. Den meisten Mitgliedern des Exekutivkomitees war klar, daß mit Hilfe der Semantik die eigentliche Bedeutung des Transfer-Abkommens – der Bruch des Boykotts – nicht verschleiert werden konnte. Schon zu Beginn der Erörterungen wies ein Teil der Mitglieder des Exekutivkomitees darauf hin: „Der jüdische Flüchtling führt kein Geld aus, sondern Waren, derer

<sup>71</sup> LI, Dov Hos, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 4.

<sup>72</sup> LI, Golomb, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 7.

<sup>73</sup> Dov Hos erklärte: „Später werden wir erörtern, wie wir ganz offen die Ausführung von Kapital in Form von Waren gestatten, so wie wir dem Flüchtling aus Deutschland erlauben, seinen Tisch und seine Bettwäsche mitzunehmen.“ Und Brodni fügte hinzu: „Ich betrachte das so, als ob wie Deutschland bei uns Schulden hätte und erklärte, diese Schulden in Waren zu bezahlen. Können wir das nicht annehmen?“ Auch Herzfeld äußerte sich ähnlich: „Was machen wir schon? Wir nehmen Güter aus dem Haus eines Juden in Deutschland und stellen sie direkt und ohne Umschweife wieder in sein Haus. Was ist daran falsch?“ – LI, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 4ff.

<sup>74</sup> LI, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 5.

er nur zur Verteilung in Eretz Israel bedarf, mit anderen Worten: Er bricht den Boykott“, stellte Beilinson unmißverständlich fest<sup>75</sup>.

Die Schwierigkeit wurde größer, als das Exekutivkomitee der *Histadrut* ein Jahr später, im November 1934, seine Position zum Vertrag über den Export von Apfelsinen aus der einheimischen Landwirtschaftsproduktion formulieren mußte. Deutschland war der Hauptimporteur dieser Apfelsinen. Noch 1933 hatte der Export von Apfelsinen nach Deutschland kein Problem dargestellt, denn er beruhte auf einem Vertrag, der ein Jahr vor Hitlers Machtübernahme unterzeichnet worden war<sup>76</sup>. 1934 jedoch lagen die Verhältnisse anders, denn ein solcher Exportvertrag stand im absoluten Widerspruch zur jüdischen Boykottbewegung. In der Debatte der Leitung der *Jewish Agency* äußerte Grünbaum die entschiedenste Ablehnung<sup>77</sup>. Es sei immer gesagt worden, so Grünbaum, der Transfer gebe Juden aus Deutschland die Möglichkeit, nach Eretz Israel zu kommen. Der Export von Apfelsinen sei jedoch eine reine Handelsangelegenheit und habe nichts mit der Rettung von Juden zu tun. Das jüdische Volk befinde sich im Kriegszustand mit dem Hitlerregime, und über den Apfelsinenhandel dürfe nicht debattiert werden; er sei in diesem Zusammenhang sekundär. Wenn der Transfer Leben rette, dann wolle er, Grünbaum, ihm zustimmen. Wenn er diesen Bereich überschreite, werde er sich ihm widersetzen. Da die Entscheidungsgewalt jedoch nicht in den Händen der *Jewish Agency* lag, wählten die Sitzungsteilnehmer einen bequemen Ausweg und strichen die Frage von der Tagesordnung. Doch die *Histadrut* sah sich zur Stellungnahme gezwungen. Auf einer Sitzung ihres Exekutivkomitees schieden sich die Geister. Eine Seite meinte, der Markt in Palästina könne nicht auf den deutschen Markt verzichten; die andere Seite verteidigte den Boykott und sah in dem Obsthandel einen eindeutigen Bruch des Boykotts. „Jeder Apfel in den Händen eines Nazis ist für mich eine Beleidigung. Das ist emotional argumentiert, und vielleicht ist es unvernünftig“, sagte Marminski. Der Finanzbeauftragte Joseph Aharonowitz bezeichnete diese Haltung als pathetisch<sup>78</sup>. Die Mehrheit der Sitzungsteilnehmer neigte zu der Einsicht, es gebe keinen Ausweg aus dem Dilemma zwischen dem Aufbau Palästinas und den sich daraus ergebenden Wirtschaftsinteressen einerseits und dem Boykott andererseits. „Ein Land, das durch die Rettung jüdischen Besitzes aus Deutschland aufgebaut wird, kann nicht zur Waffe des Boykotts greifen, dem es sich widersetzt“, formulierte ein Sitzungsteilnehmer<sup>79</sup>. Anders als bei der internen Diskussion um das Transfer-Abkommen ein Jahr zuvor zeigte sich nun bei der Führung der *Histadrut* eine gewisse Müdigkeit angesichts des offenen Widerspruchs und seiner Vertuschung; man wollte auf apologetische Entschuldigungen verzichten und offen über die Prioritäten des Jeschuw sprechen. „Ich glaube, die Diskussion ist an einem bestimmten Punkt angelangt, und wir müssen nicht bei den verschiedensten Gele-

<sup>75</sup> LI, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 6; eine entsprechende Position vertrat auch Shertok, ebenda.

<sup>76</sup> Zur Frage des Apfelsinenexports siehe: Gelber, *Transfer Agreement* (18), S. 55–60.

<sup>77</sup> CZA, Leitung der *Jewish Agency*, 25. 11. 1934.

<sup>78</sup> LI, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 8. 11. 1934, S. 5.

<sup>79</sup> LI, Chorin, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel. 8. 11. 1934.

genheiten ins Stottern geraten“, erklärte Sprinzak<sup>80</sup>. Auch die Abstimmungsergebnisse zeigen diese Tendenz: Fünf Stimmen für die Unterstützung des Vertrags über den Apfelsinenexport nach Deutschland und die Beteiligung der *Histadrut* gegenüber einer Enthaltung und nur einer Gegenstimme<sup>81</sup>. Die Unterstützung des Transfer-Abkommens und des Apfelsinenhandels traf das Ansehen der zionistischen Bewegung insgesamt und vor allem der Arbeiterbewegung. Das Verhältnis zwischen dem wirtschaftlichen Gewinn für den Jeschuw und dem prinzipiellen Schaden für die Position des Zionismus war nur schwer einschätzbar, und entsprechende Bedenken vermehrten sich im Laufe der Jahre. „Nachdem ich in Deutschland gewesen bin, sind mir Zweifel an dem Transfer gekommen“, sagte der Schatzmeister der *Jewish Agency*, Eliezer Kaplan, im Herbst 1933. Ihm sei klargeworden, daß es letztlich im Vergleich zu dem jüdischen Gesamtvermögen um ganz geringe Summen ginge, die einem Wassertropfen im weiten Meer entsprachen<sup>82</sup>. Ähnlich dachte ein Jahr später auch Aharonowitz; er sagte, er habe das Gefühl, der Boykott würde ohne Rechtfertigung und keineswegs zur Rettung von Juden durchbrochen, sondern allein zum Aufbau von Häusern für eine anonyme allgemeine Organisation. Dafür sei der Preis zu hoch. „Wir beschmutzen uns und haben nichts, womit wir uns rein waschen könnten. Selbst das Geld wird uns teuer zu stehen kommen.“<sup>83</sup> Ein Jahr später wurden diese Bedenken nochmals ganz entschieden geäußert: „Großes hat man erwartet, und was haben wir unternommen? Den Transfer. Anstatt des großen Vermögens haben wir Groschen gerettet und uns damit zum Gespött gemacht.“<sup>84</sup> Die Debatte wurde unter dem Aspekt geführt, die zunehmend komplizierter gewordenen Beziehungen zwischen dem Jeschuw und der Diaspora neu zu definieren. Auf der Jüdischen Weltkonferenz äußerte Nahum Goldmann die Befürchtung, „der zionistische Apparat“ habe die Fähigkeit verloren, „sich mit den Problemen der Diaspora“ auseinanderzusetzen<sup>85</sup>. Viele dachten ähnlich. Hinzu kam die parteipolitische Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterbewegung in Palästina und der revisionistischen Bewegung innerhalb des Zionismus, eine Auseinandersetzung, in deren Rahmen die Arbeiterbewegung auf die Vorwürfe der Revisionisten reagieren mußte, derartige Abkommen seien den Bedürfnissen des jüdischen Volkes in der Diaspora völlig entgegengesetzt.

Die Arbeiterbewegung leitete ihre Position aus der Dichotomie zwischen dem Aufbau des Jeschuw in Palästina und der Diaspora, zwischen Taten und stolzen Worten, ab. Moshe Shertok (Sharett), Arlosoroffs Nachfolger als Leiter der politischen Abteilung der *Jewish Agency*, formulierte dies ganz entschieden: „Ich habe mich dem Boykott von Anfang an widersetzt, denn er enthält ein Element der Diaspora, das darin ein Pflaster für die verwundete Seele sieht. Dieses Gefühl mag das

<sup>80</sup> LI, Sprinzak, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 8. 11. 1934.

<sup>81</sup> LI, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 8. 11. 1934.

<sup>82</sup> LI, Kaplan, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 8.

<sup>83</sup> LI, Aharonowitz, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 26. 11. 1934, S. 3.

<sup>84</sup> LI, Herzfeld, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 4. 11. 1935, S. 9.

<sup>85</sup> Protocole II, S. 35.

jüdische Empfinden berühren, eine politische Bewegung jedoch kann sich nicht nur an Emotionen orientieren. ... Unser Kampf mit Deutschland ist der Aufbau des Landes, und darauf müssen wir uns konzentrieren.“<sup>86</sup> Aharonowitz bezeichnete den Boykott als „aufgeblasenes Verhalten“<sup>87</sup>. Derartige, halb privaten und im internen Kontext gemachten Äußerungen formten sich nach und nach zu einer offiziellen, ja sogar kämpferischen Position. Auf der Sitzung des zionistischen Exekutivrates in Jerusalem im April 1935 griff Shertok nochmals den Boykott an<sup>88</sup>. Die Reaktion der Diaspora auf „die Notsituation, in der sie sich befindet“, faßte er mit den Worten „Märtyrertum, Protestbewegung“ oder „erzwungene Assimilation“ zusammen. In diesem Sinne sprach er sich gegen den „Boykottismus“ aus und stellte fest, daß es „Schicksal des Zionismus ist, manchmal grausam gegen die Diaspora zu sein, ... wenn der Aufbau des Landes es erfordert“. Wieder waren es Grünbaum und Goldmann, die es ablehnten, Palästina gegen die Diaspora auszuspielen. Goldmann forderte in klaren Formulierungen, „es gibt kein Primat Eretz Israels, es gibt nur ein Primat des jüdischen Volkes“<sup>89</sup>. Zu einer eindeutigen Klärung gelangten die Verhältnisse auf dem 19. Zionistenkongreß im September 1935. Golda Meyerson (Meir) von der Arbeiterfraktion in Palästina formulierte die Unterstützung ihrer Fraktion für das Transfer-Abkommen mit folgenden Worten: „Der Kampf gegen Hitlers Deutschland bedeutet nicht Kampf gegen die Juden. [...] Es gab eine Zeit“, fügte sie hinzu, „in der wir auf das Leiden des jüdischen Volkes nur mit Aufschrei und Protest reagiert haben. Der einzige Lichtstrahl in der gegenwärtigen Katastrophe ist, daß wir außer Aufschrei und Protest auch wirklich die Möglichkeit haben, etwas real zu tun, um Zehntausende von Juden zu retten. [...] Die zionistische Bewegung ist inzwischen so reif geworden, daß sie den Transfer in der augenblicklichen Situation für eine absolut notwendige Sache erachtet und bereit ist, die Verantwortung dafür zu übernehmen.“<sup>90</sup> „Aufschrei und Protest“ wurden zur Stimme der Diaspora und – auch wenn es so nicht ausdrücklich gesagt wurde – zur Stimme der Revisionisten und der Demagogie erklärt<sup>91</sup>. David Remez gebrauchte ein eindrückliches Bild, das mehr als alles andere das Selbstverständnis der Mitglieder der Arbeiterbewegung illustrierte: „Ich sehe die gesamte Frage des ‚Transfers‘ und der Katastrophe der deutschen Juden als einen Brand; es gibt Feuerwehrleute und Lebensretter. Die Revisionisten wollen die Feuerwehrmänner sein und das Feuer Hitlers löschen. Wir wollen die deutschen Juden retten. Doch unsere Feuerwehrmänner schütten das Löschwasser auf uns, die Lebensretter, anstatt auf das Feuer.“<sup>92</sup> Die Arbeiterbewegung, die in der Zionistischen Bewegung und dem Sied-

<sup>86</sup> LI, Moshe Shertok, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 7.

<sup>87</sup> LI, Aharonowitz, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 4.

<sup>88</sup> CZA, Sitzungsprotokoll des zionistischen Exekutivrates in Jerusalem, 4. 4. 1935, S. 250.

<sup>89</sup> Ebenda, S. 254.

<sup>90</sup> Der 19. Zionistenkongreß und die 4. Sitzung des Rates der *Jewish Agency* Luzern 20.8.–6.9.1935, Stenographischer Rechenschaftsbericht (hebr.), Jerusalem (ohne Erscheinungsjahr), S. 440ff.

<sup>91</sup> LI, Golomb, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 4. 11. 1935; Remez, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 12. 12. 1935.

<sup>92</sup> CZA, Sitzungsprotokoll des zionistischen Exekutivrates in Jerusalem, 4. 4. 1935, S. 249.

lungswerk in Palästina den Ton angab, entschied sich also dafür, „etwas real zu tun“, um „Zehntausende von Juden zu retten“, wie Golda Meyerson es formuliert hatte. Tatsächlich wurde das Abkommen vom Zionistenkongreß mit einer Mehrheit von 169 Stimmen gegen 12 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen verabschiedet. Der zionistische Aktivismus übertönte die Stimme der jüdischen Diaspora.

### 3. Reflexionen zur jüdischen Geschichte: NS-Deutschland und das bolschewistische Rußland

Die zionistische Bewegung war 1933 eine junge, doch nicht unerfahrene Nationalbewegung mit historischem Gedächtnis und eigenem Geschichtsbewußtsein. In die Auseinandersetzung mit den dramatischen Veränderungen gingen die *Zionistische Weltorganisation* und die *Zionistische Vereinigung für Deutschland* allerdings unvorbereitet hinein. Auch wenn viele Zionisten vor Antisemitismus und dem Verfall des Status von Juden in der Diaspora allgemein gewarnt hatten, verknüpften sich diese Faktoren im kollektiven Bewußtsein zu allererst mit der Lage der Juden in Osteuropa, ein Umstand, der ohne Zweifel die Reaktion auf die neue Lage der Juden in Deutschland nach 1933 erschwerte. Eines der dramatischsten Ereignisse, die das zionistische Bewußtsein in jener Zeit geprägt hatten, war das Schicksal der Juden in der Sowjetunion nach der bolschewistischen Revolution. Das russische Judentum galt bis zur Revolution als Herzstück des europäischen Judentums, und die Entfremdung zwischen ihm und dem jüdischen Volk in der Folge der Revolution hatte zu einer totalen Verschiebung des Zentrums des Judentums in Europa geführt<sup>93</sup>. Die Gefahr einer erzwungenen Isolierung der jüdischen Bevölkerung eines gesamten Landes, der die Ausübung der jüdischen Religion verboten war, wurde zum Alptraum und zur ständigen Bedrohung für die jüdische Führung in Palästina und der Diaspora. Die Lage der Juden in der Sowjetunion war ein zentrales Thema auf allen Jüdischen Weltkongressen und wurde nach 1933 in einem Atemzug mit der der deutschen Juden besprochen. So warnte z. B. Beilinson mit dem Argument vor einem Beitritt der zionistischen Bewegung zum Boykott, es gebe kein schlimmeres Schicksal als das Schicksal des russischen Judentums, das nicht nach Eretz Israel gelangen könne. Wenn diese Möglichkeit für deutsche Juden noch bestünde, dann nur weil sich die Zionisten nicht dem Boykott angeschlossen hätte. Hitler kümmere sich nicht um die Einwanderung von Juden nach Eretz Israel. Nur die Neutralität der Zionisten ermögliche ein zionistisches Handeln. Eine Änderung der Position werde zu einem Verbot jeder zionistischen Aktivität und vor allem zur Unterbrechung der Einwanderung aus Deutschland führen. Noch befänden sich deutsche Juden nicht in der Lage der russischen Juden, und er, Beilinson, wolle sie nicht in diese Lage bringen<sup>94</sup>.

Aus ebendiesem Grunde unterstützte Werner Senator das Transfer-Abkommen, „denn anders wird das deutsche Judentum genau in die Situation des russischen Ju-

<sup>93</sup> Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage*, S. 121.

<sup>94</sup> LI, Beilinson, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 7.

dentums kommen und für die Entwicklungen in Eretz Israel verloren gehen“<sup>95</sup>. Angesichts der historischen Erfahrung der Juden in der Sowjetunion sahen viele in der Isolation die größte Bedrohung sowohl im Hinblick auf die Betroffenen selbst als auch bezüglich der Stärke des Judentums. Daher galt jede Möglichkeit eines Dialogs zwischen dem Jeschuw und NS-Deutschland, durch die die Emigration deutscher Juden nach Palästina ermöglicht wurde, als Rettungsanker und nicht zu versäumende Gelegenheit. Aus dieser Perspektive darf es nicht verwundern, daß Aktionen wie der Boykott, die diesen Dialog hätten stören oder gar unterbrechen können, als sinnlos galten. Selbstverständlich konnte man aufgrund der Analyse der Ereignisse auch zu absolut anderen Schlußfolgerungen kommen. So forderte Grünbaum, die Frage der Juden im nationalsozialistischen Deutschland nicht mit dem Kampf im zaristischen Rußland zu vergleichen: Damals habe man gegen ein Regime gekämpft, das das letzte seiner Art in der zivilisierten Welt gewesen war und das den jüdischen Einwohnern Rußlands keine Gleichberechtigung gewähren wollte. In Deutschland aber habe man es mit einem großen zivilisierten Volk zu tun, das den Juden die ihnen bereits vor Jahrzehnten gewährte Gleichberechtigung wieder genommen habe. Damit wolle Deutschland sich zum Beispiel für die übrigen Länder in Europa aufspielen, Hitler müsse daher mit allen Mitteln bekämpft werden<sup>96</sup>. Golomb dagegen fürchtete die Gefahr, das deutsche Judentum könne auf die Stufe des russischen geraten, auch wenn er meinte, diese Gefahr bestünde nur dann konkret, wenn „unsere Reaktion auf den Hitlerismus nachlasse“<sup>97</sup>. Nur der aktive Widerstand gegen den Nationalsozialismus könne eine Ausbreitung des Antisemitismus verhindern.

Es bleibt offen, wie relevant das Schicksal der Juden in der Sowjetunion wirklich im Hinblick auf die Gefahren war, die Juden in Deutschland erwarteten. Juden in der Sowjetunion sahen sich, wenn sie ein religiöses Leben führen wollten, unerhörten Schwierigkeiten gegenüber, und zwar in dem Maße, in dem die Religion im sowjetischen System überhaupt verfolgt wurde. Auch national-jüdische Positionen fanden hier keinen Raum, doch Juden als sowjetische Bürger waren gleichberechtigt, Rassismus war gesetzlich verboten. Das nationalsozialistische Deutschland dagegen hatte weder Zionismus noch Judentum verboten, im Gegenteil. Deutschland gewährte jüdischen Institutionen mit jüdisch-separatistischem Charakter freie Hand und zog sie den Organisationen mit assimilatorisch deutsch-jüdischem Charakter vor. In Deutschland war die Existenz der Juden individuell bedroht. Schon 1933 hatte die Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben in Deutschland eingesetzt, während in der Sowjetunion alles unternommen wurde, um das jüdische Individuum zu assimilieren und zu integrieren. Die Instrumentalisierung des sowjetischen Modells zur Rechtfertigung des Transfer-Abkommens oder, im Gegenteil, zur Rechtfertigung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus, zeigt, wie sehr die Zionistische Bewegung im dunkeln tappte, was überhaupt für die ersten Jahre nach 1933 charakteristisch war. Darüber hinaus jedoch erwies sich die Befürchtung, eine jüdische Gemeinschaft könnte insgesamt isoliert und der Möglichkeit der Emigration beraubt werden, als berechtigt. In dieser Hinsicht stellte sich das Transfer-Ab-

<sup>95</sup> Gelber, *Transfer Agreement* (18), S. 68.

<sup>96</sup> CZA, Sitzungsprotokoll des zionistischen Exekutivrates in Jerusalem, 4. 4. 1935, S. 254.

<sup>97</sup> Golomb, ebenda.

kommen als adäquater weitsichtiger Schritt dar, auch wenn es durchaus keine Lösung für alle deutschen Juden bot.

Wie die Befürworter des Transfers so griffen auch die Anhänger des Boykotts zu historischen Parallelen und Beispielen sowie zur Absteckung von Zielen, die weder dem Zeitgeist der Epoche entsprachen noch den grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Nationalsozialismus und dem Antisemitismus altbekannter Prägung, wie er bisher in Osteuropa angetroffen worden war, berücksichtigten. Wie bereits anfangs erwähnt, wissen wir heute, daß der Einfluß der jüdischen Boykottbewegung auf die deutsche Wirtschaft unter anderem deshalb äußerst beschränkt blieb, weil der Außenhandel kein entscheidender Stabilisationsfaktor in der deutschen Wirtschaft war. Zu dieser Erkenntnis bedurfte es jedoch keiner späteren Wirtschaftsstatistik: Mancher von den Zeitgenossen ahnte bereits, daß ein Wirtschaftsboykott letztlich „dem nutzen werde, gegen den er gerichtet war“<sup>98</sup>. In gewissem Sinne war es naiv, davon auszugehen, die jüdischen Organisationen hätten global die Möglichkeit gehabt, die Ökonomie des nationalsozialistischen Deutschlands entscheidend zu treffen. Sehr schnell mußten viele Juden erkennen, daß die Handelsbeziehungen zwischen verschiedenen Staaten und Deutschland nicht beeinflusst werden konnten, wenn dies im Gegensatz zu den Handelsinteressen dieser Länder selbst stand. Schon der Glaube an die wirtschaftliche Macht der Juden an sich entsprang letztlich einem exaltierten antisemitischen Image über den jüdischen Einfluß in der Wirtschaft<sup>99</sup>.

Der extreme Anachronismus, der die Aktionen der Boykottbefürworter begleitete, wird anschaulich durch folgenden Vorfall illustriert:

Das *Vereinigte Komitee zum Kampf gegen die Verfolgung von deutschen Juden* in Bialystok hatte finanzielle Mittel für Juden gesammelt, die aus Deutschland geflohen waren. Die Gelder waren aus Spenden sowie aus Bußgeldern erhoben worden, die Boykottbrechern auferlegt worden waren. Die Summe – 1 200 Zloty – wollte das Komitee an Chaim Weizmann überweisen, der es im Rahmen seines Amtes als Leiter der *Zentralstelle für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina* verwenden sollte; denn ansonsten „wird die Angelegenheit vergessen und mit diesem Geld weiterhin die unproduktive lokale Hilfe geleistet, so daß das Geld verloren geht“<sup>100</sup>. Daß die Leiter der Boykottbewegung in Bialystok, die die Zloty an die Siedlungsabteilung überwiesen, an der eindeutigen Differenzierung zwischen der „unproduktiven lokalen Hilfe“ und dem Beitrag für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina festhielten, ergab sich konsequent aus der zionistischen Ideologie. Die fehlenden Proportionen zwischen der wirtschaftlichen Situation der Juden in Bialystok Mitte der dreißiger Jahre, dem Untergang des deutschen Judentums und den 1200 Zloty, die nach Palästina überwiesen werden sollten, um produktiv die dortige Ansiedlung deutscher Juden zu unterstützen, weisen jedoch mehr als alles andere auf die wachsende Diskrepanz zwischen der jüdischen Not in Europa in den

<sup>98</sup> LI, Beilinson, Sitzungsprotokoll des Exekutivkomitees der allgemeinen *Histadrut* der hebräischen Arbeiter in Eretz Israel, 25. 9. 1933, S. 7.

<sup>99</sup> Dieser Aspekt wird in dem Aufsatz angesprochen: Krikler, Boycotting, S. 30. Krikler sieht in dem Boykott eine jüdische Waffe aus der Zeit der Nationalstaaten, und als solche auch den absoluten Beweis für die Schwäche unter den gegebenen Umständen, ebenda, S. 26 f.

<sup>100</sup> CZA, L 13/32, Die Zionistische *Histadrut* in Polen, Filiale Bialystok, an die Exekutive der Zionistischen *Histadrut* in London, 8. 2. 1934.



dreißiger Jahren und den praktischen Lösungen hin, die bei den politischen Bemühungen von Juden zur Bekämpfung dieser Not angestrebt wurden.

Der Idealismus, der Anachronismus und die massive Naivität der Position der Boykottbefürworter wurden allerdings von einem gewissen Heroismus begleitet<sup>101</sup>; unter seinem Einfluß waren viele polnische Juden bereit, den Nationalsozialismus zu bekämpfen, ohne sich über die realen Chancen eines derartigen Kampfes im klaren zu sein, den sie unter großen persönlichen Opfern und unter hohen, durch den Boykott entstehenden Verlusten führten. Hinzu kamen die prinzipiellen Veränderungen der Grundbedingungen in Polen und Deutschland, wie sie von Grünbaum anschaulich zusammengefaßt wurden:

„Wenn in Polen das geschehen wäre, was sich in Deutschland ereignet hat, dann hätten sich vielleicht innerhalb des polnischen Judentums selbst Stimmen gegen den Transfer erhoben. Aber in Polen gibt es 3 Millionen Juden, und es besteht die Möglichkeit eines politischen Kampfes. Anders in Deutschland: Dort ist kein Kampf möglich, und die Lage der deutschen Juden ist tragisch. Wir müssen ihnen helfen, und das ist das Ziel des Transfers.“<sup>102</sup>

Die jüdische Boykottbewegung gegen das nationalsozialistische Deutschland erlosch im Laufe der Jahre und wurde von der öffentlichen Tagesordnung gestrichen, als Deutschland seine wirtschaftliche und internationale Position konsolidiert hatte. Der Nichtangriffspakt zwischen Polen und Deutschland beschränkte die antideutschen Aktionen in Polen, während im Rahmen des von Deutschland und Polen im November 1935 unterzeichneten Wirtschaftsabkommens Deutschland die polnische Zusage erhalten konnte, gegen die antideutschen Boykottkomitees in Polen vorzugehen<sup>103</sup>. Das Transfer-Abkommen war während dieser Jahre, trotz der Schwierigkeiten bei der Implementierung, weiterhin gültig. Ursache der Umsetzungsprobleme des Abkommens war die Unfähigkeit des jungen Marktes in Palästina, den Umfang des jüdischen Vermögens in Waren und Gütern zu absorbieren. Infolgedessen versuchte man, ihn über Palästina hinaus auf den gesamten Nahen Osten auszudehnen. Dieser Versuch stieß auf erhebliche Probleme, unter anderem, weil er einen Bruch des jüdischen Boykotts in jenen Ländern darstellte. Trotz aller Bemühungen zur Erweiterung des Handelsbereiches blieb die Zahl der deutschen Juden, denen es gelang, ihr Vermögen mit Hilfe des Transfer-Abkommens einzulösen, gering.

Das Abkommen, das zwischen der *Jewish Agency* und der polnischen Regierung in Anlehnung an das Transfer-Abkommen in der zweiten Hälfte des Jahres 1936 ausgehandelt und 1937 unterzeichnet wurde, erhielt die Bezeichnung Clearing-Abkommen<sup>104</sup>. Ziel dieses Abkommens war es, jüdischen Emigranten aus Polen trotz polnischer Währungs- und Devisengesetze die Überführung ihres Besitzes nach Palästina zu ermöglichen, und zwar ebenfalls mittels des Erwerbs polnischer Waren. Im Unterschied zum Transfer-Abkommen sollte das Clearing-Abkommen einen

<sup>101</sup> Die Differenzierung geht auf Mendelsohn zurück, der die „heroische Position gegenüber den feindlichen Gojim“ dem „jüdisch-politischen Dogmatismus und Mangel an Realität“ gegenüberstellt: Mendelsohn, *Dilemma of Jewish Politics*, S. 215.

<sup>102</sup> CZA, Sitzungsprotokoll des zionistischen Exekutivrates in Jerusalem, 4. 4. 1935, S. 254.

<sup>103</sup> Hartglas, *Kampf polnischer Juden*, S. 148; Melzer, *Relations*, S. 203; Wislicki, *Jewish Boycott*, S. 284 f.

<sup>104</sup> CZA, S 46/289; Melzer, *No Way Out*, S. 140 ff., 151 f.

gegenseitigen Charakter tragen, d. h. es sollte einen Weg für den Warentransfer von Polen nach Palästina und umgekehrt eröffnen. Der Weg zu diesem Abkommen war gewunden, denn die *Jewish Agency* mußte sich den Forderungen der polnischen Seite stellen, die durch dieses Abkommen in die Politik der Zertifikatsverteilung eingreifen wollte. Zu weiteren Schwierigkeiten kam es aufgrund interner Auseinandersetzungen auf jüdischer Seite. Waren die Revisionisten noch während der Verhandlungen um das Transfer-Abkommen in breiter Front gegen den Transfer aufgetreten, so zeigten sie größtes Interesse am Clearing-Abkommen und versuchten, hier zu separaten Regelungen unter Umgehung der *Jewish Agency*, von der sie sich zuvor getrennt hatten, zu gelangen. Das Clearing-Abkommen entstand parallel zum Verfall des Status der Juden in Polen, wobei die Diskussionen um eine Evakuierung immer lauter wurden. Verhandlungsführer von seiten der *Jewish Agency* war Grünbaum, der darin seine düstere Vision von der „Flucht und der Exodusregelung“ verwirklicht zu sehen glaubte. Diese späten Entwicklungen in Polen zeigen nur allzu deutlich, wie bedauerlich hilflos die Boykottbewegung dem Pragmatismus des zionistischen Stils gegenüber letztlich war.

## VII. Zwischen NS-Brutalität, polnischer Diplomatie und deutsch-jüdischem Establishment

### 1. Die Ausweisung nach Zbanszyn: Eine Generalprobe

Am 31. März 1938 verabschiedeten beide Kammern des polnischen Parlaments ein Gesetz, das es dem polnischen Innenminister ermöglichte, Personen die polnische Staatsbürgerschaft zu entziehen, die länger als fünf Jahre außerhalb Polens gelebt oder gegen den polnischen Staat agitiert, die ihre Verbindungen mit der polnischen Administration oder dem polnischen Volk abgebrochen oder sich deutlich in einer den Ruf Polens schädigenden Weise verhalten hatten<sup>1</sup>. Weder im Gesetz noch in seiner Begründung werden Juden erwähnt, doch es war allseits bekannt, daß sich das Gesetz gegen die im Deutschen Reich lebenden polnischen Juden richtete<sup>2</sup>. Ausschlaggebende Faktoren für die Verabschiedung dieses Gesetzes waren die Annexion Österreichs durch NS-Deutschland und die daraus resultierende Befürchtung der polnischen Regierung, Tausende von polnischen Juden könnten aus den Gebieten (des ehemaligen) Österreichs nach Polen remigrieren<sup>3</sup>. Die polnischen Motive waren jedoch noch komplexer: Die Aktien der polnischen Raffinerien in Galizien befanden sich überwiegend im Besitz von Juden mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die infolge des „Anschlusses“ zu Staatsangehörigen des Deutschen Reiches geworden waren<sup>4</sup>. Die polnische Regierung befürchtete, Deutschland könne den jüdischen Besitz enteignen und so die Kontrolle über die polnischen Raffinerien erlangen. Als vorbeugende Maßnahme schlug der polnische Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, vor zu signalisieren, die polnische Regierung wolle sich gegenüber der Enteignung des Besitzes polnisch-jüdischer Bürger in Deutschland „passiv verhalten“. Im Gegenzug sollte sich die deutsche Regierung verpflichten, Juden nicht nach Polen auszuweisen und die im Besitz deutscher Staatsangehöriger befindlichen Aktien der polnischen Ölindustrie an Polen zu übergeben. Das polnische Außenministerium beschloß nach Beratungen mit dem Industrie- und Handelsministerium, sich im Hintergrund für die Ausbürgerung polnischer Juden in Deutschland einzusetzen, um so die Bedingungen zur Einziehung ihres Vermögens zu schaffen und die Übertragung der Ölakten an Polen im Rahmen eines gegenseitigen Vertrages einzuleiten. Die polnische Regierung verschob die Implementierung des Gesetzes

<sup>1</sup> Der Gesetzestext in: Wiener Library, Jewish Central Information Office, „Ausbürgerung polnischer Staatsbürger“, 613.

<sup>2</sup> Dies ergibt sich eindeutig aus einem Gespräch zwischen dem polnischen Botschafter in den Vereinigten Staaten und Vertretern des *Jüdischen Weltkongresses*: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 3896, Jerzy Potocki, Stephan Wise and Louis Lipski, 31. 3. 1938 in Washington. Dies wurde auch von der deutschen Botschaft in Warschau so verstanden: Jonca, Niemiecko Polski, S. 108f.

<sup>3</sup> Diner, *Auswanderung ohne Einwanderung*, S. 153.

<sup>4</sup> Melzer, *No Way out*, S. 122.

auf einen späteren Zeitpunkt und verschaffte sich so zunächst einen Handlungsspielraum. Möglicherweise hoffte sie, in Verhandlungen mit Deutschland über ein Clearing-Abkommen eintreten zu können<sup>5</sup>, vielleicht glaubte sie zunächst noch immer an die Möglichkeit einer beschleunigten polnisch-jüdischen Auswanderung infolge der bevorstehenden Evian-Konferenz<sup>6</sup>. Nachdem jedoch alle diese Erwartungen enttäuscht worden waren, gab der polnische Innenminister am 6. Oktober 1938 eine Anordnung heraus, der zufolge eine Kontrolle und eine einmalige Abstempelung aller polnischen Pässe bis zum 30. Oktober 1938 zu erfolgen hatte. Aufgrund der neuen Anordnung waren ausschließlich Besitzer derartig gestempelter und verlängerter Pässe berechtigt, künftig nach Polen einzureisen. Die polnischen Konsulate in Deutschland weigerten sich jedoch, vorgelegte Pässe abzustempeln. Nachdem der Intervention des deutschen Außenministeriums beim polnischen Außenminister, den genannten Termin zurückzunehmen oder sich zu verpflichten, auch in Zukunft polnischen Staatsbürgern ohne abgestempelten Paß die Einreise nach Polen zu erlauben, nicht entsprochen worden war<sup>7</sup>, wies SS-Führer Heinrich Himmler alle verantwortlichen Stellen an, präventiv und vor Ablauf des polnischen Ultimatums zu handeln; in einer einmaligen Aktion wies Deutschland in der Zeit vom Abend des 27. bis zum 29. Oktober 1938 17 000 polnische und staatenlose Juden polnischer Herkunft aus dem Reichsgebiet aus<sup>8</sup>.

Dieser Schritt der deutschen Seite war nicht ausschließlich eine Reaktion auf die polnische Politik. Im Verlauf der ersten Hälfte des Jahres 1938 hatte Deutschland generell mit kollektiven Ausweisungen ausländischer Juden begonnen. Insbesondere betroffen waren Juden mit russischer und rumänischer Staatsbürgerschaft<sup>9</sup>. Mit Polen jedoch wollte Deutschland Verhandlungen führen, die die wahren Absichten der Nationalsozialisten tarnen sollten: In Gesprächen des polnischen Botschafters in Deutschland, Lipski, mit Hitler und dem deutschen Außenminister, von Ribbentrop, gab die deutsche Seite im Laufe der Monate September und Oktober 1938 ihre Bereitschaft zu verstehen, mit Polen zu kooperieren und geeignete Zielländer für eine jüdische Emigration zu suchen<sup>10</sup>. Tatsächlich handelte es sich dabei um einen Köder, mit dem Polen zu territorialen Verzichten in Danzig und dem polnischen Korridor veranlaßt werden sollte<sup>11</sup>. Noch während der Verhandlungen beschloß Deutschland die Ausweisung von Juden mit polnischer Staatsbürgerschaft – eine Mahnung an die polnische Regierung, Deutschland sei durchaus in der Lage, das Problem der jüdischen Bevölkerung in Polen zu verschärfen, wenn Polen sich bei den diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland nicht flexibel zeige.

Am Abend des 27. Oktober 1938 wurden mit Hilfe der Polizei aufgrund von Namenslisten 17 000 polnische Juden in ganz Deutschland zusammengetrieben und

<sup>5</sup> Ebenda, S. 296. Dies ergibt sich auch aus einem Dokument des polnischen Außenministeriums: Akten zur deutschen Außenpolitik, Aide-Memoire des polnischen Außenministeriums am 27. 10. 1938, Dok. 52/34470–471, S. 97.

<sup>6</sup> Diner, Auswanderung ohne Einwanderung, S. 159.

<sup>7</sup> Maurer, Abschiebung, S. 59; Akten zur deutschen Außenpolitik, Der Leiter der Rechtsabteilung an die Botschaft in Warschau, 26. 10. 1938, Dok. 52/34469, S. 93.

<sup>8</sup> Maurer, Abschiebung; Milton, Expulsion; dies., Grenzen; Adler, Der verwaltete Mensch, Kap. 4; Bauer, Brother's Keeper, S. 243–252; Goldberg, Zwangsausweisung.

<sup>9</sup> Milton, Grenzen, S. 189 ff.

<sup>10</sup> Lipski, Diplomat in Berlin, S. 411 f., 458.

<sup>11</sup> Melzer, Polish Diplomacy, S. 229.

im Laufe von zwei Tagen über die polnische Grenze gebracht. Die Anordnungen zur Verhaftung der polnischen Juden und zur Ausführung der Aktion waren von Ort zu Ort verschieden: in großen Städten waren hauptsächlich Männer über 16 Jahre betroffen, in kleineren Ortschaften die gesamte jüdisch-polnische Bevölkerung. In den meisten Fällen wurde es den Betroffenen nur gestattet, wenig Gepäck und pro Person zehn Mark mitzunehmen. Bisweilen konnten sie persönliche Gegenstände und höhere Geldsummen mit sich führen. Sie wurden mit der Eisenbahn in die Nähe der polnischen Grenze gebracht und unter Drohung mit Gewehren über die grüne Grenze getrieben – ins Niemandsland zwischen den Staaten. Die polnischen Grenzposten reagierten unterschiedlich: manchmal gestatteten sie den Ausgewiesenen die Einreise nach Polen, manchmal nicht. Ein Teil der Menschen gelangte so auf polnisches Gebiet, andere verblieben im Niemandsland, einige kehrten nach Deutschland zurück, nachdem der Ausweisungsversuch auf Schwierigkeiten gestoßen war. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die polnische Grenzstadt Zbanszyn bekannt, in der sich 6000 jüdisch-polnische Ausgewiesene konzentrierten, denen die Einreise nach Polen verweigert worden war und die dort einige Monate unter schwersten Bedingungen zubringen mußten, während derer ihr Schicksal die Aufmerksamkeit der jüdischen Öffentlichkeit in aller Welt auf sich lenkte.

Die Ausweisungen wurden erst eingestellt, nachdem Polen seinerseits als Reaktion mit der Ausweisung deutscher Staatsbürger begonnen hatte. Am 2. November 1938 wurden dann Verhandlungen zwischen beiden Staaten über das Schicksal der Flüchtlinge aufgenommen, die durch das Attentat auf den deutschen Gesandtschaftsrat in Paris unterbrochen wurden. Ausgeübt wurde das Attentat von Herschel Grynszpan, dessen Eltern zu den Ausgewiesenen in Zbanszyn gehörten. Als Antwort auf dieses Attentat organisierten die NS-Behörden einen landesweiten Pogrom, die sogenannte „Reichskristallnacht“. Am Ende der Verhandlungen verpflichtete sich Polen aufgrund eines am 24. Januar 1939 unterzeichneten Vertrages, die Zusammenführung von in Deutschland lebenden Familienangehörigen mit ihren Verwandten in Polen zu gestatten. Im Gegenzug ermöglichte Deutschland den Ausgewiesenen die Rückkehr für einen auf acht Monate begrenzten Zeitraum, damit die Betroffenen ihre finanziellen Angelegenheiten regeln und ihre Unternehmen in Deutschland auflösen konnten. Bedingung war allerdings, daß jeweils nicht mehr als tausend Juden zurückkehrten. Außerdem sollte diese Aktion bis Ende Juni 1939 abgeschlossen werden. Deutschland verpflichtete sich, den Ausgewiesenen die Mitnahme ihres persönlichen Besitzes sowie der für ihre Berufsausübung notwendigen Gerätschaften zu gestatten. Beide Staaten kamen überein, ein gemeinsames Konto für die Auflösung des zurückgebliebenen Besitzes der so aus Deutschland Vertriebenen einzurichten. Trotz dieser Verpflichtungen setzte Deutschland während jener Monate die Ausweisung polnischer Juden aus seinem Gebiet, wenn auch in geringem Umfange, fort.

Das Verhalten des nationalsozialistischen Deutschlands den polnischen Juden gegenüber erklärt sich aus dem Gesamtkomplex der Außenbeziehungen des Reiches, insbesondere zum polnischen Nachbarn. Die Annexion Österreichs im März 1938 und die Kapitulation Frankreichs und Großbritanniens in der Frage des Sudetenlandes im September 1938 hatten der deutschen Außenpolitik zweifellos wichtige Signale gegeben. Die deutsche Regierung hatte verstanden, daß ihr außenpolitisch

kein Hindernis mehr in den Weg gelegt wurde. Das Zögern, das die auf der Evian-Konferenz vertretenen Länder im Hinblick auf eine Lösung der Frage der jüdischen Flüchtlinge aus Österreich und Deutschland zeigten, verstärkte den Eindruck, es existiere keine internationale aktive Lobby, die sich für den Schutz von Juden oder ihre Emigration einsetze. Die durch eine aggressive Emigrationspolitik herbeigeführten „Erfolge“ in Wien galten als schlagender Beweis für die eingesetzte Methode. Vor diesem Hintergrund also war es Ende 1938 deutlich, daß Deutschland die Absicht des polnischen Staates, Zehntausende von in Deutschland lebenden polnischen Juden auszubürgern und ihnen damit die Möglichkeit einer Rückkehr nach Polen oder der Emigration in andere Länder zu nehmen, nicht tatenlos hinnehmen würde.

Das einzige Hindernis im nahezu unbegrenzten Handlungsspielraum des Deutschen Reiches waren allerdings Schicksal und Status der deutschen Minderheit in Polen. Der notwendige Schutz dieser Minderheit war ein Pfand für den Schutz des Status von polnischen Juden und Christen in Deutschland. So reagierte Polen, wie erwähnt, zwei Tage nach der Ausweisung von polnischen Juden aus Deutschland mit der Deportation deutscher Bürger, zum Teil jüdischer Herkunft, aus den polnischen Gebieten Posens und Pommerns<sup>12</sup>.

Deutschland hatte bei der Ausweisungsaktion, zu der es nicht zuletzt durch die irreführenden Erwägungen polnischer Diplomatie gebracht worden war, einen maximalen Erfolg erzielt. Mit dem im Januar 1939 unterzeichneten deutsch-polnischen Abkommen hatte Deutschland zunächst alle seine Ziele erreicht. Ob die Vereinbarungen jedoch auch für die polnische Seite effektiv und sinnvoll waren, muß angezweifelt werden<sup>13</sup>. Ein bedeutender Teil des Besitzes, den die polnischen Juden in der ihnen in Deutschland zum Zwecke der Regelung und Auflösung ihrer Angelegenheiten zugestanden Zeit liquidieren sollten, wurde angesichts bürokratischer Schwierigkeiten und im Kontext der „Arisierung“ unter Zeitdruck und unter Wert veräußert. Die auf gemeinsamen deutsch-polnischen Konten eingezahlten Gewinne verblieben nach Kriegsausbruch in Deutschland. Auf diese Weise gelang es

<sup>12</sup> Akten zur deutschen Außenpolitik, Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei an den Chef der Reichskanzlei am 29. 10. 1938, Dok. Nr. 1522/373329–332, S. 98; Jonca, *Niemiecko Polski*, S. 114 f.; Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 875, Verbalnote des Auswärtigen Amtes Berlin an die polnische Botschaft am 22. 12. 1938. – Einen ähnlichen Schritt hatte Polen 1923 in Reaktion auf die Ausweisung polnischer Juden aus Bayern ergriffen; Maurer, *Ab-schiebung*, S. 55.

<sup>13</sup> Adler erkennt in dem Abkommen zwischen Deutschland und Polen die deutsche Bereitschaft, seine Politik gegenüber Juden – selbst zu einem so späten Zeitpunkt und nach der Reichspogromnacht – infolge der Intervention ausländischer Kräfte oder Regierungen zu mäßigen. Dies ist m.E. eine irrtümliche Interpretation des Abkommens, das praktisch sehr wohl den deutschen Interessen entgegenkam und sicherlich als ein Erfolg der deutschen Außenpolitik, keineswegs aber als Kapitulation vor externem Druck verstanden werden darf; Adler, *Der verwaltete Mensch*, S. 100. – Eine differenziertere Variante des gleichen Arguments bringt Maurer, *Attentat*, S. 72, die davon ausgeht, im Kontext der Ausweisungen polnischer Juden erweise sich, daß die deutsche Außenpolitik 1938 noch immer im Rahmen internationaler Sachzwänge handelte und bei der Ausweisung ausländischer Juden eher zögerte und auf äußere Umstände wartete, die eine Ausweisung als entsprechende Reaktion ermöglichten.

Deutschland, die Vertreibung der Juden geordnet, effektiv und gewinnbringend durchzuführen<sup>14</sup>.

Die Ausweisung nach Polen war die erste einer Reihe mehrerer kollektiver Ausweisungen, die die Nationalsozialisten in der Folge durchführen sollten. Sie erweist sich aus dem Rückblick als eine Art „Generalprobe“<sup>15</sup>. Sybil Milton geht davon aus, daß es sich um „den ersten Versuch in der Organisation technischer Details für spätere Ausweisungen nach 1941“ handelte<sup>16</sup>. Die Ausweisung nach Polen war auf jeden Fall ein Akt, an dem die verantwortlichen NS-Stellen im Laufe der Ereignisse des Oktobers 1938 erproben konnten, was sie bei späteren Vertreibungen einsetzen, auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt noch keine weiteren, ähnlichen Aktionen bewußt planten.

Eine der wichtigsten Lehren, die aus der „Polenaktion“ gezogen werden konnten, betraf die Arbeit der deutschen Polizei, die sich in hohem Maße als ungeeignet für die Durchführung derartiger Maßnahmen erwiesen hatte. Selbst die Betroffenen spürten eine gewisse Zurückhaltung und Rücksicht der deutschen Polizisten bei der Begegnung mit den Ausgewiesenen<sup>17</sup>, obwohl ihnen schwere Sanktionen für jede Rücksichtnahme oder Sympathie drohten:

„Auf den Stationen, wo wir hielten, baten wir die begleitenden Polizeibeamten, uns Milch für die kleinen Kinder zu kaufen. Sie weigerten sich, da sie strengen Befehl hatten, dies nicht zu tun. Als sich aber ein Polizeibeamter doch erweichen ließ und für ein krankes kleines Kind Milch brachte, durfte keiner der begleitenden Polizeibeamten den Bahnsteig an den Haltepunkten mehr betreten. Sie mußten in ihren Abteilen sitzen bleiben und einsam patrouillierte der Offizier auf und ab ...“<sup>18</sup>

Einer der Betroffenen berichtete seiner Schwester über eine gewisse Annäherung zwischen Polizisten und Ausgewiesenen, ja sogar über humorvolle Gespräche, die er zu schätzen wußte, nachdem er das Verhalten der SS-Männer – von ihm als „Verbrecher“ bezeichnet – kennengelernt hatte<sup>19</sup>. Auch in Leipzig zeigte die örtliche Polizei eine gewisse Flexibilität, indem sie es der Gemeinde ermöglichte, Personen freizubekommen, die mit Hilfe medizinischer Gutachten eines älteren jüdischen Sanitäters als nicht reisefähig erklärt wurden<sup>20</sup>. Aus anderen Berichten ergibt sich, daß

<sup>14</sup> Deutsch-polnische Verhandlungsdokumente: AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt 883; Beispiele für die Auflösung polnisch-jüdischen Besitzes in Deutschland: StA Leipzig, Devisen-Stelle – Leipzig 185; StA Hamburg, Oberfinanzpräsident 314–315, Sign: 42 U.A. 9, F-Vg 7651, 2071/39.

<sup>15</sup> Dieser Ausdruck wird von Hans Pomeranz, einem jüdischen Aktivisten der Gemeinde in Frankfurt, in seiner Aussage benutzt: YVA, 01/275, Dr. Hans Pomeranz. – Zur gleichen Zeit wurden Juden mit ungeklärter Staatsangehörigkeit aus dem Sudetenland, aus Ungarn und aus der Slowakei ausgewiesen. Sie wurden in Flüchtlingslagern im Grenzland untergebracht; Milton, Expulsion, S. 169.

<sup>16</sup> Milton, Grenzen; dies., Expulsion, S. 171–174; Maurer, Abschiebung, S. 71.

<sup>17</sup> Maurer, Abschiebung, S. 63.

<sup>18</sup> YVA, M-1/E-1903/1753, Josef Kohns, Leiter der *Jewish Historical Commission*, 28. 10. 1938.

<sup>19</sup> Brief Julius Rosenzweigs (Warschau) an seine jüngere Schwester Celia vom 19. 8. 1939; nach der Übersetzung bei Milton, Expulsion, S. 177f. Der Verfasser bemerkt u. a., als der Transport in der Kleinstadt Beuthen hielt und die jüdische Ortsgemeinde Nahrungsmittel und Getränke zur Verfügung stellte, hätten die deutschen Polizisten mit den Ausgewiesenen zusammen gegessen.

<sup>20</sup> StA Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11180, Der Polizeipräsident zu Leipzig an den Kreishauptmann zu Leipzig am 26. 11. 1938. Nach zuverlässigen Aussagen fragte der Poli-

weniger disziplinierte deutsche Polizisten das Geld der Ausgewiesenen beschlagnahmten und in die eigene Tasche steckten<sup>21</sup>. Aus Oberschlesien wurde berichtet, daß die Ausweisung unter gemeinsamer Kontrolle von SS und SA durchgeführt wurde, da sich auch die SA als unzuverlässig erwiesen und Raub an den Ausgewiesenen nicht verhindert hatte<sup>22</sup>.

In Leipzig kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Gestapo und der SS sowie der örtlichen Polizei. Schon am Nachmittag des 27. Oktober 1938 hatte die Leipziger Polizei die Anweisung erhalten, polnische Juden aus der Stadt auszuweisen. Infolge des Legalismus der Polizeiführung verzögerte sich die Ausweisung um einige Stunden und wurde erst für den Morgen des 28. Oktober angesetzt<sup>23</sup>. Diese Verzögerung hätte keine weiteren Auswirkungen gehabt, wenn der polnische Konsul in Leipzig nicht in der Zwischenzeit Informationen über die in Gang befindliche Deportationsaktion erhalten hätte. Er rief die Juden Leipzigs auf, ihre Dokumente zu verbrennen und sich auf dem Konsulatsgelände zu versammeln, das er ihnen öffnete. Hunderte von Juden kamen zum Konsulat und fanden auf diesem polnischen Territorium Schutz und Zuflucht. Die Gestapo reagierte mit heftiger Kritik an der mangelnden Funktionstüchtigkeit der lokalen Polizei und der Unfähigkeit des lokalen Polizeikommandanten, derartige Sonderaktionen durchzuführen. Die SS bewies hingegen bei der „Polenaktion“ äußerste Effizienz, Entschlossenheit und Grausamkeit gegenüber den Ausgewiesenen. Dieses Verhalten unterstrich ohne Zweifel ihr Image als eine Organisation, die sich der Zivilbevölkerung gegenüber ohne jegliche Rücksichten verhielt. Es festigte die Position der SS bei späteren Vertreibungs- und Mordaktionen<sup>24</sup>.

Die Ausweisung polnischer Juden aus Deutschland Ende 1938 war darüber hinaus der erste Fall einer kollektiven Massenausweisung aus Deutschland unter dem NS-Regime, der es den Regierungsstellen ermöglichte, das gesamte Spektrum möglicher Reaktionen der deutschen Öffentlichkeit zu testen, da er sich in der Öffentlichkeit abspielte und nicht im Verborgenen. Die Ausgewiesenen wurden auf den Straßen aufgegriffen oder aus Wohnhäusern herausgeholt, sie wurden durch die Straßen geführt und bestiegen auf den von Menschen belebten Bahnhöfen die Eisenbahnwaggons. Ein Ausgewiesener aus Chemnitz beschrieb seinen Weg zur Eisenbahn:

„Als wir hinaus auf die Straße kamen, regnete es fürchterlich. Im Treppenhaus und auf der Straße standen Menschen herum und guckten, andere schauten aus ihren Fenstern. Wir wurden auf Polizeiautos verfrachtet und eiligst zum Bahnhof gefahren. Auch hier standen Menschen und sahen alles, aber es waren auch Juden da, die sich verabschieden wollten.“<sup>25</sup>

zeihauptmann das Wohlfahrtsamt der jüdischen Gemeinde in Leipzig, ob sie alle Ausgewiesenen freistellen könnten, nahm jedoch nicht aktiv an der Wahl der Betroffenen teil: YVA, 01/147, Martin Altertum, Das Socialamt der Jüdischen Gemeinde in Leipzig.

<sup>21</sup> SoPaDe, November, Berlin, 1185–86.

<sup>22</sup> SoPaDe, Oberschlesien, November 1938, A 37, 1196.

<sup>23</sup> Zum Verlauf der Ereignisse in Leipzig aus der Perspektive der Polizei: StA Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11180, Polizeipräsident zu Leipzig an den Kreishauptmann zu Leipzig am 26. 11. 1938; Geheime Staatspolizei (Dresden) an den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern am 9. 11. 1938.

<sup>24</sup> Diner, Auswanderung ohne Einwanderung, S. 160.

<sup>25</sup> Julius Rosenzweig bei: Milton, Expulsion, S. 177.



Angesichts der allgemeinen Indifferenz der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der antijüdischen NS-Politik im Jahre 1938<sup>26</sup> gab es keinerlei Grund, empathische Gefühle für Juden oder gar Widerstand gegen die Ausweisungen unter der deutschen Bevölkerung zu fürchten<sup>27</sup>. Dennoch versuchten die Behörden die Aktion so weit wie möglich im Verborgenen durchzuführen. Den Ausgewiesenen wurde befohlen, die Fenster der Eisenbahnwaggons zu schließen oder ins Innere der Wagen zurückzutreten. Oft wurden sie mit Waffengewalt von den Fenstern ferngehalten. In manchen Fällen waren die Waggons versiegelt<sup>28</sup>.

Während sich die deutsche Gesellschaft gegenüber den Ausgewiesenen weitgehend gleichgültig verhielt, mußten sich die Behörden mit eventuellen wirtschaftlichen Konsequenzen der Ausweisung für deutsche Bürger auseinandersetzen<sup>29</sup>. Die überstürzten Ausweisungen verursachten verschiedene Probleme. Viele der Ausgewiesenen waren nicht in der Lage, ihre finanziellen Außenstände bei Angestellten, Vermietern oder anderen Privatpersonen zu begleichen. Bisweilen kam es zu Übergriffen, bei denen Angehörige der *Deutschen Arbeitsfront* sich des Besitzes der Ausgewiesenen mit dem Argument bemächtigten, sie würden die den Arbeitern zustehenden Außenstände eintreiben<sup>30</sup>. Auch mußte die Frage der Verfügung über die Wohnungen der Ausgewiesenen beantwortet werden, und zwar sowohl im Hinblick auf die Vermieter als auch die vielen Wohnungssuchenden, die sich für die verlassenen Wohnungen zu interessieren begannen. Ebenso mußte über den in den Wohnungen verbliebenen Besitz entschieden werden. In Sachsen z.B. gaben die Gerichte dem Druck nach und stellten die Wohnungen der Ausgewiesenen für eine Versteigerung frei<sup>31</sup>, zum Mißfallen des deutschen Auswärtigen Amts, das Schadensersatzforderungen befürchtete. Hier kam es zu Interventionen der jüdischen Gemeinden.

Aus den Aussagen zahlreicher Ausgewiesener ergibt sich, daß die jüdischen Gemeinden den Betroffenen an jedem Ort hilfreich zur Seite standen. Dieser Hilfsbereitschaft kommt in den Erinnerungen der Betroffenen große Bedeutung zu, weil sie der einzige Lichtblick in dem Alptraum der Ausweisung war und wohl auch, weil dieses Verhalten im krassen Gegensatz zu einer gewissen Distanz stand, die viele der osteuropäischen Juden in Deutschland bis dahin seitens der altansässigen Juden ihnen gegenüber verspürt hatten. Ein zionistischer Aktivist aus Frankfurt berichtete, zur Stunde der Ausweisung aus Frankfurt seien alle Gegensätze und gesellschaftlichen Unterschiede zwischen ansässigen und ausgewiesenen Juden fortgefallen: „Auch die assimilierten Kreise, die sich damals insbesondere um den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten scharten, verstanden, daß es sich hierbei um eine Ge-

<sup>26</sup> Siehe dazu: Bankier, *Öffentliche Meinung*, S. 113 ff.

<sup>27</sup> Dr. Eschelbacher, der die Vertreibung von Juden aus Düsseldorf beobachtete, beschrieb die Reaktion der Straße mit den Worten: „Die Menge auf der Straße war totenstill, aber gelegentlich hörte man doch boshafte und hämische Bemerkungen.“ – YVA, 02/23.

<sup>28</sup> YVA, 02/427, Die „Polenaktion“; 02/486, Brief eines im Zuge der „Polenaktion“ deportierten Berliner Juden, Krakau, 1. 11. 1938; 01/170, Brief von Mary Sprei, 14. 11. 1938, Krakau.

<sup>29</sup> StA Dresden, Ministerium des Innern Nr. 11180, Reichshauptmann zu Leipzig an den Sächsischen Minister des Innern zu Dresden, 29. 10. 1938.

<sup>30</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 875, Unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nr. N51a/365.

<sup>31</sup> StA Dresden, Ministerium des Innern Nr. 11180, Sächsischer Minister des Innern an Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, 2. 12. 1938.

neralprobe handelte.“<sup>32</sup> Ein Ausgewiesener sah den Grund der Hilfsbereitschaft ebenfalls in der Erkenntnis, daß es sich um „ein Vorspiel für das ihnen (den deutschen Juden) drohende Schicksal“ handle, und nicht in der Aufhebung der Spannungen und Gegensätze zwischen west- und osteuropäischen Juden, die seiner Ansicht nach auch in Deutschland keineswegs verschwunden waren<sup>33</sup>. Und eine betroffene Frau schrieb, man müsse zwei Punkte hinsichtlich der seit Generationen in Deutschland verwurzelten Juden hervorheben: Sie hätten der osteuropäisch-jüdischen Gemeinde gegenüber stets eine gewisse Distanz gezeigt. In der Stunde der Not jedoch seien sie über ihren Schatten gesprungen und hätten ihren bedürftigen Glaubensbrüdern geholfen, sie hätten den Internierten Lebensmittel gebracht und für Rat und Trost gesorgt<sup>34</sup>. Dieses Verhalten war also nicht das Ergebnis eines langsame Prozesses des Abbaus der trennenden Grenzen. Vielmehr war ein dramatisches Ereignis notwendig gewesen, um die Gemeinden aufzurütteln und derartig starke Reaktionen von Sympathie, Mitleid und Unterstützung hervorzurufen, deren Wurzeln in dem Wissen lagen, auch ihnen, den deutschen Juden, könnte in Zukunft ein ähnliches Schicksal drohen.

Die Ausgewiesenen wurden aus ihren Wohnungen geholt, ohne daß sie Gelegenheit hatten, sich auf die Reise vorzubereiten. Anschließend wurden sie stundenlang an Sammelpunkten in den Städten festgehalten. Daher ergab sich dringend die Notwendigkeit, sie schnell mit Lebensmitteln zu versorgen. Viele Gemeinden verpflegten die Ausgewiesenen, erwarben das Notwendigste mit Geld der Gemeindekassen und stellten Lebensmittel für die weitere Fahrt zur Verfügung<sup>35</sup>. Die Gemeinden verteilten auch Bargeld unter den Ausgewiesenen, die in vielen Fällen keinen Pfennig in der Tasche hatten<sup>36</sup>. Oft holte die Gemeinde Ärzte herbei, die Gebrechlichen und Schwachen Reiseunfähigkeit attestieren sollten<sup>37</sup>. Manche Polizeipräsidenten hielten es für richtig, die Hilfe der jüdischen Gemeinden für die Ausgewiesenen in ihren Berichten an vorgesetzte Dienststellen hervorzuheben<sup>38</sup>, eine Hilfe, die, so ergibt sich aus den Berichten der Leipziger Polizei, im Rahmen der ordnungsgemäßen Abwicklung der Ausweisungen gewährt wurde<sup>39</sup>. Darüber hinaus übernahmen viele Gemeinden die Schulden der abgeschobenen Personen, ordneten deren Besitz und Geschäfte und kümmerten sich um die Wohnungen. Es ist relativ schwierig, die Abläufe im einzelnen zu rekonstruieren; es hat jedoch den Anschein, als ob die zu-

<sup>32</sup> YVA, 01/275, Dr. Hans Pomeranz.

<sup>33</sup> YVA, 02/546, Erich Cohn, Before and after the November Pogrom 1938, (Delft, Holland), 22. 11. 1938.

<sup>34</sup> YVA, 08/19, Aussage Ellen Trotzki.

<sup>35</sup> StA Hamburg, Handschriftensammlung, 1374, Die Situation der jüdischen Bevölkerung Hamburgs im Dritten Reich, Interview von Christel Riecke mit Dr. Max Plaut, März 1973; YVA, 02/23, Rabbiner Dr. Eschelbacher, Das Pogrom vom 10. November 1938 in Düsseldorf.

<sup>36</sup> YVA, 01/147, Martin Altermum, Das Socialamt der Jüdischen Gemeinde in Leipzig. Viele betrachteten diese Geldverteilung spöttisch: „Zum Geldnehmen aber meldete sich keiner, was konnte uns Geld in solcher Lage schon helfen?“ – YVA, M-1/E-1903/1753, Josef Kohns, Leiter der *Jewish Historical Commission*, 28. 10. 1938.

<sup>37</sup> YVA, 01/147, Martin Altermum, Das Socialamt der Jüdischen Gemeinde in Leipzig.

<sup>38</sup> StA Dresden, Ministerium des Innern Nr. 11180, Der Polizeipräsident zu Chemnitz an den Sächsischen Minister des Innern, 29. 10. 1938.

<sup>39</sup> StA Dresden, Ministerium des Innern Nr. 11180, Der Polizeipräsident zu Leipzig an den Sächsischen Minister des Innern, 29. 10. 1938.

nächst spontan gezeigte Bereitschaft der Gemeinden, die Besitzverhältnisse der Ausgewiesenen zu ordnen, von den NS-Behörden bald in eine Pflicht umgemünzt wurde<sup>40</sup>. Max Plaut von der Führung der jüdischen Gemeinde in Hamburg berichtet in seinen Erinnerungen, er habe damals an dem Sammelpunkt in Hamburg von den Betroffenen Vollmachten für deren Besitz erhalten<sup>41</sup>. Der ehemalige Rabbiner der Düsseldorfer Gemeinde, Dr. Eschelbacher, berichtet ebenfalls, die Ausgewiesenen hätten sich an ihn gewandt. Sie „sprachen von ihren Wohnungen, ihren Außenständen, ihren Schulden, von den Sachen, die ihnen zur Reparatur übergeben waren, von Verwandten im Ausland, die um ein Affidavit angegangen, von Verwandten in Polen, die benachrichtigt werden sollten, sie gaben Aufträge für den polnischen Konsul“. Gleichzeitig aber erhielt er von der Düsseldorfer Polizei „die Liste der Abgeschobenen, sodaß wir uns um die Wohnungen kümmern konnten. Es mußte Vorsorge getroffen werden für den Fall, daß sie gekündigt wurden, die Schlüssel mußten verwahrt werden.“ Im Verlauf der Ausweisungsaktion, insbesondere jedoch danach, mußten sich die jüdischen Gemeinden um den Besitz der Ausgewiesenen kümmern<sup>42</sup>. Als nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Polen und Deutschland die ersten Juden für kurze Zeit nach Deutschland zurückkamen, um ihre Angelegenheiten zu ordnen, übernahmen die jüdischen Gemeinden auch die Reisekosten innerhalb Deutschlands<sup>43</sup>. Es war eine unerhörte Belastung der ohnehin nahezu leeren Kassen der Gemeinden, die seit langem des Rechtes beraubt waren, Gemeindesteuern einzuziehen<sup>44</sup>. Die deutschen Behörden machten jedoch keinerlei Anstalten, die Gemeinden von dieser Belastung zu befreien<sup>45</sup>.

Die jüdischen Gemeinden in Deutschland spielten also eine zentrale Rolle während der Ausweisung und in den Wochen danach. Sie halfen aus dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung gegenüber den ausgewiesenen Mitgliedern der Gemeinde. Die Möglichkeit eines aktiven jüdischen Widerstandes wurde nicht erwogen. Sie entbehrte jeglicher Grundlage. Gleichzeitig konnten sich die deutschen Behörden überzeugen, daß angesichts des fehlenden Widerstands der Ausgewiesenen entsprechende Aktionen in Deutschland mit einem Minimum an Polizeikontrolle

<sup>40</sup> Adler, *Der verwaltete Mensch*, S. 94; Maurer, *Abschiebung*, S. 64.

<sup>41</sup> StA Hamburg, *Die Situation der jüdischen Bevölkerung Hamburgs im Dritten Reich*, Interview von Christel Riecke mit Dr. Max Plaut, März 1973.

<sup>42</sup> Dies ergibt sich aus der Darstellung der Arbeit des jüdischen Wohlfahrtsamtes in Frankfurt: Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden, zitiert bei: Adler, *Der verwaltete Mensch*, S. 97. Auch die Berliner Gemeinde übernahm die Kosten für die Rückführung eines Teils der Ausgewiesenen sowie die Kosten für die Rückkehr in Wohnungen und Häuser. YVA, 02/546, Erich Cohn, *Before and after the November Pogrom 1938* (Delft, Holland, 22. 11. 1938).

<sup>43</sup> CAHJP, Inv. 6528 (207), Gemeinde Darmstadt.

<sup>44</sup> Interessant ist die Einschätzung der Situation durch die Gestapo in Dresden-Bautzen: „Die Israelit. Rel. Gem. andererseits kann auf keinen Fall die Kosten für Unterhalt und für Rückfahrt übernehmen. Die polnischen Juden waren die schlechtesten jüdischen Gemeindesteu-erzahler, niemand hat sie zurückgerufen und eine [...] ihrer Wünsche wäre für die jüdische Gemeinde [eine] untragbare Belastung.“ – StA Dresden, Ministerium des Innern, Nr. 11180, Sicherheitsdienst des Reichsführer SS, SD-Dresden-Bautzen, 5. 5. 1939.

<sup>45</sup> Brief des SS-Obergruppenführers Bestof an den Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Berlin, 8. 7. 1939, zitiert bei: Milton, *Expulsion*, S. 198.

durchzuführen waren<sup>46</sup>. Die spontane und effektive Hilfsbereitschaft der Mitglieder jüdischer Gemeinden, das einzig denkbare Verhalten angesichts der gegebenen Umstände, unterstützte tragischerweise den Apparat des NS-Regimes und zeigte, in wie zynischer Weise jüdische Solidarität ausgenutzt wurde, um Maßnahmen gegen Juden effektiv und mit maximalem Ergebnis durchzuführen.

## 2. Die Ausgewiesenen in Polen: Ein Fehlschlag polnischer Diplomatie

Die aus Deutschland ausgewiesenen Juden waren ihrer Herkunft bzw. in der Regel ihrer Staatsbürgerschaft nach Polen, doch viele von ihnen beherrschten die polnische Sprache nicht. Teilweise waren sie noch nie in Polen gewesen, oder ihre Sitten und Gebräuche waren – nach jahrzehntelangem Aufenthalt in Deutschland – den polnischen entfremdet. Sie waren Fremde, „Spielball zwischen den Völkern und gleichzeitig Schachfiguren, leblos im Kontext des Politik genannten Spiels“<sup>47</sup>. Sie kamen in ein Land, das seit Jahren eine ausdrücklich antisemitische Politik betrieb, die von breiten Schichten des Volkes unterstützt wurde. Die Ausweisung selbst wurde von Deutschen durchgeführt, sie war jedoch auch eine konsequente Folge der antijüdischen Politik Polens. Trotzdem, entgegen aller Erwartung, nahm die polnische Bevölkerung die Abgeschobenen äußerst freundlich auf<sup>48</sup>. Dieser Umstand, den die Forschung bislang kaum zur Kenntnis genommen hat, zeigt sich in vielen Berichten.

Zirka 4000 Juden überschritten in der Region Beuthen die Grenze nach Polen und gelangten nach Kattowitz, einer Stadt, die in der Vergangenheit geradezu zum Inbegriff eines gewalttätigen Antisemitismus geworden war<sup>49</sup>. Statt auf Feindseligkeit trafen die Ausgewiesenen dort jedoch auf menschliche Zuneigung. Der Leiter des *Joint* in Polen, Giterman, war von den Sympathiekundgebungen der polnischen Bevölkerung beeindruckt und fühlte sich dadurch in seinem positiven Menschbild bestärkt:

„Dies ist ein weiteres Zeichen dafür, daß dort, wo Haß nicht künstlich gefördert wird, die spontane Reaktion gegen Brutalität durch und durch menschlich ist. Im antisemitischen Kattowitz, wo sich Tausende von Flüchtlingen in den Straßen und Bahnhöfen fanden, habe ich ... nicht das kleinste Anzeichen von Antisemitismus bemerken können. Es ist bemerkenswert, daß einige Christen den Flüchtlingen sogar Geschenke überreichten.“<sup>50</sup>

In der Stadt Zbanszyn, in der sich in den ersten Wochen mehr als 6000 Flüchtlinge aufhielten, zeigte sich die einheimische Bevölkerung ebenfalls spontan hilfsbereit, stellte Zimmer zur Verfügung und half bei der Versorgung der Kinder<sup>51</sup>. Das Phänomen überraschte und beschäftigte die Leiter des *Joint*, die die Hilfsaktionen in

<sup>46</sup> Darauf weist Abraham Margalio, der im Alter von 16 Jahren aus Hamburg ausgewiesen wurde, in seiner Aussage hin: YVA, 03/9/15.

<sup>47</sup> *Jüdisches Gemeindeblatt Danzig*, Nr. 7, 4. 11. 1938.

<sup>48</sup> Melzer, *No Way Out*, S. 124.

<sup>49</sup> Milton, *Expulsion*, S. 171.

<sup>50</sup> JDC, Folder 878, *Jews Exiled from Germany to Poland*, December 1938.

<sup>51</sup> JDC, Folder 878, Bericht von Herrn Hellman, 10. 11. 1938.

Zbanszyn koordinierten. Sie suchten in ihrer grenzenlosen Überraschung nach Erklärungen für die polnische Hilfsbereitschaft<sup>52</sup>. Manche sahen die Ursache im urbanen Erscheinungsbild und Verhalten der Ausgewiesenen. „Diese Flüchtlinge“, so hieß es in einem Bericht, „kamen aus den großen Städten Deutschlands, zum Beispiel aus Berlin, Hamburg, Hannover, Köln, Düsseldorf usw.“ Ein anderer Bericht, der einige Monate nach der Ausweisungsaktion erstellt worden war, hob den wirtschaftlichen Gewinn hervor, den die großstädtischen Flüchtlinge für die unterentwickelte Ortschaft Zbanszyn gebracht hätten<sup>53</sup>. Vielleicht war es der besondere Charakter der Ausgewiesenen, das Fremde, das viele von ihnen in ihrer Kleidung, ihrer Sprache und ihrem Verhalten vermittelten, das sich von dem in Polen üblichen Bild der jüdischen Bevölkerung unterschied und sie vor antisemitischen Ausschreitungen schützte. Die Ausgewiesenen verfügten über eine nicht geringe Kaufkraft, von der die einheimische Bevölkerung profitierte. Auch dies trug dazu bei, daß sie mit Wohlwollen aufgenommen wurden. Darüber hinaus war die Atmosphäre des in Polen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges – also gegen Ende 1938, Anfang 1939 – herrschenden Antisemitismus sowohl in Regierungskreisen als auch in der Bevölkerung in eine antideutsche Haltung umgeschlagen. Die Ausgewiesenen wurden daher vor allem als Opfer der deutschen Gewalt betrachtet<sup>54</sup>.

Wie reagierte der polnische Staat auf die Situation, zu deren Entstehung er wesentlich beigetragen hatte? 4000 Juden, die die Grenze zwischen Beuthen und Kattowitz überschritten hatten, erhielten vom Gouverneur des Bezirks Schlesien die Genehmigung – und Unterstützung –, Schlesien zu verlassen und ins Innere Polens weiterzuziehen<sup>55</sup>. Auch von den kleinen Grenzübergängen zogen jüdische Flüchtlinge ins Landesinnere. An anderen Orten wurde dem Flüchtlingsstrom Einhalt geboten, so daß sich die Ausgewiesenen in den Grenzorten konzentrierten<sup>56</sup>. Der wichtigste davon war Zbanszyn. Möglicherweise beabsichtigten die polnischen Behörden zunächst, die Deutschen durch Verhandlungen zu einer Wiederaufnahme der ausgewiesenen Personen in Deutschland zu bringen<sup>57</sup>. Die polnische Diplomatie war zu keinem Kompromiß bereit und mußte angesichts der Situation der Flüchtlinge auf polnischem Gebiet reagieren. Der Repräsentant des *Joint* befürchtete

<sup>52</sup> JDC, Folder 878, Bericht über einen Besuch in Zbanszyn, 13.–14. 11. 1938.

<sup>53</sup> JDC, Folder 878, Summary Report on an Inspection Tour to Zbanszyn on July 17, 1939, by Mr. Leon Alter, Director of the JEAS, Warschau.

<sup>54</sup> Zur Mäßigung des polnischen Antisemitismus in jener Zeit siehe die Aussage eines Betroffenen: „Die Bevölkerung war sehr hilfsbereit und hat auch Flüchtlinge aufgenommen, teilweise ohne Bezahlung und für geringe Vergütung. [...] Die Bevölkerung ist sehr deutschfeindlich. Nur in einer Wirtschaft war fast immer der deutsche Sender angestellt. Auch die polnischen Beamten waren anständig, aber böse darüber, daß kein polnisch gesprochen wurde.“ – YVA, 02/427, Die „Polenaktion“. – In einem Briefe Emmanuel Ringelblums, einer der Leiter des *Joint*-Komitees für Zbanszyn, an einen Betroffenen, der inzwischen nach Palästina emigriert war, heißt es: „Die Distanzierung unseres westlichen Nachbarn machte sich bei uns in einer vorläufigen Abschwächung des Antisemitismus bemerkbar. Auf jeden Fall ereignen sich derartige Phänomene, wie es sie in der Zeit gab, in der ich in Polen war, jetzt nicht mehr.“ – Brief E. Ringelblums an Arnon Fishman-Tamir bei: Mahler, Ringelblum Letters, S. 28 f.

<sup>55</sup> JDC, Folder 878, Jews Exiled from Germany to Poland, December 1938.

<sup>56</sup> Maurer, Abschiebung, S. 65.

<sup>57</sup> Tomaszewsky, Zbanszyn, S. 228.

tete, die polnische Regierung könnte die Ausgewiesenen in Konzentrationslagern sammeln<sup>58</sup>.

Schließlich entschied sich Polen, aus der entstandenen Situation den größtmöglichen Nutzen zu ziehen und die Ausgewiesenen in Zbanszyn zu instrumentalisieren, um das Problem der jüdischen Emigration – nach dem Scheitern der Evian-Konferenz – erneut auf die internationale Tagesordnung zu bringen. Zu diesem Zwecke übten polnische Diplomaten in Washington, Den Haag und London Druck auf die jeweiligen Regierungen aus, um eine Aufnahme der Flüchtlinge in diesen und anderen Ländern zu erreichen. Sollten die Forderungen der polnischen Regierung nicht erfüllt werden, erklärten sie, werde sie antisemitische Ausbrüche in allen Regionen Polens initiieren<sup>59</sup>. Parallel zu diesen Bemühungen auf diplomatischer Ebene begann die polnische Regierung, die Juden Polens für ihre Absichten einzuspannen<sup>60</sup>. Sie forderte von jüdischen Organisationen in Polen, Telegramme an jüdische Organisationen in aller Welt (*American-Jewish Committee, Jewish-American Congress, Jewish Board of Deputies* in London, *Alliance Israélite Universelle* u. a.) zu senden und die irreführende Information zu verbreiten, Polen helfe den Ausgewiesenen und fordere, im Gegenzug die polnischen Juden in die Hilfsprogramme für deutsche Juden einzuschließen. Einige Tage später trug die polnische Regierung der jüdischen Führung in Polen auf, ein *Jüdisches Komitee für Emigration und Kolonisierung* zu errichten, dem Professor Schorr vorstehen sollte.

Die polnische Regierung wollte mit diesen Maßnahmen den Eindruck erwecken, die polnischen Juden identifizierten sich mit dem Evakuierungsprogramm der Regierung. Die jüdische Presse in Polen, der der Zwangscharakter der Maßnahmen verborgen geblieben war, trat mit heftiger Kritik hervor, was die Regierung jedoch nicht hinderte, derartige Aktivitäten fortzusetzen. Einige Tage später wurden Schorr und andere Vertreter von der polnischen Regierung vorgeladen, wo ihnen mitgeteilt wurde, sie hätten Filialen des *Jüdischen Komitees für Emigration und Kolonisierung* in ganz Polen aufzubauen und eine Landeskonferenz einzuberufen, die alle Juden in Polen aufrufen sollte, insgesamt drei Millionen Zloty für die Emigrationsmaßnahmen aufzubringen. Gleichzeitig gründete die Regierung eine nichtjüdische Organisation namens *Freunde des Emigrationsplans nach Madagaskar*. Darüber hinaus lud die polnische Regierung jüdische Führungspersönlichkeiten vor und drohte ihnen, wenn „der Preis, den Deutschland für die Brutalität gegen Juden erhalte, darin bestehe, daß Juden aus diesem Land entfernt werden, so bleibe Polen

<sup>58</sup> JDC, Folder 878, Bericht Hellman, 10. 11. 1938. – Polnische Nachrichtenagenturen verbreiteten Gerüchte über die Bereitschaft der polnischen Regierung, polnische Juden aus Wien, die trotz des Gesetzes über die Erneuerung der Staatsangehörigkeit auf polnisches Gebiet gelangt waren, in dem Konzentrationslager Bereza Kartuska zu internieren; Bauer, *Brother's Keeper*, S. 244.

<sup>59</sup> Brief Herbert von Dirksens (Ribbentrops Nachfolger als deutscher Botschafter in London) an Ernst Wörmann, den zweiten Mann in der deutschen Botschaft in London, London, 30. 11. 1938, bei: Milton, *Expulsion*, S. 189. – Die polnischen Versuche, dem Unterkomitee für Flüchtlingsfragen der Evian-Konferenz die Diskussion der Frage der aus Deutschland Abgeschobenen aufzuzwingen, war nicht erfolgreich: Maurer, *Abschiebung*, S. 67.

<sup>60</sup> Die Informationen über die Aktivitäten der polnischen Regierung innerhalb Polens stützen sich auf den *Joint*-Bericht JDC, Folder 793, *Situation of the Jews in Poland*, 29. 11. 1938, sowie Bauer, *Brother's Keeper*, S. 247 ff.

nichts anderes übrig, als zu ähnlichen Methoden im Hinblick auf die jüdische Emigration aus Polen zu greifen“<sup>61</sup>.

Die gleichen Absichten verfolgte die polnische Regierung mit ihrer Informationspolitik über die Ereignisse in Zbanszyn. Während es in den ersten Tagen der Presse verboten worden war, über die Lage in der Grenzstadt zu berichten, fiel kurz darauf in Übereinstimmung mit der neuen politischen Linie die Entscheidung, Zbanszyn zu Propagandazwecken zu instrumentalisieren. Polnische Journalisten wurden eingeladen, als Beobachter die Verhältnisse im Flüchtlingslager zu schildern, wobei sie vom polnischen Außenministerium auf einer eigens für nichtjüdische Journalisten eingerichteten Pressekonferenz angewiesen wurden, den Akzent in ihren Berichten auf das Emigrationsproblem in Polen zu setzen. Polen könne sich gegenüber der jüdischen Bevölkerung nicht mehr tolerant verhalten, wenn dies die Juden ermutige, in Polen zu verbleiben, während gleichzeitig Deutschland sich seiner jüdischen Bevölkerung mit internationaler Hilfe entledige, indem es Juden rücksichtslos behandle<sup>62</sup>. Wie schon in der Vergangenheit sollte die Diskussion um die Emigration gleichermaßen innen- wie außenpolitischen Zwecken der polnischen Regierung dienen. Emmanuel Ringelblum<sup>63</sup>, der sich im Auftrag des *Joint* in Zbanszyn aufhielt, war überzeugt, die polnische Regierung habe ihre Intention geändert, es gehe ihr nicht mehr um eine Machtdemonstration gegenüber Deutschland, sondern um „Propagandamittel gegen die Anhänger der *Endecja*“<sup>64</sup>.

Gleichzeitig weigerte sich Polen, Ansätze konstruktiven Handelns zu demonstrieren, um die Chancen der Emigration für polnische Juden aus Deutschland zu verbessern. Der polnische Botschafter in Deutschland, Lipski, informierte den polnischen Außenminister Beck, seit Mitte November 1938 würden nur noch selten polnische Pässe von Juden in Deutschland gestempelt und das Gesetz gegen die Erneuerung der Staatsbürgerschaft werde im März in Kraft treten<sup>65</sup>. Die Weigerung der polnischen Konsulate aber, die Pässe zu verlängern, schränkte die Einwanderungsmöglichkeiten in die Vereinigten Staaten ebenso ein wie die nach Palästina zu emigrieren<sup>66</sup>. Am 24. Januar 1939 unterzeichnete Polen ein Abkommen mit Deutschland, in dem es sich verpflichtete, den Ausgewiesenen, die zur Regelungen ihrer finanziellen Angelegenheiten nach Deutschland gefahren waren, die Rückkehr nach Polen zu gestatten und den in Deutschland zurückgebliebenen Familienangehörigen eine Zusammenführung mit ihren Verwandten in Polen zu ermöglichen. Deutschland seinerseits setzte die Ausweisung einzelner polnischer Juden über die grüne Grenze nach Polen fort<sup>67</sup>.

Es ist kaum verständlich, warum die polnische Regierung unter den beschriebenen Umständen die Abgeschobenen weiterhin in dem Flüchtlingslager in Zbanszyn

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> Ebenda, sowie bei: JDC, Folder 793, Memorandum from Henrietta Buchmann.

<sup>63</sup> Zu Ringelblums Tätigkeit als Historiker und politisch engagierter Mann siehe: Cohen, Emmanuel Ringelblum.

<sup>64</sup> Brief Ringelblums an Raffael Mahler vom 6. 12. 1938, in: Mahler, Ringelblum Letters, S. 24.

<sup>65</sup> Lipski, Doc. 126, Lipski an Beck, Berlin, 12. 11. 1938, S. 464.

<sup>66</sup> AAN, Amb Rp w Berlinie, Akt Nr. 3043, Amerikanisches Generalkonsulat an das Generalkonsulat der Republik Polen in Berlin, 22. 12. 1938; *Palästina-Amt* Berlin an das Konsulat der Republik Polen in Oppeln, 26. 1. 1939.

<sup>67</sup> BAK, Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei an verschiedene Stellen am 8. 5. 1939; Jonca, Niemiecko Polski, S. 118 f., Maurer, Abschiebung, S. 69.

festhielt<sup>68</sup>. In dem Beharren auf dem Lager in Zbanszyn zeigten sich die Schwierigkeiten der polnischen Seite anzuerkennen, daß die Aktion zur Aufhebung der Staatsbürgerschaft ein Fehler gewesen war und kein politischer Gewinn aus diesem Unternehmen erzielt werden konnte. Mitte Juli 1939 hielten sich noch immer fast 3000 Flüchtlinge in dem Lager auf. Die Vertreter des *Joint* sahen diese Lage als unmittelbare Folge der politischen Verhältnisse in Polen und hegten keinerlei Hoffnung, die polnische Regierung werde sich zu einer Auflösung des Lagers bewegen lassen<sup>69</sup>. Am 31. August 1939 berichtete der Vertreter des *Joint* in Paris der Organisationsleitung in New York von einem Treffen mit Giterman, dem Leiter des *Joint* in Polen, der meinte, es habe keinen Sinn, sich wegen der Aufhebung der polnischen Staatsbürgerschaft an die polnischen Behörden zu wenden<sup>70</sup>. Die Aufhebung der Staatsbürgerschaft, so Giterman, sei keine administrative Maßnahme, sondern die Implementierung eines vom polnischen Sejm verabschiedeten Gesetzes und liege daher außerhalb der Entscheidungskompetenz der Beamten. Einen Tag später überfiel Deutschland die Republik Polen – der Zweite Weltkrieg hatte begonnen.

Die Versorgung der Ausgewiesenen in Polen mußte zum größten Teil von den jüdischen Gemeinden und Organisationen übernommen werden<sup>71</sup>. Zunächst brauchten die Flüchtlinge Lebensmittel und Getränke. Ausgewiesene, denen es gelang, die jüdischen Gemeinden in Posen, Krakau, Lodz und anderen Großstädten zu erreichen, konnten in vielen Fällen bei jüdischen Familien unterkommen und waren von dem Ausmaß der Solidarität und Herzlichkeit überrascht, die ihnen dort begegneten. Doch diese erste, spontane Hilfsbereitschaft reichte nicht aus, denn das Flüchtlingsproblem konnte nicht vor Ort gelöst werden, sondern erforderte eine langfristige Lösung. Die polnischen Behörden hegten keinerlei Absicht, den Aufenthalt der Flüchtlinge in Polen zu finanzieren. So verblieben die organisatorische Verantwortung und die finanzielle Belastung für die Integration der Flüchtlinge und die Versorgung der in Zbanszyn und Posen konzentrierten Abgeschobenen bei den jüdischen Organisationen und der jüdischen Öffentlichkeit. Aber auch hier wurde Beachtenswertes geleistet<sup>72</sup>. In ganz Polen wurden Hilfskomitees eingerichtet, die den Flüchtlingen aus Spenden von einheimischen Juden sowie aus Zusatzmitteln des *Joint* in allen Lebensbereichen kontinuierliche Unterstützung zukommen ließen<sup>73</sup>.

Die Position des *Joint* wurde rasch deutlich: Das Lager in Zbanszyn sollte nicht zur Dauereinrichtung werden, um nicht Modellcharakter für die polnischen Behör-

<sup>68</sup> Tomaszewski meint, schon Ende November hätten die polnischen Behörden beschlossen, das Lager Zbanszyn schrittweise aufzulösen, belegt jedoch seine Behauptung nicht. Andere Angaben widerlegen diese Version: Tomaszewski, Zbanszyn, S. 228 f.

<sup>69</sup> JDC, Folder 874, Status of Refugee Problems in Poland, 11. 7. 1939.

<sup>70</sup> JDC, Folder 878, M.C. Troper (JDC Paris) an JDC New York, 31. 8. 1939.

<sup>71</sup> Der freundliche Empfang, der den Flüchtlingen von jüdischer Seite bereitet wurde, fand seinen Niederschlag wiederholt in etlichen Zeugenaussagen: YVA, M-1/E-1903/1753; 02/486; 03/915; Brief Julius Rosenzweigs, in: Milton, *The Expulsion* (Anm. 8), S. 180; JDC, Folder 878, Eye witness report of Rescue Activities of JDC Polish-German Border, 18. 11. 1938.

<sup>72</sup> Ringelblum beschrieb das Motiv für die große Hilfsbereitschaft mit den Worten: „Zbanszyn war ein harter moralischer Schlag gegen die jüdische Bevölkerung in Polen. Daher richteten sich die Blicke der jüdischen Massen auf Zbanszyn und die leidenden Juden.“ – Brief Ringelblums an R. Mahler vom 6. 12. 1938, in: Mahler, Ringelblum Letters, S. 25.

<sup>73</sup> Zur Arbeit der Komitees siehe: Bauer, *Brother's Keeper*, S. 245 ff.



den zu gewinnen<sup>74</sup>; die finanzielle Verantwortung für die Arbeit in Zbanszyn sollte im wesentlichen von jüdischen Einrichtungen in Polen übernommen werden<sup>75</sup>. Beide Positionen waren äußerst problematisch: Polen blieb nämlich beharrlich dabei, die Flüchtlinge in Zbanszyn zu belassen. Angesichts der schweren Winterbedingungen sah sich der *Joint* also gezwungen, die Verhältnisse der Flüchtlinge zu verbessern. Darüber hinaus waren sich die Leiter des *Joint* schon zu Beginn der Arbeit der Organisation in Zbanszyn der geringen Durchhaltekräfte des polnischen Judentums bewußt und fürchteten, je mehr die Not der Flüchtlinge zu einem permanenten Zustand wurde, desto geringer könnte die Opferbereitschaft werden<sup>76</sup>. Ringelblum, der sich im Lager aufhielt, beklagte die gewaltige Last, die der jüdischen Öffentlichkeit durch die Versorgung der Flüchtlinge auferlegt wurde:

„Ich frage mich, warum die ganze Welt schweigt. Unsere Staatsangehörigen, keine Ausländer, Besitzer gültiger Pässe, werden monatelang an der Grenze festgehalten. Ihre Versorgung wird der jüdischen Bevölkerung auferlegt. Das kostet zwölftausend Zloty am Tag. Wie lange können sie diese Kosten tragen? Deswegen werden tausende anderer Aktivitäten beeinträchtigt. Man könnte ruhig sagen, alle öffentliche Tätigkeit ist deswegen zum Stillstand gekommen.“<sup>77</sup>

Darüber hinaus verteilte sich die Last der Flüchtlingsversorgung nicht gleichmäßig auf die gesamte jüdische Bevölkerung in Polen. Im Abschlußbericht der Komiteearbeit vermerkt der *Joint*:

„Die allgemeine Erfahrung des Komitees hat gezeigt, daß die beste Reaktion von seiten des Mittelstandes gekommen ist. Dort hat man nicht nur ein außergewöhnliches Verständnis für das Problem gezeigt, sondern auch wirklich praktischen Enthusiasmus bei dem Versuch, das Problem zu lösen. Ein bedauernswertes Phänomen war die Gleichgültigkeit und mangelnde Großzügigkeit der wohlhabenderen Juden. Sie blieben anscheinend von dem schreienden Elend anderer unberührt, sie haben außerordentlich wenig beigetragen im Vergleich zu ihrem enormen Reichtum.“<sup>78</sup>

Die Leiter des *Joint* waren also mit der Hilfsbereitschaft der polnischen Juden keineswegs zufrieden. Um eine Erhöhung der eigenen Ausgaben für die Vertriebenen zu vermeiden, wandte sich die Organisation mit Spendenaufrufen an die Landsmannschaften der polnischen Juden in Amerika<sup>79</sup>. Weitere Gelder kamen von Organisationen polnischer Juden in England, Belgien, Holland, Frankreich und Schweden<sup>80</sup>.

Abgesehen von den schweren Budgetproblemen, die die jüdische Wohlfahrtsarbeit in Polen stets begleitet hatten, behinderte die starke politische Splitterung des

<sup>74</sup> Ebenda, S. 246.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 246 f.

<sup>76</sup> JDC, Folder 878, Troper an Hyman, 1. 12. 1938.

<sup>77</sup> Brief Ringelblums an Mahler am 3. 12. 1938, in: Mahler, Ringelblum Letters, S. 26.

<sup>78</sup> JDC, Folder 172, J.C. Hyman an die Mitarbeiter und Mitglieder des Exekutivkomitees des JDC, 17. 2. 1939.

<sup>79</sup> Das Joint-Distribution Komitee, Landsmannschaft Divisia, Chaim Weintraub (Sekretär), 28. 12. 1938; „Die aus Deutschland ausgesiedelten Drohobyczer und die Drohobyczer Landsleute“, 27. 12. 1938; 480 Männer als Familienoberhäupter und selbständige Frauen der ‚Landsmannschaft Krakow‘ in Zbanszyn an Brüder und Schwestern aus Krakau, 14. 12. 1938; JDC, Folder 878, Buchman an Chaim Weintraub, 15. 12. 1938.

<sup>80</sup> JDC, Folder 172, J.C. Hyman an die Mitarbeiter und Mitglieder des Exekutivkomitees des JDC, 17. 2. 1939.

polnischen Judentums die Bemühungen um eine Lösung der Flüchtlingsfrage<sup>81</sup>. Im Dezember 1938, also einige Wochen nach der Ausweisung, wandten sich die Leiter des *Hechalutz* in Polen an die Verwaltung des *Joint* mit einem Vorschlag, der sofort hätte verwirklicht werden können, wenn die polnische Regierung eine Auflösung des Lagers genehmigt hätte<sup>82</sup>. Ein Teil der Ausgewiesenen hatte sich mitten in einem für die Einwanderung nach Palästina obligatorischen landwirtschaftlichen Ausbildungskurs [*Hachscharah*] befunden, als sie aus Deutschland abgeschoben wurden. Andere waren Mitglieder der Jugendbewegungen, die sie auf eine *Hachscharah* vorbereiten sollten. Der *Hechalutz* war daran interessiert, diesen Jugendlichen die Beendigung ihrer *Hachscharah* zu ermöglichen und sie somit für eine Emigration nach Palästina zu qualifizieren. Die Jugendlichen in Zbanszyn organisierten inzwischen Gruppen und wandten sich mit der Bitte um Unterstützung an den *Hechalutz* in Polen. Die Organisation konnte zwar einzelnen erfolgreich helfen, hatte jedoch nicht genügend eigene Mittel, um das Problem insgesamt ohne Subventionen des *Joint* zu lösen. Absicht des *Hechalutz* war es, diese Jugendlichen gleichberechtigt in die Gruppen polnischer Pioniere in etablierteren *Hachscharot*-Programmen zu integrieren und für sie neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Zu diesem Zwecke wandte sich der *Hechalutz* in Polen mit der Bitte um eine Teilübernahme der Kosten an den *Joint*.

Dieses Programm nahm dann auch Gestalt an. Der *Joint* zeigte grundsätzliche Bereitschaft, suchte jedoch nach zusätzlichen Finanzquellen, um die Bürde der Kosten nicht allein tragen zu müssen<sup>83</sup>. In der Zwischenzeit wandte sich auch der *Bund* mit einem anderen Vorschlag an den *Joint*. Infolge eines Treffens zwischen dem Vertreter des *Bundes*, Henryk Erlich, dem Vertreter der polnischen *Sozialistischen Partei*, Artiscewski, und dem polnischen Wohlfahrtsminister Marian Zyndram Koscialkowski hatte der *Bund* die Zustimmung des Wohlfahrtsministers erlangt, er werde eine Freilassung aller Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren aus Zbanszyn – zirka 1400 Menschen – erwirken, wenn der *Bund* sich verpflichte, daß die Kosten für ihre Versorgung nicht zu Lasten der polnischen Regierung gehen werden<sup>84</sup>. Der *Bund* wandte sich daher an den *Joint* mit der Bitte um eine finanzielle Beteiligung. Als Gerüchte von diesen Absprachen den zionistischen Aktivisten zur Kenntnis gelangten, reagierten sie höchst verärgert. Sie sahen darin einen Versuch des *Bundes*, der im Unterschied zu den Zionisten nicht an den Hilfskomitees beteiligt war, diese Komitees zu umgehen und dadurch Kinder und Jugendliche dem Zionismus zu entziehen und dem *Bund* zuzuführen<sup>85</sup>. Bernard Kahn, der Leiter des *Joint* in Europa, hatte den Sprengstoff, der in diesem Konflikt lag, sehr wohl erkannt und versuchte, die Gemüter zu beruhigen, indem er erklärte, daß der *Joint* nicht beabsichtige, die volle Verantwortung für die Kinder in Zbanszyn dem *Bund* zu übertragen<sup>86</sup>. Der

<sup>81</sup> Das Fehlen einer zentralen Körperschaft des polnischen Judentums führte dazu, daß die Hauptlast der Flüchtlingsversorgung von den ohnehin verarmten Gemeinden getragen werden mußte. Melzer, *No Way out*, S. 126.

<sup>82</sup> JDC, Folder 878, Giterman (JDC Warschau) an JDC Paris, 7. 12. 1938.

<sup>83</sup> Ebenda; JDC, Folder 878, Tropper (Vorsitzender der europäischen Exekutive) an JDC New York, 16. 12. 1938.

<sup>84</sup> JDC, Folder 878, Confidential Memorandum, JDC Paris, 12. 2. 1939.

<sup>85</sup> JDC, Folder 878, Reiss, Hellman (Zionist Polen) an Kahn, 19. 2. 1939.

<sup>86</sup> JDC, Folder 878, Henrietta K. Buchmann für J.C. Hyman an JDC Paris, 22. 3. 1939.

*Hechalutz* war in diesen Auseinandersetzungen in einer günstigeren Position und konnte in Zusammenarbeit mit dem *Joint* seine *Hachscharot* für einige Hundert der ausgewiesenen Kinder fortsetzen. Ihnen wurde dadurch eine Ausbildung ermöglicht, und mehr als hundert jungen Männern und Frauen gelang so die Einwanderung nach Palästina noch vor Kriegsausbruch<sup>87</sup>.

Mit jedem Monat verringerten sich die finanziellen Mittel der einheimischen Gemeinden, und die Probleme verschärften sich Mitte Mai, als in Polen Anleihen für die Luftabwehr durchgeführt wurden. Jetzt wurde es polnischen Juden verboten, parallel dazu Spendenaktionen durchzuführen<sup>88</sup>. Viele lokale Komitees mußten ihre Arbeit einstellen, und der *Joint* sah sich gezwungen, weitere Gelder zu investieren, um eine Wiederbelebung der Arbeit zu ermöglichen<sup>89</sup>. In einem Brief an den Finanzverwalter des *Joint*, Josef Hyman, thematisierte Morris Troper, Nachfolger Bernard Kahns, die Grenzen der Flüchtlingsarbeit des *Joint*:

„Von Zeit zu Zeit habe ich versucht, die Vertreter des polnischen Judentums darauf hinzuweisen, daß der *Joint* kein Monopol oder Patentrecht auf Polen hat und daß sie Unterstützung aus anderen Quellen suchen sollten und mußten. Es wäre zweifellos ein irreführendes Verhalten, wenn man sie in dem Glauben beließe, daß wir alleine die Verantwortung für derartig schwierige Probleme tragen könnten, mit denen sie heute konfrontiert werden ... Unglücklicherweise gibt es augenblicklich kein anderes Land als Amerika, in dem für die polnischen Juden grundsätzlich etwas getan wird. Diese Situation muß offensichtlich verändert werden, und ich glaube fest, daß die Errichtung eines Zentralkomitees in Polen das beste Mittel ist, um dieses Ergebnis zu erreichen.“<sup>90</sup>

Dazu kam es allerdings bis zum Kriegsausbruch nicht mehr.

### 3. In Deutschland „zurückgeblieben“: Von Mitgliedern jüdischer Gemeinden zu Bürgern eines feindlichen Staates

Während polnische Juden sich mit den Problemen der nach Polen ausgewiesenen Glaubensbrüder und -schwestern abmühten, waren in Deutschland mehr als 11 500 polnische Juden zurückgeblieben<sup>91</sup>. Es waren im wesentlichen diejenigen, die der zweitägigen Massenausweisungsaktion im Oktober entkommen waren, sowie Frauen, Kinder und andere Ausgewiesene, deren Abschiebung nicht durchgeführt wurde, oder Personen, denen die Rückkehr nach Deutschland zur Regelung ihrer finanziellen Angelegenheiten genehmigt worden war. Die deutsche Politik zielte in jener Zeit auf eine Fortsetzung der Ausweisung kleinerer Gruppen polnischer Juden über die Grenze<sup>92</sup> sowie auf die Kontrolle der Aktivitäten der temporären

<sup>87</sup> Siehe die vorangegangene Darstellung zu den *Hachscharot*.

<sup>88</sup> Melzer, *No Way out*, S. 125.

<sup>89</sup> JDC, Folder 878, Morris C. Troper an Hyman, 1. 7. 1939.

<sup>90</sup> Ebenda.

<sup>91</sup> Adelson, *Jewish Polish Citizens*, S. 107; Adler zählt dagegen 10 000 polnische und 13 000 staatenlose Juden: Adler, *Der verwaltete Mensch*, S. 92.

<sup>92</sup> Fritz Berger vom *Palästina-Amt* in Berlin wurde von der Berliner Polizei vorgeladen, um Informationen über illegale Grenzübergänge zu geben, die das Berliner Amt nutzte, um polnische Juden nach Polen zu bringen. Damit war keine Strafverfolgung des *Palästina-Amtes* intendiert, vielmehr wollte die SS diese Grenzübergänge ebenfalls zur Abschiebung nutzen. YVA, 01/4, Fritz Berger, Polenaktion 1938.

Rückkehrer und bemühte sich um die genaue Registrierung der polnischen Juden und der Staatenlosen polnischer Herkunft<sup>93</sup>. Die jüdischen Gemeinden setzten die Unterstützung der Familien ausgewiesener Personen fort und halfen denjenigen, die zur Auflösung ihrer Unternehmen nach Deutschland zurückgekommen waren. Als der Juni näherrückte und damit die Frist, die der deutsch-polnische Vertrag für die Regelung der Angelegenheiten der Ausgewiesenen festgesetzt hatte, schaltete sich die *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland* in die Bemühungen um weitere Aufenthaltsgenehmigungen ein und versuchte, den polnischen Juden zu Verlängerungen ihrer Aufenthaltsgenehmigungen in Deutschland zu verhelfen<sup>94</sup>.

Der Krieg erschütterte dann aber auch die Beziehungen zwischen dem deutsch-jüdischen Establishment und den wenigen Tausend in Deutschland verbliebenen polnischen Juden bis in die Fundamente. Am 8. September 1939 gab die Gestapo den Befehl, alle polnisch-jüdischen Männer über 16 Jahre zu verhaften, ihre Angehörigen zu registrieren und sie zu verpflichten, sich dreimal täglich auf einer Polizeistation zu melden<sup>95</sup>. Mit Kriegsausbruch konnten polnische Juden als Bürger einer verfeindeten Nation interniert werden, und es bestand keinerlei Notwendigkeit mehr, sie mit besonderer Rücksicht zu behandeln. Über das Schicksal der polnischen Juden in Deutschland nach Ausbruch des Weltkrieges gibt es nur wenige Zeugnisse. Aus dem ehemaligen Österreich wurden kurz danach 3000 polnische Juden nach Polen deportiert, wobei sie von der jüdischen Gemeinde zu Wien mit Nahrungsmitteln und Arbeitsgeräten ausgestattet wurden, damit sie sich auf polnischem Gebiet ein Hüttendorf errichten konnten<sup>96</sup>. Polnische Juden in Deutschland wurden in der Regel in Buchenwald interniert. Wer sich in Berlin aufhielt, kam in das Gefängnis Oranienburg und wurde von dort ins Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert. Die Dokumente, die zu einer Rekonstruktion der Geschichte jener Juden beitragen könnten, sind nicht mehr vorhanden, viele sind sicherlich vernichtet worden. Die Akten der *Reichsvereinigung*, der Gemeinde zu Berlin, des *Hilfsvereins* oder der *Organisation polnischer Juden* sowie des *Palästina-Amtes* in Berlin – also der Organisationen, die sich um die verbliebenen polnischen Juden kümmerten – liegen für das Jahr 1939 nicht vor. Praktisch existieren gegenwärtig nur Aussagen zweier zentraler Zeugen: die Aussagen eines Aktivisten des *Verbandes polnischer Juden* in Berlin, namens Ortner, sowie die Berichte Recha Freiers, die im Jugendwohlfahrtssystem der Berliner Gemeinde eine führende Rolle gespielt und die *Jugend-Aliyah* gegründet hatte. Die Berichte beider Personen wurden in Israel lange nach der Shoah in verschiedenen Zusammenhängen aufgenommen. Sie stimmen in den wesentlichen Aussagen überein und werden von den wenigen vorhandenen Dokumenten bestätigt<sup>97</sup>. Demnach wurden im Juni 1939 alle deutschen

<sup>93</sup> BAK, Sammlung Schumacher 240 II 1, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Regensburg an Landräte, Staatskommissare ..., 10. 6. 1939; R 58/459, Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei an verschiedene Stellen, 8. 5. 1939.

<sup>94</sup> CAHJP, Inv. 6528 (133), Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Abteilung Wanderung, an die jüdischen Gemeinden, Landes- und Provinzialverbände ..., 16. 6. 1939.

<sup>95</sup> BLHA, Pr. Br. Rep. 6 B Kreisverwaltung Beerkow-Shorkow 834, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Köln am 8. 9. 1939, Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Potsdam an Landräte, Oberbürgermeister ..., 8. 9. 1939.

<sup>96</sup> Lageberichte des SD, Bericht zur innenpolitischen Lage Nr. 8, 25. 10. 1939, Bd. 2, S. 391.

<sup>97</sup> IfCJ, 26/1, Aussage Ortner; YVA, 0-33/85, Aussage von Recha Freier.

und staatenlosen Juden in Deutschland zwangsweise zu Mitgliedern der *Reichsvereinigung der Juden in Deutschland*, der Nachfolgeorganisation der *Reichsvertretung der deutschen Juden*, erklärt<sup>98</sup>. Die polnischen Juden waren fortan jedoch nicht mehr in der *Reichsvereinigung* eingeschlossen und konnten nur noch von seiten des *Verbandes polnischer Juden* unterstützt werden. Die Arbeit dieser Organisation wurde bei Kriegsausbruch zunächst nicht verboten. Als es in der ersten Septemberwoche zur Internierung aller polnisch-jüdischen Männer kam, wurden die Mitarbeiter der Organisation von der Haft verschont. Nach Ortners Aussage zeigten sich die deutschen Behörden an einer zentralen Körperschaft interessiert, die die Angelegenheiten der polnischen Juden regelte. Nach seiner und Recha Freiers Aussage war es Dr. Paul Eppstein vom Vorstand der Emigrationsabteilung der *Reichsvereinigung*, der der weiteren Existenz dieser Organisation eher abgeneigt war. Eppstein fürchtete, die jüdischen Angelegenheiten könnten mit den Problemen der Staatsangehörigen eines Deutschland feindlich gesonnenen Staates gleichgesetzt werden. Seine wiederholten Nachfragen bei den deutschen Behörden nach der Legalität der Organisation polnischer Juden veranlaßten die Gestapo letztlich, die Organisation am 19. September aufzulösen. Fortan existierte keine Körperschaft, die die Verantwortung für die Internierten und ihre Familien übernahm. Die *Reichsvereinigung* bestand auf ihrer Weigerung, einem ehemaligen Mitarbeiter des *Verbandes polnischer Juden* entsprechende Rechte zu übertragen und ihn als offiziellen Vertreter mit den Behörden in Kontakt treten zu lassen. Alle anderen jüdischen Organisationen waren ausnahmslos der *Reichsvereinigung* unterstellt und weigerten sich daher ebenfalls, die polnischen Juden zu betreuen. Diese Umstände erwiesen sich als besonders tragisch, als zwei Wochen nach der Internierung, am Vorabend des Laubhüttenfestes, Informationen über den Tod vieler Internierter eintrafen. Die zirka 500 von derartigen Nachrichten betroffenen Frauen versammelten sich zu einer Demonstration vor dem Gebäude der jüdischen Gemeinde zu Berlin und unterbrachen den Festgottesdienst in der Synagoge. Die Demonstration schreckte die jüdischen Verantwortungsträger auf, da über die deutschen Juden ein Versammlungsverbot verhängt worden war. Der Vorsitzende der Berliner Gemeinde, Heinrich Stahl, war zwar grundsätzlich durchaus bereit, den Frauen und ihren Familien zu helfen, deren wirtschaftliche Situation sich in der Zwischenzeit aufgrund der Abwesenheit des Ehepartners verschlechtert hatte, doch auch ihm waren die Hände gebunden: Die Gemeinde zu Berlin war wie alle jüdischen Organisationen der *Reichsvereinigung* unterstellt, die, wie erwähnt, Hilfe für polnische Juden verweigerte. Nur unter dem Druck der Demonstration war Eppstein bereit, es dem Mitarbeiter des *Verbandes polnischer Juden*, Awerbuch, zu ermöglichen, die Angelegenheiten polnischer Juden vor den Behörden zu vertreten<sup>99</sup>.

Neben der wirtschaftlichen Hilfe für die Familien der Ausgewiesenen stand die Sorge um die Internierten. Jeden Tag kamen neue Meldungen von Todesfällen. Um die Freilassung von Internierten zu erwirken, war es von zentraler Bedeutung, die

<sup>98</sup> Gegenüber der Behauptung, die *Reichsvereinigung* sei eine von seiten der Gestapo eingesetzte Organisation gewesen, betonen Kulka und Hildesheimer, daß es sich um eine freiwillige aus Eigeninitiative gegründete Körperschaft handelte, die unter völlig neuen Bedingungen die Aufgaben der *Reichsvertretung* fortsetzte: Kulka, *Reichsvereinigung*; Ders., *Dokumente*, Bd. 1, S. 27, 30, 441–446; Hildesheimer, *Jüdische Selbstverwaltung*, S. 63 ff., 77, 80 ff.

<sup>99</sup> Folgende Darstellung stützt sich auf die Aussagen von Ortner und Freier.

sofortige Auswanderung aus Deutschland zu ermöglichen. Praktisch genügte ein Zertifikat für eine *Aliyah Beth*, also eine illegale Einwanderung nach Palästina, um die deutschen Behörden zufriedenzustellen. Für eine Freilassung begnügte sich die SS mit Emigrationsbelegen jeglicher Art<sup>100</sup>. Der späteren Aussage eines der Mitarbeiter des *Palästina-Amtes* zufolge reichten äußerst einfache Belege aus, um die Befreiung vieler der Internierten zu erwirken: ein Schreiben des *Hechalutz*, „in dem bescheinigt wurde, daß der Verhaftete gewillt sei auf *Hachscharah* zu gehen“<sup>101</sup>. Das *Palästina-Amt* in Berlin konnte hier also eine zentrale Rolle spielen, obwohl es scheint, als ob es auf derartige Aufgaben nicht vorbereitet war<sup>102</sup>. Fritz Berger von der Leitung des *Palästina-Amtes* sagte viele Jahre später, daß am Ende des Zionistenkongresses in Genf, kurze Zeit nach Kriegsausbruch, entschieden worden sei, wer von den deutschen Delegierten nach Deutschland zurückkehren und wer nach Palästina einwandern sollte:

„Der maßgebende Gesichtspunkt war, ob die ausgeübte Art der Tätigkeit in Deutschland noch möglich und sinnvoll war. So wurde entschieden, daß Eppstein (Beziehung zur Gestapo) und Conrad Cohn (Wohlfahrtspflege) [...] nach Deutschland zurückzufahren hätten, während z. B. ich draußen bleiben sollte, weil alle polnischen Staatsangehörigen am Tage des Kriegsausbruchs in Konzentrationslager verbracht worden waren und mein Hauptarbeitsgebiet (Polenrettung) damit sinnlos geworden war.“<sup>103</sup>

Warum die Zionisten die Dringlichkeit der Hilfe für polnische Juden in Deutschland nicht verstanden und warum sie meinten, es bestünde keine Möglichkeit der Hilfe mehr, ist nicht klar.

Die Initiative zur Betreuung der Internierten hatte Recha Freier ergriffen. In einem ihr von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Büro begann sie, dreimal in der Woche Sprechstunden abzuhalten und Informationen zu sammeln, die ihr von Müttern und Frauen der Inhaftierten, über Verwandte und über berufliche Chancen in Palästina mitgeteilt wurden. Das *Palästina-Amt* plante zwar zu jener Zeit für Mitte November 1939 eine illegale Einwanderungsaktion, doch bemühte sich Recha Freier mit wenig Erfolg, Einwanderungszertifikate für die Ausgewiesenen zu erhalten. Der Mitarbeiter des *Palästina-Amtes* Max Zimels beschreibt die Schwierigkeiten, die einer Ausgabe der Einwanderungszertifikate an Verhaftete im Wege standen:

<sup>100</sup> StA Dresden, Ministerium des Innern Nr. 11678, Der Reichsführer SS an den Reichsstatthalter in Sachsen – Landesregierung – Ministerium des Innern in Dresden am 17. 11. 1939; Der Polizeipräsident zu Chemnitz an den Sächsischen Minister des Innern zu Dresden, 16. 12. 1939.

<sup>101</sup> YVA, 0–1/263, Max Zimels, In Berlin von Ende Dezember 1938 bis Anfang September 1939.

<sup>102</sup> Rut Zariz widmet sich in ihrer Studie der Arbeit des *Palästina-Amtes* in Berlin den Ausgewiesenen, bezieht jedoch eine ausweichende Position im Hinblick auf die Qualität der Arbeit und die internen Spannungen: Zariz, *Migration of German Jews*, 59ff.

<sup>103</sup> YVA, 01/272, „Die Verhandlungen von Fritz Berger mit den nationalsozialistischen Behörden wegen zeitweiliger Rückkehr der am 28. Oktober 1938 ausgetriebenen polnischen Staatsangehörigen“. Eine dritte, sehr kurze Aussage, die beide vorangehenden Aussagen stützt, stammt von Anni Nieder, die in der „Organisation polnischer Juden“ in Berlin und nach deren Auflösung im *Palästina-Amt* gearbeitet hat: YVA, 01/15, Polenaktion, Bericht von Anni Nieder.

„Wir wurden damit vor eine schwere Entscheidung gestellt. Wir übernahmen mit der Bescheinigung die Verantwortung, den Betreffenden auch auf Auslandshachscharah oder nach Palästina zu schicken, ohne daß wir uns überzeugen konnten, ob er hierfür geeignet war. Wir hatten ja nicht einmal die Möglichkeit, die Betreffenden, die in Haft waren, persönlich zu sprechen, eine Ablehnung in gewissen Fällen war grausam, aber unerlässlich.“<sup>104</sup>

Nachdem Recha Freier nur 30 Zertifikate für die illegale Einwanderung nach Palästina Ende November hatte erwirken können, geriet sie in heftige Auseinandersetzungen über den Anteil der Ausgewiesenen an der für März-April 1940 geplanten *Aliyah Beth*. Ihr Antrag wurde abgewiesen. Nach ihren Worten erklärte ihr der Leiter des *Palästina-Amtes*, Franz Leon, die zionistische Bewegung bestünde nicht, um caritative Aufgaben zu erfüllen<sup>105</sup>. Auch Paul Eppstein wandte sich gegen Freier. Er schlug vor, sich an die deutschen Behörden zu wenden und um die Verlegung der jüdischen Internierten von Sachsenhausen nach Lublin zu bitten. Eppsteins Sorge, so Freier, sei es gewesen, die Gestapo könnte auf den Gedanken kommen, auch deutsche Juden zu inhaftieren, um ihre Emigration einzuleiten, wenn sie erst erkannt habe, daß den polnischen Internierten eine Auswanderung nach Palästina ermöglicht werde. Die Komiteemitglieder wiesen zwar Eppsteins Vorschlag zurück, entschieden jedoch mit großer Mehrheit, den Internierten keine gesonderten Einwanderungszertifikate zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Intervention Eppsteins bei den deutschen Behörden führte dazu, daß diese erklärten, fortan würden keine Internierten im wehrfähigen Alter (ab Jahrgang 1900) aus der Haft entlassen, wenn das Ziel ihrer Auswanderung ein feindliches Land sei – darunter fiel auch Palästina.

Recha Freier übte im Verlauf des Monats Dezember verstärkten Druck auf das *Palästina-Amt* in Berlin aus und konnte 75 weitere Einwanderungszertifikate erwirken. Auf Umwegen gelang es ihr, noch einige andere Zertifikate zu erhalten; sie mußte jedoch bitter enttäuscht feststellen, daß die Internierten trotz der Vorlage der Zertifikate nicht aus der Haft entlassen wurden. Im nachhinein wurde ihr bekannt, daß auf Initiative der Gestapo beim *Palästina-Amt* angefragt worden war, ob die Träger der Zertifikate auch tatsächlich nach Palästina auswanderten. Das *Palästina-Amt* hatte eine eindeutige Antwort auf diese Frage abgelehnt<sup>106</sup>. Freiers Verzweiflung angesichts der Reaktion des *Palästina-Amtes* zeigt auf die tiefe Kluft zwischen ihrer Position und der Auffassung des *Palästina-Amtes* von zionistischer Arbeit:

„Was riskierte das Palästina-Amt, wenn es im Rahmen der Frage geblieben wäre und eine bejahende Antwort gegeben hätte? Für eine nicht vollzogene Auswanderung hafteten allein die Antragsteller. Sie konnten schlimmstenfalls erneut in ein Lager kommen, während der mehrmonatigen Freiheit konnten sie aber – falls die Aliyah Beth nicht rechtzeitig zustande käme –

<sup>104</sup> YVA, 0–1/263, Max Zimels, In Berlin von Ende Dezember 1938 bis Anfang September 1939.

<sup>105</sup> Zariz, *Migration of German Jews*, S. 62. Zariz meint, die *Reichsvereinigung* in Berlin habe in diesem Konflikt der Priorität zwischen zwei Ansätzen geschwankt: daß einerseits Familien polnischer Herkunft bevorzugt behandelt werden mußten, da sie in größerer Gefahr schwebten, oder andererseits, daß Kandidaten für eine Auswanderung aufgrund zionistischer Maßstäbe aus der Vorkriegszeit ausgewählt werden mußten.

<sup>106</sup> Freiers Bericht wird von der Aussage Anni Nieders gestützt: YVA, 0–1/15, Polenaktion, Bericht von Anni Nieder.

eine der illegalen Auswanderungsmöglichkeiten in ein Zwischenland (Ungarn, Jugoslawien usw.) benutzen. Das Palästina-Amt übernahm für die Internierten ebenso wenig wie für andere Auswanderer zur Aliyah Beth irgend eine Garantie den Behörden gegenüber.“<sup>107</sup>

Indem sie den Legalismus der jüdischen Führung in Deutschland hinterfragte, berührte Freier hier eine Schlüsselfrage. Ihre Sicht der Verhältnisse wird trotz der defizitären Dokumentation jener Zeit von Aussagen anderer Beteiligten und durch einige wenige NS-Dokumente gestützt, die u. a. ihre Vermutung von der anfänglichen Bereitschaft der nationalsozialistischen Behörden, Teilnehmer an einer *Aliyah Beth* aus der Haft zu entlassen, bestätigen. Richtig ist, daß die *Reichsvereinigung* und die ihr unterstellten jüdischen Körperschaften ihre Arbeit in strenger Anlehnung an die gesetzlichen Vorschriften durchführten<sup>108</sup>. Artur Prinz, ein Mitarbeiter des *Hilfsvereins*, der als Kontaktmann zur Gestapo in Emigrationsfragen fungierte, berichtete allerdings von einer Änderung der Haltung der mit Emigrationsfragen befaßten jüdischen Stellen nach der Reichspogromnacht<sup>109</sup>. Während bis dahin die jüdischen Institutionen in Kooperation mit den staatlichen deutschen Auswanderungsämtern darauf geachtet hätten, daß die Emigration von Juden völlig legal und mit fehlerlosen Papieren verlief, habe sich die Politik infolge der Massenverhaftungen während der Reichspogromnacht radikal geändert. Die geregelte Emigrationspolitik sei von dem Gedanken, jeder müsse sein eigenes Leben retten, verdrängt worden. Die unter deutschen Juden besonders starke Tendenz zur Gesetzlichkeit sei von dem Prinzip abgelöst worden, nichts sei wichtiger als die Rettung von Menschenleben<sup>110</sup>. Dies traf auf die mit Unterstützung der Gestapo vollzogene Fälschung von Dokumenten fremder Staaten zu. Im Hinblick auf die Kontakte mit der Gestapo selbst dürfen wir wohl davon ausgehen, daß die jüdischen Institutionen weiterhin ausschließlich im Rahmen der existierenden gesetzlichen Vorschriften arbeiteten. Der Legalismus der Mitarbeiter des *Palästina-Amtes* in Berlin fügte sich also durchaus in die herkömmliche Strategie ein, die Emigration auf jedem möglichen Wege zu fördern – auch mit Hilfe von gefälschten Dokumenten und dem Verschweigen von Informationen.

Im Januar 1940 erörterte die *Reichsvereinigung* das Schicksal der polnisch-jüdischen Internierten in Sachsenhausen. Otto Hirsch, administrativer Leiter der *Reichsvereinigung*, schlug vor, „der zuständigen Behörde die Frage der Haftentlassung bei Unterbringung dieser Personen bei Angehörigen im Gebiet des damals polnischen Staates oder des Generalgouvernements vorzutragen“<sup>111</sup>. Die Motive, die Hirsch dazu veranlaßten, auf Eppsteins einige Wochen vorher gemachten Vorschlag zurückzugreifen, bleiben im dunkeln. Sollte er angenommen haben, die harten Bedingungen der Besatzung in Polen seien besser als die einer Haft in einem

<sup>107</sup> Aussage von Recha Freier, S. 180.

<sup>108</sup> Kwiet/Erschwege, Selbstbehauptung. – Kochavi, der Recha Freier und ihre Arbeit behandelte, erkennt eine historische Rechtfertigung für die legalistische Auffassung, die er als „Strategie der Defensive“ bezeichnet, und zwar sowohl im Hinblick auf die Gefahren, die sich jeder aussetzte, der versuchte, die SS zu täuschen, als auch im Hinblick auf die Effektivität der illegalen Einwanderung: Kochavi, Deutsche Juden.

<sup>109</sup> Prinz, Role of the Gestapo.

<sup>110</sup> Ebenda. – Auch Kwiet geht davon aus, daß infolge des Novemberpogroms die jüdischen Institutionen die Emigration um jeden Preis unterstützt hätten, auch wenn diese den legalen Rahmen überschritt: Kwiet, To leave, S. 145.

<sup>111</sup> RV, Protokoll der Vorstandssitzung der *Reichsvereinigung*, 21. 1. 1940.



Konzentrationslager mit unklaren Verhältnissen, die täglich zu vielen Opfern führten? Hirsch wird wohl nichts von den schrecklichen Lebensbedingungen, von Hunger und Krankheiten gewußt haben, denen diejenigen Ausgewiesenen ausgesetzt waren, die in die von Deutschland besetzten Gebiete Polens gelangt waren<sup>112</sup>. Am 5. Februar 1940 erließ die SS den Befehl, polnische und staatenlose Juden aus den Konzentrationslagern und Haftanstalten in Deutschland ins sogenannte „Generalgouvernement“ zu deportieren<sup>113</sup>. Hirsch ahnte nicht, was Juden, die zu jener Zeit nach Polen deportiert wurden, erwartete. Sein Vorschlag ist ein Beweis dafür, daß die *Reichsvereinigung* jegliche Hoffnung aufgegeben hatte, das Problem der polnischen Juden in Deutschland im Rahmen der eigenen Möglichkeiten zu lösen. Die Probleme der polnischen Juden wurden hinfort ausgeklammert. Einen Monat nach Hirschs Vorschlag und wenige Tage, nachdem die SS die Deportation der polnischen Juden ins Generalgouvernement angeordnet hatte, wurden 1200 deutsche Juden aus Stettin in den Distrikt Lublin deportiert<sup>114</sup>. Dieses Mal versuchte die *Reichsvereinigung*, ihre Rückkehr nach Deutschland zu erwirken<sup>115</sup>, denn es handelte sich um deutsche Juden.

<sup>112</sup> Reitlinger, *Endlösung*, S. 45 ff.

<sup>113</sup> StA Hamburg, Senatskommission für die Reichs- und Auswärtigen Angelegenheiten II, Signatur VI B 1 Fak. 49, Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei an verschiedene Stellen, 5. 2. 1940.

<sup>114</sup> Adler, *Der verwaltete Mensch*, S. 140 f.; Reitlinger, *Endlösung*, S. 51 ff. – Die Korrespondenzen zwischen den Deportierten aus Stettin und ihren in Deutschland verbliebenen Verwandten sind gesammelt bei: Rosenfeld/Luckner, *Piaski*.

<sup>115</sup> Adler, *Der verwaltete Mensch*, S. 142; Kulka, *Reichsvereinigung*, S. 54; Kwiet, *To leave*, S. 145.

## Epilog: Zwischen ethnischer und nationaler Identität

Das Selbstbewußtsein der deutschen Juden war seit der Aufklärung eng und untrennbar mit der deutschen Staatsbürgerschaft verknüpft. Die formale bürgerliche Gleichstellung war Ausdruck für die Eingliederung der Juden in den deutschen Staat und die Garantie für den Erfolg dieser Integration. Dies setzte bürgerliche Loyalität dem Staat gegenüber voraus. Völlig anders war dagegen die Situation der Juden in Osteuropa. Franz Oppenheimer brachte diese Verhältnisse in seinem 1910 publizierten Aufsatz „Stammesbewußtsein und Volksbewußtsein“ begrifflich auf den Punkt<sup>1</sup>. In dem Versuch, die Differenzen zwischen ost- und westeuropäischem Zionismus zu erklären, unterschied Oppenheimer zwei Begriffe: das Stammesbewußtsein, das sich auf gemeinsame Herkunft, Verwandtschaftsbeziehungen, Protonationalismus sowie eine gemeinsame Leidens- bzw. Siegesgeschichte und kollektive Helden- und Ruhmestaten berufe. Dieses in Deutschland dominierende Bewußtsein unterschied sich Oppenheimers Meinung nach vollkommen von dem Volksbewußtsein, das im osteuropäischen Judentum ausschließlich im Gegenwartsgefühl verankert sei. Oppenheimers Ansicht zufolge hing das Nationalbewußtsein deutscher Juden seiner Zeit an Sprache, Verhaltensmustern, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen sowie der geistigen Kultur, also an Elementen, die sie mit der deutschen Gesellschaft teilten. Mit anderen Worten, es war ein durch und durch deutsches Nationalbewußtsein. Ihre Geburtsländer, so erklärte Oppenheimer im Hinblick auf die Juden Westeuropas, hätten ihnen oder ihren Vätern Schutz gewährt und ihnen Sprache, Kleidung, Wohlfahrt und Erziehung, politische Gleichberechtigung und bisweilen auch eine teilweise oder absolute gesetzliche Gleichberechtigung gegeben. Nur ein moralisch verworfener Mensch könne dies vergessen. Jedes Lebewesen schlage dort Wurzeln, wo es lebe. Wer als Bürger in einem etablierten Staat leben könne, sei zu verachten, wenn er darauf nicht mit Loyalität und Dankbarkeit reagiere. Oppenheimer erkannte demnach in den deutschen Zionisten in jeder Hinsicht deutsche Patrioten. Und selbstverständlich trafen seine Definitionen auf die große Mehrheit von Nichtzionisten in Deutschland zu. Die osteuropäischen Juden aber sah Oppenheimer in einem völlig anderen Licht. Sie seien, so meinte er, Juden ihrer Kultur, aber auch ihrer Nationalität nach. Die Rückständigkeit der Staaten, in denen osteuropäische Juden lebten, sowie der Druck, den diese Staaten auf sie ausübten, habe den Juden keinen anderen anständigen Ausweg gelassen, als auf ihrer jüdischen Identität in jedem Sinne zu bestehen. Patriotismus im Hinblick auf den gastgebenden Staat, wie er unter den deutschen Juden zu finden sei, sei in Osteuropa überhaupt nicht möglich.

Die von Oppenheimer für die interne zionistische Diskussion zu Beginn des Jahrhunderts entwickelte Begrifflichkeit kann nun dazu beitragen, die gegenseitigen Beziehungen zwischen deutschem und polnischem Judentum historisch zu verste-

<sup>1</sup> *Die Welt*, F. Oppenheimer, Stammesbewußtsein und Volksbewußtsein, Nr. 7, 18. 2. 1910.

hen. Die deutschen Juden hatten seit Anfang der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts umfassende Rechte in den deutschen Ländern erlangt, ihre gesetzliche Gleichberechtigung hatte dann zur Zeit der Reichsgründung 1871 eine weitgehende Bestätigung erhalten. Oppenheimer wußte, wie es zu seiner Zeit üblich war, um ein jüdisches „Stammesbewußtsein“ – eine ethnische Identität – auch in Deutschland. Er sah jedoch keine Diskrepanz zwischen dem deutschen Nationalbewußtsein der Juden einerseits und ihrem jüdisch-ethnischen Bewußtsein andererseits. Möglicherweise wären diese Identitäten in einer hypothetisch-idealen Situation, also ohne Antisemitismus, überhaupt nicht in ein Spannungsverhältnis oder einen Widerspruch geraten. Der wachsende Antisemitismus jedoch und die kontinuierliche Immigration osteuropäischer Juden setzten die komplexe jüdische Identität einem Interessengegensatz zwischen nationaler und ethnischer Zugehörigkeit aus.

Die entscheidende Weggabelung bei der Definition unterschiedlicher jüdischer Identitäten – deutsch-national einerseits und polnisch-jüdisch andererseits – war der Erste Weltkrieg. Das internationale Denken, das zur Entstehung nationaler Minderheiten mit international anerkanntem Status in den Pariser Vorortverträgen geführt hatte, richtete sich nicht auf die westeuropäischen Staaten, sondern galt allein den neuen Staaten Osteuropas<sup>2</sup>. Deutschland als Nationalstaat war ein westeuropäischer Staat. Deutsche Juden wiesen jeden Versuch zurück, ihre Rechte im Rahmen internationaler Verträge zum Schutze von Minderheiten zu verankern, da dies ihrem Selbstverständnis als gleichberechtigte deutsche Bürger widersprochen hätte. Außerdem gab es keinen eindeutig erkennbaren Grund, deutsche Juden als nationale Minderheit zu definieren. Abgesehen davon, daß sie mit Juden anderer Länder eine ethnische Herkunft und private religiöse Traditionen teilten, besaßen deutsche Juden keine Merkmale, die sie als spezifische Gruppe definiert hätten. In Sprache und Verhalten unterschieden sie sich nicht von ihrer Umgebung, und ihr gesetzlicher Status war identisch mit dem der gesamten deutschen Gesellschaft. Der deutsche Antisemitismus war trotz seines unheilvollen Auftretens kein ausreichender Grund, um Minderheitenrechte zu verlangen. Und vor allem zeigten deutsche Juden, Zionisten wie Liberale, keinerlei Interesse an einem derartigen Status. Der Wunsch, sich als Minderheit zu definieren, ist jedoch hierfür *conditio sine qua non*<sup>3</sup>.

Deutschland wurde also nach Kriegsende nicht in die Minderheitenverträge eingeschlossen. Doch im Unterschied zu anderen westeuropäischen Staaten wie Frankreich prägte sich in Deutschland keine klare Unterscheidung zwischen Staatsangehörigkeit, ethnischer Herkunft und religiös-kultureller Zugehörigkeit heraus. Die deutsche Staatsangehörigkeit basierte auf ethnischer Herkunft, also auf dem *jus sanguinis*, und nicht auf dem Territorialprinzip, dem *jus soli*. Die stete Polemik um den Charakter des deutschen Staates kam unter anderem in den Schwierigkeiten zum Ausdruck, die Gesetz und Bürokratie den Immigranten in den Weg legten, um eine Einbürgerung selbst der Angehörigen der zweiten Generation von Einwandererfamilien zu verhindern<sup>4</sup>. Diese Realität ließ deutsche Juden um so stärker an ihrer

<sup>2</sup> Zur Ratio, die der Auffassung von nationalen Minderheiten nach dem Ersten Weltkrieg zugrunde lag, und zu den fatalen Folgen dieses politischen Denkens siehe das faszinierende Kapitel in: Arendt, *Totalitarianism*, S. 267 ff. Siehe auch Diner, *Jahrhundert*, S. 60 ff.

<sup>3</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 21.

<sup>4</sup> Brubacker, *Staats-Bürger*.

deutschen Staatsbürgerschaft festhalten. Hieran ließen sie nicht rütteln. Und in dieser Haltung lag der Schlüssel zum Verständnis der Beziehungen zwischen deutschen Juden und den in ihren Reihen lebenden Juden polnischer Herkunft.

Die unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Verhältnisse setzten sich in den Jahren der Weimarer Republik fort. Aber auch gegen Ende der Weimarer Zeit – angesichts des Erstarkens der deutschen Rechten und insbesondere des Aufstiegs der NSDAP – wies die weit überwiegende Mehrheit der deutschen Zionisten die Forderung nach Minderheitenrechten für die deutschen Juden zurück<sup>5</sup>. Die politische Wende von 1933 schuf eine völlig neue Situation. Noch bevor sich die Schritte der neuen Regierung abzeichneten, wurde allen Beteiligten klar, daß deutsche Juden zum ersten Mal seit der Emanzipation gezwungen sein würden, unter einem Regime zu leben, das es sich zum Ziel gesetzt hatte, die liberalen Werte zu bekämpfen und die Errungenschaften der Aufklärung aufzuheben. Aus polnisch-jüdischer Perspektive erkannte Moshe Sneh rasch die Konsequenzen. In erster Linie hielt er es für entscheidend, daß deutsche Juden ihre eigene Stellung außerhalb des deutschen Bürgertums erkannten:

„Sie werden gezwungen sein, wider Willen ihre staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und politischen Rechte zu verteidigen. Ideologie und Organisation der Assimilation entsprechen den Bedingungen der völligen Gleichberechtigung, nicht den Bedingungen des Kampfes um die Gleichberechtigung. Die Assimilation wird verschwinden, und Juden werden gezwungen sein, gemeinsam und auf sich allein gestellt nicht mehr die hehren Schlagworte der Freiheit für die Allgemeinheit zu schützen, sondern die eigene Freiheit, ihre eigensten Interessen. Nicht mehr als Vordenker kosmopolitischer Ideen, sondern als Juden ...“<sup>6</sup>

Genau an diesem Punkt teilten sich die Meinungen innerhalb der Führung des deutschen Judentums. Leo Baeck, der künftig an der Spitze der *Reichsvertretung der deutschen Juden* stehen sollte, wies die Möglichkeit einer Forderung nach Minderheitenrechten von seiten der deutschen Juden zurück und bestand darauf, es reiche aus, wenn sie ihre grundsätzlichen Bürgerrechte wieder erhielten<sup>7</sup>. Robert Weltsch, der Herausgeber des zionistischen Presserorgans in Deutschland, wandte gegen Baeck und andere ein, sie verstünden nicht, daß die Minderheitenrechte mehr als volle Bürgerrechte seien, aber eben diese auch einschlossen<sup>8</sup>. Allerdings zweifelte er daran, ob deutsche Juden nach dem Januar 1933 überhaupt noch die Möglichkeit hätten, diese Rechte einzufordern.

Im Sommer 1933 kristallisierte sich die Position der deutschen Zionisten hinsichtlich des für Juden im nationalsozialistischen Deutschland erreichbaren Status heraus. Weltsch richtete zu jener Zeit ein von ihm zusammen mit Kurt Blumenfeld verfaßtes Memorandum an die Reichskanzlei Hitlers, in dem indirekt auf die Bereitschaft der Zionisten hingewiesen wurde, eine neue Basis für die separate Existenz einer jüdischen Minderheit in Deutschland zu formulieren<sup>9</sup>. Aus der internen Korrespondenz der deutschen Zionisten ergibt sich, daß sie ein Festhalten an der Emanzipation letztendlich für zwecklos hielten und ihre Bemühungen daher auf die

<sup>5</sup> Einige wenige Ausnahmen waren Nahum Goldmann und Moritz Biliski; siehe Margalio, *Political Reaction*, S. 226.

<sup>6</sup> Sneh, „Luna nad Berinem“, in: *Opinja*, 5. 3. 1933, abgedruckt in: Sneh, *Writings*, S. 287 f.

<sup>7</sup> YIVO, RG 348, Folder 95, Interview mit Dr. Leo Baeck, Berlin, 11. 6. 1933.

<sup>8</sup> YIVO, RG 348, Folder 95, Interview mit Dr. Robert Weltsch, Berlin, 11. 6. 1933.

<sup>9</sup> Fraenkel, *Zionist Policy*, S. 82; Margalio, *Political Reaction*, S. 209 f.

Erlangung eines Minderheitenstatus und einer national-kulturellen Autonomie richteten<sup>10</sup>. Zu jener Zeit waren die Zionisten mit ihrer Position innerhalb der jüdischen Öffentlichkeit in Deutschland noch in der Minderheit.

Die Frage des Status einer nationalen Minderheit für deutsche Juden erweckte innerhalb des organisierten Judentums in Osteuropa großes Interesse, und zwar aufgrund der tiefen Anteilnahme an Fragen jüdischer Nationalität und der Erfahrungen der osteuropäischen Juden am Ende des Ersten Weltkrieges. Emil Margulies – tschechischer Zionist polnischer Herkunft und jüdischer Vertreter im *Europäischen Nationalitäten-Kongreß* – verurteilte die deutschen Juden, die sich weigerten, die Realität richtig einzuschätzen:

„Wir haben in dem vergangenen Jahr darüber gesprochen, ob die deutschen Juden eine nationale Minderheit seien oder nicht. Die deutschen Juden selbst wiesen dies damals zurück [...]. Doch ihnen wurde inzwischen nicht nur die Gleichberechtigung mit den deutschen Staatsbürgern genommen, sondern auch die Gleichberechtigung mit nationalen Minderheiten. Es gibt nur noch ein einziges Volk, das mit einem derartigen Status lebt, das sind die Zigeuner.“<sup>11</sup>

Margulies, aktives Mitglied des *Comité des Délégations Juives* beim Völkerbund, arbeitete in jenen Monaten an der „Bernheim-Petition“ mit, deren Ziel es war, Deutschland daran zu hindern, die antijüdischen Gesetze in Oberschlesien einzuführen, und es zu zwingen, sich dem Minderheitenvertrag zwischen Polen und Deutschland von 1922 entsprechend zu verhalten. Die Petition war erfolgreich, doch die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen blieben allein auf den oberschlesischen Raum beschränkt. Gleichzeitig war eine jüdische Delegation darum bemüht, die Frage der Verfolgung von Juden in Deutschland im Rahmen des Europäischen Nationalitäten-Kongresses in Bern im September 1933 auf die Tagesordnung zu setzen<sup>12</sup>. Dieser Versuch scheiterte, da der Vertreter der deutschen Minderheiten auf der Seite Deutschlands stand und den Antrag zur Aufnahme dieses Themas in die Tagesordnung zurückwies<sup>13</sup>. Als Protest gegen die Position der deutschen Delegation zog sich die jüdische Delegation aus dem Kongreß zurück.

Die Weigerung deutscher Juden, für sich den Status einer Minderheit zu fordern, erwies sich aus osteuropäisch-jüdischer Perspektive als Wiederholung eines althergebrachten Musters, dessen Wurzeln bis zur Ablehnung des Minderheitenstatus durch deutsche Juden im Rahmen der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg reichten. Angesichts der Machtlosigkeit der Juden galten Minderheitenverträge, wie sie am Ende des Weltkrieges unterzeichnet worden waren, als sinnvolle Alternative. Der Minderheitenvertrag hätte nach dem Ersten Weltkrieg von allen Staaten implementiert werden müssen, meinte Yitzchak Grünbaum in Reaktion auf die Ereignisse in Deutschland<sup>14</sup>. Rabbiner Isaak Rubinstein, Leiter der *Misrachi*-Bewegung und Mitglied des polnischen Senats, machte den assimilierten Kreisen des deutschen

<sup>10</sup> Vgl. den Brief Martin Rosenbluets an Leonard Montefiori: Margalio, Political Reaction, S. 211 f.

<sup>11</sup> Protocole II, S. 57.

<sup>12</sup> Interessant ist hier Arendts Bemerkung, die jüdische Delegation beim *Minderheitenkongreß* sei nicht befugt gewesen, die Frage der deutschen Juden anzusprechen, da es sich bei deutschen Juden nicht um eine nationale Minderheit handelte: Arendt, *Totalitarianism*, S. 274.

<sup>13</sup> Zum Verlauf der Einzelheiten siehe: Landau, *Disappointing Alliance*, S. 126 ff.

<sup>14</sup> *Haynt*, „Die Minderheitenverträge sind in Gefahr“ (jidd.), 16. 9. 1934.

Judentums vor den Delegierten des *Jüdischen Weltkongresses* im Jahre 1934 schwere Vorwürfe wegen ihrer Überheblichkeit von 1917, als er versucht hatte, sie von der Wichtigkeit der Minderheitenrechte zu überzeugen<sup>15</sup>. Rubinstein ignorierte dabei jedoch die besonderen Bedingungen des deutschen Judentums zu jener Zeit und somit den Umstand, daß damals keine absehbare Notwendigkeit bestanden hatte, für deutsche Juden den Minderheitenstatus zu fordern. Darüber hinaus war es zum Zeitpunkt der Konferenz – also Sommer 1934 – zweifelhaft, ob ein Minderheitenvertrag in der Art, wie er am Ende des Ersten Weltkrieges unterzeichnet worden war, für deutsche Juden noch vorteilhaft gewesen wäre; denn Deutschland war im Oktober 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten und hatte sich von allen in entsprechender Form eingegangenen Verpflichtungen ohnehin gelöst. Rubinsteins Vorwürfe waren daher letztlich nicht mehr als Sticheleien.

Die Idee des Status einer nationalen Minderheit fand in den Jahren 1933–1934 Eingang in breite Schichten der jüdischen Führung in Deutschland, wobei die Diskrepanz zwischen Zionisten und Nicht-Zionisten in dieser Frage sich allmählich schloß. Um nicht den Unwillen der Behörden zu wecken und den Eindruck zu vermeiden, deutsche Juden würden das „Weltjudentum“ mobilisieren, verzichteten die Zionisten und die Leitung des *Central Vereins* auf alles, was auf eine Verbindung zwischen ihren Anschauungen und den internationalen Initiativen zum Schutze ihres Status hätte hinweisen können: im Hinblick auf den *Jüdischen Weltkongreß*, die „Bernheim-Petition“ und auch die Initiative im Rahmen des Kongresses nationaler Minderheiten<sup>16</sup>. Derartige taktische Überlegungen führten zu einer widersprüchlichen Situation: Die Leitung des *Central Vereins* lehnte jede Lösung im Sinne einer nationalen Minderheit ab, hielt jedoch enge Kontakte zu internationalen jüdischen Körperschaften aufrecht, die auf dieses Ziel hinwirkten, während die deutschen Zionisten sich jeglichen Kontaktes mit den Vertretern des *Comité des Délégations Juives* enthielten und vorsichtig direkte Kontakte mit den deutschen Behörden suchten. Nur die deutschnationalen Kreise um den *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* und weitere Randgruppen weigerten sich weiterhin beharrlich, die neue Situation anzuerkennen. Im Sommer 1935 legten die Nürnberger Gesetze die gesetzlich-politische Stellung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland als separate Gruppe innerhalb des deutschen Staates fest. Damit aber hatten deutsche Juden keineswegs den Status einer nationalen Minderheit erhalten. Es war jedoch dieser Eindruck entstanden, so daß die Erkenntnis, es müsse dringend eine alternative Lösung für das Leben der Juden in Deutschland gefunden werden, zusätzlich erschwert wurde<sup>17</sup>.

Der Status nationaler Minderheiten, wie er in den Friedensverträgen nach dem Ersten Weltkrieg festgelegt worden war, sollte diese vor dem Mehrheitenstaat schützen und die mangelnde Übereinstimmung zwischen den geopolitischen Grenzen der neuen Staaten und der ethnischen Zugehörigkeit der innerhalb dieser Grenzen lebenden Menschen ausgleichen<sup>18</sup>. Dieser, vom Völkerbund zu garantierende

<sup>15</sup> Protocole III, S. 111 f.

<sup>16</sup> Eine umfassende Darstellung und detaillierte Analyse der Position der politischen Führung des deutschen Judentums im Hinblick auf den Status einer nationalen Minderheit bei: Margaliot, *Political Reaction*, S. 208–243.

<sup>17</sup> Diner, *Auswanderung ohne Einwanderung*, S. 149.

<sup>18</sup> Siehe die kritische Haltung bei: Hobsbawm, *Nationen*, S. 157 f.

Rahmen sollte ein Hindernis für staatliche Diskriminierungspolitik bilden und gleichzeitig optimale Bedingungen für die Entwicklung interner Autonomie ermöglichen, die als adäquater Ausdruck der sprachlich-kulturellen und religiösen Separation der Minderheit verstanden wurde. Das Fundament dieser Regelungen bildeten jedoch widersprüchliche, ja gefährliche Grundvoraussetzungen<sup>19</sup>: Sie brachten die offensichtlichen Widersprüche des Nationalstaates zum Ausdruck, deren Wurzeln in der tiefgreifenden Diskrepanz zwischen Staat und Nation lagen; sie waren eindeutiger Ausdruck für die Übertragung des westeuropäischen Staatsverständnisses auf die osteuropäische Realität; sie sollten eine Interimsphase und die notwendige Garantie auf dem Weg zu einer vollständigen Assimilation der nationalen Minderheiten im Nationalstaat darstellen, schaukelten jedoch gleichzeitig das Grab für jede eventuelle Integration der nationalen Minderheiten. Die internationale Anerkennung der Minderheiten betonte praktisch ihre Differenz zur Mehrheit und vertiefte die Beziehungen zu den Angehörigen der jeweiligen nationalen Minderheit in anderen Staaten. In der ersten Phase sah es so aus, als ob Juden in Polen Schutz und gewisse Vorteile durch diese Regelung genießen könnten. Doch dieser Eindruck verlor sich im Laufe der Jahre infolge mangelnder Einigkeit innerhalb des Judentums und durch die tiefer werdenden Zerwürfnisse zwischen den verschiedenen Minderheitengruppen, die Erschütterungen der polnischen Demokratie und letztendlich die Weigerung des polnischen Staates, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Deutsche Juden, die seit der Reichsgründung von 1871 volle staatsbürgerliche Rechte genossen hatten, waren auf den Minderheitenstatus nicht angewiesen. Ihre sprachlich-kulturelle Integration in die allgemeine Gesellschaft machte gleichzeitig die Notwendigkeit und den Wunsch nach kultureller Autonomie überflüssig. Aus ihrer Sicht wäre die Anerkennung als nationale Minderheit ein Rückschritt gewesen, keineswegs Merkmal eines Fortschritts. Hitlers Machtübernahme und die Veränderungen der gesetzlichen Stellung der deutschen Juden hätten den Status einer nationalen Minderheit erneut rechtfertigen können. Doch dies wäre angesichts der Intention der Nationalsozialisten, die Juden völlig aus der deutschen Gesellschaft und dem Staat zu verdrängen, wohl ein unerreichbares Ziel geblieben. Unter derartigen Umständen blieb deutschen Juden nichts anderes übrig, als sich mit dem quasi autonomen Status eines separaten und isolierten Sektors innerhalb der deutschen Gesellschaft zu begnügen, der ihnen vom NS-Regime zugewiesen worden war. Und hier nutzten deutsche Juden trotz fehlender Tradition, eventuell aber infolge ihrer im Vergleich zum polnischen Judentum weitgehend kulturellen und sozioökonomischen Einheitlichkeit, die ihnen zur Verfügung stehenden Rahmenbedingungen und Möglichkeiten effektiv aus.

In den gesellschaftlichen und organisatorischen Konsequenzen, insbesondere aber im autonomen internen Leben der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und in dem Umstand, daß sie zu einem geschlossenen, separaten Sektor innerhalb der deutschen Gesellschaft wurden, konnte fortan das ihnen und der jüdischen Gesellschaft in Osteuropa Gemeinsame gesehen werden. Die Blüte der jüdischen Presse und der jüdischen Kultur- und Sportvereine, der Ausbau des jüdischen Schulwesens, der Charakter der Wohlfahrtspflege und viele andere Formen jüdischer Gemeindearbeit weisen darauf hin, daß deutsche Juden sich bemühten, den größtmög-

<sup>19</sup> Arendt, *Totalitarianism*, S. 274 ff.

lichen Nutzen aus der ihnen aufgezwungenen Ghettosituation zu ziehen. Außerdem organisierten sie sich nun rasch in dem zentralen Rahmen der *Reichsvertretung der deutschen Juden*, einer Körperschaft, die, abgesehen von wenigen isolierten Ausnahmen, die Gesamtheit der deutschen Juden repräsentieren und das interne Leben sowie die Beziehungen zu den staatlichen Behörden regeln sollte. Innerhalb des polnischen Judentums dagegen nahm die Aufsplitterung mit dem Anwachsen des Antisemitismus in Polen erheblich zu<sup>20</sup>.

Auch dies war ein Paradox, das mit dem offiziellen Status der nationalen Minderheit verbunden war. Eines der auffallendsten Merkmale der politischen Organisation deutscher Juden war das Fehlen jüdischer Parteien. Die Gründe dafür waren vielfältig: Das sozioökonomische Profil des deutschen Judentums war homogener als das der polnischen Juden – trotz der Diskrepanz zwischen dem mittleren und oberen Mittelstand und der Unterschiede zwischen der urbanen und ländlichen Bevölkerung. Diese relativ große Einheitlichkeit war kein fruchtbarer Boden für die Entstehung politischer Parteien. Hinzu kam die traditionelle Organisation im Geiste des deutschen Bürgertums, die ihren Ausdruck in den vielfältigen Vereinen der deutschen Juden fand. Zur Gründung jüdischer politischer Parteien kam es eigentlich in keinem Staate, in dem Juden volle bürgerliche Gleichberechtigung genossen. Das Fehlen solcher Parteien in Deutschland weist daher nicht auf eine defizitäre jüdische Organisation hin. Im Gegenteil: Das deutsche Judentum zeichnete sich durch eine reiche organisatorische Tradition aus. Auch wenn deutsche Juden keine lange Tradition der Autonomie, im Sinne der Vierländersynode [*Waad arba ha-arazot*], kannten, hatte das deutsche Recht ein verpflichtendes Band zwischen der Zugehörigkeit zum Judentum und der Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinde geknüpft und damit die Stellung der jüdischen Gemeinden begründet. Die sozioökonomische Homogenität, das Fehlen einer parteipolitischen Aufsplitterung, die rückläufige Bedeutung der politisch-ideologischen Kämpfe nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, die Existenz eines intakten Gemeindesystems und einer ausgeprägten regionalen und überregionalen organisatorischen Tradition – das alles waren Elemente, die den Weg für die rasche Gründung einer deutsch-jüdischen Dachorganisation nach 1933 geebnet hatten. Diese Entwicklung war nach innen und außen von gewaltiger Bedeutung. Nach innen förderte sie die Auseinandersetzung mit den Maßnahmen des NS-Regimes, indem zentral Informationen gesammelt und ein Netzwerk gemeinsamer Reaktionen und Strategien aufgebaut wurde. Eingeschränkt und gemäßigt wurde zudem die interne politische Aufsplitterung, die innerhalb der deutsch-jüdischen Öffentlichkeit in der Zeit der Weimarer Republik geherrscht hatte; verbessert wurde die Fähigkeit, von den begrenzten finanziellen Mitteln sinnvollen Gebrauch zu machen. Nach außen ermöglichte der rasche Zusammenschluß im Rahmen der *Reichsvertretung* die konzentrierte, geordnete Interessenvertretung des deutschen Judentums, um auf diesem Wege die maximale – finanzielle, politische und moralische – Unterstützung der internationalen jüdischen Verbände zu erlangen. Organisatorisch stellte sich das deutsche Judentum nach 1933 als eine in jeder Hinsicht gefestigte Interessengruppe dar.

Das polnische Judentum hatte durch den Versailler Vertrag den offiziellen Status einer Minderheit erhalten. Die praktische Bedeutung dieses Status war äußerst be-

<sup>20</sup> Heuberger, Die jüdischen Parteien; Mendelsohn, East Central Europe, S. 81.



grenzt und beschränkte sich auf das Anrecht auf jüdische Erziehung und die Einhaltung des Sabbats. Doch da Polen im Prinzip ein multinationaler Staat war, erfolgte die politische Organisation der jüdischen Bevölkerung wie die der anderen Minderheitengruppen auf der Basis politischer Parteien. Während der gesamten dreißiger Jahre war das polnische Judentum in Zionisten, Orthodoxe und Sozialisten mit ihren jeweiligen Parteien zersplittert. Es führte daher einen kontinuierlichen Kampf um die Ausprägung einer politischen Gestalt. Diese tiefe politische Fraktionierung des polnischen Judentums verhinderte die Bildung einer zentralen Körperschaft nach dem Vorbild der *Reichsvertretung*. Zu dem politischen Kampf kam die organisatorische Schwäche hinzu, die sich in fast allen polnisch-jüdischen Organisationen als großes Übel erwies. Die politische Fraktionierung verhinderte die Bildung einer einheitlichen Front, während die defizitäre Organisation internationale Gruppen von Hilfsaktionen für das polnische Judentum abschreckte. Der *Joint* hatte den Glauben an die Administrationsfähigkeit polnischer Juden bereits in den zwanziger Jahren verloren, während zionistische Stellen sich häufig über in Polen auftretende Unregelmäßigkeiten bei der Verteilung von Einwanderungszertifikaten nach Palästina beklagte. Angesichts der Umstände, unter denen jeder US-Dollar und jedes Einwanderungszertifikat von höchster Bedeutung waren, erwies sich die mangelnde Organisationsfähigkeit polnischer Juden als verheerend.

Jüdische Organisationen in Deutschland arbeiteten seit 1933 so, als ob es sich bei der in einem abgeschlossenen separaten Sektor lebenden jüdischen Bevölkerung um eine nationale Minderheit handelte. Doch viele Juden nahmen diese Veränderung nicht bewußt wahr und verstanden ihre Bedeutung nicht. Zahlreiche Widersprüche, auf die die jüdischen Organisationen nach 1933 stießen, ergaben sich aus der Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Realität. Das hartnäckige Verlangen des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, ausschließlich die Angelegenheiten deutscher Staatsbürger vertreten zu wollen, die Unsicherheit verschiedener Gemeinden im Hinblick auf die Beschäftigung osteuropäischer Juden in religiösen Ämtern, die überhastete Suche nach vorläufigen Auswanderungslösungen für osteuropäische Juden in Deutschland und der verzweifelte Kampf zwischen den Frauen der in Sachsenhausen internierten Juden und den Vertretern der *Reichsvereinigung* 1939 – das alles waren Beweise für die Machtlosigkeit jener Körperschaften und Organisationen, adäquate Lösungen für alle Juden in Deutschland zu finden. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, daß das deutsch-jüdische Establishment auch in den dreißiger Jahren die osteuropäischen Juden als Fremde betrachtete, die nicht zur deutschen Nation gehörten. Außerdem bestand die Befürchtung, als Bürger eines anderen Staates seien ausländische Juden eine Bedrohung für den rechtlichen Status deutscher Juden. Nach 1933 gab es allerdings für eine derartige Befürchtung keinerlei Grund mehr. Die Stellung osteuropäischer Juden als Bürger fremder Staaten war im Rahmen bilateraler und internationaler Verträge verankert und in vielerlei Hinsicht nun zunächst der der deutschen Juden vorzuziehen. Da deutsch-jüdische Organisationen weiterhin in den Begriffen einer rechtsstaatlichen Demokratie verfangen waren, die dem Prinzip der formalen Gleichberechtigung verpflichtet ist und ihre Staatsangehörigen bevorzugt behandeln muß, konnten sie nur schwer die Tatsache akzeptieren, daß sie praktisch Opfer der Diskriminierung geworden waren und ihre Stellung in vielen Bereichen ungünstiger war als die Situation ausländischer Juden. Möglicherweise wurde diese irrtümliche Ansicht zunächst

noch zusätzlich durch die Ausbürgerung vieler in Deutschland lebender jüdischer Immigranten begünstigt, die zwischen 1918 und 1932 die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten. Daneben lebte die traditionelle gesellschaftliche und kulturelle Distanzierung, die sich seit der Masseneinwanderung aus Osteuropa verschärft hatte, ebenso fort wie vereinzelte Annäherungen an die osteuropäisch-jüdische Kultur, insbesondere in den Reihen der Zionisten und der Orthodoxie, die ja auch während der Jahre der Weimarer Republik anzutreffen gewesen waren. Es muß bezweifelt werden, ob der politische Wechsel in Deutschland und die zentrale Rolle des Antisemitismus in der neuen Regierungspolitik dazu führten, daß sich die altansässige deutsch-jüdische Gemeindeführung sich osteuropäischen Juden gegenüber wohlwollender verhielt.

Vor diesem Hintergrund hatten polnische Juden in Deutschland in den jüdischen Gemeinden keinen gleichberechtigten Status gewinnen können. Meistens wurden sie zwar korrekt behandelt – dafür gab es eine lange institutionelle jüdische Tradition in Deutschland. Nach deutschem Recht waren die jüdischen Gemeinden verpflichtet, die Immigranten als Gemeindemitglieder aufzunehmen, es zwang den altetablierten Gemeinden somit eine Bürgerschaft auf. Doch in den wirklich wichtigen Fragen im Rahmen der Verhandlungen mit den deutschen Behörden konnten sich die Immigranten nicht auf die Unterstützung der Gemeinden und Landesinstitutionen verlassen. Es bestand eine ausdrückliche Verbindung zwischen dem hartnäckigen Verlangen der *Reichsvertretung* – in Kooperation mit dem *Joint* –, polnische Juden in den ersten Jahren nach 1933 nach Polen zurückzuschicken und sich nicht für eine Migration Richtung Westen einzusetzen, und dem Zögern der *Reichsvereinigung*, die polnischen Internierten von 1939 zu betreuen. Die *Reichsvertretung* arbeitete nach dem Prinzip der „Repatriierung“ und glaubte, es sei vernünftig, die polnischen Juden in ihr Herkunftsland zurückzuführen<sup>21</sup>. Sie richtete das Anrecht der polnischen Juden auf eine Rückführung gegen sie und wahrte damit die Chancen deutscher Juden, nach Westen zu emigrieren. Die *Reichsvereinigung* zögerte sechs Jahre später, sich für die Freilassung der polnischen Internierten einzusetzen, ihnen Zertifikate für eine sofortige Emigration zur Verfügung zu stellen, und zog es angesichts fehlender Alternativen vor, sich mit der Bitte an die SS zu wenden, die Internierten aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen zu entlassen und in die besetzten Gebiete des Generalgouvernements zu deportieren. In beiden Fällen richteten sich deutsch-jüdische Organisationen also nach dem leitenden Grundsatz der „Repatriierung“. Dies war vielleicht der auffälligste Ausdruck einer „deutsch-staatsbürgerlichen“ Position in den Reihen der Führung des deutschen Judentums. Jüdische Führung und Organisationen in Deutschland übertrugen die Bedeutung, die sie der deutschen Staatsangehörigkeit zumaßen, auf die polnische Staatsbürgerschaft der in Deutschland lebenden polnischen Juden. Diese Staatsbürgerschaft gab polnischen Juden zwar einen Anspruch auf gewisse Dienst- und Hilfeleistungen der diplomatischen Vertretungen Polens und ermöglichte ihnen eine Rückkehr nach Polen. Doch im Hinblick auf die Mehrheit der polnischen Juden in Deutschland handelte es sich allein um einen rein formalen Status. Unter den Umständen, unter denen der polnische Staat entstanden war, hatte die polnische Staatsbürgerschaft für polnische Juden nicht die Bedeutung einer Zugehörigkeit

<sup>21</sup> Zur Repatriierung im jüdischen Kontext siehe: Weiss, Homeland.

erlangt. Polen wurde durch den formalen Akt der Verleihung der Staatsbürgerschaft nicht zu ihrem Vaterland, und die Rückkehr nach Polen war in diesem Fall die ungünstigste aller Möglichkeiten.

Es war allerdings während der dreißiger Jahre zu beobachten, wie sich unter polnischen Juden in Deutschland allmählich eine Beziehung zum polnischen Staat entwickelte. Dies kam in einer zunehmenden Organisierung in polnisch-jüdischen Vereinen sowie in den vorsichtigen Äußerungen eines polnischen Patriotismus zum Ausdruck. Außerdem gaben die polnisch-jüdischen Vereine in Deutschland unter polnischem Druck ihre Kontakte zu Mitgliedern ohne polnische Staatsangehörigkeit auf. Nach 1936 vertraten sie ausschließlich polnische Staatsbürger. Dies war nun vielleicht nicht gerade ein Beweis für das Erwachen eines polnischen Patriotismus. Angesichts des wachsenden deutschen Antisemitismus und der besonderen Schwierigkeiten polnischer Juden bei der Emigration nach Westen blieb ihnen letztlich nichts anderes übrig, als sich auf den polnischen Staat zu verlassen. Langfristig gesehen vertrauten sie damit zwar auf ein brüchiges Eis, kurzfristig jedoch reichte es aus, um in Verhandlungen mit den deutschen Behörden Unterstützung zu erhalten. Und selbst die Emigration nach Polen war angesichts einer sich in Deutschland abzeichnenden absoluten Ausweglosigkeit vorzuziehen. Trotz alledem blieben die Beziehungen der polnischen Juden in Deutschland zu Polen pragmatisch und zeugten nicht von einer grundsätzlichen Änderung der Auffassungen.

Die Differenzen zwischen der Interpretation der Staatsbürgerschaft als Identität unter den deutschen Juden und der Staatsangehörigkeit als bloßem von internationalem Recht anerkannten Status unter den Juden Polens beeinflussten das gesamte Beziehungsgeflecht zwischen den jüdischen Bevölkerungen beider Staaten. Hin und wieder wird behauptet, die Integration der deutschen Juden in die deutsche Gesellschaft sei ihnen zum Hindernis geworden und habe es ihnen mehrheitlich erschwert, die neue politische Realität zu verstehen, wodurch sich ihre Suche nach radikalen Lösungen, insbesondere ihre Emigration aus Deutschland, verzögert habe. Im Lichte der hier vorgelegten Befunde sieht es jedoch eher so aus, daß das Gegenteil zu postulieren ist: Die politische Tradition des deutschen Judentums, dem keine jüdische Kollektividentität bekannt war, trug entscheidend zu seiner, unter den Verhältnissen der dreißiger Jahre erfolgreichen Organisation bei. Die jüdische Bevölkerung in Deutschland konnte sich unter anderem deshalb erfolgreich organisieren, weil sie nicht in den Ketten einer kollektiven Auffassung gefangen war.

Berücksichtigt werden muß zudem das Gewicht der jüdischen Öffentlichkeit, genauer: der maßgebenden Meinung von jüdischen Organisationen im Westen, die ausreichend Mittel und Einfluß hatte und die aufgrund gesellschaftlich-kultureller Affinität dem deutschen Judentum stärker zugeneigt war als dem polnischen. Die Organisationsfähigkeit der deutschen Juden erleichterte es vielen Juden im Westen, ihnen finanzielle Sondermittel zur Verfügung zu stellen. Man konnte mit Sicherheit annehmen, daß diese Mittel ihre Ziele erreichten. Die Not der deutschen Juden – im Unterschied zum Leid der Juden in Polen – wurde als akut, nicht als chronisch wahrgenommen. Die den polnischen Juden zugewiesene Unterstützung war eine Frage der Routine, während die Hilfe für deutsche Juden etwas Neues war. Noch schwerwiegender war, daß es bisweilen so aussah, als ob das polnische Judentum ohnehin am Rande des Abgrunds stehe und die andauernde Not zu einer Situation geführt habe, in der jede Hilfe letztlich bedeutungslos war. Demgegenüber garan-

tierte der relative Wohlstand der deutschen Juden eine effektive und sinnvolle Verwendung der von dritter Seite gewährten finanziellen Unterstützung. In Deutschland hatten *Hachscharoth* und Berufsausbildungsprogramme noch Sinn, da man hoffen durfte, wenigstens den Jugendlichen werde die Emigration gelingen. Im Hinblick auf die dreieinhalb Millionen Juden in Polen konnte man die Auswanderung nur mit Schwierigkeiten als allumfassende Lösung in Betracht ziehen.

Deutsch-jüdisches Kapital, hohe berufliche Qualifikation und besondere finanzielle Zuwendungen zugunsten der deutsch-jüdischen Emigration führten letztlich zu einer Bevorzugung deutscher Juden bei der Einwanderung nach Palästina. Die Chancen deutscher Juden, nach Westen zu emigrieren, waren ohnehin stets größer gewesen als die entsprechenden Möglichkeiten polnischer Juden. Schon in jenen Tagen hatten sich etliche Stimmen gegen die diskriminierende unterschiedliche Behandlung von deutschen und polnischen Juden erhoben und gewarnt, die Bevorzugung der deutschen Juden könnte die notwendigen Initiativen zur Verbesserung der Lage polnischer Juden direkt und negativ beeinflussen. Rückblickend betrachtet war dies von Bedeutung für die Rettung der Juden in Polen und Deutschland, in den dreißiger Jahren jedoch ging es allein um die Schaffung erträglicher Lebensbedingungen.

Unter den seit der Emanzipation entstandenen historischen Umständen hatten Juden in Westeuropa Gleichberechtigung genossen. Gleichzeitig hatten sie sich für den Schutz des Status der Juden in Ländern eingesetzt, in denen diese offen diskriminiert wurden. Dabei hatte es sich in erster Linie um die Länder Osteuropas gehandelt. Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland kehrte die Verhältnisse um. In gewissem Maße bildeten polnische Juden nun eine Lobby zur Bewahrung bzw. Wiederinkraftsetzung der Rechte deutscher Juden. Sie versuchten, die jüdische Öffentlichkeit zu mobilisieren und zum Kampf gegen die vom Nationalsozialismus für alle Juden Europas ausgehenden Gefahren aufzurufen. Aus ihrer Position als gleichberechtigte Bürger in einem multinationalen Staat agierten Juden in Polen auf allen Ebenen: durch jüdische Vertreter in Senat und Sejm, auf den Rednertribünen der Massenversammlungen, in der jüdischen Presse und an der Spitze der Boykottbewegung gegen deutsche Waren. Dies war in vielen Fällen ein heroisches Verhalten und verlangte manches materielle Opfer, etwa für die polnisch-jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland.

Deutsche Juden führten keinen vergleichbaren Kampf. Unter der Drohung des NS-Terrors waren ihre Hände gebunden. Darüber hinaus fehlte es ihnen im Unterschied zu polnischen Juden an einem ausdrücklich kollektiven Bewußtsein, und sie vertrauten nicht auf einen umfassenden Kampf. Moshe Kleinbaum (Sneh) faßte Ende 1938 eine weithin verbreitete Kritik polnischer Juden an den Juden in Deutschland mit den Worten zusammen:

„Das deutsche Judentum ist bis auf den Grund verdorben. Die Art und Weise, in der deutsche Juden die Verfolgungen, die Erniedrigungen, die Beleidigungen aufnehmen, das Maß an Kapitulation, mit dem sie auf die abscheulichen Taten des Nazi-Regimes reagieren, das alles belegt das Fehlen von Eigenstolz, den Mangel an geistiger Kraft und moralischem Rückgrat. Wo sind die kleinen Zeichen für einen Widerstand unter deutschen Juden? Sicherlich, ein derartiger Widerstand kann gar nicht effektiv sein, kann keinen Erfolg erzielen. Aber wie können Menschen diese inhumane Behandlung ertragen, ohne ein Zeichen von Protest zu zeigen, von Trotz, von verzweifelterm Widerstand (selbst wenn er wenig zweckdienlich ist?!). Warum gelang es dem russischen Judentum in der Zarenzeit trotz alledem, hier und dort Widerstand zu zeigen?

Warum brachte das russische Judentum Revolutionäre und Attentäter hervor, die sich selbst als Märtyrer opferten? Weil sie das Judentum in ihrer Seele trugen, weil sie die Bedeutung des Leidens verstanden hatten, weil sie ihr jüdisches Schicksal in allen Tiefen durchlebt hatten. Die deutschen Juden sind dagegen jedem jüdischen Inhalt entfremdet. Sie nehmen ihre Katastrophe als persönliches Schicksal von Individuen an, weil ihnen das Gefühl der Zugehörigkeit zum jüdischen Kollektiv fehlt, das Gefühl der jüdischen Schicksalsgemeinschaft.“<sup>22</sup>

Sneh schränkte seine Anschuldigungen zwar sogleich ein, indem er das Ausbleiben jüdischen Widerstands in den Kontext des Fehlens jeglichen Widerstandes in Deutschland und der Schwäche der Juden als kleinster Minderheitengruppe stellte. Doch es wird deutlich, daß die charakteristischen Merkmale jüdischen Verhaltens in Deutschland, wie sie bei Sneh dargestellt werden, sehr wohl mit der deutsch-jüdischen Tradition verknüpft waren. Das Festhalten am Gesetz, auch als dieses Gesetz deutsche Juden nach 1933 auf Schritt und Tritt diskriminierte, war ein tragender Eckstein der deutsch-jüdischen Geschichte. Illegale Aktivität, so wenig effektiv sie vielleicht auch gewesen sein mag, gehörte nicht zum Repertoire politischer Kultur deutscher Juden. Sie nahmen auch das große Interesse, das osteuropäische Juden der Situation deutscher Juden entgegenbrachten, mit wenig Wohlwollen auf. Die jüdische Presse in Deutschland hatte zwar stets die antisemitischen Tendenzen in Osteuropa verfolgt – aufgrund eines ehrlichen Interesses und als legitime oder gefahrlose Möglichkeit, öffentlich eine freie Diskussion über den Antisemitismus zu führen. Doch von hier bis zur Formulierung einer allgemeinen jüdischen Strategie im Kampf gegen den Antisemitismus blieb es ein weiter Weg.

Praktisch zogen deutsche Juden eindeutige Vorteile aus der Linie, die die zentralen jüdischen Organisationen nach 1933 einschlugen. Sie vergeudeten keine Zeit mit ohnehin chancenlosen und vielleicht gefährlichen prinzipiellen Machtdemonstrationen. Sie boykottierten Deutschland nicht, sondern stellten sich gegen den Boykott. Tausende versuchten – erfolgreich – mittels des Transfer-Abkommens ihren Besitz und ihr Vermögen zu retten und nach Palästina zu emigrieren. Sie gewöhnten sich rasch an die Notwendigkeit der Emigration. Ihre Führung unterstützte mittels eines organisierten Emigrationsapparates, einer professionellen Umschulung und sozialer Hilfe die beschleunigte Auswanderung und sorgte für die in Deutschland zurückbleibenden Personen. Deutsch-jüdische Organisationen verzichteten bisweilen auf ihren Stolz und trugen zu einer Beruhigung der Gemüter unter der internationalen jüdischen Öffentlichkeit bei, wenn sie von den deutschen Behörden dazu aufgefordert wurden. Gleichzeitig bemühten sie sich um praktische Lösungen zur Verbesserung ihrer Situation. Sie versuchten unermüdlich, Gelder zur Linderung der Not aufzutreiben, und achteten wenig auf die indirekten Auswirkungen der „Lösung der Judenfrage“ in Deutschland auf die „Judenfrage“ in den Ländern Osteuropas. Dies entsprach der von vielen deutschen Juden akzeptierten Auffassung, nicht in kollektiv-jüdischen Begriffen zu denken. Im nachhinein erwies sich diese Haltung als richtig – vor allem im Hinblick auf die zu erzielende Effektivität, denn bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges konnten sehr wohl Teillösungen für die separate Not deutscher Juden gefunden werden, insbesondere wenn ihre Situation nicht mit dem Leid der Juden in Polen verknüpft wurde.

<sup>22</sup> Der Tag, M. Sneh, Widerstand und Aufbau, 23. 12. 1938, abgedruckt in: Sneh, Writings, S. 312.

# Quellen und Literatur

## Unveröffentlichte Quellen

### Archive

#### 1. Israel

*Archiv der Arbeiterbewegung im Lavon-Institut, Tel Aviv (LI)*

Akte III – 38 – 43 – 12, Deutschland-Tagebuch.

Sitzungsprotokolle des Exekutivrates der *Histadrut* (Gewerkschaft) 1933–1938.

*Beit Lochamei-Ha-Ghettaot (Ghetto-Fighter-House) (GFH)*

Archiv des *Hechalutz* in Polen Z8/1.

*Central Archives for the History of the Jewish People (Zentralarchiv für die Geschichte des jüdischen Volkes), Jerusalem (CAHJP)*

Inv. 78 – Zentralwohlfahrtsstelle.

Inv. 165 (1) – Zusammenkunft jüdischer Sozialarbeiter, Frankfurt a. M. 1932.

Inv. 124 (21) – Canadian Jewish Congress, campaign for Relief Stricken European Jewry.

Inv. 1419 – Council for German Jewry. Statistics of Jewish Emigration from Greater Germany, 1933–1939.

Inv. 4631 – Die Juden und jüdische Mischlinge in Großdeutschland, 17. 5. 1939, Maschinenschrift.

N1/48 Ansbach.

B-33 Bingen.

Inv. 6528 – Gemeinde Darmstadt.

Sammlung Wolf.

*Central Zionist Archives (Zionistisches Zentralarchiv), Jerusalem (CZA)*

A 127 – Nachlaß Yitzchak Grünbaum.

A 140 – Nachlaß Salomon Adler-Rudel.

A 142 – Nachlaß Alfred Klee.

L 13 – Zentralstelle für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina, London.

L 22 – Vertretung der Zionistischen Welt Organisation und der Jewish Agency beim Völkerbund, Genf.

S 6 – Einwanderungsabteilung.

S 7 – Zentralstelle für die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina.

Sitzungsprotokolle der Exekutive der Jewish Agency in Palästina 1933–1938.

Sitzungen des „engeren zionistischen Exekutivkomitees“.

Bericht der Zionistischen Vereinigung für Deutschland an den XXV. Delegiertentag in Berlin, 2.–4. Februar 1936, Berlin 1936.

Zehn Jahre „Verband Russischer Juden in Deutschland“. Ein Rückblick (gegründet 1920).

*Centre for Oral Documentation at the Institute for Contemporary Jewry, The Hebrew University of Jerusalem (IfCJ)*

Bodenheimer, Wolf 11 (32).

Bromberger, Esriel 26 (30).

Gross, Yitzchak 10 (32).

Gschuri, Meir 2 (30).

Walk, Joseph 25 (30).

Meir, Franz 4 (41).  
Nachmani, Ady 2 (70).

*Leo Baeck Institute Jerusalem (LBIJ)*

Protokoll der Sitzung des Zentralausschusses der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau – LBIJ 553/2.

*Rav-Kook-Institute, Jerusalem (RKI)*

Badach, Informationsrundsreiben November 1935.

HaNe'eman, Orthodoxes Monatsblatt für die junge Generation, Monate Tishre-Cheschwan 5688 (1928).

Unser Gedank – Organisation der Misrachi-Jugend (Lemberg), Lvov 1933.

*Rekonstruiertes Archiv der „Reichvertretung der deutschen Juden“, The Hebrew University of Jerusalem (RV)*

*Yad-Vashem-Archiv, Jerusalem (YVA)*

Sammlungen:

01 – Ball-Kaduri.

02 – Wiener.

03 – Zeugnisaussagen.

08 – Deutschland.

M – 1/E Zeugnisaussagen.

JM/2866 – Mikrofilme des deutschen Auswärtigen Amtes.

## 2. Deutschland

*Bundesarchiv Koblenz (BAK)*

R 43II Reichskanzlei.

R 57 Deutsches Ausland-Institut.

*Bundesarchiv Abteilungen Potsdam (BAP)*

Dienststellen Rosenberg.

09.03 Konsulat Temesvar.

15.01 Reichsministerium des Innern.

Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Nr. 1158.

*Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA)*

Pr. Br. Rep. 6 B Kreisverwaltung Beerkow-Shorkow 834.

*Landesarchiv Berlin (LaB)*

Amtsgericht Charlottenburg, Rep. 42 Acc 1743 Nr. 9006.

*Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA)*

Aktenbestand Inland II A, B.

*Staatsarchiv Hamburg (StA Hamburg)*

Auswanderungsamt I.

Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg:

Sitzungsprotokolle des Gemeindevorstandes.

Sitzungsprotokolle des Repräsentantenkollegiums.

Amtsgericht Hamburg – Vereinsregister.

6221 – Familie Plaut.

Oberfinanzpräsident 314–315.

Handschriftensammlung.

*Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (StA Dresden)*

Zeitungsausschnittsammlung Nr. 583.

Ministerium des Innern Nr. 11180.

*Staatsarchiv Leipzig (StA Leipzig)*  
Devisen-Stelle-Leipzig 185.  
PP-V 4406 Bestand Polizeipräsidium.

*Staatsarchiv Abteilung Merseburg (GStA Merseburg)*  
Rep. 169 D II CF.

### 3. USA (New York)

*Jewish Joint Distribution Committee (JDC)*

- 78 – Campaigns 1937–1939.
- 172 – JDC Overseas Administration, General 1933–1940.
- 225 – Federation of Polish Jews in America, 1933–1935.
- 226 – Federation of Polish Jews in America, 1936.
- 228 – Federation of Polish Jews in America, 1938.
- 626 – Germany, General 1933 (März – Juli).
- 628 – Germany, General 1934.
- 629 – Germany, General 1935.
- 645 – Germany, Zentral Ausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau 1933–1934 (Juni).
- 646 – Germany, Zentral Ausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau 1934–1938 (Juli).
- 788 – Poland, General 1933–1935 (Mai).
- 790 – Poland, General 1936.
- 193 – Poland, General 1938.
- 874 – Poland, Refugees General 1934; 1937–1939.
- 878 – Poland, Refugees Zbanszyn, 1938–1939.

*Leo Baeck Institute Archiv (LBI-N.Y.)*

Komitee für den Osten (K.f.d.O.).  
William Graetz Collection AR 4121.  
Max Kreutzberger Collection AR 7183.  
Robert Weltsch Collection AR 7185.

*YIVO Institute for Jewish Research Archive (YIVO)*

RG 31 Territorial Collection Germany (from Vilna Archives).  
RG 116 Territorial Collection Germany (from NY Archives).  
RG 347 American Jewish Committee, Collection Waldmann.  
RG 348 Papers of Lucien Wolf and David Mowshowitch.

### 4. Polen (Warschau)

*Archiwum Akt Nowych (AAN)*

Amb Rp w Berlinie.

*Żydowski Instytut Historyczny (ZIH)*

Synagogen Gemeinde zu Breslau.  
Zjednoczony Komitet Żydowski Niesienia Uchodzcom z Niemiec we Lwowie.

### 5. Rußland (Moskau)

*Sonderarchiv (SoA)*

1230 Weltverband der Jüdischen Studentenschaft.  
RSHA, 500/1: Reichssicherheitshauptamt.  
1325/1: Dokumentensammlung über die Lage der Juden in verschiedenen Ländern.  
721: Bestand „Central Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“.



## Bibliotheken

*Wiener Library (Tel Aviv)*

613 – Jewish Central Information Office.

Aid to Jews Overseas. Report on the Activities of the American Jewish Joint Distribution Committee for the Year 1935, including a brief Résumé for the Year 1936.

Dunker, Abraham B., The Situation of the Jews in Poland, New York, American Jewish Congress 1936.

Liberman, Kopel, Le Boycottage Économique de L'Allemagne, Brüssel 1934.

Peoples Ort Federation Bulletin, 1934.

Protocole de la II Conférence Juif Mondiale, Genève, 5–8 Septembre 1933.

Protocole de la III Conférence Juif Mondiale, Genève, 20–23 Août 1934.

Protocole du premier Congrès Juif Mondial, Genève, 8–15 Août 1936.

Rontch, I. E., „The Present State of the Landsmannschaften“, in: The Jewish Social Service Quarterly 15.4 (Juni 1939).

Schorr, Moshe, The Present Position of the Jews in Poland, London 1935.

Speeches delivered at the Anglo-Jewish Conference convened by the Council for German Jewry at the Dorchester Hotel on Sunday, 15. 3. 1936, London 1936.

Tartakower, Arie/Grossmann, Kurt R., The Jewish Refugee, Institute of Jewish Affairs of the American Jewish Congress and World Jewish Congress, New York 1944.

The „ORT“-Union in 1934/1935. Report of the Executive of the Central Board for the Period from January 1st 1934 to August 31st 1935 submitted to the plenary Session of the C. B. held in Paris on November 16–20 1935.

*Deutsche Bibliothek – Deutsche Bücherei Leipzig (DBL)*

Frecks, Rudolf, Das rassische Erwachen des deutschen Volkes. Nationalsozialistische Aufklärungsschriften, Heft 5, Berlin 1936.

Die Juden in Deutschland. Herausgegeben vom Institut zum Studium der Judenfrage, München 1936.

Hartenstein, Johannes G., Die Juden in der Geschichte Leipzigs. Von der Entstehung der Stadt an bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1938.

Rose, Franz, Juden richten sich selbst, Berlin 1938.

Seifert, Hermann Erich, Der Jude an der Ostgrenze. Der Osten Europas, Bd. 3, Berlin 1942.

Seraphim, Peter-Heinz, Die Wanderungsbewegung des jüdischen Volkes. Schriften zur Geopolitik, Heft 18, Heidelberg/Berlin/Magdeburg 1940.

## Veröffentlichte Quellen

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Göttingen, Serie C: 1933–1937 Das Dritte Reich: Die Ersten Jahre, Band III, Band IV.

Artl, Fritz, Volksbiologische Untersuchungen über die Juden in Leipzig, 4. Beiheft zum Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik Band VII, Leipzig 1938.

Aus Geschichte und Leben der Juden in Leipzig. Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Leipziger Gemeindesynagoge. Herausgegeben vom Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde 1930.

Boehlich, Walter (Hrsg.), Der Berliner Antisemitismusstreit, Frankfurt a. M. 1988.

Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SoPaDe), Prag 1934–1940.

Einstein, Albert, About Zionism, London 1930.

Feinberg, Natan, Ha-ma'arechet ha-yehudit neged Hitler al bimat chever ha-leumim (Ha-petitia shel Bernheim), Jerusalem 1957 [Die jüdische Kampagne gegen Hitler beim Völkerbund (Die Bernheim-Petition)].

Grünbaum, Yitzchak, Evacuata ve-yetzia, in: ders., Milchemot yehudei polania, Tel Aviv 1971, S. 407–425 [Evacuation and Departure, in: ders. (Hrsg.), The Wars of Polish Jewry 1913–1940].

- Jüdische Gesellschaften und Institutionen in Paris im Jahre 1939, bearbeitet von A. A., in: A. Tscherikower, *Juden in Frankreich. Studien und Materialien* (jidd.).
- Kollenscher, Max, *Jüdisches aus der deutsch-polnischen Übergangszeit Posen 1918–1920*, Berlin 1925.
- Lestschinsky, Jacob/Erev Churban, *Vom jüdischen Leben in Polen 1935–1937* (jidd. – *En Vispera de La Destruccion*), Buenos Aires 1951.
- Mahler, R., *The Ringelblum Letters* (hebr.), in: *Yalkut Moreshet*, 2.2 (Mai 1964), S. 17–31.
- Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Herausgegeben und eingeleitet von Heinz Boberach, Herrsching 1984.
- Renner, Karl, *Die Nation: Mythos und Wirklichkeit*, Wien 1964.
- Sneh, Moshe, *Writings Vol. 1, 1928–1939* (herausgegeben von Emanuel Melzer), Tel Aviv 1995.
- Sokolow, Nahum, Referat über die gegenwärtige Lage der Juden in der Welt, in: *Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XVIII. Zionistenkongresses und der Dritten Tagung des Council der Jewish Agency für Palästina*, Wien 1933, S. 170–185.
- Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XVIII. Zionistenkongresses und der Dritten Tagung des Council der Jewish Agency für Palästina*, Wien 1933.
- Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des XIX. Zionistenkongresses und der Vierten Tagung des Council der Jewish Agency für Palästina*, Luzern 20.8.–6.9.1935, Jerusalem.
- Unna, Isak, *Sefer shoalin ve-dorschin koler she'elot u-tschuvot ve-chen drashot me-isvono shel har-rav Dr. Isak Unna*, Tel Aviv 1974 [Fragen und Auslegungen, einschließlich der Respon- sen und Predigten aus dem Nachlaß des ehrwürdigen Rabbiners Dr. Isak Unna].
- Walk, Joseph (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetz- lichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg 1981.
- Weinberg, Yechiel J., *Sridei esh, she'elot u-tschuvot chidushim u-vi'urim*, Jerusalem [Über- lebende des Feuers. Neue, klärende Responen].

### *Zeitungen – Zeitschriften*

- Centralvereins Zeitung: Blätter für Deutschtum und Judentum, Berlin 1922–1938.
- Der Israelit: Ein Centralorgan für das orthodoxe Judentum, Frankfurt a. M. 1918–1938.
- Der Jude: Eine Monatsschrift, Berlin 1916–1923.
- Der Morgen: Monatsschrift der deutschen Juden, Darmstadt 1933–1935.
- Der Nationaldeutsche Jude, 1933–1934.
- Der Neue Morgen, 1933 (jidd.).
- Der Orient, 1848–1849.
- Der Schild: Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, Berlin 1933–1935.
- Die Welt: Zentralorgan der zionistischen Bewegung, Berlin 1910.
- He-Atid, Zeitung der „Hechalutz“-Weltorganisation, Warschau 1933–1934 (hebr.).
- Haynt, Warschau, 1933–1938 (jidd.).
- Im deutschen Reich: Zeitschrift des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin 1916–1922.
- Informationsblätter des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau, 1933.
- Israelitisches Familienblatt, Hamburg 1918–1938.
- Jüdisches Gemeindeblatt Danzig, 1932–1938.
- Jüdische Rundschau, Berlin 1918–1938.
- Jüdische Telegraphen Agentur.
- Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Zeitschrift der Zentralwohlfahrtsstelle der deut- schen Juden und der Abteilung Wirtschaftshilfe bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Berlin 1933–1938.
- Jüdische Zeitung, 1933–1938.
- Netiva, „Ze'irei Misrachi“ (Mischrachi-Jugend) – Deutschland, Heft 10, 1930 (hebr.).
- Neue jüdische Monatshefte: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Literatur in Ost und West, Berlin 1916–1920.
- Ost und West: Illustrierte Monatsschrift für das gesamte Judentum, Berlin 1918–1923.
- YIVO-Blätter, September 1934 (jidd.).
- ZVfD Blätter, 1934.

*Tagebücher, Briefe, Memoiren*

- Ben-Gurion, David, *Sichronot min ha-isavon*, 5. Bd., 1938, Tel Aviv 1982 [Erinnerungen aus dem Nachlaß].
- Blumenfeld Kurt, *Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus*, Stuttgart, 1962.
- Even-Shoshan, Shlomo (Hrsg.), *Sipuro shel kibbutz-hakshara ...*, Tel Aviv 1970 [The Story of Kibbutz-Hakshara – Kibbutz Borocov at Lodz and its Surroundings].
- Katz, Jacob, *With my Own Eyes. The Autobiography of an Historian*, Hanover 1995.
- Lipski, Jozef, *Diplomat in Berlin, 1933–1939, Papers and Memoirs of Jozef Lipski, Ambassador of Poland*, New York 1968.
- Nishmit, Sara, *Haju Chalutzim be-Lita, 1916–1941, Beit Lochamei ha-Ghettaot 1982* [Pioniere in Litauen, 1916–1941].
- Rosenfeld, Else/Luckner, Gertrud, *Lebenszeichen aus Piaski, Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940–1943*, München 1968.

## Literatur

- Adam, Uwe, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Tübingen 1972.
- Adelson, Jozef, *Minian uchlusiat ha-yehudim esrechei polin be-Germania ba-shanim 1919–1939*, in: *Gal-Ed* 11 (1989), S. 97–108 [The Number of Jewish Polish Citizens in Germany, 1919–1939].
- Adler, H. G., *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974.
- Adler-Rudel, Shalom, *Ostjuden in Deutschland, 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten*, Tübingen 1959.
- Ders., *The Evian Conference on the Refugee Question*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 13 (1968), S. 235–273.
- Ders., *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974.
- Aly, Götz/Heim, Susanne, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt a. M. 1993.
- Anderle, Gabriele, *Die ‚Zentralstellen für jüdische Auswanderung‘ in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 23 (1994), S. 275–299.
- Arendt, Hannah, *The Origins of Totalitarianism*, Cleveland 1969.
- Aschheim, Steven, *Brothers and Strangers. The East European Jew in Germany and German Jewish Consciousness, 1800–1923*, Madison 1982.
- Ders., *Caftan and Cravat. The Ostjude as a Symbol in the Development of German Anti-Semitism*, in: *Seymour Drescher/David Sabeian/Allan Sharlin (Hrsg.), Political Symbolism in Modern Europe. Essays in Honour of George L. Mosse*, New Brunswick 1982, S. 81–99.
- Ders., *Eastern Jew, German Jew and Germany's Ostpolitik in the First World War*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 28 (1983), S. 351–365.
- Ders., *The East European Jew and German Jewish Identity*, in: *Studies in Contemporary Jewry* 1 (1984), S. 3–25.
- Avizohar, Meir, *Bi-rei saduk. Idealim chevratim u-leumiim ve-hishtakfutim ba-olam shel Mapai*, Tel Aviv, 1990, S. 128 f. [In a Cracked Mirror: Social and National Ideals and Their Reflection in the World of Mapai].
- Bacon, Gershon C., *Agudat Israel in Interwar Poland*, in: *Yisrael Gutman/Ezra Mendelsohn u. a. (Hrsg.), The Jews in Poland between the two World Wars*, Hanover 1986, S. 20–35.
- Balaban, Meir, *Ha-yedudim be-Polin ba-mea ha-16 u-va-machazit ha-rishona shel ha-mea ha-17* [Jews in Poland in the Sixteenth Century and the First Half of the Seventeenth Century], in: *Y. Heilprin (Hrsg.), Beit Yisrael be-Polin mi-yamim rishonim ve-ad le-ymot ha-churban*, Bd. 1, Jerusalem 1948, S. 5–44 [Polish Jewry from its Origins to its Destruction].
- Bankier, David, *Ha-chevra ha-germanit ve-ha-antishemiut ha-national sozialistit 1933–1938. Perek be-yachasei mishtar-uchlusia ba-Reich ha-shlishi be-rei dochot sodiim al „daat kahal“*,

- Diss., Jerusalem 1983, S. 22–163 [German Society and National Socialist Antisemitism, 1933–1938].
- Ders., Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995.
- Barkai, Avraham, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943, Frankfurt a. M. 1987.
- Ders., German Interests in the Haavara-Transfer Agreement 1933–1939, in: Leo Baeck Institute Yearbook 35 (1990), S. 245–266.
- Baron, Salo Wittmayer, The Russian Jew under Tsars and Soviets, New York 1964.
- Bartal, Israel, „The Heavenly City of Germany“ and Absolutism à la Mode d’Autriche: The Rise of the Haskalah in Galicia, in: Jakob Katz (Hrsg.), Towards Modernity. The European Jewish Model, New Brunswick 1987, S. 33–42.
- Bauer, Yehuda, My Brother’s Keeper. A History of the American Jewish Joint Distribution Committee, 1929–1939, Philadelphia 1974.
- Ders., The Holocaust in historical Perspective, Seattle 1978.
- Ders., The Jewish Emergence from Powerlessness, London 1980.
- Ders., T’guvot beet ha-shoa. Nisionot amida, hitnagdut, hazala, Tel-Aviv 1983 [Jewish Reactions to the Holocaust. Rescue Attempts, Unarmed and Armed Resistance].
- Ders., Jews for Sale? Nazi-Jewish Negotiations, 1933–1945, New Haven 1994.
- Bayertz, Kurt, Solidarität: Begriff und Problem, Frankfurt a.M. 1998.
- Ders., Begriff und Problem der Solidarität, in: ders., Solidarität: Begriff und Problem der Solidarität, Frankfurt a. M. 1998, S. 11–53.
- Beit-Zwi, S. B., Ha-Zionut ha-post-ugandit be-mashber ha-shoa. Mechkar al gormei mishgeha shel ha-tnu’a ha-zionit be-shanim 1938–1945, Tel-Aviv 1977 [Post-Ugandian Zionism in the Crucible of the Holocaust 1938–1945].
- Benari, J., Tochnit ha-evakuazia shel S. Jabotinsky ve-chasoto et goral-yehudei Polin, o.O. Dezember 1969 [S. Jabotinskys Evakuierungs-Programm und seine Sicht des Schicksals des polnischen Judentums].
- Ben-Avner, Yehuda, Devarim le-teur peilutam shel rabbanim ne’emanei ha-thora be-germania (mi-michtavei benei doram ha-acharon, 1920–1938), in: Sinai 46 (1982), 140–155 [Anmerkungen zur Arbeit gesetzestreu Rabbiner in Deutschland (Briefe der letzten Generation, 1920–1938)].
- Ders., Vom orthodoxen Judentum in Deutschland zwischen zwei Weltkriegen, Hildesheim 1987.
- Ben-Elissar, Eliahu, La Diplomatie du III<sup>e</sup> Reich et les Juifs (1933–1939), Paris 1969.
- Berding, Helmut, Moderner Antisemitismus in Deutschland, Frankfurt 1988.
- Bering, Dietz, Kampf um Namen. Bernhard Weiß gegen Joseph Goebbels, Stuttgart 1991.
- Bernstein, Aharon, Ha-Kabtsanim. Perek be-Toledot Yehudei Germania, Jerusalem 1992, 53–57 [Die Bettler. Ein Kapitel aus der Geschichte der deutschen Juden].
- Biale, David, Power and Powerlessness in Jewish History, New York 1986.
- Birnbaum, Pierre/Katznelson, Ira (Hrsg.), Paths of Emancipation. Jews, States and Citizenship, Princeton 1997.
- Dies., Emancipation and the Liberal Offer, in: dies. (Hrsg.), Paths of Emancipation. Jews, States and Citizenship, Princeton 1997, S. 3–36.
- Black, Edwin, The Transfer Agreement. The Untold Story of the Secret Agreement between the Third Reich and Jewish Palestine, New York 1984.
- Blatman, Daniel, Ha-bund be-polin ba-shanim 1935–1939 [The Bund in Poland, 1935–1939], in: Yahadut semanenu (Contemporary Judaism) 8 (1993), S. 69–97.
- Brechtken, Magnus, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997.
- Brenner, Michael, The Jüdische Volkspartei – National Jewish Communal Politics during the Weimar Republic, in: Leo Baeck Institute Yearbook 35 (1990), S. 219–243.
- Ders., The Renaissance of Jewish Culture in Weimar Germany, New Haven 1996.
- Breuer, Mordechai, Jüdische Orthodoxie im deutschen Reich 1871–1918. Sozialgeschichte einer religiösen Minderheit, Frankfurt a. M. 1986.
- Brubaker, Roger, Staats-Bürger. Frankreich und Deutschland im historischen Vergleich, Hamburg 1994.

- Brumberg, Abraham, The Bund and the Polish Socialist Party in the late 1930s, in: Yisrael Gutman/Ezra Mendelsohn u. a. (Hrsg.), *The Jews in Poland between the two World Wars*, Hanover 1986, S. 75–94.
- Cohen, Raya/Ringelblum, Emmanuel: *Between Historiographical Tradition and unprecedented History*, in: Gal-Ed 15–16 (1997), S. 105–117.
- Diner, Dan, Die Katastrophe vor der Katastrophe: Auswanderung ohne Einwanderung, in: Dirk Blasius/Dan Diner (Hrsg.), *Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1991, S. 138–160.
- Ders., ‚Meines Bruders Wächter‘. Zur Diplomatie jüdischer Fragen 1840–1919, in: Barbara Picht (Hrsg.), *Ich handle mit Vernunft. Ein Almanach zum fünfzehnjährigen Bestehen der Literaturbuchhandlung*, München 1997, S. 24–37.
- Ders., *Das Jahrhundert verstehen: Eine universalhistorische Deutung*, München 1999.
- Dunker, Ulrich, *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins*, Düsseldorf 1977.
- Elam, Yigal, *Mavo le-historia zionit acheret*, Tel Aviv 1975 [An Introduction to Zionist Counter History].
- Eldar, Menachem, *Ha-Mifgash ben Yehudei Germania vi-Yhudei Polin be-Milchemet Ha-Olam ha-rischona*, M.A., Universität Bar-Ilan, Ramat Gan 1981 [Die Begegnung zwischen deutschen und polnischen Juden im Ersten Weltkrieg].
- Endelman, Todd, *Comparing Jewish Societies*, Ann Arbor, 1997.
- Eppler, Elisabeth A., *Peulot hatsala ve-esra be-shanim 1933–1945 mitaam ha-congress ha-yehudi ha-olami*, in: *Gesher* 16.2–3 (1970), S. 173–207 [The Rescue Work of the World Jewish Congress in World War II].
- Etkes, Emanuel, Immanent factors and external influences in the development of the Haskalah movement in Russia, in: Jacob Katz (Hrsg.), *Towards Modernity. The European Jewish Model*, New Brunswick 1987, S. 13–32.
- Fahrmeier, A., Nineteenth-Century German Citizenship: A reconsideration, in: *The Historical Journal* 40.3 (September 1997), S. 721–725.
- Feilchenfeld, Werner/Michaelis, Dolf/Pinner, Ludwig, *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939*, Tübingen 1972.
- Fox, John B., Reichskristallnacht 9 November 1938 and the Ostjuden Perspektive. To the Nazi Search for a ‚Solution‘ to the Jewish Question, in: *Polin* 5 (1990), S. 74–102.
- Fraenkel, Daniel, *Al pi Tehom. Ha-mediniut ha-zionit u-sheelat yehudei germania 1933–1938*, Jerusalem 1994 [On the Edge of Abyss. Zionist Policy and the Plight of the German Jews 1933–1938].
- Frankel, Jonathan, Assimilation and the Jews in 19th Century Europe: Toward a New Historiography?, in: ders./Steven Zipperstein (Hrsg.), *Assimilation and Community: The Jews in Nineteenth-Century*, Cambridge 1992, S. 1–37.
- Freedman, Herbert, *Jüdische Presse im Dritten Reich*, Frankfurt a. Main 1987.
- Freud, Sigmund, *Das Unbehagen an der Kultur*, Wien 1930.
- Friedländer, Saul, *Nazi-Germany and the Jews. The Years of Persecution, 1933–1939*, New York 1997.
- Friesel, Evyatar, The Political and Ideological Development of the Centralverein before 1914, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 31 (1986), S. 121–146.
- Gelber, Yoav, *Ha-mediniut ha-zionit ve-heskem ha-haavara*, in: *Yalkut Moreshet* 17 (1974), S. 97–152; *Yalkut Moreshet* 18 (1974), S. 23–100 [Zionist Policy and the Transfer Agreement 1933–1935].
- Gierowski, A., Die Juden in Polen im 17. und 18. Jahrhundert und ihre Beziehungen zu den deutschen Städten von Leipzig bis Frankfurt a. M., in: Karl Erich Grözinger (Hrsg.), *Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den jüdischen Gemeinden in Polen und Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 1992, S. 3–19.
- Gilman, Sander I., The Rediscovery of Eastern Jews: German Jews in the East, 1890–1918, in: David Bronsen (Hrsg.), *Jews and Germans from 1860 to 1933: The Problematic Symbiosis*, Heidelberg 1979, S. 338–365.
- Ders., *Rasse, Sexualität und Seuche. Stereotype aus der Innenwelt der westlichen Kultur*, Hamburg 1992.

- Ders., Das jüdische Witzbuch. Sigmund Freud und die verborgene Sprache der Juden, in: ders., Rasse, Sexualität und Seuche. Stereotype aus der Innenwelt der westlichen Kultur, Hamburg 1992.
- Ders., Der jüdische Körper. Eine Fußnote, in: ders., Rasse, Sexualität und Seuche. Stereotype aus der Innenwelt der westlichen Kultur, Hamburg 1992.
- Gitman, Joseph, The Jews and Jewish Problems in the Parliament, 1919–1939, Diss., Yale University 1963.
- Golczewski, Frank, Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922, Wiesbaden 1981.
- Goldberg, Bettina, Die Zwangsausweisung der polnischen Juden aus dem deutschen Reich im Oktober 1938 und die Folgen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), S. 971–984.
- Goldstein, Jacob/Shavit, Yaakov, Le-lo psharot. „Heskem Ben-Gurion-Jabotinsky“ vechishlono 1934–35, Tel Aviv 1979, S. 14 ff. [Without Compromise: The „Ben-Gurion-Jabotinsky Agreement“ and its Failure 1934–1935].
- Gosewinkel, Dieter, Citizenship and Nationhood: The Historical Development of the German Case, in: U. K. Preiss/F. Requejo (Hrsg.), European Citizenship, Multiculturalism, and the State, Baden-Baden 1998, S. 125–135.
- Gottlieb, M., The Anti-Nazi Boycott Movement in the American Jewish Community, 1933–1941, Diss., Brandeis University 1967.
- Gotzmann, Andreas, Rabbiner und Bann. Zur Problematik der Analyse und Bewertung zweier Topoi des aufklärerischen Denkens, in: Aschkenas 4 (1994), S. 99–125.
- Grünberg, Karol, The Atrocities against the Jews in the Third Reich as seen by the National-Democratic Press (1933–1939), in: Polin 5 (1990), S. 103–113.
- Gutman, Yisrael, Polish Antisemitism between the Wars: An Overview, in: ders./Ezra Mendelsohn/Jehuda Reinharz/Chone Shmeruk (Hrsg.), The Jews of Poland between two World Wars, Hanover 1986, S. 97–108.
- Gutwein D., Jewish Diplomacy in the Nineteenth Century: The Beginning of Jewish Nationalism?, in: J. Reinharz/G. Shimoni/Y. Salmon (Hrsg.), Jewish Nationalism and Politics: New Perspectives (hebr.), Jerusalem 1996, S. 159–176.
- Hagen W. W., Before the ‚Final Solution‘: Toward a Comparative Analysis of Political Anti-Semitism in Interwar Germany and Poland, in: The Journal of Modern History 68.1 (1996), S. 351–381.
- Halamish, Aviva, Mediniut ha-aliah ve-ha-klita shel ha-histadrut ha-zionit, Diss., Tel Aviv 1995 [Immigration and Absorption Policy of the Zionist Organization].
- Halevi, H. S., The Influence of World War II on the Demographic Characteristic of the Jewish People (hebr.), Diss., Jerusalem 1960.
- Halevi, Nadav, Ha-hitpatchut ha-kalkalit shel ha-yishuv ha-yehudi be-Erez-Israel 1917–1947, Jerusalem 1979 [Economic Development of the Yishuv in Palestine 1917–1947].
- Hartglas, A., Milchemot Yehudei Polin al sechuyotekem ha-esrachiot ve-ha-leumiot [Der Kampf polnischer Juden um ihre nationalen und bürgerlichen Rechte], in: Y. Heilprin (Hrsg.), Beit Yisrael be-Polin mi-yamim rishonim ve-ad le-ymot ha-churban, Bd. 1, Jerusalem 1948, S. 128–151 [Polish Jewry from its Origins to its Destruction].
- Haumann, Heiko, Geschichte der Ostjuden, München 1990.
- Heid, Ludger, Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923, Hildesheim 1995.
- Heim, Susanne, ‚Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein‘. Die Zwangsemigration der Juden 1933 bis 1938, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 11 (1993), S. 48–81.
- Heuberger, Rachel, Die jüdischen Parteien im polnischen Parlament nach dem Ersten Weltkrieg, in: Michael Brocke (Hrsg.), Beter und Rebellen. Aus 1000 Jahren Judentum in Polen, Frankfurt a. M. 1983, S. 237–259.
- Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1990.
- Hildesheimer, Esriel, Jüdische Selbstverwaltung unter dem NS-Regime. Der Existenzkampf der Reichsvertretung und Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Tübingen 1994.
- Hobsbawm, Eric J., Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München 1996.

- Horowitz, Dan/Lissak, Moshe, *Mi-Yishuv li-medina: Yehudei Erez-Israel bi-tekufat ha-mandat ha-briti ke-kehila-politit*, Tel Aviv 1977, S. 67 f. [From Yishuv to State: The Jews of Palestine in the British Mandate Period as a Political Community].
- Israel, Jonathan, *European Jewry in the Age of Mercantilism 1550–1750*, Oxford 1985.
- Jacobmeyer, Wolfgang, *Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951*, Göttingen 1985.
- Jacobs, Jack, *Ein Freund in Not. Das jüdische Arbeiterkomitee in New York und die Flüchtlinge aus den deutschsprachigen Ländern, 1933–1945*, Bonn 1993.
- Janowsky, Oscar I., *The Jews and Minority Rights (1898–1919)*, New York 1933.
- Jonca, Karol, *Spor Niemiecko Polski o Wziedlenie Zydow z Trzeciej Rzeszy (1938–1939)*, in: *Acta Universitatis Wratislaviensis*, Wrocław 1990, S. 105–119.
- Kaplan, Marion, *Jüdisches Bürgertum: Frauen, Familien und Identität im Kaiserreich*, Hamburg 1997.
- Kershaw, Ian, *The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 26 (1981), S. 261–289.
- Ders., *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933–1945*, Oxford 1983.
- Kochavi, Arie, *Hanhalat ha-sochnut u-mezukat yehudei germania ve-austria me-ha-Anschluß ve-ad protz milchemet ha-olam ha-shnia*, in: *Dapim (Studies on the Holocaust Period)* Bd. 3 (1984), S. 97–121 [The Zionist Executive and the Distress of the Jews in Germany and Austria, up to the Outbreak of World War II].
- Kochavi, Jehojakim, *Yahadut Germania – ha-shalav ha-acharon [Deutsche Juden – die letzte Phase]*, in: *Shoat Yehudei Germania [Der Holocaust der deutschen Juden]*, 1998.
- Korzec, Pawel, *Antisemitism in Poland as an Intellectual, Social and Political Movement*, in: *Joshua A. Fishman (Hrsg.), Studies on Polish Jewry 1919–1939*, New York 1974, S. 12–104.
- Ders., *Polen und der Minderheitenschutzvertrag (1919–1934)*, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 24 (1975), S. 515–555.
- Kramer, David, *Jewish Welfare Work under the Impact of Pauperisation*, in: *Arnold Paucker (Hrsg.), Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943*, Tübingen 1986, S. 171–188.
- Kreutzberger, Max, *Zionistische Vereinigung für Deutschland und soziale Volksarbeit*, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, Nr. 51 (1975), S. 6–9.
- Krikler, Bernard, *Boycotting Nazi Germany*, in: *The Wiener Library Bulletin* 23.4 (1969), S. 26–32.
- Kübler, Thomas, *Die Entwicklung der Sozialstruktur der jüdischen verfolgten Bevölkerung in Leipzig 1933–1939*, Diplomarbeit Leipzig 1991.
- Kulka, Otto Dov, *‘Public Opinion’ in National Socialist Germany and the ‘Jewish Question’* (hebr.), in: *Zion* 40 (1978), S. 186–290.
- Ders., *The ‘Reichsvereinigung of the Jews in Germany’ (1938/39). Problems of continuity in the Organization and Leadership of German Jewry under the National Socialist Regime*, in: *Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933–1945. Proceedings of the Third Yad Vashem International Historical Conference April 1977*, Jerusalem, Yad-Vashem 1979, S. 45–58.
- Ders. (Hrsg.), *Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus. Bd. 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden, 1933–1939*, Tübingen 1997.
- Kwiet, Konrad, *To leave or not to leave. German Jews at the Crossroads*, in: *Walter H. Pehle, November 1938, From „Kristallnacht“ to Genocide*, New York 1990, S. 139–153.
- Ders./Erschwege, Helmut, *Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde*, Hamburg 1984.
- Lambertie, Marjorie, *Jewish Activism in Imperial Germany. The Struggle for Civil Equality*, New Haven 1987.
- Dies., *The Centralverein and the Anti-Zionists – Setting the Historical Record Straight*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 33 (1988), S. 123–128.
- Landau, Moshe, *Miut yehudi lochem. Maavak yehudei Polin be-shanim 1918–1928*, Jerusalem 1986 [The Jews as a National Minority in Poland, 1918–1928].

- Ders., *Ha-brit shehechsiva. Yehudim ve-Germanim be-congress ha-miutim ha-eiropi 1925–1933*, Tel Aviv 1992 [The Disappointing Alliance. Jews and Germans in the European Minorities' Congress].
- Laqueur, Walter, *Toledot ha-Zionut*, Tel-Aviv 1974 [History of Zionism].
- Lavski, Hagit, *Before Catastrophe. The Distinctive Path of German Zionism*, Detroit 1996.
- Lederhendler, Eli, *Modernity without Emancipation or Assimilation? The Case of Russian Jewry*, in: Jonathan Frankel/Steven Zipperstein (Hrsg.), *Assimilation and Community. The Jews in Nineteenth-Century Europe*, Cambridge 1992, S. 324–343.
- Lestschinsky, Jacob, *Ist Emigration eine Lösung?* 10. 6. 1936 (jidd.), in: ders., *Erev Churban. Vom jüdischen Leben in Polen 1935–1937* (jidd.), Buenos Aires 1951.
- Lotan, Giora, *The Zentralwohlfahrtsstelle*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook*, Bd. VI, Jg. 1959, S. 185–208.
- Mahler, Raphael, *The Social and Political Aspects of the Haskalah in Galicia*, in: *Yivo Annuaire of Jewish Social Science* 1 (1946), S. 64–85.
- Margaliot, Abraham, *Ha-t'guva ha-politit shel ha-mosadot ve-ha-irgunim ha-yehudim be-Germania lenochach ha-mediniut ha-anti-yehudit shel ha-national sozialistim be-shanim 1932–1935*, Diss., Jerusalem 1971 [The Political Reaction of German Jewish Organizations and Institutions to the anti-Jewish Policy of the Nationalsocialists, 1932–1935 (until the Publication of the Nuremberg Laws)].
- Ders., *The Problem of the Rescue of German Jewry during the Years 1933–1939. The Reasons for the Delay in their Emigration from the Third Reich*, in: *Rescue Attempts during the Holocaust. Proceedings of the Second Yad Vashem International Historical Conference*, Jerusalem 1977, S. 247–265.
- Ders., *Hagirat yehudei germania: tichnun ve-meziut*, in: *Yahadut semaneinu (Contemporary Judaism)* 5 (1989), S. 287–300 [The Emigration of German Jews: Plans and Reality].
- Maurer, Trude, *Ausländische Juden in Deutschland, 1933–1939*, in: Arnold Paucker (Hrsg.), *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*, Tübingen 1986, S. 189–210.
- Dies., *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986.
- Dies., *Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt a. M. 1988, S. 52–73.
- Melzer, Emanuel, *Ha-Diplomatia ha-polanit u-weayat ha-gira ha-yehudit be-shanim 1935–1939*, in: *Gal-Ed* 1 (1973), S. 211–249 [Polish Diplomacy and Jewish Emigration during 1935–1939].
- Ders., *Relations between Poland and Germany and Their Impact on the Jewish Problem in Poland (1935–1938)*, in: *Yad-Vashem-Studies* 12 (1978), S. 193–230.
- Ders., *Ha-cherem ha-kalkali ha-yehudi ha-anti-germani be-Polin be-shanim 1933–1934*, in: *Gal-Ed* 6 (1982), S. 149–166 [The Anti-German Economic Boycott by Polish Jewry in 1933–1934].
- Ders., *The Jewish and the German Minorities in Poland – Mutual Political Relations and Interactions, 1919–1939*, in: *Gal-Ed* 13 (1993), S. 63–79.
- Ders., *Li-ve-ayat ha-gisanut ba-chevra ha-polanit be-shanim 1933–1939*, in: *Gal-Ed* 14 (1995), S. 125–136 [On the Problem of Racism in Polish Society, 1933–1939].
- Ders., *No Way out. The Politics of Polish Jewry 1935–1939*, Cincinnati 1997.
- Mendelsohn, Ezra, *The Dilemma of Jewish Politics in Poland: Four Responses*, in: Bela Vago/George L. Mosse (Hrsg.), *Jews and Non-Jews in Eastern Europe 1918–1945*, New York 1974, S. 203–219.
- Ders., *Zionism in Poland. The Formative Years 1915–1926*, New Haven 1981.
- Ders., *The Jews of East Central Europe Between the World Wars*, Bloomington 1983.
- Ders., *German and Jewish Minorities in the European Successor States Between the World Wars. Some Comparative Remarks*, in: ders./Chone Schmeruk (Hrsg.), *Studies on Polish Jewry. Paul Glikson Memorial Volume*, Jerusalem 1987, S. LI–LXIV.
- Metz, K., *Solidarität und Geschichte. Institution und sozialer Begriff der Solidarität in Westeuropa im 19. Jahrhundert*, in: Kurt Bayertz, *Solidarität: Begriff und Problem*, Frankfurt a. M. 1998, S. 172–194.



- Michman, Dan, Ze'ev Jabotinsky – Tochnit ,ha-Evakuazia' u-ve'ayat zfiat ha-Shoah, in: Kivunim 7 (1980), S. 119–125 [Ze'ev Jabotinsky – Der ,Evakuierungs'-Plan und das Problem der Erwartung der Shoah].
- Milton, Sybil, Menschen zwischen Grenzen: Die Polenausweisung 1938, in: Menora 1 (1990), S. 184–206.
- Dies., The Expulsion of Polish Jews from Germany, October 1938 to July 1939: A Documentation, in: Leo Baeck Institute Yearbook 29 (1984), S. 169–199.
- Moses, Siegfried, Soziale Volksarbeit, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, Nr. 51, 14. Jg., 1975, S. 10–20.
- Mosse, George L., German Jews Beyond Judaism, Cincinnati 1985.
- Mosse, Walter, From ,Schutzjuden' to ,Deutsche Staatsbürger Jüdischen Glaubens': The Long and Bumpy Road of Jewish Emancipation in Germany, in: Pierre Birnbaum/Ira Katznelson, Paths of Emancipation. Jews, States and Citizenship, Princeton 1997, S. 59–93.
- Munk, Michael L., Austrittsbewegung und Berliner Addas Jisroel Gemeinde 1869–1939, in: Herbert A. Strauss/Kurt R. Grossmann (Hrsg.), Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach dem Neubeginn, Heidelberg 1970, S. 143 ff.
- Ne'eman Arad, Gulie, Patriotismus als Agent von Akzeptanz. Sein Gebrauch und Mißbrauch durch die amerikanisch-jüdische Führung während der Nazi-Ära, in: Babylon 13–14 (1994), S. 12–38.
- Niederland, Doron, Tfusei hagira shel yehudei Germania 1918–1938, Diss., Jerusalem 1988 [German Jews Emigrants or Refugees? Emigration Patterns Between the Two World Wars].
- Niewyk, Donald L., The Jews in Weimar Germany, Louisiana State University Press 1980.
- Ders., The German Jews in Revolution and Revolt, 1918–1919, in: Studies in Contemporary Jewry 4 (1988), S. 41–66.
- Nicosia, Francis R., Jewish Affairs and German Foreign Policy During the Weimar Republic, Moritz Sobernheim and the Referat für jüdische Angelegenheiten, in: Leo Baeck Institute Yearbook 33 (1988), S. 261–283.
- Oppenheimer, Israel, Tnuat he-halutz be-Polin, Beer Sheva 1993 [The HeHalutz Movement in Poland 1929–1939].
- Pascal, Eli, Mi-Danzig le-Lodz [From Danzig to Lodz], in: Shlomo Even-Shoshan (Hrsg.), Sipuro shel kibbutz Hachsara. Ha-kibbutz al shem ber borochov be-Lodz u-vnotea, Tel Aviv 1970, S. 91–94 [The Story of Kibbutz-Hakshara – Kibbutz Borocov at Lodz and its Surroundings].
- Paucker, Arnold, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, Hamburg 1968.
- Ders., Die Abwehr des Antisemitismus in den Jahren 1893–1933, in: Herbert Strauss/Norbert Kampe (Hrsg.), Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1985, S. 143–163.
- Pinkus, Benjamin/Troen, Ian, Solidariut yehudit leumit baet ha-hadasha, Beer Sheva 1988 [National Jewish Solidarity in the Modern Period].
- Polonsky, Antony, Politics in independent Poland 1921–1939. The Crisis of constitutional Government, Oxford 1972.
- Prinz, Arthur, The Role of the Gestapo in Obstructing and Promoting Jewish Emigration, in: Yad-Vashem Studies II (1958), S. 205–218.
- Pulzer, Peter, Gleichstellung und öffentliches Leben, in: Michael A. Meyer/Michael Brenner (Hrsg.), Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, 3. Bd.: Umstrittene Integration 1871–1918, München 1997, S. 151–192.
- Rabinowicz, Harry M., The Legacy of Polish Jewry. A History of Polish Jews in the Inter-War Years 1919–1939, New York 1965.
- Rahden, Till van, Weder Milieu noch Konfession. Die situative Ethnizität der deutschen Juden im Kaiserreich in vergleichender Perspektive, in: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.), Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen, Bd. 2: Religiöse Kulturen der Moderne, Gütersloh 1996, S. 409–434.
- Ders., Situative Ethnizität versus Milieu-Identität. Die jüdische und die katholische Vergemeinschaftung im deutschen Kaiserreich in vergleichender Perspektive, in: H. Wassermann (Hrsg.), The History of Modern German Jewry (hebr.), im Druck.

- Reinharz, Jehuda, *Fatherland or Promised Land. The Dilemma of the German Jew, 1893–1914*, Ann Arbor, 1975.
- Ders., *Advocacy and History: The Case of the Centralverein and the Zionism*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 33 (1988), S. 113–122.
- Reissner, H.G., *The American Anti-Nazi Boycott*, in: H. A. Strauss/H. G. Reissner (Hrsg.), *Jubilee Volume dedicated to Curt C. Silberman*, American Federation of Jews from Central Europe, New York 1969, S. 60–79.
- Reitlinger, Gerald, *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945*, Berlin 1979.
- Rheins, Carl J., *The Verband nationaldeutscher Juden*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1980), S. 243–268.
- Rojanski, Rachel, *Hashpaata shel yehadut arzot ha-brit al hakamat maarchot ha-revacha ha-yehudiot be-Polin be-shanim 1920–1929* [American Jewry's Influence upon the Establishment of the Jewish Welfare Apparatus in Poland, 1920–1929], in: *Gal-Ed* 11 (1989), S. 59–86.
- Rowe, Leonard, *Jewish Self-Defence: A Response to Violence*, in: Joshua A. Fishman (Hrsg.), *Studies on Polish Jewry 1919–1939. The Interplay of social, economic and political Factors in the Struggle of a Minority for its Existence*, New York 1974, S. 105–149.
- Rudnicki, Szymon, *Ritual Slaughter as a Political Issue*, in: *Polin* 7 (1992), S. 147–160.
- Sagi, Nana/Lowe, Malcom, *Research Report: Pre-War Reactions to Nazi anti-Jewish Policies in the Jewish Press*, in: *Yad Vashem Studies* 13 (1980), S. 387–408.
- Schipper, Yitzchak, *Toldot ha-kalkala shel yehudei Polin ve-Lita mi-jamim rishonim ve-ad lechakulat ha-medina* [Economic History of Polish and Lithuanian Jewry from their Origins until the Partition], in: Y. Heilprin (Hrsg.), *Beit Yisrael be-Polin mi-yamim rishonim ve-ad li-ymot ha-churban*, Bd. 1, Jerusalem 1948, S. 155–199 [Polish Jewry from its Origins to its Destruction].
- Schramm, Gottfried, *Die Ostjuden als soziales Problem des 19. Jahrhunderts*, in: Heinz Maus (Hrsg.), *Gesellschaft, Recht und Politik*, Neuwied 1968, S. 353–380.
- Ders., *Die Juden im europäischen Osten um das Jahr 1900: Zwischenbilanz eines Minderheitenproblems*, in: Gotthold Rhode (Hrsg.), *Juden in Ostmitteleuropa von der Emanzipation bis zum Ersten Weltkrieg*, Marburg 1989, S. 3–19.
- Schüler-Springorum, Stefanie, *Elend und Furcht im ‚Dritten Reich‘. Aus den Akten der Sammelvormundschaft der Jüdischen Gemeinde zu Berlin*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 7 (1997), S. 617–641.
- Segev, Tom, *The Seventh Million. The Israelis and the Holocaust*, New York 1993.
- Shamir, Haim, *Beterem shoah. Redifat yehudei germania ve-da'at ha-kahal be-ma'arav Europa*, Tel Aviv 1974 [Before the Holocaust. Jews in the Third Reich and Western European Public Opinion 1933–1939].
- Shavit, Yaacov, *Me-rov li-medina. Ha-tnua ha-revisionistit ha-tochnit ha-hitiashvutit ve-hara'aaon ha-chevratit 1925–1935*, Tel Aviv 1978, S. 71 ff. [From Majority to State, the Revisionist Movement: The Settlement Plan and the Social Cause 1925–1935].
- Ders., *Jabotinsky and the Revisionist Movement 1925–1948*, London 1988.
- Sorkin, David, *The Impact of Emancipation on German Jewry: a Reconsideration*, in: Jonathan Frankel/Steven Zipperstein (Hrsg.), *Assimilation and Community. The Jews in Nineteenth-Century Europe*, Cambridge 1992, S. 177–198.
- Steinert, Marlis G., *Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg*, Düsseldorf 1970.
- Stern, Eliahu, *Minuio ve-ha-dachato shel ha-Rav Sagalovich ba-ir ha-chofshit Danzig (parasha ba-yechasim ben „yehudei ha-misrach“ le-ven ha-yehudim ha-germanim)*, in: *Gal-Ed* 4–5 (1978), S. 345–363 [The Affair of Rabbi Sagalovich (Relations between German Jews and ‚Ost-Juden‘ in the Interwar Period)].
- Stern, Salma, *The Court Jew. A Contribution to the History of the Period of Absolutism in Central Europe*, Philadelphia 1950, S. 1–13.
- Stillschweig, K., *Die Juden Osteuropas in den Minderheitenverträgen*, Berlin 1936.
- Strauss, Herbert A., *Jewish Emigration from Germany, Nazi Policies and Jewish Responses (I)*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 25 (1980), S. 313–362.
- Ders., *Jewish Immigrants of the Nazi Period in the USA*, New York 1987.

- Szaikowski, Zosa, *The Struggle for Yiddish During World War I. The Attitude of German Jewry*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 9 (1964), S. 131–158.
- Ders., *Jewish Relief in Eastern Europe 1914–1917*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 10 (1965), S. 24–56.
- Ders., *East European Jewish Workers in Germany During World War I*, in: *Baron Salo Wittmayer – Jubilee Volume on the Occasion of his Eightieth Birthday, English Section, Vol. 2*, Jerusalem/New York 1974, S. 887–918.
- Ders., *Western Jewish Aid*, in: *Joshua Fishman (Hrsg.), Studies on Polish Jewry 1919–1939, The Interplay of Social, Economic and Political Factors in the Struggle of a Minority for its Existence*, New York 1974.
- Teeni, Josef, *Aliat Hitler la-shilton ve-hashpaata shel ha-antishemiut ha-polanit al mazavam shel yehudei polin ba-shanim 1933–1939*, Diss., Jerusalem 1980 [*Hitler's Rise to Power and the Influence of Polish Antisemitism on the Condition of Polish Jewry during the Years 1933–1939*].
- Thome, H., *Soziologie und Solidarität: Theoretische Perspektiven für die empirische Forschung*, in: *Kurt Bayertz, Solidarität: Begriff und Problem*, Frankfurt a. M. 1998, S. 217–262.
- Thor, Malka, *Amida ruchanit ve-hitmodedut hagutit shel Yehudei Germania im ha-mishtar ha-nazi, toch hadgashat teguvata shel ha-Yahadut ha-orthodoxit 1933–1939, unveröffentlichte M.A.-Arbeit*, Jerusalem 1989 [*Die intellektuelle Bewältigung des NS-Regimes durch die deutschen Juden, unter besonderer Berücksichtigung der Reaktionen des orthodoxen Judentums, 1933–1939*].
- Tomaszewski, Jerzy, *Vladimir Jabotinsky's Talks with Representatives of the Polish Government*, in: *Polin* 3 (1988), S. 276–293.
- Ders., *Michtavim mi-Zbanszyn [Briefe aus Zbanszyn]*, in: *Yad-Vashem Kovetz Mechkarim* 19 (1989), S. 227–149.
- Ders., *Polish Diplomats and the Fate of Polish Jews in Nazi Germany*, in: *Acta Poloniae Historica* 61 (1990), S. 115–127.
- Ders., *The Civil Rights of Jews in Poland 1918–1939*, in: *Polin* 8 (1994), S. 115–127.
- Toury, Jacob, *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar*, Tübingen 1966.
- Ders., *Die Sprache als Problem der jüdischen Einordnung im deutschen Kulturraum*, in: *Walter Grab (Hrsg.), Gegenseitige Einflüsse deutscher und jüdischer Kultur von der Epoche der Aufklärung bis zur Weimarer Republik (Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte)*, Tel Aviv 1982, S. 75–96.
- Ders., *Der Prozeß der Lokal-Emanzipation – Herausbildung jüdischer Bürgerrechte in deutschen Ortschaften*, in: *ders., Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte*, Gerlingen 1997, S. 127–158.
- Troen, Ian, *Organizing Rescue: National Jewish Solidarity in the Modern Period*, London 1992.
- Tyodor-Baumel, Judith, *La-Berur ha-histori shel shtetl sugiot halachtiot she-nitoreru bi-tekufat ha-shoah*, in: *Sinai* 46 (1982), S. 156–167 [*Zur historischen Klärung zweier halachischer Fragen aus der Zeit der Shoah*].
- Volkov, Shulamit, *Antisemitism as a Cultural Code*, in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1978), S. 25–46.
- Dies., *Die Verbürgerlichung der Juden in Deutschland als Paradigma*, in: *Jürgen Kocka (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Bd. 2*, München 1988, S. 343–371.
- Dies., *Die jüdische Gemeinde in Altona, 1867–1890. Ein demographischer Überblick*, in: *Peter Freemark/Arno Herzig (Hrsg.), Die Hamburger Juden in der Emanzipationsphase (1780–1870), Bd. 2*, Hamburg 1989, S. 343–371.
- Dies., *Die Dynamik der Dissimilation: Deutsche Juden und die ostjüdischen Einwanderer*, in: *dies., Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 166–180.
- Dies., *Jews among the Nations: A Unique National Narrative or a Chapter in National Histories*, in: *Zion* 61.1 (1996), S. 91–111.

- Vollnhals, Clemens, Jüdische Selbsthilfe bis 1938, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1989, S. 314–411.
- Walk, Joseph, Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1991.
- Weinryb, Dov, Teudot le-toldot ha-yehudim be-Polin [Documents on Jewish History in Poland], in: ders., Mechkarim u-mekorot le-toldot Israel baet ha-chadasha, Jerusalem 1976, S. 121–165 [Studies and Sources on Jewish History in the Modern Era].
- Ders., Yehudei Polin mechutz le-Polin [Polnische Juden außerhalb Polens], in: Y. Heilprin (Hrsg.), Beit Yisrael be-Polin mi-yamim rishonim ve-ad li-ymot ha-churban, Bd. 2, Jerusalem 1948, S. 218–227 [Polish Jewry from its Origins to its Destruction].
- Weiss, Yfaat, Schicksalsgemeinschaft im Wandel. Jüdische Erziehung im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1938, Hamburg 1991.
- Dies., ‚Ostjuden‘ in Deutschland als Freiwild. Die nationalsozialistische Außenpolitik zwischen Ideologie und Wirklichkeit, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 215–232.
- Dies., Projektionen von ‚Weltmacht‘ – Die Boykottbewegung der 1930er Jahre, in: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte 26 (1997), S. 151–179.
- Dies., ‚Wir Westjuden haben jüdisches Stammesbewußtsein, die Ostjuden haben jüdisches Volksbewußtsein‘. Der deutsch-jüdische Blick auf das polnische Judentum in den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, in: Archiv für Sozialgeschichte 37 (1997), S. 157–178.
- Dies., Homeland as Shelter or as Refuge? Repatriation in the Jewish Context, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 27 (1998), S. 195–220.
- Dies., Emigration Efforts of ‚Repatriation‘. The Issue of the Relationship between Jewish-Polish Emigrants and the Jewish-German Establishment, in: David Bankier (Hrsg.), Probing the Depths of German Antisemitism: German Society and the Persecution of the Jews, 1933–1941, New York 1999, S. 360–370.
- Wertheimer, Jack, Unwelcome Strangers, East European Jews in Imperial Germany, New York 1987.
- Wildt, A., Solidarität – Begriffsgeschichte und Definition heute, in: Kurt Bayertz, Solidarität: Begriff und Problem, Frankfurt a. M. 1998, S. 202–261.
- Wildt, Michael, Gewalt gegen Juden in Deutschland 1933–1939, in: WerkstattGeschichte 18 (1997), S. 59–80.
- Wislicki, A., The Jewish Boycott Campaign against Nazi Germany and its Culmination in the Halbersztadt Trial, in: Polin 8 (1994), S. 282–289.
- Wollstein, Günter, Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977, S. 98–188.
- Yahil, Leni, Madagascar – Phantom of a Solution for the Jewish Question, in: George Mosse/Bela Vago (Hrsg.), Jews and Non-Jews in Eastern Europe 1918–1945, New York/Toronto/Jerusalem 1974, S. 315–334.
- Dies., The Holocaust: The Fate of European Jewry, New York 1990.
- Yisraeli, David, Ha-Reich ha-germani ve-Erez Israel. Beayot Erez Israel ba-mediniut ha-germanit ba-shanim 1889–1945, Ramat Gan 1974 [The German Reich and Palestine: The Problems of Palestine in German Policy 1889–1945].
- Zariz, Rut, Bricha be-terem shoa. Hagira mi-Germania be shanim 1938–1941, Tel Aviv 1990 [Escape before the Holocaust. Migration of German Jews 1938–1941].
- Zechlin, Egmont, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969.
- Zipperstein, Steven, Haskalah, Cultural Change and Nineteenth-Century Russian Jewry: A Reassessment, in: Journal for Jewish Studies 35. 2 (1983), S. 191–207.

# Abkürzungsverzeichnis

|                |                                                                                                                    |
|----------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| AAN            | Archiwum Aktow Nowych                                                                                              |
| BAK            | Bundesarchiv Koblenz                                                                                               |
| BAP            | Bundesarchiv Potsdam                                                                                               |
| BLHA           | Brandenburgisches Landeshauptarchiv                                                                                |
| CAHJP          | Central Archives for the History of the Jewish People                                                              |
| C.V.Z.         | Centralvereins Zeitung                                                                                             |
| CZA            | Central Zionist Archives                                                                                           |
| GFH            | Beit Lochamei-HaGhettaot (Ghetto-Fighter-House)                                                                    |
| GStA Merseburg | Staatsarchiv Abteilung Merseburg                                                                                   |
| JDC            | Jewish Joint Distribution Committee                                                                                |
| JfCJ           | Centre for Oral Documentation at the Institute for Contemporary Jewry                                              |
| JR             | Jüdische Rundschau                                                                                                 |
| (K.f.d.O.)     | Komitee für den Osten)                                                                                             |
| LaB            | Landesarchiv Berlin                                                                                                |
| LBIJ           | Leo Baeck Institute Jerusalem                                                                                      |
| LBI-N.Y.       | Leo Baeck Institute Archiv, New York                                                                               |
| LI             | Archiv der Arbeiterbewegung im Lavon-Institut                                                                      |
| ORT            | Obščestvo Rasprostraneniya Truda sredi Evreev (Gesellschaft zur Förderung der körperlichen Arbeit unter den Juden) |
| OSE            | Obščestvo Zdravochraneniya Evreev (Gesellschaft für Gesundheitsschutz der Juden)                                   |
| PAAA           | Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes                                                                           |
| RKI            | Rav-Kook-Institute                                                                                                 |
| RV             | Rekonstruiertes Archiv der „Reichsvertretung der deutschen Juden“                                                  |
| SoA            | Sonderarchiv                                                                                                       |
| StA Dresden    | Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden                                                                              |
| StA Hamburg    | Staatsarchiv Hamburg                                                                                               |
| StA Leipzig    | Staatsarchiv Leipzig                                                                                               |
| TOZ            | Towarzystwo Ochrony Zdrowia Ludnosci Zydowskiej (Gesellschaft für Gesundheitsschutz der Juden)                     |

|      |                                            |
|------|--------------------------------------------|
| YIVO | YIVO Institute for Jewish Research Archive |
| YVA  | Yad-Vashem-Archiv                          |
| ZIH  | Zydowski Instytut Historyczny              |

# Glossar

Adass Jershurun (Gemeinde Jershuruns): Orthodoxe Austrittsgemeinden aus den zur Reform tendierenden Einheitsgemeinden im Deutschland des 19. Jahrhunderts (in einigen Städten, so z.B. Berlin, auch als Adass Jisroel bezeichnet).

Agudat Israel: 1912 in Kattowitz gegründete orthodoxe politische Partei, die die Halacha als Basis jüdischen Lebens bewahren will. Ursprünglich entstanden als Gegenbewegung zu den säkularen politischen Bewegungen Osteuropas, wie Bund, Zionismus sowie dem Reformjudentum.

Aliya : Einwanderung nach Israel; Bezeichnung für die verschiedenen Einwanderungswellen nach Palästina/Israel seit 1880.

Ashkenaz: Bezeichnung für das erste relativ kompakte jüdische Siedlungsgebiet in Nordwesteuropa, das am Rhein gelegen war. Ausgehend davon wurde der Begriff auf deutsche Juden und ihre Nachkommen in anderen Staaten, vor allem in Osteuropa angewandt.

Bachad (Brit Chalizim Datiim: Bund religiöser Pioniere): Eine von Deutschland ausgehende national-religiöse Bewegung junger Pioniere, die versuchten, streng religiöse Ideen mit anderen Strömungen – vor allem dem Sozialismus – zu verbinden. Der Bachad gründete in den 1930er Jahren orthodoxe Kibbutzgemeinschaften.

Brit ha-birionim: Aufsehenerregende, wenngleich politisch einflußlose Aktivistengruppe mit faschistoiden Zügen unter der Leitung Aba Achimeirs. Dem Brit ha-birionim kommt insofern eine weiterreichende Bedeutung zu, als er in Ansätzen als Inspirationsquelle für den Irgun und die Stern-Gruppe, zwei rechtsgerichtete Untergrundorganisationen, diente.

Chaluz: Pionier in Eretz Israel; wurde hauptsächlich auf in der Landwirtschaft tätige Pioniere angewandt.

Ha'awarah Gesellschaft (ha'awarah = hebr. Transfer): Treuhandgesellschaften in Palästina und Deutschland, die die Abwicklung des 1933 zwischen der Jewish Agency und dem Reichswirtschaftsministerium geschlossenen Transferabkommens durchführten. Im Rahmen des Transferabkommens wurde Kapital jüdischer Emigranten, das bei der deutschen Treuhandgesellschaft deponiert wurde, mit Warenexporten des nationalsozialistischen Deutschland nach Palästina verrechnet.

Hachschara (Ausbildung): Vorbereitung und berufliche Ausbildung für Pioniere auf ein Arbeiterleben in Palästina. In Deutschland umfaßte die Hachschara-Arbeit nach den Richtlinien der Hechaluz-Konferenz von 1922 u. a. die Einrichtung einer zentralen Stellenvermittlung, die fachliche Förderung von Chaluzim, das Angebot von Hebräischkursen etc.

**Halacha:** Ein einzelnes, anerkanntes Gesetz der rabbinischen Gesetzgebung; allgemeine Bezeichnung für das Rechtssystem des Judentums.

**Ha-Poel Ha-Zair (Der Junge Arbeiter; Kurzform für: Histradut ha-Poalim ha-Zirim):** 1905 gegründete jüdische Arbeiterpartei (bis 1930). Ursprünglich Interessenvertretung der Einwanderer der zweiten Aliya. Ziel von Ha-Poel Ha-Zair war die Verstärkung des jüdischen Anteils in allen Arbeitsfeldern in Eretz Israel. Ideologische Differenzen im Bezug auf Jiddisch und sozialistische Ideen bestanden zur Poalei Zion.

**He-Chalutz (der Pionier):** In Folge der Pogromwellen der 1880er Jahre in Osteuropa entstandene Vereinigung jüdischer Jugendlicher, die ihre Mitglieder für landwirtschaftliche Tätigkeiten in Eretz Israel ausbildete.

**Hetter:** Eine dem jüdischen Religionsgesetz entsprechende Erlaubnis (Issur verletzter bezeichnet den Kanon dessen, was nach dem jüdischen Gesetz verboten und gestattet ist).

**Jereim:** Strengorthodoxe Juden

**Jeschuw (Ansiedlung):** Bezeichnung für die jüdische Bevölkerung Palästinas. In der Regel wird zwischen altem und neuem Jeschuw unterschieden. Der alte Jeschuw bezeichnet dabei Siedlungen vor allem an heiligen Stätten, die vor der zionistischen Einwanderung und auch später aus religiösen Motiven in Palästina entstanden. Der neue Jeschuw entstand in Folge der von zionistischen Ideen geprägten Einwanderung seit 1882, verstärkt dann nach dem Ersten Weltkrieg (in deutschsprachigen Nachschlagewerken auch als Jischuw bezeichnet).

**Kaschrut:** Einhaltung der jüdischen Speisegesetze.

**Misrachi:** 1902 gegründete religiös-zionistische Partei.

**Mitzwa:** Biblische oder rabbinische Anordnung; auch: gute oder wohltätige Tat.

**Pejes:** Schläfenlocken religiöser Juden.

**Pessach (Überschreitungsfest):** Acht (nach der Bibel eigentlich nur sieben) Tage andauerndes Fest, das an den Auszug Israels aus Ägypten erinnert. In der Antike war Pessach zugleich eines von drei Erntefesten. Dem ‚Pessach aus Ägypten‘ wurde in späterer Zeit das ‚Pessach der Zukunft‘ beigefügt, um die Hoffnung auf eine Beendigung der Diaspora-Situation und den Beginn der messianischen Zeit zu beschreiben.

**Poalei Zion:** Sozialistische Arbeiterpartei, die Zionismus und Sozialismus zu verbinden bemüht war. Vorläufer und einzelne Gruppierungen existierten seit den 1890er Jahren, 1907 wurde die World Union ins Leben gerufen, die 1920 jedoch wieder zerbrach.

**Schechita:** Ritueller Schlachten von nach den jüdischen Speisegesetzen zum Verzehr gestatteten Tieren durch Durchtrennen der Halsschlagader.



# Personenregister

Adelson, Jozef 21  
Adler, Cyrus 27, 96  
Adler-Rudel, Shalom 100  
Aharonowicz, Zalman (Aran) 182  
Aharonowitz, Joseph 187ff.  
Alter, Viktor 98  
Arlosoroff, Chaim 152, 184, 188  
Arlt, Fritz 50  
Artisewski, Tomas 210  
Awerbuch 213  
  
Baeck, Leo 37, 221  
Baerwald, Paul 89, 92  
Beck, Jozef 109, 111, 137, 158, 207  
Beilinson, Moshe 175, 187, 190  
Ben-Chorin, A. 181  
Ben-Gurion, David 125, 153, 162f., 177, 184  
Bentwich, Norman 161  
Berger, Fritz 214  
Blumenfeld, Kurt 174f., 221  
Breuer, Raphael 49  
Brodnitz, Friedrich 95f.  
  
Cohn, Conrad 214  
  
Deutsch, Norbert 40  
Dmowski, Roman 107, 133  
Dobkin, Elijahu 157, 163  
  
Eichmann, Adolf 132  
Einstein, Albert 35  
Eppstein, Paul 213–216  
Erlich, Henryk 210  
Eschelbacher, Max 203  
  
Feuchtwanger, Lion 17  
Freier, Recha 212–216  
Frick, Wilhelm 31  
Frumkin, Heschel 154  
  
Giterman, Isaac 204, 208  
Goldmann, Nahum 75, 85f., 158, 161, 177, 183, 188f.  
Golomb, Elijahu 182, 191  
Gottlieb, Yehoshua 114, 120, 166  
Grünbaum, Yitzchak 74f., 136, 152–155, 157f., 177f., 187, 189, 191, 193f., 222

Grudzanski, Chajim Ozer 60, 62, 64, 68  
Grynszpan, Herschel 197  
  
Herzl, Theodor 178  
Hildesheimer, Esriel 173f.  
Himmeler, Heinrich 196  
Hindenburg, Paul von 37  
Hirsch, Otto 216f.  
Hirsch, Samson Raphael 70  
Hitler, Adolf 29, 36, 48, 106, 117ff., 123f., 131, 133, 165, 167, 177, 187, 189ff., 196, 221, 224  
Hoffmann, Ben-Zion 181  
Holländer, Ludwig 35  
Horovitz, Jakob 63  
Hos, Dov 186  
Hyman, Josef 92f, 96, 143, 164, 211  
  
Jabotinsky, Wladimir Ze'ev 122, 136f., 178, 184  
Josephtal, Georg 156  
  
Kahn, Bernard 27, 91ff., 96ff., 125, 144, 210f.  
Kaplan, Eliezer 154, 182, 184, 188  
Kareski, Georg 137  
Katznelson, Berl 162  
Klee, Alfred 55f.  
Kleinbaum, Moshe 76, 110f., 121, 128, 221, 229f.  
Komarnicki, Tytus 164  
Koscalkowski, Marian Zyndram 210  
Kreutzberger, Max 90, 92, 99  
  
Landauer, Georg 154, 156f., 163  
Laski, Neville 95  
Leon, Franz 215  
Lestschinsky, Jakob 124, 135  
Levin, Aron 123  
Levit, Leon 166  
Lipski, Jozef 165, 195f., 207  
  
Margulies, Emil 85f., 178, 222  
Mark 56  
Marminski, Israel 154, 187  
Mautner, Otto 38f.  
Mayer, Franz 156, 158

- Mazur, Elijah 175  
 Melchett, Lord Alfred Monde 123  
 Merzbach, Jakob 63  
 Meyerson, Golda (Meir) 189f.  
 Mincberg, Leib 68, 114, 126  
 Moltke, Hans Adolf von 111  
 Munk, Esra 63f.  
  
 Nathan, Paul 139  
 Naumann, Max 36ff. (36–41 Naumann-Gruppe)  
 Neurath, Konstantin Freiherr von 31  
  
 Oppenheimer, Franz 219f.  
 Ortner, Moshe 212f.  
  
 Pilsudski, Jozef 15, 65, 93, 106, 108, 118, 123  
 Plaut, Max 203  
 Poniatowski, Juliusz 67  
 Potocki, Jerzy 164  
 Prinz, Artur 216  
 Prystor, Janina 66ff.  
  
 Rabin, Israel 55  
 Raczkiewich, Vladislav 126  
 Rasner, Chaim 175f., 182  
 Rau, Arthur 156  
 Remez, David 189  
 Ringelblum, Emmanuel 207, 209  
 Ribbentrop, Joachim von 165, 196  
 Roosevelt, Franklin D. 159, 164  
 Rosenberg, Alfred 105  
 Rosenberg, James 92  
 Rosmarin, Henryk 166, 182  
 Rozen, Josef 60  
 Rothschild, Baron Robert de 121  
 Rubashov (Shazar), Zalman 173, 179, 186  
 Rubinstein, Isaak 68, 114, 222f.  
 Rublee, George 166f.  
 Ruppın, Arthur 153f., 157, 161, 163, 178  
  
 Sagalovich, Jacob 53  
 Samuel, Herbert 155  
 Schacht, Hjalmar 167  
 Schmorek, Emil 181  
 Schorr, Moshe 68, 72, 114, 134, 206  
 Schweitzer, David 99, 143f.  
 Senator, Werner 153–157, 161, 190  
 Shertok, Moshe (Sharett) 184, 188f.  
 Singer, Israel Joshua 17  
 Skladkowski, Slawoj 115  
 Sneh, Moshe siehe: Kleinbaum, Moshe  
 Sokolow, Nachum 85  
 Sommerstein, Emil 68, 114  
 Sprinzak, Josef 188  
 Stahl, Heinrich 213  
 Staveski, Abraham 184  
 Syngalowski, Aaron 86  
  
 Tenenbaum, Joseph 181  
 Treitschke, Heinrich von 24  
 Trockenheim, Jacob 68, 72f., 114  
 Troper, Morris 211  
 Trzeciak, Stanislaw 65  
 Tygel, Zelig 96, 180  
  
 Unna, Isak 54, 63f.  
 Ussischkin, Menachem 162  
  
 Volkowicz 182  
  
 Waldman, Maurice 164  
 Warburg, Max 54f., 95f., 138  
 Weinberg, Jehiel Jacob 60, 62  
 Weizmann, Chaim 74f., 102, 158, 192  
 Weltsch, Robert 128, 221  
 Wise, Jona B. 88f.  
 Wise, Stephen 75, 180  
 Wolf, Heinrich 169  
  
 Zimel, Max 214  
 Zirelson, Jehuda 60